

10. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



24.-27. April 1961

KÖLN

Weltweite Orientierung

mit dem Blick auf das Wesentliche des täglichen Zeitgeschehens vermittelt Ihnen die Süddeutsche Zeitung.

Die SZ ist eine Zeitung mit Initiative, unabhängig und überparteilich. Als eine der drei großen überregionalen Tageszeitungen der Bundesrepublik wird ihre Meinung täglich von Rundfunk und Presse des In- und Auslands zitiert. Die Mitgliedschaft zum T.E.A.M. (Top European Advertising Media), einer Gruppe führender europäischer Tageszeitungen mit großem wirtschaftlichem Einfluß, ist ein sichtbarer Beweis für die Bedeutung der SZ als Werbeträger im Rahmen des europäischen Marktes.

Gewissenhafte Berichterstattung aus weltweiter Sicht, richtungweisende Leitartikel namhafter Publizisten, freimütige Kommentare und das unnachahmliche „Streiflicht“ haben die SZ zur größten Tageszeitung Süddeutschlands werden lassen.

**Süddeutsche
Zeitung**

10. BUNDESPARTEITAG DER CDU





Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Nassestraße 2 · Redaktion: F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages: Sierig, Bonn · Fotos: Bouserath (Sieglar), dpa, Held (Köln) · Druck: Walter Pietzsch, Hamburg 20
Lizenzausgabe der Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft m. b. H. Bonn · Verlag und Anzeigenverwaltung: Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau, Hamburg 1, Große Allee 10

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

10. BUNDESPARTEITAG



KÖLN · 24.-27. APRIL 1961

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1

Erster Tag: Montag, 24. April 1961

Der 10. Bundesparteitag
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
in den Messehallen in Köln begann
mit Gottesdiensten in der Antoniter-Kirche (evangelisch),
Pfarrer Werner Müller, und
in der St.-Andreas-Kirche (katholisch), Domprediger P. Urban Plotzke O.P.

Die Sitzung des Bundesvorstandes

fand um 10.30 Uhr im Kleinen Rheinsaal, Messehof, statt

Die Sitzung des Bundesausschusses

um 11.30 Uhr im Großen Rheinsaal

Die Eröffnung des 10. Bundesparteitages

fand um 15 Uhr in der Halle VIII des Messegeländes statt

Nach dem Allegro giocoso aus der 4. Sinfonie e-moll opus 98 von Johannes Brahms, gespielt vom Gürzenich-Orchester der Stadt Köln, Leiter Günter Wand, nahm das Wort, von starkem Beifall begrüßt,

Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Meine Damen! Meine Herren! Meine verehrten Parteifreunde! Im Namen des Vorstandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands heiße ich Sie zum 10. Bundesparteitag herzlich willkommen. Der Vorstand unserer Partei und darüber hinaus der Parteiausschuß hat sich mit der Frage des Präsidiums des Parteitages beschäftigt und schlägt Ihnen vor: als Präsidenten den Landtagspräsidenten Johnen, als Mitglieder des Präsidiums die Herren Albers, Blumenfeld, Fräulein Hartmann, Herrn Kiesinger, Herrn Lemmer, Frau Dr. Steinbiß und Herrn Dr. Stoltenberg. Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir über die ganze Liste zusammen abstimmen. Ich glaube, Widerspruch erhebt sich nicht. Jedenfalls kann ich infolge der Scheinwerfer keinen Widersprechenden sehen. (Heiterkeit.)

Ich stelle also fest, daß wir einverstanden sind, wenn wir insgesamt abstimmen. Bei der Gesamtabstimmung erübrigt sich wohl geheime Abstimmung. Auch hier sehe ich keinen Widerspruch, aus den gleichen Gründen wie eben. Ich darf daher annehmen, daß Sie offen abstimmen und bitte diejenigen, die nicht damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. Auch hier sehe ich niemanden, meine Damen und Herren. (Zuruf: Da drüben!)

Wo denn, ich sehe nichts. Dann machen Sie doch die Lampen weg. Also, ich stelle fest, daß die Wahl gegen eine Stimme erfolgt ist. Ich bitte nunmehr Herrn Präsidenten Johnen, die Leitung zu übernehmen.

Präsident Johnen:

Herr Bundeskanzler! Hochverehrte Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Zunächst darf ich im Namen des Tagungspräsidiums für das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben, herzlichen Dank sagen. Wir werden uns bemühen, Sie zufriedenzustellen. Gleichzeitig darf ich Ihnen als Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland einen recht herzlichen Willkommensgruß entbieten. Fühlen Sie sich in der rheinischen Metropole, in Köln, wohl. (Beifall.)

Der besondere Gruß dieses Parteitages soll unserem hochverehrten Ersten Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, gehören. (Anhaltender Beifall.) Wir freuen uns, den Herrn Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler nach seiner anstrengenden Amerikareise wie früher gesund, frisch und aufgeräumt bei uns zu sehen. (Beifall.)

Lassen Sie mich gleich zu Beginn dieser Tagung Ihnen, Herr Bundeskanzler, dafür herzlich danken, daß Sie den ersten offiziellen Besuch bei dem neuen Präsidenten von Amerika, auf den viele mit Spannung gewartet haben, für uns, das heißt für Deutschland, so erfolgreich gestaltet haben. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich aber auch gleich in dieser Stunde in aller Öffentlichkeit feststellen und Ihnen sagen: Sie und Ihre Arbeit werden nach wie vor

von dem Vertrauen der Christlich Demokratischen Union der ganzen Bundesrepublik getragen. (Beifall.) Sie können sich, Herr Bundeskanzler, auf diese Christlich Demokratische Union und ihre Treue verlassen. (Beifall.)

Darf ich nunmehr dem Herrn Präsidenten des Bundestages, Dr. Gerstenmaier, einen herzlichen Gruß sagen (Beifall.) und dem Präsidenten des Bundesrates, Herrn Ministerpräsident Dr. Franz Meyers.

Einen herzlichen Willkommensgruß sage ich auch den vier stellvertretenden Vorsitzenden der Bundespartei, Herrn Bundesarbeitsminister Blank, (Beifall.) Herrn Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, den ich eben schon begrüßte, (Beifall.) Herrn Ministerpräsident von Hassel, (Beifall.) und dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Heinrich Krone. (Beifall.)

Lassen Sie mich hierbei einen Augenblick abschweifen und auch den früheren stellvertretenden Vorsitzenden, den erkrankten Herrn Bundesminister a. D. Jacob Kaiser, von hier aus herzlich grüßen. (Beifall.) Mögen ihm diese Grüße aus dem Rheinland sein Krankenbett erleichtern helfen.

Ich begrüße ferner die Mitglieder des Bundeskabinetts, an ihrer Spitze den Herrn Vizekanzler Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard, (lebhafter Beifall.) Herrn Bundesminister Dr. von Brentano, (Beifall.) Herrn Bundesminister Dr. Schröder, (Beifall.)

Herr Bundesminister Etzel konnte wegen Krankheit bis jetzt noch nicht erscheinen. Wir wollen ihm eine gute und schnelle Genesung wünschen. (Beifall.)

Herrn Bundesminister Lücke, (Beifall.) Herrn Bundesminister Lemmer, (Beifall.) Herrn Bundesminister Schwarz, (Beifall.) Herrn Bundesminister Stücklen, (Beifall.) Herrn Bundesminister Dr. Wilhelmi, (Beifall.) Herrn Bundesminister Dr. Wuermeling. (Beifall.)

Die beiden Bundesminister, die zum erstenmal auf einem CDU-Bundesparteitag sind, sind Herr Dr. von Merkatz und Herr Dr. Hans Christoph Seebohm. (Beifall.)

Auch den Damen und Herren des Bundestages darf ich einen herzlichen Willkommensgruß sagen. (Beifall.)

Ferner begrüße ich die Herren Präsidenten der Landtage der Länder Schleswig-Holstein, Herrn von Heydebreck, Herrn van Volxem aus Rheinland-Pfalz, Herrn Schmitt von der Saar, Herrn Dr. Gurk aus Baden-Württemberg.

Nordrhein-Westfalen ist durch mich vertreten. (Heiterkeit und Beifall.) Ich begrüße recht herzlich die Herren Ministerpräsidenten der deutschen Länder, Herrn Dr. Altmaier aus Rheinland-Pfalz, (Beifall.) Herrn Kiesinger aus Baden-Württemberg, (Beifall.) Herrn Dr. Roeder aus dem Saarland, (Beifall.) Herrn Ministerpräsident Dr. Meyers, den ich eben schon als Präsident des Bundesrates begrüßen durfte. (Beifall.)

Ich darf auch den Ministern aus den Ländern und den Senatoren ein herzliches Wort des Grußes sagen. Ich begrüße ebenso herzlich die zahlreichen Landtagsabgeordneten und die Mitglieder der Kommunalparlamente.

Als Vertreter der CSU, die immer gern zu uns kommen, darf ich besonders die Minister Strauß und Schäffer begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe dann die Ehre, den amtierenden Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herrn Landtagsabgeordneten Burauen, zu begrüßen. (Beifall.) Er wird sich sicher freuen, auf einem CDU-Bundesparteitag sprechen zu können. (Heiterkeit und Beifall.)

Gestatten Sie, daß ich gleich auch den Bürgermeister der Stadt Köln, unseren Parteifreund Dr. Lemmens, begrüße. (Beifall.)

Ich habe die Ehre und Freude, die Vertreter der Kirchen zu begrüßen, für die Evangelische Kirche Herrn Superintendent Dr. Enke, (Beifall.) für die Katholische Kirche Herrn Prälat Fillbrandt, (Beifall.) als Vertreter des Zentralrates der Juden in Deutschland Herrn Generalsekretär Dr. von Dam.

Ich begrüße sodann den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Professor Furler, (Beifall.) den Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Herrn Professor Hallstein, (Beifall.) das Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, Herrn Dr. Hellwig.

Ich darf dann ebenso herzlich die Vertreter des Diplomatischen und Konsularischen Korps willkommen heißen (Beifall.)

sowie die Vertreter des kulturellen, des politischen, des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, insbesondere Herrn Richter vom Deutschen Gewerkschaftsbund, (Beifall.) Herrn Gier von den Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, (Beifall.) Herrn Spaethen von der Deutschen Angestelltengewerkschaft, (Beifall.) Herrn Krause vom Deutschen Beamtenbund, (Beifall.) und die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei. (Beifall.)

Einen besonders herzlichen Willkommensgruß sage ich den Vertretern der Deutschen Bundeswehr. (Beifall.)

Ebenso herzlich heiße ich die Vertreter von Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen willkommen. (Beifall.)

Zahlreiche Gäste aus dem Ausland haben sich bei uns eingefunden; ich darf sie alle herzlich begrüßen: für die Konservative Partei Großbritanniens Frau Evelyn Emmet, die Vorsitzende des Überseebüros, und Herrn Ridsdale, den stellvertretenden Vorsitzenden des Überseebüros, (Beifall.)

für die Högerpartei Schwedens Herrn Direktor Gösta Bohman und Herrn Abgeordneten Frhr. Adolf Hamilton, (Beifall.)

für die Dänische Konservative Volkspartei Herrn Abgeordneten Gottschalk-Hansen und Herrn Abgeordneten Jörgen Hatting, (Beifall.)

für die Katholische Volkspartei Hollands Herrn Abgeordneten Maenen und Herrn Abgeordneten Fiévez, (Beifall.) für die Antirevolutionäre Partei Hollands Herrn Generalsekretär Dr. van der Sluis und Herrn Abgeordneten Smaltenbroek, (Beifall.) für die Christlich-Historische Union Hollands Herrn Abgeordneten Dr. Kraayevelt, (Beifall.)

für die Christliche Volkspartei Belgiens – zugleich als Vertreter der Christlich-Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments – Herrn Senator Viktor Lemanns und Herrn Generalsekretär Tindemanns, (Beifall.)



Adenauer, Erhard und die bewährte Mannschaft. Auch der Parteitag in Köln 1961 stand im Zeichen dieser Parole.



10. CDU BUNDESPARTEITAG
MESSEGELENDE HALLE

für die Christlich-Soziale Volkspartei Luxemburgs Herrn Vizepräsident Margue und Herrn Generalsekretär Mosar, (Beifall.)

für die Konservative Christlich-Soziale Volkspartei der Schweiz Herrn Präsidenten Dr. Tenchio und Herrn Generalsekretär Dr. Rosenberg, (Beifall.)

für die Democrazia Cristiana Italiens Herrn Minister a. D. Mattarella und Herrn Abgeordneten Passoni, (Beifall.)

für die Österreichische Volkspartei Herrn Generalsekretär Dr. Withalm, Herrn Nationalrat Harwalik und Herrn Kommerzialrat Moser, (Beifall.)

für die Christlich-Demokratische Union Zentraleuropas Herrn Generalsekretär Sieniewiecz und Herrn Chefredakteur Bunza, (Beifall.) für die Internationale Union Christlicher Demokraten (NEI) Herrn Ferragni und Herrn Dr. Hahn. (Beifall.)

Alle unsere ausländischen Gäste seien nochmals herzlich willkommen geheißen.
(Starker Beifall.)

Meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, ehe wir uns der Tagesordnung zuwenden, wollen wir in Ehrfurcht und Dankbarkeit unserer Toten gedenken, die unsere Partei seit dem letzten Bundesparteitag in Karlsruhe zu beklagen hatte.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Möge der Herrgott ihnen den ewigen Frieden schenken. – Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Dieser Parteitag findet nur wenige Monate vor der Bundestagswahl statt. Unsere Wähler und auch unsere politischen Gegner schauen mit besonderer Aufmerksamkeit auf unsere Beratungen und auf das Ergebnis dieses Parteitages. Er legt die Grundlagen für den Wahlkampf zum Bundestag.

Auf diesem Parteitag wird ausreichend Gelegenheit zur Diskussion gegeben, auch wenn dies aus dem gedruckten Programm nicht ersichtlich ist. Am Dienstag und Mittwoch wird nach jedem Kurzreferat eine ausreichende Aussprache stattfinden. Erstmals auf einem Bundesparteitag der CDU stehen für die Aussprache mehr als 12 Stunden zur Verfügung. (Lebhafter Beifall.)

Hiervon sollte ausreichend, aber auch sinnvoll Gebrauch gemacht werden. (Heiterkeit.)

Meine lieben Parteifreunde! Wir halten den 10. Parteitag in Köln ab. Der 5. Parteitag 1954 fand ebenfalls in Köln in diesem Messegelände statt.

Damals durfte ich ebenso als Vorsitzender des Präsidiums folgendes ausführen:

„Der Parteitag findet in Köln statt. Das hat eine doppelte Bedeutung. Diese Stadt ist mit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und seinem Schicksal eng verbunden. Dieses Messegelände, in dem wir tagen, hat er der Stadt Köln, jener wirtschaftlich aufstrebenden Stadt, geschenkt, und dieses gleiche Messegelände war es, wo er seinen Leidensweg im Dritten Reich begann. In diesem Konzentrationslager hat er mit seiner verstorbenen Gattin den Leidensweg antreten müssen. Ich sage das“

– so habe ich damals betont, und ich wiederhole es jetzt –,

„um an dieser Stelle dem Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer für alles das, was er im Dritten Reich aushalten mußte, herzlich zu danken.“

(Langanhaltender Beifall.)

Ich komme heute hierauf zurück, weil hier in dem Konzentrationslager des Messegeländes auch zahlreiche Juden von Köln und aus dem Kölner Raum ihren Leidensweg beginnen mußten. Von selbst gehen unsere Gedanken hinüber zu dem schaurigen Prozeß um Eichmann in Jerusalem. In Stille und mit Scham, wie es ein evangelischer Bischof ausdrückte, folgen wir Deutschen dem damaligen Geschehen, das den deutschen Namen in aller Welt mit Schande erfüllt hat. Wir können dies alles nicht ungeschehen machen. Wir können es nur aufrichtig bedauern und alles tun, um die Hand der Versöhnung zu reichen und zu versuchen, materiellen Schaden wiedergutzumachen; aber wir müssen hier mit Nachdruck feststellen, daß das heutige Deutschland mit diesem schauerhaften Tun nichts gemein hat und sich ständig bemüht, allen Völkern der Welt ein ehrlicher Partner zu sein, wie dies der Bundeskanzler und die Bundesregierung seit 1949 durch die Tat bewiesen haben. Wir wollen helfen und wünschen, daß der Prozeß um Eichmann, der um der Wahrheit willen notwendig ist, das Vertrauen von inzwischen mit uns befreundeten Ländern nicht mindert oder gar zerstört. Möge dieser 10. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mithelfen und beitragen, das Vertrauen der freien Welt zu uns zu stärken. Wir wollen mithelfen, unseren ehrlichen Beitrag zu leisten, um den Frieden und die Freiheit der Welt zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Wahl des Redaktionskomitees und der Mandatsprüfungskommission

Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, darf ich noch eine Formalie erledigen. Wir müssen das Redaktionskomitee wählen. Der Bundesvorstand und der Bundesparteiausschuß machen Ihnen folgenden Vorschlag:

Als Vorsitzenden

Herrn Bundesminister Dr. Schröder

und als Mitglieder die Parteifreunde zu wählen:

Arndgen, Dr. Barzel, Bauknecht, Dr. Gradl, Dr. Heck, Dr. Hellwig, Katzer, Dr. Martin, Dr. Pettenberg, Schmücker, Dr. Schiettinger und Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt.

Meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind. (Beifall.)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. –

Wir haben dann noch die Mandatsprüfungskommission zu wählen. Hier werden vorgeschlagen:

Herr Dr. Blumenfeld, Herr André und Herr Müllenbach.

– Darf ich annehmen, daß Sie auch hiermit einverstanden sind? –

(Beifall.)

Ich darf nunmehr dem Herrn Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Franz Meyers, das Wort erteilen.

Ministerpräsident Dr. Franz Meyers:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Freunde in der Union! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen und im eigenen Namen heiße ich Sie alle hier in Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen.

Die Christlich Demokratische Union kehrt dadurch, daß sie zum zweitenmal ihren Bundesparteitag nach Köln verlegt, an einen jener Orte zurück, von denen sie vor fast genau 16 Jahren ihren Ausgang genommen hat. Mancher von uns erinnert sich jenes schicksalhaften Frühjahrs 1945, das den Bankrott der damaligen Politik und den Niedergang Deutschlands brachte. Viele haben damals geglaubt, daß nun wirklich das Ende gekommen sei, daß es aus diesem Zusammenbruch vielleicht in Jahrzehnten eine Rückkehr zu einem bescheidenen persönlichen Leben geben könnte, aber kaum den Wiederaufbau eines freien Deutschlands.

In jenen Tagen sammelten sich hier im Kölner Raum Männer und Frauen, die soeben der Unterdrückung und politischen Verfolgung entronnen waren, und sie begannen sogleich wieder unermüdlich und unverzagt darüber nachzudenken, auf welchen Grundlagen ein neues und besseres Deutschland aufgebaut werden müsse. Nur wenige Monate hat es gedauert, bis dann, von dieser Stadt ausgehend, die Stimme einer neuen politischen Partei alle Deutschen zu politischer Sammlung unter dem christlich demokratischen Gedanken aufrief. Und dann geschah etwas Überraschendes: Diese neue Partei fand mit ungeahnter Schnelligkeit Anhänger und Mitstreiter. In einer Zeit, die jeden zwang, seine ganze Kraft auf das Überleben im buchstäblichen Sinne des Wortes zu richten, konnte sich die Christlich Demokratische Union in kurzer Zeit zur wichtigsten politischen Kraft des rheinisch-westfälischen Raumes entwickeln; und ähnliches gilt von den anderen deutschen Ländern.

Nur derjenige, der damals dabei gewesen ist, kann ermessen, welche gewaltige geistig-ideologische Anstrengung und Arbeit geleistet werden mußte, um das Fundament dieser neuen Partei zu begründen. Sie werden sich daran erinnern, mit welcher Gründlichkeit, welchem Ernst und mit welcher Verantwortung die Gründer der Union ans Werk gegangen sind, um für das Gebäude der neuen Partei ein gutes Fundament zu legen. Wie gut und dauerhaft, wie tragbar und entwicklungsfähig dieses Fundament gewesen ist, haben die nächsten 15 Jahre dann gezeigt.

Seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist die Christlich Demokratische Union die führende Kraft der deutschen Demokratie, die Gestalterin ihres politischen Schicksals. Sie hat in mehr als einem Jahrzehnt unermüdlicher Arbeit die größte Verantwortung dafür getragen, daß aus der Ruinenlandschaft des zerstörten Deutschen Reiches die Bundesrepublik Deutschland als ein freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechts- und Bundesstaat entstanden ist. Dieser Staat ist entstanden als Verkörperung dessen, wofür in den Jahren der Verfolgung Tausende gekämpft und gelitten haben, als das Symbol der Freiheit auch für diejenigen Deutschen, die auch heute noch Opfer politischer Unterdrückung sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Christlich Demokratische Union hat die größte Verantwortung für diesen Staat getragen. Wer wollte ihr verwehren, auch den größten Anteil des Erfolges für sich in Anspruch zu nehmen? (Lebhafter Beifall.)

Niemals vorher ist in der Geschichte freier demokratischer deutscher Staatlichkeit einer politischen Partei in Deutschland ein so dauerhafter Erfolg beschieden geblieben; niemals vorher hat eine politische Partei durch freie Entscheidung der Wähler so lange die Regierungsverantwortung übertragen erhalten. War die Geschichte der deutschen Demokratie vor 1945 eine Epoche der Zersplitterung der politischen Kräfte, so steht unter dem Zeichen der Christlich Demokratischen Union die deutsche Demokratie seit 1949 unter dem glückhaften Vorzeichen der Stabilität. Allein diese Tatsache sichert schon heute unserer Union für immer einen ehrenvollen Platz in der deutschen Geschichte. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Gerade die letzten Wochen und Tage haben gezeigt, daß es in Europa und in der Welt so manchen ernststen Krisenherd gibt, der geeignet ist, auch unser politisches Schicksal zu beeinflussen. Sodann wird der vor uns liegende Wahlkampf, wenn nicht alle Zeichen trügen, von der CDU besondere Anstrengungen verlangen.

Seit die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Godesberg ihr Programm so ziemlich dem der Christlich Demokratischen Union angenähert hat, droht der Christlich Demokratischen Union die Gefahr, daß christlich demokratische und sozialdemokratische Politik wegen manchen Anklangs der Formulierungen verwechselt werden. Viele Parolen, die vor vier Jahren noch unbestritten und für alle erkennbar politische Zielsetzungen unserer Union zum Ausdruck brachten, werden nun auch von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter das Volk gebracht. Vor allem im Bereich der Innenpolitik ist das unschwer festzustellen. Ich bitte Sie, die Litfaßsäulen in Köln einmal zu betrachten. (Heiterkeit.) Das aber zwingt unsere Union und gerade auch diesen Parteitag, noch deutlicher und noch unmißverständlicher herauszuarbeiten, daß der Schein der Ähnlichkeit zwischen christlich demokratischer und sozialdemokratischer Politik trügt, daß vielmehr die Grundlagen beider Parteien nach wie vor völlig verschieden und im wesentlichen gegensätzlich sind, daß es somit auch die Ergebnisse der Politik sein müssen. Es erscheint mir auch aus dieser Sicht von besonderer Bedeutung, daß die Christlich Demokratische Union vor diesem Wahlkampf, in dem sie sich nach meiner Überzeugung stärker als in den letzten Jahren auf ihre geistig-ideologischen Grundlagen besinnen muß, nach Köln und nach Nordrhein-Westfalen gegangen ist, dorthin also, wo einst die ersten Gespräche und Beschlüsse über die geistigen Grundlagen unserer Union zustande kamen; und dorthin, wo seither die Union den stärksten und breitesten Rückhalt im Volke gefunden hat.

Ich hoffe, daß die Erfolge der bisherigen Politik unserer Union auch bei den Bundestagswahlen zugute kommen. Das Ergebnis der Kommunalwahlen hat gezeigt, was wir können, wenn wir nur wollen und – das muß allerdings hinzukommen – wenn wir arbeiten! (Lebhafter Beifall.)

In diesem Sinne wünsche ich dem Kölner Parteitag 1961 einen vollen Erfolg.

Möge er den Willen der Union stärken! Möge er sie innerlich festigen! Möge er der Rückbesinnung auf das Gesetz dienen, nach welchem sie 1945 ihren Weg in die deutsche Politik angetreten hat! Dann kann auch der weitere Erfolg nicht ausbleiben.

(Starker Beifall.)

Präsident Johnen:

Ich darf Herrn Ministerpräsident Dr. Meyers für seine Worte recht herzlich danken.

Die Ehre seines Wortes schenkt uns der Herr Oberbürgermeister der Stadt Köln. (Beifall.)

Herr Burauen:

Herr Bundeskanzler und Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union! Herr Bundestagspräsident! Herr Bundesratspräsident! Exzellenzen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Stadt Köln, für die ich die Ehre und, Herr Präsident Johnen, die besondere Freude habe, hier zu sprechen, (Heiterkeit.) entbiete ich Ihnen allen herzliche Willkommensgrüße.

Es sei mir erlaubt, Ihnen, Herr Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, der Sie viele Jahre Ihres Lebens und Wirkens unserer Stadt geschenkt und der Sie 16 Jahre mit einer weitschauenden erfolgreichen Kommunalpolitik als Oberbürgermeister dieser Stadt vorgestanden haben und deren verdienter Ehrenbürger Sie sind, einen besonders herzlichen Gruß zu widmen. (Lebhafter Beifall.)

Das Hohelied der Metropole am Rhein, von ihrem Ursprung bis in die Gegenwart, ist in Ihrer Festschrift mit einer solch eindrucksvollen und beredten Sprache geschildert, daß ich hierfür ein Wort aufrichtiger Dankbarkeit aussprechen muß. Köln war nie und zu keiner Zeit eine summierte Zahl von Bauten und Häusern schlechthin, in denen sich Menschen bewegten, die lediglich das Dach über dem Kopfe suchten. In diesen steinernen Gebilden und in den Menschen selbst lebte seit eh und je; und wird fortleben, die gleiche Seele, tiefverwurzelt in religiöser Gläubigkeit, Impuls eines nie erlahmenden redlichen Strebens, Kraftquell in der Abwehr jedweden Gedankens des Sich-selbst-Verlorengebens, Magnet und Ausstrahlung geistiger, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Wirksamkeit.

Demokratie, Freiheit und Toleranz werden hier seit vielen Jahrhunderten großgeschrieben und selbst in den Jahren der Erniedrigung und der Schmach war Köln noch ein stilles Bollwerk dieser Begriffe der Menschenwürde.

(Zuruf: Ein offenes Bollwerk! – Lebhafter Beifall.)

Darum traf es auch die Bürger unserer Stadt doppelt hart, daß ihnen der exemplarische Strafvollzug für die Untaten und grausigen Geschehnisse in der Diktatur durch eine fast totale Vernichtung der Stadt zuteil wurde. In demütiger Dankbarkeit für die Gnade des Überlebens sind dann Männer und Frauen ohne Ansehen der religiösen, politischen und standesmäßigen Zugehörigkeit gemeinsam ans Werk gegangen, erfüllt von einem ungebrochenen zuversichtlichen Glauben an das Gute, und haben diese Stadt wieder aufgerichtet, diese alte und auch ewig junge Stadt.

Dieser Geist der gemeinsamen Verantwortung mit gleicher Schulterlast hat auch dem Kölner Rathaus in den Jahren nach dem Zusammenbruch innegewohnt. Wir sind heute glücklich und ein wenig stolz darauf, uns gegenseitig bescheinigen zu können, daß diese Gemeinsamkeit zu fruchtbaren Ergebnissen geführt hat. (Lebhafter Beifall.)

So ist Köln ein Beispiel für die Sinnlosigkeit des Krieges und ein Beispiel für den Sinn des Lebens zugleich geworden. Neben der seelischen Kraft, die uns geschenkt war, tragen die Kölner in ihren Herzen eine tiefe Sehnsucht nach einem politischen Zusammenwirken aller Kräfte in all den Fragen, die die Einheit unserer nationalen Schicksalsgemeinschaft erfordert, die Sehnsucht nach Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Schließlich sind wir alle Deutsche, die nur ein Ziel kennen: unser Volk, und damit unser Vaterland, in eine glückliche Zukunft zu führen. (Beifall.)

Es ist der Wunsch der Kölner Bürgerschaft, daß der 10. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union einen dahinstrebenden erfolgreichen Verlauf nehmen möge.

(Starker Beifall.)

Präsident Johnen:

Herr Oberbürgermeister! Der Parteitag hat Ihnen bereits durch den Applaus für Ihre aufrichtigen Worte gedankt. Wenn ich aus Köln wäre, würde ich sagen, das hat der Burauen „janz jut jemacht.“ (Heiterkeit. — Beifall.)

Mit besonderer Freude darf ich nunmehr dem Vorsitzenden der CSU, Herrn Minister Strauß, das Wort erteilen. (Starker Beifall.)

Bundesminister Dr. Strauß:

Herr Bundesparteivorsitzender und Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Zuerst darf ich ein Wort des Grußes sagen im Namen und im Auftrage der Christlich Sozialen Union, der Leitung der Partei, der Mitarbeiter, der Anhänger und Freunde. Ich darf mich gleichzeitig bei dieser Gelegenheit als neuer Landesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Ihnen vorstellen. (Starker Beifall!)

Ich darf weiterhin ein tief empfundenes und in jeder Hinsicht zu betonendes Wort des Dankes sagen, des Dankes für die gute Zusammenarbeit, die zwischen der großen Partei der Christlich Demokratischen Union und der kleinen Partei der Christlich Sozialen Union in Bayern im Laufe schwerer und verantwortungsvoller Jahre sich aufs beste bewährt hat; ein Wort des Dankes für die gute Zusammenarbeit in der Fraktion des Deutschen Bundestages, ein Wort des Dankes aber auch für die gute Zusammenarbeit zwischen den Parteiorganisationen und ein Wort des Dankes auch für die gute Zusammenarbeit in zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, wo die Anhänger und Mitarbeiter der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union sich der Lösung derselben Aufgaben widmen.

Ich darf mit ganz besonderer Eindringlichkeit hier ein Wort der Versicherung sagen, ein Wort des Versprechens, nämlich daß wir, wie in der Vergangenheit, in derselben Gesinnung und mit derselben Tatkraft, der-

selben Energie und derselben Zielstrebigkeit weiterhin Schulter an Schulter uns der Lösung der gemeinsam gestellten Aufgaben widmen werden und daß wir alles, was an uns liegt, tun werden, um gemeinsam unser Volk auf dem schwierigen Wege zu Frieden, Freiheit und Einheit einen Schritt vorwärtszubringen. (Beifall.)

Ich darf darauf hinweisen, daß uns zwei grundsätzliche Dinge und eine pragmatische Aufgabe verbinden. Uns verbinden einmal die gleichen Grundsätze, ohne daß wir sie bei jeder Gelegenheit betonen; denn ihre Betonung würde schon bedeuten, daß wir die Betonung notwendig haben. Wir leben aus diesen Grundsätzen, wir betreiben unsere Politik aus diesen Grundsätzen, und wir haben bisher nach diesen Grundsätzen unser politisches Handeln gestaltet.

Der Grundsatz, der über unserem ganzen Tun waltet, ist unser Bekenntnis, daß der Mensch ein Ebenbild Gottes und nicht ein Machtinstrument der Politik oder ein Instrument in den Händen irgendeiner Klasse oder Schicht ist. (Beifall.)

Das nächste, was uns verbindet, ist eine Fülle von gemeinsamen Aufgaben und eine Fülle von gemeinsamen Erfahrungen, die wir im Laufe der letzten 11, 12 Jahre gemeinsam sammeln konnten. Aber uns verbindet auch in diesem Jahre, dem Wahljahre, eine naheliegende Aufgabe, nämlich durch diesen Parteitag und durch unsere weitere politische Arbeit im Lande, durch unsere Aufklärungs- und Informationsarbeit dafür zu sorgen, daß die Spekulationen der Hauptopposition, der Sozialdemokratischen Partei, auf die Vergeßlichkeit der Wähler zunichte gemacht wird. (Lebhafter Beifall!)

Es ist beinahe einmalig in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie, daß eine Opposition den völligen Zusammenbruch ihrer Politik bekundet und ihn mit der sorgsam gewählten Formulierung „Bestandsaufnahme“ zu verbergen sucht. (Beifall!)

Es ist beinahe einmalig, daß die Politik, die sie jahrelang mit ihrem Nein im Bundestag und in den Landtagen zu verhindern versuchte, nun als neues eigenes, geniales Konzept im Sinne einer Politik der Gemeinsamkeit auszugeben versucht.

Wir werden in diesem Jahre beweisen, welcher Politik die Aufgaben und die Leistungen, die in den vergangenen Jahren zu verzeichnen waren, zu verdanken sind. Wir haben es nicht nötig, uns im Raume der unbewiesenen Spekulationen, im Raume der luftleeren Träume zu bewegen. Wir können eine klare Bilanz aufweisen, die vom Jahre 1949 bis heute reicht, eine Bilanz, an deren Anfang ein Feld von Ruinen und Trümmern, von menschlichem, materiellem und moralischem Zusammenbruch standen hat und an dessen Ende heute ein neuer Staat steht, ein Teil des gesamten Deutschlands steht, das in der Welt sich wieder eine geachtete Position erworben hat und dessen Bürger wieder zu einer menschen- und kulturwürdigen Existenz – dank unserer Politik – gekommen sind. (Lebhafter Beifall!)

Erlauben Sie gerade mir als dem Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union, als bayerischem Parteifreund, ein besonderes Wort angesichts der Vorgänge der letzten Zeit, angesichts gewisser Kommentare und Darlegungen der staatsrechtlichen Verhältnisse bei uns. Die Christlich

Soziale Union in Bayern legt Wert darauf zu betonen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Bundesstaat und kein Länderbund ist. (Sehr starker Beifall!)

Wir wissen sehr genau, daß Begriff und Praxis des Föderalismus nicht zu einer neuen Spielart des Kampfes gegen die Bundespolitik gebraucht oder mißbraucht werden darf. (Lebhafter Beifall!) Gerade weil wir überzeugte Föderalisten sind und gerade weil wir die Staatsform und die Denkform des Föderalismus erhalten wollen, wissen wir, daß wir die deutsche, die europäische und die atlantische Politik in dieser steigenden Reihenfolge und Bedeutung in Ordnung halten müssen, um zu Hause in unserer engen Heimat als Menschen und Christen leben zu können. (Starker Beifall!)

Ich darf Ihnen, sehr verehrter Herr Bundesparteivorsitzender, und Ihnen allen, meine Damen und Herren der CDU, ein recht gutes Gelingen und vollen Erfolg für diesen Parteitag wünschen, von dessen Verlauf und von dessen Ergebnis für die große politische Entscheidung in diesem Jahr, für die politische Meinungsbildung in Deutschland und im verbündeten, befreundeten und neutralen Ausland und für die Zukunft des deutschen Volkes ein gutes Teil abhängt.

(Lebhafter Beifall!)

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Ich darf dem neuen Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union Bayerns für seine Worte herzlich danken. Es freut mich vor allem das Bekenntnis, daß die CDU und CSU so gut zusammengearbeitet haben.

Nach der Tagesordnung sollen jetzt die Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste folgen. Wir haben unsere Gäste gebeten, heute nicht zu sprechen, sondern die Grußworte auf morgen und übermorgen zu verteilen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Ich darf nunmehr zu dem Hauptreferat das Wort erteilen Herrn

Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier:

I.

Halbwegs etwa zwischen dem Westfälischen Frieden und unseren Tagen liegt das Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Friede von 1648 hat den Schlußpunkt hinter einen Krieg gesetzt, der 40 Prozent der damaligen Bevölkerung Deutschlands das Leben gekostet hat. Der 1. Weltkrieg hat 3 Prozent und der 2. Weltkrieg 10 Prozent der deutschen Bevölkerung das Leben gekostet. Das alte Reich hat sich von dem 30jährigen Krieg nie mehr erholt. Der Friede, der ihm folgte, hat die Reichsgewalt ruiniert, das Reichsgebiet der unbeschränkten Intervention ausländischer Mächte überlassen und die landesherrliche Souveränität zum Schaden des Reiches so übersteigert, daß die einzelnen Länder mit ausländischen Mächten Bündnisse schließen konnten.

Dieses Reich war den inneren Aufgaben seiner Zeit nicht mehr gewachsen, und schon gar nicht dem Angriff eines Napoleon. Jedes Land sah nur darauf, selbst so billig wie möglich davonzukommen, und so unterlagen sie ihm alle. Mit beißender Ironie hat Joseph Goerres, der Vater des „Rheinischen Merkur“, das Ende des Heiligen Römischen Reiches



Gespräch mit dem Kanzler

Vordere Reihe von links nach rechts: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Heinrich Krone; dahinter: Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske und Dr. Bruno Heck, MdB, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses.



Der Parteitag wurde eingeleitet durch das Kölner Gürzenich-Orchester. Die festlich geschmückte Messehalle bot genügend Raum nicht nur für die Delegierten, sondern auch für die Hunderte von Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die dem Parteitag ein weltweites Echo verschafften. 2000 Personen füllten die Messehalle.

Deutscher Nation kommentiert. Sanft und selig sei es – so sagt Goerres – „an einer gänzlichen Entkräftung und hinzugekommenen Schlagfluß im blühenden Alter von 955 Jahren, fünf Monaten, 28 Tagen verstorben“. Hatte Goerres recht? War das Reich tot? Nun, 15 Jahre nach jener von Goerres in Mainz verfaßten Todesanzeige war Napoleon ein geschlagener Mann, der Freiherr vom Stein Chef einer deutschen Zentralverwaltung, und sein Freund Ernst Moritz Arndt sang auf die Frage „Was ist des deutschen Vaterland?“ die unbekümmerte Antwort: „So weit die deutsche Zunge klingt!“ Als der Kölner Ehrenbürger Ernst Moritz Arndt ein halbes Jahrhundert später in Bonn zu Grabe getragen wurde, da war er zwar ein hochgefeierter Mann, aber er war auch um bittere Enttäuschungen reicher. Erst das Reich Bismarcks entreißt endgültig wenigstens den größten Teil des alten Reiches dem Westfälischen „Unfrieden“, wie ihn Michael Freund genannt hat. Der großdeutsche Gedanke von der staatlichen Zusammenfassung aller Deutschsprechenden ist danach nur noch ein Traum. Hitler sorgte dafür, daß auch dieser Traum nach menschlichem Ermessen für immer ausgeträumt ist. Er, der sich vermaß, mit Wortbruch und Überfall ein großdeutsches, ja, ein großgermanisches Reich zu errichten, er verwandelte das geringschätzig kleindeutsch genannte Reich Bismarcks in eine Ruine. Wir können noch von Glück sagen, daß wir auf seinem Boden und unter seinem schwer mitgenommenen Dach das Nötch Bundesrepublik errichten konnten. Und wir müssen dankbar dafür sein, daß es sich bislang als sturmfest erwies und uns und Millionen Geflüchteter und Vertriebener den Wiederaufbau einer menschenwürdigen Existenz ermöglichte.

Es ist gar keine Frage, daß uns Deutschen spätestens im Kampf mit der Not, in die uns der zweite Weltkrieg gestürzt hat, nicht nur das Pathos, sondern auch das Ethos fremd geworden ist, das Ernst Moritz Arndt und ganze Generationen großdeutsch denkender Menschen beseelte. Wer um das nackte Dasein kämpft, wer kaum weiß, wie er mit dem Heute fertig werden und das Morgen bestehen soll, dem kann man nicht gut hohe und weitgreifende zusätzliche Verpflichtungen auferlegen. Aber ich glaube gar nicht, daß der großdeutsche Gedanke einfach in der deutschen Nachkriegsmisere erstickte. Ich glaube vielmehr, daß er bei allem Respekt vor Männern wie Ernst Moritz Arndt, dem Freiherrn vom Stein und den 48ern regelrecht und profund überwunden wurde in der Wandlung unseres nationalen Bewußtseins überhaupt. Und daß es diese Wandlung gegeben hat, ist ganz unbestreitbar. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist aus ihr geboren und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zumindest von ihr beeinflusst.

Fragt man, worin denn diese Wandlung besteht, so lassen sich drei elementare Tatsachen aufzeigen. Da ist zuerst die innere Einkehr, die in jenen Jahren auch von vielen vollzogen wurde, die darüber kein Wort verloren. Sie war ein religiöses Ereignis, das neben der persönlichen und geistigen auch eine große politische Bedeutung gewann. Ich erinnere – weil wir wieder einmal hier in Köln zusammen sind – noch einmal an die wahrscheinlich früheste CDU-Gründung. Sie ist hier in Köln erfolgt. In ihren Leitsätzen von 1945 heißt es: „Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft“.

Aber das C in unserem Namen erinnert uns in einer säkularisierten Welt nicht nur daran, welche richtungsweisende Kraft und Bedeutung wir der christlichen Glaubenserkenntnis auch für unser politisches Tun und Lassen beimessen. Nein, es erinnert uns auch immer wieder an die geschichtliche Einsicht, die wir in der Heimsuchung der Nation gewonnen haben. Und dazu gehört vor allem die nüchterne Einschätzung unserer nationalen Lage. Sie ist der zweite elementar wichtige Tatbestand in der Wandlung unseres nationalen Bewußtseins. Unsere Absage an alles Weltmachtstreben und der Verzicht auf die weitere Teilnahme am europäischen Hegemonialkampf war eben nicht nur die Folge des großen Katzenjammers, sondern es war die Einsicht in das, was Deutschland seiner Größe und Lage nach kann und was es eben nicht kann und wozu es deshalb auch nicht berufen ist.

Indessen: Absagen und Verzichte mögen notwendig und heilsam sein, aber ein Volk kann davon nicht leben. Es war nicht nur der Kampf mit der Not, der uns vor haltloser Resignation und leerer Planlosigkeit bewahrte, sondern es war vor allem jene Eröffnung neuer, großer Perspektiven für Europa, in die auch Deutschland mehr und mehr einbezogen wurde. In der trübseligen Aussichtslosigkeit jener Jahre mußte der Gedanke der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa unter der gemeinsamen Führung von Frankreich und Deutschland auf uns Deutsche doppelt faszinierend wirken. Ich glaube, daß dieser Vorschlag, den Winston Churchill am 19. September 1946 in Zürich machte, eben nicht nur von großer politischer Bedeutung, sondern von noch größerer geistig-seelischer Bedeutung für uns Deutsche geworden ist. Ich sehe jedenfalls in dieser Eröffnung eines großen und praktischen Ausblicks und einer neuen gemeinsamen geschichtlichen Aufgabe das dritte Element in der Wandlung unseres nationalen Bewußtseins. Muß man nicht angesichts dieses Ereignisses den althergebrachten großdeutschen Gedanken als erledigt betrachten? Sicher ist mir folgendes:

1. Kein Deutscher, der seine fünf Sinne noch beieinander hat, wird noch singen wollen: „Das ist des Deutschen Vaterland, ... wo jeder Franzmann heißet Feind, wo jeder Deutsche heißet Freund“.

Nicht nur unser politisches Denken, sondern die Wandlung unseres Gefühls macht das einfach ganz unmöglich.

Und haben wir nicht in den letzten 25 Jahren immer mehr die Erfahrung gemacht, daß bei weitem nicht die nationalen Grenzen am schärfsten trennen, sondern die ideologischen? Was haben wir gegen das russische Volk? Nichts, gar nichts.

Aber von Ulbricht, dem Unterdrücker, und seinen Gesinnungsgenossen diesseits und jenseits der deutschen Grenzen unterscheiden wir uns bis ins Mark.

2. Kein Deutscher, der seine fünf Sinne beieinander hat, wird auch nur davon träumen, die außerhalb der deutschen Reichsgrenzen von 1937 gelegenen deutschsprechenden europäischen Länder oder Landesteile – am Ende noch mit Zwang – in das Reich „heimzuholen“. Die Wandlung der Dinge wird völlig klar, wenn wir uns z. B. die Rede vergegenwärtigen, die der Reichspräsident Ebert aus Anlaß des 50jährigen Be-

stehens des Deutschen Reiches am 18. Januar 1921 in Berlin gehalten hat. Er sagte: „In allen schmerzlichen Verlusten, die uns im Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns fast als einziges das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinandergefallen sind. Sie halten aneinander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu deutschen Landesteilen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem angestammten Lande getrennt sind, und besonders auf das schwerleidende Deutsch-Osterreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser fester Wille sein.“ In Wien erhoben sich an dem gleichen Tage spontan die Abgeordneten des österreichischen Nationalrats, als sein Präsident, Dr. Weißkirchner, des Tages mit den Worten gedachte: „Wir hoffen zuversichtlich, daß die Zukunft dem deutschen Reiche und uns in Deutsch-Osterreich die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen wird.“

Hätte es einen Sinn, noch einmal zu dieser Melodie zurückzukehren? Ist sie nicht verklungen? Dem mag sein, wie ihm wolle. Sicher ist, daß uns geboten ist, nicht alten Klängen anheimzufallen, sondern hinzuhören auf das, was uns im Brausen der Weltgeschichte heute in den Ohren tönt. Und das ist das Lied von der Freiheit in der Welt und im geeinten Europa.

3. Kein Deutscher, der seine fünf Sinne beieinander hat, wird auch nur auf die Idee kommen, die Wiederherstellung der deutschen Einheit auch innerhalb der Grenzen von 1937 mit anderen als friedlichen Mitteln anzustreben. Jedes Wort in der kommunistischen Propaganda Pankows, Warschaws, Moskaus und Prags, das das Gegenteil behauptet, ist eine Lüge. Daß es zu dieser Einstellung im deutschen Volke kam, dafür hat nicht nur die weltpolitische Entwicklung gesorgt, nein, dafür hat vor allem die innere Einsicht und die innere Wandlung des deutschen Volkes selbst gesorgt und allerdings auch der frei bejahte Gedanke der Einigung Europas.

II.

Indessen: Je bestimmender die europäische und die atlantische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg geworden ist, desto berechtigter und notwendiger ist es, daß wir nicht nur auf ihre große Konzeption, sondern auch auf ihre nüchterne Wirklichkeit sehen. Der Honigmond von Straßburg ist längst vorbei. Was heute dort getan, versucht und verhandelt wird, ist unvergleichlich viel mühsamer als vor zehn Jahren. Die Tage sind vorbei, wo Paul Reynaud unter der brausenden Zustimmung des Europarates Winston Churchill als künftigen europäischen Verteidigungsminister ansprechen, Heinrich von Brentano mit einer Schar Gleichgesinnter aus sechs europäischen Ländern den Entwurf einer europäischen Gemeinschaft ausarbeiten konnte.

Die Sache der Einigung Europas steckt ohne Zweifel seit Jahr und Tag in einer Krise, in einer Krise, in der sich die objektive Widerständigkeit des in Jahrhunderten Gewordenen mit den subjektiven Hemmungen wechselnder Regierungen verbindet. Die nordatlantische Bündnisgemeinschaft leidet vielleicht in ähnlicher Weise. Dennoch gewinnt die Euro-

päische Wirtschaftsgemeinschaft langsam Gestalt und an der NATO wird weitergebaut, gleichgültig, ob ihr Schwergewicht auf den konventionellen oder auf den atomaren Waffen liegt. Dem nüchtern Denkenden war ohnehin klar, daß es ein langer, oft bedrohter Prozeß werden würde, bis sich auch nur die ersten Umriss eines realen europäischen Staatenbundes, geschweige gar europäischen Bundesstaates aus den Fluten der Geschichte heben.

Es ist ein Irrtum, wenn aus den Krisen, denen die europäische Neugeburt unterworfen ist, gefolgert wird, daß sie doch nur eine schillernde Seifenblase im Gewölk der Weltpolitik sei. Ich glaube, daß sich in all diesen Jahren der Krisen und der Stockungen das Gefühl nicht verloren, sondern vertieft hat, daß den freien Völkern Europas schließlich gar keine andere Wahl bleibt, als sich eben in der Richtung auf einen engeren und dauernden Zusammenschluß weiterzubewegen. Diese Richtung ist nicht umkehrbar, weil es objektive weltpolitische Notwendigkeiten sind, die uns in Europa und in der freien Welt immer mehr aneinander binden werden. Wir in der CDU werden uns schon deshalb nicht einfallen lassen, eine andere Politik zu machen als die der Bündnistreue und Integrationsbereitschaft. Aber ein anderes kommt hinzu. Haben wir nicht erfahren, daß die Bedeutung dieser Politik gar nicht nur in dem liegt, was sichtbar erreicht wurde und organisatorisch-politisch funktioniert, sondern mindestens ebenso sehr in dem neuen politischen und menschlichen Klima, das sie im freien Teil Europas schuf? Dieses Klima ist von grundlegender Bedeutung für alle konstruktive Politik. In Deutschland und für Deutschland aber ist es einfach von menschlich rettender Kraft und Bedeutung, denn in ihm ist das zarte Pflänzlein der Versöhnung gewachsen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat lange, vielleicht zu lange gebraucht, um sich zu der leidlichen Bejahung der europäischen und der atlantischen Integrationspolitik durchzuringen. Führende Köpfe der FDP widersprechen ihr noch immer mit Leidenschaft. Sie glauben, daß über dieser Integration Europas die vorrangige Integration der Nation vertan werde. Der großdeutsche Gedanke spielt dabei natürlich keine Rolle mehr. Gemeint ist vielmehr die Wiederherstellung Deutschlands möglichst in den Grenzen von 1937, mindestens aber die Wiedervereinigung soll heißen: Zusammenfassung der Bundesrepublik und der Ostzone im freiheitlich und rechtsstaatlich gestalteten Verband des Deutschen Reiches.

Es ist ein Fortschritt in der Klärung unseres Staatsbewußtseins, daß sich die Erkenntnis fast stillschweigend durchgesetzt hat, daß das Deutsche Reich in der Katastrophe von 1945 nicht untergegangen ist. Mit dieser Feststellung verbinden wir in der CDU keine ehrgeizigen oder unberechtigten Ansprüche. Wir widersetzen uns jedem Versuch, der auf die Wiederholung alter deutscher Großmacht- und Hegemonialpolitik hinauslaufen könnte. Unser Bekenntnis zum Deutschen Reich ist vielmehr ein Ja zur geschichtlichen Kontinuität und zur Rechtsgemeinschaft des deutschen Volkes. Wir sagen damit, daß wir uns mit unserer wiedererlangten Freiheit in der Bundesrepublik erstens jeden Tag von neuem den 17 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang verpflichtet wissen;

zweitens, daß wir es für unbillig halten, daß vornehmlich diese Minderheit hinter dem Eisernen Vorhang die uns allen in gleicher Weise auferlegte Geschichtslast zu tragen hat;

drittens, daß das deutsche Volk nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, seine geschichtliche Verantwortung und seine zukünftige Aufgabe gemeinsam zu tragen und zu meistern;

und viertens, daß wir allerdings der Überzeugung sind, daß die Einigung Europas nicht durch die Parzellierung seiner Länder und die Desintegration seiner Nationen gefördert wird. Denn auch das geeinte Europa soll ja schließlich nicht eine strukturlose egalitäre Masse darstellen, sondern eine Einheit in der Mannigfaltigkeit nationaler Individualitäten. Sie kommen mit ihrer je eigenen Geschichte, mit ihren volkhafte Besonderheiten und ihrem ausgeprägten nationalen Profil. Diese ihre Prägung, ihre Sprache, ihre Kultur und Geschichte sollen sie auch in der Einigung Europas behalten. Denn diese Einheit soll nicht ein Kunststoffsuperstaat der Zukunft sein, sondern die Frucht einer langen Geschichte und alten Kultur, gebildet von verschiedenartigen Völkern mit lebendiger Seele und wachem Geist.

Die Frage, der wir uns in den vergangenen zwölf Jahren Adenauerscher Politik gegenübersehen, bezog sich denn auch gar nicht darauf, ob unter dem Aspekt der europäischen Integration die nationale Reintegration Deutschlands statthaft sei oder nicht. Gewiß, es gab auch da interessante Nuancen und Entwicklungen. Der amerikanische Außenminister Byrnes sagte schon 1946 in Stuttgart, die Zonengrenzen dürften nicht zu einer wirtschaftlichen und politischen Zerstückelung Deutschlands führen. Churchill meinte 14 Tage später, daß die alten Staaten und Fürstentümer Deutschlands zwar in einem Föderationssystem frei vereint werden, in den Vereinigten Staaten von Europa aber jeder für sich ihren Platz einnehmen sollten. Bidault, der französische Außenminister, hatte es am wenigsten leicht, mit dem Gespenste Richelieus fertig zu werden. Für die Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes war er nicht zu haben, und auf der Moskauer Viermächte-Konferenz im Frühjahr 1947 verlangte er die durchgreifende Dezentralisierung Deutschlands. Eine deutsche Bundesregierung sollte nur ein Mindestmaß an Kompetenzen haben. Das Bundesparlament sollte nur aus Ländervertretungen – also einem Bundesrat – bestehen. Vergleicht man damit, was schließlich im Grundgesetz herausgekommen ist, so kann man – trotz des Artikels 30, der die staatliche Gewalt den Ländern zuschreibt und den Bund nicht einmal erwähnt – doch nicht leugnen, daß die Integration Deutschlands wenigstens in den drei Westzonen Fortschritte gemacht hat.

Nicht zu bestreiten ist ferner, daß Frankreich unter Robert Schuman und seinen Nachfolgern eine Politik gemacht hat, die den deutschen Anspruch auf die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützt und ihn auch vertraglich anerkannt hat. Im Artikel 7 des ersten Deutschland-Vertrags vom 26. Mai 1952 heißt es bereits, daß die Bundesrepublik und die drei Westmächte „zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Damit war das Wunschbild unserer Politik umrissen. Wir wissen, daß es sich von Anfang an den Vorwurf gefallen lassen mußte, daß es unrealistisch sei, ja, daß es die Wiedervereinigung Deutschlands bewußt einem Klein-Europa „von Bonn bis Rom“ – wie kürzlich wieder einmal gesagt worden ist – opfere. Man verschrie uns als „Karolinger“, und der und jener gab uns ohne Federlesens die Schuld an der weiterbestehenden Teilung und der fortschreitenden Verelendung und Versklavung der Zone. Zur Stütze dieser Verleumdung wurde die Legende von der zeitweiligen Bereitschaft des Kremls zur Wiedervereinigung herangezogen. In Wirklichkeit dachte der Kreml wahrscheinlich zu keiner Zeit ernsthaft daran, die Zone aus den Klauen zu lassen, es sei denn, wir hätten uns zu einer Politik der Schwäche verleiten lassen, die ganz Deutschland über kurz oder lang zum willfährigen Objekt des Kremls gemacht hätte. Daß wir uns diesem Verlangen widersetzen, kann uns gerechterweise niemand zum Vorwurf machen. Eher ließe sich der Verdacht hören, daß wir mit unserer Integrationspolitik nur aus der Not eine Tugend machten. Ich glaube, daß sich dagegen auch heute nicht viel anderes sagen läßt als das, was ich in meiner Rede auf unserem letzten Kölner Parteitag 1954 zu sagen versuchte. Ich sagte damals, daß sich unsere Politik erstens der Freiheit, zweitens dem Frieden und drittens der Einheit verpflichtet wissen müsse. Ein Jahr später hat der Marburger Historiker Ludwig Dehio in einem glänzenden Essay dieselbe Wertordnung zum Ausgangspunkt einer politischen Überlegung gemacht, mit der wir völlig übereinstimmen. Im übrigen aber wurde damals nicht überall spontan erfaßt, daß diese Rangordnung der Werte unserer Politik keine unziemliche Hintanstellung unseres nationalen Einheitsverlangens ist, sondern es nur unter einer für die Freiheit und damit für ganz Deutschland tragbaren Bedingung verwirklichen will. Daß uns eine so grundsätzlich orientierte Politik in die Gemeinschaft der freien Welt führen mußte, bedarf gar keines weiteren Wortes.

Zusammenfassend:

1. Unsere, das heißt genauer die von dem Bundeskanzler Konrad Adenauer nach Artikel 65 des Grundgesetzes bestimmte Politik war in den vergangenen zwölf Jahren bewußt und gewollt Integrationspolitik. Sie war es nicht der Not, sondern der freien Einsicht gehorchend. Sie war es, weil wir weder in Deutschland noch sonstwo in der Welt in dem souveränen Nationalstaat länger das Ziel und den letzten Sinn der Weltgeschichte zu sehen vermögen.
2. Unsere, das heißt die vom Bundeskanzler bestimmte und von uns aus freier Einsicht getragene Politik war dennoch eine vaterländische Politik. Sie zog die Konsequenzen aus der Tatsache, daß Deutschland im Alleingang sich kaum selber behaupten, geschweige seine Wiederherstellung zu betreiben vermag. Auch unsere Integrationspolitik meint zu jeder Zeit das ganze Deutschland in Freiheit und in gesichertem Frieden mit der Welt. In diesem Sinne können wir auch heute noch mit Ernst Moritz Arndt sagen: „Das ganze Deutschland soll es sein!“

III.

Je stabiler unsere staatliche und wirtschaftliche Existenz wurde, desto mehr traten auch die Fragen der Gesellschafts- und Kulturpolitik in den Mittelpunkt der Diskussion. Daß sie von großer Bedeutung für die Entwicklung unseres nationalen Lebens und für die innere Beschaffenheit unseres Landes sind, bedarf keiner langen Begründung. Daß die Kulturpolitik erst anfängt, die Bundespartei im ganzen zu beschäftigen, kann nicht in Abrede gestellt werden. Der Kulturparteitag in Gelsenkirchen hat indessen über die Wissenschaft hinaus einige Aspekte der deutschen Kulturpolitik auf die Ebene der Bundespartei gebracht. Das Bedürfnis danach wurde in Gelsenkirchen von allen Seiten anerkannt, auch wenn es vielleicht nicht überall ohne Bedenken geschah.

Inzwischen hat ein bemerkenswertes Karlsruher Urteil und eine noch viel bemerkenswertere Urteilsbegründung die öffentliche Auseinandersetzung sehr belebt, ihr aber auch eine Richtung gegeben, mit der sich die CDU beschäftigen muß. Man könnte das Urteil von Karlsruhe dabei auf sich beruhen lassen und statt seiner einige Reden, die kürzlich in Mainz gehalten wurden, zum Gegenstand der Diskussion machen. Ich bin der Meinung, daß dies auch geschehen sollte, aber ich bin nicht dafür, daß es auf diesem Parteitag geschieht. Die Fragen, die dabei verhandelt werden müssen, sind eben nicht nur kulturpolitische Fragen, sondern es sind Fragen nach dem Sinn und Wesen des deutschen Föderalismus heute. Wir leben in einer Zeit, die haltbare Dämme gegen den strukturellen, individualitätsfeindlichen Massenstaat braucht; in der aber auch die Bedeutung und die Lebendigkeit der Nationalkultur für die innere Orientierung und den geistig-seelischen Zusammenhalt unseres Volkes über den Eisernen Vorhang hinweg von kaum überschätzbarer Bedeutung sind.

Selbstverständlich hat das Thema dieser Rede auch einen höchst aktuellen Bezug zu diesen Fragen. Ich muß mich hier jedoch mit der Feststellung begnügen, daß die Begründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 nicht in einem Nullpunkt der geschichtlichen oder staatlichen Existenz des deutschen Volkes erfolgt ist, sondern daß es sich um die einstweilige Reorganisation eines Teiles des Reiches gehandelt hat. Deshalb ist auch nicht so etwas wie ein neues Deutschland oder gar Vaterland durch einen Bündnisakt der Länder geschaffen worden. Schon die Präambel und der Schlußartikel des Grundgesetzes schließen eine solche Mißdeutung aus, erst recht aber der geschichtliche Zusammenhang unseres Volkes. Er macht die Fragen unserer bundesstaatlichen Ordnung nicht zur Bagatelle, aber er erinnert uns daran, daß es schließlich noch ganz andere Kräfte und Realitäten sind, die unser volkhaftes Dasein bestimmen. Wir haben unser Land und unseren Staat – ob geteilt oder geeint – immer nur mit seiner Geschichte. In einer Zeit, in der Kaisers Geburtstag, Reichsgründungsfeier und Sedansfesttag den Gang der Nation durch das Jahr begleiteten, da war das vielleicht ein ganz erhebendes Gefühl. Aber bei uns? Heute? In unseren Tagen fürchten sich viele Deutsche, in die Zeitung zu sehen, weil sie erschauern bei dem Gedanken an die Eichmann-Berichte. Das Blut, das aus der Erde drückt, die Schreie, die bis in unsere Tage hallen, die stumme Gebärde der ins Massengrab

Gestoßenen -- wer begreift eigentlich nicht, daß darüber die Geschichte eines Volkes zur Qual wird? Gewiß: es ist uns eine Hilfe zu wissen, daß das gerecht wägende Urteil das Wort von der Kollektivschuld des deutschen Volkes verworfen hat. Aber auch das kann uns nicht aus der kollektiven Haftung entlassen, in die uns der Schuld- und Schicksalszusammenhang der deutschen Geschichte gestellt hat. Was hilft es, daß die große Mehrheit nichts davon gewußt hat, was ein Eichmann tat? Was hilft es, wenn man uns versichert, daß nicht das deutsche Volk dort hinter dem kugelsicheren Glaskasten auf der Anklagebank sitze? Wir fühlen, wie und was es uns dennoch angeht. Eine Stunde bevor er am 8. August 1944 am Galgen von Plötzensee starb, tröstete der untadelige Edelmann Peter Yorck von Wartenburg seine Mutter damit, daß er als ein Sühneopfer für die Untaten, die im Namen Deutschlands begangen worden seien, zu sterben bereit sei. Andere Untadelige taten es ihm nach – und so mischten sich noch in den grauenhaften Stunden der deutschen Geschichte Schuld und Größe, höllischer Frevel und heiliges Opfer.

Aber eine Rechnung, die aufgeht, gibt das alles nicht. Auch dann nicht, wenn man Dresden und die Vertriebenen dazunimmt. Was Wunder, wenn bei uns der Unmut, ja, der Verdruß an der Geschichte keine Seltenheit ist! Was Wunder, daß sie so oft als Ballast empfunden und deshalb mit ihren Tiefen und Untaten, aber auch mit ihren Höhen und Großtaten zugleich verworfen wird! Damit aber bringt man sich um das Vaterland. Denn Vaterland heißt eben nicht nur Heimatboden, vertraute Landschaft, sondern es heißt Lebensgemeinschaft, Zusammenhang mit vergangenen und künftigen Geschlechtern. Vaterland heißt, auch in den Epochen der globalen technischen Zivilisation, dem Land und Volk, dem man angehört, eben nicht nur physisch und rational, sondern mit Herz und Gewissen willentlich verbunden sein. Wer meint, daß das Lyrik sei, die ihn nichts angehe, der hat keine Ahnung von der Bedeutung seines Ursprungs für sein eigenes Werden, und er weiß wahrscheinlich auch nichts davon, daß die gesicherte eigene Existenz noch nicht das Ziel seiner menschlichen Bestimmung ist. Vereinzelung, Verödung, Langeweile sind die Folgen. Auch der moderne Staat muß, wenn er menschlich sein soll, mehr sein als ein Ausgleich der Interessen, auch in ihm muß – um es kurz zu sagen – eine Seele hausen.

Was ist denn Staatsbewußtsein ohne ein genügendes Geschichtsbewußtsein? Was würde denn aus dem Einheitsverlangen der Deutschen, wenn die formende, die gewissenbewegende Kraft ihres geschichtlichen Bewußtseins versiegen und ihre Nationalkultur auf das Stammesbewußtsein reduziert würde. Finis Germaniae, das Ende Deutschlands auch ohne äußere Katastrophe.

Ich weiß, daß ich manchem damit einiges zumute. Einerseits Verzicht auf alte Träume und Absage an alte Vermächtnisse des nationalen Bewußtseins. Andererseits keine Preisgabe, sondern kritische Übernahme unserer nationalen Geschichte. Einerseits Bewahrung unserer nationalen Kultur und Verteidigung der deutschen Einheit, andererseits Aufbruch aus dem baufällig gewordenen nationalen Souveränitätsstaat in die neuen, großräumigen Lebensgemeinschaften der europäischen und atlantischen Welt. Diese Schwierigkeiten des Weitergehens und Bewah-

rens können keinem nachdenklichen Deutschen erspart werden. Es sind nur scheinbare Widersprüche. In Wahrheit sind sie ein Ausdruck der Tatsache, daß unser nationalgeschichtliches Denken immer stärker vom weltgeschichtlichen Denken überhöht und überformt wird. Die Nationalgeschichte hört damit nicht auf, aber sie erscheint weit mehr als zuvor im großen Dialog der Weltgeschichte. Auf ein klares, auf ein geläutertes und von der deutschen Jugend frei übernommenes Geschichtsbewußtsein können wir dabei nicht verzichten. Denn auch in der engen Gemeinschaft der europäischen Völker sollten wir dem treu bleiben, was Gott uns gegeben hat, und das ehren, was andere haben.

Wir in der Christlich Demokratischen Union haben in diesen zwölf Jahren versucht, eine gewissenhaft verantwortete deutsche Politik zu machen. Wir glauben, daß wir damit vor Deutschland und der Welt bestehen können. Dennoch müssen wir alle begreifen – und die deutsche Jugend muß es sich jeden Tag von neuem sagen –, daß aus der rettenden Gemeinschaft der europäischen Völker und der atlantischen Welt schließlich nur dann etwas werden kann, wenn man nicht nur auf das Vergessen der Völker, sondern auf die zwischen ihnen wirksame Kraft der Versöhnung hoffen darf.

Wir Deutsche haben Anlaß zur Dankbarkeit, weil wir davon etwas erfahren haben. Die Christlich Demokratische Union ist gesonnen, mit allen Gutwilligen in dieser Gesinnung diesseits und jenseits der deutschen Grenzen weiter zusammenzustehen; denn wir wollen, daß ganz Deutschland wieder ehrenhaft zusammenleben kann mit denen in der Welt, die zur Freiheit entschlossen sind. Das ist des Deutschen Vaterland!
(Starker anhaltender Beifall.)

Präsident Johnen:

Meine lieben Parteifreunde! Ich darf nochmals in Ihrem Auftrag und in Ihrem Namen dem Parteifreund Herrn Dr. Gerstenmaier für seine Ausführungen herzlich danken. (Lebhafter Beifall.) Ich kann uns allen nur empfehlen, dieses Referat noch einmal in einer stillen Stunde gut nachzulesen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer ersten Eröffnungstagung angelangt. Anregungen, jetzt noch anders zu beraten, kann ich leider nicht Folge leisten, da noch Arbeitsgemeinschaften und -gruppen der CDU für diesen Spätnachmittag verpflichtet sind.

Ich werde gebeten, noch bekanntzugeben, daß im Anschluß an die Plenarsitzung Zusammenkünfte stattfinden:

Exil-CDU: Köln-Deutz, Bahnrestaurat I. Klasse.

Oder-Neiße- und Vertriebenen-Ausschuß: Hotel Engelbert, Obermaasport 3.

Darf ich dann bitten, daß der sogenannte Neuner-Ausschuß des Landesverbandes Nordrhein im Konferenzzimmer Nr. 5 zusammenkommt.

Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, morgen früh um 9 Uhr pünktlich zur Plenarsitzung zu erscheinen. (Unruhe.)

Darf ich noch einen Augenblick um Ruhe bitten.

Es wäre unschön, wenn morgen früh die Darlegungen unseres Ersten Bundesparteivorsitzenden Adenauer dadurch gestört würden, daß viele zu spät kommen. Nehmen Sie jetzt schon zur Kenntnis, daß die Plenarsitzung punkt 9 Uhr eröffnet wird.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen.

Ich schließe die heutige Eröffnungssitzung.

(Schluß der Sitzung um 16.56 Uhr)

Zweiter Tag: Dienstag, 25. April 1961

1. Plenarsitzung

Beginn 9.15 Uhr

Präsident Albers:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung des Plenums und heiße Sie alle recht herzlich willkommen. Zu den gestern von unserem Präsidenten Johnen begrüßten Gästen sind weitere liebe Freunde gekommen. Wir werden ihnen die Möglichkeit geben, heute und morgen Begrüßungsansprachen zu halten.

Zur Geschäftsordnung möchte ich das Wort erteilen

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Während der Rede des Herrn Bundeskanzlers bleiben die Scheinwerfer aus. Damit jedoch das Wertvolle, das der Herr Bundeskanzler sagen wird, auch im Fernsehen übertragen werden kann, ist der Herr Bundeskanzler damit einverstanden, daß die ersten vier Minuten im Scheinwerferlicht gesprochen werden. Dann werden die Scheinwerfer ausgemacht, und es kann dann jeder zuhören.

Präsident Albers:

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen nochmals allen ein recht herzliches Wort der Begrüßung sagen. Ganz besonders darf ich aber den Herrn Bundesparteivorsitzenden und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Ehe der Herr Bundeskanzler spricht, werden noch einige Begrüßungsansprachen von unseren Freunden aus England und Belgien gehalten. Ich bitte, daß für die Konservative Partei Englands das Wort nimmt

Frau Emmet:

Meine Damen und Herren! Als Vorsitzende des Außenbüros unserer Partei überbringe ich, zusammen mit meinem Vertreter, Herrn Ridsdale, herzliche Grüße aus Großbritannien. Es freut uns beide außerordentlich, wieder für zwei Tage Ihrem Parteitag beiwohnen zu können, und wir danken Ihnen für die freundschaftliche Einladung.

In vierzehn Tagen kommt eine Delegation von CDU/CSU-Abgeordneten, von denen zwei schon alte Freunde sind. Ich schätze solche persönlichen Kontakte; ganz sicher helfen sie, Mißverständnisse zu klären und zu beseitigen. Es gibt augenblicklich ein sehr gutes Verhältnis zwischen unseren Ländern. (Beifall.)

Dieses Verhältnis ist sehr vertieft worden infolge der Begegnung im vorigen Jahr zwischen Ihrem Herrn Bundeskanzler und unserem Premierminister. Aber wir müssen diese Brücke noch fester bauen. Neuerdings hat die Presse so viele andere Nachrichten zu diskutieren, daß sie unsere Beziehungen in Ruhe gelassen hat. Hoffentlich dauert das weiter an. (Beifall.)

Ich werde über die Sechs und die Acht nicht sprechen; man hat ja schon sehr viel darüber geredet. Jetzt muß man etwas tun, aber es darf nicht einseitig sein.

In der großen Welt geht es aber nicht so gut. Es sind da Schatten im Osten, im Süden und im Westen, und zwar große und starke Schatten. Doch darf man nicht vergessen, daß da, wo Schatten sind, auch die Sonne ist. Je stärker die Schatten sind, desto stärker ist auch die Sonne. (Beifall.)

Hier in der Bundesrepublik sind kleine Wahlwölkchen. In einem Wahljahr ist das ganz natürlich. Ich hoffe persönlich, daß im Herbst von hier eine schöne, warme Sonne in unserer freien Welt strahlt. Der Kampf um die Freiheit geht immer weiter, ob auf militärischer oder auf wirtschaftlicher Seite. Der größte Kampf jedoch gilt der Seele der Menschen. Und wenn das christlich unterstützt wird, so müssen wir gewinnen. Ich danke nochmals, Herr Präsident, daß ich Ihnen diese paar Worte sagen durfte. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Albers:

Ich danke Ihnen, Frau Emmet, daß Sie für die Konservative Partei Englands diese herzlichen Worte an uns gerichtet haben. Ich handle wohl im Auftrage des Parteitages, wenn ich Sie bitte, der Konservativen Partei Englands die herzlichen Grüße dieses Parteitages zu übermitteln. (Beifall.)

Ich darf nunmehr das Wort erteilen dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und dem Beauftragten der Christlich Sozialen Volkspartei Belgiens, Herrn

Senator Viktor Lemanns:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident der Christlich Demokratischen Fraktion des Europaparlaments, Monsieur Alvin Pohér, und das Präsidium der Christlichen Volkspartei Belgiens haben mich gebeten, den Parteitag der CDU herzlich zu grüßen und Ihnen die besten Wünsche für die Bundestagswahl auszusprechen. (Beifall.)

Die Christlich Demokratische Fraktion des Europaparlaments gedenkt mit größter Dankbarkeit der positiven Arbeit, die von den CDU-Delegierten sowohl in der Fraktion als auch in den Kommissionen und im Plenum des Parlaments in Straßburg geleistet wird. Ihre Vertreter sind immer da, Herr Präsident, und das allein schon ist ein Plus für einen Parlamentarier. Unsere Fraktion spricht ihre Freude darüber aus, daß Herr Hans Furler durch seine Würde, seine Objektivität, seine systematische Arbeit und seine Geduld das Funktionieren des Europaparlaments zu verbessern sucht, was bei der vorhandenen negativen Haltung gegenüber dem Parlamentarismus und bei dem nicht immer klaren Europa-profil keine leichte Aufgabe ist. (Beifall.)

In den Spuren des Herrn Bundeskanzlers wandelnd sind die CDU-Delegierten immer da, um festzuhalten an der Aufgabe „Europa“, insbesondere dann, wenn die nationalen Regierungen die Orientierung ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik auf Europa hin etwas zu kurz kommen lassen. Es war uns immer eine Freude, mit den CDU-Delegierten in gleichem Tritt gehen zu können bei den umstrittenen Fragen einer europäischen Landwirtschaftspolitik, einer gemeinsamen Energiepolitik der Sechs und bei dem Suchen nach Kriterien und Methoden einer europäischen Haltung dem Wettbewerb gegenüber.

Wir haben das Vertrauen, daß wir im gleichen europäischen Sinne demnächst Antworten werden geben können auf die Vorschläge zur Aufnahme Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt (Beifall.) und daß von der Bundesrepublik aus Initiativen zum Ausbau einer europäischen monetären Politik ergriffen werden, einem angemessenen Mittel zur Entgiftung von Überspannungen hier und Depressionen dort. Es lag wohl in der gemeinsamen Linie derjenigen, die uns das Leitbild des politisch geeinten Europas vorgezeichnet haben und die diese Hoffnung nie fallen ließen, wenn Sie mit unserer gesamten Fraktion eine fortschreitende gemeinsame Wirtschaftspolitik unterstützt haben. Nur so kann das tragende Klima geschaffen werden, indem die Sonne eines politisch geeinten Europas aufgeht. Das ist die Aufgabe, die auch zur inneren Ausgeglichenheit der atlantischen Gemeinschaft unentbehrlich ist. Sie stellt eine fundamentale Bedingung eines eigenen Raumes für die freie Welt dar.

In den Tagen, an denen wir gerade durch die Ereignisse in Algerien an die Tatsache erinnert werden, daß das Festhalten an der Vergangenheit mit ihren überlebten Formen eine unübersehbare Bedrohung für die Menschheit bedeutet, fühlen wir tiefer unsere Verbundenheit mit der Europapolitik Adenauer–de Gaulle, die uns von jeder Machtpolitik im alten Sinne befreit hat. (Beifall.) Die atlantische Verbundenheit, die Einheit der Sechs, die schöpferische Freundschaft Adenauer–de Gaulle sind hochpolitische Werte von solcher Bedeutung, daß wir alles dransetzen müssen, unsere Differenzen in wirtschaftlicher und finanzpolitischer Hinsicht abzustimmen, und zwar auf diese dominierenden Notwendigkeiten hin.

Als Vertreter der Christlichen Volkspartei Belgiens, die in den harten Zeiten der Kongo-Tragödie die Hauptlast der Regierung zu tragen hatte, als Bürger dieses kleinen Landes, das von einer orchestralen Weltpropaganda ununterbrochen der schwersten Verbrechen an der Menschlichkeit beschuldigt wurde, ist es uns ein Bedürfnis, zu sagen, wie sehr wir von dem Verständnis betroffen sind, das die CDU, die Bundesregierung und das gesamte deutsche Volk gezeigt haben, als die Ukase von Haß, politischer Zersetzung und Erniedrigung auf uns losgelassen wurden. (Beifall.) Mit ein paar anderen Freunden haben Sie unsere Vereinsamung aufgehoben und Vernunft und Freundschaft gelten lassen. (Beifall.)

Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union, zu der Zeit, als das deutsche Volk Ihnen in der Bundesrepublik die Verantwortung übertragen hat, war bei Ihnen die Erde wüst und leer, und Finsternis herrschte

über einem Abgrund. Im Jahre 1961 können Sie Ihren Wahlkampf im Zeichen anfangen: „Setzt nichts aufs Spiel“. Diese Strategie des Wahlkampfes ebenso wie das taktische Abrücken der SPD von ihrem Doktrinismus sagt mehr über Ihren Erfolg und über den Wert Ihrer Politik als viele Statistiken. Ohne Ihren Erfolg könnte man in Europa nicht mehr mit Stolz von einer christlich demokratischen Politik sprechen; vielleicht würde dann auch die Politik Europas nicht die Chancen haben, die ihr jetzt gegeben sind. (Beifall.) Keine christlich demokratische Partei in Europa ist in dem Maße unsere Hoffnung und unser Stolz wie die CDU. Ihr Wahlerfolg hat eine europäische Bedeutung und eine symbolische Kraft. (Beifall.)

Herr Bundeskanzler, viele bedeutende Männer haben Ihnen Lob gezollt; Ihre Erfolge sind sehr groß. Ihr Können, Ihre Meisterschaft in der Überwindung von Schwierigkeiten sind so groß, das Vertrauen Ihres Volkes, da Sie seine Sicherheit und sein Wohlergehen verkörpern, ist so groß, daß meine Stimme nichts mehr hinzufügen kann zu dem schon vollendeten Chor von Meistersängern.

Mehr als zehn Jahre hindurch haben Sie eine wachsende Zustimmung gefunden für die Politik Ihrer Idee. Zuversichtlich haben Sie für den Sieg dieser Politik gerungen durch kleine Tagesarbeit, die klare Linie zu halten in einem wechselvollen Zeitgeschehen, durch eine seltene Gabe der Unterscheidung mit Härte, mit Humor und Witz. Ich hoffe sehr, daß dieser Parteitag einen vollen Erfolg finden wird in einem erneuten Wahlsieg der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Albers:

Herr Senator Lemanns, ich danke Ihnen im Namen des Parteitages für diese Worte, aber auch für die Verpflichtungen, die uns jetzt in den nächsten Wochen und Monaten erwachsen. Ihre Hinweise, daß gerade die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die CSU gemeinsam europäisches Schicksal entscheiden müssen, soll für uns Verpflichtung sein, mehr als wie beabsichtigt, bei dieser Wahl unsere Aufgabe zu erfüllen. (Beifall.)

Keine weiteren Worte meinerseits mehr.

Jetzt bitte ich den Herrn Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden, uns die Ehre des Wortes zu schenken:

Der Weg der CDU/CSU

Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender Dr. Konrad Adenauer:

(Von langanhaltendem Beifall empfangen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ein Bundesparteitag, der wenige Monate vor einer Bundeswahl stattfindet, erhält naturgemäß einen besonderen Charakter und eine besondere Bedeutung durch die Nähe der Wahl. Am 17. September dieses Jahres ist, wie Sie wissen, die Bundestagswahl, also nicht ganz fünf Monate von heute an gerechnet. Das Programm dieses Bundesparteitages ist deshalb schon im Hinblick auf diese Bundestagswahl zusammengestellt. Es ist so zusammengestellt, daß die wesentlichen Gebiete unserer Tätigkeit Gegenstand der Vorträge und, wie ich sehr hoffe, auch der Diskussionen bilden. Jeder, vor allem aber unsere Parteifreunde, auch die Parteifreunde im Lande, sollen miterleben, welchen Problemen unsere Arbeit besonders galt und mit welchen Gesichtspunkten wir an sie herangegangen sind und wie wir sie in Zukunft behandelt sehen wollen.

Ein Bundesparteitag wird aber auch ebenso beeinflusst durch die politische Atmosphäre der Tage, an denen er stattfindet. Er soll ja vom politischen Leben der Gegenwart erfüllt sein. Trotzdem Herr von Brentano über das Thema „Deutschland – Teil der freien Welt“ sprechen wird, möchte ich Ihnen im Anschluß an die Vorgänge der letzten Zeit Ausführungen über die heutige außenpolitische Situation machen. Ich werde nicht über die innenpolitischen Aufgaben und Probleme sprechen, weil diese in den kommenden Reden heute morgen ausführlich behandelt werden und ich nicht so viel Zeit für mich in Anspruch nehmen will.

Lassen Sie mich zunächst ein Wort zu den in Frankreich entstandenen Schwierigkeiten sagen. Ich habe gestern an Staatspräsident de Gaulle ein Telegramm geschickt. Frankreich ist ein besonders wichtiges europäisches Land, beteiligt an der europäischen Integration, unser Nachbar und unser Freund. Wir wünschen und wir hoffen, daß die dort entstandenen Schwierigkeiten möglichst bald überwunden werden. (Beifall.)

Lassen Sie mich ein Wort zu Laos und zu Kuba sagen. Die Lage in Kuba ist ernst, ernster als in Laos. Wie dieser Gefahrenherd für den Weltfrieden aus der Welt geschafft werden kann, ist noch nicht zu erkennen. Diese beiden Komplikationen, die ich eben genannt habe, leiten sich her aus der Spannung zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten oder, noch besser ausgedrückt, aus der großen Spannung zwischen Osten und Westen, zwischen dem kommunistischen Block und dem Block der freien Völker der Welt, zu dem wir gehören. Wie diese akuten außenpolitischen Spannungen sich entwickeln werden, ist, wie ich sagte, zur Zeit schwer zu erkennen. Wir können nur hoffen, daß Beruhigung eintritt. Aber, meine lieben Parteifreunde, die Tatsache, daß solche Zuspitzungen der Lage plötzlich auftreten können, zeigt doch, wie kritisch, ja wie gefährlich die ganze Situation in der Welt ist und daß alles geschehen muß, um zu einer Milderung der allgemeinen Spannung zu

kommen. Diese allgemeine Spannung wird nur gemildert werden, wenn die freien Völker des Westens einig, geschlossen und stark sind. (Beifall.)

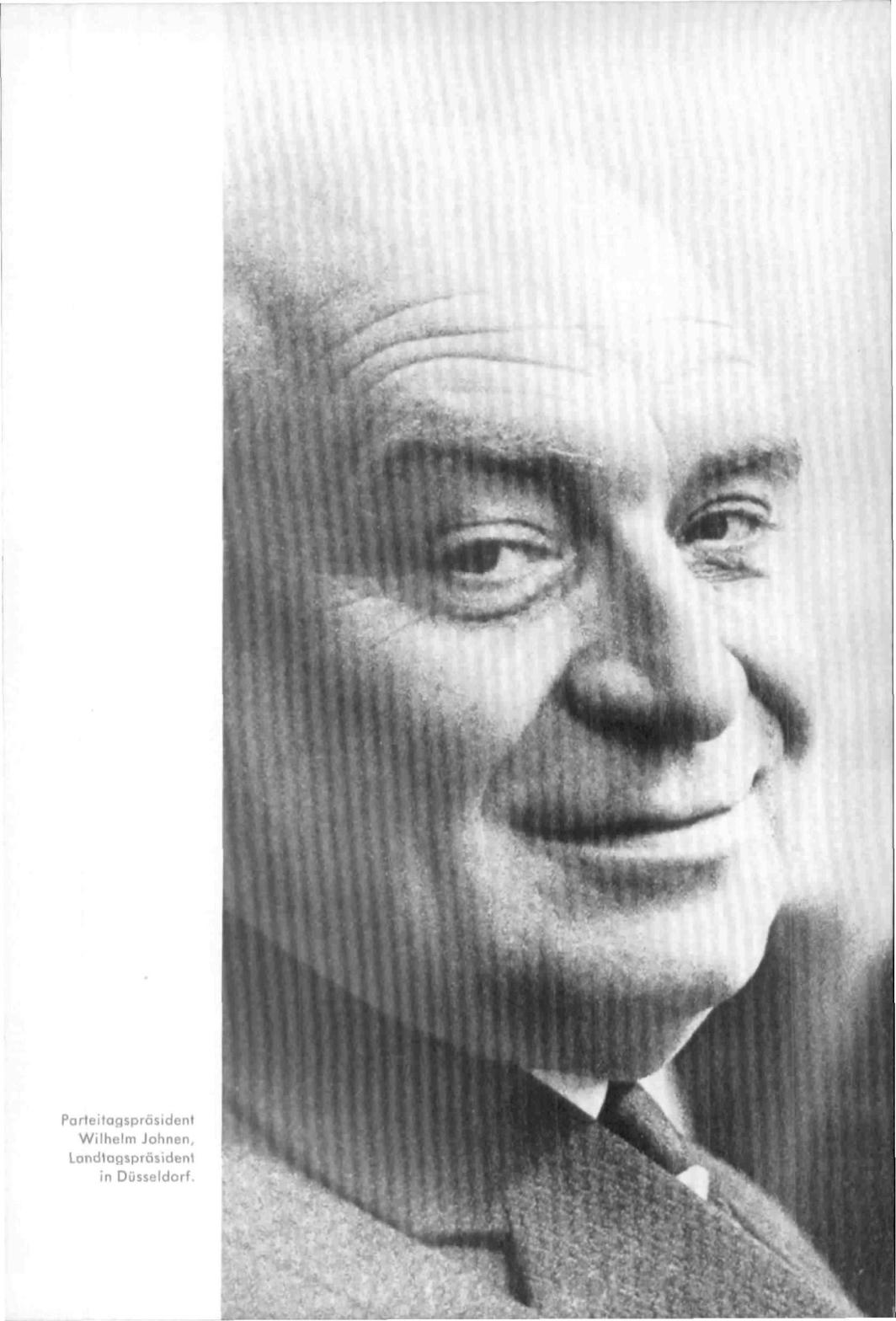
Es wird, wie ich hoffe, eines Tages sich doch die Möglichkeit ergeben, mit Sowjetrußland zu verhandeln. Diese Möglichkeit wird sich aber nur dann ergeben, wenn der Westen so stark, so geschlossen und so einig ist, daß Sowjetrußland erkennt, daß es nicht damit rechnen kann, daß im Laufe der Zeit der Westen in seinen Anstrengungen erlahmt und auseinanderfällt. Die Vereinigten Staaten sind, wie Sie wissen, unter den freien Völkern die stärkste Macht. Wie Ihnen bekannt ist, war ich vor kurzem einige Tage in Washington und habe mehrere längere Gespräche mit Präsident Kennedy und seinen engsten Mitarbeitern gehabt. Ich empfehle Ihnen, das über diese Unterredungen herausgegebene Abschlußkommuniqué sorgfältig zu lesen. Es enthält Hinweise auf die gemeinsame Politik der Vereinigten Staaten mit den europäischen Ländern, insbesondere auch mit Deutschland, Hinweise, die sehr klar und sehr deutlich und für uns alle sehr beruhigend sind.

In unserem Gespräch hat Präsident Kennedy erklärt, daß eine verstärkte politische Zusammenarbeit in der NATO unentbehrlich ist, um die Bemühungen der Alliierten zur Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt zu koordinieren. Es wurde die Entschlossenheit bestätigt, die NATO als Grundlage der gemeinsamen Verteidigung des nordatlantischen Raumes zu unterstützen und die Überzeugung der beiden Regierungen unterstrichen, daß die NATO alle militärischen Mittel behalten und weiter entwickeln muß, die es ihr ermöglichen, einen potentiellen Angreifer wirksam davon abzuschrecken, die territoriale Unversehrtheit oder die Unabhängigkeit eines jeden Alliierten zu bedrohen. Besonders betont wurde die Notwendigkeit einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung, um allen Nationen ein Leben in Freiheit zu sichern und einen allgemeinen, vollständigen Frieden herbeizuführen. Das Kommuniqué hebt die wichtige Rolle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als mächtige und verbindende Kraft inmitten der atlantischen Gemeinschaft hervor. Es betont, daß die dynamisch-politischen und institutionellen Kräfte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein wesentliches Element der gegenwärtigen Stärke der atlantischen Gemeinschaft sind. Sie wissen, daß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – der EWG – der Zusammenschluß von sieben europäischen Ländern unter Führung Großbritanniens zur EFTA gefolgt ist. Ich kann hier nur noch wiederholen, was ich in der vergangenen Woche im Bundestag gesagt habe:

„Wir wünschen, daß die Mitglieder der EFTA, insbesondere auch Großbritannien, sich möglichst bald mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verständigen, damit wirtschaftliche Gegensätze nicht die europäische Entwicklung stören.“ (Beifall.)

Der Absatz des Kommuniqués, der sich mit der Deutschlandfrage einschließlich Berlins befaßt, ist so wichtig, daß ich ihn hier wörtlich wiedergeben möchte. Es heißt dort:

„Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten erneut den Standpunkt ihrer Regierungen, daß eine gerechte und dauerhafte Lösung der Deutschlandfrage einschließlich des Berlinproblems nur durch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts ge-

A black and white close-up portrait of Wilhelm Johnen, an elderly man with a friendly expression. He has a prominent nose and is looking slightly to the right of the camera. He is wearing a dark suit jacket, a white collared shirt, and a dark tie. The background is a plain, light-colored wall.

Parteitagpräsident
Wilhelm Johnen,
Landtagspräsident
in Düsseldorf.



Bundestagspräsident
D. Dr. Eugen Gersten-
maier: „Was ist des
Deutschen Vaterland?“

funden werden kann. Sie erneuerten ihr Versprechen, die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins zu erhalten, bis Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereinigt und Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Landes wiederhergestellt ist.“ (Beifall.)

Zum Schluß des Kommuniqués heißt es:

„Der fruchtbare Gedankenaustausch zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten ebenso wie die offene und herzliche Atmosphäre, in der die Gespräche geführt wurden, haben bedeutsam dazu beigetragen, die Bande der Freundschaft und des Einvernehmens zwischen beiden Ländern fester zu knüpfen und die Gemeinschaft der freien Welt zu stärken.“ (Beifall.)

Und in der Tat, meine Freunde, die Atmosphäre der Unterredung war sehr herzlich und sehr offen. Lassen Sie mich hier eines einschieben: Der Verlauf meines Besuches in den Vereinigten Staaten, die Aussprache mit dem Präsidenten Kennedy und die Aufnahme durch Vizepräsident Johnson und die Bevölkerung von Texas haben sehr deutlich gezeigt, wie falsch ein Teil der deutschen Presse die Entwicklung der Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten unter Kennedy und der Bundesrepublik beurteilt hat. (Beifall.)

Lassen Sie mich zu der Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und uns aus Gründen der historischen Wahrheit folgendes sagen: Nach dem Krieg begann die Wendung zum Guten durch den Marshallplan, durch Truman und Acheson. Die Entwicklung wurde fortgesetzt durch Eisenhower und John Foster Dulles. Wir sind Truman, Acheson, Eisenhower und Dulles zu großem Dank verpflichtet. (Beifall.) Jetzt, da Kennedy Präsident und Rusk Außenminister ist, sind – um die Worte des Kommuniqués und einer telefonischen Mitteilung des Präsidenten Kennedy an mich anzuführen – die Bande fester als je zuvor. (Beifall.)

Erlauben Sie mir nunmehr, einige Ausführungen zur europäischen Integration zu machen. Ich bin dem Senator Lemanns von Herzen dankbar für die warmen Worte, die er für dieses Problem gefunden hat. Die europäische Integration ist und bleibt nach wie vor ein weiteres Hauptziel unserer Politik und unserer Arbeit. (Beifall.) Der Gedanke der europäischen Integration ist bei uns in den Jahren nach dem Zusammenbruch entstanden. Er wurde bei uns, der Christlich Demokratischen Union, hervorgerufen durch die Überzeugung, daß in den kommenden Zeiten, nachdem die Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und in einer nicht fernen Zukunft Rotchina wirtschaftlich und politisch alle europäischen Länder weit überragen würden, nur der Zusammenschluß der europäischen Länder im Wege der Integration diesen gestatten würde, sich politisch und wirtschaftlich zu entwickeln und Einfluß auf die Entwicklung in der Welt zu nehmen.

Die Aufgabe ist groß, ihre Vollendung ist nicht leicht, aber sie muß gelöst werden. Wir dürfen nicht erlahmen in unserer Arbeit. Die Christlich Demokratische Union ist und bleibt entschlossen, ihre ganze Kraft und ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Parteien anderer Länder

dafür einzusetzen, diese Aufgabe zu lösen. Für uns Europäer ist es sehr wesentlich, daß Präsident Kennedy in seiner Unterredung mit uns die Bedeutung der europäischen Integration so nachdrücklich unterstrichen und deren Wert für den ganzen freien Westen hervorgehoben hat.

Bei der Sozialdemokratie, meine verehrten Parteifreunde, macht sich die Nähe der Bundestagswahl sehr stark bemerkbar. (Heiterkeit.) Sie will unter allen Umständen an die Macht kommen und sei es auch als Koalitionspartner der CDU/CSU. (Heiterkeit.) Meine lieben Freunde! Wer das vor sechs, sieben oder acht Jahren prophezeit hätte, (Heiterkeit.) der hätte keinen Glauben gefunden. Aber wenn man dreimal Wahlen verloren hat wie die Sozialdemokratie die Bundestagswahlen, dann ist das eine scheußliche Situation, (Heiterkeit.) und man will doch irgendeine, wenn auch kleine Frucht seinen Wählern präsentieren können, um nicht noch einmal eine Bundestagswahl zu verlieren.

Nun, die Herren von der Sozialdemokratischen Partei sprechen seit geraumer Zeit immer von einer „Bestandsaufnahme“. Bestandsaufnahme, meine Freunde, ist ein Ausdruck aus dem kaufmännischen, aus dem wirtschaftlichen Leben. Wann macht man dort eine Bestandsaufnahme? (Heiterkeit.) Nun, natürlich dann, wenn man sich mit jemand anderem assoziieren will, macht man eine Bestandsaufnahme. Man macht aber auch eine Bestandsaufnahme, wenn man große Verluste erlitten hat, (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) und es kommt im wirtschaftlichen Leben auch vor, daß man eine Bestandsaufnahme macht, wenn beides vorliegt, (Beifall.) wenn man große Verluste erlitten hat und wenn man nun einen stärkeren – na, wie soll ich sagen – Partner sucht, um sich ihm anschließen zu können.

Nun, ich habe nichts dagegen; ich kann es auch gar nicht verhindern, daß die Sozialdemokratie eine Bestandsaufnahme macht. Im Gegenteil: ich will ihr dabei helfen, (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) indem ich gleichzeitig eine Bestandsaufnahme unserer Politik mache und dann die beiden Bestandsaufnahmen gegenüberstelle, (Heiterkeit.) damit man sieht, was da nun vonnöten ist.

Die Sozialdemokraten haben im November 1949 das Petersberger Abkommen abgelehnt, das die Wende in unseren Beziehungen zu den Besatzungsmächten, also zum freien Westen, brachte. (Sehr-richtig-Rufe und Beifall.)

Sie haben in verschiedenen Entscheidungen im Bundestag sich abgekehrt von der europäischen Integration.

Sie haben im Juni 1950 den Eintritt in den Europarat abgelehnt.

Sie haben im Januar 1952 den Vertrag über die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl abgelehnt.

Sie haben im Februar 1952 eine Leistung eines Verteidigungsbeitrages abgelehnt.

Sie haben im Dezember 1952 den Deutschlandvertrag abgelehnt.

Sie haben im Februar 1955 den Eintritt in die NATO und in die WEU abgelehnt.

Sie haben im Juli 1956 das Wehrpflichtgesetz abgelehnt.

Sie sehen, meine verehrten Parteifreunde, daß ich nur die Abstimmungen im Bundestag anzuführen brauche, daß ich gar nicht zurückzukommen brauche auf alle die Reden und Äußerungen, die zu diesen Themen von sozialdemokratischen Rednern gemacht worden sind, daß ich – ich wiederhole – nur auf die Abstimmungen im Bundestag in all den Jahren hinzuweisen brauche, um eine Bestandsaufnahme der Außenpolitik der Sozialdemokratie vorzunehmen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Und unsere Außenpolitik? – Nun, meine Freunde, die kennen Sie; die Bestandsaufnahme ist sehr einfach: In all den Jahren, bei allen wichtigen Entscheidungen, bei denen die Sozialdemokratie mit Nein stimmte, haben wir mit Überzeugung mit Ja gestimmt. (Langanhaltender Beifall.)

Ja, meine Damen und Herren, ich habe eben schon gesagt: drei verlorene Bundestagswahlen, und eine vierte kommt heran, und die Anzeichen sind für die SPD bisher alles andere als günstig. Das bringt manchen dazu, Reu und Leid zu erwecken; aber, meine Freunde, ich kann nicht glauben, daß in der Sozialdemokratischen Partei und in der Sozialdemokratischen Bundesfraktion so viele Paulusse sind, wie früher Saulusse waren. (Heiterkeit.) Nein, meine Damen und Herren, das glaube ich nicht, und darum ist es wohl erlaubt, diese ganze augenblickliche Situation in der Sozialdemokratischen Partei mit einer gewissen Zurückhaltung zu betrachten.

Was macht nun die Sozialdemokratie in einer solchen Lage? Sie kann unmöglich jedes Jahr ein neues Wahlprogramm machen. Das hält die beste Partei nicht aus, meine Damen und Herren. (Langanhaltender Beifall.) Sehen Sie, das Godesberger Programm war gerade ein Jahr alt, als die Sozialdemokratische Partei das dringende Bedürfnis empfand, nun doch jetzt wiederum etwas zu tun, was ihr vielleicht einen Erfolg verspräche. Da hat sie einen „Appell von Hannover“ gemacht, kein Programm von Hannover. Ich habe das eben schon gesagt. Man kann nicht jedes Jahr ein neues Programm machen, und deswegen ein „Appell von Hannover“. Was das bedeuten soll, ist mir schleierhaft. Ich meine, was der Name bedeuten soll, ist mir vollkommen unverständlich. Aber in diesem Appell von Hannover warf man kurzentschlossen – oder man tat wenigstens so – die ganze bisherige außenpolitische Konzeption der Sozialdemokratie über Bord. Man hat dann allerdings nicht genau und präzise gesagt, was für eine Außenpolitik man dann haben will.

In diesen Tagen hat der – nun will ich sehr vorsichtig sein, ich weiß kein anderes Wort – Führer der SPD, Herr Wehner, – Sie wissen, wen ich meine – (Lebhafte Heiterkeit und anhaltender Beifall.) in Kreuznach gesprochen. Er hat uns dort, wo er natürlich wieder von Bestandsaufnahme gesprochen hat, sogar – darauf komme ich noch zurück – laut einer Meldung von dpa ein Koalitionsangebot gemacht. Das ist sehr freundlich, und ich werde freundlich, allerdings etwas satirisch, darauf noch zurückkommen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Aber, meine Damen und Herren: Wie hoch soll man denn das politische Verständnis einer Partei einschätzen, die elf Jahre braucht, um zu erkennen, daß ihre Außenpolitik in einer Situation, wo es um Leben und

Freiheit des deutschen Volkes geht, total falsch ist! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Das spätere Erkennen, meine Damen und Herren, gilt in der Außenpolitik gar nichts. (Sehr gut!) Wenn man die Zeche gemacht hat, dann muß sie bezahlt werden! Wenn irgendwo in der Innenpolitik es möglich ist, wieder etwas zu verbessern -- in der Außenpolitik etwas zu verbessern, was man elf Jahre falsch gemacht hat: das ist ausgeschlossen, meine Damen und Herren. (Erneuter starker Beifall.)

Wer steht dem deutschen Volke denn dafür, daß in den kommenden sehr ersten außenpolitischen Situationen die Sozialdemokratie, wenn sie wirklich in der Wahl siegen würde -- es ist kein Gedanke daran, (Beifall.) aber man muß auch einmal etwas Unmögliches theoretisch darlegen -- (Heiterkeit.) dann das Richtige erkennt, (Sehr gut!) wenn sie elf Jahre hindurch diese furchtbaren Fehler gemacht hat! (Lebhafter Beifall.)

Wenn man in den vergangenen Jahren den außenpolitischen Vorschlägen und der außenpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie gefolgt wäre, dann wären -- das ist meine feste Überzeugung -- Frieden und Freiheit der Bundesrepublik schon lange verloren. (Lebhafter Beifall.) Das muß bei so ernstesten Dingen einmal ganz klar und ernst gesagt werden. (Beifall.) Wer elf Jahre lang eine so verderbliche Außenpolitik gepredigt und versucht hat, sie durchzusetzen, hat keinen Anspruch darauf, daß ihm im zwölften Jahr das deutsche Volk in außenpolitischen Fragen Vertrauen schenkt. (Lebhafter Beifall.)

Wenn nun Herr Wehner laut einer Mitteilung von dpa die Koalitionsbereitschaft der SPD mit der CDU/CSU andeutet und dann gleichzeitig noch von einem bevorstehenden Angriff der SPD gegen die angebliche „Politik des Fortwurschtelns der CDU/CSU“ spricht und sagt, die SPD werde sich nicht angleichen, sondern eine ganz neue Politik machen, sie wolle an die Stelle von Rechthaberei -- ach, Herr Wehner, Herr Wehner -- (Heiterkeit.) eine Politik der Zusammenarbeit setzen, so muß ich sagen:

Es gibt doch in der Welt der Politiker merkwürdige Erscheinungen. Vielleicht hat Herr Wehner schon einmal das Wort vom Zickzackkurs gehört. Einer Partei, die in einer derartigen Lebensfrage des deutschen Volkes und Europas und der freien Welt hin und her fackelt, soll das Schicksal des deutschen Volkes anvertraut werden! Niemals wird dieser Fall eintreten, und eine Koalitionsgemeinschaft mit der SPD kommt für unsere Partei nicht in Frage!! (Langer stürmischer Beifall.)

Was war nun der Weg der CDU/CSU und was bleibt der Weg der CDU/CSU? Die Gleichgewichtslage in Europa: sie ist nicht befriedigend. Aber diese Gleichgewichtslage, die wir zur Zeit haben, ist herbeigeführt worden, und damit ist uns in der Bundesrepublik Frieden und Freiheit geblieben durch die entschlossene, stetige, nunmehr fast zwölf Jahre durchgeführte Politik der CDU/CSU, die sich von Anfang an entschieden für den Anschluß an den Westen ausgesprochen hat. (Starker Beifall.)

Daß es einer Partei nach einem solchen Zusammenbruch unseres Landes in einer so turbulenten und von Spannungen erfüllten Lage in der Welt,

besonders auch in Europa, gelungen ist, durch ihre stetige Politik das Gleichgewicht der Kräfte in einem Brennpunkt der Weltspannungen, nämlich in Europa, so zu sichern, ist ein unvergängliches historisches Verdienst dieser Partei, der CDU/CSU. (Starker Beifall.)

Acheson hat in diesen Tagen auf einer Versammlung in Bologna erklärt, Deutschland sei ein Bollwerk der Sicherheit an den Grenzen der westlichen Welt. Dieser Damm, meine Freunde, ist geschaffen worden durch unsere Partei; sie hat der Bundesrepublik die Freundschaft und Hilfe der freien Mächte verschafft und der Bundesrepublik Freiheit und Frieden gerettet.

Ich bin überzeugt, daß das deutsche Volk das erkennt und weiß, daß es ebenfalls davon überzeugt ist, daß die Fortsetzung dieser Politik gewährleistet durch eine große und starke innerlich gefestigte Partei, für unser Land, für Europa, eine absolute Notwendigkeit ist. (Starker Beifall.)

Das war der Weg der CDU/CSU zwölf Jahre hindurch, und dieser Weg war, ist und bleibt der richtige Weg. Er wird uns die Freiheit bewahren; er wird uns zum Frieden und zur Einheit führen.

(Stürmischer anhaltender Beifall.)

Präsident Albers:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Vor etwa 16 Jahren wurde in Köln die Grundlage für die Schaffung der Christlich Demokratischen Union gelegt. Wenn jemand aus der damaligen Gründerzeit die Entwicklung und den Charakter sowie die Richtung dieser Partei bestimmt hat, dann waren Sie das, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer. (Starker Beifall.)

Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um im Namen der alten Freunde, die vor 16 Jahren irgendwo aus Deutschland, aus den Zuchthäusern und aus den Lagern kamen, Ihnen herzlich dafür zu danken, daß Sie vom ersten Augenblick dieser Partei an die Führung und das Zepter in die Hand genommen haben. (Beifall.)

Was unsere Aufgabe ist, wissen wir. Wir haben dafür zu sorgen, daß die nächste Bundestagswahl am 17. September 1961 wieder so erfolgreich wird wie die Bundestagswahl 1957. Dafür tragen wir alle die Verantwortung. Daß sie siegreich wird, das soll ein Dank sein für die unermüdliche Arbeit, die unser Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler geleistet hat. (Beifall.)

Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, für Ihre grundlegenden Ausführungen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bundesaußenminister, das Wort zu nehmen über

Deutschland — Teil der freien Welt

Außenminister Dr. Heinrich von Brentano:

(Mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vergangenen Freitag hat die letzte außenpolitische Aussprache im Bundestag stattgefunden. Der Herr Bundeskanzler hat über das Ergebnis der Besprechungen berichtet, die vor genau 2 Wochen in Washington begonnen haben. Der Bericht wäre unvollständig gewesen, wenn er sich darauf beschränkt hätte, eine Übereinstimmung in den wesentlichsten Fragen der Außenpolitik festzustellen, die tatsächlich zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem deutschen Regierungschef erzielt wurden. Es war vielmehr unerlässlich, auch auf die grundsätzliche politische Haltung einzugehen, die diese Übereinstimmung überhaupt erst ermöglichte. Wer nur die Erklärungen hörte oder las, die die Sprecher der beiden Oppositionsparteien im Anschluß an die Regierungserklärung abgaben, der könnte die Frage stellen, ob es heute überhaupt noch notwendig sei, das Thema zu behandeln, das mir gestellt ist: „Deutschland – Teil der freien Welt“. Denn es könnte der Eindruck entstehen, als bestehe eine völlige oder auch weitgehende Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik. Und dieser äußere Eindruck wird verstärkt durch die Entschließungen, die die Sozialdemokratische Partei im November in Hannover und die Freie Demokratische Partei im März dieses Jahres in Frankfurt gefaßt haben.

Sicherlich darf es nicht unsere Aufgabe sein, aus wahltaktischen Überlegungen nicht bestehende Gegensätze zu konstruieren oder vorhandene Meinungsverschiedenheiten zu dramatisieren. Am wenigsten wäre ein solcher Versuch im Bereiche der Außenpolitik zu verantworten. Es kann gar nicht oft genug unterstrichen werden, um wieviel stärker und sicherer die Stellung Deutschlands in der weltpolitischen Auseinandersetzung von heute wäre, wenn die Außenpolitik der Bundesregierung tatsächlich auch von der Opposition unterstützt würde. Nun ist es unleugbar, daß sich die Gegensätze verringert haben. Und ich meine, wir haben allen Anlaß, das mit Befriedigung festzustellen, wie es auch der Herr Bundeskanzler eben getan hat.

Die Sozialdemokratische Partei, die den Eintritt der Bundesrepublik in die Atlantische Gemeinschaft leidenschaftlich bekämpft hat, erklärt heute, daß die NATO für sie die Grundlage der Außenpolitik darstelle. Das ist in der Tat ein erstaunlicher Stellungswechsel. Noch vor der letzten Bundestagswahl erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Professor Dr. Schmid: Wenn wir nach den Wahlen zur Regierung kommen, werden wir sofort die Initiative ergreifen – das heißt, wir werden einfach die NATO verlassen. Die früheren Bundestagswahlen wurden von der Opposition vor allem im Zeichen des Kampfes gegen die Leistungen des Verteidigungsbeitrages geführt. Die maßlose und hemmungslose

Kampagne gegen die allgemeine Wehrpflicht ist noch in unser aller Erinnerung. Auch darüber ist es stiller geworden. Der letzte Bundestagswahlkampf stand vor allem im Zeichen des sogenannten Kampfes gegen den Atontod. Dieser Kampf wurde mit allen Mitteln der Verleumdung und der Diffamierung geführt. Diejenigen, die heute noch – sei es aus Überzeugung, sei es aus Einfalt – die damaligen Parolen vertreten, werden mit dem Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei bedroht. Der oberflächliche Beobachter könnte aus diesen Feststellungen tatsächlich den Schluß ziehen, daß eine Diskussion über die deutsche Außenpolitik im bevorstehenden Wahlkampf überflüssig sei, da ja die Opposition die außenpolitischen Grundsätze und Ziele der Bundesregierung übernommen habe.

Ich bestreite durchaus nicht, daß wir diese Entwicklung begrüßen. Sie verrät die beginnende Einsicht in die Richtigkeit einer Politik, die die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union 12 Jahre unbeirrbar und konsequent durchgeführt haben. Sie verrät auch den Respekt vor der demokratischen Entwicklung des deutschen Volkes, das von Wahl zu Wahl mit der steigenden Mehrheit die Außenpolitik der Bundesregierung unterstützt hat, und – daran zweifle ich nicht – bei den bevorstehenden Wahlen mit steigender Mehrheit unterstützen wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir würden uns aber doch einer gefährlichen Täuschung hingeben, wenn wir uns darauf beschränken würden, nur diese positive Entwicklung zu sehen. Wir würden uns selbst gegenüber unaufrichtig und dem deutschen Volke gegenüber unglaubwürdig sein, wenn wir nicht mit allem Ernst und Nachdruck gerade angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl feststellten, daß tiefgehende Meinungsverschiedenheiten und unüberbrückbare Gegensätze zwischen der Außenpolitik der Bundesregierung und den Vorstellungen der Opposition weiter bestehen. Was bedeutet es – der Herr Bundeskanzler sprach schon davon –, wenn die Opposition immer wieder eine Bestandsaufnahme der Außenpolitik fordert. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 19. Januar 1960 darauf eine klare Antwort gegeben, als er damals sagte: „Natürlich hütet sich Herr Dr. Adenauer zu sagen, welche gemeinsame Außenpolitik er anstrebt. Im Ernst glaubt er nämlich nicht daran, daß irgend jemand in der Bundesrepublik außer der Mehrheit seiner politischen Freunde bereit sein könnte, für die von ihm selbst geschaffene Konkursmasse seiner Politik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Entspannung in Europa mitverantwortlich zu zeichnen.“ Darum möchte ich auf die Forderung dieser Bestandsaufnahme eine sehr klare Antwort geben. Wir haben eine solche Bestandsaufnahme nicht nötig. Seit 12 Jahren haben wir die deutsche Außenpolitik vor dem deutschen Volk und vor der Welt klar und unmißverständlich vertreten. Auch wenn die Opposition einige ihrer falschen und demagogischen Parolen aufgegeben hat, so denken wir gar nicht daran, den Restbestand an fehlerhaften und gefährlichen Vorstellungen zu übernehmen, nur um damit der Opposition auf halbem Wege entgegenzukommen und ein trügerisches Bild der Gemeinsamkeit zu gestalten. (Beifall!) Der Gegensatz liegt viel tiefer, als daß er mit Konzessionen im

taktischen Vorgehen überdeckt oder gar ausgeräumt werden könnte. Wir werden uns dieses Gegensatzes bewußt, wenn wir diese letzte außenpolitische Entschließung der SPD sorgfältig analysieren.

Es heißt darin, die deutsche Außenpolitik werde der Entwicklung Rechnung tragen müssen, daß sich die Spannungen in der Welt nicht mehr allein aus dem Ost-West-Konflikt erklären lassen, selbst wenn dieser Konflikt – wenigstens für Deutschland – ein entscheidendes Merkmal sei. Mit dieser Begründung verlangt die SPD eine größere Elastizität der Außenpolitik, allerdings nicht ohne hinzuzufügen, daß in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West die Bundesrepublik auf der Seite des Westens als zuverlässiger Verbündeter stehen müsse.

Der grundlegende Gegensatz liegt darin, daß wir – und wir nicht allein – überzeugt sind, daß der Spannungszustand in der Welt von diesem Gegensatz zwischen Ost und West bestimmt wird. In der Vergangenheit standen echte oder vermeintliche nationale oder wirtschaftspolitische Interessen einzelner Nationen gegeneinander und führten häufig auch zu gemeinsamen Auseinandersetzungen. Heute liegt der Gegensatz im Geistigen, im Prinzipiellen. Die Vorstellung von der Aufgabe und der Stellung des Menschen im Staat und in der Gemeinschaft ist eben in der kommunistisch beherrschten Welt eine so völlig andere, daß ein Kompromiß undenkbar ist. (Beifall.)

Man kann diesen Gegensatz auch nicht hinweginterpretieren, indem man Formulierungen oder Schlagworte gebraucht, die in einer anderen Zeit entstanden sind. Es wäre doch kindisch, wollten wir heute noch von einer Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Kapitalismus reden. Der totale Staat ist die Gesellschaftsform, die die gefährlichste und brutalste Form des Kapitalismus überhaupt entstehen ließ: (Beifall.) den Staatskapitalismus in seiner reinsten Form, der sich jeder Kontrolle entzieht, da er sich selber kontrolliert, und der jeden Mißbrauch ermöglicht, da der Mißbrauch schutzlos ist. Während der Marxismus im Kampf gegen die Unterdrückung der Freiheit des einzelnen entstand – auch wenn er nach unserer Überzeugung sicherlich nicht die geeigneten Mittel anbot, um dieses Ziel zu erreichen –, wird sein Name in den totalitären Herrschaftssystemen nur noch mißbraucht, um die völlige Entrechtung des Menschen, die Entpersönlichung der Persönlichkeit und die Einordnung des Menschen in das Kollektiv zu verschleiern. Während die sogenannten kapitalistischen Länder die rechtsstaatliche Ordnung weiterentwickeln, während sie den Staat vom Menschen aus bauen und als ihr Ziel betrachten, die persönliche Freiheit und die soziale Sicherheit unter den Schutz der staatlichen Gemeinschaft zu stellen, ist der Mensch im totalen System nur Objekt des Geschehens, er hat keinen Anspruch und keine Möglichkeit, sein Recht auf Freiheit durchzusetzen, da diejenigen, die ihn unterdrücken und mißbrauchen, mit denjenigen identisch sind, bei denen er sich sein Recht holen müßte.

In dieser Auseinandersetzung gibt es keine Neutralität. Das Bekenntnis zur unlösbaren Verbindung mit der freien Welt kann auch nicht durch den verstorbenen Hinweis auf die Vertragstreue ersetzt werden. Wer so denkt, zeigt, daß er den Grundsatz mit der Form verwechselt. Die

Bundesrepublik ist nicht ein zuverlässiger Verbündeter der freien Welt, weil sie Verträge abgeschlossen hat. Sie hat Verträge abgeschlossen, um der festen Entschlossenheit mit der freien Welt und in der freien Welt Ausdruck zu verleihen, (Beifall) weil sie die Modalitäten dieser Zusammenarbeit vertraglich regeln wollte, aber nicht, weil sie ihren Standpunkt in der freien Welt begründen wollte.

In der sozialdemokratischen Entschließung findet sich die Forderung nach größerer Elastizität. Damit ist wohl das gleiche gemeint wie in dem Aufruf der FDP zur Bundestagswahl, in dem wir lesen, es genüge nicht, uns allein auf die Politik unserer Verbündeten zu verlassen; wir müßten eigene Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage entwickeln. Damit verbindet die FDP die weitere Forderung, die neue Bundesregierung müsse Verhandlungen über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems einleiten.

Was soll die so häufig gehörte Forderung nach größerer Elastizität? Was soll diese Forderung nach eigenen deutschen Initiativen? Wenn diese Kritiker damit sagen wollen, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren teilnahmslos die Initiative ihrer Verbündeten abgewartet habe, um sich ihr anzuschließen, dann sagen sie bewußt die Unwahrheit; denn sie wissen, was jeder Zeitungsleser weiß, und sie wissen das um so mehr, weil sie im Bundestag und ganz besonders im Auswärtigen Ausschuß über die unablässigen Bemühungen der Bundesregierung unterrichtet worden sind, an der Entspannung mitzuwirken und die deutsche Frage einer Lösung näherzubringen.

Seit Jahren steht die Bundesregierung in einem ständigen Meinungsaustausch mit ihren Verbündeten. Die Genfer Außenminister- und Gipfelkonferenz des Jahres 1955 war gemeinsam in monatelanger Arbeit vorbereitet worden. Jede Note der Sowjetunion, die wir und die Verbündeten erhalten, wurde sorgfältig analysiert. Jede Antwort, die wir und die Verbündeten gegeben haben, wurde gemeinsam sorgfältig vorbereitet. Auf der Genfer Außenministerkonferenz des Jahres 1955 legte der amerikanische Außenminister Herter den westlichen Friedensplan vor. Er war das Ergebnis wochenlangender sorgfältiger Beratungen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs.

Jede sonstige Initiative wurde darüber hinaus mit den Bündnispartnern der atlantischen Gemeinschaft sorgfältig überdacht und abgestimmt. Nicht weniger sorgfältig waren die Vorbereitungen der Pariser Gipfelkonferenz des vergangenen Jahres, einer Konferenz, die scheiterte, bevor sie begonnen hatte, weil der sowjetische Regierungschef ein ernsthaftes und sachliches Gespräch nicht führen wollte.

Es ist hier nicht der Platz, um auf Einzelheiten dieser Vorschläge einzugehen. Aber es ist wohl der Ort und der Zeitpunkt, um klar und unmißverständlich auszusprechen, daß wir niemals eine Initiative entfalten werden, die uns von unseren Bündnispartnern trennen könnte. (Beifall)

Das wäre das Ende der vertrauensvollen Zusammenarbeit; es wäre aber auch das Ende unserer nationalen und unserer staatsbürgerlichen Freiheit.

Mit derselben Klarheit möchte ich hinzufügen, daß die Forderung nach größerer Elastizität nichts anderes ist als ein gefährliches Schlagwort. In welchem Bereich soll eine Bundesregierung elastisch sein?

Ausdruck dieser Elastizität war offenbar der sogenannte Deutschlandplan der SPD, an den sogar diejenigen, die ihn erarbeitet und verkündet haben, heute gar nicht mehr erinnert werden wollen. Er war in der Tat außerordentlich elastisch; wenn man nämlich ein gesamtdeutsches Parlament auf der Basis der zahlenmäßigen Parität zusammensetzen wollte. Diejenigen, die einen solchen Vorschlag machten, sind sich offenbar erst zu spät darüber klar geworden, daß man damit die primitivsten Grundsätze der Demokratie preisgibt. Sie sind sich offenbar zu spät darüber klar geworden, daß sie bereit waren, ein makabres Schauspiel zu inszenieren: frei gewählte Vertreter des deutschen Volkes mit weisungsgebundenen Funktionären der Kommunistischen Partei in ein sogenanntes Parlament zu setzen und über die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung auf der Basis des gleichen Rechts mit denen zu disputieren, die die Freiheit leidenschaftlich und offen bekämpfen.

Ich will dabei gar nicht einmal den allerdings naheliegenden Verdacht äußern, daß sich vielleicht bei dem einen oder anderen der geistigen Väter dieses unseligen Plans Spekulationen verbergen, deren Verwirklichung gleichbedeutend gewesen wären mit der Zerstörung des Rechts und mit dem Ende der Freiheit.

Auch diejenigen, die Verhandlungen der Bundesregierung über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands fordern, haben oft noch Vorstellungen von der Elastizität, die die Bundesregierung und die CDU klar und endgültig ablehnen. Zunächst eine Frage, auf die man bisher die Antwort schuldig blieb: Wer soll mit wem verhandeln? Sollen wir diesen Status ermitteln zusammen mit diesen sonderbaren Herren aus Pankow?

Haben diejenigen, die eine solche Initiative fordern und die solche Elastizität anpreisen, bisher noch keine Kenntnis genommen von dem Inhalt der sowjetischen Forderungen, die mit erschreckender Klarheit im letzten Memorandum der Sowjetunion wiederholt werden? Ist es elastisch im Sinne dieser deutschen Außenpolitiker, die Teilung Deutschlands anzuerkennen, um sie auf dem Wege über die Anerkennung zu beseitigen? Das ist nicht mehr elastisch, das ist unreal, das ist töricht, das ist gefährlich. (Beifall.)

Und was sollen Regierungsverhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion und anderen Staaten über den politischen Status Gesamtdeutschlands? Ist man tatsächlich der Meinung, daß eine deutsche Bundesregierung legitimiert wäre oder bereit sein könnte, den politischen Status Gesamtdeutschlands zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen? Gerade weil solche Gedanken geäußert werden, ist es möglich, über das Thema zu sprechen: Deutschland – Teil der freien

Welt! Deutschland ist ein Teil der freien Welt, und die Bundesrepublik von heute und das wiedervereinigte Deutschland von morgen wird und muß es sein. (Beifall.)

Darüber wird und darf es keine Verhandlungen geben. Und wer Verhandlungen darüber anbietet, muß sich der Gefahr bewußt sein, die in einem solchen Angebot liegt. Die Freiheit des deutschen Volkes ist unteilbar, und die Forderung nach dieser Freiheit ist unabdingbar. (Beifall.) Und weil es nichts gibt, meine Damen und Herren, was über diese Freiheit hinausgeht, und weil wir wohl wissen, daß der präsumtive Verhandlungspartner, die Sowjetunion, in Verhandlungen diese Freiheit nicht anreichern, sondern beschränken will, müssen wir nein zu dieser Forderung sagen, denn eine begrenzte Freiheit ist keine Freiheit mehr. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß ich hier von meinen politischen Freunden ebenso wenig mißverstanden werde, wenn ich diese Erklärung abgebe, wie bei unseren objektiven Kritikern diesseits und jenseits der Grenzen.

Selbstverständlich wird eine gesamtdeutsche Regierung ebenso bereit sein wie die Bundesregierung, Abrüstungsverhandlungen zu führen und Abrüstungsvereinbarungen zu akzeptieren, aber das hat nichts mit dem politischen Status Deutschlands zu tun. Dieser Status darf und kann nur in der Freiheit bestehen. Das hat nichts mit einem militärischen Status Deutschlands zu tun, denn es kommt nicht darauf an, wie die Bewaffnung Gesamtdeutschlands aussehen wird, und es kommt nicht darauf an, wie die militärischen Vereinbarungen über die Rüstungen aussehen werden, es kommt ausschließlich darauf an, daß die Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands gewährleistet sein muß und daß eine dem ganzen deutschen Volk verantwortliche Regierung mit der Zustimmung des deutschen Volkes diese Sicherheitsvereinbarungen akzeptiert und unterzeichnet. (Beifall.)

Unser Freund Gerstenmaier hat gestern und der Bundeskanzler hat heute über die europäische Zusammenarbeit gesprochen, und ich möchte Gesagtes nicht wiederholen. Ich möchte nur, wie ich glaube, auf die unangebrachte Reaktion eingehen. Vor wenigen Tagen hat der Vizepräsident des Bundestags, Herr Dr. Dehler, in Berlin auf dem Parteitag seiner Partei eine Äußerung getan, die ich aus Presseberichten zitiere. Er sagte: „Wer Europa sagt, ist für mich verdächtig, daß er nicht mehr an Deutschland denkt.“ (Pfui-Rufe.)

Meine Damen und Herren! Die Politik der europäischen Zusammenarbeit mit dem Ziel der europäischen Integration ist für uns in der CDU/CSU so eindeutig klar, daß wir sie konsequent und unverdrossen weiterverfolgen. (Beifall.) Wer eine Formulierung wie die von mir zitierte gebraucht, beweist damit, daß er vergessen hat oder leugnen will, daß Deutschland im freien Europa liegt und in Europa und im freien Europa weiterbestehen will. (Beifall.)

Dieser Kritiker hat offenbar kein Verständnis für realpolitische Überlegungen. Der Traum vom unabhängigen Nationalstaat ist im 20. Jahrhundert eine Utopie geworden. Ich glaube nicht, daß das deutsche Volk solchen illusionären Vorstellungen nachjagen kann in einem Augenblick,

in dem Länder wie Frankreich, wie Großbritannien, wo auch gleichzeitig die Schaltstelle für das Commonwealth liegt, und wo Länder wie die Vereinigten Staaten von Amerika sich zu einer engen und unlösbaren Kooperation bekennen. Darum möchte ich Herrn Dr. Dehler eine sehr klare Antwort geben. Wir glauben, ja wir sind davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands sich nur mit Europa und in einer engen Zusammenarbeit mit den europäischen Nationen verwirklichen läßt. Und wir sind davon überzeugt, daß das wiedervereinigte Deutschland nur dann und solange in gesicherter Freiheit leben kann, als es bewußt und entschlossen ein integraler Bestandteil Europas sein und bleiben will. (Beifall.)

Wir haben eine sonderbare Entwicklung miterlebt. Noch vor wenigen Jahren wurden diejenigen, die ein öffentliches und klares Bekenntnis zur europäischen Integration ablegten, mit der Bezeichnung „Illusionäre“ belegt und als Utopisten kritisiert. Inzwischen hat sich diese europäische Integration weiter entwickelt, und wenn wir auch mit allem Freimut zugeben müssen, daß die eine oder andere Idee, die wir hatten, sich nicht verwirklichen ließ, dann füge ich mit dem gleichen Freimut hinzu, daß die Entwicklung doch diesen sogenannten Illusionären und Utopisten recht gab, und daß mancher, der erfolgreich die Verwirklichung von Vorstellungen, wie sie in dem Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft enthalten war, bekämpfte, heute bereut, daß ihm damals die bessere Einsicht fehlte.

Ich nehme für uns, die wir unablässig die europäische Integration verlangt und im Rahmen des Möglichen verwirklicht haben, ich nehme für uns in Anspruch, daß wir deutsche Patrioten und Realisten waren. (Beifall.) Und ich stelle fest, daß diejenigen, die sich widersetzten und heute noch widersetzen, vielleicht meinen, Patrioten zu sein, aber nichts anderes sind als hoffnungslos Gestrige, an denen die Zeit vorübergehen wird. Ich will noch einmal auf mein Thema Bezug nehmen: „Deutschland – Teil der freien Welt“, und ich glaube, Sie verstehen mich richtig, wenn ich sage, daß wir diese Forderung bedingungslos erheben und bedingungslos vertreten.

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede über die letzten Gespräche berichtet, die er in Washington geführt hat. Wenn es noch einer Ermunterung bedurft hätte, auf unserem Wege fortzufahren, wir hätten sie von dort mitgebracht. Aber wenn wir diese Zusammenarbeit im Interesse des deutschen Volkes und ebenso im Interesse der Sicherung des Weltfriedens weiter verfolgen, dann möchte ich auch noch ein Wort über den Geist sagen, in dem sich diese Zusammenarbeit verwirklichen muß. So wie das Verhältnis zwischen Menschen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, nicht auf Verträgen, sondern auf Vertrauen beruht, so muß das gleiche auch für die Zusammenarbeit zwischen Völkern und Regierungen gelten. Nur wenn wir unseren Verbündeten mit Offenheit und Vertrauen begegnen, wird dieses Vertrauen erwidert werden.

Wir haben in den vergangenen Monaten – der Bundeskanzler sprach davon – manches gehört und gelesen über die sogenannte Neuorientierung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Manchmal kam es mir

vor, als werde die Lust am Untergang die Vernunft besiegen. Mit Bienenfleiß trug man echte, entstellte oder gefälschte Äußerungen zusammen, um dem deutschen Volke klarzumachen, daß die Vereinigten Staaten und andere Bündnispartner im Begriffe seien, uns zu verraten oder doch deutsche Lebensinteressen preiszugeben oder zu verkaufen. Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten endlich aufhören, diese Gespenster an die Wand zu malen. Wir sollten uns darüber klar sein, daß Vertrauen auf Gegenseitigkeit beruht, daß wir Vertrauen, Freundschaft und Hingabe nur erwarten können, wenn wir sie zeigen. (Lebhafter Beifall.)

Die Zusammenarbeit der freien Welt ist nur dann fruchtbar und beständig, wenn wir den Partnern, mit denen wir sie gestalten sollen, dieses Vertrauen entgegenbringen. Das bedeutet, daß wir für ihre Sorgen, ihre Probleme und ihre Aufgaben das gleiche Verständnis haben müssen wie für die eigenen. Das Deutschland von heute – also die Bundesrepublik – und das Deutschland von morgen – das wiedervereinigte Deutschland – sind nur solange ein glaubwürdiger und zuverlässiger Partner und ein integraler Bestandteil der freien Welt, als wir uns rückhaltlos und ohne Einschränkung zu dieser Gemeinsamkeit bekennen.

Es gibt weite Bereiche, um diese Gemeinsamkeit zu dokumentieren. Einer davon ist die Verteidigung. Nur ein Narr oder ein Lügner kann bestreiten, daß unsere Freiheit – unser aller Freiheit – bedroht ist. Das verpflichtet uns zur Zusammenarbeit. Die Diskussion über die Mittel einer wirksamen Verteidigung ist wichtig. Aber sie hat zweiten Rang hinter der Entschlossenheit, diese Verteidigung zu organisieren, und hinter der Bereitschaft an ihr teilzunehmen. (Beifall.)

Deutschland als Teil der freien Welt hat ebenso die Verpflichtung und die Aufgabe, an der Abrüstung mitzuwirken. Es gibt nur einen Weg, um die Welt von der Angst vor der totalen Vernichtung zu befreien: Unermüdliche, ernsthafte Anstrengung, die kontrollierte Abrüstung zu verwirklichen, auch wenn sie sich – wie wir alle wissen – nur in Etappen durchführen läßt. Wir sind uns dieser Aufgabe bewußt und darum habe ich selbst im Namen der Bundesregierung in der Ministerratssitzung der NATO im Dezember vorigen Jahres die Einrichtung einer ständigen Kommission zur laufenden Prüfung aller mit der Abrüstung zusammenhängenden Fragen beantragt.

Ebenso wichtig ist auch die Aufgabe, uns aktiv und initiativ in die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe einzuschalten. Gegenüber den entwicklungsfähigen Ländern haben wir eine moralische Verpflichtung. Sie besteht darin, im Rahmen unserer gemeinsamen Leistungsfähigkeit uns an dem Aufbau und Ausbau der Volkswirtschaft dieser jungen Länder zu beteiligen. Sie besteht aber ebenso darin, zu verhindern, daß diese Völker in den Sog des Weltkommunismus geraten, der ihre nationalen Aspirationen zu mißbrauchen versucht, nicht um ihnen die Freiheit zu vermitteln, sondern um sie in die schauerlichste Form der Unfreiheit – nämlich in das kommunistische System – hineinzuziehen.

Wenn wir diese Zusammenarbeit auf allen Gebieten verwirklichen, dann wird Deutschland tatsächlich ein Teil der freien Welt, dann wird es möglich sein, den Deutschen, die in Freiheit leben, den Genuß dieser Freiheit zu sichern und dann, und nur dann, wird es uns auch gelingen, die Deutschen, die noch in der Unfreiheit leben müssen, in die Freiheit zurückzuführen. (Beifall.)

Das ist die große und zentrale Aufgabe der deutschen Politik. Wir müssen den letzten Zweifler im In- und Ausland davon überzeugen, daß Deutschland ein Teil der freien Welt ist, bleiben will und bleiben wird. Ich sage Deutschland, und jeder wird wissen, daß ich damit das ganze Deutschland meine, von dem gestern unser Freund Eugen Gerstenmaier sprach. (Lebhafter Beifall.) Das ganze Deutschland, dem sich der Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Christlich Demokratische Union zutiefst verpflichtet und verbunden fühlen.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Lieber Freund und Herr Minister von Brentano! Sie haben seit nunmehr sechs Jahren die Außenpolitik der Bundesregierung maßgeblich beeinflußt und mit dem Bundeskanzler zusammen geführt. Sie haben diese mit Besonnenheit und mit großer Zähigkeit als ein treuer Architekt der europäischen Einigung in der Ihnen ganz besonders eigenen Aufrichtigkeit und vor allen Dingen mit großem Erfolg mitgestaltet. Dafür, meine Freunde, und für seine Worte, die er hier zu uns gesprochen hat, wollen wir Herrn Außenminister Heinrich von Brentano danken. (Anhaltender starker Beifall.)

Sie haben in Ihrem Referat die großen Linien der deutschen Außenpolitik aufgezeigt. Wir werden diese anschließend in wenigen Minuten diskutieren. Darf ich noch einmal zusammenfassen. Die großen Linien, die aus Ihrem Referat hervorgehen, sind wohl die:

1. Sicherung der Freiheit und des Friedens für das deutsche Volk,
2. der nimmermüde Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und die Einheit des deutschen Volkes zu einer freien und friedlichen Nation und
3. Sie haben am Schluß Ihres Referates auf die neuen großen Aufgaben hingewiesen, nämlich die konzentrierte Zusammenarbeit als gleichberechtigter Partner mit unseren europäischen und atlantischen Verbündeten in gemeinsamer Verantwortung für den Frieden und den Fortschritt in der Welt, für die Verteidigung der Freiheit gegen Diktatur, Tyrannei und aggressive Ideologien, seien sie nun kommunistischer oder anderer Natur.

Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Diskussion eintreten, bitte ich, daß diejenigen, die sich an der Diskussion beteiligen wollen, so freundlich sind und sich mit einem Meldezettel für die Teilnahme an der Diskussion versehen, damit das Präsidium in der Lage ist, die Diskussions Teilnehmer entsprechend aufzurufen. Ich habe inzwischen vier Rednermeldungen vorliegen, habe aber eine Vorschau, die noch einige Namen aufweist und möchte gerne wissen, ob diese Redner auch sprechen wollen. Darf ich also darum bitten, daß diese Zettel heraufgereicht werden.

Begrüßungen

Bevor wir in die Diskussion eintreten habe ich die Ehre, noch zwei Delegationsführer unserer befreundeten Parteien zu bitten, zu uns zu sprechen. Zunächst für die Democrazia Cristiana Italiens Herrn Minister a.D. Matarella, der zu uns auf italienisch sprechen wird. Seine Rede wird danach übersetzt. Darf ich Herrn Minister Matarella begrüßen und bitten, ans Rednerpult zu kommen. (Beifall.)

Minister a.D. Matarella überbringt in italienischer Sprache die Grüße der Democrazia Cristiana. Die Teilnehmer des Bundestageparteitages danken mit lebhaftem Beifall.

Präsident Blumenfeld:

bittet um die Übersetzung und um etwas größere Ruhe. Außerdem bittet er, daß Autogramme erst nach den Reden gegeben werden. Es folgt die Übersetzung.

Minister a.D. Matarella:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kongreßteilnehmer! Es ist für mich eine ganz besondere Freude, den Gruß der italienischen Christlich Demokratischen Partei zum 10. Kongreß der Christlich Demokratischen Union zugleich mit dem Ausdruck meiner aufrichtigsten Sympathie und Bewunderung überbringen zu dürfen, der Bewunderung für das, was unter Ihrer Führung und Ihrem Ansporn die Bundesrepublik Deutschland nach den Verwüstungen des Krieges für ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau innerhalb der wiederhergestellten Freiheit geschaffen hat. Denn was hier tatsächlich geleistet wurde, ist nicht nur Anlaß einer wohlverdienten Bewunderung für die Fähigkeiten des deutschen Volkes und einer freundschaftlichen Genugtuung für seine Erfolge, sondern auch Grund des Vertrauens in die Demokratie, weil es mit einer konkreten und positiven geschichtlichen Erfahrung gezeigt hat, daß es auch in schwierigen Momenten nicht nötig ist, sich totalitären Systemen preiszugeben, um sich ein Staatsgefüge produktiver Disziplin und bürgerlicher Ordnung im Dienste des Volkes zu geben. Ein solcher Versuch zeigt ja im Gegenteil die schöpferische Überlegenheit der Demokratie und der in einer festen christlichen Idee verankerten Demokratie. Er ist deshalb ein großer Dienst am deutschen Volk, aber auch für das Ansehen der Werte der Freiheit insgesamt.

Diese bewunderungswürdige Leistung und die geschichtliche Funktion, die von der Christlichen Demokratie erfüllt worden ist, beweist, daß die Freiheit nicht nur die Eigenschaft ideologischer Überlegenheit, sondern auch konstruktiver Überlegenheit im zivilen Leben für die gleichen Tätigkeiten und materiellen Errungenschaften besitzt, weil sie hier außer auf ideeller Ebene auch auf geschichtlicher Ebene ihre Kraftprobe als anerkennendes Element der wirtschaftlichen Entwicklung erfahren hat.

Die Erfolge und Fortschritte der CDU sind uns demnach doppelt teuer, nämlich als Bürger eines demokratischen Staates, Freund des Eurigen, sowie als Christen, die die Verpflichtung verspüren zur Verteidigung der

Freiheit in dem gigantischen Ringen, zu dem uns unsere Zeit wie zu einer Aufgabe und zu einem Lebensziel ruft, und zum Streben nach dem Fortschritt als einer Bedingung zum Überleben der höchsten menschlichen Ideale, jener Werte also, die das Wesen selbst der Zivilisation der freien Welt darstellen.

In diesem Kampf können die christlich-demokratischen Bewegungen nicht umhin, sich solidarisch und verbunden zu wissen, um eine immer größere und wirkungsvollere Kraft zu entfalten, vorwiegend in unserem alten Europa, welches sich insbesondere dank der christlich demokratischen Aktion in seinen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen erneuert hat und sogar seiner ruhmreichen Tradition die belebenden Keime einer volksnahen Berufung hinzufügt, tausendjährig in seiner Weltanschauung der Liebe und Brüderlichkeit, aber frisch und modern in seinem Schwung sozialer Erneuerung und in seinem Gerechtigkeitsstreben.

In dem Zusammenprall, sicherlich historischen Ausmaßes, zwischen zwei sich ausschließenden Konzeptionen des Menschen, haben die christlich demokratischen Bewegungen eine vordringliche Aufgabe zu lösen.

Innerhalb der christlich-demokratischen Bewegung können und dürfen diejenigen unseres Kontinentes mit zuversichtlichem Gefühl der Mitverantwortlichkeit und der Mitwisserschaft spüren, daß sie sich auf der Linie der christlichen Berufung Europas bewegen und deren Schule und zivilisatorische Mission interpretieren, den Glauben und den historischen Genius.

Für Europa eine ruhigere und blühendere Zukunft zu schaffen, heißt für sein Wohlergehen und seinen Frieden, aber auch für den Wohlstand und den Frieden der Welt zu arbeiten. Für einen Frieden jedoch der freien Menschen und Völker, die mit stets besorgter Alarmbereitschaft und Kampfgeist Ideologien und Experimente nicht übersehen können, wie den Kommunismus, der nicht nur die Verneinung unserer christlichen Tradition, sondern jeglicher zivilen Freiheit bedeutet.

Die Verpflichtung der Bewegungen christlich-demokratischer Inspiration ist durch den Wert eines großen geistigen Erbes gestärkt, welches deren Kraft und den Sinn ihres Lebens darstellt. Sie erblicken in der leuchtenden Sicht eines neuen christlichen Humanismus, welche die Eingebung der Dichter und Denker am Horizont unseres unruhigen jedoch verheißungsvollen Zeitalters erschließen, eine neue politisch-soziale Wirklichkeit. Deren Befolgung wird den zufälligen Aspekt des Kampfes gegen den Kommunismus, welcher sich zu tyrannischer Macht und zu ständiger Bedrohung der Freiheiten der Menschen und Völker erhoben hat, überwinden, um zu einer vielversprechenden Wende im Leben der Menschen zu gelangen, die durch ein Band der Gerechtigkeit verbunden sind, welches in der Freiheit der stärkste Schutz des Fortschritts und des Friedens ist.

Verehrte Kongreßteilnehmer, in diesem Geist und in der Hoffnung, daß dieser Geist ausstrahlen möge, spreche ich für Ihre Arbeit meinen herzlichsten und freundschaftlichsten Wunsch für immer größere Erfolge der Christlich Demokratischen Union aus.

(Starker Beifall.)



von rechts: Bundesaußenminister Dr. Heinrich von Brentano, Bundespostminister Richard Stücklen, Bundeswohnungsminister Paul Lücke, Ministerpräsident Dr. Peter Altmaier (halb verdeckt).



Zwei von der Sozialpolitik:
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Theodor Blank und Johannes Albers.

Präsident Blumenfeld:

Nehmen Sie bitte, Herr Minister Matarella, den besonderen Dank des Parteitages für Ihre Worte und Ihre Botschaft entgegen. Die Schwesterpartei der Christlich Demokratischen Union, die Democrazia Cristiana in Italien, meine Freunde, steht seit ihrem Bestand und seit ihrem eigentlichen Beginn in der Verantwortung, in der Regierungsverantwortung, und seit vielen Jahren in dem gemeinsamen Kampf, den wir führen und an den Herr Minister Matarella erinnert hat.

Wir bitten Sie, Herr Minister, die herzlichen Grüße des Parteitags der Christlichen Demokraten an unsere Schwesterpartei mit zurückzunehmen in Ihr schönes Land. (Beifall.)

Wir danken Ihnen, daß Sie in der Vergangenheit mit uns zusammen den Kampf aufgenommen und unbeirrt weitergeführt haben, der uns in der gemeinsamen Sache Verpflichtung ist. Besonders danken wir Ihnen dafür, daß Sie uns die Zusage gegeben haben, auch in Zukunft mit uns Schulter an Schulter diesen Kampf weiter zu bestehen.

Nun darf ich unseren Freund von der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburg bitten, zu uns zu sprechen. (Beifall.)

Minister a. D. Margue, Christlich-Soziale Volkspartei Luxemburg:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Christlich-Sozialen Partei Luxemburgs habe ich vorerst die angenehme Pflicht zu erfüllen, den besten Dank auszusprechen für die ehrenvolle Einladung und für den herzlichen Empfang, den wir hier gefunden haben, und zugleich die herzlichen Grüße und Glückwünsche im Namen meiner Partei zu überbringen. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben darauf gehalten, bei dieser Tagung dabei zu sein, weil wir unsere Solidarität unterstreichen wollen mit Menschen, die dieselben Ideale und Grundsätze vertreten. (Erneuter Beifall.)

Wir glauben, daß die ehrliche und restlose Anwendung eben dieser Grundsätze es möglich machen würde, alle nationalen und internationalen Aufgaben leicht zu lösen, mit denen wir uns in diesen kritischen Tagen und Wochen herumzuschlagen haben.

Wir sind überzeugt, daß dann, wenn die professionellen Verteidiger der Menschenrechte mit derselben Energie, wie sie das Selbstbestimmungsrecht verlangen für Menschen aller Farben und Rassen, wenn Sie dieses Selbstbestimmungsrecht auch zivilisierten und denkfähigen Menschen zukommen lassen wollten, daß beispielsweise die Frage der Wiedervereinigung der getrennten deutschen Landesteile im Handumdrehen gelöst wäre. (Lebhafter Beifall.)

Wir glauben, daß das grandiose und dringend notwendige Werk der Einigung Europas ohne größere Schwierigkeiten bewerkstelligt werden könnte, wenn dabei, statt daß man sich durch materielle Interessen und ein überholtes nationales Prestige leiten läßt, dieselben Grundsätze zur Anwendung kämen.

Wir sind überzeugt, daß der Weltfriede, den wir alle wollen, – mit dem einen kleinen Unterschied, daß die einen es ehrlich meinen – ohne weiteres gesichert wäre, wenn man dabei auch auf christlich-demokratischer Grundlage vorgehen wollte, etwas Christentum mit Gerechtigkeit und Liebe, etwas Demokratie in Ordnung und Freiheit. (Starker Beifall.) Ich möchte, nachdem ich zunächst als Vertreter meiner Partei gesprochen habe, auf Wunsch einiger Freunde, die hier zugegen sind, und in Abwesenheit unseres Präsidenten, des Präsidenten also der NEI, der Union Christlich Demokratischer Parteien – es handelt sich um Herrn Lefèvre, der in diesem Augenblick in Belgien mit dringenden Aufgaben beschäftigt ist – also ohne besonderen Auftrag, wie gesagt, aber auf Wunsch einiger Freunde, betonen, daß auch diese Internationale Union auf denselben Grundsätzen beruht und versucht, sie im Zusammenwirken mit allen nationalen Parteien zur Ausführung zu bringen. Aus diesen Gedankengängen heraus wiederhole ich zum Schluß noch einmal unsere besten Glückwünsche an die CDU nicht bloß für den Erfolg der hier im alten heiligen Köln durchgeführten Tagung, sondern auch für alle Operationen, die sich im Laufe des Jahres daran anschließen werden. Wir möchten, daß das deutsche Volk der CDU und seiner bewährten Führung von neuem den Auftrag gibt, an die Lösung dieser Aufgaben heranzugehen, und wir sind überzeugt, daß das uns allen zum Vorteil und zum Heile gereichen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Nehmen Sie, Herr Minister Margue, unseren besonders herzlichen Dank entgegen für die Worte, die Sie zu uns gesprochen haben. Meine Freunde! Es handelt sich bei Herrn Minister Margue um einen unserer ältesten und treuesten Freunde und Vorkämpfer für die europäische Vereinigung sowohl in der Beratenden Versammlung als auch im Europäischen Parlament. Gerade aus dieser großen, langen, mit uns verbundenen Erfahrung danken wir ihm für das, was er im Namen seiner Partei und im Namen auch der übergeordneten Organisationen, aber ganz besonders als Persönlichkeit zu uns hier heute gesagt hat. Ich danke Ihnen, Herr Minister. (Starker Beifall.)

Aussprache

Präsident Blumenfeld:

Und nun, meine lieben Unionfreunde, treten wir in die Diskussion des Referates unseres Außenministers Dr. Heinrich von Brentano ein. Darf ich darum bitten, daß diejenigen, die sich zum Wort gemeldet haben, sich in die Nähe des Rednerpultes begeben, damit wir nicht zuviel Zeit beim An- und Abmarsch verlieren.

Heute morgen ist durch den neuesten, sicherlich bedeutendsten Ehrenbürger der Regierungshauptstadt Austin von Texas sehr viel von dem Schwung und dem Geist des Wahlkampfes aus Texas in unserer Versammlung spürbar geworden. Ich hoffe sehr, daß dieser Schwung auch in der Diskussion weitergeführt werden wird; denn es handelt sich um einen Bundesparteitag vor einem Wahlkampf. Dieser Schwung und dieser Geist sind insbesondere bei der Diskussion um das außenpolitische Thema wohl angebracht. In diesem Sinne bitte ich nunmehr den ersten Redner das Wort zu ergreifen, Herrn

Präsident Furler:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich nicht mit der ganzen deutschen Außenpolitik, sondern nur mit europäischen Fragen. Die europäische Politik der CDU ist seit Jahren konsequent dieselbe geblieben in ihren Ausgangspunkten und in ihren Zielen. Natürlich hat es Entwicklungen gegeben. Es ist interessant, daß wir immer wieder die Kritik bekommen, es gehe zu langsam, man sehe keine positiven Ergebnisse, wir hätten noch nicht die Vereinigten Staaten von Europa. – Und deswegen hat uns der verehrte Herr Bundestagspräsident gesagt: Der Honigmond von Straßburg ist vorbei, und wir befinden uns in einer Krise. – Das ist beides richtig, aber zugleich auch nicht richtig. Man kann nicht immer in einem Honigmond leben – selbst in der engsten Gemeinschaft nicht. Einmal beginnt das reale Leben, und so auch in der europäischen Politik, die sich nicht in einer Krise, sondern in einer wechselvollen Entwicklung befindet. Und wenn ich sage, unsere Politik ist ungewandelt geblieben, dann darf ich Sie auf Grund der historischen Zusammenhänge darauf hinweisen, daß in der Tat in unserer europäischen Politik auch sehr entscheidende Fortschritte seit jenem Honigmond von Straßburg erreicht worden sind. 1946 hat Churchill das Banner Europas entrollt; 1949 kam der Europarat, 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Und wir erlebten dann, – 1957/58 – daß die EVG nicht Wirklichkeit wurde und die geplante politische Gemeinschaft nicht entstand. Aber wir haben bald darauf gesehen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft geschaffen wurde, daß der Gemeinsame Markt begann, und das war ein entscheidender Durchbruch. Sie werden das noch bemerken, wie ungeheuer vorwärtsdrängend die Tatsache ist, daß wir unwiderruflich ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet von 170 Millionen Europäern haben werden, und daß dieses große gemeinschaftliche Vorwärtsdrängen ganz Europa zwingt, weiterzuschreiten. Das alles ist in kurzer Zeit geschehen. Es sind gerade 3 Jahre her, daß das Europäische Parlament konstituiert worden ist. Wir haben inzwischen

weitere sehr bedeutende Entwicklungen erlebt. Erinnern Sie sich an Frankreich, das zunächst skeptisch war, und das heute im Gemeinsamen Markt eine ganz positive und entscheidende Rolle spielt. Denken Sie daran, daß wir die Gemeinsame Markt-Politik beschleunigt durchführen, daß wir heute schon dabei sind, mehr zu tun als die Zollsenkung und die Ausweitung der Liberalisierung. Denken Sie daran, daß wir dabei sind, dieses gemeinsame Wirtschaftsgebiet über eine gemeinsame Agrarpolitik, eine gemeinsame Verkehrs- und Wettbewerbspolitik immer enger zusammenzuführen.

Gegenwärtig erleben wir wieder eine große Wende. Wir stehen vor der Tatsache, daß Großbritannien voraussichtlich einen grundlegenden Wandel in seiner Europapolitik durchführt, daß Großbritannien – veranlaßt durch das weltpolitische Geschehen, durch die Politik der USA, durch die Tatsache der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – ganz neue Gesichtspunkte plötzlich bei sich gelten läßt. Das geht nicht von heute auf morgen. Das sind natürlich schwierige Probleme. Dieses Commonwealth, das immer noch in der Welt eine sehr große Bedeutung hat, wandelt sich in seiner Haltung gegenüber Europa. Ich bin überzeugt, daß wir hier noch im Laufe dieses Jahres ganz entscheidende Entwicklungen bekommen werden. Das ist wieder eine große Wende, ein Wandel.

Und der zweite Wandel in diesen Monaten ist der, daß über Europa hinaus sich eine Atlantische Gemeinschaft wirtschaftlich stärker binden wird. Wir haben mit den Vereinigten Staaten, mit Kanada, mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den meisten europäischen Staaten diese neue atlantische Organisation, die OECD, der in diesen Tagen die USA rechtskräftig beigetreten sind und die ihre außerordentliche Bedeutung auch für die europäische Politik haben wird. Wie kann man da sagen: Wir kommen nicht weiter! All das ist doch Integrationspolitik, all das ist doch das Zusammenwachsen, das Zusammenführen auch Europas. Was heißt Integrationspolitik? Das heißt doch, daß wir Schritt für Schritt auf die Einheit Europas und auf die Einheit der atlantischen Welt zuschreiten. So muß ich sagen: wir haben keinen Grund, immer wieder in diese pessimistische Stimmung zu fallen und zu sagen: Wir sind müde, wir sind hoffnungslos. – Es ist doch selbstverständlich, wenn nicht ein revolutionärer Akt eintritt, wenn dieses Europa nicht mit Gewalt gemacht wird, dann muß es sich aus sich selbst heraus entwickeln. Es ist auch ganz klar, daß bei den historischen Gewordenheiten in diesem unserem alten Kontinent die Dinge nicht schnell vorwärtsschreiten, sondern daß ein Schritt nach dem anderen getan werden muß. Es ist für uns alle sehr wichtig, daß wir zäh und geduldig weiterarbeiten, daß wir einfach immer wieder warten müssen, bis die Gegebenheiten für neue Lösungen gekommen sind. Wir haben das wiederholt gesehen. Wir haben mehrfach gewisse Schwächen der Entwicklung erlebt. Denken Sie an den Zusammenbruch der EVG. Ich darf Sie aber auch daran erinnern, daß die EVG abgelehnt wurde nicht durch die Regierung de Gaulles, sondern unter einer ganz anderen Regierung, nämlich der von Mendès-France, der sich nicht entschließen konnte, diesen großen Schritt zu tun.

Nach diesem großen Rückschlag sind wir zusammengetreten und haben schließlich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bekommen. Und jetzt sind wir wieder mitten in Verhandlungen politischer Art, um weiterzukommen. Wir werden bald das nächste Gipfeltreffen der sechs europäischen Gemeinschaftsstaaten haben. Es findet ein ständiges Ringen um die besten Lösungen statt. Auch hier müssen wir unseren Grundsätzen treu bleiben, konsequent handeln und im Interesse aller diese Integration weiterführen. Auch im Europäischen Parlament arbeiten wir mit Zähigkeit und mit unverrückten Zielen. Diese Ziele sind klar. Unsere Haltung ist unwandelbar. Ich möchte sagen: Sie alle, unsere große CDU unter Konrad Adenauer, sind ein Fels, auf dem sich dieses neue Europa mitentwickelt. Und deshalb rufen wir, die wir mit ganzem Herzen an dieser europäischen Politik hängen, Sie auf, diesen Gedanken weiterzuführen und den Mut nicht zu verlieren, sondern vorwärtszuschreiten auf das große Ziel hin, das wir noch erreichen, noch verwirklicht erleben werden. (Beifall!)

Präsident Blumenfeld:

Als nächsten Redner rufe ich unseren Freund Majonica vom Landesverband Westfalen.

Herr Majonica, MdB:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach zwölf Jahren Außenpolitik der Christlich Demokratischen Union und der durch sie getragenen Bundesregierung wird man mit Recht feststellen können, daß sie im Ansatz richtig konzipiert war und daß sie dann erfolgreich und richtig durchgeführt worden ist. Das erkennt man an der Stellung, die Deutschland heute in Europa und in der Welt einnimmt. Das erkennt man aber ebenso deutlich auch an der Einstellung, die die deutsche Opposition heute zeigt.

In all den Jahren der Vergangenheit hat die Sozialdemokratie zu unseren außenpolitischen Vorstellungen ein Nein gesagt. Der Herr Bundeskanzler hat heute morgen eine eindrucksvolle Liste vorweisen können all der „Neins“, die die SPD in der Vergangenheit gesagt hat. Die SPD hat in all den Jahren versucht – vergeblich versucht –, eine Gegenposition in der Außenpolitik aufzubauen. Sie scheiterte innenpolitisch an der Absage der Wähler; sie scheiterte außenpolitisch, indem sie keine Partner für ihre außenpolitischen Auffassungen gefunden hat. Heute steht die deutsche Sozialdemokratie in einem seltsamen Zwielicht. Sie hat weder den Mut, sich zur außenpolitischen Auffassung der Bundesregierung zu bekennen – das hat sie noch einmal dadurch sehr deutlich gemacht, daß sie bei den letzten Haushaltsberatungen den Wehretat abgelehnt hat –, noch hat sie den Mut, eine eigene echte Position zu beziehen. Dieses Zwielicht sucht sie dadurch zu kaschieren, daß sie die Forderung nach der Gemeinsamkeit, nach einer Bestandsaufnahme aufstellt.

Sicherlich, Gemeinsamkeiten in der Außenpolitik sind gut. Sie stärken die Verhandlungsposition eines deutschen Unterhändlers. Sie machen die Spekulationen zunichte, daß ein innenpolitischer Machtwechsel

außenpolitische Konsequenzen haben könnte. Aber um der Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik – die Glaubwürdigkeit ist ja die wesentliche Grundlage jeder erfolgreichen Außenpolitik – willen, um unserer Stellung den Freunden und den Gegnern gegenüber willen, darf nicht der Eindruck entstehen, daß Gemeinsamkeit und Bestandsaufnahme eine neue veränderte Politik darstellen können. Die SPD müßte zudem auch sagen, worin eigentlich diese Gemeinsamkeit bestehen soll. Aber da herrscht weithin ein betretenes Schweigen oder vielleicht noch etwas mehr. Bei der letzten außenpolitischen Debatte hat Herr Ollenhauer gesagt, daß wir neue Antworten auf die deutsche Frage in der Außenpolitik finden müßten. Ich hatte noch am letzten Samstag ein Rundfunkgespräch mit einem führenden Sozialdemokraten. In diesem Gespräch hat dieser führende Sozialdemokrat gesagt, daß die Antwort selbstverständlich auch Elemente des Deutschlandplanes der SPD enthalten müßte, (Hört! Hört!) jenes unseligen Deutschlandplanes, der doch im wesentlichen nichts anderes gewesen ist als ein Angebot der Kapitulation an Herrn Ulbricht. Daß da keine Gemeinsamkeiten möglich sind, liegt auf der Hand. (Beifall.)

Wenn die SPD kein klares außenpolitisches Konzept vorweisen kann, wenn sie keine klare Position bezieht, dann liegt und lag das im wesentlichen an zwei Hoffnungen, die sie sich gemacht hat. Zunächst hat sie gehofft, daß die Aufstellung von Herrn Brandt sie einer außenpolitischen Konzeption entbinden würde, daß die Aufstellung von Herrn Brandt eine breite Gefühlswelle auslösen würde, die die SPD ohne außenpolitische Konzeption an die Macht tragen würde, so etwa nach dem alten Wort: Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur noch Willy Brandt. (Heiterkeit) Zweitens hat sie offenbar gehofft, daß die neue Regierung Kennedy Elemente der früheren Außenpolitik der SPD aufnehmen würde. Wir dürfen heute feststellen, daß beide Hoffnungen radikal gescheitert sind. (Beifall.) Weder hat sich die Gefühlswelle für Willy Brandt entwickelt – ich meine, wir können feststellen, daß der Glanz hier ab ist –, noch hat sich ein Wandel in der amerikanischen Außenpolitik vollzogen.

Ich sagte schon, daß die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik der Bundesregierung im wesentlichen in ihrer Kontinuität begründet ist. Nun hat die FDP auf ihrem Frankfurter Parteitag eine gewisse zart angedeutete Koalitionsbereitschaft gezeigt. Ich möchte darüber nicht sprechen. Nur eines möchte ich ganz deutlich sagen: daß wir keine, aber auch keine Koalition mit außenpolitischen Zugeständnissen erkaufen werden. (Beifall.)

Wir müssen heute feststellen, daß die FDP auf ihrem Frankfurter Parteitag schlecht aufgeputzte, schlecht plakatierte alte außenpolitische Ladenhüter wieder an den Mann zu bringen versucht hat. Sie hat versucht, ihren Deutschlandplan wieder ins Gerede zu bringen. Sie hat vom Disengagement gesprochen. Zu den Vorstellungen der FDP, die in Frankfurt entwickelt worden sind, kommen die außenpolitischen Seitensprünge von Herrn Dehler und Herrn Achenbach. Ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß beide endlich aus der außenpolitischen ersten Linie der FDP zurückgezogen werden. (Beifall.) Ich möchte noch einmal ganz deutlich und ganz klar sagen, daß wir uns um der deutschen Sache

willen, um unserer europäischen Politik willen, um unserer Sicherheit und Freiheit willen von niemandem, am letzten von der FDP, erpressen lassen werden. (Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Ich darf nun Herrn Dr. Gradl von der Exil-CDU bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Gradl, MdB:

Meine Parteifreunde! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede vorhin gesagt, man solle das Kommuniqué, das über sein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten herausgegeben worden ist, sehr sorgfältig lesen. Ich glaube, er hat völlig recht. Wenn man in diesem Kommuniqué insbesondere den *Passus* liest, der sich auf Berlin und die deutsche Frage bezieht, dann spürt man, wie groß der Erfolg ist, den der Bundeskanzler mit nach Hause gebracht hat.

In diesem Kommuniqué steht der klare Satz:

Eine gerechte und dauerhafte Lösung der Deutschlandfrage einschließlich des Berlin-Problems kann nur durch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts erreicht werden.

(Beifall.)

Was heißt das? Das heißt, daß die westliche Politik, daß die Führungsmacht der westlichen Politik sich nicht auf das sowjetische Spiel einlassen werden, die Aufmerksamkeit auf Berlin zu konzentrieren, Berlin zu isolieren und die deutsche Frage unter den Tisch fallen zu lassen.

Das ist eines der besten Ergebnisse, das in dieser Situation mitgebracht werden konnte. Dafür, meine ich, sollten wir dem Bundeskanzler ganz besonders danken. Ohne seine stetige Politik, ohne seine Haltung wäre es nicht möglich gewesen, daß während dieser ganzen Zeit in dieser Frage von unseren Freunden immer und immer – auch bei größten Drohungen – eine so eindeutige Haltung eingenommen worden wäre. (Beifall.)

Das ist in diesem Augenblick ganz besonders wertvoll, in dem wir feststellen müssen, daß von sowjetischer Seite erneut mit einer Entwicklung der deutschen Frage gedroht wird, die wir unter allen Umständen ablehnen müssen. Ich erinnere nur an den Aufsatz, den die *Istwestja* in den letzten Tagen gebracht hat, in dem von neuem der sowjetische Standpunkt formuliert wird, daß ein sogenannter Friedensvertrag auf der Basis der Dreiteilung Deutschlands abgeschlossen werden müsse. Daß also erneut die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für uns ausgesprochen wird. Meine Freunde, diese Haltung entspricht einer solchen, die wir in unserem Lande mit dem Sprichwort auszudrücken pflegen: Macht geht vor Recht. Wir selber haben am eigenen Leibe erfahren, wohin eine Politik führt, die sich diesem Grundsatz verschreibt. Wir lehnen es aber auch ab, daß dieser Grundsatz gegen uns zum tragenden Prinzip der Politik gemacht wird. Wir sind der Meinung, daß vor dem Recht, vor dem Selbstbestimmungsrecht auch die Sowjetmacht zurückzutreten hat. Deshalb möchte ich an das denken, was gestern unser Freund Gerstenmaier gesagt hat und was ich, wie ich glaube, mit Ihrer

aller Zustimmung feststellen kann: Für uns gehört zur Selbstbestimmung, zum Recht auf Selbstbestimmung eines: die Freiheit und die Einheit. Wir formulieren unsere Politik mit dem Ziel: Einheit in Freiheit, aber wir meinen genauso Freiheit in Einheit. Und wir werden niemandem das Recht geben, 17 Millionen Deutsche aus dem deutschen Staatsverband für alle Zeit auszuschließen, wie das die sowjetische Politik offenbar mit dem Versuch der Amputation des Selbstbestimmungsrechtes will. (Beifall.)

Noch ein Wort in Anlehnung an die Ausführungen, die unser Freund Brentano gemacht hat. Es ist eine merkwürdige Sache: die sowjetische Propaganda in diesen Tagen und Wochen gegen unser Land. In der sowjetischen Agitation wird uns vorgehalten, wir wollen keinen Frieden. Es wird gesagt, wir wollten keinen Frieden, denn wir lehnten ja den Friedensvertrag, den uns die Sowjetunion vorschläge, mit den beiden deutschen „Staaten“ und einem isolierten Berlin ab. Ich glaube, dieser Agitation gegenüber sollten wir immer und immer wieder festhalten: niemand kann sehnelicher als wir wünschen, daß es wirklich zu einem Frieden kommt, aber, wie gesagt, zu einem wirklichen Frieden. (Beifall.)

Dabei wissen wir durchaus, was das heißt, wirklicher Friede. Friede ist für uns nur wirklich, wenn er eine Lösung der deutschen Frage so bringt, wie wir sie verstehen. Natürlich wissen wir auch, daß eine solche Lösung die Gesamtlage Europas wesentlich verändern würde und daß das – selbst wenn wir es nicht ständig im Munde führen – zu Wandlungen in den militärischen Systemen führen würde. Wer aber von uns verlangt, daß wir dazu heute Vorschläge produzieren und in der Öffentlichkeit ausbreiten, der verkennt die Situation. Die Situation ist heute für solche öffentlichen Diskussionen nicht reif. Wir würden uns einen schlechten Dienst erweisen angesichts der Tatsache, daß uns von der sowjetischen Seite nicht die geringste Bereitschaft gezeigt wurde, daß im Gegenteil jede Drohung wieder ausgesprochen wird und wieder Kapitulation unter dem Separatvertrag oder unter dem geteilten Friedensvertrag verlangt wird. Wir würden unserer eigenen Sache unerhört schaden, wenn wir in diesem Augenblick durch Vorschläge und Pläne den Zusammenhalt in der westlichen Verteidigungsgemeinschaft zerreden würden, die wir heute vielleicht noch dringlicher brauchen als in der vergangenen Zeit. Erst dann ist der Augenblick für solche Diskussionen, zumal in der Öffentlichkeit, gekommen, wenn in der internationalen Politik eine konstruktive Periode einzieht. Das hängt nicht von uns ab, das hängt von der Sowjetunion ab, und ich glaube, da hat der Bundeskanzler heute morgen das rechte Wort gesagt, das wir unterstreichen wollen: Jetzt kommt es darauf an, zusammenzustehen mit unseren Freunden, ganz festzuhalten an den Bündnissen, denn nur so kann die sowjetische Politik zur Einsicht gebracht werden. (Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Darf ich die nachfolgenden Diskussionsredner bitten, sich möglichst daran zu halten, nicht länger als fünf Minuten zu reden. Es gibt keine feste Abmachung, daß es nur fünf Minuten zu sein haben, aber ich würde doch im Interesse aller derjenigen, die noch sprechen wollen, und vor allen Dingen im Interesse des Fortgangs der Verhandlungen bitten, daß wir uns auf fünf Minuten beschränken.

Den nächsten Redner, dem ich nun das Wort gebe, kann ich, meine Freunde, nicht als Delegierten ansprechen, sondern als Gastredner, denn er kommt aus der CSU, Herr von Guttenberg.

(Beifall.)

Freiherr zu Guttenberg, MdB (CSU):

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar für die Gastfreundschaft und werde versuchen, meinen Dank dadurch zu bekunden, daß ich mich strikt an diese fünf Minuten halte. Es ist sicherlich angemessen, noch einige weitere deutliche Worte über die innerdeutsche Diskussion um die deutsche Außenpolitik zu sagen. Wir erinnern uns alle an den 30. Juni vergangenen Jahres, als Herbert Wehner ein nach allem Streit der Vergangenheit denkwürdiges Wort gesprochen hat, als er sagte, nach seiner Auffassung sei die NATO, die nordatlantische Allianz, auch der Rahmen für die sozialdemokratische Außen- und Deutschlandpolitik. Meine lieben Parteifreunde, Herr Wehner hat dort vom Rahmen gesprochen. Ich muß sagen, was uns interessiert, ist sehr viel weniger der Rahmen als der Inhalt, ist sehr viel weniger das, was als Zierat gegeben wird, ist sehr viel mehr das, was dieses Zitat einschließt, ich erinnere daran, daß Herr Brandt kürzlich in den Vereinigten Staaten war, um dort für die deutsche Sache zu werben, eine verdienstvolle Sache. Aber er hat natürlich auch versucht, für sich und seine Partei Vertrauen zu schaffen. Es ist keine Frage, daß der Herr Brandt in den Vereinigten Staaten einen Erfolg gehabt hat. Wir fragen aber, warum und wodurch er diesen Erfolg erzielte. Und ich glaube auf diese Frage antworten zu können: Herr Brandt hat deshalb dort Erfolg gehabt, weil er in den Vereinigten Staaten die Politik der CDU vertreten hat. (Beifall.)

Wir freuen uns darüber, daß Herr Brandt das tat, denn es gibt nichts, was den Kurs der Christlich Demokratischen Union eindrucksvoller bestätigen könnte, als die Übernahme dieses Kurses durch unsere schärfsten Gegner. Gleichzeitig wünschen wir uns aber auch, daß Herr Brandt in Deutschland das gleiche täte, was er in den Vereinigten Staaten getan hat. Aber leider ist das keineswegs der Fall. Der gleiche Brandt, der in den Vereinigten Staaten eine korrigierte Politik der SPD vertrat, schrieb nach seiner Rückkehr einen Artikel im „Vorwärts“, in dem er forderte, die CDU möge ihre Politik korrigieren. Ich frage also: Was ist nun eigentlich die Politik des Herrn Brandt? Ist jener Brandt der wahre Brandt, der in den Vereinigten Staaten vorgab, mit Kennedy und Adenauer einig zu sein? Oder ist jener andere Brandt der wahre Brandt, der hier in Deutschland erklärt, daß er mit Kennedy gegen Adenauer einig sei?

Nach immer also haben wir keine Klarheit, welche Politik ein Wähler wählen würde, der am 17. September dieses Jahres sozialdemokratisch wählt. Herr Brandt hat zwar in Hannover gesagt, der Kurs der deutschen Außenpolitik liege fest, und er hat damit doch, wenn Worte noch einen Sinn haben, unseren Kurs gemeint. Aber wir haben zu fragen: Gilt dieser Satz von dem Kurs, der festliegt, für die ganze SPD? Es gibt nämlich

Äußerungen prominenter sozialdemokratischer Sprecher, die ganz anders klingen. Der Kollege Erler zum Beispiel sagte erst letzthin wieder deutlich, nach seiner Meinung sei die NATO kein Modell für Gesamtdeutschland. Und damit also haben wir doch noch immer mit einer sozialdemokratischen Politik zu rechnen, die unsere Mitgliedschaft in der atlantischen Gemeinschaft lediglich zum Tauschobjekt der Tagespolitik erniedrigt. Noch immer also können wir nicht damit rechnen, daß in dieser SPD die Einsicht herrscht, daß Deutschlands Ansehen in der Welt einzig und allein durch den Entschluß wiederhergestellt wurde, Deutschland ein für allemal, ohne Vorbehalt und unwiderruflich an den freien Westen anzuschließen. (Beifall.)

Aber Herr Brandt sagt, der Kurs liege fest. Doch was Erler meint, ist eben nicht dieser unser Kurs. Und ein zweites Beispiel: Herr Ollenhauer, der mit großer Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende der SPD, hat erst kürzlich erklärt, die Sozialdemokratie habe nach seiner Meinung recht behalten, wenn sie sagte, daß die Anlehnung Deutschlands an den Westen die Wiedervereinigung Deutschlands erschwert habe. Noch immer also diese alte These der SPD, daß Deutschlands Beitritt und Deutschlands Mitgliedschaft in der westlichen Gemeinschaft der deutschen Sache schade. Ich frage also: Was gilt? Gilt Herr Brandt, der da sagt, der Kurs liege fest, oder gilt Herr Ollenhauer, der von eben diesem Kurs sagt, er laufe den Interessen Deutschlands und unserer Sache zuwider? Wenn Herr Ollenhauer meint, was er sagt, dann hat er die Pflicht, sich gegen eine Politik zu wenden, von der er sagt, daß sie schädlich sei. Was wir ihm aber nicht abnehmen können, meine lieben Parteifreunde, das ist die Haltung einer Partei, in der der Vorsitzende der Partei jene Politik für schädlich hält, die der Kanzleramtsbewerber der Partei zu vertreten vorgibt. (Beifall.)

Es bleibt also, wie ich meine, nur ein Schluß: Wenn Herr Brandt persönlich mit seinem Wort vom festliegenden Kurs wirklich unsere Politik meint, dann muß er wohl vorhaben, sich mit den Stimmen der SPD an die Regierung wählen zu lassen, um alsdann mit den Stimmen der CDU zu regieren. Und das hielten wir nicht für eine saubere demokratische Verfahrensweise. (Beifall.) Oder aber, meine Damen und Herren, – die Frage ist noch nicht entschieden – handelt es sich darum, daß die SPD Herrn Brandt an die Regierung bringen will oder handelt es sich nicht vielleicht vielmehr darum, daß Herr Brandt die SPD an die Regierung bringen soll? Was uns angeht, meine lieben Parteifreunde, so meinen wir: Niemand kann füglich bestreiten, daß unsere Politik, die Politik der CDU, und unsere Regierung es waren, die durch ein ganzes Dutzend Jahre unsere Freiheit bewahrt, unseren Frieden behalten und einen Wohlstand geschaffen hat, wie er in Deutschland bisher noch nicht gewesen ist. Und wir halten es daher für nichts anderes, als ein simples Gebot der Klugheit, diese drei Güter in der Hand jener zu belassen, die sie geschaffen, die sie bewahrt oder ermöglicht haben, nicht aber sie in die Hände jener zu übertragen, gegen deren erbitterten Widerstand dies geschehen ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Meine lieben Freunde! Ich rufe nunmehr einen Redner zur Diskussion, der uns allen nicht nur sehr bekannt ist und den wir alle sehr gern mögen, sondern der in der Öffentlichkeit allzusehr und völlig unberechtigterweise im Schatten eines Mannes gestanden hat, der sich Willy Brandt nennt, nämlich unseren Freund und Bürgermeister von Berlin Amrehn.

(Anhaltender lebhafter Beifall. Bravo-Rufe.)

Bürgermeister Amrehn:

Herr Bundeskanzler! Meine Freunde! Auf der Suche nach einer Bestandsaufnahme gibt es ein sehr einfaches Rezept: Die Kraft und der Erfolg unserer Politik, der deutschen Politik, wird abgelesen, bestätigt oder widerlegt am Schicksal Berlins. Das gilt nicht nur für unsere, für die deutsche Politik. Berlin ist zugleich der Gradmesser für die Solidarität und die Festigkeit unseres Bündnisses. Auf dem Parteitag 1961 der Christlich Demokratischen Union läßt sich feststellen, daß sich unsere Politik und die Wirksamkeit unseres Bündnisses in der Auseinandersetzung um Berlin als richtig und erfolgreich bestätigt und bewährt hat. (Beifall.)

Noch sind die Sorgen um Berlin nicht von uns genommen. Auf neue Nervenproben werden wir uns immer gefaßt machen müssen, nicht nur die Berliner, sondern wir alle, die wir eine Gesamtverantwortung für Berlin tragen. Aber zweieinhalb Jahre nachdem wir das Ultimatum bekommen haben dürfen wir doch heute folgendes feststellen:

1. Die Verbindungswege nach Berlin funktionieren heute so gut wie im ganzen letzten Jahrzehnt nicht.
2. Die Wirtschaft ist, was wir schon im letzten Jahr hier sagen durften, weiter gewachsen und Standort für neue Investitionen geworden. Das Vertrauen ist also gewachsen.
3. In diesen zweieinhalb Jahren ist die Freiheit der Berliner selbst unversehrt geblieben. Vor einem Jahr standen wir unmittelbar vor Paris. Heute dürfen wir sagen, daß die Besorgnisse, die sich mit den Angeboten von Genf 1959 und mit der Vorbereitung von Paris verbunden hatten, überholt sind. Und wenn wir das sagen, dann verbinden wir es auch mit einem ganz herzlichen Dank an die Festigkeit und an die Härte, die in diesen Verhandlungen, politischen Erörterungen und diplomatischen Aktionen der letzten zweieinhalb Jahre von unserem Bundeskanzler und von der Bundesregierung an den Tag gelegt worden sind. Wir verbinden es mit einem sehr herzlichen Dank an die Verbündeten, ebenso aber auch mit einem Dank an alle deutschen Stellen und insbesondere an die Wirtschaft, die in dieser Zeit ihre Verpflichtungen erkennt und in Berlin ihre Verpflichtungen auch erfüllt hat. (Beifall.)

Aber was wird morgen? Lassen Sie mich auch dazu einige Punkte zusammenstellen. Der erste ist der: die Haltung aller Berliner ist unverändert fest und gerade unter dem Druck einer kommunistischen Umwelt unverrückbar freiheitsliebend. (Beifall.)

Wer in der Nähe der täglich unterdrückten Freiheit im Ostsektor der Stadt und in der Umgebung der Stadt lebt, der weiß mehr, was Freiheit ist als die, die sie wie selbstverständlich täglich genießen und doch wissen sollten, daß ihre eigene Freiheit täglich in diesem Berlin weiter verteidigt wird.

Das Zweite: Wir haben die Gewißheit, daß die Politik der Klarheit, der Entschlossenheit, der Gradlinigkeit in der Bundesrepublik auch nach dem 17. September fortgesetzt werden wird. (Lebhafter Beifall.) Das läßt uns auch der Zukunft mit großer Ruhe und Zuversicht entgegenblicken.

Dazu kommt das Dritte: Der Herr Bundeskanzler hat es gesagt, wie sich der Besuch in den Vereinigten Staaten ausgewirkt hat: in einer noch festeren Verbindung, wenn das überhaupt möglich war, mit den Vereinigten Staaten. Ich habe das in diesen Tagen drüben selbst spüren und erleben können, welche große Beruhigung und Befriedigung von dem Besuch des Bundeskanzlers ausgegangen ist. Eine weittragende und tiefgehende Befriedigung auslösende Wirkung ist bei Politikern und Wirtschaftlern und in allen Bereichen der öffentlichen Meinung überall unwidersprochen zu spüren gewesen. Das, meine Freunde, gibt uns doch auch von dort her für unseren eigenen Weg, den wir in Berlin zu gehen haben, eine unendlich große Zuversicht.

Und noch ein Viertes: Auch für die Sowjetunion ist Berlin kein Thema für sich geblieben, sondern mehr und mehr ein Werkzeug geworden, um ihre Vorstellungen über ein künftiges Deutschland zu verwirklichen. Aber immerhin, ihr Thema lautet auch: Deutschland – und der Bundeskanzler hat vorhin gemeint, es werde möglich werden, darüber mit Rußland zu verhandeln. Sage niemand, daß dafür keine Aussichten vorhanden seien. Auch die Sowjetunion handelt nach ihren Interessen. Die legitimen Interessen der Sowjetunion an Sicherheit und Wohlstand können von einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung besser gewahrt und gefördert werden als von dem Satellitenregime, das gegen das deutsche Volk im Osten herrscht. (Lebhafter Beifall.) Nur dieses Regime verhindert den Frieden des deutschen Volkes mit der Sowjetunion. Vor allem aber bietet dieses kommunistische Regime auch der Sowjetunion keinen Zuwachs an Sicherheit oder an Wohlstand.

Das Zonenregime existiert politisch und materiell auf Kosten der Sowjetunion. Ein freies Deutschland kann der Sowjetunion dagegen für ihre Sicherheit und für den Wohlstand im eigenen Lande etwas bieten und die Stabilität in Europa sichern. Je unverrückbarer und geschlossener unsere Haltung in der deutschen Frage und in der Frage Berlins vor allem ist, desto eher kommt solche Einsicht auch dorthin, wo sie heute noch nicht vorhanden ist.

Darf ich noch dies erwähnen: Ich sagte, daß wir in Berlin mit großer Befriedigung auch auf die wirtschaftliche Entwicklung gerade nach dem Ultimatum blicken können. Vergessen wir nicht, daß der Ausgangspunkt für diese Entwicklung schon jener Tag im Jahre 1955 gewesen ist, an dem die Bundesregierung in Berlin zusammen mit dem Senat jenen Plan entwickelt hat, auf Grund dessen der wirtschaftliche und politische Ausbau

Berlins als deutsche Hauptstadt in Angriff genommen worden ist. Damals sind das Wohnungsbauprogramm, das übrige Bauprogramm und die gesamte Entwicklung der Stadt in den folgenden fünf Jahren in den Grundlinien festgelegt und finanziell durch den Bund auch durchgeführt worden. Was Sie heute dort erleben, ist eine Folge jenes denkwürdigen Entschlusses der Bundesregierung. (Lebhafter Beifall.) Wir in der CDU lassen uns von niemand in der Fürsorge für Berlin übertreffen. (Langanhaltender Beifall.)

Aus diesem Grunde wäre es wohl gut, wenn wir uns auch wieder zusammensetzen könnten, um für die nächsten Jahre Pläne zu entwickeln, nicht in erster Linie mehr unter dem Gesichtspunkt, eine Gefährdung abzuwenden, sondern auch den sicheren Boden einer Stadt, für die unsere Verbündeten Garantien übernommen haben, den Aus- und Aufbau Berlins mit neuen Investitionen vorzubereiten für die deutsche Hauptstadt, von der im Kommuniqué des Bundeskanzlers mit Kennedy über den Amerika-Besuch die Rede gewesen ist. Auf dieses Ziel hin arbeiten wir weiter.

Meine Freunde, ich sagte, wir lassen uns von niemand übertreffen. Das gilt auch für das Verhältnis der CDU zu anderen Parteien. Lassen Sie mich das Wort aber auch anwenden für das Verhältnis der CDU Berlins zur CDU im ganzen. Wenn Sie in Ihren Wahlkampf gehen, an dem wir selbst nicht teilnehmen können, dann werden unsere Berliner Redner und dann werden wir mit unseren Berliner Kräften daran mitwirken und dazu beitragen, daß der Erfolg der CDU im Bund so groß wird, wie er nur werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Und noch eines: Wir wollen es tun, damit ein eigenes Wort der SPD verwirklicht werden kann. Sie hatte ja das Schlagwort geprägt: Die SPD geht mit der Z e i t ! Wir wollen der Bevölkerung klar machen, daß es richtig heißen muß: Die SPD g e h t mit der Zeit!

(Lebhafte Heiterkeit und anhaltender Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Lieber Freund Bürgermeister Amrehn! Ich glaube, wir dürfen Ihnen für Ihre Worte hier ein ganz besonderes Wort sagen, und gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit benutzen, Ihnen – und ich glaube, in aller Ihrer Namen, meine lieben Freunde – zu gratulieren zu Ihrer Wahl zum Landesvorsitzenden des Landesverbandes Berlin, die in der vergangenen Woche stattgefunden hat. (Lebhafter Beifall.)

Damit tritt ein Mann an die Spitze dieses Landesverbandes, der in den vergangenen Jahren maßgeblich die Geschicke Berlins in seinen Händen gehalten hat.

Gleichzeitig möchte ich aber des Mannes gedenken, der hier zu meiner Linken sitzt und der jahrelang den Vorsitz im Landesverband Berlin innegehabt hat: Ernst Lemmer. (Lebhafter Beifall.) Es ist tröstlich zu wissen, lieber Freund Ernst Lemmer, daß der Landesverband Berlin Sie bei den Beratungen des Vorstandes zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme gewählt hat. Damit können Sie auch weiterhin maßgeblich an den Ge-

schicken des Landesverbandes der CDU unserer Hauptstadt Berlin mit teilnehmen, (Lebhafter Beifall.) denn Sie sind immer ein Berliner geblieben, und ich weiß, daß Sie es auch immer bleiben werden. (Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Ich glaube, daß diese Mannschaft unter der Führung unseres Freundes Amrehn die besten Voraussetzungen dafür bietet, daß im Jahre 1962 der Regierende Bürgermeister Amrehn heißen wird und nicht mehr Willy Brandt. (Starker Beifall.)

Ich rufe nunmehr als weiteren Diskussionsredner unseren Freund Dr. Hellwig, Landesverband Rheinland.

Dr. Hellwig, MdB:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wünsche und die Hoffnungen, die hier gegenüber der Arbeit auf der europäischen Ebene zum Ausdruck gebracht worden sind, veranlassen mich, hier aus der Sicht derer, die, getragen vom Vertrauen der Bundesregierung und vom Vertrauen dieser Partei, in der europäischen Ebene laufend tätig zu sein haben, zu danken und Ihnen zu sagen, welche entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit draußen dieses Vertrauen der CDU zu der europäischen Politik ist. Ohne dieses klare Bekenntnis zu der Fortsetzung dieser Europapolitik wären wir draußen auf einem Posten, an dem es sehr schwierig wäre, sich zu behaupten und nach vorne wirklich aktiv mitzuarbeiten. Wir brauchen diese Haltung der CDU, um immer wieder eindeutig unter Beweis zu stellen, daß diese europäische Politik nicht dem Opportunismus jeweils wechselnder Interessenlagen entspringt, sondern daß sie zu den Zentralpunkten des politischen Programms der CDU/CSU gehört.

Interessenlagen mögen wechseln, die betroffenen Wirtschaftszweige mögen in der einen oder anderen Frage, in der einen oder anderen Bestimmung der Verträge anderer Meinung sein. Auch die beteiligten Verwaltungen, die Ressorts, die Amtsstellen mögen in Spezialfragen der einen oder anderen Meinung sein – aber was not tut, ist immer wieder die Kontinuität, die Beständigkeit dieser Arbeit unter Beweis zu stellen. An die Erfolge dieser Kontinuität hat unser Freund Furler, der Präsident des Europäischen Parlaments, vorhin erinnert, als er erwähnte, daß in schwierigen politischen Krisensituationen der letzten zehn Jahre nicht nur die Idee, sondern auch die Institutionen, die auf diesem Wege bereits geschaffen worden sind, sich mit Erfolg behauptet und ihren Weg weiter fortgesetzt haben.

Ich darf eine weitere Bemerkung aus der Sicht dieser Arbeit hier anknüpfen. Wir fühlen uns nicht nur als technische Experten, denen man so oft sagt: Nun ja, diese europäischen Exekutiven, diese Kommissionen, sie sind die technischen Experten, die einen Vertrag anzuwenden haben. Meine Damen und Herren! Wenn man dieser Arbeit das Schild umlegen möchte „nur technische Experten“, so drängt sich leicht der Verdacht auf, daß man sich die politische Entscheidung an anderer Stelle vorbehalten möchte. Dieser Verdacht aber sollte vermieden werden. Man sollte nicht

politischen Opportunismus einschalten, wenn es sich darum handelt, eindeutig zu den Aufgaben und Aufträgen zu stehen, die diese europäischen Verträge den von ihnen eingesetzten Organen gegeben haben.

Es ist eine verwirrende Fülle für den Außenstehenden allerdings, wenn er hört und liest, welche Organe dieser drei Gemeinschaften der sechs Länder nun auf verschiedenen Ebenen arbeiten, daß sie zum Teil zwar bereits gemeinsame Organe, wie das Parlament und den Gerichtshof, haben; aber daß die Exekutive selbst – die Kommissionen und die Hohe Behörde – noch nebeneinander existieren. Ich darf Ihnen versichern, daß von unserer Seite – ich meine damit die deutschen Kollegen, die in diesen Organen tätig sind – immer daran gearbeitet wird, die Zusammenlegung und die Zusammenführung über die gemeinsame Arbeit herbeizuführen, daß allerdings – ich glaube, gerade hier mit meinen Parteifreunden völlig einigzugehen – wir der Meinung sind: Wenn man die Exekutiven zusammenlegt, dann sollte der Kaufpreis nicht der sein, daß man ihre politischen Rechte beschneidet und die Entscheidungsbefugnisse, die sie zur Zeit haben, wieder zurückzieht. Der Kaufpreis wäre zu hoch, wenn der erreichte Stand der Integration etwa beschnitten würde, nur um eine äußere schematische Zusammenlegung von bestimmten Kommissionen herbeizuführen.

In diesem Sinne wollen wir uns nach wie vor auch der politischen Verantwortung bewußt sein, indem wir von dieser Entscheidungsbefugnis in einem Sinne Gebrauch machen, der nicht die politischen Widerstände, die noch in allen Ländern vorhanden sind, immer wieder gegen diesen Weg auf den Plan führt. Von diesem Recht und von dieser Entscheidungsbefugnis politisch, vernünftig und maßvoll Gebrauch zu machen, in Zusammenarbeit selbstverständlich mit den Mitgliedsregierungen und den Ministerräten, die an diesen Entscheidungen supranationaler Art wesentlichen Anteil haben, das ist das Ziel, mit dem diese Funktionen wahrgenommen werden sollten.

Lassen Sie mich ein letztes Wort an Sie, meine Parteifreunde, unmittelbar richten. Manchmal sieht man es von draußen so, als ob die eigentliche Kontinuität dieser Europapolitik in jeder einzelnen Phase der Alltagsarbeit nicht bei der CDU/CSU läge, sondern als ob andere Parteien heutzutage hier die Wortführer seien. Ich glaube, die CDU/CSU sollte sich nicht den Schneid in dieser Europapolitik durch andere abkaufen lassen, die erst nachträglich und mit sehr starker Verspätung merken, welche politischen konstruktiven Betätigungsmöglichkeiten auf diesem Felde liegen.

Lassen Sie mich, meine Parteifreunde, vor allem daran erinnern, daß eines Tages – hoffentlich sehr bald – die deutschen Wähler zu direkten Wahlen für ein europäisches Parlament aufgerufen sein wollen. Dann wird die CDU/CSU einen europäischen Wahlkampf zu führen haben. Sie wird das in Gemeinschaft mit den ihr nahestehenden und verbundenen Parteien der beteiligten Länder tun.

In diesem Sinne auch für die Arbeit der CDU/CSU Glückauf.
(Starker Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Wir danken unserem Freund Hellwig.

Ich rufe nunmehr unseren Parteifreund Krüger aus Westfalen. (Beifall)

Herr Hans Krüger, MdB (Olpe): Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wenn ich zur Außenpolitik noch einige Bemerkungen mache, so geschieht das aus der Sicht des Vertriebenen. Ich möchte, da jetzt feststeht, daß die überwiegende Zahl der Vertriebenen bei den Wahlen zu unseren Wählern gehört, hier für sie erklären, daß die Politik des Herrn Bundeskanzlers und seiner Regierung nach unserer Überzeugung deswegen richtig ist, weil sie die Sicherheit und die Freiheit der Bundesrepublik und ihrer Bürger auf der einen Seite garantiert, weil sie darüber hinaus aber allein geeignet ist, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unsares Vaterlandes herbeizuführen. Wenn wir von diesem Gesichtspunkt, von dem Schicksal der Vertreibung ausgehen, so geht es hier einmal um die Frage der Oder-Neiße-Linie. Es ist, glaube ich, richtig, einmal festzustellen, daß nach dem Programm der CDU die Oder-Neiße-Linie nicht die Friedensgrenze darstellt, (Lebhafter Beifall.) sondern daß nach dem Programm der CDU die Grenzregelung der künftigen Friedensvertragsregelung vorbehalten ist.

Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil wir es doch wiederholt erleben, daß diese Regelung unserer Partei auch von unseren Parteifreunden nicht immer richtig gesehen wird. Ich habe nun folgende Kritik zum Ausdruck zu bringen im Namen des Landesverbandes Oder-Neiße. Wenn wir zum Beispiel unseren Parteifreund Bucerius vor wenigen Wochen darüber hörten, daß er Zweifel in diese Auffassung setzt, dann müssen wir uns dagegen verwahren. (Vereinzelter Beifall.)

Aus der Tatsache, daß auf dem Parteitag in Goslar vor elf Jahren der Landesverband Oder-Neiße als die politische Heimat der Vertriebenen der CDU gegründet wurde, geht ganz eindeutig hervor, daß das Grenzproblem einer zukünftigen Regelung überlassen bleibt. Und ich meine, wir sollten uns in der CDU an diese Sprachregelung alle gewöhnen; denn dadurch unterstützen wir am besten die Politik des Bundeskanzlers und der Bundesregierung. Als Herr Gomulka als Auftakt des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in Amerika am 9. April erklärte, Präsident Kennedy hätte vor den Wahlen eine Zusicherung dahin gegeben, daß die Oder-Neiße-Linie von Amerika anerkannt würde, haben wir es erlebt, daß Präsident Kennedy in einer Pressekonferenz am 12. April zum Ausdruck gebracht hat, daß die befriedigende Lösung der Oder-Neiße-Linie Teil einer allgemeinen Lösung des Deutschlandproblems oder der Deutschlandfrage im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von Deutschland und allen übrigen sein sollte.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Präsidenten der USA meinen Dank für alle Heimatvertriebenen aussprechen, daß in dieser Weise zu diesem wichtigen Problem keine vorzeitigen Entscheidungen abgegeben worden sind, sondern daß der Entwicklung die endgültige Regelung überlassen bleibt.



Dr. Franz Meyers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und Hermann Dufhues, Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Landesvorsitzender der CDU Westfalen.



Seit dem vorletzten Besuch des Herrn Bundeskanzlers ist bei der gesamten Regelung des Deutschlandproblems das Selbstbestimmungsrecht, zu dem mein Kollege Dr. Gradl Stellung genommen hat, die wesentliche Grundlage geworden. Ich möchte aus der Sicht der Vertriebenen zu diesem Recht noch Stellung nehmen. Ich begrüße es, daß es so geschehen ist. Denn damit ist das Deutschlandproblem aus der Sicht eines egoistischen eigenen Problems herausgehoben in eine höhere Ebene. Wenn wir davon ausgehen, daß über 1 Milliarde Menschen auf Grund dieses Prinzips nach 1945 die Selbständigkeit und Unabhängigkeit erhalten haben, dann glaube ich, daß wir mit Recht verlangen können, daß man die Regelung unserer Verhältnisse auf Grund dieses Rechts uns zubilligen muß.

Wenn ich auf Grund dieses Rechts noch etwas sage zu der Frage der Kontinuität der Politik der Bundesregierung, so möchte ich das, was vorher bei dem Referat gesagt worden ist, durch einen Hinweis auf das Buch von Professor Grewe „Außenpolitik der Nachkriegszeit“ noch ergänzen. In diesem Buch kommt zum Ausdruck, wie mühselig der Weg in den zwölf Jahren gewesen ist. Es kommt aber gleichzeitig zum Ausdruck, mit welcher Klarheit und Folgerichtigkeit die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit durch die Männer, in deren Händen sie lag, ausgeführt worden ist. Das gibt uns die Hoffnung, daß auch in der kommenden Zeit, wenn diese Männer am Ruder bleiben, wieder die deutsche Außenpolitik erfolgreich für unser Vaterland weitergeführt wird. Und darauf hoffen wir Heimatvertriebenen insbesondere.

(Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Wir danken Ihnen ganz besonders, Herr Krüger; denn wir wissen um Ihre große und verantwortungsvolle Aufgabe, die Sie als Führer der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Deutschland in den kommenden Monaten und Jahren zu erfüllen haben. Nochmals herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Dr. Abelein aus Baden-Württemberg. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß nur noch zwei Diskussionsredner zum Wort gemeldet sind. Die Aussprache ist dann geschlossen. Anschließend wird das Referat von Bundesminister Dr. Strauß gehalten.

Dr. Abelein:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Punkten ganz kurz Stellung nehmen. Zuerst zum Verhältnis Europapolitik und Wiedervereinigung, und zwar deswegen, weil in letzter Zeit uns immer wieder der Vorwurf gemacht wird, wir wollen die Wiedervereinigung nicht wirklich. Das zeige unsere Europapolitik, die der Wiedervereinigung hinderlich im Wege stehe. Damit richten wir uns nach zwei Seiten, sowohl gegen derartige Anwürfe aus den Reihen der SPD wie auch aus der FDP. Es muß hier ganz klar gesagt werden, und das kann nicht genug unterstrichen werden, daß unsere Europapolitik und Bündnispolitik die Voraussetzung für jegliche Art der Wiedervereinigung ist.

(Lebhafte Unruhe! – Glocke des Präsidenten)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Seien Sie bitte ein bißchen ruhiger, und ich werde mich dann sehr kurz fassen. Das Ziel der sowjetischen Politik war von jeher die Herauslösung Deutschlands aus dem Bereich der westlichen Welt. Ich erinnere an das Wort Lenins „Wer Deutschland hat, hat Europa“. Der Deutschlandplan oder irgendwelche Vorstellungen, wie die von einem Sicherheitssystem unter Einschluß der Sowjetunion, sind nicht geeignet, uns in dieser Richtung weiterzuführen. Wir werden eine Wiedervereinigung in Freiheit nur als Teil der freien Welt erreichen.

Nun etwas ergänzend zu dem Referat des Herrn Außenministers: Ich meine, daß wir bisher zur Entwicklungshilfe noch nicht die richtige Einstellung haben. Wir sehen die Entwicklungshilfe zu sehr unter wirtschaftlichen Vorzeichen. Es besteht die Gefahr, daß es uns möglicherweise genauso geht wie den Amerikanern. Sie, die das meiste Geld bezahlen, werden dann auch noch die häßlichen Amerikaner genannt. Es könnte passieren, daß es in kurzer Zeit auch häßliche Deutsche gibt. Die Auseinandersetzung wird heute, das wurde immer wieder betont, auch vom Herrn Außenminister hauptsächlich auf geistigem Gebiet ausgetragen. Deswegen muß die Entwicklungshilfe bei uns stark unter kulturpolitischen Vorzeichen stehen. Unsere Partei darf in diesen Fragen nicht weiterhin so abstinent sein. Die Entwicklungshilfe muß in erster Linie als Bildungshilfe geleistet werden. Was nützen Stahlwerke für die Entwicklungsländer, wenn nachher die Arbeiter nicht einmal Zahlen lesen können. Auf diesem Gebiet wird nachher auch die Ernte in die Scheuer eingefahren. Wir müssen in erster Linie Bildungs- und Ausbildungshilfen leisten. Wir müssen mehr Professoren und Lehrer in diese Entwicklungsländer schicken. Es gibt Beispiele dafür, daß es auch bei uns möglich ist, junge Leute dafür zu gewinnen. Der Pioniergeist ist bei uns viel größer, als wir annehmen. Es kommt nur auf den Appell an. Ich meine, es ist Sache der CDU, diesen Appell an die Verantwortung und an den Opfergeist endlich einmal ganz deutlich zu stellen. (Beifall!)

Präsident Blumenfeld:

Das Wort hat unser Parteifreund Professor

Dr. Burgbacher, MdB:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf drei kurze Anmerkungen zur Europapolitik und den damit zusammenhängenden Fragen machen.

Zunächst eine historische Anmerkung! Ich glaube, von Goethe stammt das Wort: Man fasse beherzt einen Beschluß, dann wirkt er weiter, weil er muß. Einen solchen beherzten Beschluß haben die Freunde Robert Schuman, de Gasperi und der Bundeskanzler mit der damals kühnen Schöpfung der Montanunion gefaßt, und dieser Beschluß hat weiter gewirkt, weil er mußte. Die Entwicklung zu Euratom und zum Gemeinsamen Markt wäre ohne den Beschluß zur Gründung der Montanunion nicht möglich gewesen. Ich wage sogar zu behaupten, daß wir keine Verhandlungen mit Großbritannien und der EFTA ohne die vorangegangenen Beschlüsse hätten.

Nun eine betrachtende Anmerkung: Diese Zusammenschlüsse hatten wirtschaftliche und politische Ziele. Ich glaube, daß bei den kommenden Verhandlungen mit Großbritannien und der EFTA eine Unterscheidung zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Zielen gemacht werden muß.

Es ist unser fester Wille, die politische Integration der europäischen Gemeinschaft unentwegt in dem Rahmen weiterzuentwickeln, in dem uns das mit unseren Freunden jeweils möglich ist. Ich bin auch sicher, daß unsere Partei der Auffassung ist, daß das Glück und die Zukunft des Commonwealth im Interesse der freien Welt so groß wie nur möglich gewünscht werden muß.

Nun, was sind unsere nächsten Ziele? Wir halten die Tür der europäischen Gemeinschaft weit offen. Sie war es schon immer. Schon den Römischen Verträgen hätten mehr Länder beitreten können, wenn sie es gewollt hätten.

Das Zweite ist, wir müssen versuchen, die drei Exekutiven, die hohe Behörde, die Euratomkommission und die EWG-Kommission zu einer gemeinsamen, zu einer einheitlichen Exekutive zusammenzubringen, wenn es auch zunächst nur in formeller Weise durch organisatorische Beschlüsse möglich sein könnte. Als Drittes glaube ich, daß die kleine Revision des Montanunionvertrages unvermeidbar ist. Als Viertes meine ich, der Ministerrat sollte, im Einvernehmen mit den sechs nationalen Regierungen, überlegen, ob man nicht dem Europaparlament wenigstens das Haushaltsrecht für diese Gemeinschaft geben könne. Das Fünfte ist ein Wunsch, der sicher allen, die in der Europafrage aktiv tätig sind, am Herzen liegt, und dieser Wunsch heißt: wir bitten den Ministerrat um eine engere und laufende intensivere Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Kräften in Europa und im Europäischen Parlament. Als Sechstes möchte ich sagen, wir wünschen den Verhandlungen, die auf Initiative unseres Parlamentspräsidenten, unseres Parteifreundes Prof. F u r l e r, im Juni zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Vertretung von 15 souverän gewordenen afrikanischen Staaten stattfinden, – nachdem eine Vorkonferenz in Rom zu den besten Hoffnungen berechtigt – einen großen Erfolg, und hoffen, daß diese auf parlamentarischer Ebene geführten Verhandlungen mit dem Ergebnis der Fortsetzung und Neuschaffung der Assoziation dieser Welt mit unserer europäischen Welt zu einer ökonomischen Einheit abschließen werden. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was gerade in den Tagen und Monaten, in denen das Stichwort „Algier“ auf aller Lippen ist, ein solcher politischer Erfolg für uns alle bedeuten müßte. Ich darf noch eine Bemerkung und eine Bitte an unsere Parteifreunde und die uns nahestehende Presse richten. Es ist sicher möglich, an der europäischen Politik und an den europäischen Exekutiven Kritik zu üben. Es gibt aber zwei Arten von Kritik: eine positive und eine negative Kritik. Ich für meine Person habe kein Verständnis, wenn man die Schaffung des Europas der Sechs als eine Spaltung Europas bezeichnet, während sie in Wirklichkeit der unvermeidliche und notwendige Anfang der politischen Integration Europas überhaupt bedeutet. Ohne die Schaffung dieser Verträge wäre kein Gespräch über ein weiteres Europa heute auf dem Tische. (Beifall.)

Am Schluß eine Bemerkung zu den Fragen Berlin, Wiedervereinigung und Europapolitik. Meine lieben Parteifreunde, wir wollen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und die Freiheit Berlins. Wer das will, muß sich darüber klar sein, daß es nur bekommen kann, wenn die Hand, die es fordert, so stark ist, daß man an ihr nicht vorbeigehen kann. Je stärker die fordernde Hand ist – sei es durch die Europapolitik, sei es durch die Nato-Politik –, um so sicherer werden wir den Erfolg erreichen, der uns allen am Herzen liegt. Und deshalb ist auch die Europapolitik ein Schritt auf diesem logischen Wege. Wir treiben sie aber nicht nur deshalb, sondern weil Europa überhaupt unser Wunsch und unsere Zukunft ist. (Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Als letzter Diskussionsredner hat Professor Dr. Görgen aus dem Saarland das Wort. (Beifall.)

Prof. Dr. Görgen, MdB:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist eben davon gesprochen worden, daß die Entwicklungshilfe auch eine kulturpolitische Aufgabe sei, eine geistige und ethische Verpflichtung. Dann müssen wir von der CDU aus genauer untersuchen, wo denn auch die geistigen Voraussetzungen für eine solche Entwicklungshilfe am ehesten gegeben sind. Da möchte ich heute ein Wort des Grußes an jene Länder richten, die sich schon seit langem politisch, kulturell und geistig eng verbunden fühlen und die von uns, aus der gleichen europäischen Substanz lebenden Brüdern, in erster Linie Entwicklungshilfe aller Art erwarten, die mit Recht eine ganze Reihe von Prärogativen anführen können, wenn das Thema unserer Entwicklungshilfe behandelt wird. Ich spreche von den Ländern Lateinamerikas. Sie kennen die Diskussionen um die Frage, wo denn der Schwerpunkt der westlichen Entwicklungshilfe zu sehen sei. Sie wissen, daß eine große Anzahl von Ländern aus aller Welt, die mit den gleichen typischen Problemen der Entwicklungsländer zu kämpfen haben, sozusagen an der Tür der westlichen Welt Schlange stehen und von ihr jene Starthilfe oder auch jene Hilfen erwarten, die sie für nötig erachten. Warum muß es für uns eine erste und dringliche Aufgabe sein, die lateinamerikanischen Länder zu berücksichtigen?

Zuerst deswegen, weil hier die geistigen Voraussetzungen für eine breite kulturpolitische Tätigkeit und eine fruchtbare geistige Entwicklungshilfe vorhanden sind. Hier ist das geistige Erbe verankert, das Europa nach dort getragen hat. Hier sind die gleichen geistigen und ethischen Grundbegriffe und die gleichen vom Christentum und Humanismus geprägten Kulturformen vorhanden. Dorthin ist von Europa aus das Christentum getragen worden, und es ist dort eine bestimmende Macht des öffentlichen Lebens geblieben. Dort finden wir auch alle jene Wellen der Sympathie und des Verständnisses, die wir für unsere deutschen Probleme brauchen. Von dort her – und nicht nur von Nordamerika aus – hat sich nach dem Krieg der Strom der Liebesgaben in unser deutsches Vaterland ergossen, weil die traditionellen Bande der Sympathie nie abgerissen waren.

Zu dieser Gruppe von Voraussetzungen, für eine großzügige Entwicklungshilfe an Lateinamerika kommt ein zweiter Grund hinzu. Nach Lateinamerika sind Millionen und Millionen deutscher Auswanderer gegangen. Dort finden wir noch einen volkmäßigen Fundus vor, der geradezu darauf wartet, nach der unseligen nationalsozialistischen Kulturpolitik genutzt zu werden, dieses Mal nicht im Interesse und zum Nutzen einer „deutschnationalen“ Kulturpolitik, sondern dieses Mal im Interesse und zum Nutzen der neuen Nationen, denen diese deutschen Einwanderer sich zugesellt haben. Hier leben z. B. in einem einzigen Staat Brasiliens, Rio Grande do Sul, über eine Million von Deutschen abstammende Menschen, an die sich heute die ostzonalen Vertreter im Namen Deutschlands wenden. Und sie verstehen es, das Heimweh und die Sentimentalität zu wecken und „Am Brunnen vor dem Tore“ zu singen, und sie wissen mit diesen Menschen die Sprache zu sprechen, die wir eigentlich sprechen müßten, die Sprache des Verständnisses für ihre alte Heimat und zugleich ihr neues Vaterland.

Und als Drittes: vielleicht haben wir auch als Partei noch viel zu wenig Kenntnis von der Tatsache genommen, daß es in Lateinamerika eine große Anzahl christlich-demokratischer Parteien gibt, kleine Parteien, aber geistige Eliten ihrer Nationen, Parteien, die wie ein Sauerfeig die übrigen durchdringen, die zu Rat herangezogen werden, aus denen das Beste, das geistige Erbe des Westens herausgewonnen wird. Meine Freunde, ich glaube, wir sollten auch von diesem Parteitag aus einen Gruß an jene kleinen christlich-demokratischen Parteien und so manche hervorragenden christlich-demokratischen Politiker sowie auch an andere verwandte Parteien Lateinamerikas richten, die uns als ihr Vorbild betrachten, die von uns geistige Hilfe erwarten, die von uns Anregungen für die Lösung der Probleme ihrer Länder geradezu verlangen. Und wir sollten es nicht nur unseren europäischen christlich-demokratischen Schwesternparteien überlassen, sich dieser Gruppen in Lateinamerika anzunehmen. (Beifall.)

Meine Freunde, ich möchte hier aus ganzem Herzen vor allem der Bundesregierung und dem Herrn Bundeskanzler dafür danken, daß Sie stets großes Interesse und große Sympathie für die lateinamerikanischen Probleme gezeigt haben. Aber nun, da wir alle spüren, wie dort unten eine neue Welt entsteht, wie neue Probleme für die freie Welt und die Freiheit der Welt erwachsen sind, glaube ich, ist es an uns, den Mitgliedern der Christlich Demokratischen Union, mit dafür zu sorgen, daß alles, was wir an Entwicklungshilfe in diese Welt lenken, erst einmal denjenigen gegeben wird, die unsere Freunde sind, und das sind die Nationen Lateinamerikas in besonderem Maße.

Präsident Blumenfeld:

Meine lieben Freunde. Damit ist die Diskussion über den ersten Teil unseres heutigen Vormittags über die Referate, die wir von dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister gehört haben, beendet. Wir schreiten jetzt in der Tagesordnung fort.

Ich rufe nunmehr unseren Freund aus dem Bundesland Bayern, unseren Parteifreund, den Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß auf, zu uns zu sprechen mit dem ihm üblichen Schwung, mit dem Elan, der Kraft, aber auch der Besonnenheit, die sein schweres und verantwortungsvolles Amt fordert. Bitte, Herr Franz-Josef Strauß.

Verteidigung der Freiheit

Bundesverteidigungsminister Dr. h. c. Franz-Josef Strauß:

(Von Beifall empfangen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mir ist die Aufgabe gestellt, über das Thema „Verteidigung der Freiheit“ im Zusammenhang mit der ganzen Vorgeschichte, im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage und den Aussichten in der Zukunft einige Ausführungen zu machen. Eine uralte Definition der Aufgaben des Staates durch all die Jahrhunderte der geschichtlichen Entwicklung hindurch gilt, wenn auch unter veränderten Umständen, aber im Grundsatz auch heute noch: Ein Staat hat drei Aufgaben. Einmal hat er für die Sicherheit seiner Bürger und seines Landes zu sorgen. Er hat ferner die Aufgabe, die Freiheit in rechtsstaatlicher Ordnung zu errichten und zu garantieren und er hat drittens die Voraussetzungen für die Wohlfahrt und den Wohlstand der Bürger zu schaffen, nicht den Wohlstand und die Wohlfahrt der Bürger selbst zu schaffen, sondern die Voraussetzungen dafür. (Beifall.) Wir können, auf eine kurze Formel gebracht, feststellen, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland, so wie sie unter dem politischen Gesichtspunkt des Bundeskanzlers entworfen, wie sie von Regierung und Regierungsmehrheit im Parlament und in der Öffentlichkeit im Inland und Ausland getragen und durchgeführt worden ist, dazu führte, daß diese drei Aufgaben im Rahmen des Möglichen von uns bisher erfüllt worden sind. (Beifall.)

Der Begriff Sicherheit hat ohne Zweifel gerade im 20. Jahrhundert, im Jahrhundert des sogenannten Fortschritts, eine magische Kraft gewonnen, eine magische Attraktivität. Kein Wunder nach dem, was wir erlebt haben. Kein Wunder nach dem, was in der Zeit seit 1914 über uns hereingebrochen ist. Es geht einmal um die Sicherheit im Leben, gegen die möglichen Wechselfälle des Lebens, um die Sicherheit sozialer Art. Es geht um die Sicherheit im Beruf und Verkehr, ein immer ernster werdendes Thema, die Sicherheit technischer Art, mit der ich mich hier auch nicht zu beschäftigen habe. Dann geht es um die Sicherheit gegen die Gefahren von innen und außen, die Sicherheit politischer Art und hier insbesondere um die Frage der Sicherheit gegen Gefahren von außen. Der Historiker Mommsen, der Mann, der durch seine Zeit geprägt worden ist und die Reden und Erfahrungen seiner Zeit in seinem wissenschaftlichen Werk im Vorausblick auf die Zukunft niederlegte, hat in seinem Aufsatz „Das politische Motiv der Sicherheit“ sich sehr ausführlich geäußert. Ich möchte einen Gedankengang herausgreifen, der, wenn er auch damals für ein anderes Beispiel angewandt wurde, auch heute noch gilt, daß nämlich der Ruf nach Sicherheit nicht Tarnbezeichnung für einen Machtanspruch werden und daß der Ruf nach Sicherheit nicht Begründung oder Vorwand für die Unterdrückung anderer werden darf. (Beifall.)

Wenn ich das ausspreche, dann möchte ich sehr deutlich sagen: Wenn wir Sicherheit sagen, meinen wir Sicherheit in der strengsten Beschrän-

kung der Auslegung des Wortes auf die Defensive, auf die Verteidigung. / Wir haben allerdings Grund dazu, von diesem Vorwand zu reden, unter dem die Unterdrückung anderer betrieben wird, während man von Sicherheit spricht. Das gilt für die Unterdrückung der osteuropäischen Völker, das gilt aber auch für einen guten Teil der 17 Millionen Deutschen, die unterdrückt werden und deren Unterdrückung sogar noch von manchen kurzsichtigen Elementen bei uns als verständlich bezeichnet wird, weil die Sowjetunion ein Sicherheitsbedürfnis habe. / Das Sicherheitsbedürfnis liegt heute nicht mehr in der Unterdrückung anderer, es liegt im Verzicht auf Machtpolitik, auf Machtanspruch und Macht- ausdehnung und es liegt in dem Willen zur echten Koexistenz, es liegt in dem Willen zur Nachbarschaft und Freundschaft. (Lebhafter Beifall.)

Man hat in der Vergangenheit so argumentiert, daß für uns ein unmittelbares Problem der Sicherheit nicht gegeben sei. Man hat das getan und in Gründen darzulegen versucht. Ich darf nur wenige Gedanken sagen und einige Feststellungen machen, die für unsere Sicherheitspolitik das A und O, der Ausgangspunkt und Kardinalpolitik aller unserer Überlegungen sind. Es handelt sich auch darum, ob man es sehen will und bereit ist, die Konsequenzen daraus zu ziehen, nämlich aus der Tatsache, daß die Sowjetunion nie aufgehört hat – seit dem Zusammenbruch Deutschlands, man kann ruhig sagen, seit der zweiten Phase des zweiten Weltkrieges – die Kontrolle, das heißt die politische Macht in ganz Deutschland anzustreben. Denn die Kontrolle über Gesamtdeutschland war die Voraussetzung für die Herrschaft über Europa, war die Voraussetzung für eine weitere Expansion nach dem Westen, war die Voraussetzung für den erfolgreichen Vollzug der Weltrevolution als eines Endzieles der sowjetischen Geschichtsphilosophie. Das hat sich in der zweiten Phase des Krieges deutlich gezeigt. Das hat sich gezeigt in Formulierung und Interpretation der Potsdamer Beschlüsse bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Das hat sich gezeigt im Angebot gesamtdeutscher Wahlen nach volksdemokratischem Rezept und der Ablehnung freier Wahlen. Das hat sich weiterhin gezeigt durch Friedensangebote nach sowjetischer Vorstellung. Das hat sich gezeigt durch die fortlaufende Koexistenzoffensive mit Beschwörung des Geistes von Genf, das hat sich ferner gezeigt durch die permanente Infiltration und kontinuierliche Diffamierung der Bundesrepublik, eine Aktion, deren Ziel darin besteht, die Bundesrepublik innerlich zu zermürben, außenpolitisch zu isolieren und damit das Opfer für die nächste Phase der Aggression bereit zu machen.

Das Ziel ist die Unterhaltung außergewöhnlich starker militärischer Streitkräfte der Sowjetunion, insbesondere auf deutschem Boden – Heer, Luftwaffe, zum Teil Marine –, außergewöhnlich starke Streitkräfte auch auf ungarischem und polnischem Boden, und zwar Stationierung von Streitkräften, die über eine moderne konventionelle Bewaffnung verfügen und die innerhalb des Organismus ihrer Streitkräfte auch über das verfügen, was man taktische Atomwaffen – Atomwaffenträger und die dazugehörigen Sprengkörper – nennt, eine permanente Bedrohung, bei der man Ursache und Wirkung nicht verwechseln soll. Nicht die Gründung der NATO war die Ursache für die Stationierung dieser

Streitkräfte, sondern die Politik der Sowjetunion und die Stationierung starker Streitkräfte in der deutschen Sowjetzone waren die Ursache ihrerseits für die Gründung der NATO. Das eine war die Aktion, das andere die Reaktion. (Beifall.)

Das Ziel dieser Aktion war und ist nicht die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem demokratischen Rechtsstaat – Gerstenmaier hat das sehr deutlich gesagt – auch nicht unter der Bedingung der Neutralisierung und Entwaffnung bei internationaler Kontrolle, wenn damit der Abbau der kommunistischen Herrschaft in der sowjetischen Besatzungszone verbunden gewesen wäre oder verbunden wäre. Das Ziel dieser Aktion war die Zermürbung, Isolierung und Inbesitznahme der Bundesrepublik Deutschland, auf alle Fälle aber, um sich diesen Weg offenzuhalten, ihre politische und militärische Trennung vom Westen. Die politische und militärische Trennung vom Westen war gewissermaßen die *conditio sine qua non* für die weitere Durchführung der strategischen Ziele der Sowjetunion und der Weltrevolutionsziele der kommunistischen Machthaber. Das sollten sich auch diejenigen merken, die im Laufe der vergangenen Jahre in leisen Untertönen – unterschwellig sagt man so gern – auch heute noch die Versäumnislegende sorgsam zu pflegen gewohnt sind. Nach dem ersten Krieg war es die Dolchstoßlegende, nach dem zweiten Krieg war es die Versäumnislegende! Als ob die Bundesrepublik durch ihre Politik des systematischen Anschlusses an den Westen, insbesondere des militärischen Bündnisses mit dem Westen, eine Reihe von guten Gelegenheiten versäumt hätte, die man zumindest hätte prüfen müssen.

Ich darf ein zweites Wort sagen : zur Sicherheit und zum Wiederaufbau unseres Landes. Gefühl und Tatsache der Sicherheit, subjektive und objektive Sicherheit, sind die Voraussetzung dafür, daß der Staatsbürger – er mag im Berufs- und Wirtschaftsleben stehen wo immer er will – normal reagiert. Hätten wir nicht im Laufe der letzten Jahre, seitdem wir unsere Politik begründet und erfolgreich fortgesetzt haben, nicht zuletzt dank der Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer ehemaliger Kriegsgegner und heutiger Bundesgenossen, und hätten wir zum anderen nicht durch unser eigenes, klar formuliertes, in der Praxis bewiesenes, durch die Aufstellung der Bundeswehr von Jahr zu Jahr erhärtetes Ja zur Landesverteidigung, zur europäischen Sicherheit, zur europäischen Freiheit und zur Stabilisierung der Verhältnisse in der Welt das Gefühl der Sicherheit im subjektiven Sinne und die Tatsache der Sicherheit im objektiven Sinne begründen helfen, der wirtschaftliche und soziale Aufbau der Bundesrepublik wäre weder in dem Umfang noch in dem Tempo möglich gewesen, wie er stattgefunden hat. (Beifall.)

Sparen im kleinen und Disponieren im großen sind nur möglich, wenn die Arbeit, die man leistet, noch sinnvoll erscheint, und wenn man nicht befürchten muß, daß der Ertrag der Arbeit verlorengeht, daß die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch rauhen Zugriff von außen umgestürzt werden. Dieses Wort möchte ich auch denen entgegenhalten, die immer von den unsinnigen Rüstungslasten sprechen und von der Verschwendung von Milliarden für militärische Verteidigung. Nun, im unmittelbaren, engeren Sinne des Wortes, in rein ökonomischer Produk-

tionsbetrachtung mögen Verteidigungslasten sterile und unproduktive Lasten sein. Aber die Aufbringung dieser Lasten ist die Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft und der Bürger in der Wirtschaft normal reagieren können. Ohne Sicherheit kein wirtschaftlicher Aufbau, ohne Sicherheit kein sozialer Aufstieg, ohne Sicherheit keine Hebung der Lebensverhältnisse und des Lebensstandards. (Beifall.) Darum hat sich die Bundesregierung sehr frühzeitig entschlossen, einen aktiven Beitrag zur Sicherheit des eigenen Landes und damit auch zur Sicherheit Europas zu leisten. Hier spukt ja immer ein Wort herein vom „Provisorium der Bundesrepublik Deutschland“. Als ob es uns nur zukäme, das Land im inneren aufzubauen, die Lebensverhältnisse wieder zu normalisieren, als ob wir aber nicht normale politische Verantwortung übernehmen dürften, weil die Bundesrepublik ja nur ein Provisorium sei. Der Auftrag, den wir haben, ist es, die Bundesrepublik zu einem Provisorium zu machen, die Hoffnung, die wir haben, ist die, daß als Frucht und Ergebnis unserer Politik eines Tages in rückblickender Betrachtung sich die Bundesrepublik als Provisorium erweisen wird. Aber im Hinblick auf die Forderungen, denen wir gegenüberstehen, haben wir der Bundesrepublik Deutschland gegenüber alle staatsbürgerlichen Pflichten zu leisten einschließlich der Pflicht der Verteidigung, die sich sowohl im Steuerzahlen als auch im aktiven Militärdienst ausdrückt. Sonst sind wir nicht Bürger dieses Staates und werden auch die Voraussetzung für die Einheit unseres Landes nicht schaffen oder erhalten. (Beifall.)

Ich möchte noch ein drittes Wort zum Begriff der Verteidigung sagen. Verteidigung ist keine ausschließlich oder überwiegend militärische Aufgabe. Das möchte ich gerade als Verteidigungsminister sehr deutlich und dezidiert ausdrücken. Aber die Umkehrung, daß es keine militärische Aufgabe sei, ist einer der gefährlichsten Irrtümer und einer der verhängnisvollsten Trugschlüsse, die auch im Laufe der letzten Jahre zu hören waren. Verteidigung ist nicht eine rein militärische Aufgabe. Aber ohne militärische Verteidigung kann auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht mit den Waffen des Geistes, den Waffen der Wirtschaft und mit anderen friedlichen Waffen ausgetragen werden. (Beifall.) Das Vorhandensein und die Funktionsfähigkeit der militärischen Verteidigung sind geradezu die Voraussetzung dafür, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf einer anderen, von unseren innenpolitischen Gegnern immer so betonten Ebene überhaupt möglich wird. Verzicht auf militärische Verteidigung heißt auch Verzicht auf geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus; denn wo man mit dem Geist dem Panzer gegenübersteht, hört die Auseinandersetzung – siehe Berlin, siehe Posen, siehe Budapest, – sehr bald auf. (Lebhafter Beifall.)

Die Alliierten des zweiten Weltkrieges hatten zwar gemeinsame Kriegsziele. Aber sie hatten keine gemeinsamen Friedensziele, wie sich sehr bald nach dem Waffenstillstand herausstellte. Daraus entsprang eine Nachkriegspolitik, die sich von gewissen Illusionen zu befreien hatte und die sich zu der nicht leichten Überzeugung durchringen mußte, daß wir auch in der Bundesrepublik Deutschland, die leider nur einen Teil des deutschen Volkes – wenn auch den größeren Teil – umfaßt, die den deut-

schen Namen repräsentiert, die den deutschen Staat repräsentiert, auch eine aktive Pflicht der Verteidigung wieder zu erfüllen haben. Die Erkenntnis setzte sich durch, daß es ohne uns auf die Dauer nicht möglich ist, Europa von innen heraus zu stabilisieren und gegen äußere Gefahren zu verteidigen. / Deshalb möchte ich hier einen Schritt des Herrn Bundeskanzlers, der ja in der Tagespolemik stark umstritten war, der auch heute noch im Streit der Meinungen und Parteien heftig hin und her erörtert wird, ganz deutlich herausstellen.

Die Bereitschaft, die der Herr Bundeskanzler nach Ausbruch des Korea-Krieges in seinem Memorandum vom August 1950 erklärt hat: Die Erklärung, daß die Bundesrepublik Deutschland bereit sei, zu einer europäischen Verteidigung einen deutschen Teil beizutragen, wenn dafür unsere Kriegsgegner und späteren Alliierten einen verstärkten Schutz für Deutschland und Europa übernehmen, mag damals manchen übereilt erschienen sein. So, wie sich aber die Dinge in zehn bis elf Jahren entwickelt haben, muß man sagen, daß es ein Schritt, ein Akt vorausschauender staatsmännischer Weisheit und der unpopulären Bereitschaft zur Übernahme von notwendigen Verpflichtungen im Interesse der Freiheit und des Friedens gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Was gibt es zu verteidigen? – Ich spreche nicht von der Freiheit Deutschlands. Wir tun gut daran, wenn wir nicht von der Freiheit Deutschlands, sondern von der Freiheit Europas sprechen, (Beifall.) denn die Freiheit Deutschlands ist von der Freiheit Europas nicht zu trennen. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.) Was gibt es zu verteidigen? – Es gibt zu verteidigen den höchst labilen Frieden auf der Welt. Man wirft uns vor, das sei großmannsüchtiges Denken, das käme den Großmächten zu, auf der westlichen Hemisphäre in erster Linie den Amerikanern und Engländern. Es ist zwar eine rührende Auffassung, für die sich die betroffenen Länder sehr bedanken, daß sie allein die Lasten und die Bürden der Verteidigung zu tragen hätten. Wir sind der Meinung, daß allen Völkern der freien Welt – jedes an seinem Platz, jedes auf seine Weise und einem Volke, das in unserer exponierten geographischen und politischen Position steht, ganz besonders – die Pflicht der aktiven Verteidigung der Freiheit zukommt, wenn es ohne Krieg und ohne Verlust seiner Freiheit überleben will. (Lebhafter Beifall.)

Man hat ferner versucht, eine künstliche Alternative zu konstruieren, – als ob der Aufbau der Bundeswehr, der Aufbau eines deutschen Verteidigungsbeitrages einen Widerspruch zur Einheit des deutschen Volkes und zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung darstellen würde. Ein grotesker politischer oder – besser gesagt – schon historischer Irrtum! Wir sollten nicht vergessen, daß die aktive Sicherheit für uns nichts anderes ist, als auch die Voraussetzungen für die Einheit eines demokratischen deutschen Staates zu erhalten.

Wenn man fragt: Was gibt es zu verteidigen? – Die Freiheit Europas, den Frieden der Welt und die Voraussetzungen für die Einheit des deutschen Vaterlandes. Wer die Sicherheit der Bundesrepublik verspielt, zerstört die Voraussetzungen für die Einheit eines demokratischen gesamten Deutschlands. (Anhaltender lebhafter Beifall.) Ich möchte aber sehr

deutlich betonen, daß es auch in einer arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung, deren Zustände und deren innere Verhältnisse man oft gern als Differenzierung oder Pluralisierung der Gesellschaftsordnung zu bezeichnen pflegt, keine Arbeitsteilung gibt, bei der das Militär allein zuständig wäre für die Aufgabe der Verteidigung. Die Verteidigung muß von den moralischen, wirtschaftlichen und technischen Kräften des ganzen Volkes getragen werden. (Beifall.) Die Bundeswehr ist nur ein sichtbarer Ausdruck dafür, daß diese Kräfte für den Frieden, für die Freiheit und für die Einheit mit unserem Willen und nach unserer Überzeugung dienstbar gemacht werden müssen. (Beifall.)

Wenn man aber die Frage stellt: Wer hat nach den Greueln des zweiten Weltkrieges, nach dem materiellen und moralischen Zusammenbruch gegen Ende des zweiten Weltkrieges angesichts der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, angesichts der Unübersehbarkeit der nächsten Zukunft in einer Zeit, in der alles gegen uns zu stehen schien, von der Notwendigkeit gesprochen, die moralischen, materiellen und technischen Kräfte unseres Volkes auch zur Verteidigung des eigenen Landes und des europäischen Kontinents einzusetzen, dann muß ich, ohne hier in der Schwarz-Weiß-Technik des Parteipolitikers zu sprechen, sagen, daß es die Staatsmänner und Politiker der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union nach den Grundsätzen und Richtlinien des Bundeskanzlers gewesen sind, die damals gegen eine schier aussichtslose psychologische Situation diesen Schritt aus Verantwortung übernommen haben. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Ich muß leider hinzufügen, daß diejenigen, die heute von uns verlangen, daß man ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung als schon immer existierend abnimmt, die es mit Entrüstung zurückweisen, wenn wir auch nur den leisesten Zweifel an der Echtheit ihres Bekenntnisses haben, damals in der Öffentlichkeit, in der Mobilisierung der Ohne-mich-Bewegung, im Kampf gegen die Verteidigungspflicht, in der Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer, siehe auch Jahrgang 1922, und in der Mobilisierung der Straße in der Angelegenheit „Kampf dem Atomtod“ alles aufgeboten haben, um die Mobilisierung der in uns liegenden Kräfte für Freiheit, Frieden und Einheit zu verhindern. Das ist nur eine Tatsache. (Lebhafter Beifall.)

Ich will noch ein Wort sagen zur Aufgabe und Form der militärischen Verteidigung. Die oberste Aufgabe der militärischen Verteidigung ist es und muß es bleiben, den Ausbruch eines Krieges, gleichgültig ob eines kleinen oder großen, zu verhindern, das heißt zu verhindern, daß die Anwendung oder die Androhung von Waffengewalt wieder zum Mittel der Politik gemacht wird oder dazu gemacht werden kann. Es ist nicht mehr der Schutz des Vaterlandes vor einem angreifenden Gegner, wie man es vielleicht in Darstellungen der vergangenen Zeit gelesen hat, sondern die Aufgabe, den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auszuschalten. Es ist die Aufgabe, die politische Auseinandersetzung auf nicht gewaltsame Mittel zu beschränken. Es ist die Aufgabe, in concreto gesagt, den kommunistischen Machthabern die Anwendung oder Androhung gewalttätiger Mittel zur Verfolgung oder

Durchsetzung ihrer Ziele unmöglich zu machen. Das ist heute Sinn und Aufgabe der militärischen Verteidigung. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein tragischer Irrtum, dem die Opposition häufig unterliegt, dem sie insbesondere auch hier unterlegen ist, ein Irrtum, für den man nur die Formel finden kann „und also schließt er messerscharf, das nicht sein kann, was nicht sein darf“. Wenn ich an manche SPD-Erklärungen der Vergangenheit denke, beispielweise an die vom 30. Januar 1960 über die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus, so heißt es dort:

„Somit steht die westliche Welt ihrer größten Herausforderung gegenüber, und diese wird nicht militärischer Art sein.“

Wir haben nie behauptet, – und ich möchte das nachdrücklich betonen – daß die kommunistische Bedrohung ausschließlich oder überwiegend militärischer Art ist. Die kommunistische Bedrohung ist eine totale Bedrohung, und sie enthält ein ganzes Instrumentarium an politischen Waffen, die angewandt werden, aber es ist ebenso falsch zu sagen, daß die kommunistische Bedrohung keine militärische Bedrohung sei. Das muß mit aller Deutlichkeit herausgestellt werden.

Wenn es dann in derselben Erklärung heißt – das ist eine Art Interpretation des Godesberger Programms –:

„Unsere Antwort auf die Herausforderung der kommunistischen Welt ist die Verwirklichung der sozialen Demokratie.“,

so ist das zwar richtig, aber nur halb richtig. Es ist eine Halbwahrheit, die häufig gefährlicher ist als eine Unwahrheit, weil sie geeignet ist, den Blick von den wesentlichen Zusammenhängen abzulenken. Wenn wir fragen, welche Antwort wir auf die kommunistische Bedrohung gegeben haben, dann darf ich einmal sagen, daß die soziale Demokratie – wie das Bild der Länder, das der Dörfer und Städte und das Bild der Landschaft, das Bild der Menschen beweist – sich durch unsere Politik seit zwölf Jahren im Aufbau befindet. (Langanhaltender Beifall.)

Wir brauchen nicht zu warten, bis die soziale Demokratie durch die heutige Opposition verwirklicht wird. Wenn wir darauf warten wollten, käme sie für alle Beteiligten zu spät. Die soziale Demokratie ist im Aufbau in Deutschland. Sie wird aufgebaut durch die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union. Aber das allein reicht nicht aus. Mit dem Aufbau der Demokratie im Inneren ist es nicht getan. Wir haben rechtzeitig – und ich darf das dreimal unterstreichen – gerade noch rechtzeitig zusammen mit den freien Völkern Europas und Amerikas die Verteidigung auch auf militärischem Gebiet gemeinsam organisiert.

Der Aufbau der sozialen Demokratie ist die Immunität gegen die Feinde von innen; der Aufbau der sozialen Demokratie ist der Aufbau einer Staatsgesinnung, die auch dazu beitragen soll, diesen Staat lebenswert zu finden und ihn notfalls zu verteidigen. Aber damit allein ist es nicht getan. Mit dem Aufbau der sozialen Demokratie – um mit Herrn von Knoeringen zu reden – schreckt man noch keine sowjetische Invasionsarmee ab. Dazu gehört auch der rechtzeitig vollzogene Eintritt in ein Bünd-

nis, zu dem man einen Beitrag leistet und dessen Gesamtleistung und dessen Gesamtstärke verhindert, daß Gewaltanwendung wieder zum Mittel der Politik wird oder die Androhung mit Gewaltanwendung zum Zwecke der politischen Erpressung benutzt werden kann. (Lebhafter Beifall.) Aber ich habe den Eindruck, daß man hier Ursache und Wirkung verwechselt. Man leugnet Tatsachen, um die Konsequenzen aus diesen Tatsachen zu vermeiden und sich selbst und andere über die Konsequenzen hinwegtäuschen zu können – eine neue Form der Welt als Wunsch ohne Vorstellung, (Heiterkeit. – Lebhafter Beifall.) um ein ihnen bekannteres Wort auf die dafür zeitgemäße Formel abzuwandeln. So erleben wir auch heute, daß auf militärischem Gebiete der russisch-chinesische Gegensatz, von dem man spricht, zu einer gefährlichen Interpretation gebraucht wird, als ob nämlich die Sowjets unter Führung von Herrn Chruschtschow den Krieg überhaupt für vermeidbar erklären und jeden Gedanken an eine gewaltsame Auseinandersetzung ablehnen und nur vom friedlichen Übergang zum Sozialismus sprechen oder denken würden.

Diese Version ist wieder eine halbe Wahrheit; sie ist ein gefährliches Irrlicht. Es gibt auch in der kommunistischen Erklärung vom Dezember 1960 ganz klar die zwei Wege, den friedlichen Übergang zum Sozialismus, wo ihm kein Widerstand in den Weg gelegt wird; aber es wird ebenso deutlich, was von unserer Opposition geflissentlich unterdrückt oder verschwiegen wird, vom gewaltsamen Übergang zum Sozialismus gesprochen, vom Übergang auf dem Wege des Bürgerkriegs, auf dem Wege der Befreiungskriege, worunter sehr viel zu verstehen ist, und das Mittel des „gerechten Krieges“ ist gerade in der Erklärung vom Januar, nach der Moskauer Konferenz, als besonders deutlich und notwendig herausgestellt worden. Das heißt, daß zwischen der Sowjetunion und China hinsichtlich der Auslegung der Leninschen Ideologie, hinsichtlich der Anwendung der militärischen Mittel ein Kompromiß, zumindest für einige Zeit, gefunden worden ist, ein Kompromiß, bei dem die Chinesen zugeben, daß der Atomkrieg nach wie vor ausgeschaltet bleiben muß, weil er alles in Frage stellen würde und deshalb auch für einen Kommunisten kein anwendbares Mittel ist, gleichgültig, was die moralischen Kategorien von Gut und Böse sind. Aber auf der anderen Seite steckt darin auch das Eingeständnis, daß auch die Sowjetunion, daß auch ihre gegenwärtigen Machthaber, an der Spitze Herr Chruschtschow, die Anwendung militärischer Mittel, die Anwendung gewalttätiger Mittel für durchaus erlaubt, zulässig, ja sogar notwendig halten, wenn das ohne Ausbruch des Atomkrieges oder ohne Risiko des Atomkrieges unternommen werden kann.

Man soll diese Duplizität sehr klar sehen, und man soll daraus begreifen, warum wir überall, und nicht zuletzt auch in der letzten Haushaltsdebatte, uns sehr scharf dagegen ausgesprochen haben, den konventionellen Krieg als das kleinere Übel zu bagatellisieren, das man notfalls in Kauf nehmen müßte. Für uns geht es darum, den Krieg als Mittel der Politik, gleichgültig, mit welchen Waffen er ausgetragen wird, überhaupt zu verhindern. (Starker Beifall.) In Europa ist kein Raum mehr für eine gewalttätige Auseinandersetzung, und in Europa darf auch keinen Spekulationen Auftrieb gegeben werden, ob man ohne ernsthaftes Risiko

eine militärische Testaktion zur Überprüfung der Reaktion der anderen Seite ungestraft unternehmen könnte. (Lebhafter Beifall.) Man darf Absichten und Praxis eines potentiellen Aggressors nicht durch die Prämie der Risikolosigkeit noch auszeichnen oder begünstigen. (Beifall.)

Ich glaube, daß dieses Konzept wesentlich realistischer ist und unseren Zielen der Erhaltung des Friedens mit realistischen Mitteln wesentlich näherkommt, als das verworrene Gerede, das wir im Laufe der letzten Wochen und Monate erlebt haben – ein Gerede, dessen Zweck es war, über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen, sei es aus Ignoranz, sei es aus Selbsttäuschung, sei es aus der Notwendigkeit heraus, die Öffentlichkeit in Unklarheit zu halten, wovon manche strategischen Propheten bei uns leben.

Ich darf zur Form der militärischen Verteidigung noch ein weiteres Wort sagen: Aufgabe und Form, das ist die Frage der Verteidigungspflicht, die Frage der Wehrpflicht. Ich habe vorhin ausgeführt, daß die Verteidigung keine Aufgabe der Soldaten allein ist. Die Soldaten sind der sichtbare Ausdruck des Verteidigungswillens und der Verteidigungsentschlossenheit eines Volkes. Man kann aber auch nicht den Soldaten die Aufgabe zuweisen, so wie man etwa der Feuerwehr die Aufgabe der Brandbekämpfung zuweist. Die Verteidigung muß vom ganzen Volke getragen werden. Deshalb ist die Frage: Wie stehst Du zur Verteidigungspflicht, wie stehst Du zu ihrer militärischen Seite, zur Wehrpflicht? nicht eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit, sondern sie ist eine Frage der inneren Einstellung und der Wahrheit und der Klarheit. (Lebhafter Beifall.) Wir haben deshalb auch keinen Grund, der Opposition die Möglichkeit zu geben, auf das Nebengleis der technischen Zweckmäßigkeit auszuweichen.

Herr Erler hat in Hannover davon gesprochen, daß die Ablösung der klassischen allgemeinen Wehrpflicht auch nach sozialdemokratischer Überzeugung politisch besser und militärisch zweckmäßiger gewesen wäre. Er sagte dann aber weiter, ich zitiere wörtlich:

„Ich bin ehrlich genug, einzugestehen, daß beim jetzigen Stand des Aufbaues der Bundeswehr mit einer Stärke von rund 300 000 Mann eine abrupte Änderung des Wehrsystems ohne Schaden für die Kampfkraft nicht möglich ist. Wohl aber ist es erwünscht, die Bundeswehr so umzugestalten, daß sie eine leistungsfähigere, modern mobilere Truppe erhält, in der der Anteil der länger dienenden Freiwilligen und Berufssoldaten allmählich so zu steigern wäre, daß in absehbarer Zeit von der Heranziehung von Wehrpflichtigen zu dieser mobilen Truppe überhaupt abgesehen werden könnte.“

Was steckt darin? Darin steckt einmal kein Ja zur Wehrpflicht, wie es auch nach dem Parteitag von Hannover im Bundestag mehrmals in zweideutigen Formulierungen ausgedrückt worden ist. Man drückt sich um die klare Entscheidung Ja oder Nein zur Wehrpflicht herum; man gibt andererseits aber zu, daß ohne Wehrpflicht die Bundeswehr in ihrer

heutigen Stärke, die noch lange nicht den NATO-Verpflichtungen entspricht, nicht aufrechterhalten werden kann. Man spricht aber trotzdem von neuen Lösungen, die eine Umgestaltung zu einer Armee mit Berufssoldaten und länger dienenden Freiwilligen möglich machen müßte. Dahinter kann doch nichts anderes stecken als die Absicht, den Umfang der Bundeswehr auf ein quantitatives Maß zu beschränken, das dann durch Berufssoldaten oder länger dienende Freiwillige gedeckt werden könnte. Wer die Bundeswehr in den von der NATO vorgeschriebenen, in langen Verhandlungen mit der NATO abgesteckten Größenordnungen aufstellen will und wer diese Verpflichtungen nicht verletzen will, wer zu diesen Verpflichtungen steht, für wen Vertragstreue nicht eine unverbindliche Formulierung, sondern eine harte Pflichterfüllung ist, der kann nicht umhin, zuzugeben, daß eine Bundeswehr dieser Größenordnung ohne Wehrpflicht nicht aufgebaut, ja nicht einmal in ihrer gegenwärtigen Größe unterhalten werden kann. Hier verlangen wir Klarheit, und der Wähler verlangt ebenfalls Klarheit darüber. (Lebhafter Beifall.)

Zur Form der Verteidigung möchte ich noch ein weiteres Wort sagen: Eine Verteidigung im nationalen Rahmen hat heute keinen Sinn mehr. Wohl ist die Verteidigung eine nationale Aufgabe; aber die Zeiten, wo eine Nationalarmee diese Aufgabe lösen konnte – ich gehe weiter –, die Zeiten, wo eine Koalition von Nationalarmeen im Stile der Koalitionsarmeen des 18., 19. oder auch des 20. Jahrhunderts dieser Aufgabe gerecht geworden wären, sind längst vorbei; denn die Aufgabe der Koalitionsarmeen in der Vergangenheit war es, den Krieg zu gewinnen, wenn er ausgebrochen war, wenn die Politik seinen Ausbruch nicht hatte verhindern können oder ihn gewollt hat. Die Aufgabe der modernen Verteidigung, die heute nur noch durch ein höchstes Maß von übernationaler Integration zu lösen ist, ist es, den Krieg zu verhindern. Darum gehören die Zeiten einer nationalen Armee und die Zeiten einer Koalition von Nationalarmeen unwiderruflich der Vergangenheit an. Daraus galt es, Konsequenzen zu ziehen.

Technische Revolution und politische Entwicklungen in ihrer Wechselwirkung, wie sie sich seit Jahrzehnten nunmehr vollzieht, haben eine neue Lage geschaffen. Die Zeit der Nationalstaaten ist nunmehr vorbei. Herr Präsident Gerstenmaier sprach gestern von der Wandlung des nationalen Bewußtseins. Er sprach von der nüchternen Einschätzung unserer nationalen Lage, von der Einsicht in das, was Deutschland seiner Größe und Lage nach kann und was es eben nicht kann, wozu es deshalb auch nicht berufen ist. Gerade dieses Wort des Bundestagspräsidenten in seiner Rede, in der er den Begriff des Nationalstaates gegenüber den größeren internationalen Ordnungen abzugrenzen versucht hat angesichts der modernen technischen und politischen Verhältnisse, spricht ganz klar das aus, was dazu gesagt werden muß, daß nämlich eine Verteidigung im nationalen Rahmen nicht mehr möglich ist, im kontinentalen Rahmen nicht mehr ausreicht, sondern nurmehr im globalen Rahmen einer atlantischen Konzeption überhaupt noch möglich ist; denn die Lasten, die dafür aufzubringen sind, um dem Druck standzuhalten, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, um Gewaltanwendung als Mittel der



Bundesverteidigungsminister Dr. Strauß im Gespräch mit Präsident Hallstein von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Bundesminister Wilhelmi (Mitte).

Dr. Adenauer und Dr. von Brentano.



Politik auszuschalten, können heute von keinem Volk mehr, nicht einmal mehr von den Vereinigten Staaten von Amerika, wie Präsident Kennedy bei seiner Antrittsrede sagte, allein getragen werden. Es bedarf dazu einer Zusammenarbeit, aber keiner Zusammenarbeit zwischen einer antiquierten, schon Historie gewordenen Form, sondern einer Zusammenarbeit, die den politischen, psychologischen und auch technischen Notwendigkeiten und Gegebenheiten der Gegenwart und Zukunft laufend Rechnung trägt. Und deshalb der Entschluß, keine deutsche Nationalarmee, sondern ein Beitrag zur NATO.

Ich darf nun zum Beitrag der NATO fünf Gesichtspunkte hervorheben: Die Bundeswehr ist in der Zwischenzeit trotz mancher Unzulänglichkeiten, trotz der Tatsache, daß sie sich noch im Aufbau befindet, trotz der Tatsache, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt Schwierigkeiten in wirtschaftlicher Hinsicht, Schwierigkeiten auch im Gestrüpp der Zuständigkeiten noch manche Fragen offengelassen haben, heute schon, so wie sie ist, ein Eckpfeiler der NATO geworden. Von den etwa 20 Divisionen, die nach Ansicht der militärischen Fachleute auf europäischem Boden stehen, gegenüber den 30, die verlangt werden, sind allein 8 von uns der NATO zur Verfügung gestellt worden. Drei weitere sind im Aufbau und werden in diesem Jahr und im nächsten Jahr der NATO zur Verfügung gestellt werden. Und daran schließt sich die zwölfte an.

Von den geforderten über 20 Luftgeschwadern ist die Hälfte aufgebaut, die andere Hälfte wird in den nächsten drei Jahren aufgebaut werden. Von dem Beitrag, den wir zur Verteidigung der Ostsee aufbringen, den die Marine zu leisten hat, sind die Schnellboote weitgehend aufgebaut, die U-Bootwaffe ist im Aufbau, die Zerstörerwaffe ist im Aufbau, zum Teil im Umbau. Auch die Bundesmarine ist dank Leistung, Technik und Disziplin heute bereits ein wesentlicher Faktor in der Ostsee geworden, in der die Sowjets eine erdrückende Überlegenheit haben.

Unsere alliierten Stäbe, unsere Bundesgenossen, wissen es wohl zu schätzen, wenn man heute sagt: Wir bekennen uns ja auch zur Landesverteidigung. Aber man müßte einmal fragen, wann dieses Bekenntnis denn begonnen hat. Ich darf dabei eines in aller Freundlichkeit feststellen: Hätten wir mit dem Parteitag von Godesberg oder mit dem Appell von Hannover mit dem Aufbau der Bundeswehr begonnen, so wäre die bisherige Situation der NATO um ein Vielfaches ungünstiger, als sie heute ist. (Starker Beifall.) Wer aber von einer Verstärkung der konventionellen Waffen und der konventionellen Verbände spricht, der soll sich daran erinnern, daß, wenn es nach seiner eigenen Meinung gegangen wäre – ich spreche damit die Opposition an –, nicht einmal das Maß von konventionellen Waffen vorhanden wäre, das von uns gegen den Widerstand der Opposition in diesen Jahren geschaffen worden ist.

Die Bundeswehr ist ein Eckpfeiler in der NATO geworden. Aber was heißt das? Die Bundeswehr ist völlig eingebaut, und zwar der Rechtslage und dem politischen Bewußtsein der Soldaten nach, in das demokratische Gefüge und in die rechtsstaatliche Struktur der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage, die sich seit dem Zusammenbruch nach dem

ersten Weltkriege bei jedem deutschen Wehraufbau gestellt hat, das Verhältnis der Wehrmacht auf der einen Seite und der politischen Kräfte auf der anderen Seite – die tragische Schicksalsfrage der Weimarer Republik wegen der Eingliederung der Reichswehr in die Weimarer Republik, in den demokratischen Staat –, ist heute durch eine gute Gesetzgebung, durch eine einwandfreie Gesinnung und durch den Willen, der Sache zu dienen, in einwandfreier Weise gelöst worden. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf ein Drittes sagen, worauf ich sehr großen Wert lege. Die Bundeswehr, ihre Führung, Generale, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten sind fest verwurzelt im europäischen und atlantischen Bewußtsein. Wir haben die engste Verflechtung von allen Mitgliedstaaten der NATO überhaupt mit der Gesamtapparatur der NATO, mit der Gesamtsystematik der NATO. Ich darf auch hier ein besonders anerkennendes Wort sagen gerade für die militärische Führung. Sie hat auf Grund ihrer politischen Verantwortung und technischen Einsicht sich überall für die Integration ausgesprochen. Sie hat wie ein Motor für die militärische Integration gewirkt und damit auch der politischen Seite Impulse gegeben aus den Notwendigkeiten und aus der Überzeugung heraus. (Beifall.)

Wir haben auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung, auf den Gebieten der Rüstungstechnik und der Rüstungsproduktion durch Verzicht auf eine nationale Rüstungsindustrie, durch den Willen zu einer integrierten Zusammenarbeit dem Bündnis Impulse auf einer Reihe von Gebieten gegeben und werden dabei bleiben.

Ich darf schließlich noch sagen – das gilt für die Außenpolitik und für die Verteidigungspolitik –, daß gerade die Bundesrepublik Deutschland, wo immer der Wille bestand, in der NATO zu einer verstärkten politischen Zusammenarbeit zu kommen, und zwar über den Bereich der militärischen Integration hinaus, immer an der Spitze dieser guten Entwicklung gestanden hat. Wir haben Herrn Ollenhauer wohl verstanden, als er bei der Antwort auf die Erklärung des Bundeskanzlers in der letzten Woche sagte, die SPD sei nicht damit einverstanden, daß die Aufgabe des Bündnisses über den rein militärischen Bereich hinaus erweitert werden müßte. Was steckt dahinter? Steckt dahinter nicht auch ein Zweifel am Bündnis, ja sogar eine Andeutung, daß man aus diesem Bündnis auch dann um so leichter wieder herausgehen könne, wenn es nicht zu wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen in der Zwischenzeit geführt hat. Hier kam der alte Erich Ollenhauer wieder zum Vorschein, wie er das auf dem Parteitag in Hannover in einem Satz seiner Rede so deutlich gezeigt hat. (Beifall.)

Wenn man uns heute übelnimmt, daß wir solche Fragen stellen, dann muß man auch folgendes berücksichtigen. Ein Bekenntnis zum Bündnis ist auch heute noch mit zahlreichen Zweifeln und Fragezeichen zu versehen, wenn man auch jetzt noch unter den Erfahrungen der letzten zehn Jahre den Eintritt in das Bündnis für falsch oder für verfrüht oder für schädlich erklärt. Man kann auch heute dem Bündnis gegenüber eine einwandfreie Einstellung nur haben, wenn man – sei es auch nur nachträglich – einsieht, daß der Eintritt in das Bündnis richtig, notwendig

und zweckmäßig war und gerade noch zur rechten Zeit erfolgt ist. Diese Frage stellt sich immer wieder. Darum muß man immer wieder vor gewissem Irrglauben warnen.

Nun, inzwischen sind viele Stimmen verstummt. Verstummt sind die Stimmen, die sagten, die Bundeswehr sei überflüssig, weil die Amerikaner es allein schafften; siehe dazu die Bemerkungen zur Atomrüstung, bei denen sehr großzügig über amerikanische Atomwaffen verfügt worden ist, mit denen im sowjetischen Hinterland Massenvergeltungen durchgeführt werden sollten. Verstummt sind auch die Stimmen, die sagten, daß die Bundeswehr gefährlich sei, weil sie die Kriegsgefahr steigere. Verstummt sind auch die Stimmen, die gesagt haben, die Bundeswehr sei schädlich, weil sie die Wiedervereinigung verzögere oder verhindere. Aber gesagt worden sind diese Dinge.

Wer heute verlangt, daß sein Bekenntnis zur Landesverteidigung als ehrlich und ernsthaft angesehen wird, der kann nicht so tun, als ob diese Dinge nie gesagt worden seien. Er muß mit der Bestandsaufnahme bei sich selber anfangen. (Beifall.) Ich nenne weiter die Ohne-mich-Bewegung, Kampf gegen Wehrpflicht, Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer, Jahrgang 1922, Kampf dem Atomtod, Ostermärsche, zuerst Beteiligung an den Ostermärschen und dann Ablehnung der Ostermärsche mit der Begründung, daß sie den hintergründigen Zielen des Kommunismus diene. Warum weiß man das erst 1961? 1958 war es doch damit genauso! (Beifall.)

Ist es denn eine Sünde oder ein Verbrechen oder ein Fehler, in der Politik Wahrheiten früher erkannt zu haben? Muß man sich dafür bei denen entschuldigen, die erstens sehr lange gebraucht haben und ohne uns wahrscheinlich überhaupt nie darauf gekommen wären? (Beifall.)

Es gab da gewisse Kreise, die 10, 12 Jahre lang versucht haben – wir wissen es heute; es ist mit anderen Worten angedeutet worden –, den Inhalt der sowjetischen Politik durch kunstvolle Interpretation der sowjetischen Noten zu ändern; eine ganz neue Kunst! (Heiterkeit) Diese Kunst hat 10 Jahre lang zu keinem Ergebnis geführt. Nunmehr hat man das Objekt geändert. Jetzt wird die Politik des neuen amerikanischen Präsidenten nach eigenen Wunschmaßstäben in geradezu diktatorischer Weise festgelegt; als ob der amerikanische Präsident nichts zu tun hätte, als eine völlig verfehlt, politisch unglauwbwürdige und militärtechnisch falsche Konzeption durch seine Entscheidungen zu rechtfertigen. Nach 10 Jahren psychotherapeutischer Beratung der Sowjetunion versucht man nunmehr die psychotherapeutische Beratung der USA. (Beifall.)

Wir haben gar keinen Grund, uns bezüglich der amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch nur den geringsten Zweifeln hinzugeben. Ich darf einmal andeutungsweise folgendes sagen: Was im Laufe der letzten Wochen gesagt worden ist, sind Wunschträume, Hirngespinnste gewesen; ich meine die Behauptung, der Bundeskanzler hätte in Amerika seine Ansicht revidiert, der Bundeskanzler befände sich in schwerwiegendem Gegensatz zum Verteidigungsminister, der ihn noch mit Telegrammen und Telefongesprächen zu beeinflussen versucht habe;

der Bundeskanzler habe mit dem Präsidenten Kennedy einen Stopp der weiteren Auslieferung von Trägerwaffen vereinbart. Meine lieben Freunde, nehmen Sie ein ernstes Wort nicht übel; ich sage der Wahrheit gemäß: Das ist alles frei erfunden und erlogen. (Beifall.) Daran ist kein wahres Wort und keine wahre Silbe.

Wir befinden uns in völliger Übereinstimmung mit dem offiziellen Konzept der Vereinigten Staaten; wir befinden uns in völliger Übereinstimmung mit der offiziellen Planung der NATO. Es gibt auch keine neue Konzeption, die sich in scharfer Zäsur von den vergangenen Planungen abhebt. Es gibt in der NATO eine laufende Weiterentwicklung, eine laufende Anpassung, eine laufende Adjustierung an politische, technische soziale Entwicklungen und an die gesamte Entwicklung innerhalb der Länder. Wenn man von einer Verstärkung der konventionellen Waffen spricht, dann muß man auch sagen: Stärker als was? – Nicht stärker als in der NATO-Planung vorgesehen ist, sondern stärker als die konventionellen Waffen zur Zeit im NATO-Bündnis sind.

Ich darf Sie hier einmal an die Bemühungen unseres Freundes Blank erinnern. Als unser Freund Blank versuchte, eine konventionelle Wehrmacht, eine konventionelle Bundeswehr von 500 000 Mann aufzubauen und in der Öffentlichkeit zu propagieren, ist er damals, im Jahre 1956, dem konzentrierten Hohn der Opposition ausgesetzt gewesen. Man sprach davon, daß diese Bundeswehr, bevor der erste Soldat in Erscheinung trete, schon museumsreif geworden sei, weil die Umrüstung berücksichtigt werden müsse.

Nun hat man eine Zauberformel erfunden. Jetzt hat man die konventionellen Waffen sozusagen als Zaubermittel entdeckt, mit dem der Atomkrieg vermieden werden könnte. Ich darf hier eine sehr einfache Formel gebrauchen: Die Bewaffnung der NATO muß, wie es in dem Kommuniké von Bundeskanzler Adenauer und Präsident Kennedy formuliert worden ist, so wie es heute noch offizielle Planung ist, so wie es heute noch Gegenstand der offiziellen militärtechnischen Verhandlungen ist, aus einem ausgewogenen System von konventionellen und atomaren Waffen bestehen.

Man soll endlich aufhören, durch dauernde Auswechslung der technischen Begriffe, durch dauernde Verfälschung der Fragestellungen – siehe Helmut Schmidt im Fernsehen –, durch dauernde Verwechslungen und Vernebelung der politischen oder technischen Tatsachen einen Vorhang davor zu ziehen, daß man erstens heute noch nicht bereit ist, mit allen Konsequenzen zur Verteidigung ja zu sagen, und zweitens, daß man nicht einsehen will, daß der einzig mögliche Weg der ist, den die Bundesregierung gemäß NATO-Planung und in voller Übereinstimmung mit den USA bisher gegangen ist.

Ein Gespenst ist auch das Wort von der Arbeitsteilung. Es gab manche Gespenster: europäisches Sicherheitssystem, Entspannung durch regionale Abrüstung und ähnliche Dinge. Das neueste Gespenst ist das der Arbeitsteilung. Was versteht man darunter? Hier bin sogar ich als Kronzeuge bemüht worden, warum man diese Konzeption unterstütze.

Unter Arbeitsteilung versteht man, daß nicht alle Völker strategische und taktische Streitkräfte aufstellen können. Wir sind mit der Bundeswehr nur Bestandteil der Schildstreitkräfte. Die strategische Bewaffnung ist Sache der USA und Großbritanniens. Aber innerhalb der Schildstreitkräfte – wo auf deutschem Boden abgesehen von der Bundeswehr noch belgische, englische, kanadische, amerikanische und französische Verbände stehen – gibt es keine verschiedene Bewaffnung. Es gibt bei aller Aufgabenstellung keine Arbeitsteilung im Kampf oder in der Art der Verteidigungsbereitschaft. – Hier sollen also die Tatsachen gefälscht werden, um einem Phantom noch nachträglich Leben zu verleihen; dieses wird aber nie Leben erlangen, weil es in der Sache falsch und verfehlt ist. (Beifall.)

Unsere Aufgabe ist es, die Abschreckung durch ein lückenloses System der Verteidigung nach wie vor glaubwürdig und funktionsfähig zu erhalten. Wir stimmen völlig mit dem Standpunkt überein, den General Norstad wiederholt erklärt hat, indem er gesagt hat, daß man ein ausgewogenes System einer Bewaffnung haben müsse, um nicht bei jeder Störung an der Grenze – auch wenn sie absichtlich herbeigeführt ist – nur auf Atomwaffen angewiesen zu sein. Wer hat daran ein größeres Interesse als wir, uns diese Bewegungsfreiheit zu erhalten? Wir stimmen völlig mit Norstad überein, wenn er sagt, man müsse so stark sein, um unter Umständen noch eine Pause für politische Verhandlungen erzwingen zu können, bevor man zu der Anwendung von Atomwaffen übergehe. Auch das entspricht unserer Vorstellung. Wenn man geglaubt hat, Norstad gegen den amerikanischen Präsidenten zitieren zu können, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß Norstad als Oberbefehlshaber der NATO nichts anderes sagt und ausdrückt als das, was die offizielle Meinung und Intention der Vereinigten Staaten ist. Am 22. April ist in allen deutschen Zeitungen ein Artikel über eine Pressekonferenz von Norstad erschienen: Norstad fordert Kernwaffen für die Bundeswehr mit Sprengköpfen unter amerikanischem Verschluß usw. Jetzt auf einmal ist das Schweigen über Norstad ausgebrochen. Solange man glaubte, durch Verwechslung und Vernebelung der wesentlichen Tatsachen die amerikanische Politik gegen uns – und umgekehrt – mobilisieren zu können, hat man das in großen Schlagzeilen ausgenutzt.

Ich darf abschließend feststellend sagen, zwischen den Vorstellungen der Vereinigten Staaten von Amerika, zwischen der offiziellen NATO-Planung und unserer Aufbauplanung für die Bundeswehr gibt es keinen, auch nicht den leisesten Unterschied. Man soll endlich aufhören, Tatsachen zu ignorieren und an ihre Stelle Wunschgebilde oder parteipolitische Märchen zu setzen. (Lebhafter Beifall.)

So sehen wir, wenn ich das zusammenfassend sagen darf, die Aufgabe der Verteidigung der Freiheit, unseren Beitrag, den wir dazu leisten können, daß die Freiheit erhalten bleibt, daß der Friede der Welt stabilisiert wird, daß die Voraussetzungen für die Einheit nicht verlorengehen; so sehen wir das in einem größeren als dem rein militärischen Zusammenhang.

Wir haben mit Recht begonnen, eine moralische Wiedergutmachung für die Opfer des Dritten Reiches zu unternehmen. Wir haben begonnen und seit Jahren durchgeführt, eine materielle Wiedergutmachung für die Opfer des Dritten Reiches, für die Opfer eines totalitären und willkürlichen Systems, dessen grauenhafteste Exzesse ja jetzt in diesem Prozeß (Eichmann) deutlich und sichtbar werden. Darf ich, gerade im Zusammenhang mit dem Thema „Verteidigung der Freiheit“, dieses Thema abschließen in einem geschichtlichen Aspekt, daß einem Volke die Ehrenpflicht zusteht der moralischen und der materiellen Wiedergutmachung, daß aber auch einem Volke die politische Pflicht der geschichtlichen Wiedergutmachung zusteht. Die geschichtliche Wiedergutmachung ist nicht der Verzicht auf Politik nach Jahrzehnten einer schlechten Politik, die geschichtliche Wiedergutmachung ist nicht die Flucht in die Irrrealität, ist nicht die Flucht in das Irrrationale, ist nicht die Flucht in Wunschträume, die geschichtliche Wiedergutmachung ist der Beitrag zum Aufbau Europas und der Atlantischen Gemeinschaft, die geschichtliche Wiedergutmachung ist unser Opfer, damit Europa und die Atlantische Gemeinschaft Wirklichkeit werden. Mit der geschichtlichen Wiedergutmachung wollen wir das gutmachen, was in unserem deutschen Namen und durch Menschen deutscher Zunge in Europa und der freien Welt an Geist und Praxis der Freiheit gesündigt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Die moralische und materielle Wiedergutmachung werden sich noch über Jahre erstrecken, die politische, die geschichtliche Wiedergutmachung, daß Europa und die atlantische Welt, die durch Deutschland an den Rand des Ruins gebracht worden sind, durch Deutschland an Festigkeit, an innerer Stabilität und an Aussicht gewinnt, daß der Gedanke der Freiheit der Stärkere sein wird in dieser Welt, das ist die sittliche Seite dessen, was man historische Wiedergutmachung nennt, und dahinter steht die Verteidigung der Freiheit. Das ist geschichtliche Wiedergutmachung für das, was unter deutschem Namen gesündigt worden ist, ist geschichtliche Wiedergutmachung, damit der deutsche Name in der Welt wieder auf den Ehrentafeln der Geschichte erscheint. (Langanhaltender Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich noch einen Augenblick zu gedulden. Auf die Schultern unseres Freundes Franz-Josef Strauß ist eine schwere Bürde gelegt: das Amt des Verteidigungsministers. Er ist, wie Sie gesehen haben, der rechte Mann für diese Sache und er hat die rechte Statur, auch den Humor dafür. Wir haben wieder erlebt, daß er mit seinen Gegnern und Kritikern eine scharfe Klinge in der Auseinandersetzung führt, und er hat es normalerweise nicht nötig, daß wir ihm dabei zu Hilfe eilen. Aber es gibt Angriffe gegen den Verteidigungsminister, zu denen wir nicht schweigen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Franz-Josef Strauß wurde Verteidigungsminister, um auf seinem Posten seinen wichtigen Beitrag zu unserem gemeinsamen Werk zu leisten, nämlich zur Verteidigung des Friedens in der Freiheit. Wer, wie es jüngst wieder in besonders rüder Form geschah, diesem Manne unterstellt, er spiele mit dem Gedanken des Krieges, der beleidigt nicht nur ihn, sondern uns alle auf ungeheuerlichste Weise. (Lebhafte Zustimmung.)

Friede und Freiheit werden in dieser Welt nicht nur in Gesundheitsmethoden, sondern durch verantwortungsvolles Handeln gewonnen. Der Bundeskanzler hat recht gehabt, wenn er feststellte, daß die entscheidende Politik in diesem Land zur Rettung des Friedens von uns, der CDU/CSU, geführt worden ist. Und unser Freund Franz-Josef Strauß hat an dieser Politik einen voll gemessenen Anteil, wir danken ihm dafür. (Beifall.)

Wir geben ihm noch einen Wunsch auf den Weg, daß er zu seinem Kämpfermut in seinem schweren Amt jene Gelassenheit und Freudigkeit des Herzens bewahre, die den erfüllen darf, der weiß, daß er für eine große und gute Sache kämpft. (Beifall.)

Wir unterbrechen nun die Sitzung und beginnen wieder pünktlich um 15.15 Uhr.

(Schluß der Vormittagssitzung.)

2. Plenarsitzung

(Beginn 15 Uhr)

Aussprache

Präsident Kiesinger:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Nachmittagsberatungen mit der Aussprache über das Referat unseres Freundes, des Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Strauß, und erteile das Wort Herrn

Dr. Schwarz von Liebermann:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist nicht unbedingt einfach, das Wort nach einer oratorischen (Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) Atomartilleriesolve für den Frieden, wie sie unser Freund Franz-Josef Strauß uns eben vorgefeuert hat, zu ergreifen. Außerdem muß ich hinzufügen, daß mir auch der Kölner Charme des Herrn Bundeskanzlers fehlt. Ich frage mich wirklich, wie ich Ihre Aufmerksamkeit gewinnen werde. Darüber hinaus bedaure ich, daß die Diskussion über die beiden Referate des Herrn von Brentano und Strauß getrennt worden ist. Ich glaube, sie gehören weitestgehend zusammen, und ich bitte um Entschuldigung, wenn ich die Fünf-Minuten-Grenze etwas überschreite.

Die große Frage, die vor uns steht, ist die: Haben wir eine neue SPD? Nun, Herr Ollenhauer, immerhin und immer noch der erste Vorsitzende seiner Partei, hat neulich in Hannover gesagt, die Politik der Bundesregierung sei gescheitert, weil es noch nicht zur Wiedervereinigung gekommen sei. Ein solcher Satz hat doch nur dann Sinn, wenn man sagt: Hättet ihr vernünftige Vorschläge gemacht, dann wären wir viel weiter gekommen. Aber ein solcher Satz beinhaltet noch etwas anderes, nämlich die Annahme, daß die Sowjetunion unsere Vorschläge für vernünftig gehalten hätte, wenn wir sie für vernünftig hielten, das heißt, er setzt voraus, daß die Zielsetzung der Sowjetunion und die der freien Welt identisch wäre. Nun, ich glaube nicht, daß Herr Ollenhauer selbst das annimmt. Ich unterschiebe ihm das keinen Augenblick. Was ich aber anmerken muß, ist die ungeheure Leichtfertigkeit seines Vorwurfs, und ich meine, daß Leichtfertigkeit in der Politik manchmal fast so gefährlich sein kann wie Verbrechen. Was ist denn in diesen Sätzen enthalten? — Doch wieder der Vorwurf der Versäumnisse. Und was ist es denn mit den Versäumnissen? Was ist denn mit dem berühmten Notenwechsel aus dem Jahre 1952? Was hat der Herr Stalin gesagt? — Jawohl, er hat von freien Wahlen geredet, aber wir wissen ja, wie er es meint: in Pankow gibt es freie Wahlen und nicht etwa in Bonn. Als sich dann die Westmächte sehr gewissenhaft erkundigt hatten, was denn die Sowjetunion damit meine, da sagte er: Nein, erst eine gesamtdeutsche Regierung. Mit anderen Worten: Die freien Wahlen sollen dann kommen, wenn sie unmöglich geworden sind. — Und wie im Angesicht einer solchen Tatsache Carlo Schmid 1960 sagen konnte „Gelegenheiten, die es gab“, seien versäumt worden, das übersteigt meinen vielleicht geringen Verstand.

Was ist denn die Atlantische Allianz? Sie ist amerikanische Gegenwart in Europa, sie fordert den europäischen Beitrag deshalb, und der europäische Beitrag beinhaltet den deutschen Beitrag. Wer das nicht erkennt, der treibt nicht Strauß-Politik, sondern Vogel-Strauß-Politik. – Aber es sind nicht die Irrtümer der SPD, die wir ihr in erster Linie vorwerfen, sondern die Tatsache, daß sie angesichts unserer eigenen Argumente, die besser waren als die ihrigen, uns einen Vorwurf im Motiv gemacht hat, die unerträgliche Formulierung: Adenauer und Ulbricht sind gleichermaßen die Profiteure der deutschen Spaltung. Und wie hat doch Herr Wehner in Hannover formuliert? – Der Herr Bundeskanzler möchte gerne Atomwahlen haben. Er kann es sich ja auch leisten, sagte er, biologisch gesprochen. – Ja, wenn das der neue Stil der SPD ist, dann kann ich nur sagen: darauf können wir gerne verzichten.

Deutsche Einheit und atlantische Politik, dieser immer wieder aufgeworfene scheinbare Gegensatz . . . Was stand denn am Anfang? – Am Anfang stand nicht die NATO; am Anfang standen die Umstände, die die NATO notwendig gemacht haben. Die NATO als militärisches Instrument ist für uns kein Dogma. Aber sie kann nur an dem Tage liquidiert werden, an dem zuvor liquidiert worden sind die Umstände, die sie notwendig gemacht haben.

Die Verteidigungspolitik der SPD ist dieses Namens nicht würdig. Sie hätte uns in die Alternative „Kapitulation oder Atomtod“ hineingeworfen.

Wir müssen die Natur der sowjetischen Politik erkennen. Was sagt Herr Chruschtschow doch über die Deutschlandfrage? – Seit Jahr und Tag, so sagt er, hat sich die Sowjetunion bemüht, die Grundsätze von Potsdam in ganz Deutschland zu verwirklichen; und ein wenig später: Die Grundsätze von Potsdam sind nur in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht. Da haben wir die Probe aufs Exempel. Ich könnte nur wünschen, daß jeder Deutsche die Deutschlandfrage so klar sieht wie Herr Chruschtschow, denn es war Herr Chruschtschow, der 1957 in Berlin gesagt hat: Entscheidend ist die Frage nicht der Wiedervereinigung an sich, sondern die Frage nach dem Antlitz eines wiedervereinigten Deutschlands, denn davon hängen Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt ab. – Jawohl, so ist es, und auf das Vorzeichen kommt es an; und dieses Vorzeichen haben wir zu gestalten.

Sehen wir doch ein, welche Proportionen vor uns stehen? Man hat der Bundesverteidigungspolitik vorgehalten, sie sei größenwahnsinnig. Nein, umgekehrt! Größenwahnsinnig war eine Politik, die glaubte, daß Deutschland zwischen zwei Lagern stehen könne. Und ich sage es in aller Klarheit: Wenn wir Ja sagen zu Europa, wenn wir Ja sagen zur Atlantischen Gemeinschaft, so sagen wir deshalb Ja dazu, weil wir Ja zu Deutschland sagen.

Wenn es nicht zur Abrüstung kommt, dann ist eines nach meiner Auffassung ganz logisch und konsequent, unabdingbar: Die totale Integration auf dem atomaren Bereich. Freilich: Integration im atomaren Bereich ist nicht denkbar ohne eine parallele Integration auf politischer Ebene. Und deshalb ist es unsere Schicksalsfrage, ob wir auch auf atlantischer Ebene eine echte Integrationspolitik erwirken. Die Rolle Europas in dieser Gemeinschaft ist, der zweite Pfeiler neben Amerika zu sein.

Aber lassen Sie mich noch einige Worte zur Atompolitik der SPD sagen: Was sagt der Herr Brandt? Herr Brandt sagte, niemand habe doch Atomwaffen für die Bundesrepublik verlangt; auch nach Auffassung der Bundesregierung sollten doch die Atomsprengkörper unter amerikanischem Verschluß bleiben. – Hier haben wir es. Da wird mit den Begriffen gespielt, als ob nicht jeder wüßte, daß die Frage, um die es geht, nicht die Atomsprengkörper, sondern die Trägerwaffen waren. Und in dieser Art und Weise eine intellektuelle Falschmünzerei getrieben, ein x für ein u vorgemacht zu haben – da kann ich nur sagen, Herr Brandt: So, Herr Kandidat, kann man die Prüfung nicht bestehen. (Beifall.)

Wenn jemals ein Zweifel darüber bestanden hätte, was Herr Brandt damit wollte, so hat Herr Helmut Schmidt die letzten Zweifel beseitigt, als er im Angesicht eines eindeutigen Protokolls des Bundestages und der Worte unseres Freundes Strauß sagte, nun sei erst die Politik der Bundesregierung klar geworden, daß sie nicht Atomsprengkörper wolle. Da kann ich nur sagen, Helmut Schmidt hat eine Wahl: Entweder einzuräumen, daß er ganz schlicht gelogen oder aber seit März 1958 geschlafen hat, ohne einen einzigen Augenblick aufzuwachen. Er kann sich aussuchen, was er davon will. (Lebhafter Beifall.) Willy Brandt hat gesagt, und zwar in einem Aufsatz in der „Außenpolitik“, und den schreibt man ja nicht morgens zwischen zwei und drei Uhr nach zehn Gläsern Sekt: Nur derjenige, der in Deutschland politischen Selbstmord begehen wolle, könne heute gegen die NATO sein. Ich habe niemals Tiefenpsychologie studiert. Ich glaube auch nicht, daß Willy Brandt politischen Selbstmord begehen will. Aber die Frage ist, ob er mit solchen Formulierungen nicht doch politischen Selbstmord begeht. Ich kann nur sagen: Denk ich an Willy in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. (Heiterkeit.)

Brandt hat gesagt, diese Entscheidung über Atomwaffen falle nicht den Wahlen zu. Offenbar aber war eine Anti-Atomtod-Kampagne gut genug dafür, über solche Fragen zu entscheiden. Oder hat Herr Brandt dort keine Unterschriften geleistet, oder hat er etwa dort keine Reden gehalten?

Die SPD versucht heute, Sympathien für Berlin in Sympathien für sich selbst umzumünzen. Ich finde das merkwürdig. Denn was wäre geschehen mit Berlin, wenn wir SPD-Politik getrieben hätten! Glauben Sie etwa, daß wir ein sowjetisches Ultimatum dann nicht bekommen hätten. Wir hätten vielleicht keines bekommen; aber dann, so glaube ich, nur deshalb nicht, weil es gar nicht mehr notwendig gewesen wäre. Man spielt mit der Härte und sucht das demokratische Alibi, damit man dahinter dann um so sicherer über die spezifischen Formen einer sozialistischen Demokratie sich auseinandersetzen kann. Man sucht das Alibi der Gipfelkonferenz von 1960. Ich frage mich, was sich da geändert hat, ob da nicht nur sowjetische Politik wieder deutlich geworden ist. 1959 hat man erkannt, daß man mit Atomtod-Kampagnen keine Wahlen gewinnt, und infolgedessen braucht man den neuen Kurs gegenüber einem Deutschland-Plan, der mit Deutschland so viel zu tun hat wie eine Volksdemokratie mit einer Demokratie, einem Deutschland-Plan, der mit Deutschland so viel zu tun hat wie eine wirkliche deutsche

demokratische Republik mit der DDR. Aber unsere Aufgabe ist, nicht nur recht zu haben, unsere Aufgabe ist, die Zukunft zu bewältigen, unsere Aufgabe ist nicht der Status quo, unsere Aufgabe ist die Wende mit friedlichen Mitteln.

Lassen Sie mich hier zum Schluß auf den entscheidenden Punkt kommen: Was ist denn die entscheidende Frage der heutigen Auseinandersetzungen um Berlin, in diesem Verdun des kalten Krieges? Die Frage ist Festigkeit. Worauf gründet sich Festigkeit? Festigkeit ist im Grunde eine Frage an jeden einzelnen von uns, was ihm Leben, Freiheit und Sterben bedeuten; und deshalb ist eine Christlich Demokratische Union berufen, die rechte Politik für Berlin zu treiben.

Und wenn ich mir einmal die entscheidende Frage vorlege für das Bewegungsschlachtfeld des kalten Krieges, in den Entwicklungsländern. – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – jawohl, diese drei Begriffe sind auch heute Schlüsselbegriffe der Weltpolitik. Ja, welche Freiheit meinen wir? Das ist die Frage an uns, an jeden einzelnen von uns. Bismarck hat recht, wenn er gesagt hat, die Geschichte sei genauer, sogar noch als die preußische Oberrechnungskammer. Manche fragen: Darf es eine CDU geben? Jawohl, doppelt und dreifach im Angesicht von Menschen, die sich SPD und FDP nennen.

Die Humanität ist keine Garantie gegen die Bestialität. Das haben wir zu bitter erfahren. Infolgedessen kann keiner ein rechter Sozialdemokrat sein, der nicht zuerst ein christlicher Demokrat wäre, und wie will sich einer ein freier Demokrat nennen, es sei denn, er hätte zunächst die Freiheit, die ihn allein frei macht, und wie könnte sich einer ein freier Demokrat nennen, es sei denn, daß er zuerst ein christlicher Demokrat wäre.

Die entscheidende Frage ist die geistige Auseinandersetzung, und hier liegt die Chance von Berlin, den Sowjets zu zeigen, daß sie keine Chance haben, uns zu überwinden, und das ist die erste Voraussetzung dafür, daß wir zu einer echten Abrüstung kommen. Die Sowjets sollten sich hier nicht überschätzen. Sie haben fünf Schwächen. Die erste ist: der Sowjet-Mensch ist nicht geboren. Zweitens: die Satelliten sind nicht verdaut. Drittens: China ist ein Problem. Viertens: die Entwicklungsländer brauchen nicht den Sowjet-Weg zu gehen. Und fünftens: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist stärker als das Sowjet-Imperium.

Eine Frage steht vor uns . . . Die Zukunft ist mit uns! sagen die Sowjets. – Nein, die Zukunft ist mit uns! – Als christliche Demokraten können wir sagen: Wir wissen, daß Himmel und Erde Zeit und Ewigkeit uns gehören. Das ist die Berufung. Das ist die Verpflichtung. Und darum sagen wir: eine Christlich Demokratische Union, die sich ihrer selbst bewußt ist, für Deutschland in Freiheit und Frieden und für eine Freiheit und für einen Frieden, der unteilbar ist, für Deutschland und die Welt.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke unserem Freund Dr. Schwarz von Liebermann für seinen Beitrag.

Darf ich die folgenden Diskussionsredner bitten – da wir noch ein recht reichhaltiges Programm haben –, sich möglichst knapp zu fassen. Das ist nun keine besondere Mahnung an Sie, lieber Herr Dr. Kliensing, dem ich jetzt das Wort erteile. (Beifall.)

Dr. Kliensing, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir einerseits zurückdenken an das, was wir wegen unserer Verteidigungspolitik in den vergangenen Jahren an Diffamierung, Verleumdung und Ehrabschneidung über uns haben ergehen lassen müssen, und wenn wir auf der anderen Seite sehen, was in diesen Jahren verteidigungspolitisch geleistet wurde, dann sollten wir auch diejenigen nicht vergessen, die diese Leistung vollbracht haben. Ich halte es daher für durchaus angebracht, daß auch von diesem Parteitage aus den Männern der Bundeswehr und der Bundeswehrverwaltung, die trotz dieser Anfeindungen gearbeitet haben, ein Wort aufrichtigen Dankes gesagt wird für die Arbeit, die sie für die Sicherheit und die Freiheit unseres Volkes geleistet haben. (Lebhafter Beifall.)

Herr Strauß hat sich heute morgen mit der gegenwärtigen Wandlung der SPD auseinandergesetzt, und ich möchte mir dazu noch einige Bemerkungen erlauben.

Nach der Periode des Ohne-mich-Standpunktes erleben wir jetzt eine Wandlung offensichtlich nur aus taktischen Gründen, und wir haben die Frage nach der inneren Wahrhaftigkeit zu stellen. Seit dem Parteitag in Hannover geht die SPD jeder klaren Stellungnahme zu irgendwelchen konkreten verteidigungspolitischen Problemen aus dem Weg; sie begnügt sich mit einer verschwommenen Phraseologie, die bestenfalls dazu angetan ist, die in der innerpolitischen Diskussion der SPD aufgebrochenen Gegensätze zu vernebeln. Bis zum heutigen Tag hat es die SPD peinlichst vermieden, eindeutige und die Partei über den 17. September hinaus verpflichtende Erklärungen zu bestimmten Fragen abzugeben, etwa zur Frage vom Umfang und Gestaltung des deutschen Verteidigungsbeitrages. Wir sind hier ohne jede bestimmte Äußerung seitens der SPD, und diese Feststellung gilt hinsichtlich der Höhe des dafür zu bewilligenden Verteidigungshaushalts. Wir wissen nur eines, daß bis zum heutigen Tag, einschließlich 1961, die SPD jeden Verteidigungshaushalt abgelehnt hat. Wenn man heute von höherer konventioneller Rüstung spricht, was bekanntlich mehr Geld kosten würde, so muß darauf hingewiesen werden, daß zu gleicher Zeit etwa der „Vorwärts“ am 17. Februar Abstriche am Wehrhaushalt fordert. Das ist ein sehr kurioses Zusammentreffen.

Weiterhin werden wir im unklaren gelassen hinsichtlich der Art und Ausstattung und Bewaffnung der Bundeswehr, und schließlich haben wir – Herr Strauß wies darauf hin – eine Unklarheit in der Frage der Wehrorganisation, insbesondere hinsichtlich der Wehrpflicht. Ich weiß, daß, wenn man eine derartige Behauptung aufstellt, die SPD empört und beleidigt auf das hinweist, was Brandt in Hannover gesagt hat. Aber, meine Freunde, man muß diese sehr weiche Erklärung des Herrn

Brandt sehr genau lesen, um den Wirrwarr der Verklausulierungen überhaupt zu entwirren. Ich möchte Sie bitten, einmal aufmerksam zu hören, was Herr Brandt denn tatsächlich gesagt hat. Er führte aus:

„Lassen Sie mich auch die Frage beantworten, ob eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Wehrpflicht abschaffen würde. Falls ich diese Frage zu beantworten hätte, müßte ich sie verneinen. Die Sozialdemokraten haben seinerzeit eine andere Wehrorganisation vorgeschlagen. So wie sich die Dinge entwickelt haben, müssen wir davon ausgehen, was ist. Das schließt nicht aus, daß wir in der weiteren Entwicklung offen sein werden für jede ernsthafte Prüfung, ob und wie wir mit abgewandelten Methoden bessere Ergebnisse erzielen könnten.“

Meine Freunde! Erstens ist es nur Herr Brandt, der hier spricht, und nicht die SPD. Zweitens kann man beim besten Willen aus dieser pflaumenweichen und stark verklausulierten Aussage kein klares Ja zur Wehrpflicht ableiten. Drittens, diese Aussage hält nach allen Seiten eine Rückzugslinie offen, und so kommt man zu dem Schluß, daß auch diese Erklärung keine verpflichtende Erklärung der SPD über den 17. 9. hinaus darstellt.

Das Problem der Stellung der SPD zur NATO ist ebenfalls Gegenstand der Diskussion gewesen. Man spricht auf der einen Seite von loyaler Erfüllung, und auf der anderen Seite sucht man dauernd nach ausreichenden Umgehungsmöglichkeiten. Typischer Beweis ist die Erler-Rede vom 15. März im Bundestag, wo er die von uns übernommenen Verpflichtungen – übernommen als Verpflichtung des einstimmigen NATO-Ratsbeschlusses – als eine Art Planungsrichtlinie bezeichnete und dann in einer versteckten Form zu verstehen gab, daß die Bundesregierung es ja in der Hand habe, einstimmige Beschlüsse zu verhindern, das heißt also, wenn an den NATO-Beschlüssen und an der NATO-Politik etwas nicht paßt, kann die Bundesregierung es ja verhindern. Und das ganze wird man doch nicht als eine loyale Einstellung zur NATO bezeichnen können. Es wurde heute morgen schon hingewiesen auf die Erklärung von Herrn Ollenhauer in der vorigen Woche. Nun gut, Ausbau der NATO in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht! Wir kennen den substantiierten Inhalt dieser Forderungen noch gar nicht. Aber, wenn Herr Ollenhauer, ohne das zu wissen, bereits jetzt a priori ernste Vorbehalte anmeldet, dann kommt damit symptomatisch wieder das ursprüngliche und nicht ausgeräumte Mißtrauen der SPD gegenüber der NATO schlechthin zum Ausdruck. Wir müssen feststellen, die sogenannte Verteidigungspolitik der SPD ist derart, daß wir begründete Zweifel in ihre angebliche Loyalität und in ihre außenpolitische Tragbarkeit setzen müssen. Diese Politik ist bewußt unklar gehalten und unklar formuliert. Sie weicht Entscheidungen aus und enthält dem deutschen Volke die Stellungnahme vor, auf die es einen Anspruch hat. Die Auffassungen der SPD müssen daher von uns als unverbindlich und auswechselbar angesehen werden. Diese Politik ist bewußt so formuliert, daß auch gegenläufige Auffassungen damit zufriedengestellt werden können. Die Formulierungen sind so getroffen, daß sowohl derjenige, der den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik mit allen daraus sich ergebenden

Konsequenzen bejaht, wie auch derjenige, der auch heute noch fanatisch diesen Verteidigungsbeitrag ablehnt, aus den Formulierungen der SPD die Bestätigung seiner Auffassung herauslesen lassen soll. Wenn wir nach den Gründen für ein derartig höchst merkwürdiges und sonderbares Verhalten fragen, so glaube ich, gibt uns am besten jene Äußerung Aufschluß, die Herr Erler beschwörend auf dem Hannoverschen Parteitag tat, als es darum ging, seine Genossen bei der Stange zu halten, als er sagte: „Ich bitte herzlich darum, einer künftigen sozialdemokratischen Bundesregierung und uns selbst schon im Wahlkampf nicht unnötig Klötze ans Bein zu binden. Das wäre etwas, was allzu leicht geschehen kann; denn wir müssen ja nicht nur unsere Mitglieder überzeugen. Das ist verhältnismäßig einfach. Aber wer einmal gezwungen ist, Dutzende und Hunderte Gespräche mit anderen zu führen, der merkt, daß es bei der Politik auf diesem Gebiet darauf ankommt, andere Partner als ausschließlich die Mitglieder der SPD von der Richtigkeit unserer Maßnahme zu überzeugen, also in jeder Weise der Politik nicht unnötig Klötze ans Bein zu binden.“ Ich stelle fest: wenn eine Partei ihre Stellungnahme zu lebenswichtigen Fragen unseres Volkes so begründet, so haben wir doch dann wohl das Recht und auch die Pflicht, die Frage nach der Glaubwürdigkeit und der sittlichen Begründung einer solchen Politik zu stellen. Die Auseinandersetzung hierüber, meine Freunde, aber wird ein Kernpunkt in den Diskussionen der kommenden Monate sein. (Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke Herrn Dr. Kliesing für seinen Beitrag. Ich bitte nunmehr das Wort zu nehmen Herrn

Dr. Werner Marx:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute am Ende des Vormittags die Rede unseres Bundesverteidigungsministers gehört, und wir sind dabei auch auf diesem Parteitag bekannt gemacht worden mit dem Inhalt der Wehrpolitik und der Wehrkonzeption der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union. Es war also sozusagen ein Teil unserer Bestandsaufnahme, die wir übrigens nicht erst, seitdem Herr Wehner uns am 30. Juni dazu aufgefordert hat, unternehmen, sondern die wir, seit die Christlich Demokratische Union die Verantwortung trägt, seit dem Jahre 1949 hier im Bund in der Kulturpolitik, in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Außen- und Verteidigungspolitik vornehmen. Ich glaube, es ist gut, wenn zu dem, was Minister Strauß heute morgen gesagt hat, von anderen Diskussionsrednern einiges beigetragen wird, und zwar deshalb, damit nicht wieder von gewisser Seite, von gewissen Intellektuellen dem Minister nachgesagt wird, er usurpiere eine wehrpolitische Meinung und das Wählervolk laufe ihm nur nach. Wir haben noch die Tatsache in der Erinnerung, daß vor nicht langer Zeit durch ein gewisses Nachrichtenmagazin der verzweifelte Schrei ging, die Männer und Frauen der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union müßten sich jetzt gegen Strauß verbünden, da offensichtlich die Hoffnung,

die man die ganze Zeit auf das politische Genie der Führer der Sozialdemokratie gesetzt hatte, von diesen Leuten enttäuscht worden ist. Dieser Schrei des Nachrichtenmagazins ist das Ergebnis einer gewissen Verzweiflung und einer gewissen Angst, daß nämlich die Bevölkerung in der Bundesrepublik sich nicht auf jene Fährte locken lassen will, die seit Jahren das tägliche Brot dieser Leute ist. Ich glaube, daß wir uns dabei auch erinnern sollten, daß Herr Waldemar von Knoeringen, der Kulturbeflissene seiner Partei, der sich gerne als das intellektuelle Gewissen seiner Partei darstellt, vor über zwei Jahren gesagt hat, entscheidender Widerpart der Sozialdemokratie sei nicht mehr der Bundeskanzler, sondern der Verteidigungsminister, und man müsse gegen diesen Verteidigungsminister alle Kräfte mobilisieren, denn er sei die negative Symbolfigur.

Wenn nun von der gleichen Seite vorgeschlagen wird, wir sollten über alle diese persönlichen Diffamierungen, über diese Unwahrhaftigkeiten hinwegsehen und uns in Gemeinsamkeit die Hände reichen, dann muß die Frage lauten: in welcher Form könnte man mit der wehrpolitischen Konzeption der Sozialdemokraten einiggehen? Wir wissen, daß die SPD in der Vergangenheit nicht gegen diese oder jene Form einer Verteidigung war, sondern sie hat grundsätzlich und immerfort – zwar mit wechselnden Argumenten und wechselnder Lautstärke – all das verneint, was wir für den Schutz und die Sicherheit der deutschen Bevölkerung und des freien Europa für wichtig und richtig gehalten haben. Heute ist viel darüber gesagt worden. Ich will es nur noch einmal zusammenfassen:

Man hat uns von Anfang an gewarnt, die Bundesrepublik politisch mit dem Westen zu verbinden, und man hat uns den Neutralismus empfohlen. Man hat uns gewarnt, als wir die militärische Bindung an den Westen wollten. Herr Wehner war es, der uns vorgestern in Kreuznach ein offizielles Angebot gemacht hat, und der damals gesagt hat, die Politik der CDU, die Bindung an die EVG führe zu einer Koreanisierung Deutschlands, also zu Zuständen, wie sie in Korea infolge des kommunistischen Angriffskrieges möglich geworden sind.

Es wurde dann von dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion gesprochen und von der Tatsache, daß die Sozialdemokraten sich glaubten zum Fürsprecher des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion machen zu können.

Wir erinnern uns daran, wie damals, als zum erstenmal diskutiert wurde, man möge in Schleswig-Holstein an dem Ausgang der Ostsee eine kleine, aber schlagkräftige deutsche Bundesmarine in der Form der Integration mit anderen NATO-Seestreitkräften aufbauen, der Sozialdemokratische Pressedienst geschrieben hat: Schleswig-Holstein wird eine Atomfestung, und das sei von allergrößter Gefahr für alle Deutschen. Schließlich brauche man sich nicht zu wundern, wenn die Russen ihr berechtigtes Sicherheitsbedürfnis wahrnehmen und gegen diese Rüstung Stellung nähmen.

Man geht sicherlich kaum zu weit, wenn man solche Äußerungen – es gibt derer eine Legion – als einen Ausdruck dafür ansieht, daß bei gewissen Vorgängen der vergangenen Jahre die deutschen Sozialdemokraten für die Ambitionen des internationalen Kommunismus Schmiere

gestanden haben. So war es damals in der Zeit, als es die Aktion „Kampf dem Atomtod“ gab. Ich darf daran erinnern, was die Sozialdemokraten Merten, Ollenhauer, Wehner, Brandt und Gustav Heinemann in der Zeit der Atomkampagne alles zu mobilisieren trachteten. Herr Helmut Schmidt wollte dabei vor kurzem unserem Verteidigungsminister und den deutschen Fernsehzuschauern weismachen, sie wären eigentlich früher ganz gern auf die Seite einer klaren Verteidigungspolitik gegangen. Das ist der gleiche Herr Schmidt, der – ich zitiere das „Hamburger Echo“ – in Hamburg und offensichtlich auch in München während der Anti-Atomkampagne folgende Formulierung gebraucht hat: Da wir im Parlament nicht mehr durchkommen, müssen wir auf die Straße gehen. Wir erkennen den Generalstreik an als ein legales Mittel in der politischen Auseinandersetzung.

Ich führe das nicht deshalb an, weil ich eine besondere Lust daran hätte, in der Vergangenheit zu wühlen. Aber wenn wir unsere Position in der jetzigen Zeit und die Position der SPD in der jetzigen Zeit begreifen wollen, dann müssen wir die Frage stellen: Wie war es bisher gewesen? Mir scheint, daß die Sozialdemokraten eine Politik der Reflexe, eine Politik unterbewußter Regungen verfolgen. An einem Beispiel will ich das begründen. Die Atomkampagne des Jahres 1958 fand ihr Ende, als die Christlich Demokratische Union trotz allerschärfster Angriffe und trotz aller Atomplakate und Atompilze, die man uns an die Hauswände klebte, die Wahlen von Nordrhein-Westfalen glanzvoll gewann. Der Reflex der SPD: Herr Erler kündigte ein bundeswehreffreundliches Verhalten seiner Partei an. Als Chruschtschow am 27. November 1958 sein Berlin-Ultimatum stellte, war die unmittelbare Folge davon der Deutschlandplan der SPD; denn dort steht als Einleitung zum zweiten Abschnitt, die Zeit dränge, man habe keine Zeit mehr. Es liegt also wieder eine reflektorische Handlung vor. Als die Gipfelkonferenz scheiterte, war die Reflexhandlung der SPD die Forderung, nun zu einer Bestandsaufnahme zu kommen.

Eine Politik, bei der man jedesmal, wenn ein SPD-Sprecher offiziell den Mund auf tut, rufen muß: Vorsicht Kurve!, eine Politik, die nichts anderes darstellt als eine Straße mit den verschiedensten Wendungen, kann sich nicht dem deutschen Volke empfehlen als eine gradlinige, verlässliche und klare politische Aussage. Man kann dem deutschen Volk nicht zumuten, einer solchen Politik zu folgen, und einen Wechsel auf die Zukunft, auf vier Jahre, auszustellen. Es gibt ein Plakat, auf dem zu lesen ist: Warum eigentlich SPD? Diese Frage können wir klar beantworten. Wenn die SPD schon glaubt, sich zu einem Annex der Christlich Demokratischen Fraktion machen zu müssen, warum sollen die Wähler dann erst die SPD wählen?

Ein bedeutender Sozialist, Lassalle – wenn man ihn mit Ollenhauer vergleicht, weiß man, daß der heutige Sozialismus einige Stufen tiefer wohnt – hat das, was die SPD-Wehrpolitik heute ist, in folgendem Satz zusammengefaßt. Er nennt das ein Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt. Das ist in der Tat das, was uns die SPD heute empfiehlt, und was wir ablehnen.

(Beifall.)



Ministerpräsident von Hassel, Kiel.



Ernst Lemmer, der Berliner Ehrenvorsitzende und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Bundesvertriebenenminister Dr. von Merkatz mit (von rechts nach links):
Staatssekretär Strauß, Landesvorsitzender Dr. Fricke, Hannover, und Frau
Dr. Steinbiß, MdB.



Präsident Kiesinger:

Ich danke Herrn Dr. Marx und darf bitten das Wort zu nehmen Herrn

Dr. Klepsch:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Gegenwärtig erleben wir wieder einmal einen Kulminationspunkt von zwei Hetzkampagnen gegen unsere Einrichtungen in der Verteidigung. Das eine ist die Hetzkampagne der Sowjetunion, die mit Lügen und Unterstellungen und Behauptungen darzulegen versucht, daß wir eine imperialistische, nazistische, revanchistische, klerikale und faschistische Regierung und eine entsprechende Armee hätten; mit diesen Behauptungen arbeitet sie nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. Das andere ist der Kulminationspunkt, der sich in den Haßgesängen des Zehn-Groschen-Heftes des Augstein-Verlages gegen den zivilen Leiter des Verteidigungsressorts zeigt.

Diese Rufmordpropaganda, die wir seitens der Sozialdemokratischen Partei gegen unsere führenden Politiker immer wieder hinnehmen müssen, verträgt sich sehr schlecht mit den weinerlichen Erklärungen der Sozialdemokratischen Partei, daß wir angeblich eine solche Aktion gegen ihre Politiker betrieben.

Auf diesem Hintergrund scheint es mir notwendig, auf diesem Parteitag ein Wort zur Integration der Armee in den demokratischen Staat zu sagen. Ich würde sagen, daß diese für die gesamte deutsche Demokratie große Aufgabe als ein Werk von Konrad Adenauer, Theodor Blank und Franz-Josef Strauß als den Repräsentanten der Christlich Demokratischen Union gelungen ist. Die Sozialdemokratische Partei hat in den Ausschusssitzungen und in den sachlichen Auseinandersetzungen zugeben müssen, daß wir eine Wehrverfassung haben, die in der ganzen Welt fast ohne Beispiel ist. Ich würde sagen, es ist gerechtfertigt, heute auf diesem Parteitag festzustellen, daß wir Vertrauen zu unserer Armee haben dürfen. Diese Armee kann aber immer nur als ein Organ unseres demokratischen Staates gesehen werden.

Ich möchte hier ein Wort aufgreifen, das der Herr Minister für Verteidigung heute morgen hier gesprochen hat. Er sagte, daß Verteidigungspolitik und Verteidigungsbereitschaft Sache nur des gesamten Volkes sein könne. Es ist notwendig, das vor allen Dingen den jungen Staatsbürgern deutlich zu machen, daß Verteidigung eine Angelegenheit der Gesamtgesellschaft auf allen Bereichen ist. Gerade die totale Infragestellung unserer Ordnungsvorstellung von Staat und Gesellschaft durch die beständigen drohenden Herausforderungen des Kommunismus fordert uns Christlichen Demokraten ein solches Bekenntnis ab.

Wir Christlichen Demokraten haben also allen Grund, zu sagen, daß es uns gelungen ist, in unserer Verteidigungspolitik ein gutes Stück Arbeit zu leisten. Wir können dankbar nicht nur die Ergebnisse in der Bundesrepublik, sondern auch die Ergebnisse außerhalb der Bundesrepublik betrachten, die darin bestehen, daß das westliche Ausland und auch die

neutralen Staaten zugeben und beweisen, daß die kommunistische Propaganda ohne jede festere Begründung ist. Wir sind dahin gekommen, mit der Vergangenheit endlich aufzuräumen und eine Verteidigungsmacht zu errichten, die die Fundamente der Demokratie loyal akzeptiert und zu ihr steht.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Auch Ihnen herzlichsten Dank für den Diskussionsbeitrag. Und nun bitte ich das Wort zu nehmen, unseren Freund

Herr Josten, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Unser Vorsitzender, Herr Ministerpräsident Kiesinger, hat um kurze Diskussionsbeiträge gebeten, ich versuche danach zu handeln. Heute vormittag hat Herr Minister Strauß gesagt, ohne Sicherheit kein Aufbau und keine Freiheit. Mit Recht hat er auf den Kampf in den vergangenen Jahren hingewiesen, den unsere Partei im Kampf um den Aufbau der Bundeswehr erlebte.

Wir sind im Wahljahr 1961. Unsere Bevölkerung muß daher wissen, daß unser Aufbau der Bundeswehr bis heute von vielen Stellen bekämpft wurde, welche die Unterstützung führender Sozialdemokraten fanden. Ich erinnere an die Beratung über die Kriegsdienstverweigerer, die Hetze mit dem Jahrgang 1922, die Atomtodkampagne und dergleichen, die teilweise von den Diskussionsrednern hier schon erwähnt wurden.

In der Diskussion von heute vormittag hat Herr Dr. Gradl auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der freien Welt hingewiesen. Er wie auch unser Freund, Bürgermeister Dr. Amrehn, haben als Berliner die Politik unseres Bundeskanzlers als richtig unterstrichen. Unseren Berlinern und unseren Brüdern und Schwestern in Mitteldeutschland möchte ich als Mitglied des Verteidigungsausschusses unseres Bundestages sagen: seit Jahren arbeiten wir an den Wehrgesetzen, nicht etwa aus Begeisterung, sondern in der klaren Erkenntnis, daß wir nur bei der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen die Freiheit behalten. Die Arbeit unseres Ministers Strauß und seines Vorgängers, unseres Ministers Blank, verdienen Lob und Anerkennung. Der Aufbau ist gelungen, wir sind stolz auf unsere Soldaten aller Waffengattungen. Aber hier muß man einmal darauf hinweisen, daß zum Beispiel vor kurzem das deutsche Magazin „Der Spiegel“ glaubte, mit einer Hetzparole, die praktisch die gleiche Tendenz wie die von Pankow hatte, die Pankower Parole zu unterstützen. Dazu ist festzustellen, daß solche Dinge bei uns nicht ankommen, sondern daß wir von der CDU die Meinung vertreten: Dreck gehört in den Müllleimer! Unsere Partei muß interessiert bleiben, daß der Aufbau der Bundeswehr planmäßig weitergeht. Ich glaube, auch auf dem Baumarkt darf hier keine Zeit versäumt werden. Minister Strauß und seine Mitarbeiter und das deutsche Volk, wie auch wir im Parlament, sind stolz auf die hier geleistete Arbeit, und nur bei gemeinsamer Weiterarbeit werden wir die Freiheit behalten und für unsere Brüder und Schwestern in Mitteldeutschland die Hoffnung bleiben.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Auch Ihnen herzlichen Dank. Das Wort erteile ich nun der letzten Diskussionsrednerin zu diesem Themenkreis

Frau Ackermann, MdB:

(Von Beifall empfangen.)

Meine Damen! Meine Herren! Wenn ich heute als Mitglied des Verteidigungsausschusses, als Frau, als Mutter von erwachsenen Söhnen, als Vertriebene hier bei diesem Thema mich zu Wort melde, so glaube ich, das auch aus einer Verantwortung heraus tun zu müssen, die uns Frauen auf diesem Gebiet unbedingt zusteht.

Wir haben nicht mit Jubel „Ja“ zu dieser Verteidigungsbereitschaft gesagt, wir haben die Leiden des letzten Krieges kaum überwunden. Aber weil wir wissen, daß es um Frieden und Freiheit und die Sicherheit für unsere Kinder geht, um die Zukunft unserer Kinder schlechthin, deshalb stellen wir uns in die Reihen unserer Parteifreunde und arbeiten auch hier mit.

Ein zweiter Grund, wir fühlen uns auch für den Menschen, für den Soldaten, für sein Wohl und Wehe mit verantwortlich. Wir stellen ihn auch hier in den Mittelpunkt unserer Sorge, ebenso die Familie, die mit dazugehört. Das alles sind wohl Gründe, die uns berechtigen, hier mitzuzufun, ohne daß wir in den Ruf kommen, irgendwie „revanchistische“ Gedanken dabei zu verfolgen. Sie müssen uns das zubilligen und zugestehen, denn es handelt sich um unsere Kinder, und die sind uns wohl ans Herz gewachsen.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke auch Frau Ackermann für den Diskussionsbeitrag herzlich. Damit hätten wir die Aussprache zu dem Thema, das unser Freund Franz-Josef Strauß behandelt hat, abgeschlossen.

Wir haben heute zum Problem der Sicherheit vom Außenpolitischen und vom Verteidigungspolitischen her Überlegungen angestellt. Das Problem der Sicherheit hat aber auch eine hochwichtige innenpolitische Seite, und zu dieser Seite des Problems wird nun unser Freund, Herr Bundesinnenminister Dr. Schröder, referieren.

(Beifall.)

Sicherheit für Bürger und Staat

Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Das, was ich heute nachmittag hier vorzutragen habe, ist gewiß kein Lobgesang, sondern es ist ein ernster Bericht und gleichzeitig eine sehr ernste Mahnung. Für die Erfüllung der Aufgabe, innere Sicherheit zu gewährleisten, bedeutet die wirtschaftliche Blüte in der Bundesrepublik Gunst und Ungunst zugleich. Selbstverständlich sind die Probleme der Hochkonjunktur für die Sicherheit, wenigstens äußerlich gesehen, weniger lästig als die Unruhe, die aus einem Heer von Arbeitslosen resultieren würde. Aber zu den Folgen des Wohlstandes gehört die Gefahr der Verweichlichung und des Verlustes an Widerstandsfähigkeit gegenüber sich plötzlich verschlechternden Umweltbedingungen. Für die Erfüllung der Sicherheitsaufgaben ist aber nicht nur eine trainierte, in Form befindliche Polizei erforderlich: nicht minder sind es Wachsamkeit, Abwehrbereitschaft, Widerstandsfähigkeit in allen Kreisen und Schichten. Wo diese Eigenschaften nachlassen, müssen sie unablässig wacherüttelt, wiederbelebt und gestärkt werden. Das ist eine Aufgabe, die unendlich schwierig und zugleich in hohem Grade unpopulär ist. Sie ist in erster Linie den Politikern gestellt, uns allen, die wir in der Bundesrepublik, im unmittelbaren Vorfeld des weltrevolutionären Kommunismus, zu wirken haben.

Deutschland ist nicht nur kommunistisches Vorfeld, sondern gleichzeitig ein von den Sowjets geteiltes Land, dessen freiem Teil sie ebenfalls das Schicksal ihrer eigenen deutschen Kriegsbeute zugeordnet haben. Für diese sowjetische Absicht bleibt es gleichgültig, ob sie auf imperialistischem Expansionswillen beruht oder als natürliches Ergebnis kommunistischer Geschichtserwartung anzusprechen ist. Die Besonderheit unserer inneren Sicherheitssituation liegt nun darin, daß in unserem geteilten Vaterland zwei gegensätzliche politische Systeme bestehen: Bei uns die parlamentarische, rechtsstaatliche Demokratie westlicher freiheitlicher Prägung und drüben ein bereits ziemlich weit ausgebautes System kommunistischer Herrschaft im Schutze sowjetischer Bajonette und Panzer. Es sind Deutsche – in unseren Augen sowjetische Satelliten –, die als Vortrupp der kommunistischen Weltrevolution wirken und sich gleichzeitig als permanente innerdeutsche Revolution im geteilten Gesamtdeutschland empfinden und betätigen. Politische Einwirkungen aus anderen angrenzenden Gebieten fallen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik kaum ins Gewicht. Die Anwesenheit der verbündeten Stationierungskräfte ist insgesamt als ein positiver, stabilisierender Faktor anzusprechen. Das ergibt sich aus unserer Gesamtsituation, ohne Gegenstand irgendeiner ernsthaften inneren Kontroverse zu sein.

Das kommunistische System drüben ist nun aber im Grunde nicht verschieden von dem Totalitarismus, der ganz Deutschland bis 1945 beherrscht hat. Alle Kräfte und Mittel werden einheitlich zusammengefaßt, straff geführt und widerspruchlos für die von der herrschenden kommunistischen Einheitspartei jeweils bestimmten Ziele und Aufgaben eingesetzt.

Ein Blick auf unsere Verhältnisse lehrt dagegen, daß der freiheitliche Staat zwar seinen Pluralismus in höchstem Maße entfaltet hat, aber zwei Dinge bisher nicht zu erreichen vermochte: Die Übereinstimmung in gewissen notwendigen Grundeinsichten und die Erziehung zu freiwilliger staatsbürgerlicher Selbstverantwortung.

Das Grundgesetz hat dem totalitären Staat eine eindeutige Absage erteilt. Es hat die Freiheitsrechte des einzelnen großgeschrieben. Gleichzeitig jedoch haben seine Väter dem neuen Staat das Schicksal der Weimarer Republik ersparen wollen. Die neue Demokratie sollte nicht wehrlos, sie sollte vielmehr kämpferisch sein. Verfassungsfeindliche Organisationen sind verboten, verfassungsfeindliche Parteien werden verboten. Ich lasse nun hier einmal die Frage bewußt offen, ob die *diesbezüglichen Bestimmungen des Grundgesetzes besonders geglückt* sind. Ihre Grundtendenz ist jedenfalls eindeutig. Was das Verbot von Parteien angeht, so hat bereits die erste Bundesregierung die beiden sich damals aufdrängenden notwendigen Anträge gestellt: Die Sozialistische Reichspartei ist in einem kurzen, zügigen Verfahren, die Kommunistische Partei in einem sehr langwierigen Prozeß verboten worden. Während das Verbot der rechtsradikalen Partei uneingeschränkte Zustimmung gefunden hat, läßt sich das von dem Verbot der Kommunistischen Partei nicht ohne weiteres behaupten. Selbst in unseren Reihen ist von Zeit zu Zeit immer wieder die Frage zu hören, ob dieses Verbot klug gewesen sei. Ich möchte deshalb hier mit aller Entschiedenheit noch einmal feststellen, daß das Verbot von der Verfassung her geboten war und sich im übrigen nach den klaren Erkenntnissen unserer Sicherheitsstellen als ein wichtiges Hilfsmittel im Kampf gegen den Kommunismus erwiesen hat. Darüber hinaus aber ist zu sagen, daß eine Regierung und ein Staat sich um jede, aber auch um jede Glaubwürdigkeit bringen würde, wollten sie für ein Verbot nach rechts oder links einen wechselnden Maßstab zugrunde legen. Hier handelt es sich nicht um Fragen der Opportunität, sondern um Fragen des Verfassungsrechts. Auf dem Boden des Grundgesetzes wird jeder ungläubig, der hier einer willkürlichen Praxis das Wort reden wollte. (Beifall.)

Selbstverständlich setzt der große Aufwand eines solchen Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht voraus, daß sorgfältig geprüftes Material in genügendem Umfang und mit genügender Beweiskraft zur Verfügung steht. Ein erfolglos angestrebter Verbotsprozeß würde einen Triumph des potentiellen Staatsfeindes bedeuten und eine schwere Beeinträchtigung der legalen Autoritäten sein.

Auf dem Gebiet der verfassungsfeindlichen Organisationen, die keine Parteien sind, herrscht zur Zeit eine durchaus unterschiedliche Praxis. In meinen Augen, meine lieben Freunde, ist es ein Unding, daß eine bestimmte Organisation z. B. in Mainz und Hamburg verboten ist, sich aber in Frankfurt und Stuttgart einer lebhaften Tätigkeit ungestört rühmen kann. (Beifall.) In einem dieser Fälle haben wir nun zum erstenmal ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt, das hoffentlich bald im Sinne unseres Antrages entschieden wird. Es wird – so scheint mir – eine wichtige Aufgabe kommender Gesetzgebung

sein, für die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen ein einfaches Verfahren zu schaffen, das aber für das ganze Bundesgebiet Geltung hat. (Beifall.)

So eindeutig und so militant das Grundgesetz in der gerade genannten Frage ist, so sehr lassen seine Bestimmungen für die Notsituation, für die Notstandssituation zu wünschen übrig. Sie wissen, daß wir seit langem darum bemüht sind, diese in meinen Augen empfindlichste Lücke des Grundgesetzes zu schließen. Wenn es dazu bisher nicht gekommen ist, so trägt die Verantwortung dafür einzig und allein die Sozialdemokratische Partei. Sie hat sich bisher jeder Notstandsregelung versagt, die diesen Namen verdiente. (Sehr richtig!)

Nach meiner Meinung liegt die Ursache für dieses Verhalten der Sozialdemokraten in zwei Dingen: Teils in ihrer eigenen unbewältigten Erinnerung an die Weimarer Entwicklung, teils in dem nach meiner Meinung gänzlich unbegründeten Widerwillen der Gewerkschaften gegen eine Notstandsregelung. Die Gegner einer Notstandsregelung verweisen gelegentlich darauf, daß auch in unseren Reihen angeblich noch keine Einigung über die Modalitäten der Notstandsregelung herrsche. Das ist in meinen Augen nichts anderes als ein klares Ausweichmanöver. Nicht etwa die Differenzen zwischen Bund und Ländern, sondern allein die grundsätzliche Ablehnung der Sozialdemokratie hat bisher eine brauchbare Notstandslösung verhindert. Die Bundesregierung wird sich daher im Ernstfalle – so bedauerlich das sein mag – auf den Notstandsvorbehalt der alliierten Streitkräfte einerseits und auf das übergesetzliche Notstandsrecht andererseits stützen müssen. Sie werden mir aber gewiß darin zustimmen, daß keine Notstandsregelung besser ist als es eine Scheinlösung wäre. Deshalb sollten wir nicht müde werden, dieses wichtige Sicherheitserfordernis der Öffentlichkeit immer wieder vor Augen zu stellen.

Ich habe das Beispiel der Notstandsgesetzgebung kurz aufgezeigt, um die notwendige gemeinsame Grundeinsicht aller verantwortlichen politischen Gruppen in wichtigen Sicherheitsfragen als noch fehlend darzustellen. Auch in der Einschätzung der Gefährlichkeit kommunistischer Aktivität gehen die Meinungen auseinander. Lassen Sie mich daher diese Aktivität mit einigen Zahlen und Angaben verdeutlichen:

Das Ziel des Kommunismus ist nach wie vor der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt. Die gegenwärtig propagierte These der Koexistenz ändert hieran nichts. Das beweist auch eine der jüngsten Kampfansagen des Ostens, die am 6. Dezember 1960 veröffentlichte Moskauer Erklärung der kommunistischen Parteien. In diesem Dokument wird klipp und klar ausgesprochen, daß „friedliche Koexistenz der Staaten . . . im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf“ bedeute. Die Moskauer Erklärung verlangt, den Kampf „mit täglich wachsender Stärke“ zu führen. Sie betont, daß ein Schwerpunkt der Aktion gegen die Bundesrepublik zu richten sei und daß dabei dem sowjetzonalen Regime „eine besonders große Rolle zukomme“. Die 11. Tagung des Zentralkomitee der SED hat sich ausdrücklich zu dieser Aufgabe bekannt.

Die gegen die Bundesrepublik gerichtete kommunistische Aktivität zeigt, daß der Kampf mit einem in der Geschichte einmaligen Aufwand geführt wird. Der Verstoß erfolgt durch den Versuch der Infiltration und Zersetzung einerseits und den der Spionage andererseits. Infiltration und Zersetzung werden vom Zentralkomitee der SED einheitlich gesteuert. Dabei werden neben der illegalen KPD und etwa 60 kommunistischen Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland Teile des Staatsapparates der SBZ sowie zahlreiche Mitarbeiter aus den sowjetzonalen Massenorganisationen eingesetzt. Eine vorsichtige Berechnung des Personals, das für die im Pankower Jargon als „Westarbeit“ bezeichnete Zersetzungskampagne eingesetzt ist, ergibt die Zahl von über 18 100. Die kommunistische Agitation hat einen Höchststand erreicht. Rundfunk und Fernsehen der Sowjetzone stehen mit zahlreichen Sendungen im Dienst dieser Agitation. Ein ausschließlich für den Empfang in der Bundesrepublik bestimmtes 2. Fernsehprogramm ist seit einiger Zeit geplant. Die Flut der Propagandaschriften aus der Zone ist angeschwollen. Nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden sind es etwa 120 Millionen Schriften, die durch die Post in die Bundesrepublik verschickt wurden, und etwa drei Millionen Schriften, die vom Versandapparat der illegalen KPD auf Lastwagen in das Bundesgebiet eingeführt wurden. Zu diesem Material kommen noch Zeitungen und Flugschriften der illegalen KPD mit einer Gesamtauflage von 7,6 Millionen, ferner etwa 130 prokommunistische Zeitungen und Mitteilungsblätter mit einer Gesamtauflage von etwa 15 Millionen jährlich, darunter 23 Informationsdienste oder andere Publikationen ehemaliger kommunistischer Funktionäre. Im Monatsdurchschnitt wurden somit im vergangenen Jahr etwa 12 Millionen kommunistische und prokommunistische Druckschriften im Bundesgebiet verbreitet.

Bevorzugtes Ziel der Infiltrations- und Zersetzungskampagne sind die Gewerkschaften und die Betriebe. Der Gewerkschaftsarbeit wird besondere Bedeutung beigemessen. Sie soll für Schulungs- und Erholungsaufenthalte in der SBZ und für die sogenannten Gesamtdeutschen Konferenzen werben, Kontakte zu Betriebsräten und Gewerkschaftlern herstellen und damit einen wachsenden Einfluß auf Gewerkschaften und Streiks sichern. Hier können die Kommunisten gewisse Erfolge aufweisen. Die XII. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz 1960 in Leipzig war von etwa 5000 Personen aus der Bundesrepublik besucht. An der XIII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz während der diesjährigen Leipziger Frühjahrmesse beteiligten sich trotz Gegenmaßnahmen von Gewerkschaften und SPD etwa 1000 Personen aus dem Bundesgebiet. Die Infiltrationsversuche richten sich vorwiegend gegen untere und mittlere Gewerkschaftsorgane, vereinzelt aber auch gegen leitende Funktionäre. Der Generalbundesanwalt erhob am 23. Februar d. J. Anklage gegen zwei Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Textil. Die Zahl der illegalen kommunistischen Betriebsgruppen ist in den vergangenen drei Jahren angestiegen. Schwerpunkte dieser Betriebsarbeit sind hauptsächlich Metallindustrie und Bergbau.

Neben den Gewerkschaften und Betrieben gelten besondere Bemühungen den Intellektuellen, aus deren Kreisen sich nicht wenige in den vergangenen Jahren als anfällig für gewisse politische Doktrinen der

östlichen Zersetzungskampagne erwiesen haben. Dort, meine Damen und Herren, wird auf eine plumpe Werbung für kommunistische Ideen verzichtet; ja, es wird zuweilen eine außerordentliche Erfindungsgabe aufgeboten, um die Abhängigkeit von Pankow unter einem aus List und Lüge geknüpften Tarnnetz selbst den Mitarbeitern und Mitläufern gegenüber zu verschleiern. Kein Zweifel aber, daß die verschiedenen Vereinigungen im östlichen Auftrag handeln, und daß sie alles versuchen, um die Wertvorstellungen zu zersetzen, auf denen unser Staat beruht.

Aufgabe der Infiltration und der Zersetzung ist nach der genannten Moskauer Erklärung, „die entscheidenden Schlachten für den Sturz des Kapitals, für den Sieg der sozialistischen Revolution vorzubereiten“. Diese Zersetzungskampagne wird ergänzt durch die Spionage. Kommunistische Spionage dient nicht nur der Ausspähung von Geheimnissen, sondern auch der Zersetzung. Der schon vor einiger Zeit in die Bundesrepublik übergetretene Hauptmann des sowjetzonalen Ministeriums für Staatssicherheit, Heim, gab aus intimer Kenntnis folgende Erläuterung:

„Die Spionageorganisationen des Sowjetblocks haben keine rein nachrichtendienstliche Aufgaben. Ihre Zielsetzung besteht vielmehr darin, die politische Situation der Bundesrepublik so zu verändern, daß die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne des Kommunismus möglich ist. Also steht im Bundesgebiet hinter der nachrichtendienstlichen Initiative letztlich die Umsturzvorbereitung. Dementsprechend gibt es keine Einrichtung des staatlichen, politischen, sozialen und kulturellen und wirtschaftlichen Lebens im Bundesgebiet, die nicht Ziel einer planmäßigen Ausspähung und Zersetzung wäre.“

Meine lieben Freunde, wir sollten diesen Hinweis eines Mannes, der das drüben aus intimster Kenntnis gesehen und mitgemacht hat, so ernst nehmen, wie er es verdient, und wir sollten uns darüber klar sein, daß Träger des Spionageangriffs zu etwa 80 v. H. die Nachrichtendienste der SBZ sind; der Rest entfällt auf Nachrichtendienste der Sowjetunion und der übrigen Satelliten, besonders auf Polen und die Tschechoslowakei. Von den rund 14 000 hauptamtlichen Funktionären der drei sowjetzonalen Dienste sind etwa 2000 mit der sogenannten „operativen Arbeit“ gegen die Bundesrepublik befaßt, das heißt: sie organisieren und führen als Stabspersonal mit Hilfe eines Vielfachen an geheimen Mitarbeitern etwa 80 v. H. der gegen die Bundesrepublik gerichteten Spionageoperationen.

In dem sowjetischen Sperrgebiet von Berlin-Karlshorst und an einer Reihe von Schwerpunkten in der SBZ arbeiten rund 750 hauptamtliche Funktionäre der sowjetischen Dienste gegen die Bundesrepublik und ihre Verbündeten. Etwa die Hälfte dieser Zahl darf als „Operativ-Personal“ im östlichen Sinne bezeichnet werden, das heißt, es ist als Führungspersonal für Spionageoperationen tätig; der Rest übt Hilfsfunktionen aus. Wesentlich für die Bewertung dieses sowjetischen Geheimdienstlichen Elements in der SBZ ist, daß es die „operative“ Arbeit der Zonen-Dienste leitet und kontrolliert und deren Ergebnisse an die Sowjetunion weiterleitet.

Nach vorsichtiger Schätzung auf Grund verschiedener einander ergänzender Erkenntnisse sind in der Bundesrepublik ständig etwa 16 000 Agenten tätig. (Zuruf: Hört! Hört!) An dieser Zahl ändert sich nichts dadurch, daß in den letzten Jahren durchschnittlich 2500 bis 2800 Agenten von Sicherheitsorganen der Bundesrepublik ausgeschaltet wurden. Seit dem 30. August 1950 bis 31. Dezember 1960 sind von den Gerichten insgesamt etwas mehr als 2000 Personen wegen Landesverrat rechtskräftig verurteilt worden. Über 19 000 Personen haben zugegeben, Spionageaufträge erhalten zu haben. Sie wurden aber wegen Selbstoffenbarung, Nötigungsnotstand oder aus anderen nach den einschlägigen Vorschriften zulässigen Gründen nicht verfolgt oder freigesprochen. Der finanzielle Aufwand der SBZ für Spionage und Zersetzung beträgt annähernd 500 Millionen DM Ost und West.

Gegenüber diesen umfassenden, mit ungewöhnlichen Geldmitteln ausgestatteten Versuchen der Spionage und Infiltration haben unsere Abwehrkräfte einen schweren Stand. Lassen Sie mich das nur an ganz wenigen Zahlen verdeutlichen. Sie werden erstaunt sein zu hören, daß die gesamte Personalstärke vom Bundesamt für Verfassungsschutz und aller Landesämter für Verfassungsschutz rund 1500 Personen beträgt, daß der militärische Abschirmdienst über 1200 und die in Staatsschutzsachen tätige Polizei über etwa 1300 Kräfte, zusammen also etwa über 4000 Kräfte verfügen. Der finanzielle Aufwand auf unserer Seite beträgt, zusammengefaßt, etwa 70 Millionen DM. Nun halten Sie sich vor Augen: Der Aufwand des Gegners beträgt 500 Millionen DM. So zeigt diese Gegenüberstellung ein ganz klares Mißverhältnis zu unseren Ungunsten auf, das man sich am einprägsamsten im Verhältnis 1:7 merken kann. Und trotzdem sind sicherlich hervorragende Erfolge unserer Abwehrkräfte, zumal in jüngster Zeit, sowohl im Kampf gegen Infiltration und Zersetzung als auch im Kampf gegen die Spionage zu verzeichnen.

Aber diese Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Bild unserer inneren Sicherheitslage keineswegs befriedigend ist. Wir werden große Energien darauf verwenden müssen, den Personalbestand unserer Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern mit guten Kräften zu verstärken. Das ist leichter gesagt als getan. Solche Kräfte sind schwer neu zu gewinnen, zum Teil müssen sie erst mühselig herangebildet werden. Dem stehen die Erschwernisse des allgemeinen Arbeitsmarktes entgegen. Aber eines sollte trotz allem klar sein: An finanziellen Schwierigkeiten darf diese unbedingt notwendige Verstärkung des Sicherheitsapparates nicht scheitern. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben uns nun zwei Fragen vorzulegen: Erstens, ob die strafrechtlichen Vorschriften zum Schutze des Staates streng und planmäßig genug angewendet werden und, zweitens, ob die uns gegebenen gesetzlichen Handhaben genügen, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu schützen.

Die erste Frage läßt sich leider nicht rückhaltlos bejahen. Die verderbliche Milde mancher Gerichtsentscheidung und manchen Antrags einer Staatsanwaltschaft mußten unsere Besorgnis erregen. Angesichts des harten und skrupellosen Gegners und seines umfassenden Angriffs auf unseren Staat wünschten wir uns oft mehr Strenge bei der Anwendung

der Gesetze. (Lebhafter Beifall.) Ich habe bereits vor Jahren meiner Sorge Ausdruck gegeben, daß mangelnde Entschlossenheit von Verwaltungsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichten auf die Staatsschutzorgane lähmend, auf den Gegner dagegen ermutigend wirken können.

Das Urteil in der Strafsache gegen den SED-Agenten Esterle – ein Urteil vom 4. Oktober 1960 – läßt uns hier etwas besseres hoffen; es ist ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs, und man darf daran wohl die Erwartung knüpfen, daß künftig bei Staatsgefährdungssachen ein Anstieg des Strafmaßes festzustellen sein wird. Bisher schien es nämlich zuweilen, als ob kleine Kriminelle härter angefaßt würden als politische Verbrecher. Dieser Eindruck verstärkte sich angesichts verschiedener Entscheidungen über Verschonungen mit Untersuchungshaft und vorzeitiger Entlassung aus Strafvollzug. Allerdings werden einige Urteile – insbesondere in Landesverratsachen – den Erfordernissen des Staatsschutzes in der letzten Zeit mehr und mehr gerecht. Aber wir werden energisch darauf dringen müssen, daß dem Staatsschutz aller Ernst und aller Nachdruck gewidmet wird.

Und nun die Frage schließlich, ob die uns gegebenen gesetzlichen Handhaben genügen, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu schützen; sie läßt heute noch keine befriedigende Antwort zu. Ich habe bereits gesagt, daß es eine wichtige Aufgabe der kommenden Gesetzgebung sein wird, für die Feststellung von Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen ein einfaches Verfahren zu schaffen, das für das ganze Bundesgebiet Geltung hat. Ich habe ferner betont, daß der Kampf um die Notstandsgesetzgebung fortgesetzt werden wird. Die Stunde der Not, für die wir unter allen Umständen weitere Vorsorge treffen müssen, wird auch die Stunde der konspirativen Elemente sein. Diese geschichtliche Erfahrung, meine Freunde, sollte auch allen jenen die Augen öffnen, die heute Niederlagen kommunistischer Wählervereinigungen überbewerten, weil sie meinen, daß die Größe der kommunistischen Gefahr an der Zahl der kommunistischen Stimmen abzulesen sei. Das ist keineswegs der Fall. (Beifall.) Nie und nirgends sind die Kommunisten mit Hilfe des Stimmzettels zur Macht gekommen. Immer hat letztlich die Gewalt einer entschlossenen Minderheit den Ausschlag gegeben. Und diese Lehre sollte alle Sicherheitserwägungen auch bei uns bestimmen.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen hier Zahlen genannt und Angaben gemacht, denen man gerne das Beiwort „erschreckend“ und „alarmierend“ gibt. Die Frage aber ist, ob diese Zahlen unsere Öffentlichkeit aufschrecken und ob sie ihren Abwehrwillen alarmieren. Wer zieht schon die einzig mögliche Folgerung, daß wir uns alle stets von neuem gegen ein trügerisches Sicherheitsgefühl wehren und zugleich gegen jenen Ungeist angehen müssen, der fast jeden Vorschlag zur Verstärkung des Staatsschutzes als einen Rückfall in ein überholtes polizeistaatliches Denken abzuwerten versucht! Gewiß ist kein Amt und keine Organisation vor Spionen und Infiltranten sicher, vor allem nicht gegenüber einem Gegner, dem ungewöhnlich reiche Mittel zur Verfügung

stehen, der seine Operationen auf das genaueste Studium aller Einzelumstände aufbaut und die nirgends vermeidbaren Lücken aufspürt. Aber die Bedrohung wird bei uns noch dadurch erhöht, daß es vielen nicht-staatlichen Einrichtungen an Aufgeschlossenheit für die Fragen eines aktiven Selbstschutzes gegen den konspirativen Angriff mangelt. In weiten, auch führenden Kreisen der Bevölkerung ist bisher die Größe der der Bundesrepublik drohenden Gefahr noch nicht mit genügender Klarheit erkannt worden. Hier wird noch viel Aufklärungsarbeit notwendig und noch sehr viel an Erziehungsarbeit zu freiwilliger, staatsbürgerlicher Selbstverantwortung zu leisten sein.

Eine Partei wie die unsrige hat die politische Aufgabe, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das Staatsbewußtsein gestärkt und das Gefühl staatsbürgerlicher Selbstverantwortung herangebildet wird. Auf diesem Gebiet entscheidet sich letztlich, ob die freiheitliche, parlamentarische rechtsstaatliche Demokratie dem Ansturm des totalitären Kommunismus gewachsen bleibt. Lassen Sie es mich etwas zugespitzt sagen: Es muß geradezu als ein unanständiger Mißbrauch unserer Freiheit gelten, lediglich Produzent und Konsument wirtschaftlicher Güter zu sein. Es muß vielmehr zum Ehrenkodex gehören, freiwillig staatsbürgerliche Arbeit zu leisten. (Beifall.)

Wir haben bisher noch keine ernsthaften Bewährungsproben zu bestehen gehabt. Wir sollten aber ein Gefühl dafür behalten, daß wir in einer gefährdeten Zeit leben und daß uns Gefahren von drinnen und draußen umgeben. Wie können wir diese bestehen? Nur indem wir mutig und entschlossen die Folgerung aus den Erkenntnissen ziehen, die wir in den vergangenen Jahren gewonnen haben. Ohne Schwanken, ohne Übertreibung, aber wissend, daß nur das Gesetz uns Freiheit geben kann.

Lassen Sie mich abschließen, indem ich sage, die Kommunisten singen: „Völker hört die Signale“. Meine Damen und Herren! Wir müssen uns mit allem Ernst fragen, ob wir diese Signale wirklich hören. Wenn das der Fall ist, dann lassen Sie uns mit Taten antworten!

(Sehr starker Beifall!)

Präsident Kiesinger:

Meine Damen und Herren! Dr. Schröder hat in seinem Referat zu einer schwierigen und in hohem Maße unpopulären Aufgabe gesprochen, die uns und Ihnen im besonderen anvertraut sei. Das ist wahr; er weiß ein Lied davon zu singen. Aber man kann sich auf diesem Gebiet ebenso wie auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung nicht einfach auf die zur gegebenen Zeit einsetzende Hilfe des großen Bruders verlassen; im Gegenteil, wir sind es nicht nur unserem Volke, sondern auch unseren Freunden und unseren Verbündeten schuldig, daß wir unser Haus in Ordnung halten. Das hat mit polizeistaatlichen Methoden als dem Kinderschreck, den unsere politischen Gegner an die Wand malen, wirklich nichts zu tun in einem Staate, bei dem die Väter des Grundgesetzes wahrhaftig dafür gesorgt haben, daß auch jedem Ansatz einer polizeistaatlichen Entwicklung in einer fast bis zur Perfektion gediehe-

nen rechtsstaatlichen Organisation vorgebeugt wird. Ich möchte den Tag nicht erleben, daß womöglich unsere heutigen Gegner uns vorwerfen würden, daß wir für die Stunde der Not nicht vorgesorgt hätten. (Beifall!)

Wir danken unserem Freunde Schröder, daß er dieses Problem so ernst und mutig anpackt, wie es das Problem verdient. (Beifall!)

Ich eröffne nunmehr die Aussprache über das Referat des Bundesinnenministers und erteile das Wort als erstem Diskussionsredner dem Herrn

Aussprache

Dr. Barzel, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zu den Fragen der inneren Sicherheit unseres freiheitlichen Rechtsstaates dem Parteitag einige Sorgen vortragen, die auch in den Ausführungen des Herrn Ministers anklagen; – einige Sorgen, die mich seit langem plagen, die mich aber doch seit den Vorkommnissen in Belgien so beunruhigen, daß ich sie hier aussprechen möchte. Ich bin mir durchaus bewußt, damit einige der Tabus in unserer verfassungspolitischen Diskussion anzuschneiden. Aber ich meine, daß es unsere Pflicht sei, das auszusprechen, was ist.

Der Führer einer großen, dem DGB angeschlossenen Gewerkschaft hat es unlängst für richtig gehalten, einen zuständigen Bundesminister als Gesprächspartner abzulehnen; abzulehnen einen Mann, der in seinem Wahlkreis mit großer Mehrheit direkt gewählt wurde, einen Mann, der vom Bundespräsidenten zum Minister ernannt wurde und der vor dem Bundestag feierlich seinen Eid auf das Grundgesetz abgelegt hat. Das, meine Freunde, scheint mir eine Mißachtung des freiheitlichen Rechtsstaates und seiner freiheitlich gewählten Institution zu sein, die wir nicht schweigend hinnehmen dürfen. (Beifall!) Das insbesondere, weil es sich hier um den Vorsitzenden einer Gewerkschaft handelt, die die sozialistische Streikbewegung in Belgien durch einen sehr namhaften Betrag finanziell unterstützt hat.

Ich bringe das aber vor allem aus diesem Grunde vor das oberste Forum unserer Partei: Herr Minister Schröder hat ausgeführt, daß unsere Bemühungen um ein Notstandsgesetz im Bund leider bisher, so möchte ich wohl hinzufügen, gescheitert sind allein am Nein der SPD. Aber dieses Nein der Sozialdemokraten ist doch gespeist – das läßt sich wohl begründen – von den massiven Drohungen einiger radikaler Gewerkschaftsführer.

Da gibt es Gewerkschaften, die zum DGB gehören, deren Führung so blind ist, daß sie dem freiheitlichen Rechtsstaat die Rechte verweigern, die unsere Demokratie für den Fall der Not leider, wie alle anderen Demokratien der Welt, nötig haben. Denn es geht doch bei dieser Gesetzgebung allein darum, daß in der Not nicht Willkür herrsche, daß Not nicht ohne Gebot sei, sondern daß der Rechtsstaat auch in der Not nicht untergehe und daß nach dem Notfall die Demokratie unverletzt sich wieder erhebe.

Mir ist unlängst ein konkretes Beispiel vorgetragen worden, das ich Ihnen zitieren möchte. Es ist vorgetragen von Georg Leber, dem Vorsitzenden der IG Bau, einem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, der ja sein eigenes Leid im Kampf gegen diese Radikalisierung, gegen Herrn Brenner usw. hat. Herr Leber hat es so formuliert: „Vor ein paar Wochen explodierten in den Farbwerken Hoechst einige große Apparaturen und strömten in größter Menge giftige Gase aus. Es ist nur dem Umstand zu verdanken, daß die Windrichtung so günstig war, daß die ausströmenden Giftgase nicht in die Wohnstätten und Wohngebiete der Umgebung getrieben wurden. In diesem Falle wäre es erforderlich gewesen, in kürzester Frist Hunderttausende von Menschen zu evakuieren. In einem solchen Falle muß es doch möglich sein, jeden Arzt zu zwingen, wenn es sein muß nachts, sich zur Verfügung zu stellen und alle Kräfte aufzubieten, die erforderlich sind, um Leben und Gesundheit zu erhalten. Es muß auch möglich sein, in einem solchen Fall in der Umgegend die Einwohner zu zwingen, diese Menschen aufzunehmen und ihnen Obhut zu gewähren. Das ist nur ein Beispiel. Dieser Fall wäre vor ein paar Wochen bald eingetreten, aber“ – so sagt Leber – „der Wind stand günstig. Darf jemand, der Verantwortung trägt und spürt, damit rechnen, daß es immer so gut abgeht und daß der Wind immer so günstig weht?“

Meine Freunde! Diesem einsichtigen Mann stehen die anderen Gewerkschaftsführer gegenüber. Sie sagen Nein zum Notstand, und sie sagen Ja zugleich zum politischen Streik. Und – das ist das Unglaublichste – sie haben sich ermächtigen lassen, auch politische Streiks durch Vorstandsbeschluß auch ohne Urabstimmung auszurufen und durchzuführen. (Zurufe: Hört, Hört!) Während man also der Bundesregierung die Notstandsrechte verweigert – für den Fall, daß der Bundestag einmal nicht handlungsfähig sein sollte –, handelt man für den eigenen Hausgebrauch umgekehrt und schaltet von vornherein Abstimmungen, Mitglieder, Minderheiten aus. Und das, meine Freunde, soll nicht nur gelten in Tariffragen, sondern das soll auch gelten für die politischen Streiks – auch für den Streik gegen Staat, Parlament und Regierung wird grundsätzlich die Kompetenz der Vorstände begründet. Das scheint mir eine Zweiseitigkeit zu sein, die man doch wohl nur nach der Schule des dialektischen Marxismus erklären kann.

Ich will den Beweis mit wenigen Sätzen antreten. Die fünfte Generalversammlung der Industriegewerkschaft Bergbau, im August 1955 in Kassel, hat auf Antrag ihres Vorstandes, begründet durch Herrn Gutermuth, beschlossen, den Paragraphen 12 ihrer Satzung neu und wie folgt zu fassen. Ich zitiere aus dem Protokoll, Seite 670:

„Der Hauptvorstand oder eine von ihm einberufene Funktionärskonferenz wird berechtigt,

a) bei Angriffen auf die Existenz oder die Rechte der Gewerkschaft,

b) bei Angriffen auf die demokratische Grundordnung des Staates,

einen Streikbeschluß zu fassen und den Streik ohne vorherige Urabstimmung durchzuführen.“

Einen ähnlichen Entschluß faßte die IG Chemie auf ihrem fünften Gewerkschaftstage in Dortmund im Juli 1960. Sie gab die Ermächtigung an den Vorstand, ohne Urabstimmung zum Zwecke „schlagartiger Aktion“ Streiks beschließen zu können; gemeint ist auch der politische Streik. Die Öffentlichkeit ist beunruhigt durch das, was der sechste Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1960 in Berlin beschlossen hat. Ich darf aus dem Text dieses Beschlusses im Auszug folgendes vortragen:

„Der 6. Gewerkschaftstag protestiert energisch gegen die Absicht der Bundesregierung, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln und im Zusammenhang damit eine gesetzliche Notdienstverpflichtung zu schaffen. ... Als tragendes Element der freiheitlich-demokratischen Ordnung sind die Gewerkschaften gerade in Zeiten eines staatlichen Notstandes dazu berufen, jedem Angriff auf Freiheit und Demokratie mit aller Kraft entgegenzutreten. ... Der 6. Gewerkschaftstag verpflichtet den Vorstand, alle geeigneten, nach der Satzung zulässigen Maßnahmen zu treffen, damit die Bundesregierung gehindert wird, ihre Pläne zu verwirklichen. Er fordert die anderen Organisationen der Arbeitnehmer auf, gemeinsam mit der IG Metall diesen Plänen notfalls mit allen gesetzlichen Mitteln, einschließlich des Streiks, entgegenzutreten.“

Damit glaube ich den Beweis für diese, wie ich meine, gefährliche und bedenkliche Entwicklung unverhüllter Radikalisierung angetreten zu haben. Wir haben nicht das Recht, aus Furcht vor den Mächtigen dieser Art gesellschaftspolitischer und machtpolitischer Konzentration zu schweigen; wir würden uns sonst mitschuldig machen. (Beifall.)
Halten wir also fest:

Erstens: Hier ist man gegen gesetzlich normierte Notstandsregeln. Ich frage mich: Was anders soll der Rechtsstaat erlauben?

Zweitens: Hier sagt man dem freiheitlichen Rechtsstaat Nein, weil man allein diesen Gewerkschaften das Recht zuspricht, zu sagen, wann Notstand sei und was dann zu geschehen habe.

Drittens: Der politische Streik gegen eine freigewählte Bundesregierung wird für zulässig, ja für erforderlich gehalten, und hierfür hat man sich die Ermächtigung geben lassen, ohne Urabstimmung einzuschreiten. Das ist eine Tendenz weg vom Staat und seinen gewählten Instanzen und statt dessen hin zur alleinigen Macht sozialistischer Funktionäre.

Ich meine, daß diese ernste Warnung nötig ist, weil erstens die Aktion „Volksbefragung“ und „Kampf dem Atomtod“ unvergessen ist – eine Aktion gegen die Mehrheit der Wähler, gefördert von einzelnen dieser Gewerkschaften – und weil zweitens der „Boß“ des DGB zur sogenannten Mannschaft der Sozialdemokratischen Partei gehört, und weil drittens das sogenannte Grundsatzprogramm der SPD den Gewerkschaften einen öffentlichen Auftrag – wie es heißt – für „alle“ arbeitenden Menschen gibt, also auch für die Nichtorganisierten, und weil schließlich dieses Programm die Gewerkschaften – ich zitiere – als „wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ bezeichnet. Wenn

ich die Entwicklung sehe, die in diesen Beschlüssen zum Ausdruck kommt, dann frage ich mich bange, welcher Art „Demokratisierungsprozeß“ hier gemeint ist.

Ich meine, daß unsere Freunde in den Gewerkschaften, daß die Mitglieder gerade dieser Gewerkschaften, in diesem Jahr erneut den Auftrag haben, gegen das Votum ihrer Bosse wiederum einen noch „besseren Bundestag“ zu wählen, daß sie sich nicht hinreißen lassen sollten zum Streik für die politischen Ambitionen des Herrn Brenner, sondern daß sie lieber uns wählen sollten; denn dann wählen sie statt Klassenkampf die bewährte Partnerschaft.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke Herrn Dr. Barzel für seinen Diskussionsbeitrag. Meine Damen und Herren, wir haben immer noch die Freude, daß eine Reihe von ausländischen hochverehrten Gästen uns die Ehre ihres Wortes schenken wollen. Ich wollte dazu nicht am Beginn dieses Nachmittags Gelegenheit geben, und zwar aus Courtoisie gegenüber unseren Gästen, weil ich wünschte, daß sie ein quantitativ und qualitativ voll besetztes Haus vorfinden. Das ist jetzt der Fall. Darf ich deshalb als ersten dieser Gäste Herrn Abgeordneten Maenen bitten, das Wort zu nehmen. Er wird für die Katholische Volkspartei Hollands, für die Antirevolutionäre Partei Hollands und für die Christlich-Historische Union Hollands sprechen.

(Beifall.)

Begrüßungen

Abgeordneter Maenen, Niederlande:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Ehre und ein Vergnügen, dem Bundesparteitag der CDU die herzlichsten Grüße der gesamten christlichen Parteien Hollands, der Katholischen Volkspartei, der Antirevolutionären Partei und der Christlich-Historischen Union zu übermitteln. (Beifall.)

Dieser Parteitag findet in einem Augenblick statt, der von größter Bedeutung ist. Wir wissen, daß die CDU und CSU und die von ihr gebildete Regierung sich Sorgen machen wegen der von außen drohenden Schwierigkeiten, die vor allem Berlin betreffen, und auch wegen innerer Probleme. Wir sind jedoch alle fest davon überzeugt, daß der Westen Berlin, diesen Balkon der Freiheit, nicht preisgeben kann und nicht preisgeben wird.

Die bevorstehenden Wahlen sind nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für Westeuropa und für die ganze Welt wichtig; für Westeuropa deshalb, weil die CDU/CSU unter der sicheren Leitung und der großen staatsmännischen Kunst Adenauers für die Entwicklung Europas so viel geleistet hat und die beste Gewähr dafür bietet, daß sich diese Politik fortsetzen kann; für die ganze Welt deshalb, weil der hervorstechende Punkt in der internationalen Lage nach wie vor die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des kommunistischen Einflusses ist.

Eine starke und in ihrer Politik beständige Bundesrepublik ist zur Bekämpfung dieser Gefahr, aber noch mehr zur Stärkung der christlichen Demokratie von größter Wichtigkeit. Für diese tatkräftige, starke und beständige Politik bietet die CDU/CSU auch die beste Gewähr. Wir hoffen, nein, wir sind sicher, daß es der CDU/CSU auch diesmal wieder gelingen wird, die Wahlen zu gewinnen, im Interesse Deutschlands, im Interesse der christlichen Demokratie Europas und im Interesse der ganzen freien Welt.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

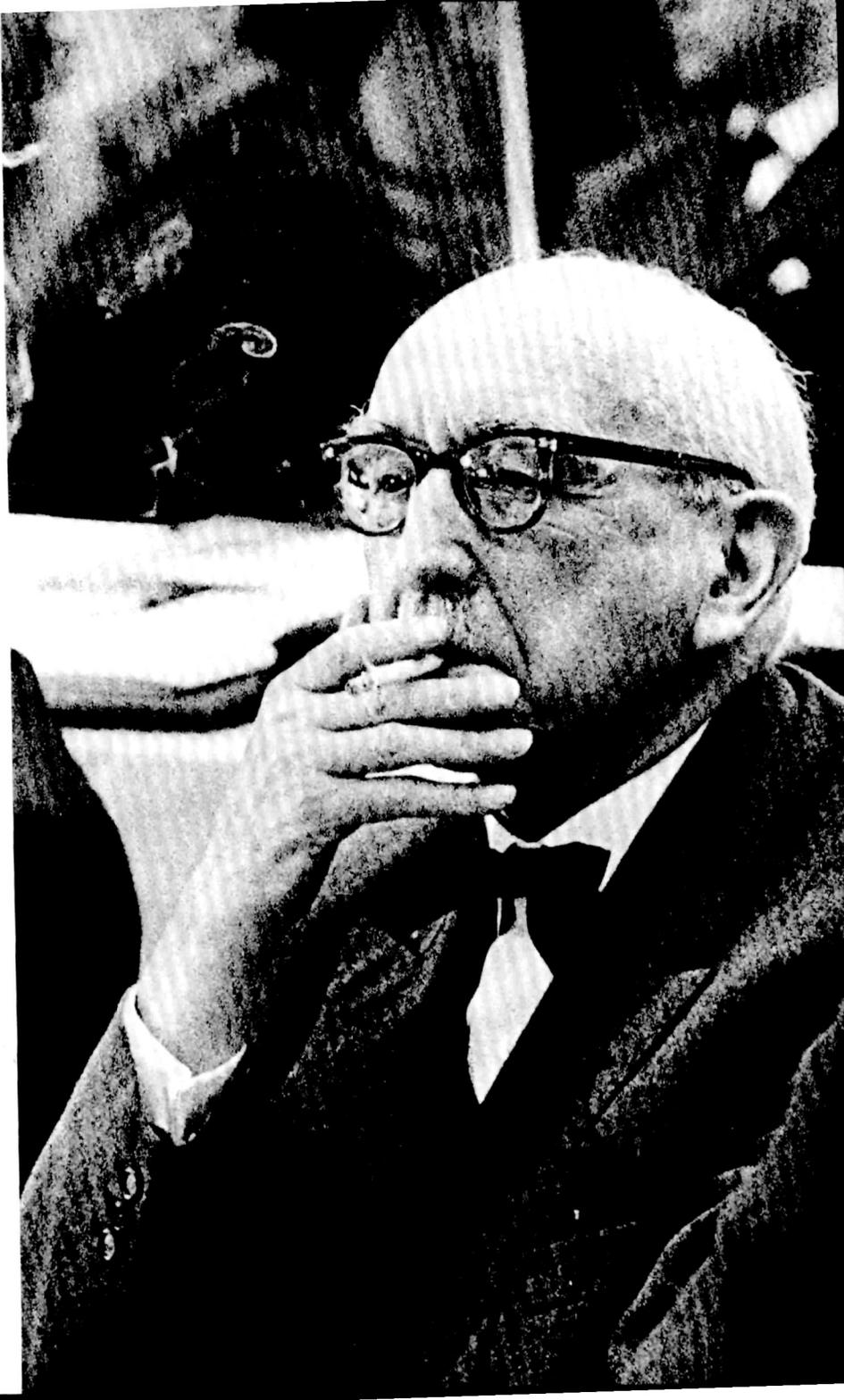
Ich danke Ihnen sehr, verehrter Herr Maenen, für die Worte, die Sie uns geschenkt haben. Bitte nehmen Sie unsere herzlichen Grüße mit an unsere drei Schwesterparteien in Holland, mit denen wir in den vergangenen Jahren in so vielfacher Weise verbunden waren. Seien Sie davon überzeugt, daß wir diese herzliche Verbundenheit auch in Zukunft weiter bewahren werden. (Beifall.)

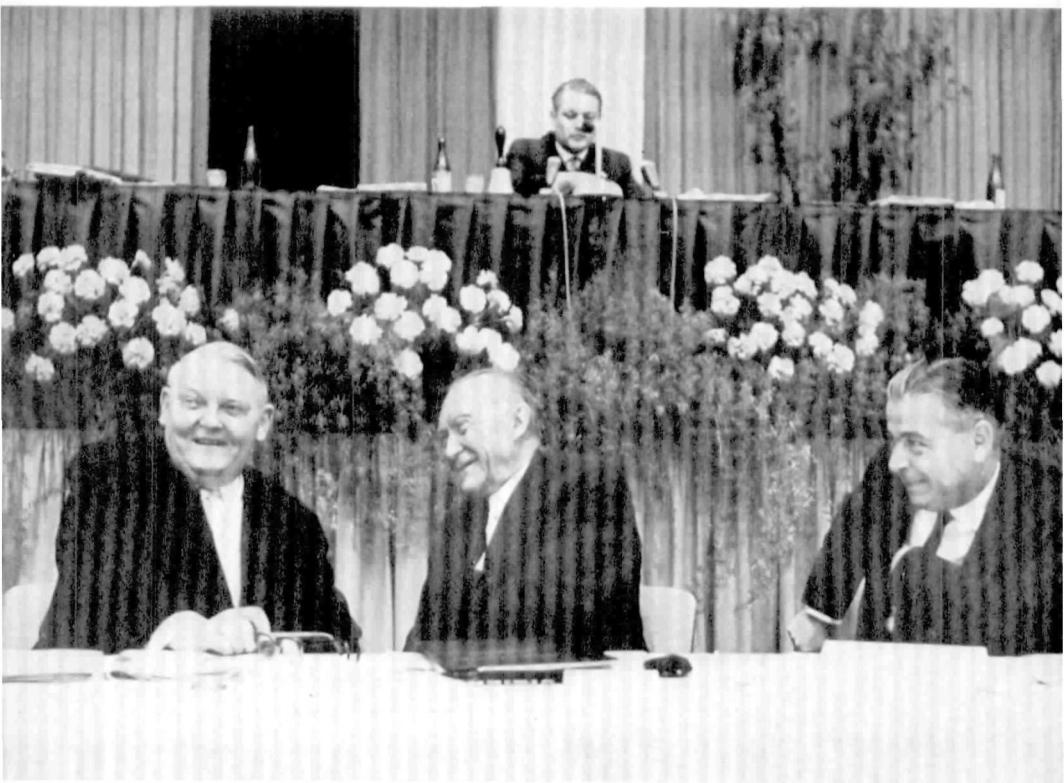
Ich darf nun bitten, zu uns zu sprechen

Reichstagsabgeordneter Direktor Gösta Bohmann, Högerpartei Schweden:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es versteht sich von selbst, daß wir Schweden das Geschehen hier in Deutschland sehr bewußt und mit großem Interesse verfolgen. So war es lange,

Bundesjustizminister Schäffer, früherer Bundesfinanzminister.





Dr. Adenauer zwischen Prof. Dr. Erhard und Ministerpräsident Röder, Saarbrücken. Am Präsidium Dr. Stoltenberg, MdB, Kiel, Vorsitzender der Jungen Union.

so war es auch in den schweren dunklen Zwischenzeiten und so ist es heute. So war es politisch und so ist es immer noch politisch – vor allem natürlich vor und nach wichtigen Wahlen.

Daß unser Blick, wirtschaftlich gesehen, stark auf die Bundesrepublik gerichtet ist, hat natürlich auch darin seine Erklärung, daß Deutschland für uns solch ein wichtiger Handelspartner ist. Heutzutage sind die Deutschen sowohl unsere Lieferanten Nummer Eins als auch unsere Abnehmer Nummer Eins. Wenn man diese Situation des Handelsaustausches aus Ihrer Perspektive betrachtet, dürfte es auch recht auffallend sein, daß Schweden auf der Rangliste recht hoch kommt. Im vergangenen Jahr war Schweden Nummer Sieben auf der Liste der Länder, die aus der Bundesrepublik importieren, und auch Nummer Sieben unter den Exporteuren hierher. Wir stellen auch mit großer Befriedigung fest, daß dieser Austausch sich immer noch ausdehnt. Im vergangenen Jahr nahm unsere Ausfuhr nach der Bundesrepublik sogar stärker zu, als nach dem größten EFTA-Partner.

Wenn wir Schweden in den vergangenen fünfzehn Jahren die deutsche Entwicklung von dem tiefsten Tiefstand bei Kriegsende verfolgen und beobachten konnten, haben wir gewiß dabei auch die dahinter stehende Leistung sehr bewundert. Als Politiker haben wir Sie außerdem bisweilen auch beneidet. Immer wieder haben Sie sich, und das gilt ja vor allem für Ihre eigene Partei, darüber freuen können, daß die Entwicklung gezeigt hat, daß Ihre marktwirtschaftliche Anschauung – eine Anschauung, die wir teilen – richtig war.

Parallel mit dieser günstigen wirtschaftlichen Entwicklung ist ja auch zu verzeichnen, daß die allgemeine innenpolitische Entwicklung in Ihrem Lande sehr ruhig verlaufen ist, daß sie so auffallend große Stabilität aufgewiesen hat. Daß man nicht in die alte Labilität wieder zurückgeraten ist, wird wohl, wenn ich es recht verstanden habe, zum Teil das Verdienst der Verfassungsväter sein. Aber es hat ja auch in einem anderen Sinne eine auffallende Stabilität gegeben: In der Bundesrepublik war ja praktisch während der ganzen Nachkriegszeit dieselbe Mannschaft, dieselbe Partei am Steuer. Vielleicht, so fragt sich der Außenstehende, ist die Erklärung für die Stabilität zum Teil auch noch die, daß der Charakter der heutigen deutschen Demokratie es erlaubt, daß, wenn einmal eine überlegene politische Persönlichkeit da ist, sie wirklich auch zu voller Geltung kommen kann. Es ist selbstverständlich, daß wir in Schweden, so wie in Europa, so auch in der Welt voller Bewunderung für die Leistung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer sind. (Beifall.)

Es ist wohl viel zu oft gesagt, um hier wiederholt werden zu müssen, daß man vergebens nach Beispielen suchen wird, wenn man etwas Vergleichbares zu der Entwicklung finden möchte, welche die Bundesrepublik seit Ende der 40er Jahre beschritten hat.

Niemand kann wohl heute die internationale politische Lage optimistisch betrachten. Das Bild der heutigen Situation kann sich doch schnell in verschiedener Richtung verändern. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, heute die bestimmte Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß

die zwei voneinander getrennten Teile Deutschlands bald wieder zu einem in westlichem Sinne demokratischen Staat vereinigt werden können. (Beifall.)

Ich glaube, man kann sagen, daß Sie, die Deutschen, und wir, die Schweden, genügend verschieden und genügend ähnlich sind, um von Vergleichen und Observationen bei dem anderen Nutzen ziehen zu können. Ich möchte deshalb ganz besonders dafür danken, daß uns schwedischen Konservativen diese Gelegenheit geboten worden ist, mit Ihnen gemeinsame Probleme zu diskutieren. Wir sind für jede solche Gelegenheit dankbar, und ich darf versichern, daß wir immer deutsche Observateure, oder, lassen Sie mich lieber sagen: deutsche Freunde bei uns sehr gern sehen.

Um in diesem Zusammenhang auf etwas in der Bundesrepublik hinzuweisen, wovon ich glaube, daß wir Schweden davon besonders lernen können, möchte ich das erwähnen, was man europäische Gesinnung nennen könnte. Wenn wir da im Norden – schon aus geographischen Gründen etwas abseits – vielleicht etwas insular sind, ist es bei Ihnen dagegen klar, daß man sich hier in der Mitte befindet, in der Mitte des Geschehens und deswegen auch in einer Atmosphäre europäischen Denkens und europäischen Fühlens. Für uns in Schweden, die eine allianzfreie Politik in der zweigeteilten Welt führen müssen, ist es eine dringende Notwendigkeit, die freien wirtschaftlichen und kulturellen europäischen Verbindungen zu bewahren. Darin liegt eine bestimmte Verheißung, daß gerade unsere beiden Länder in dem Brückenschlag, der früher oder später zwischen den Sechs und Sieben kommen muß, eine positive Rolle spielen werden.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch einmal unseren herzlichsten Dank, daß Sie uns bei dieser Gelegenheit hier sehen wollten. Wir schwedischen Gäste hoffen, daß diese Tagung auch in ihrem Fortgang einen glücklichen Verlauf nehmen wird. Vor allem aber hoffen wir, daß die Vorbereitungen für den kommenden Wahlkampf, die hier getroffen werden mögen, auch dieses Jahr zum Erfolg führen werden. Die Engländer sagen „There is no success like success“, und wir Schweden möchten hinzufügen, daß wir in Ihren Erfolgen auch einen Beweis dafür sehen, daß die Ideen, die auch wir verfechten, nicht nur richtig sind, sondern auch die richtige Tragkraft haben.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Sehr verehrter Herr Bohmann! Auch Ihnen danken wir für die Grußworte, die von so viel freundschaftlichem Verständnis für unsere Anliegen und unser Wollen zeugten. Wir haben auch Ihre Sorgen wohl gehört, wir wissen, daß sie vor allem um das Problem des Brückenschlages in Europa kreisen. Wir bitten Sie, Ihre Freunde von uns zu grüßen und die Überzeugung mitzunehmen, daß wir wohl wissen, worum es auch Ihnen geht und daß es auch an uns liegt, daß unsere Politik bestrebt sein wird, an diesem Brückenschlag mitzuhelfen. (Beifall.)

Nun darf ich noch dem Vertreter der Dänischen Konservativen Volkspartei, Herrn Reichstagsabgeordneten Gottschalck-Hansen, um die Ehre seines Wortes bitten.

Reichstagsabgeordneter Gottschalck-Hansen, Dänische Konservative Volkspartei:

Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident! Meine Herren Ministerpräsidenten und Bundesminister! Verehrte Teilnehmer des Parteitages! Es ist mir eine aufrichtige Freude, dem Parteitag der CDU die Grüße Ihrer dänischen Schwesterpartei, der Konservativen Volkspartei, zu übermitteln. In Dänemark haben wir mit Bewunderung beobachtet, wie unter der Führung der CDU/CSU zielbewußt ein demokratischer Staat hier im Lande aufgebaut und konsolidiert worden ist, und wie dieser Staat in die demokratische Gemeinschaft der freien Welt eingefügt wurde.

Weiterhin haben wir gesehen, wie schnell der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf der Grundlage des politischen Gedankenguts der Christlich Demokratischen Partei fortgeschritten ist. Als Mitglied der NATO sind wir in Dänemark mit der Bundesrepublik in demokratischer Freundschaft verbunden, und wir hegen den großen Wunsch, daß das ganze deutsche Volk unter dem System der demokratischen Freiheit leben wird, in dem das Recht des Volkes das Gesetz des Landes ist.

Mit großer Aufmerksamkeit beobachten wir die Entwicklung in Ihrem Land, und es ist unsere Hoffnung, daß das Berlin-Problem in absehbarer Zeit aufhören wird, ein Problem zu sein, und daß die alte deutsche Hauptstadt ganz und gar nach demokratischen Grundsätzen leben wird. (Beifall.)

Mit Besorgnis und Unruhe haben wir in Dänemark beobachtet, wie das demokratische Europa in zwei große Wirtschaftsgebiete aufgeteilt worden ist. Ein Warenaustausch zwischen Nachbarn, wie er viele Jahrhunderte hindurch zwischen Deutschland und Dänemark stattgefunden hat, ist eine selbstverständliche Notwendigkeit, und es ist mein Wunsch, daß der Zeitpunkt bald kommen möge, da die Zollmauern und andere Handelsschranken zwischen unseren Ländern wegfallen, uns beiden zum Vorteil und Nutzen. (Beifall.)

Am 17. September dieses Jahres wird das deutsche Volk über die Politik der nächsten vier Jahre entscheiden und es ist dabei mein Wunsch, daß die Aufbauarbeit der zwölf Jahre unter der Führung der CDU/CSU die Demokratie auch weiterhin konsolidieren wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Auch Ihnen, sehr verehrter Herr Gottschalck-Hansen, danke ich herzlich für Ihre Grußworte, und auch Ihnen versichere ich, wie Herrn Bohman soeben, daß wir bei unserer Politik das große Anliegen, das auch Sie berührt haben, gewiß nicht vergessen werden. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es liegt nun eine erhebliche Anzahl Wortmeldungen zum Referat des Freundes Dr. Schröder vor. Bis jetzt sind es sechs, die hier liegen. Ich darf Sie darum bitten, bei Ihren Beiträgen das Wort „in der Kürze liegt die Würze“ nicht nur in bezug auf die Reden anderer anzuwenden.

Aussprache

Ich darf als nächstem Redner das Wort erteilen, Herrn

Dr. Werber, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ersten Ausführungen des Bundesinnenministers waren dringend notwendig. Das empfinden wir Mitglieder seines Ausschusses im Bundestag besonders, weil wir die Härte des Ringens und die Schwierigkeiten der Lage aus der unmittelbaren Nähe vielleicht mit am besten beurteilen können. Wir sind der Auffassung, daß er gar nicht ernst genug über diese Frage sprechen konnte. Es hat in den letzten ein bis zwei Jahren wenig Minister in der CDU gegeben, die so stark Gegenstand der Angriffe von Osten gewesen sind wie unser Freund Gerhard Schröder. Das hat natürlich sachliche Gründe und diese sachlichen Gründe liegen in den Grundsätzen seiner Politik und eben in den Gesetzesvorlagen, die er hier dem höchsten Forum der Partei vorgetragen hat, z. B. in der Notstandsgesetzgebung und all den Gesetzen, die damit zusammenhängen. Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen Monaten -- und das ist sehr wichtig für den Wahlkampf -- darauf hingewiesen, daß sie es gewesen wäre, die bereit gewesen sei, über eine Notstandsgesetzgebung zu verhandeln. Wir wissen aber auch, daß die Sozialdemokratie die Sperrminorität besitzt. Aber es muß festgehalten werden, daß es sich hier um eine Schicksalsfrage handelt. Wenn eine Partei in einer Schicksalsfrage der Nation von ihrer Sperrminorität Gebrauch machen will, versündigt sie sich an dem Schicksal des Volkes. (Beifall.) Wir haben aber in der letzten Woche einen aufschlußreichen Test gemacht, um den wahren Willen dieser Partei einmal parlamentarisch festzustellen. Es handelte sich um die Frage, ob in diesem Bundestag wenigstens noch eines der sogenannten kleinen Notstandsgesetze verabschiedet werden könne. In einer Kampfabstimmung über die Geschäftsordnung mußten die Mitglieder unserer Partei im Innenausschuß es der Sozialdemokratie geradezu abringen, überhaupt noch über diese Dinge in diesem Bundestag sprechen zu können. Die nächsten beiden Tage -- Mittwoch und Donnerstag -- werden den Beweis liefern, wie hart die Gegensätze sind und wie wenig die SPD geneigt ist, in dieser Frage dem Volke und seinen Interessen zu dienen.

Es gibt ein Sprichwort: „Not kennt kein Gebot“. Gerade das ist das Problem! Weil wir auf dem Boden der Verfassung unter allen Umständen bleiben wollen, auch in der Zeit der Not, deswegen wollen wir die gesetzlichen Regelungen, damit das Sprichwort „Not kennt kein Gebot“ keine Anwendung finden kann. Es ist also nicht das Bundesministerium des Innern, es ist nicht die Bürokratie, die im Falle des Notstandes die Verfassung umgehen möchte. Weil wir diese Verfassung wollen und weil wir diese Verfassung bejahen, deshalb kämpfen wir um die gesetzlichen Regelungen, die einem Notstand gerecht werden, damit in der Stunde der Not unter den gesetzlichen Voraussetzungen jene Maßnahmen getroffen werden können, die notwendig sind. (Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke unserem Freunde Dr. Werber für seinen Diskussionsbeitrag und bitte nun das Wort zu nehmen,

Dr. Bert Even, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zum Thema der inneren Sicherheit gehören auch die linksradikalen Infiltrationsversuche innerhalb der deutschen Jugend. Wenn auch die erdrückende Mehrheit der deutschen Jugend immer wieder klare Absagen an den Radikalismus von rechts und links erteilt hat und sie durch ihr Verhalten stets aufs neue bekräftigt, so darf doch die ständige Wühlarbeit freiheitsfeindlicher Kräfte von links nicht unterschätzt werden. Das gilt um so mehr, als solche Unterwanderungsversuche offensichtlich vom Osten unter schamloser Ausnutzung der Vorstellungswelt harmloser junger Gemüter gelenkt werden. Wenn auch die Gruppen, die bewußt oder unbewußt zum Werkzeug dieser Propaganda werden, zahlenmäßig gering erscheinen, so darf dabei nicht übersehen werden – worauf Herr Minister Dr. Schröder bereits hingewiesen hat –, daß der Bolschewismus nirgendwo in der Welt durch Mehrheitswillen an die Macht gekommen ist, sondern überall durch das Wirken militanter Minderheiten, die von skrupellosen Berufsrevolutionären gesteuert wurden. Welches grauenvolle Schicksal der Jugend in einem kommunistischen Staat harrt, meine sehr verehrten Parteifreunde, dafür ist ein mahnendes Beispiel der unter uns weilende Hermann Josef Flade, (Lebhafter Beifall.) der nach zehnjähriger Zuchthauszeit in die Freiheit entkommen ist. (Lebhafter Beifall.) Hermann Josef Flade ist das Symbol des Freiheitswillens der deutschen Jugend gegen totalitäre Versklavung. (Lebhafter Beifall.)

Hauptangriffspunkte für die kommunistischen Infiltrationsversuche innerhalb der deutschen Jugend sind solche Verbände, von denen die Kommunisten annehmen, daß sie für ihre Propaganda ansprechbar sind.

Dazu gehören vor allem

1. die Sozialistische Jugend, „Die Falken“,
2. die Naturfreundejugend,
3. die Gewerkschaftsjugend, die sich mehr und mehr der ideologischen Kontrolle des DGB entzieht,
4. der Sozialistische Deutsche Studentenbund, welcher der Kontrolle der SPD völlig entglitten ist, so daß sie als Gegenorganisation den Sozialdemokratischen Hochschulbund gründen mußte,
5. der Liberale Hochschulbund (Sehr richtig.) und
6. verschiedene Organisationen von Wehrdienstverweigerern.

Als Beweis, meine sehr verehrten Parteifreunde, für erfolgreiche Versuche der kommunistischen Infiltration hier einige harte Tatsachen:

1. Die „Falken“ lehnen eine Mitarbeit im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ ab, weil sie dessen Politik für zu einseitig antikommunistisch halten. (Hört!-Hört!-Rufe.) Ebenso lehnten die „Falken“ eine Mitarbeit in der Kommission des Deutschen Bundesjugendringes für Bundeswehrfragen ab, weil sie gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag sind.

Die Kölner „Falken“ weigerten sich 1960, an der Feier zum 17. Juni des Jugendrings mit der Begründung teilzunehmen, die Feier diene der Interessenpolitik der Adenauer-Regierung. 1959 und 1960 führen jeweils mehrere Hundert der sozialistischen „Falken“ zur polnischen kommunistischen Staatsjugend.

Der Informationsdienst des Bezirks Niederrhein der „Falken“ rief im Januar 1961 die Mitglieder auf, es der Jugend Japans nachzumachen und zu Aktionen gegen die Atomrüstung überzugehen. Das Zentralorgan der „Falken“, „Junge Gemeinschaft“, schrieb zwar auf Druck der SPD: „Es ist jetzt erforderlich, daß auch wir uns in das taktische Konzept“ – ich bitte zu vermerken: in das taktische Konzept – „der Sozialdemokratie einordnen.“

Trotzdem überwies der Bundesvorstand der „Falken“ eine Solidaritäts-Spende in Höhe von 400 DM an den Zentral-Ausschuß der Ostermärsche, obwohl die SPD vor den Ostermärschen warnte, da sie kommunistische Drahtzieher vermutete. Zahlreiche Mitglieder der „Falken“ nahmen an den Märschen teil, darunter auch ihr Bundesvorsitzender, und in diesen Tagen erreichte uns, meine Damen und Herren, die Nachricht, daß die Westberliner „Falken“ eine Teilnahme an der Feier zum 1. Mai ablehnen, nachdem man linksradikale Transparenze für unerwünscht erklärt hatte.

2. Die Naturfreundejugend steht noch weiter links als die „Falken“. Ostkontakte gehören zu ihrem festen Programm. Der Marxismus ist ihre geistige Plattform. Ihr Bundesvorsitzender Fallner ist Mitglied des Zentral-Ausschusses für die Ostermärsche. Er ist übrigens durch die SPD stellvertr. Leiter des Frankfurter Stadtjugendamtes geworden und erklärt offen, daß zu seinem Verband junge Kommunisten gehören.
3. Die Gewerkschaftsjugend hat ebenfalls einen bedenklichen Kurs eingeschlagen. Im März 1960 sprach sich der 5. Jugendtag der IG Bergbau in Gelsenkirchen gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag und für Ostkontakte aus. Im Mai 1960 erklärte sich der 5. Jugendtag der IG Metall für Ostkontakte, gegen einen Verteidigungsbeitrag und für die Entsendung einer Delegation in die Zone.

Im Juni 1960 lehnte der 4. Jugendtag der IG Bau, Steine und Erden eine Einladung an Bundeswehroffiziere ab, beanspruchte jedoch das Recht – wie er sich ausdrückte – „in die Streitkräfte hineinzuwirken“.

Im Juli 1960 beschloß die Jugend der IG Holz Kontakte mit der Sowjetzone.

Der 5. Bundesjugendtag der IG Textil und Bekleidung beschloß vor wenigen Wochen in Wuppertal wörtlich, „alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Notstandsgesetzgebung zu Fall zu bringen“. (Zurufe: Hört! Hört!) Soeben beschloß die OTV-Jugend, Ostkontakte herzustellen und – wie sie sich ausdrückt – „Studiendelegationen“ in die Sowjetzone zu entsenden.

Es ist dabei bemerkenswert festzustellen, daß sowohl die „Falken“ als auch die Naturfreunde- und die Gewerkschaftsjugend zur Förderung ihrer Arbeit auf allen Ebenen öffentliche Gelder erhalten.

4. Auch die Jungsozialisten der SPD sind nicht frei von linksradikalen Versuchungen, vor allem auf den unteren Ebenen.

Der SPD-Kongreß „Jugend und Macht“ vom November 1960 in Bad Godesberg besaß keine demokratische Legitimation der Jungsozialisten von unten nach oben. Die Teilnehmer waren vielmehr von der Parteispitze ausgesucht und eingeladen worden, weil sonst unerwünschte Diskussionsbeiträge und Beschlüsse zu befürchten gewesen wären. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß zahlreiche Jungsozialisten gleichzeitig Mitglieder bei den „Falken“, der „Naturfreunde- und der Gewerkschaftsjugend sind.

Im September 1960 reisten 20 führende Jungsozialisten nach Moskau. Im Oktober wurde ein Antrag von jungsozialistischer Seite dem SPD-Parteitag in Hannover vorgelegt, in dem – wörtlich – „von der völlig verfehlten Aufrüstung der sogenannten Bundeswehr“ die Rede war und Verhandlungen mit der Regierung des Zonenregimes verlangt wurden. Im November 1960 forderten die Jungsozialisten Bremen Nord, der Deutschlandplan der SPD müsse wieder aufgegriffen werden.

Wenn auch die SPD sich verzweifelt gegen linksradikale Unterwanderungsversuche vor allem innerhalb ihres Nachwuchses zur Wehr setzt, so darf jedoch eines nicht übersehen werden: Die SPD hat durch ihren zehn Jahre langen verbissenen Kampf gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag durch die Unterstützung der zwielichtigen Atomtod-Kampagnen und durch ihr Eintreten für außenpolitische Experimente mit Pankow und Moskau jene Atmosphäre schaffen helfen, die linksradikalen Tendenzen förderlich ist. (Lebhafter Beifall.) Die SPD wird nun die Geister nicht mehr los, die sie selber gerufen hat. (Sehr-richtig-Rufe.)

Schließlich ein Wort zur Lage im Bundesjugendring: Erfreulicherweise hat der Bundesjugendring eine Kommission zur Aufspürung und Bekämpfung rechtsradikaler Gruppenbildungen eingesetzt. Nach den vorgebrachten Tatsachen erscheint es erforderlich, auch einen Untersuchungs-Ausschuß für linksradikale Infiltrationsversuche einzusetzen. (Lebhafter Beifall.) Dafür hat sich bisher leider im Bundesjugendring eine Mehrheit nicht finden lassen, wobei es interessant ist, daß die „Falken“ seit Jahren von einer linken Fraktionsbildung innerhalb des Jugendringes sprechen. Es sollte jedoch allen freiheitlichen Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein, nicht nur rechtsradikale Regungen im Keime zu ersticken, sondern mit gleicher Entschlossenheit auch linksradikalen Zersetzungsversuchen zu begegnen.

Es ist die besondere Aufgabe der CDU und ihrer Jungen Union, immer wieder auf die Notwendigkeit der Aufklärung und des Kampfes gegen jede Form des Totalitarismus hinzuweisen und in diesem Kampf an der Spitze zu stehen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke Dr. Even für seinen Diskussionsbeitrag, der vielen von uns gewiß zu denken gibt.

Ich erteile nun das Wort Herrn

Müller-Hermann, MdB:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist ermutigend und beruhigend, gerade aus den Worten unserer auswärtigen Gäste zu hören, wie absolut das Vertrauen heute wiederum auch im Ausland in die Festigkeit unserer freiheitlich-sozialen Staatsordnung geworden ist.

Ich glaube, wir können mit voller Überzeugung davon sprechen, daß die Verbundenheit unseres Volkes mit unserem freiheitlich-sozialen Rechtsstaat und mit der demokratischen Staatsordnung tiefe Wurzeln geschlagen hat. Wir sollten gerade bei dieser Gelegenheit sehr klar feststellen, daß diese Entwicklung in allererster Linie ein Verdienst der Christlich Demokratischen Union, der Bundesregierung und insbesondere des Herrn Bundeskanzlers ist, nicht zuletzt, weil die Bundesregierung als Repräsentanz des Staates zugleich das Vertrauen in den breiten Schichten der Bevölkerung geweckt hat, daß dieser demokratische Rechtsstaat wirklich eine echte Repräsentanz unseres g a n z e n Volkes ist und auch seine sozialen Belange richtig zu vertreten versteht.

Es ist hier heute vom Herrn Bundesinnenminister Dr. Schröder und auch von meinen Vorrednern in der Diskussion aufgezeigt worden, daß es auf der äußersten Rechten, insbesondere aber auf der äußersten Linken Feinde unseres demokratischen Staates gibt, die sich, soweit es sich um die linksradikalen Kräfte handelt, der bewußten Förderung durch den kommunistischen Machtblock erfreuen dürfen.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende von Knoeringen hat kürzlich auf einer Hochschultagung einige Sätze ausgesprochen, mit denen wir uns als Christliche Demokraten voll und ganz identifizieren können. Es heißt da:

„Mit aller Entschiedenheit wandte sich Herr von Knoeringen gegen die Behauptung, zwischen Ost und West werde es auf die Dauer zu einer Synthese der politischen Systeme kommen. Der Kommunismus habe von seinem Totalitätsanspruch bisher auch nicht ein Jota aufgegeben. Koexistenz sei für den Osten nur ein Mittel zum Totalen Sieg des kommunistischen Weltsystems.“

Soweit Herr von Knoeringen. Die Frage, die wir zu stellen haben, ist nur die, ob diese These des Herrn von Knoeringen oder eines Teiles des SPD-Vorstandes heute wirklich auch Allgemeingut der Sozialdemokratischen Partei in allen ihren Gliedern ist. Ich glaube, daß wir auf Grund der vielfältigen Erfahrungen auf Landes- und kommunaler Ebene sehr wohl berechnete Zweifel anmelden müssen, daß dem so ist.

Ich will hier nur auf zwei meines Erachtens typische Beispiele hinweisen. Das eine ist, daß ein Mann wie der Professor Abendroth, dessen öffentliche Äußerungen Zweifel aufkommen lassen müssen, ob er überhaupt auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung steht, Mitglied des Staatsgerichtshofes in zwei sozialdemokratisch regierten Ländern ist. Ich will nicht einzelne Äußerungen von Herrn Professor Abendroth zitieren. Es liegen aber auch authentische Berichte darüber vor, daß Herr Professor Abendroth, heute Mitglied zweier höchster Gerichtshöfe auf Landesebene, aus seiner prokommunistischen Gesinnung lange Zeit gar keinen Hehl gemacht hat, daß er zum Beispiel in einem englischen Kriegsgefangenenlager dadurch auffiel, daß er sein Zelt stolz mit einer selbstgefertigten Fahne mit Hammer und Sichel zierte.

Ein anderer typischer Vorfall ist, daß eine sozialdemokratisch regierte Landesregierung toleriert, daß Schulklassen Kontakte zu sowjetzonalen Staats- und Parteidienststellen unterhalten und Lehrkräfte dabei mitwirken, deren geistige Haltung sich durch die Äußerung dokumentiert, es müsse von Seiten der Schulen etwas getan werden, um den Schülern klarzumachen, daß der Papanz der bolschewistischen Gefahr, wie ihn die westliche Propaganda darzustellen versucht, in Wahrheit gar nicht existiere. Der zuständige Kultusminister, daraufhin zur Rede gestellt, antwortet dann, er sehe kein Recht, über eine freie Meinungsäußerung einer Lehrkraft ein Urteil zu fällen oder einzugreifen.

Ich glaube, daß es ein verhängnisvoller Fehler wäre, Bestrebungen nachzugeben, die den Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung auch die volle Freiheit der Rede und Betätigung einräumen wollen. Wir wollen unserer Bundesregierung unseren Dank dafür aussprechen, daß sie sich mit Härte, Entschlossenheit und Wachsamkeit darum bemüht, den Kräften, die versuchen, sei es mit offener Propaganda, sei es mit versteckter Infiltration, unser Volk gegen unseren Staat zu beeinflussen, das Handwerk zu legen. Ich glaube, daß die bitteren Erfahrungen, die wir in der Weimarer Republik gemacht haben, uns heute zur äußersten Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Freiheit aufrütteln müssen, und daß ihnen gegenüber Milde nicht am Platze ist.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke Herrn Müller-Hermann für seinen Beitrag und erteile nunmehr das Wort Herrn Hernmarck vom Landesverband Oder-Neiße.

Es haben sich noch zwei weitere Diskussionsredner gemeldet zu diesem Themenkreis. Ich darf dann dem Bundesminister von Merkatz das Wort erteilen.

Herr Hernmarck, L. V. Oder-Neiße:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem Bericht des Herrn Bundesministers Dr. Schröder ging hervor, daß die bisherige Gesetzgebung unzureichend ist, um den Schutz des Staates

und seiner Bürger nach i n n e n sicherzustellen. Daß es bisher nicht gelungen ist, diese Lücke zu schließen, ist letzten Endes auf die negative Einstellung der SPD zurückzuführen. Wir haben den Vorträgen des Vormittags entnommen, daß die Durchführung der Pläne der Bundesregierung, unter Mitwirkung unserer Verbündeten im freien Westen eine ä u ß e r e Sicherheit herbeizuführen, ebenfalls jahrelang durch das Nein der SPD erschwert worden war und daß, wenn bis heute dennoch beträchtliches erreicht werden konnte, dieses praktisch nur der Autorität der Regierung bzw. der Mehrheit der Bevölkerung, die hinter der CDU/CSU steht, zu verdanken war. Die Konsequenzen auf i n n e r politischen Gebiete zu ziehen, wird nunmehr die Aufgabe des neuen Bundestages sein. Die bisher leider vergeblichen Versuche, eine Notstandsgesetzgebung in zureichendem Maße durchzusetzen, können nur durch eine noch größere Mehrheit zum Erfolge geführt werden, die wir daher schon deshalb anstreben müssen.

Zu der von Herrn Bundesminister Schröder geschilderten ersten Gefahr der Infiltration aus dem Osten gehört nicht allein die Tätigkeit der Agenten aus dem Osten, sondern auch die Empfänglichkeit weiter Kreise des Westens, und zwar auch außerhalb der SPD. Es besteht die erhöhte Gefahr, daß weite Kreise der hiesigen Bevölkerung in ihrem Widerstand allmählich erlahmen.

Wir haben heute die letzte Ausgabe unseres Informationsdienstes (Nr.16/1961) „Union in Deutschland“ erhalten. Die erste Information trägt die Überschrift „Diffamierung angeprangert“. Sie bezieht sich auf ein Buch, das der sozialdemokratische Sozialminister von Hessen zu Weihnachten 1960 den Absolventen der Volksschulen überreichen ließ. Dieses Buch ist voll von Verleumdungen unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers sowie anderer maßgeblicher Persönlichkeiten unserer Partei. So sind in einer Fotomontage Bilder von Kaiser Wilhelm II, Hitler, Ulbricht und Adenauer über einer den Herrn Bundeskanzler diffamierenden gemeinsamen Unterschrift zusammengestellt. Dieses Buch ist kein privates Erzeugnis, sondern herausgegeben vom öffentlichen Organ der hessischen Landesregierung. Dieses ist nur e i n Beispiel unter den vielen. Sie alle beweisen, daß noch eine große Lücke in der Gesetzgebung zum Schutze der persönlichen Würde und Ehre von Menschen, die im öffentlichen Leben stehen, klafft, die beschleunigt geschlossen werden muß. Ich erinnere in diesem Zusammenhange auch daran, daß einer unserer Bundesminister vor einem Jahr das Opfer einer vom Osten gesteuerten Verleumdungskampagne geworden ist, die nichts anderes war als ein politischer Rufmord. Dieser Mann hat damals die Konsequenzen ziehen müssen. Inzwischen haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und sonstiger Organe der Öffentlichkeit zu seiner völligen Rehabilitierung geführt. (Beifall.)

Das hindert aber gewisse Presseorgane in der Bundesrepublik, und zwar nicht nur auf sozialdemokratischer Seite, keineswegs, ihre Angriffe skrupellos weiterzuführen und auch andere maßgebliche Persönlichkeiten zu diffamieren. Das alles aber kann straflos geschehen, weil die bis-

herigen Gesetze nicht ausreichen, um die Angegriffenen wirksam zu schützen und den Angreifern ihr schmutziges Handwerk zu legen. Diese arbeiten daher ungehindert weiter in dem Sinne, wie man es vom Osten her wünscht. Auch dieser Komplex gehört mithin unbedingt in den Rahmen der Aufgaben, die von einer Notstandsgesetzgebung gelöst werden müssen. (Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke Herrn Hernmarck für seinen Beitrag und bitte das Wort zu nehmen

Frau Griesinger, L. V. Nord-Württemberg:

Herr Präsident! Sehr geehrte Herren und Damen! Liebe Freunde! Seien Sie bitte ohne Sorge, ich werde die Gleichberechtigung mindestens in der Länge der Redezeit nicht in Anspruch nehmen, sondern ich möchte nur ganz kurz etwas über die Verpflichtungen der Frauen sagen. Herr Minister Dr. Schröder hat in seiner Rede erwähnt, daß die Verabschiedung des Notstandsgesetzes besonders auf große Schwierigkeiten seitens der Sozialdemokratie stößt. Wir haben uns seit der Vorlage der Entwürfe lange und ausführlich mit den Fragen eines zivilen Verteidigungsbeitrages befaßt, und ich möchte im Namen vieler Frauen der CDU ausdrücklich Ihnen heute sagen, daß wir uns nach ernster und gewissenhafter Prüfung grundsätzlich zu diesem Verteidigungsbeitrag in der Bundesrepublik bekennen. Über die Formulierung der Gesetze und vor allem über die Bestimmungen des Einsatzes von Frauen muß sehr sorgfältig diskutiert werden, besonders auch mit den verantwortungsbewußten Mädchen und Frauen und den entsprechenden Verbänden und Organisationen. Aber wenn wir die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage verfolgen und Formulierungen aus bestimmten Frauenkreisen zu lesen bekommen – wie die folgenden: „Wir sind gegen ein Frauennotdienstgesetz, wie wir gegen Atombewaffnung und Krieg sind. Wir sind für den Frieden“, dann müssen wir darin eine sehr ernste Gefahr sehen, daß hier unsere sehr verständliche Furcht vor Krieg und Zerstörung, die bei der Frau ja besonders groß ist, von unserer Natur aus gesehen, in unverantwortlicher Weise mißbraucht wird. Es wird dabei völlig verschwiegen, daß diese Notstandsgesetzgebung ja ein notwendiger Bestandteil zur Verteidigung unseres Landes ist und auch dazu beitragen wird, den Frieden gerade dadurch, daß wir den Beweis der inneren Festigkeit in der Bevölkerung mitzubringen versuchen, diesen Frieden auch weiter zu sichern. Auf die Wichtigkeit wurden wir ganz besonders in den letzten Tagen durch die neuesten Ereignisse in Frankreich und in Kuba hingewiesen.

Herr Minister Strauß erwähnte heute morgen, daß die Verteidigung nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern eine Aufgabe und Pflicht des ganzen Volkes sei. Die Frauen und Mädchen wissen sich in diese Verpflichtung mit hineingestellt. Wir vergessen, daß in vielen Ländern, vor allem in den sozialistischen Ländern – zum Beispiel auch in

Schweden – solche Notstandsgesetze schon vorhanden sind und von Männern und Frauen als erfolgreicher Beitrag für die Sicherheit ihres Landes akzeptiert werden. Wir wollen uns aus der Verantwortung gegenüber unserem Volk heraus deshalb dieser Verpflichtung nicht entziehen.

(Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke auch für diesen Diskussionsbeitrag und erteile nun als letztem Diskussionsredner das Wort unserem Freund

Landesinnenminister Dr. Filbinger, L. V. Südbaden:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Rede des Herrn Verteidigungsministers von heute morgen war der Satz enthalten, daß die militärische Verteidigung nicht Sache der Soldaten allein sein könne, die von Berufs wegen die militärischen Mittel zu handhaben hätten. Dasselbe gilt auch für den Komplex der inneren Sicherheit. Hier kann man es, was zutreffend der Herr Bundesinnenminister hervorgehoben hat, nicht der Polizei allein überlassen, einen perfekten Rahmen innerer Sicherheit zu garantieren, innerhalb dessen der Bürger ruhen und sich des Wohlstandes erfreuen darf. Wir haben in den letzten Tagen und Stunden gelegentlich den Atem angehalten angesichts der bestürzenden Ereignisse in unserem westlichen Nachbarlande Frankreich. Wir wissen, daß wir vor Ereignissen, die auch uns ganz unerwartet gefährden können, nicht gesichert sind.

Gewiß, wir haben in unserem Staat die intakten Institutionen des Strafrechts und des Strafvollzugs, und wir haben die polizeilichen Mittel. Die CDU ist entschlossen, eine Notstandsgesetzgebung zu schaffen, die letzten Endes die institutionellen Lücken unserer Sicherheit zu schließen vermag. Wir sind uns aber darüber klar, daß auch diese Mittel nur dann voll tauglich sind, wenn unsere Bevölkerung die Notwendigkeit einsieht, sich positiv hinter die Verfassung, ihre Institutionen und die Regierung zu stellen, wenn diese Bevölkerung all ihre seelischen und geistigen Kräfte der Bejahung für diesen Staat aufbringt und einsetzt.

Wir haben die Erfahrung des Weimarer Staates vor Augen. Er hatte eine Verfassung, die die freiheitlichste von Europa gewesen ist, die aber das Volk nicht davor schützen konnte, daß die extremste Unfreiheit eines Tages verwirklicht worden ist. Damals haben Massenarbeitslosigkeit, höchste soziale Not die Voraussetzungen für die Aushöhlung des Staates durch seine inneren Feinde geschaffen.

Wir haben in unserem Lande aber auch die Erfahrung gemacht, daß nicht nur soziale und individuelle Not, sondern auch der Wohlstand eine Gefahr für ein Volk und für seine Sicherheit sein kann. Wenn nämlich ein Volk sich so sehr auf die Mehrung des Luxus konzentriert, daß es vergißt, in welcher Gefahr es sich befindet, dann ist die Sicherheit und Freiheit eines solchen Volkes gefährdet. In dieser Situation befinden wir uns.

Der Karlsruher Parteitag der CDU hat diese Gefahren für unser Volk sehr deutlich herausgestellt. Damals hat der Mann, der durch seine Wirtschaftspolitik in erster Linie das Verdienst für die steile wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bei uns hat, davor gewarnt, daß man das Wirtschaftlich-Materielle verabsolutiere und durch das Starren auf äußeren Wohlstand vergesse, wohin man gerät, wenn man sich seiner Feinde nicht rechtzeitig entledigt.

Die Gefahr ist in der Zwischenzeit nicht geringer geworden. Wir wissen, daß unsere östlichen Gegner mit äußerster Aufmerksamkeit den inneren Zustand unseres Volkes beobachten, daß die etwa vorhandene Neigung zu Luxus und Komfort als willkommener Bundesgenosse der Bestrebungen dieser östlichen Mächte angesehen wird. Die Tausende von Agenten, die man in unser Volk einschleust, können ihre Aufträge viel leichter bei einem Volk erfüllen, das sich bewußt oder unbewußt von dieser Gefahr abwendet und sich um so intensiver den materiellen Lebensfreuden zuwendet.

Deshalb brauchen wir die wirksamste Ausrüstung unseres Staates mit allen institutionellen Mitteln, die eine innere Sicherheit gewähren können. Das, was Bundesinnenminister Schröder zu diesem Thema ausgeführt hat, insbesondere das, was er zu den Forderungen gesagt hat, die verwirklicht werden müssen, ist Wort für Wort zu unterstreichen. Es war notwendig, dieses festzustellen.

Im Rahmen dieses Themas darf aber auch die andere Aufgabe der inneren Stärkung der Gewissen und Herzen unseres Volkes nicht aus dem Auge verloren werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß alles, was wir uns an äußeren Mitteln schaffen, uns nur dann stärkt und sichert, wenn die nötige staatsbürgerliche Gesinnung unseres Volkes dahintersteht, die Entschlossenheit, zusammenzustehen in einer Anstrengung des Geistes und des Herzens, die unserem Staat auch von innen her die Gewähr gibt, daß neben den äußeren Mitteln die Kraft des Ethos eines ganzen Volkes uns stärkt.

Ich glaube, daß es auch zu den Aufgaben dieses Parteitages der CDU gehört, auf diese Dinge hinzuweisen. Die CDU hat das moralische Recht und die Pflicht gegenüber dem Volk, auch solche Maximen zu verkünden. Sie hat durch ihre Politik dafür gesorgt, daß Wohlstand und Sicherheit nach außen überhaupt erst werden konnten. Sie darf dem Volk und dem einzelnen sagen: Nun bist du an der Reihe, nun bist du aufgerufen, durch dein Bekenntnis zum demokratischen Staat die Garantie der Freiheit zu schaffen. (Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Ich danke auch unserem Freund Dr. Filbinger für seinen Beitrag, und damit ist die Diskussion zu dem Referat des Bundesinnenministers abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Nun hören wir ein weiteres Referat, und ich bitte Sie recht herzlich darum. Ich habe Verständnis dafür, daß es anstrengend ist, wenn man eine ganze Reihe von Nachmittagsstunden in

diesem Saale zugehört hat und nun auch noch unserem Freunde, dem Bundesminister von Merkatz mit Aufmerksamkeit zuzuhören. Er wird zu Ihnen über das Thema „Vertriebene und Flüchtlinge in der Gemeinschaft des Volkes“ sprechen. Ich begrüße ihn herzlich. Er hat lange Jahre durch dick und dünn unter einer anderen Firmenbezeichnung mit uns gefochten. Es war nur konsequent, daß er schließlich auch zur CDU gekommen ist.

Vertriebene und Flüchtlinge in der Gemeinschaft des Volkes

Bundesminister Dr. Hans-Joachim von Merkatz:

(Von Beifall empfangen)

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage pflegt oft agitatorisch, oft auch bagatellisierend behandelt zu werden. Beide Methoden sind falsch. Eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes darf nicht zur Agitation benutzt werden. Es wäre aber auch ein Irrtum, das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem als gelöst anzusehen.

Die 13 Millionen Vertriebenen und Zonenflüchtlinge, aber auch die Millionen, die durch den Bombenkrieg Heim und Vermögen verloren haben, sind Faktoren unserer Gemeinschaft. Ihr Schicksal hat sich dem Volkskörper eingepreßt. Sie sind ein wesentlicher Teil der deutschen Wirklichkeit, der deutschen Realität. Darüber möchte ich reden, über diese deutsche Realität, die wir meistern müssen, wenn sie uns nicht überfallen soll.

Wir haben heute gültige Worte über die innere und äußere Sicherheit gehört. Was die Vertriebenen und Flüchtlinge durch Disziplin und Fleiß, durch Bejahung von Ordnung, Recht, Freiheit und Einheit für die innere und äußere Sicherheit geleistet haben, ist ein Verdienst, ja, ich möchte sagen, ein einzigartiges Verdienst, das uns alle verpflichtet.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge sind jedoch auch den anderen Volksteilen verpflichtet, die zumal in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ihre eigenen kümmerlichen Zukunftsaussichten erschwert sahen und dennoch im großen und ganzen ihre Gemeinschaftspflicht in guter, anständiger Weise erfüllt haben.

Ich möchte heute gerade von dieser Leistung der Gemeinschaft ausgehen, die uns einen guten Start gab – ja, die einen Start aus dem Chaos erst möglich gemacht hat. Sie machte aber nicht nur den Start möglich, sondern sie ist die Grundlage unserer Gegenwart, die wir nicht so selbstverständlich nehmen sollten; sie ist darüber hinaus die Voraussetzung dafür, daß wir die harten Aufgaben der Zukunft meistern können. Ich will eine kleine Inventur der Gemeinschaftsleistung versuchen.

Was haben die Vertriebenen und Flüchtlinge vollbracht? Sie, die dem Chaos eines mit nationalistischen Leidenschaften begonnenen und in totaler Raserei ertrunkenen Krieges entronnen waren – entronnen nach Mühsalen, Leiden, Demütigungen, verjagt aus Heimat, Heim und Eigentum: sie bauten bei uns den Damm gegen den Bolschewismus.

Wenn man von Vertriebenen und Flüchtlingen spricht und die Wahrheit wissen will, die mit diesen Begriffen bezeichnet wird, dann sind es die der Verkümmern und vielfach auch dem Tode Entronnenen, die vor den Konzentrationslagern des Ostens und der Verschleppung nach Sibirien geflohen sind. Sie wurden Elemente der Ordnung und des Rechtes. Sie

wurden fanatische Verfechter des Eigentumsgedankens und der Selbsthilfe, die allerdings in der ersten Zeit aus materiellen Gründen leider zu wenig Ansatzpunkte finden konnte. Sie gaben uns, diese Flüchtlinge und Vertriebenen, und sie geben uns auch heute noch ein Ordnungsbild, in dem die Heimat mit all ihren formenden Kräften, die Selbstbestimmung, die freie Persönlichkeit und der Friedenswille die bestimmenden Faktoren abgeben. Heimat und Selbsthaftigkeit, zumal geistige Heimat und Selbsthaftigkeit, sind Elemente unseres Ordnungsbildes.

Wir und jene Teile der Welt, die den wahren Frieden durch die Freiheit gewinnen wollen, haben allen Grund, den Vertriebenen für die Stuttgarter Charta zu danken. Gerade die Vertriebenen sind zu dem Bewußtsein gelangt, daß der wahre Friede nur durch die Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit erlangt werden kann. (Beifall.) Wer hat die Charta entworfen und gebilligt? Es waren jene, die gerade Opfer einer grausamen Revanche geworden waren, ohne daß den einzelnen eine persönliche Schuld getroffen hätte. Sie, diese Opfer, haben ihrerseits jeder Revanche abgeschworen und auf Haß und Rache verzichtet. Das ist eine Großtat, die noch der Würdigung in der Welt harret.

Aus dieser Absage an Rache und durch die unabdingbare Bejahung des friedlichen Weges zum Erreichen rechtlich einwandfreier Ziele wird die Achtung vor dem Recht der Minderheit, die Achtung der Überzeugung des anderen gesichert. Das sind die wahren substantiellen Grundlagen einer freiheitlichen Demokratie. Es sind gerade die Vertriebenen, die unentwegt für die kulturellen und wirtschaftlichen Rechte der heimatlosen Ausländer in der Bundesrepublik tätig sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Vertriebenen und Flüchtlingen auch dafür danken, daß sie aus der willkürlichen Streuung der Konfessionen über die ganze Bundesrepublik alte Vorurteile überwinden halfen. Sie haben die Annäherung der beiden christlichen Kirchen, die sich aus dem gemeinsamen Widerstand gegen Hitlers heidnisches Regime gebildet hatte, vertieft und erweitert. Die Vertriebenen und Flüchtlinge, diese so schwer getroffenen Menschen, sind es in besonderem Maße, die einen zeitgemäßen, vertieften Begriff der Toleranz in christlichen und weltanschaulichen Fragen entwickelt haben, (Beifall.) so wie diese Menschen durch ihr Schicksal aus der Tiefe zu leben gelernt haben. Gerade die CDU hat allen Grund, das zu sehen und in seinen positiven Folgen, die auch staatspolitischer Art sind, zu würdigen. Durch den schon erwähnten Willen zur Selbsthilfe, die eine Voraussetzung der Gemeinschaftshilfe ist, haben die Vertriebenen und Flüchtlinge eine Ablehnung des Wohlfahrts- und Versorgungsstaates erkennen lassen. Es ist mir in unserer der Nivellierung und dem Wohlfahrtsstaat zuneigenden Zeit immer wieder ein Trost, eine Ermutigung und innere Freude, die namhaften Vertreter der Vertriebenen und Flüchtlinge gegen die Gleichmacherei und die Einschläferung der Selbsthilfe und Eigenvorsorge auftreten zu sehen.

Da drängt sich ein weiteres Merkmal auf, das gerade die CDU als anti-marxistische Partei nicht übersehen sollte: die Haltung der Vertriebenen und Flüchtlinge widerlegt ein für allemal plastisch und drastisch die marxistische Milieutheorie. Trotz völliger Armut, trotz Lager, Arbeits-

Frau Anne Brauksiepe.





Immer wieder gab Bundeskanzler Dr. Adenauer den Parteifreunden Autogramme. Die Saaldiener bemühten sich zunächst vergeblich, den Ansturm zu dämmen.

losigkeit, aufgezwungener Nivellierung und aller äußerer Indizien des sogenannten Proletariats sind die Vertriebenen und Flüchtlinge nicht dem Milieu erlegen. Sie haben sich ihm geistig nie ergeben und sie haben es abgeschüttelt mit einer Leidenschaft, die unverkennbar dem christlich-europäischen Erbe entströmt.

Dieses Erbe ist ja nicht nur deutschen Ursprungs. Als vor tausend und mehr Jahren die große Kolonisationswelle im Osten anhub, war sie getragen von Bayern, Schwaben und Rheinländern, nicht minder aber von Flamen, Wallonen, Lothringern und Söhnen von Burgund. Ja, sogar Schotten haben sich beteiligt. Wir sollten uns darauf mehr und mehr besinnen. Wir könnten dann manches falsche Urteil angehen und manches schiefe Bild bei unseren westlichen Nachbarn zurechtrücken.

Nun ein besonderes Wort an die Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie haben buchstäblich dem Nichts gegenübergestanden. Sie haben sich dabei bewährt und die traditionellen seelischen Kräfte ihrer Heimat und ihres Herkommens mobilisiert. Auch sie sind nun von einer Welle wachsenden Wohlstandes und sich steigender Ansprüche angezogen. Auch den von dieser Welt ausgehenden Kräften gegenüber ist eine Bewährung notwendig. Diese Bewährung muß ein Dank dafür sein, daß wir, die Vertriebenen und Flüchtlinge, der Sklaverei entronnen sind. Dieses Entronnensein verpflichtet uns in besonderem Maße zur Mitarbeit an der Verwirklichung und Sicherung der freiheitlichen Lebensordnung. Nicht als ob ich Ihnen Enthaltensamkeit von den Gütern und den Verbesserungen der Lebenshaltung empfehlen wollte, durchaus nicht. Zur Eingliederung gehört die Teilhaberschaft an schlimmen und guten Gütern. Was ich von Ihnen erbitte, ist: Bleiben Sie, wie Sie waren! Verlieren gerade Sie nicht das Gefühl für das richtige Maß und den echten Wert der Dinge. Behalten Sie das sichere Urteil über die Skala der Werte, das in Ihnen in den Tagen härtester Prüfung gewachsen ist. Binden Sie sich und Ihren Lebensinhalt nicht als einen willenlosen Kahn an das mit Volldampf in der Konjunktur fahrende Schiff. Sie, die Vertriebenen und Flüchtlinge, sind berufen, Ruder dieses Schiffes zu sein, ihm das Gesetz des Maßhaltens und der Steuerung durch Vernunft und Herz aufzuerlegen. Sie haben erfahren, wie schnell und radikal die Güter der Welt genommen werden können. Dann gibt es nur noch die seelischen und geistigen Kräfte, aus denen man leben und überleben kann. Hüten Sie diese Kräfte! Stellen wir sie über die materiellen Güter und seien wir Mahner und Wegweiser für alle, für den eigenen deutschen Lebensstil, der aus der Katastrophe dieser Zeit erwachsen wird.

Nicht nur die Vertriebenen und Flüchtlinge haben sich bewährt, sondern auch die Ausgebombten und jene, denen die härtesten Opfer erspart geblieben sind. Nehmen wir es nicht als eine Bagatelle, wenn durch das Lastenausgleichsgesetz bis jetzt 37 Milliarden DM ausgeschüttet werden konnten, von denen 27 Milliarden durch Sonderabgaben erhoben worden sind. Ich weiß, daß die Last dieser Abgaben im allgemeinen klein ist gegenüber all dem, was die Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausgebombten zu ertragen hatten. Das gibt uns aber kein Recht, die mittelbaren und unmittelbaren Leistungen des Steuerzahlers, die an die 80 Mil-

liarden DM herankommen, zu ironisieren. Ein kleines Wort der Anerkennung spornt mehr an als beharrliche Vorwürfe und Forderungen. (Beifall.)

Denken wir auch mit Anerkennung an jene, die aus freiem Antrieb oder über die Kirchen und karitativen Verbände in den schlimmsten Monaten von Mensch zu Mensch geholfen haben. Denken wir auch an die Ausländer, deren Sammelsendungen und Einzelpakete uns in größter Not erreichten und zeigten, daß wir nicht diffamiert, ausgestoßen, abgeschrieben sind. Denken wir auch einmal an die Frauen und Männer der Verwaltung, die sich redlich um uns mühten, die mehr taten als ihre Amtspflicht. Denken wir auch an die Parlamentarier, die im Vertriebenen-gesetz, im Lastenausgleichsgesetz, im Fremdrehtengesetz, in den Wohnungsbaugesetzen Regelungen geschaffen haben, die ihresgleichen in der Welt suchen.

Wir alle leben aus der Gegenseitigkeit. Wir sollten darum auch miteinander und füreinander denken. Daß wir das grausame Schicksal der unmittelbaren Nachkriegszeit meisterten, war eine Gemeinschaftsleistung. Es war die Prüfung der Nation auf Tragfähigkeit, Vernunft, Gemeinschaftsdenken, Beharrlichkeit und Geduld, eine Prüfung auf die letzte menschliche und seelische Substanz.

Was war der Sinn dieser Prüfung und ihres Bestehens? Warum haben wir den tiefsten Fall überwunden? Um nun auf der Höhe zu versagen? Dann wären wir der Kräfte, die wir in der Katastrophe entwickelten, nicht würdig gewesen. Dann könnte die Geschichte das härteste Urteil über uns sprechen: In der Katastrophe haben sie sich bewährt, aber als es ihnen besser, ja als es ihnen gut und schließlich sehr gut gegangen ist, sind sie an sich selbst gescheitert.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, vor einigen Tagen hat der Lastenausgleichsausschuß unter der klugen Leitung unseres Freundes Kraft und der sachverständigen Mitwirkung unserer Freunde Krüger, Kuntscher, Czaja, Leukert, Stiller, Hesberg, Koch und Eichelbaum die 14. Novelle für die Entscheidung des Plenums reif gemacht. Über 12 Milliarden betragen die Verbesserungen. Über die Hälfte dient der Anhebung der Hauptentschädigung, die in den mittelständischen Stufen 40 Prozent, unter Hinzurechnung der rückwirkenden Zinsen um mehr als 50 Prozent angehoben wird. Die Unterhaltshilfe wird verbessert und ihre Anrechnung auf die Hauptentschädigung wird entscheidend ermäßigt. Für die ehemals Selbständigen, auch für die Altenteiler, wird ein fühlbarer Zuschlag für Unterhaltshilfe gewährt. Die Vertriebenen, die den Stichtag versäumten, aber den C-Ausweis haben, kommen in den vollen Genuß der Lastenausgleichsleistungen. Die Stichtagversäumer ohne C-Ausweis können im Bedarfsfall Hilfen aus dem Härtefonds bekommen. Auch an die Pächter, die weichen müssen, ist gedacht. Die Kriegssachgeschädigten kommen durch die Aufhebung der Kürzungsbestimmungen in den Genuß einer Mehrleistung von rund 1,2 Milliarden D-Mark Hauptentschädigung. Die Zonenflüchtlinge ohne C-Ausweis erhalten unter großzügiger Voraussetzung eine Möbelhilfe, eine Einrichtungs-

beihilfe. Der § 3 BVFG wird novelliert, um Härten, die den Zugang zum C-Ausweis hemmen, zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern. (Beifall.) Aber was nützt das alles, wenn uns in den großen politischen Fragen Zuverlässigkeit, Beharrlichkeit, Vernunft und Geduld verlassen? Wenn wir im Materialismus versinken? Wozu wurden wir gerettet? Bestimmt nicht etwa dafür, daß es uns besser geht und daß wir uns damit am Ziel wähnen, sondern dafür, daß wir aus unserer besseren Position anderen dienen, denen es viel schlechter geht als uns, daß wir zumal der Wiedervereinigung unsere Gedanken und Kräfte widmen.

Hier ist die Aufgabe, hier ist der Prüfstein. Seien wir bereit, all unser Tun und Lassen dahin zu prüfen, wie es auf die Deutschen jenseits der Zonengrenze wirkt. Ob es diese stärkt oder entmutigt, ob es der Wiedervereinigung förderlich ist oder nicht. Wenn wir noch die Kraft aufbringen, aus unserem relativ günstigen Standort zuerst an unsere mit Gewalt von uns getrennten Landsleute zu denken und auch die vielen hungernden Gebiete der Welt nicht zu übersehen, dann hat unser Dasein einen Sinn.

Ich habe bewußt die Gemeinschaftsleistung und die Verpflichtung betont. Für die CDU und die Bundesregierung ist es selbstverständlich, daß sie stets prüft, was notwendig und was noch möglich ist. Die Erfüllung des noch Notwendigen wird die Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein. Die Planung aber beschäftigt uns schon jetzt. Die unmittelbar um 5,5 Milliarden und mittelbar um weitere 2 Milliarden DM verbesserte Hauptentschädigung erschwert die Erfüllung des Vorsatzes, die Auszahlung der Hauptentschädigung innerhalb der nächsten zehn Jahre abzuschließen. Das ist natürlich nicht leicht. Die Erreichung des einmal gesetzten Zieles ist jedoch die vordringlichste Aufgabe, die uns der Lastenausgleich jetzt stellt. Auch verbesserte Leistungen haben nur dann einen Sinn, wenn sie in absehbarer Zeit in die Hand des Berechtigten gelangen; wir halten daran fest, daß dieser Lastenausgleich den Lebenden und nicht den Toten zugute kommt.

Die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland sind neben den Vertriebenen und Ausgebombten zu einer dritten Kraft geworden. Die Ursachen von Vertreibung und Ausbombung einerseits sowie der Flucht aus der Zone andererseits sind rechtlich und zeitlich verschieden. Wir müssen auch aus außenpolitischen Gründen die Verschiedenheit der Ursachen betonen. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Betroffenen aber sind nahe verwandt. Die Bundesregierung hat mit der Einführung einer Möbelhilfe einen entscheidenden Schritt getan. Sie hat damit das Modell für eine praktische Hilfe gestaltet. An diesem Modell kann sich auch anderes entwickeln. Es handelt sich hier – wie schon gesagt – um ein Problem eigener Art. Nichts soll und darf geschehen, was nicht in seiner Rückwirkung auf die noch in Mitteldeutschland lebenden Deutschen sehr sorgfältig geprüft wird.

Alle bisher gelösten Aufgaben wurden getragen und bewältigt von einer Regierungsmehrheit und einer Regierung die von der CDU/CSU geführt wurde. Das kommt nicht von ungefähr. Große Gemeinschaftsleistungen und Gemeinschaftsaufgaben können nicht von Interessentengruppen vollbracht werden. Sie bedürfen der Trägerschaft durch eine

von allen Volksschichten gebildeten Partei, die den Ausgleich der Interessen in sich vollzieht und die damit die große Volkspartei ist. (Lebhafter Beifall.) Sie hat sich in der Vergangenheit bewährt, so bewährt, daß andere durch eine Kopie die Gunst des Wählers zu erringen suchen. Eine Kopie hat aber kein Eigenleben. Nur der Schöpfer des Originals hat die Sorgen der schöpferischen Arbeit durchlitten und die Kräfte für neue schöpferische Arbeit ausgebildet. Das haben die Vertriebenen und Zonenflüchtlinge erkannt. Keine Partei hat so viel Stimmen von ihnen bekommen wie die CDU. Die Flüchtlinge aus der Zone haben, da sie von der Front kommen, ein sehr klares Urteil. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen haben die Insassen eines Flüchtlingslagers zu mehr als 70 Prozent CDU gewählt. (Lebhafter Beifall.) Sie haben uns ein Beispiel gegeben.

Unser Handeln muß an der treuhänderischen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland für das deutsche Volk gemessen werden. Unser Vaterland ist Deutschland. Das wird in unserem Bewußtsein lebendig bleiben, ein erneuertes, ein von Grund auf, vor allem auch im Menschen, erneuertes Deutschland. (Langanhaltender Beifall.)

Wir gedenken derer, die im Osten als Deutsche zurückgeblieben sind. Wir gedenken unserer Landsleute, die in der sowjetisch besetzten Zone das deutsche Schicksal der Gegenwart erleiden. Wir wollen unsere ganze Kraft dem Wiederaufbau Deutschlands schenken und damit einen entscheidenden Beitrag zum Charakterbild unseres Volkes heute und hier leisten. Wenn man davon spricht, was die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Gemeinschaft des Volkes sind, so ist es dies: Sie haben in der Vergangenheit – und sie werden das auch für die Zukunft tun – einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet, das Profil des heutigen Deutschlands mitzuprägen, und dies alles ist die große Verpflichtung, in der wir gemeinsam in der Gemeinschaft des Volkes stehen.

(Langanhaltender Beifall.)

Präsidentin Dr. Steinbiß:

Herr Minister von Merkatz, wir danken Ihnen herzlich für Ihre Worte. Sie haben uns ein Spiegelbild von den Vertriebenen und Flüchtlingen entworfen, in welchem wir einmal die Flüchtlinge und Vertriebenen, die wir ja als einen Teil von uns selbst betrachten, doch wiederum in einem neuen Licht gesehen haben. Sie haben aber zum anderen auch den Flüchtlingen und Vertriebenen – wenn ich einmal so sagen darf – den Spiegel vorgehalten, daß sie doch auch erkennen sollen und wohl auch erkennen, was wir für sie zu tun gewillt sind.

Wir danken Ihnen auch, daß Sie uns alle aufgefordert haben zur gemeinschaftlichen Arbeit und zum gemeinsamen Bauen an einem neuen Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Es liegen nun folgende Wortmeldungen vor: Es spricht zuerst Herr Bundesminister a. D. Kraft, nach ihm Herr Bundestagsabgeordneter Eichelbaum, Herr Bruckner folgt, dann Herr Präsident Krüger, Frau Klee und als letzter hat dann das Wort Herr Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel.

Da die Zeit bereits vorgeschritten ist, möchte ich doch darum bitten, die Redezeit von vier, höchstens fünf Minuten nicht zu überschreiten, damit wir alle um 19 Uhr nach Hause gehen und uns unseren abendlichen Verpflichtungen widmen können.

(Aussprache.)

Bundesminister a. D. Kraft, MdB:

(von Beifall begrüßt)

Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! In der vorigen Woche tagte in Stuttgart der Flüchtlingsausschuß des Straßburger Europarates. Dabei wurde nach Pressenachrichten der Eingliederungsarbeit, die in der Bundesrepublik geleistet wurde, von den ausländischen Mitgliedern dieses Ausschusses viel Lob gesendet. In der Tat! Es ist viel geleistet worden: in der Arbeitsbeschaffung, im Wohnungsbau, durch die Rentengesetzgebung – ich denke an das Fremdrentengesetz vor allem – und anderen sozialen Maßnahmen, aber wir sehen auch trotz dieser hohen Anerkennung die Lücken in der Eingliederung, der Eingliederung in die erlernten Berufe, in eine der früheren Position entsprechende Stellung. Wir denken an das noch nicht gelöste Problem der Eingliederung vieler vertriebener Bauern und mittlerer Gewerbetreibender usw. Alle diese Lücken dürfen und wollen wir nicht übersehen. Aber dennoch: Wer von uns hat vor zehn oder zwölf Jahren noch dieses Ergebnis für möglich gehalten? Die Regierung hat die Grundlagen für diese Arbeiten durch ihre konsequente Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik gelegt. Diese Regierungsmehrheit hat gegenüber nivellierenden Tendenzen den Entschädigungscharakter des Lastenausgleichs durchgesetzt und ihn in der jetzt beratenen 14. Novelle weiter verstärkt. Wir sind, glaube ich, auf gutem Wege, weiteres, was notwendig ist, zu tun.

So anerkennende Stimmen aus dem Auslande und vieler ausländischer Mitglieder des Flüchtlingsausschusses des Europarats sollten von uns gern zur Kenntnis genommen werden. Sie sollen aber für Partei und Regierung Ansporn sein, in den schwierigen Bemühungen um eine möglichst vollkommene Eingliederung fortzufahren in dem Sinne, wie wir es eben aus dem Munde des Parteifreundes Bundesminister von Merkatz gehört haben. Die Vertriebenen aber werden sich wie bisher als das stärkste Bollwerk gegen den Kommunismus zu bewähren wissen.

(Langanhaltender Beifall.)

Präsidentin Dr. Steinbiß:

Ich danke Herrn Bundesminister a. D. Kraft und bitte nunmehr das Wort zu nehmen Herrn

Eichelbaum MdB:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Flüchtlingsproblem, von dem Sie, Herr Minister, gesprochen haben, ist nicht seit heute und nicht seit gestern beunruhigend, sondern seit zehn, ja seit fünfzehn Jahren. Unabsehbar ist der Strom dieser Menschen, unabzählbar ihre Menge, unberechenbar die Zukunft, und daher ist dieses Problem unheimlich schwer zu beurteilen und schwer zu bewältigen.

Hier in diesem Saale sitzen die CDU-Flüchtlinge, die als Politiker 1945 in der russisch besetzten Zone originär eine CDU, eine christliche und eine demokratische Union, aufgebaut haben in einer Zeit, als die russische Besatzungsmacht nach den Potsdamer Beschlüssen gehalten war, demokratische Einrichtungen zuzulassen. Aber wir hatten Lenin gelesen und wußten von seinem Rezept, die bolschewistische Revolution demokratisch zu bemänteln und zu tarnen. So standen wir von vornherein in einem Kampf um die demokratische Selbstbehauptung und waren sehr bald gezwungen zu einem hinhaltenden Widerstand, um zu retten und zu bewahren, was an demokratisch Neuem drüben aufgebaut und sofort wieder diktatorisch bedroht war. Als Widerstandskämpfer, als Widerstandsoffer, abgesperrt von den übrigen Deutschen im Kampf um das Leben, um die Freiheit, um das Gewissen, um die menschenwürdige Existenz, von der Haft bedroht oder von ihr ergriffen: so sind diese Flüchtlinge hergekommen, als Opfer und Zeugen jenes furchtbaren Kampfes!

Menschen, die ein auf Glauben und Gewissen gegründetes christliches Freiheitsbewußtsein haben, müssen diesen Gegensatz am tiefsten erleben. Und so lassen wir uns von keiner Partei bestreiten, daß wir christlichen Demokraten einen besonderen Anteil – was Zahl und was Bedeutung betrifft – an dieser Auseinandersetzung drüben haben! (Lebhafter Beifall.) Ich sage das, um klarzumachen, daß der Flüchtling sich und sein Schicksal politisch sieht. Das gilt auch für alle jene, die ohne eine politische Stellung einfach als Bürger und Menschen in den Strudel der Gewalt hineingeraten sind und wider ihren Willen den politischen Zwang erfahren.

Zwischen denen, die hier ins freie Deutschland hinüberflohen, und denen, die drüben mit blutendem Herzen und zusammengebißenen Zähnen und mit viel stärkerem Widerstand ausharren, als hier bekannt ist, steht als politische Eingangspforte die amtliche „Anerkennung“ als politischer Flüchtling. Jedem steht die Freiheit hier offen, der nicht mit Schandtat beladen ist. Aber lohnt es sich noch, zwischen „anerkannten“ und nicht-erkannten Flüchtlingen zu unterscheiden? Das haben wir, die CDU, im Bundestag bejaht, und wir haben die Zustimmung aller, die sich Flüchtlinge nennen.

Der Anerkennungsausweis ist zuerst ein Ehrenzeichen für das Ausharren bis zur letzten Möglichkeit. (Lebhafter Beifall.) In dem Verfahren, das die Fluchtgründe offenlegt, wird vor aller Welt täglich der Terror, die Gewalt, das Unrecht dokumentiert, das dadurch alle Freien dieser Welt mahnt, daß es so nicht weitergehen darf. Diese Anerkennung verschwinden zu lassen, wie die Sozialdemokraten wollen, hieße entweder diese Tatsache verschweigen oder als unbeachtlich hinnehmen oder vor ihnen als einer nicht mehr kontrollierbaren Katastrophe kapitulieren. (Lebhafter Beifall.)

Daß das Verfahren verbessert werden soll, hat der Herr Minister erklärt. Ich halte es für einen Vorzug und einen Erfolg dieses Jahres, daß nun den so Anerkannten die Gleichstellung in allen sozialen Leistungen des

Lastenausgleichs ermöglicht wird. Wir begrüßen auch, daß auch für die Nichtanerkannten im Zustande der Not eine Hilfe gegeben werden soll.

Wir sprachen von der Eigentumspolitik, und hier muß ich noch zwei Gedanken erwähnen. Der eine ist, daß man denen, die drüben ihr Eigentum eingebüßt haben und hier nicht als früher Selbständige für ihr Alter sorgen können, einen Ersatz als Alterssicherung schafft. Und das zweite ist, daß denen, die ihr Eigentum eingebüßt haben, jedenfalls das Recht festgehalten wird auf das, was sie verloren haben, für die notwendige politische Auseinandersetzung in der Zukunft.

Wir alle leben mit Hingabe, mit ganzem Herzen und mit aller Hoffnung in diesem freiheitlichen Staate für eine Zukunft, die wieder ein vereinigtes freies Deutschland heißt.

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Dr. Steinbiß:

Wir danken auch Herrn Direktor Eichelbaum für seinen Beitrag. Wir bitten Herrn Bruckner zur Diskussion „Jugendliche Flüchtlinge“. (Lebhafte Unruhe.) Herr Bruckner ist nicht da. Somit gebe ich das Wort dem Herrn Präsidenten

Hans Krüger (Olpe), MdB:

Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Gelegenheit nach der Rede des Herrn Bundesvertriebenenministers benutzen, um bei dem Abschluß der Ausschlußlesung der 14. Novelle den Beteiligten meinen Dank auszusprechen. Diesen Dank verdienen alle Fraktionskollegen, diesen Dank verdienen die Parteidienststellen, diesen Dank verdienen der Herr Bundesfinanzminister und der Herr Bundesvertriebenenminister und ihre Mitarbeiter, die mit einem großen Verständnis den besonderen Anliegen dieser Novelle gegenübergestanden haben. Ich glaube, daß gerade die Zusammenarbeit bei dieser Novelle, die gesamte Atmosphäre bei dieser Novelle so gut waren, wie in den vergangenen Zeiten nicht. Das sollten wir in diesem Zusammenhang einmal anerkennen.

Wir wissen, daß uns das Lastenausgleichsproblem noch lange Zeit beschäftigen wird. Das hängt damit zusammen, daß natürlich im Jahre 1952 die Leistungsseite noch nicht endgültig festgestellt werden konnte. Aber hier an dieser Stelle – das möchte ich hervorheben – kommt es darauf an, ob die Vorwürfe, die manchmal von der Opposition gegen uns erhoben werden, gerechtfertigt sind. Wenn wir davon ausgehen, daß alle Entscheidungen, einschließlich des Erlasses des Gesetzes und die 13 Novellen, die bisher ergangen sind, mit der entscheidenden Mehrheit der Christlich Demokratischen Union zustande gekommen sind, dann wissen wir, daß sich die CDU ihrer Verantwortung gegenüber den Vertriebenen von Anfang an bewußt gewesen ist. Diese Tatsache möchte ich bei dieser Gelegenheit heute während dieses Parteitages einmal herausstellen. (Lebhafter Beifall.) Denn diese Tatsache wird uns auch die Gewißheit geben, daß auch für die Zukunft die Lösung der noch anstehen-

den Probleme durch die Christlich Demokratische Union in dem Geist und in dem Sinne durchgeführt wird, wie sie nach den Ausführungen des Bundesvertriebenenministers bei der Regelung dieses Gesetzes notwendig ist.

(Beifall!)

Präsidentin Dr. Jochmus:

Wir danken Herrn Krüger für seinen Beitrag. Ich erteile nun das Wort

Frau Klee (Rheinland-Pfalz):

Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wenn wir hören, wie viele unserer Brüder und Schwestern von dem furchtbaren Schicksal des Verlustes ihrer Heimat betroffen sind, läßt uns die Frage, wie können wir helfen, nicht mehr zur Ruhe kommen. Was können wir tun, die wir die Gnade haben, in unserer eigentlichen Heimat zu leben? Ich glaube, daß gerade uns Frauen besondere Aufgaben vorbehalten sind. Wir können all dem, was von der Bundesregierung getan wird, das persönliche Moment hinzufügen. Wir können den Menschen, die zu uns flüchten, das Einleben erleichtern. Auf zwei Stationen ihres Weges brauchen sie uns ganz besonders, einmal, wenn sie in Berlin eintreffen. Sie haben dann aufreibende, verzweifelte Wochen hinter sich und den schwersten Abschied, den es nur geben kann. Sie stehen plötzlich vor dem Nichts. Jeder, der ihnen nun begegnet, steht stellvertretend für den freien Westen. An jedem einzelnen wollen sie die Kraft des Christentums erkennen. So wollen wir unseren Freunden in Berlin, die aufopfernd für die Sowjetzonenflüchtlinge da sind, dankbar sein und ihnen weiterhin beistehen durch unsere Spendenaktion, ihre tätige Hilfe fortzusetzen. Zum anderen aber sollte jeder einzelne von uns an seinem Heimatort für die Sowjetzonenflüchtlinge, besonders für die jugendlichen Flüchtlinge, da sein. Es geht darum, das gegenseitige Verständnis zu pflegen. Vor allem ist es wichtig, diesen Menschen, die ja nur die Diktatur kennen, die Problematik des richtigen Gebrauchs der Freiheit in der Demokratie aufzuzeigen.

Damit wird den Menschen deutlich gemacht, daß sie keine Nummern mehr sind, sondern daß sie ihr Leben selbst gestalten können. Wir dürfen sie nicht allein lassen, sondern sie müssen wissen, daß es Menschen gibt, an die sie sich mit all ihren Fragen und Problemen wenden können. Damit helfen wir ihnen, bei uns eine wirkliche neue Heimat zu finden.

(Beifall!)

Präsidentin Dr. Jochmus:

Wir danken Frau Klee für ihre aufmunternden Worte. Das Wort hat

Reichsminister a. D. von Keudell:

Fürchten Sie wegen der vorgeschrittenen Zeit keine Wiederholungen. Wir haben heute viele Bekenntnisse zu Europa gehört. Ich möchte zu Osteuropa noch etwas nachtragen, was bisher noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Es handelt sich hierbei gewissermaßen um eine Konkre-

tisierung unserer Ziele, Bekenntnisse und Pflichten gegenüber dem freien Europa. Wir haben dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesaußenminister wiederholt gedankt für ihre feste Haltung; sie steht außer Frage. Wir haben im Hinblick auf die Ostgebiete neben den Fragen des Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtsstandpunktes noch einen dritten Faktor zu erwähnen, der für die Zukunft von außerordentlicher, bisher nicht übersehbarer Wirkung werden kann, wenn es uns gelingt, die Freundschaft der unterdrückten, unter dem Bolschewismus schmachttenden Völker zu erringen.

Bei diesen erfreut sich der Herr Bundeskanzler eines geradezu legendären Ansehens. Er ist in symbolischer Form der Träger von Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Den Unkundigen und einem Teil der Presse sei es gesagt: Auf Grund unserer alten guten Beziehungen zu unserem polnischen Nachbarn sind wir Vertriebene besonders berufen und verpflichtet, uns an dieser Aufgabe intensiv zu beteiligen. Um der Verständigung willen müssen wir, gerade weil diese Initiative in der ausländischen Presse ein ungeahntes Echo hervorzurufen beginnt, auf diese Tatsache hinweisen. Herr Bundesminister a. D. Abgeordneter Kraft hat sich seit längerer Zeit dafür eingesetzt, daß den Ausländern in der Bundesrepublik Hilfe zuteil wird, und zwar im Sinne der Wiedergutmachung, der Pflege, Begünstigung und Förderung ihrer nationalen Eigenart, namentlich auch auf allgemein kulturellem wie schulischem Gebiete. Diese Ausländer sollen nicht etwa die Befürchtung hegen, bei uns einer Germanisierung ausgesetzt zu sein. Sie sollen, wenn einmal ein vereinigtes Europa besteht, auch die Gewißheit und Genugtuung empfinden, daß sie in Deutschland Zeuge und Teilhaber an einer großen gemeinsamen Aufgabe gewesen sind. Hieran mitzuarbeiten, ist unsere besondere Pflicht. Die Formel, die Entscheidung über die Ostfragen einem späteren Friedensvertrag zu überlassen, ist zwar richtig, genügt aber nicht. Wir müssen zu diesen Problemen unseren eigenen Teil jetzt beitragen, damit wir dann, wenn einmal dieser Tag kommt, bekennen dürfen, unserer Aufgabe gerecht geworden zu sein.

(Beifall.)

Präsidentin Dr. Steinbiß:

Ich danke für diesen Diskussionsbeitrag und erteile das Wort Herrn

Ministerpräsident von Hassel:

Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wer die Aussprache der letzten Stunde verfolgte, hat einen Überblick über das bekommen, was in diesen letzten Monaten und Wochen auf dem Gebiet der Politik für die Vertriebenen und Flüchtlinge getan worden ist. Meine Absicht, hier noch einige Sätze hinzuzufügen, brauche ich deshalb nicht zu verwirklichen, weil aus dem Referat unseres Herrn Vertriebenenministers und aus den Diskussionen sichtbar geworden ist, was die Christlich Demokratische und Christlich Soziale Union auf diesem großen Feld der Eingliederung getan hat.

Der Dank ist Ihnen geworden, meine Damen und Herren, aus dem Bundestag, die Sie sich um diese Fragen bemüht haben, von seiten derer, die es wissen. Und von seiten derer, die in der politischen Führung der CDU noch eine besondere Verantwortung für die Vertriebenen haben, sei hinzugefügt, daß man sich erst dann ein Urteil über das, was wirklich geschieht, bilden kann, wenn man aus der Fülle der Probleme all die vielen Bausteine zusammenträgt, aus denen nun ein Gebäude geworden ist. Vom Parteivorstand aus möchte ich diesen Dank an die Fraktion ebenfalls noch einmal aussprechen. Man sollte damit auch so manche Kritik zurückweisen, die heute draußen noch hörbar ist. Alle Träume lassen sich nicht verwirklichen. Aber das, was bisher geschehen ist, sollte uns, glaube ich, durchaus zu einer inneren Befriedigung berechtigen.

Das Zweite! Wer diesen Tag heute verfolgt hat vom Referat des Herrn Bundesvorsitzenden über die Grußworte unserer ausländischen Freunde und Gäste und die Diskussionsbeiträge und Zwischenreferate, der hat gesehen, daß sich durch unsere Gesamtpolitik wie ein roter Faden dieses gesamtdeutsche Bewußtsein, das Bekenntnis zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit hindurchgezogen hat. (Beifall.)

Wer die politische Diskussion draußen verfolgt hat, der hat vor drei oder vier Jahren dabei registrieren müssen, daß man uns, der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union vorgehalten hat, sie wolle die Wiedervereinigung nicht. Man hat es plakatiert, man hat Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissen und hat es so dargestellt, als ob die CDU die Wiedervereinigung nicht wolle. Man hat hinzugefügt, daß auch die Sozialdemokraten die Wiedervereinigung nicht wollten. Es sei lediglich – ich sage es jetzt einmal sehr präzise aus der Erinnerung dieser Plakate, dieser Reden, dieser Rundfunkansprachen und Veröffentlichungen – der Gesamtdeutsche Block/BHE, der wirklich für die Wiedervereinigung streite.

Meine Freunde, wir wehren uns dagegen, daß man durch eine solche Polemik, eine solche Darstellung dem Osten, der anderen Seite, die Möglichkeit gibt, durch Photographieren dieser Plakate, durch Wiedergabe dieser Reden und durch Auszüge aus Zeitungsberichten eine Dokumentation zusammenzustellen, nach der die beiden großen deutschen Parteien die Wiedervereinigung nicht wollten, daß also 90 Prozent des deutschen Volkes sie abgeschrieben hätten und daß die einzige Partei, die dafür streite, der Gesamtdeutsche Block/BHE sei; diese Partei blieb aber unter den 5 v. H. Wir wehren uns dagegen, daß man nachher daraus überträgt, lediglich 5 v. H. wollten die Wiedervereinigung. In diesem Augenblick, da die Argumentation gegen uns draußen weitergehen wird, füge ich hinzu, daß auch die neu gegründete Partei, die Gesamtdeutsche Partei, in diesen Tagen erklärt hat, sie sei die Partei der Wiedervereinigung. Ich bin der Meinung, daß wir uns dagegen eigentlich gar nicht zu wehren brauchen; denn aus der Argumentation und aus den politischen Taten der CDU kann man lückenlos entnehmen, wie wir dazu stehen.

Wir haben bisher immer und unmißverständlich – in Regierung, im Parlament, draußen beim Parteivolk – erklärt, daß wir auf nichts verzichten, auf das wir einen Rechtsanspruch haben, (Beifall.) daß wir auf die

Gebiete in den Grenzen des Jahres 1937 unseren Anspruch erheben. Wir wehren uns dagegen, daß man in den bevorstehenden Wahlkampf hineingeht und meint, die eine Partei sei besser denn jene. In dieser Frage der Wiedervereinigung, die in der letzten Stunde eine besondere Rolle gespielt hat, ist keine Partei besser denn jene. Alle politischen Parteien Deutschlands wollen die Wiedervereinigung. (Beifall.)

Und schließlich ein Wort an uns selber innerhalb der Christlich Demokratischen Union. Ich meine, daß wir auch dafür zu sorgen haben, daß sich bei uns Vertriebene und Flüchtlinge nicht zu beklagen haben hinsichtlich ihrer Nominierung für den Bundestag oder andere Parlamente, (Beifall.) daß sich Vertriebene und Flüchtlinge nicht zu beklagen haben hinsichtlich der Vertretung ihrer Belange, denn es sind die Belange unseres ganzen Volkes, und daß sie sich nicht zu beklagen haben hinsichtlich unserer Bereitschaft zur menschlichen Einordnung, denn es sind unsere Brüder.

Im Zusammenhang damit möchte ich noch einmal das aufgreifen, was gerade die letzten Diskussionsredner – und im besonderen auch die einzige Frau – ausgeführt haben, die in diesem Zusammenhang gesprochen haben: Es sind unsere Brüder, die von drüben als Flüchtlinge oder als Aussiedler kommen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich einmal mit denen unterhalten hat, die als Aussiedler oder Rücksiedler nach Deutschland zurückgekommen sind.

Wir haben in meinem Lande genau wie in den anderen Ländern Schulen, in die die Kinder kommen, die jetzt nach 15 oder 16 Jahren nach Deutschland zurückkehren, die erst einmal die deutsche Sprache wieder erlernen müssen. Unterhält man sich nicht nur mit den Kindern, sondern auch mit ihren Eltern und den Menschen, die jetzt aus der Zone kommen, in den Durchgangslagern oder später, wenn sie in die Städte und Gemeinden eingegliedert sind, dann erfährt man dabei, was sie durchgemacht haben und was sie erlebt haben. Sie werden ablesen können, was es für sie bedeutet, über die in dieser Stunde gesprochen wurde, dort drüben aushalten zu müssen. Davon machen wir uns hier in dieser schönen Welt, die wir wiederaufgebaut haben, überhaupt keine Vorstellungen. (Beifall.)

Ich meine, es gehört zum Abschluß eines politischen Tages, der sich mit Fragen der Außenpolitik, der äußeren Sicherheit, der inneren Sicherheit und den Fragen Gesamtdeutschlands beschäftigt hat, festzustellen, daß wir nach Hause in unsere Arbeit in dem Bekenntnis gehen, daß wir diesen Menschen, die drüben stehen, die Treue zu halten haben. ((Lebhafter Beifall.))

Präsidentin Dr. Steinbiß:

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch herzlichen Dank sagen Herrn Minister von Merkatz für seinen Vortrag und auch den Diskussionsrednern, die sich vorbildlich kurz gefaßt haben.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, daß morgen früh pünktlich um 9 Uhr Herr Bundeswirtschaftsminister Erhard seinen Vortrag beginnen wird. Damit darf ich die heutige Sitzung schließen.

Schluß: 19.05 Uhr

Dritter Tag: Mittwoch, 26. April 1961

3. Plenarsitzung

Beginn 9.15 Uhr

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Ich darf die heutige Plenarsitzung mit einem herzlichen Willkommensgruß eröffnen. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ein besonderer Gruß heute dem Herrn Vizekanzler Bundesminister Erhard gilt. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

An unserem Parteitag nehmen stellvertretend für alle unsere verstorbenen Mitarbeiter teil: Frau Arnold, Frau Ehlers, Frau Lenz, Frau Lindrath und Frau Cillien. Ich darf Sie nachträglich noch herzlich begrüßen. (Beifall.)

Sie werden sich mit mir freuen, wenn ich für alle, die es noch nicht wissen, sage, daß der Putsch in Algier zusammengebrochen ist. (Lebhafter Beifall.) Sie werden deshalb Verständnis dafür haben, wenn ich als erstem dem Generalsekretär der NEI, zugleich als Vertreter der französischen MRP, Herrn Abgeordneten Seitlinger das Grußwort gebe. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Begrüßungen

Abgeordneter Seitlinger, Mouvement Républicain Populaire (Frankreich):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Herr Minister Margue aus Luxemburg bereits im Namen der Internationalen Union Christlich Demokratischer Parteien zu Ihnen gesprochen hat, habe ich die Freude, im Auftrag des MRP mich an Sie zu wenden. Trotz der schweren Ereignisse, die in meinem Lande eingetreten sind, und trotz der gestrigen Einberufung der Nationalversammlung hat Präsident André Colin, Generalsekretär Maurice René Simonet, unsere Freunde Pflimlin und Poher daran festgehalten, daß die MRP bei Ihrem Kongreß vertreten sei. (Beifall.) Sie haben mich gebeten, dem Herrn Bundeskanzler und Ihnen allen, sehr verehrte Damen und Herren, Freunde unserer Schwesterpartei, die freundlichsten Grüße zu übermitteln. (Beifall.)

Unser Land durchlebt kritische und dramatische Stunden. Unsere nationale Einheit ist gefährdet. Wir wissen alle, daß Frankreich, ein freies, demokratisches Frankreich, Europa erhalten bleiben muß. (Beifall.) Wir wissen, daß wir auf das Verständnis und die Solidarität aller christlich demokratischen Parteien zählen können, und für diese Ermutigung danke ich Ihnen, Freunde der CDU, und allen anderen christlich demokratischen Parteien, deren Vertreter ja hier anwesend sind.

Ganz besonders möchte ich Herrn Bundeskanzler Adenauer danken für die persönliche Botschaft, die er an Präsident de Gaulle geschickt hat und in der er uns seine Sympathie und seine Freundschaft zum Ausdruck gebracht hat. (Beifall.)

Welches ist die Stellung der MRP in dieser Situation? Unsere Richtlinie ist klar und eindeutig. Unsere Partei, die aus der Résistance hervorgegangen ist, faßt seit ihrer Gründung Leute zusammen, die gleichzeitig die faschistische und die kommunistische Diktatur ablehnen und die bereit sind, dem christlich demokratischen Ideal zu dienen. Die MRP braucht deshalb nur – und wird auch nur – sich selbst treu bleiben, und indem sie das tut, dient sie Frankreich und gleichzeitig Europa. (Beifall.)

Abschließend darf ich zusammenfassend wünschen und, meine Parteifreunde, hoffen, daß in Frankreich die Vernunft, das Recht und die Freiheit siegen und laut letzter Meldungen soll dem schon so sein. (Lebhafter Beifall.)

Und darf ich wünschen, daß auch Ihre Partei wieder mit großen, ja noch größeren Erfolgen aus dem Wahlkampf hervorgeht. Denn beides ist erforderlich, beides ist unentbehrlich um der europäischen und der Friedenspolitik zu dienen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Wir können in diesem Augenblick nur Frankreich gratulieren, daß dieser Putsch so schnell vorübergegangen ist. (Lebhafter Beifall.)

Darf ich Herrn Abgeordneten Seitlinger für seine Worte herzlich danken. Herr Seitlinger, wir können Ihre Sorge von gestern verstehen. Aber Sie werden auch verstehen, daß der Freund unruhig wird, wenn der andere Sorgen hat. Und wir waren unruhig mit Ihnen und haben daher mit Ihnen auch heute die Freude, daß Sie wieder frei und ohne Sorge sind. (Beifall.)

Für die Österreichische Volkspartei spricht nun Herr Nationalrat Dr. Withalm.

Darf ich zwischendurch unseren ersten Bundesparteivorsitzenden, Herrn Bundeskanzler Adenauer, heute morgen herzlich begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Withalm (Österreichische Volkspartei):

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum zweiten Male kann ich mich des ehrenwerten Auftrages entledigen, Ihnen die Grüße der Österreichischen Volkspartei zu überbringen, vor allem auch die persönlichen Grüße und Wünsche des bisherigen Bundeskanzlers, Ing. Raab, und des nunmehrigen neuen Bundeskanzlers und Bundesparteiobmannes der Österreichischen Volkspartei, Dr. Gorbach. (Lebhafter Beifall.)

Parteitage sind in unseren politischen Bewegungen Stunden der Besinnung, des Innehaltens, eines Rückblickes und eines Ausblickes in die Zukunft. Auf Ihrem letzten Parteitag in Karlsruhe wurde ein Referat über das Thema „Wohlstand und was sonst?“ gehalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie in der Bundesrepublik und auch wir in Österreich haben unseren Völkern von 1945 bis heute einen Wohlstand erkämpft und erarbeitet, der beachtlich ist. Aber selbst dann, wenn es uns gelingen sollte, diesen Wohlstand zu steigern, werden wir damit allein der Herausforderung des Kommunismus und des Kollektivismus, in welcher Erscheinungsform auch immer, nicht gerecht werden, nicht mit Eisschränken, nicht mit Fernsehapparaten, nicht mit der Verkürzung der Arbeitszeiten und auch nicht mit einer Herabsetzung des Rentenalters. Wir müssen unseren Völkern mehr bieten, wenn wir dieser Herausforderung gerecht werden wollen. Wir müssen ein Gebäude errichten, das der Freiheit und der Würde des Menschen wirklich einen sicheren Hort zu bieten in der Lage ist. Eine tragende Säule in diesem Gebäude ist unsere Eigentumspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir müssen versuchen, bestehendes Eigentum zu erhalten, und wir müssen vor allem danach trachten, denen zu helfen, die noch kein Eigentum haben, zu diesem zu kommen. Sie haben hier in der Bundesrepublik Wege beschritten, die das deutsche Volk offensichtlich verstanden hat.

Von einer Wahl zur anderen wird das Vertrauen, das die deutsche Bevölkerung der CDU/CSU entgegenbringt, immer größer. (Lebhafter Beifall.) Das Jahr 1961 hat für Sie in der Bundesrepublik wirklich erfolgversprechend begonnen: Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen! Wir in Österreich haben diese Wahlen mit großem Interesse und mit wirklicher Genugtuung verfolgt. (Lebhafter Beifall.) Wir sind überzeugt davon, daß Sie auch im Herbst dieses Jahres, am 17. September, wieder einem großen Sieg entgegengehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Kampf, der Ihnen bevorsteht, geht nicht allein um Deutschland; am 17. September 1961 fällt die Entscheidung hier in der Bundesrepublik nicht nur für diesen Staat, sondern für ganz Europa und die freie Welt. (Starker Beifall.)

Alle guten Wünsche der Österreichischen Volkspartei begleiten Sie in den Ihnen bevorstehenden Wochen und Monaten. Kämpfen Sie den Kampf mit viel Erfolg für die freie Welt!

(Langanhaltender Beifall.)

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Ich darf Herrn Nationalrat Dr. Withalm für seine Worte herzlich danken und ihn bitten, der Österreichischen Volkspartei unsere herzlichen Grüße zu überbringen. (Starker Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es spricht nunmehr der Herr Vizekanzler Prof. Dr. Erhard über das Thema nach dem Programm „Soziale Ordnung schafft Wohlstand und Sicherheit“. In Wirklichkeit spricht er über „Wohlstand ist für alle da!“ (Heiterkeit und Beifall.)

Soziale Ordnung bringt Wohlstand und Sicherheit

Bundesminister und Vizekanzler Professor Dr. Erhard:

(Von der Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Herr Bundeskanzler, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde! Wenn die Christlich Demokratische Union im geistigen Verein mit ihrer Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union, vor einer neuen Wahl nach zwölfjähriger politischer Verantwortung vor sich selbst Besinnung übt und vor dem deutschen Volk Rechenschaft legt, dann tut sie das trotz überwältigender Erfolge und einer fruchtbareren und gesegneten Arbeit, die unser Land und die in Freiheit lebenden Deutschen aus einem vollkommenen Chaos zu befreien vermochte, frei von Hochmut oder gar Übermut, sondern sie ist sich der Gnade bewußt, die auf diesem Werk ruhte. (Lebhafter Beifall.)

Selbstverständlich werden wir um der Zukunft unseres Volkes und um der Wahrheit willen nicht darauf verzichten können, in voller Härte mit jenen oppositionellen Kräften abzurechnen, die unserer mühevollen Arbeit am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Landes mehr als zwölf Jahre hindurch feindselig begegneten. Wir dürfen es aus der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke nicht zulassen, daß sich die Opposition ganz offenkundig einzunebeln versucht und nach reichlich später Einsicht treuherzig versichert, das gleiche zu tun, nur besser machen zu wollen, was wir aus fast hoffnungslosen Anfängen heraus fruchtbar zu gestalten wußten. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind dabei ohne Feindschaft gegenüber den seitherigen Wählern der SPD; diese werden schon von selbst darauf kommen. (Heiterkeit.) Aber diese politische Falschmünzerei ist zu primitiv und zu durchsichtig, als daß sie selbst ein einfältiges Gemüt zu überzeugen vermöchte. Weil nun Beteuerungen leicht und billig sind, das Vollbringen aber hart und mühsam ist, kann und darf es nicht vergessen werden, daß die Sozialdemokratische Partei nicht mehr und nicht weniger alles bekämpft hat, was dem deutschen Volk zu Wohlstand und Sicherheit und vor allem zu politischem Vertrauen im Kreise der freien und gesitteten Völker verhalf. (Langanhaltender Beifall.)

Aus den eigenen Reihen der SPD wissen wir, daß vorwiegend taktische Überlegungen beim Godesberger Programm Pate gestanden haben. Herr Wehner sagte den etwas aufrührerischen Elementen so wie die Auguren unter sich: Na, Kinder, beruhigt Euch; es wird schon nicht so heiß gegessen werden. Haben wir erst gesiegt, dann können wir aus dem Programm noch machen, was wir wollen. (Heiterkeit.) Das deutsche Volk aber würde seine Zukunft durch seine eigene Schuld gefährden, wenn es hier nicht auf der Hut wäre, denn es handelt sich – wie gesagt – bei der SPD gar nicht um echte Einsichten, sondern eben nur um eine taktische Schwenkung, hinter der die alten Irrtümer hervorlugen.

Bürgermeister Amrehn, Berlin.





Vizekanzler Prof. Erhard und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Werner Schwarz.

Alle menschliche Erfahrung lehrt, daß derjenige kein Vertrauen verdient, der nach vorher erbitterter Feindschaft gegenüber dem Willen der Verantwortlichen erst immer fünf, acht oder zehn Jahre zu spät einsieht, welche Fehler und Sünden sein eigenes Handeln und Verhalten bestimmten, denn für ein Volk können, ja müssen fast solche Fristen tödlich sein.

Wir in der Christlich Demokratischen Union haben es nicht nötig, mit immer wieder neuen Beteuerungen eine Läuterung unserer Gesinnung glaubhaft zu machen; wir haben nichts abzuschwören. Wir können darauf verzichten, von Halbjahr zu Halbjahr in Parteigremien Korrekturen an fein säuberlich stilisierten Programmen vorzunehmen, um die Gemüter in den eigenen Reihen zu beruhigen und gleichwohl nach außen attraktiv zu erscheinen. (Lebhafter Beifall.) Wohl ist die CDU abgeschlossen und lebendig genug, dem dynamischen Geschehen unserer Zeit ihren Tribut zu zollen, aber im letzten Grunde ist es immer die christlich humanitäre freiheitliche Gesinnung und nicht eine von Opportunismus bestimmte Taktik, die ihre Entscheidungen bestimmt.

Wir haben es nicht nötig, durch wortschwallreiche Versprechungen Wähler zu locken; denn der deutsche Staatsbürger weiß aus seinem eigenen Schicksal durch die letzten 15 Jahre sehr wohl, was er von der Union bestimmten Regierungspolitik zu verdanken und im Guten und im Bösen von ihr zu erwarten hat; denn diese Politik ist lebendiges Leben, ist Wirklichkeit gewordene Tat. (Lebhafter Beifall.)

Und dennoch verlangen auch wir für die Zukunft nicht blindes Vertrauen. Wir sind uns bewußt, daß in einer so unruhigen Zeit der deutsche Staatsbürger Anspruch darauf hat, zu wissen, wie es um sein Morgen beschaffen ist und wie jene Politik geartet sein wird, die sein Schicksal bestimmt. Zwar ist heute weniger denn je das menschliche, das politische und auch das wirtschaftliche Leben der Völker rechenhaft auszudeuten. Und wir müssen mehr als je zuvor realen Sinn, Nüchternheit und Härte mit Phantasie und Intuition verbinden, um in dieser Welt Halt und Sicherheit zu finden. Nicht treibenlassen im wertefreien und geschichtslosen Raum, sondern Position beziehen, sich stellen und von unserem Standort aus diese Welt zu begreifen und mitzuarbeiten an Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit – das ist unsere Politik jetzt und in der Zukunft nach innen und nach außen.

Wenn der Herr Bundeskanzler gestern sagte, daß Fehler in der auswärtigen Politik nicht wiedergutzumachen seien, dann ist das ganz bestimmt unbestreitbar richtig; aber ich glaube, auch im Innern gilt ein Ähnliches; denn wenn erst ein Volk einmal dem kollektivistischen Denken verhaftet ist, dann ist es bekanntlich und nach aller geschichtlichen Erfahrung auch sehr schwer, es wieder auf die rechte Bahn zurückzuführen. (Lebhafter Beifall.)

„Soziale Ordnung“, als Obersatz begriffen, verlangt darum nach breiter Auslegung. Darunter ist nicht allein die Sozialgesetzgebung im engeren Sinne zu begreifen, noch erschöpft sie sich in Methoden, Verfahren und Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik; sie findet nicht ihre Grenze in den Maßnahmen der inneren Verwaltung; sie bedeutet mehr als haushalts-, finanz- und währungspolitische Ordnung; sie ist nicht zu

beschränken auf die Probleme des Sozialen Wohnungsbaus, der Flüchtlings- oder Familienpolitik und anderer Aufgaben mehr. Soziale Ordnung bedeutet in solchem Verstande das allumfassende und alle Seinsbereiche des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens einschließende Geschehen unserer Zeit. Soziale Ordnung ist der Boden, auf dem wir stehen und von dem aus wir wirken; es ist die Luft, die wir atmen; soziale Ordnung ist die Brücke vom Heute zum Morgen. Sie allein gibt uns die Sicherheit, der Zukunft vertrauen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Gerade weil wir aus christlicher Gesinnung heraus nicht der materialistischen Geschichtsauffassung huldigen, Mensch und Gesellschaft seien in sklavischer Bindung nur Produkt ihrer Umwelt, sondern umgekehrt aufgerufen sind, diese Umwelt aus Verantwortung vor Gott und den Menschen bewußt zu gestalten, hat die Union nichts gemein mit jenen, die in einer Gesellschaftspolitik nur die Aufgabe erblicken, die materiellen Dinge des Lebens bewältigen zu wollen. (Beifall.)

Die sozialistische Opposition möge diese Aussage richtig verstehen und als Erwiderung nicht mit abgedroschenen Phrasen von der ungerechten Verteilung des Sozialprodukts und der ungerechten Vermögensschichtung kommen. Denn noch keine deutsche Regierung seit der Reichsgründung – einschließlich der sozialistisch geleiteten in der Weimarer Zeit, noch irgendeine andere sozialistische Regierung in der Welt – hat aus so unheilvollen und fast hoffnungslosen Anfängen heraus für das soziale Sein eines Volkes so Fruchtbare und Ersprießliches geleistet, wie wir es für die CDU, für uns in Anspruch nehmen können. (Starker Beifall.)

Wir wissen um den Wert und das Gewicht des Materiellen im menschlichen Sein und fühlen uns gar nicht als Tugendbolde, die behaupten möchten, jeweils göttliche Gerechtigkeit geübt zu haben. Wir haben nicht geredet, sondern wir haben gehandelt; aber wenn uns die Opposition herausfordert, dann wird es uns unter der Zeugenschaft des deutschen Volkes ein wahres Vergnügen sein, gedruckt und auf Schallplatten und Bändern all die Äußerungen wiederzugeben, die die Haltung und Gesinnung der SPD gegenüber unserer Politik durch über zwölf Jahre eindeutig kennzeichnen und, (Starker Beifall.) wie ich glaube, das deutsche Volk fragen lassen, mit welcher moralischen Berechtigung diese ewig Irrenden einen Führungsanspruch über deutsches Schicksal erheben wollen. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wie nimmt sich neben diesen penetranten Versuchen der sozialdemokratischen Funktionäre, den marxistischen Adam durch die Optik des Keep smiling zu tarnen, (Heiterkeit.) die Leistung des deutschen Volkes selbst aus! Und diese Leistung soll auch hier auf diesem Parteitag ihre Würdigung finden. (Beifall.)

Wir haben in dieser Stunde den Arbeitern in Stadt und Land zu danken, die vor bald 16 Jahren, als die Waffen schwiegen, angingen, dieses Deutschland mit ihren Händen neu zu bauen. Wenn der deutsche Wiederaufbau eine Ruhmestat ist, dann ist dies in hervorragendem Maße auch eine Ruhmestat des deutschen Arbeiters. (Starker Beifall.) Und dafür sei ihm Dank. Die Union ist eine Volkspartei, in ihr hat auch der Arbeiter seinen Platz und seine Heimat. (Lebhafter Beifall.)

Wir danken ebenso den Angestellten und Beamten, die ihre Arbeit treu in den Dienst des Ganzen stellten und durch ihre disziplinierte Haltung in schwerster Zeit das soziale Gefüge unseres Volkes neu zu ordnen halfen. Wir haben in dieser Stunde aber vor allem, wie ich meine, den Frauen zu danken, ohne die das große Werk nicht gelungen wäre. (Lebhafter Beifall.) Wir haben ihnen zu danken für ihr Wirken als Mütter und Hausfrauen und in den Berufen. Es muß vor der Geschichte festgehalten werden, daß in der großen Tragödie unseres Volkes Geist und Werk unserer Frauen Sterne waren in der Finsternis. (Lebhafter Beifall.) Sie waren es, die dafür sorgten, daß unsere Familien und damit die wichtigsten Bausteine unserer sozialen Ordnung nicht auseinanderbrachen, und sie schufen damit die Grundlage für das, was wir erreichen konnten. Ihre stille hingebungsvolle Arbeit findet in keiner Statistik Niederschlag, weil Glück und Segen nicht mit Zahlen Ausdruck finden können. (Lebhafter Beifall.)

Wir danken in dieser Stunde auch jenen Mitbürgern, die durch ihre Arbeit in der Landwirtschaft uns über die schlimmsten Notzeiten hinweghelfen und wesentlich dazu beitrugen, daß der Aufbau erfolgreich in Angriff genommen werden konnte. Die deutsche Landwirtschaft hat – und das sage ich als Wirtschaftsminister – auch in unserem Lande eine Zukunft, (Beifall.) und ihre Zukunft wird um so gesicherter sein, als sich die Landwirtschaft selbst als Teil des Ganzen fühlt. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen an diesem Tage, an dem wir unsere Rückschau halten, auch jene nicht vergessen, die hier in der Bundesrepublik eine Heimstatt gefunden haben, die Flüchtlinge und die Vertriebenen. Zum Gelingen unseres Wiederaufbaus und zur inneren Konsolidierung unseres deutschen Lebens haben die Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in entscheidendem Maße beigetragen. (Beifall.) Was unter sozialem und wirtschaftlichem Aspekt zunächst als Last erscheinen mochte, wurde zum Segen und hat uns gemeinsam erst so recht ein Volk werden lassen. (Beifall.) Ich weiß um die Sorgen, die unerfüllten Wünsche und Sehnsüchte; ich weiß um das schwere Schicksal, das unzählige von ihnen erlitten haben. Unsere tätige Hilfe wird ihnen stets gewiß sein.

Wir haben zu danken jenen Menschen unseres Volkes, die an führender Stelle unmittelbar am Wiederaufbau mitwirkten. Das sind die Unternehmer, das sind die Kaufleute, die Ingenieure, das sind die Angehörigen der geistigen Berufe, die Erzieher und Ärzte, die Journalisten, die in den Verwaltungen Tätigen und jene, die in ihrer oft unsichtbaren Arbeit als Forscher, Erfinder und Denker die neue deutsche Wirklichkeit dennoch wesentlich mitbestimmen. Im Ringen um unsere Lebensgrundlagen waren und sind unsere Forscher, Erfinder und Denker berufen, uns für das deutsche Volk immer neue Möglichkeiten zu eröffnen und neue Wege zu weisen. (Beifall.)

Unzählige Menschen in unserem Volke arbeiten still und pflichtbewußt, ohne große Ansprüche, sie leisten Bleibendes, ohne daß die Öffentlichkeit von ihnen weiß. Sie leben nach dem Grundsatz: Mehr sein als scheinen. Wir haben ihnen zu danken. Vielleicht sollte das Beispiel dieser Stillen im Lande mehr Beachtung finden und mehr Vorbild sein als die

Idole, die heute auf den Märkten angepriesen werden. (Beifall.) Ich erwähne nur zwei Gruppen aus dieser großen Schar: die Schwestern im unermüdlichen Dienst der Nächstenliebe und die alten Menschen, die in vielen Wirkungskreisen treu ihr Bestes leisten und unserer Verehrung gewiß sein dürfen. (Beifall.)

Wir grüßen die deutsche Jugend, der unsere Liebe und die Zukunft gehört; – sie sei sich des Wertes der Jugend bewußt, aber sie möge nicht glauben, daß das allein schon Qualifikation bedeutet. (Beifall.) Unserer Jugend von heute steht wie keiner Generation zuvor die ganze Welt offen. Wann hat es in unserer Geschichte je eine solche Chance für junge Menschen gegeben, sich frei zu betätigen, sich selbst fortzuentwickeln und nach Ausbildung und Leistung nicht nur persönlich voranzukommen, sondern auch verantwortlich an dem öffentlichen Geschehen teilzuhaben, sei es im Inneren, sei es draußen, wie etwa im Zusammenwirken mit den Entwicklungsländern in der weiten Welt.

Während sich die Sozialdemokraten noch mit ihrer marxistischen Substanz, mit ihren Kümmernissen und Kummernuß (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen haben und sich aus ihrer Vergangenheit nicht zu lösen vermögen, denken wir an das Morgen. Die Sozialdemokratie möge glaubhaft machen, wie das Verharren auf den Grundsätzen der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie durch namhafte und mächtige Gewerkschaftsführer sozialistischer Prägung mit der Verkündung freiheitlicher Lehren seitens der Parteileitung selbst in Einklang gebracht werden könne. Es ist die Sache der SPD, wie sich die alten Genossen mit denen verständigen sollen, die man durch kaum glaubwürdige, sanft-freiheitliche Töne aus dem bürgerlichen Lager zu gewinnen hofft. Die Sozialdemokratie hat noch gar nicht begriffen, daß ihr mit jedem Tage mehr die Felle davon schwimmen, daß die sozialistische Heilslehre von gestern heute wie ein wirklichkeitsfremder Spuk anmutet, daß unsere Jugend von klassenkämpferischem Gezänk nichts mehr wissen will und der Begriff „Proletariat“ als Requisit aus der Rumpelkammer anmutet. (Lebhafter Beifall.)

Gerade weil wir uns aus beispielhafter materieller Not befreien mußten und über das Ganze gesehen in einer geschichtlich kurzen Frist den Übergang aus Not und Armut zu wachsendem Wohlstand vollziehen konnten, fragen wir nach dem Sinn und nach dem Wert materiellen Reichtums für das menschliche Sein. Man möge uns dabei nicht mißverstehen und etwa wähnen, daß wir nicht um die Bescheidenheit menschlicher Existenzen und noch mancher materiellen Not in vielen Familien wüßten. Keine Aussage aber kann hier für alle gelten, sondern immer nur ein gesellschaftspolitisches Phänomen im ganzen kennzeichnen. Innerhalb einer solchen Beschränkung darf ich doch sagen, daß wir uns in einer Situation befinden, in der es wohl berechtigt erscheint, heute vom Beginn einer neuen Phase des gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Lebens zu sprechen. Nicht, als ob es möglich wäre, von einem Tag zum anderen eine Zäsur vorzunehmen. Eine tiefere Überlegung führt aber doch dazu, zwischen dem Geschehen der vergangenen zwölf Jahre und der Aufgabenstellung der vor uns liegenden Zeit klar zu

unterscheiden. Es ist nicht das deutsche Schicksal, das die Welt gewandelt hat, sondern es ist vielmehr das weltpolitische Geschehen, das uns in seinen Bann zieht und uns nach unserer Kraft und Leistung mit der Bewahrung unseres eigenen Schicksals zu der Verteidigung der Freiheit in der Welt aufruft.

Wenn wir glauben, an einer Wegmarke unserer gesellschaftspolitischen Entwicklung angelangt zu sein, die uns zur Besinnung zwingt und zugleich rückwärts- und vorausblicken läßt, dann heißt das gewiß nicht, daß wir den Methoden und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft abzuschwören hätten. Wohl aber haben wir zu prüfen, ob die Werte nicht etwas anders zu setzen sind und ob in der Gegenwart unsere Schau nicht weiter reicht, ja weiter reichen muß als damals aus dem Trümmerfeld der Vergangenheit.

Im ganzen dürfen wir heute mit Berechtigung von einem Wohlstand unseres Volkes sprechen, aber wir möchten künftighin darunter nicht mehr allein die Verfügung über ein Maximum an Gütern begreifen. Der Wohlstand schafft Grundlage und Voraussetzung zur inneren Befreiung des Menschen aus der Hörigkeit kollektiver Abhängigkeiten und die Möglichkeit, an den geistigen und kulturellen Gütern der Welt teilzuhaben. (Beifall.) Wir sind aufgerufen, eine Politik zu verwirklichen, die uns in die Lage versetzt, unsere Umwelt in Stadt und Land, an den Arbeitsstätten und in den Haushalten dem Lebensgefühl des modernen Menschen einer freien Gesellschaft anzupassen.

Wir sind stolz und für unser Volk glücklich, daß wir gerade auch auf sozialem Gebiet so große Erfolge erzielen konnten. So sind zum Beispiel die gesamten Sozialleistungen der Bundesrepublik innerhalb der letzten 10 Jahre von jährlich rund 10 Milliarden auf über 35 Milliarden, der Sozialaufwand aus dem Bundshaushalt allein von rund 4 Milliarden auf rund 12 Milliarden, die Leistungen der sozialen Rentenversicherungen insgesamt von 2½ Milliarden auf 16 Milliarden und die Sach- und Barleistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen von 1,7 Milliarden auf über 8 Milliarden DM angestiegen. Das sind nicht nur die Früchte einer sozialverpflichteten Wirtschaftspolitik, mit der unsere Partei vor ihrem Gewissen und vor dem deutschen Volke wahrlich bestehen kann. (Beifall.) Diese beachtlichen Erfolge stützen sich auf eine Zunahme des Sozialprodukts, das seit 1950 eine Erhöhung von 97 Milliarden auf 276 Milliarden im Jahre 1960 erfahren hat, und auf eine Erhöhung des Volkseinkommens von 74,5 Milliarden auf 212 Milliarden im gleichen Zeitraum.

Es muß an dieser Stelle betont werden, daß die Erfolge unseres Wiederaufbaues aber nicht nur das Materielle, also das Profane, einschließen, sondern auch die großen Investitionen auf kulturellem Gebiet ermöglichten; so mancher, der von diesen Einrichtungen Gebrauch macht, ist sich dessen gar nicht bewußt.

Trotz der Verdoppelung der materiellen Existenzbedingungen unseres Volkes wollen gerade wir Christlichen Demokraten nicht übersehen, daß die innere Zufriedenheit der Menschen damit nicht Schritt hielt. Es ist kaum zu erwarten, daß weitere materielle Erfolge in Richtung einer

Verbesserung und Verbreiterung der Lebensführung in gleichem Ausmaß mehr Glück bescheren könnten. Wir kennen wohl alle das Gesetz vom abnehmenden Nutzen; aber diese Erklärung wäre zu banal, um über die gesellschaftspolitische Aussage hinaus das auszudeuten, was in der geistig-seelischen Sphäre des Menschen viel tiefer wurzelt. Hier kreuzen und vermischen sich ursprüngliche menschliche Empfindungen mit ideologisch bewußter äußerer Einflußnahme.

Ich stimme denen nicht zu, die das Unbehagen oder selbst die Unzufriedenheit des menschlichen Individuums als Ausdruck mangelnder Einsicht oder der Undankbarkeit nur negativ werten möchten. Ich bin vielmehr geneigt, darin zu einem erheblichen Teil ein Zeichen der Selbstbesinnung, ja vielleicht auch der Ernüchterung zu erkennen, die den einzelnen je nach seiner geistigen Artung fragen läßt, ob das nun der Sinn der menschlichen Arbeit oder gar des Lebens wäre, nur dem materiellen Genuß nachzujagen und zu konsumieren. (Beifall.) Das Störfeuer aber kommt von jenen Kräften, die aus parteipolitischer Opposition und um des Nachweises ihrer Daseinsberechtigung willen die Unruhe und Unzufriedenheit in einer ganz anderen Weise – nämlich von der entgegengesetzten Richtung her – schüren und den organisierten Gruppen in unserem Volk einreden möchten, daß sie trotz ständiger Verbesserung ihrer Lebensführung ewig zu kurz kommen und ihre Ansprüche noch immer mehr steigern müßten. (Beifall.)

Schuldig sind überhaupt alle, die durch ihr Verhalten die Illusion nähren, als ob ein Volk mehr als das gemeinsam Geschaffene – das heißt also etwa 120 % des Sozialprodukts -- verzehren könnte, die heute besitzen möchten, was morgen erst zu gewinnen möglich ist. So wird der einzelne Mensch aus seiner Selbstbesinnung durch äußere Einflüsse immer wieder aufgeschreckt, und gerade dadurch drohen sein Gewissen und sein Verantwortungsbewußtsein immer wieder erstickt zu werden. Das ist es eben, was die Geister verwirrt und nicht zur Ruhe kommen läßt. Es ist im letzten ein Kampf des Individuums gegen das Kollektiv, es ist die Auseinandersetzung zwischen Verantwortung und Machtanspruch. Ich predige gewiß nicht Verzicht und Entsagung, sondern ringe um die Einsicht, daß neben dem, was jeder froh genießen soll, wir auch als Gemeinschaft und Volk uns alle verbindende Aufgaben zu erfüllen haben und daß unsere Vor- und Fürsorge nicht nur dem Heute gelten darf, sondern auch das Morgen und Übermorgen – unsere Zukunft -- zu bedenken hat.

Wenn wir annehmen dürfen, daß wir im Schutze unserer Freiheit fortfahren dürfen, den Wohlstand unseres Volkes ohne krisenhafte Erschütterungen wie in den vergangenen, so auch in den kommenden zwölf Jahren zu mehren, dann muß man kein Anhänger einer materialistischen Geschichtsauffassung sein, um sich Gedanken darüber zu machen, wie eine solche Entwicklung unser Weltbild und das menschliche Lebensgefühl wohl wandeln mag. Gerade solche Vorstellungen sind geeignet, uns bewußt werden zu lassen, daß es nicht der letzte Sinn des Lebens und der uns gestellten geschichtlichen Aufgabe sein kann, noch einmal eine Verdoppelung des Konsums von Gütern – und sonst nichts – zu erreichen.

Bleiben wir aber zunächst mit beiden Füßen auf der Erde und packen wir die Aufgabe so an, wie die Zeit sie uns stellt. Wenn der Parteitag vor den Bundestagswahlen 1957 unter dem Zeichen „Wohlstand für alle“ stand und darüber das Ziel „Eigentum für jeden“ aufleuchtete, so bedeutete das selbstverständlich kein Vier-Jahres-Programm kommunistischer Prägung, sondern ein Bekenntnis des guten Willens, den Weg der Befreiung des Individuums auch über die immer breitere Streuung frei verfügbaren Eigentums zu beschreiten.

Wenn ich „Wohlstand für alle“ hier lese, dann kommt mir das Plakat in Erinnerung. Ich muß schon sagen, die Wahlstrategen haben hier die Phantasie eines Nilpferdes bezeuget. (Heiterkeit.) Das einzig Neue an dem Plakat ist, daß Brandt nicht rot, sondern daß Brandt einmal blau gezeigt wird; Blau ist überhaupt eine moderne Farbe, meine Damen und Herren! (Erneute Heiterkeit.)

Niemand kann leugnen, daß wir bereits über die ersten Anfänge hinausgekommen und auch mutig genug sind, neue und vielleicht sogar revolutionär anmutende Verfahren anzuwenden. Wohl gibt es kein Füllhorn, aus dem sich der Segen privaten Eigentums ergießen könnte; aber es erscheint uns gerecht, neben der Förderung der privaten Vermögensbildung zum Zwecke des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft auf Grund der heute erreichten Leistungskraft nunmehr auch die private Eigentumsbildung der breiten unselbständigen Schichten unseres Volkes bewußt zu begünstigen, der Anfang bedarf des Ansporns. (Beifall.)

Der Begriff der Volksaktie stammt wohlverstanden nicht von der Opposition, sondern entspringt unserem politischen Willen, der allenthalben unentbehrlichen Konzentration des Produktivkapitals eine Dekonzentration des Eigentums entgegenzusetzen und für die Zukunft auch im Bereich privater Aktiengesellschaften bei der Zuteilung von Bezugsrechten und bei Neu-Emissionen dahin zu streben, einem breiten Publikum in kleinen Stückelungen Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wir sind willens, alle Arten und Formen der privaten Spartätigkeit zu fördern; aber wir lehnen die sozialistische Methode der Vermögensenteignung zum Zwecke machthungeriger Einflußnahme auf die private Wirtschaft durch Massenkollektive, die am Ende zu deren Beherrschung führen müßte, mit Entschiedenheit ab. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratie will zu diesem Zweck „Übergewinne“ abschöpfen, ohne auch nur andeutungsweise Normen setzen oder aufzeigen zu können, wo dabei Anfang und Ende ist, wo ein solcher „Übergewinn“ auf einer vielleicht nur vorübergehenden Konjunktur beruht, ob er echter unternehmerischer Leistung entspringt oder sich auf die Ausnutzung bzw. sogar Mißbrauch wirtschaftlicher Macht gründet. Hier wird der Willkür Tür und Tor geöffnet und damit am Ende die demokratische Ordnung zerstört. Der Opposition ist außer der sozialistisch verbogenen Nachahmung unseres Beispiels und Gedankengutes tatsächlich noch nichts Neues eingefallen; sie kann die Eierschalen ihrer marxistischen Vergangenheit nie völlig abstreifen. (Beifall.)

Die Gesellschaftspolitik der CDU/CSU zielt nicht auf Aktionen ab, die bloß populäre Wahlschlager sein sollen, sondern ist sich des langen, aber doch übersehbaren Prozesses hin zu dem erstrebten Ziel wohl bewußt. Auch Wohlstand und Eigentum sind keine letzten und absoluten Werte, aber sie verhelfen dem Staatsbürger zu der inneren Bereicherung, die aus dem Erlebnis der Persönlichkeit und der menschlichen Würde fließt. Wir hätten unser Leben vertan und unsere Verantwortung vor Gott und den Menschen gewiß nicht erfüllt, wenn uns am Ende unserer Tage nichts anderes zu sagen bliebe, als daß wir gut gelebt und auch Besitz erlangt hätten. Solches Wissen aber läßt uns nicht die Hände in den Schoß legen und darüber die Erfüllung unserer politischen Aufgaben in dieser Welt vergessen.

So wie wir im nationalen Bereich und in der inneren politischen Auseinandersetzung bereits über viele Irrungen und Wirrungen der Vergangenheit hinweggefunden haben, wie wir nicht mehr in den Kategorien ständischer oder feudalistischer Vorstellung leben, wie der Begriff der „Klassenherrschaft“ bei uns nur noch als ideologisches Zerrbild der Vergangenheit weiterlebt, der Begriff „Proletariat“ inhaltslos geworden ist, so sind auch die Beziehungen zwischen den Völkern von einem anderen Geist getragen. Scheinwerte der Vergangenheit, die in der Hybris eines entarteten Nationalismus und in engstirnigem Protektionismus die Völker feindlich spalteten und unsere Erde fast zerstörten, sind bei uns versunken und haben der Einsicht Raum gegeben, daß das, was Staaten, Völker und Menschen im letzten verbindet oder trennt, der entschlossene Wille ist, nach Gottes Gebot frei zu leben – oder bereit, aber leider, Gott sei es geklagt, auch gezwungen zu sein, sich einer kollektiven oder totalitären Gewalt sklavisch zu beugen.

Wir sind weit davon entfernt, unsere parteipolitischen Widersacher einer nichtdemokratischen Gesinnung zu bezichtigen, aber niemand kann uns auch der Arglist oder bösen Willens zeihen, wenn wir gemäß der Haltung der Opposition durch über zwölf Jahre nicht darauf vertrauen, daß sie das gesellschaftliche Ideal des Marxismus als die Wiege des Kollektivismus und Kommunismus im innersten Kern überwunden hat. (Beifall.) Und wenn wir darum der Opposition auf parteipolitischem Felde Fehde ansagen, dann tun wir das in dem guten Bewußtsein, dem eigenen Volke die sicheren Voraussetzungen für die Verteidigung unserer Freiheit nach innen und außen zu schaffen. Gerade weil wir nicht die Macht anbeten, sondern auch an die Kraft des Geistes glauben, liegt unsere erste und eigenste Verantwortung in dem kleineren und überschaubaren Bereich der Bundesrepublik selbst.

Der harmonische Ausgleich innerhalb der freien Welt und ihre festgefügte freiheitliche Ordnung wurzeln – unbeschadet der Tätigkeit vieler übernationaler Organisationen – im letzten Grunde im eigenen Raum, d. h. bei den Regierungen und Parlamenten mit ihren exekutiven und legislativen Vollmachten. Die Ordnung im Großen ist immer nur zu verwirklichen und steht nur dann auf sicherem Boden, wenn die Ordnung im Kleinen gewährleistet ist. Die Glieder müssen gesund sein, wenn das Ganze vorankommen soll.

So wurde in der Aufwertung der D-Mark unser ernster Wille erkennbar, nicht nur die Stabilität der Kaufkraft unserer nationalen Währung zu bewahren und den Sparer vor Verlust zu schützen, sondern wir wollten damit zugleich auch aus übernationaler Verantwortung Solidarität gegenüber unseren Partnern in der freien Welt bezeugen. Daß indessen ein Land allein durch seine Maßnahmen nicht alle währungspolitischen Spannungen multilateraler Art heilen kann, bedarf keiner weiteren Begründung. Die von der Union getragene Bundesregierung wird sich deshalb heute und nach den Wahlen mit Nachdruck dafür einsetzen, daß sich die neue atlantische Organisation, die OECD, über die speziellen Fragen der Entwicklungshilfe hinaus vor allem mit den Fragen einer möglichst straffen Koordinierung der vorerwähnten ökonomischen Aufgaben befaßt. (Beifall.) Dieser Mangel an einem aufeinander abgestimmten Handeln und Verhalten ist der Grund des Übels der Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte. Tatsächlich bleiben die Ordnungsvorstellungen und Ordnungselemente hinter dem praktisch schon verwirklichten Maß internationaler Integration zurück.

Lassen Sie mich am Rande zum jüngsten Geschehen nach der Währungsaufwertung noch einige Anmerkungen machen. Nach den vorausgesagten gefährlichen Folgen eines solchen Schrittes war aus den verschiedensten Lagern zu hören, daß die beabsichtigte Wirkung eines besseren Ausgleichs der Handels- und Zahlungsbilanz und eines gewissen Drucks auf das deutsche Preisniveau gar nicht eintreten werde. Dieser offenkundige Widerspruch kann selbstverständlich nur auf die Verteidigung von Interessenstandpunkten gegründet werden, denn er verstößt nicht nur gegen jede wirtschaftliche Vernunft, sondern auch gegen das Kleine Einmaleins. Kein Kundiger konnte erwarten, daß der gewollte Effekt schlagartig in Erscheinung tritt, sondern daß er sich im handelspolitischen Geschehen allmählich, aber sicher durchsetzen wird. Ich selber habe in meiner ersten Begründung zur Währungsaufwertung klar genug ausgedrückt, daß dies kein Allheilmittel ist gegen alle Nöte und uns nicht der Notwendigkeit weiterer konjunkturpolitischer Aktivität enthebt. Was aber soll man dazu sagen, wenn eine nationalpolitische Maßnahme von immerhin großer Bedeutung von seiten namhafter Gewerkschaftsführer mit der Erklärung beantwortet wird, daß sie nicht willens seien, von dieser Aktion Notiz zu nehmen und deshalb auf vorgefaßte Forderungen zu verzichten? (Zuruf: Unerhört!) In solchen Aussagen tritt die geradezu tödliche Gefahr zutage, einen Staat und seine Volkswirtschaft nicht mehr aus gemeinsamer Verantwortung als ein Ganzes zu begreifen, sondern als eine Addition von Kollektivgebilden, deren Zweck nur die Durchsetzung des eigenen Vorteils ist. (Beifall.)

Man bestreitet dem Wirtschaftsminister das Recht zur Aufklärung. Wenn aber bereits im Jahre 1960 in der Industrie der Produktivitäts-Zuwachs pro Beschäftigten vom ersten bis zum vierten Quartal von 9,1 % auf 3,6 % und je Arbeitsstunde von 11,3 % auf 6,8 % gesunken ist, während die Lohnsteigerung je Arbeitsstunde im gleichen Zeitraum von 5,9 % auf 13,6 % zunahm, dann habe ich gerade nach der Aufwertung die Pflicht, zu mahnen.

Solche und andere Erscheinungen ähnlicher Art sind der beste Beweis dafür, daß unsere Wettbewerbsordnung noch Mängel aufweist, die für die kommende Zeit einer Bereinigung bzw. Überwindung bedürfen. Gewiß hat die Vorstellung, daß dem Staat die Verpflichtung obliegt, den Wettbewerb zu schützen, im Parlament an Boden gewonnen, und das deutsche Volk hat in seinen breiten Schichten erkannt, daß das Grundelement der Sozialen Marktwirtschaft vor allem anderen ein freier Wettbewerb ist. Wenn gleichwohl der ganze Fragenkomplex der Preisbindung der zweiten Hand, der Preisempfehlungen, der marktbeherrschenden Unternehmungen und der wirtschaftlichen Konzentration in dieser Legislaturperiode gesetzestechisch nicht weiter fortentwickelt wurde, so liegt das nicht an dem mangelnden Mut unserer Partei, dieses heiße Eisen anzupacken, sondern an dem Bedürfnis, weitere Erfahrungen zu sammeln bzw. exakte Grundlagen zur Beurteilung der Materie zu gewinnen. Jedenfalls darf festgestellt werden, daß sich die bei der Verabschiedung des einschlägigen Gesetzes lautgewordenen Kasandrarufer als falsch erwiesen haben. Und trotzdem ist die Aktivität der Kartellfeinde nicht zu übersehen, die auf eine Umfälschung unserer Wettbewerbsordnung in Richtung einer Mißbrauchs-Gesetzgebung abzielen.

Bei dieser Sachlage wird vor allem die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft ihren Willen zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung unter Beweis zu stellen haben, denn der Verzicht auf einen freien Wettbewerb müßte die Gemeinschaft früher oder später zu einem dirigistisch manipulierten Gebilde erstarrten lassen. Im gleichen Raum können aber nicht zwei unterschiedliche Wettbewerbsformen gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Wir wissen sehr wohl, daß es in bezug auf die Funktion des Wettbewerbs unterschiedliche Theorien gibt. Die Union aber hat in ihrer ordnungspolitischen Grundauffassung, in der der freie Wettbewerb das tragende Element ausmacht, eindeutig und endgültig Stellung bezogen. Darum wird jeder Versuch, diese Politik zu erschüttern oder zu unterminieren, zuschanden werden. (Beifall.) Nur wer mit Blindheit geschlagen ist, kann den inneren Zusammenhang zwischen der persönlichen, der wirtschaftlichen und der politischen Freiheit übersehen. Wer wie unsere Partei das Walten und Wirken eines freien Unternehmertums als unentbehrliche Institution jeder Marktwirtschaft gegen alle Kritik und Feindschaft oppositioneller Kräfte auch künftighin zu schützen bereit ist, hat auch ein Recht, vom Unternehmer die Einsicht zu fordern, daß seine Freiheit den Mut zur Bewährung im Wettbewerb mit allen Chancen und Risiken einschließen muß. (Beifall.) Diese für unsere Gesellschaftsordnung fast schicksalshafte Frage ist an dieser Stelle nicht weiter zu vertiefen. Aber wenn als eine der Begründungen gegen das Kartellgesetz unter anderem die These vertreten wird, daß die Konzentration ein unaufhaltsamer Prozeß sei, mit dem man sich abfinden müsse, dann melden wir Widerspruch an. (Beifall.)

Nicht, daß wir Bilderstürmer wären, die den Fortschritt hemmen möchten und nicht darum wüßten, daß die moderne Technik, aus welchen Erkenntnissen auch immer in vielen Bereichen zu Großformen der Wirtschaft und selbst auch zu Konzentrationen hin zwingt. Aber wir sind nicht

bereit, der sich so deutlich abzeichnenden Entwicklung einer immer stärkeren Konzentration in Gestalt erkennbarer oder auch undurchsichtiger Konzernbildungen tatenlos zuzusehen, und dies besonders dann nicht, wenn Bestimmungen des Aktienrechts oder der Steuergesetzgebung aus der Vergangenheit der ökonomischen Situation von heute nicht mehr entsprechen, (Beifall.) sondern ohne zwingende Notwendigkeit in ungerechter Weise Bevorzungen und Privilegien schaffen, die mit unseren gesellschaftspolitischen Vorstellungen nicht in Einklang zu bringen sind. (Beifall.)

Gar völlig abwegig ist es, Wettbewerbsbeschränkungen als notwendige Maßnahmen zum Schutze des Mittelstandes gegenüber der Übermacht von Großunternehmungen propagieren zu wollen, um sich solcher Art ein fadenscheiniges moralisches Mäntelchen für den Kampf gegen das Kartellgesetz umhängen zu können. Da und dort mögen solche Sirenentöne von Unternehmern, die noch einer kartellgebundenen Vergangenheit verhaftet sind, gern gehört werden. Aber nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß diese Zeit bzw. dieser Geist einer vergangenen Zeit in unaufhaltsamem Niedersinken begriffen ist. Der selbständige kleinere und mittlere Unternehmer – das also was wir Mittelstand nennen – ist dem Großbetrieb durchaus nicht unterlegen, wenn er nur im Wettbewerb gleicher Startbedingungen sicher sein kann. (Beifall.)

Neben Argumenten, die einen natürlichen Vorsprung des Großbetriebes begründen sollen, gibt es nicht wenige andere, die die Vorteile des Klein- und Mittelbetriebes gerade in einer wirtschaftlichen Dynamik, die immer neue Anpassung und Umstellung erfordert, nur zu verständlich erscheinen lassen. Es kommt hinzu, daß mit zunehmender Veredelungsleistung und Differenzierung der Erzeugung die Möglichkeit einer Kartellierung mehr und mehr entfällt, so daß der vermeintliche Vorteil, d. h. die Chance, über Kartelle einen höheren Preis zu erzielen als im freien Markte, nur den Vorstufen der Industrie zugute kommt. Damit aber wird einmal die Wettbewerbsgleichheit innerhalb der gewerblichen Wirtschaft selbst verfälscht und zum anderen der Verbraucher ohne zwingende Notwendigkeit geschädigt. So ist es z. B. kein Zufall, daß sich das Handwerk vorbehaltlos zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft bekennt.

In der weiteren Entwicklung, meine lieben Freunde, beruht die Sicherheit unserer mittelständischen Wirtschaft nicht auf kartellmäßigen Bindungen, sondern gerade umgekehrt auf der Belebung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, auf dem bewußten Willen der Menschen, gerade auch in ihrer äußeren Lebensführung der Individualität der Persönlichkeit Ausdruck geben zu wollen. Nur wenn wir geneigt wären, über eine Schablonisierung unserer Seelen und Geister den Weg der Gleichmacherei und der Vermassung zu gehen, würde der Großbetrieb gegenüber unserer mittelständischen Wirtschaft obsiegen. Je stärker jedoch jeder einzelne darauf beharrt, sein Leben auch in seiner äußeren Lebensführung nach seinen Vorstellungen und Sehnsüchten zu gestalten, desto fester wurzelt der Mittelstand in unserer Gesellschaftsordnung. Hier erweist sich unter einem anderen Aspekt die Formungskraft der Freiheit in bezug auf menschliches und volkliches Leben.

Ein öder Rationalismus mag in bezug auf diese Frage von der nur rechenhaften Überlegung ausgehen, welches Gesellschaftsprinzip bzw. Wirtschaftssystem „billiger“ ist, d. h. dem Verbraucher ein Maximum an wirtschaftlicher Güterversorgung gewährleistet. Wenn man diese Größe nach statistischen Konsumeinheiten überhaupt messen könnte, würde sich möglicherweise ergeben, daß eine nur auf der Grundlage von hochrationalisierten und automatisierten Groß- und Mammutbetrieben arbeitende Volkswirtschaft den höchsten Effekt erbringen würde. Aber hier eben würde Vernunft Unsinn und die vermeintliche Wohlfahrt eine echte soziale Plage werden, denn wir brauchen nur nach dem Osten zu den totalitären Wirtschaftsformen hinzublicken, um zu erkennen, welche Konsequenzen sich aus einem solchen materialistischen Realismus ergeben. Das Leben verliert jeden Sinn, es wird öde, schal und grau, und die Menschen, die solcher Art dahinvegetieren, tragen nicht mehr Gottes Antlitz, sondern sind nur noch statische Größen einer geistlosen Maschinerie. (Beifall.)

So hat denn auch die Freiheit im wirtschaftlichen Leben einen Preis, aber die vergleichende Rechnung weist einen ungeheuren Gewinn für die freie Gesellschaftsordnung aus, die dem Leben täglich neue Impulse gibt und den Menschen sich frei entfalten läßt.

Lassen Sie mich ein Wort zum Bauernstand sagen; denn zu dieser unserer Ordnungsvorstellung gehört auch der freie Bauer auf eigener Scholle. Allein nach Mark und Pfennigen gerechnet, könnten wir landwirtschaftliche Produkte zweifellos billiger einführen. Aber weil auf dieser Ebene ein freier Wettbewerb aus gottgewollten, naturgegebenen Gründen unmöglich ist, würde das rationalistische Prinzip den Untergang des deutschen Bauerntums zur Folge haben. (Beifall.) Wenn wir seitens der Union gar nicht die Frage stellen, ob wir einen gesunden Bauernstand erhalten wollen, weil sich die Beantwortung aus wirtschaftlichen, soziologischen und biologischen Gründen von selbst ergibt, wenn also die im Anfang stehende Entscheidung, das Ja oder Nein, unmißverständlich, eindeutig und endgültig getroffen ist, dann haben wir aus diesem Tatbestand zwangsläufig jene Konsequenzen zu ziehen, wie sie etwa in der Agrarmarktordnung oder in der Einrichtung des Grünen Planes Ausdruck finden. Es ist unwahrhaftig, aus politischer Optik heraus solchen Gesetzen zuzustimmen, aber an ihren Folgewirkungen herumzunörgeln. (Beifall.)

Es wird darauf ankommen, den Ordnungsnotwendigkeiten und den Wettbewerbs-elementen auch in der Landwirtschaft zu einer glücklichen Synthese zu verhelfen. Wenn aber dann noch bei der Betrachtung hinzukommt, daß die Produktivitätssteigerung innerhalb der deutschen Landwirtschaft einem Vergleich mit dem industriellen Sektor durchaus standhalten kann und die Struktur unserer Landwirtschaft in erkennbarem Trend eine fortdauernde Verbesserung erfährt, dann wird ja gerade die Politik der Union von dieser Seite her ein weiteres Mal als richtig und gerechtfertigt bestätigt. Die billigste Lebensmittelversorgung bedeutet also auch in diesem Falle nicht das volks- oder gesellschaftspolitische Optimum; denn die Landwirtschaft ist in der Einbettung in die deutsche Volkswirtschaft in ihrem Wesen auch nur vom Ganzen her zu begreifen und zu würdigen. (Beifall.)

Zur Verkehrswirtschaft darf ich hoffen, daß die recht umfangreichen behördlichen Bindungen vor allen Dingen hinsichtlich der Festsetzung der Entgelte im Bereich des Verkehrs eine Auflockerung erfahren möchten. Wir verkennen auch hier nicht die arteigenen Verhältnisse, die in der Gesetzgebung Berücksichtigung fanden, denn dem Großunternehmen Bundesbahn steht eine große Anzahl überwiegend mittelständischer Betriebe im Straßenbau und in der Binnenschifffahrt gegenüber. Wenn also aus diesem Grunde gewisse Wettbewerbsregeln berechtigt erscheinen, sollte uns das doch nicht hindern, gleich wie in der übrigen Wirtschaft auch den Verkehr von der Überfülle behördlicher Vorschriften zu befreien. (Sehr-richtig-Rufe.) Wir versprechen uns von einem gesunden Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern eine bessere Aufteilung der Verkehrsleistungen als durch behördliche Anordnungen. (Lebhafter Beifall.) Im übrigen wird auch die Politik auf europäischer Ebene dahin führen, größere Freiheiten zu setzen. Ich habe zum Beispiel heute gelesen, daß an die Stelle der Festtarife Margentarife in Vorschlag gebracht worden sind.

Überblicken wir also vom Ganzen her die einzelnen Sektoren unserer Volkswirtschaft, dann gelangen wir zu einer geradezu zwingenden Einsicht. Überall dort nämlich, wo im freien Wettbewerb über die Funktion des Preises die Kräfte zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage lebendig sind, ist zugleich auch ein reibungsloser Markt Ablauf und eine optimale Verbrauchsversorgung gewährleistet. Dort ist auch die Gefahr gebannt, daß durch dirigistische Maßnahmen das Markt bild verzerrt wird und zu Fehlinvestitionen verleitet. Überall dort aber, wo noch Rudimente der Plan- und Lenkungs wirtschaft vorhanden sind, haben wir fort dauernd mit Friktionen und Störungen zu rechnen, die dann immer neue Eingriffe erforderlich machen und so die Planwirtschaft verewigen. Sollte uns das nicht Mut machen, auf dem Wege der sozialen Marktwirtschaft beharrlich voranzuschreiten? Demgegenüber mutet es fast komisch an, wenn die Sozialdemokratie uns im Bereich der Wohnungswirtschaft, in dem wiederum nicht sie, sondern wir, die CDU/CSU, den Durchbruch zur Freiheit hin begonnen haben, der Sünde wider den Heiligen Geist der Marktwirtschaft zeihen will. Wo noch keine volle freie Marktwirtschaft herrscht, können auch ihre Gesetze nicht völlig unangefochten gelten. Wo durch Subventionen die Funktion des Preises weitgehend ausgeschaltet ist und öffentliche Auftraggeber, und da wieder vor allem die über hohe Wettbewerbssteuereinnahmen verfügenden Großstädte innerhalb industrieller Ballungszentren, ohne Rücksicht auf Preise Bauaufträge vergeben, kann in Ansehung der verfügbaren Kapazitäten kein volkswirtschaftlich sinnvoller Ausgleich von Angebot und Nachfrage Platz greifen. (Lebhafter Beifall.) Aber darüber wird mein Kollege Lücke noch mehr zu sagen haben.

Selbstverständlich ist es nach dem Erleben seit 1948 unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft auch Richtschnur für die zwischenstaatliche und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Völker Europas und in der Welt sein möchten. Das war auch eine der überraschendsten Erscheinungen nach diesem schrecklichen Krieg, der die Völker fast ausnahmslos im planwirt-

schaftlichen Denken hatte erstarren lassen, daß nicht zuletzt das Modell der deutschen Wirtschaftspolitik zu einem geistigen Umbruch beitrug und einer weltweit-freiheitlichen Ordnung zum Siege verhalf. Von Vervollkommnung noch weit entfernt ist aber doch sicher der rechte Weg eingeschlagen, denn es verdient schon, vermerkt zu werden, daß zum Beispiel innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft niemals die Alternative zwischen Markt- und Planwirtschaft zur Diskussion stand, sondern wie selbstverständlich eine freizügige Ordnung als die unserer Zeit gemäße Wirtschaftsform empfunden wurde. Wir beanspruchen gewiß kein patentamtliches Urheberrecht, aber daß wir durch unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dem Geist der Freiheit einen Dienst erwiesen haben, wird in der Welt niemand leugnen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Auffassungen über die Probleme der europäischen Integration sind bekannt genug, und darum bin ich glücklich, daß sich Lösungen abzuzeichnen beginnen, die den Zusammenschluß der Sechs nicht zum Beginn einer isolationistischen Entwicklung werden lassen, sondern zu einer Versöhnung der der Freiheit verpflichteten Völker und Staaten führen werden. (Beifall.) Die Erkenntnis wächst, daß der freie Teil Europas sich keine Schwächung – auch nicht im wirtschaftlichen Bereich – leisten kann, wenn er auf die Dauer der Bedrohung standhalten will. Da die Einsicht zunimmt, uns zu einer Gemeinsamkeit verbinden zu müssen, hegen wir die Hoffnung, daß in einer politisch relevanten Zeit die Gestalt einer „Atlantischen Gemeinschaft“ reale Wirklichkeit sein wird. Wir haben von deutscher Seite inzwischen allgemein anerkannte Beiträge geleistet, um über nationalpolitische und nationalwirtschaftliche beziehungsweise auch regional gebundene Vorstellungen hinaus zu einem Denken in den Kategorien der freien Welt hinzufinden. Das der Verteidigung unseres Lebens dienende Bündnis der NATO muß auf dem wirtschaftlichen Felde eine Entsprechung finden, wenn nicht engstirnige Interessen im nationalen Bereich oder die Verbindung solcher Interessen in zwischenstaatlichen Beziehungen gegenüber dem Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals obsiegen sollen.

Unsere Zeit ist durch jenen Zwiespalt gekennzeichnet, der uns auf der einen Seite wohl das gemeinsame Schicksal des atlantischen Raumes und seiner Völker erkennen und doch noch nicht reif sein läßt, in der nationalen Begrenzung über unseren Egoismus hinwegzufinden, d. h. gerade auch im engeren Bereich für das Ganze zu wirken. Wir müssen in der nationalen Verantwortung die Ordnung setzen, die die Völker in ihrem politischen und gesellschaftlichen Sein nicht trennt, sondern vereint. Das ist die Aufgabe unserer Zeit; das ist unsere vornehmste Verpflichtung. (Langanhaltender Beifall.)

Wir erkennen diese auch in den Anforderungen, die die Entwicklungshilfe an uns stellt. Wir hätten auch nicht eines gewaltsamen Anstoßes unter Verweisung auf unsere Zahlungsbilanzsituation bedurft, um unser Gewissen wachzurütteln. Ich möchte glauben, daß das, was wir im Zeichen der Entwicklungshilfe nach außen leisten, uns auch im Inneren zum Segen gereichen wird. Hier versagt wieder einmal der Rechenstift. Ich

bin glücklich, zu sehen, daß das deutsche Volk selbst diese Aufgabe erkannt hat. Wir müssen wissen, daß das Wertvollste im Leben immer die rechte Gesinnung zur Grundlage hat. Eine solche Aussage bringt mich möglicherweise in den Verdacht, in diesem Zusammenhang nur das Philantropische zu sehen. Darum lassen Sie mich noch etwas sehr Konkretes sagen:

Was wir Dritten zu geben vermögen, kann selbstverständlich nur auf unserer eigenen Leistung beruhen. So abwegig es ist, die Handels- und Zahlungsbilanz-Überschüsse als Ausdruck oder Maßstab der Belastungsfähigkeit einer Volkswirtschaft anzusehen, so erscheint es doch begreiflich genug, daß die günstige deutsche Position im internationalen Zahlungsverkehr den Wunsch nach verstärkter deutscher Hilfe auslöst. Der deutsche Export ist in den letzten zehn Jahren von 8 Milliarden auf 48 Milliarden DM angestiegen, dem gegenüber unser Import von rund 11 Milliarden auf 43 Milliarden DM angewachsen ist. Im Zuge dieser fast phantastisch anmutenden Entwicklung erreichte unser Gold- und Devisenbestand die Höhe von über 32 Milliarden DM; das sind acht Milliarden Dollar. Wie haben sich doch unsere Sorgen gewandelt! Während heute unsere Aktivposition fast zu einem Störungselement der Weltwirtschaft zu werden droht und wir aus einer Gesinnung internationaler Solidarität um Ausgleich bemüht sind, hat der namhafte wirtschaftspolitische Sprecher der SPD im Jahre 1951 festgestellt, daß wir nach der Korea-Krise bei einem seinerzeit aufgelaufenen Zahlungsbilanzdefizit von 475 Millionen Dollar unseren Bankrott anzusagen hätten und gezwungen wären, uns unter Kuratel zu stellen. Er sagte weiter voraus, daß, wenn wir weiter liberalisieren – und wir haben das getan – wir noch immer toller in der Patsche sitzen würden. Das also ist die Opposition, die uns wirtschaftspolitische Weisheit lehren will! (Lebhafter Beifall.)

Die in der Zwischenzeit erfolgte Aufwertung unserer Währung kann also angesichts der aus den vorgetragenen Zahlen sichtbaren starken deutschen Leistungs- und Wettbewerbskraft niemals zu einer wesentlichen Beeinträchtigung oder gar Gefährdung unserer Außenhandelsbeziehungen führen. Wir sind uns der schicksalhaften Bedeutung der unlöslichen wirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik mit der ganzen übrigen Welt wohl bewußt und haben uns geistig darauf einzustellen, daß wir gleich wie im politischen Leben so auch in unserem wirtschaftlichen Sein heute über nationale Verantwortung und Zuständigkeit hinaus in weltweiten Kategorien denken müssen.

Unsere Partei hat also schon Grund genug, auf ihre Leistung und das von ihren Männern geschaffene Werk stolz zu sein, und sie ist glücklich, daß ihre richtungweisende Arbeit das geschlagene deutsche Volk wieder auf die rechte Bahn geführt hat. Errettung aus solcher Tiefe aber kann nur Bestand haben, wenn sie erdient wird durch Dank und Demut und den lebendigen Willen, für die Zukunft nicht noch einmal falschem Schein zu erliegen. Das deutsche Volk muß wissen, daß die Christlich Demokratische Union nie mehr eine Politik zulassen wird, die noch einmal verderblichen Kräften Raum gibt. (Lebhafter Beifall.) Unsere tragische Vergangenheit bleibt uns ständige Mahnung! Wohl haben wir die

Pflicht, gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern zur Verteidigung unserer Freiheit und unseres Lebens stark zu sein; aber demgegenüber bedeutet es keinen Widerspruch, wenn wir aus unserem Lande für alle Zeiten die Anbetung der Macht verdammt wissen wollen.

Wir wollen unser Leben an jenen höchsten Werten orientieren, die uns gleichzeitig Geschöpfe Gottes und freie Bürger in der Gemeinschaft sein lassen. Wer da glaubt, daß in der Politik andere Maßstäbe zu setzen wären, leistet jenen Kräften Vorschub, die uns schon einmal zum Verhängnis geworden sind. (Lebhafter Beifall.)

So offenkundig es ist, daß wir das Zeitalter des Klassenkampfes überwunden haben, so wenig darf uns dieser glückliche Umstand darüber hinwegtäuschen, daß die gesellschaftlichen Kräfte nicht nur in Deutschland immer noch nicht zu einer letzten Ordnungsform hingefunden haben. Die Fronten sind nicht mehr nach Arbeitnehmern und Arbeitgebern gegliedert, es stehen nicht „Arm“ gegen „Reich“, „Schwache“ gegen „Starke“, „Hand“ gegen „Kopf“, sondern es drohen sich allenthalben neue Feudalpositionen herauszubilden, die auch nicht mehr in die alte Formel „rechts oder links“ passen, sondern quer durch die gesellschaftlichen Gruppierungen hindurchgehen. Da werden Ansprüche erhoben, über die man nicht mehr diskutieren darf und deren Ablehnung durch die dem Ganzen verantwortlichen Kräfte als ungebührliche Eingriffe oder Angriffe bezeichnet werden. Ich möchte es mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union jede Art von neuem Feudalismus ablehnen, von welcher Seite er auch immer kommen mag. (Starker Beifall.) Jeder einzelne und jede Gruppe – welcher Richtung auch immer – hat einen Anspruch, gehört zu werden; aber innerhalb der parlamentarisch-demokratischen Ordnung unseres Staates bestimmen allein die verfassungsmäßig zuständigen Organe. (Lebhafter Beifall.)

Wo sind also die Feinde der von uns gewollten inneren Ordnung? – Sind es etwa wir selbst, soweit wir nicht konsequent und nicht beharrlich genug sind, das zu verwirklichen, was uns unsere Zeit und die Lage des deutschen Volkes zu tun aufgibt?

Weil in dem Wort Härte aus unseliger Vergangenheit falsche Töne mitschwingen, möchte ich lieber sagen, daß wir den Mut haben müssen, gegen den Geist der Zersetzung anzugehen, der nichts gelten lassen, sondern alles niederziehen will, dem es nicht um die innere Ruhe und Sicherheit in der Brust der Menschen, sondern um deren ständige Verwirrung geht und der die Sorgen der Menschen zum politischen Geschäft herabwürdigt. Ein Teil dieses Problems macht unseren Kampf gegen die Opposition aus. Deren sanftere Töne von heute entspringen wohl mehr der Angst vor der eigenen Courage; d. h. die Herausforderung aus Sorge vor der Antwort lieber gar nicht zu wagen.

Die SPD mag beruhigt sein; wir werden nicht in ihren Jargon jener Zeit verfallen, als sie sich siegessicher glaubte und wir aus dem Mund ihres Parteiführers hörten: „Das Schlagwort Soziale Marktwirtschaft ist nichts als eine Lügenparole à la Blut und Boden. Ich frage die Non-Valeurs der



Dr. Adenauer mit Dr. Heck, MdB, und Dr. Grodl, MdB.



Am Pflanzentisch

von links nach rechts: Frau Ackermann, MdB, Herr Blumenfeld, Landespräsident der Hanse, Ministerpräsident Kiesinger, Stuttgart, Landtagspräsident, Parteivorsitzender Johnen, Düsseldorf, Herr Albers, Köln, Frau Dr. Skudelny, MdB

CDU: wie lange wollt ihr uns noch anschwindeln?“ Und ein anderer hervorragender Sprecher der Opposition sagte nach einem lokalen Sieg seiner Partei: „Wenn ich im Bundestag die CDU-Reihen sehe, dann denke ich immer nur: ach, ihr Armen, ihr seid ja nur noch politische Leichen auf Urlaub.“ (Heiterkeit.) ✓

Mir persönlich wurde ein Wahlkampf angesagt, daß mir die Augen übergehen sollten. Dazu hieß es:

„Sie sind nicht mehr das große Paradepferd der CDU, das war einmal! Heute kartätschen Sie“

– das bin ich –

„mit Ihrer Wirtschaftspolitik ihre Reihen“

– das sind Sie, meine Freunde – (Heiterkeit.)

„auseinander.“

Nun, dann folgten die Bundestagswahlen 1953 und 1957, und wir stehen guten Mutes vor der Entscheidung von 1961: Mögen also die Sozialdemokraten reden, was sie wollen; Rechenschaft abzulegen haben vor allem wir von der CDU/CSU vor uns selbst, vor dem deutschen Volk, vor der freien Welt, ja vor der Geschichte. (Starker Beifall.)

So komme ich zum Schluß: Was wollen wir? Wir fühlen uns einer Ordnung verpflichtet, in der das deutsche Volk in der Bundesrepublik im Bündnis mit der freien Welt zu allen Völkern Freundschaften pflegt und durch sein Verhalten das Bewußtsein und die Kraft der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einheit der Atlantischen Gemeinschaft stärkt.

Wir wollen die Wiedervereinigung unseres Volkes in einem deutschen Staat in Frieden und Freiheit.

Wir erkennen das freie Europa als eine Einheit und sind alles zu tun bereit, was die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und allen übrigen Ländern der freien Welt vertieft und verstärkt.

Es möge dem deutschen Volke stets bewußt bleiben, daß unsere Freiheit unteilbar ist. Wir wollen die innere Ordnung der Bundesrepublik so vervollkommen, daß sich die besten Eigenschaften unseres Volkes frei entfalten können und auch die kulturellen und geistigen Kräfte zu höchster Blüte gelangen. Wir wollen, daß sich das deutsche Volk als eine Gesellschaft freier Menschen fühlt, in der für Klassenkampf und Neid kein Raum mehr ist. Wir haben dafür zu sorgen, daß sich die Gruppeninteressen dem Wohl des Ganzen unterordnen.

Wir werden nach erfolgreichem Wiederaufbau unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik, unsere Finanz- und Währungspolitik so fortführen, daß unser Wollen noch bewußter der Würde des Menschen, der Sicherheit der Familie, der Freiheit der Gesellschaft und dem festen Bestand unseres Staatswesens dienen kann.

Die soziale Sicherheit unseres Landes beruht auch in Zukunft auf der Beständigkeit des wirtschaftlichen Wachstums. Wir haben keine Angst vor der Konjunktur, aber wir wollen sie in fester Hand gebändigt wissen.

Wir wollen in allen Schichten das Bewußtsein wecken und stärken, daß Eigentum frei macht, aber daß Eigentum auch auf Sparen beruht. Wir wollen durch weiteren Fortschritt dazu beitragen, daß jeder Bürger Eigentum bilden kann.

Wir wollen, daß vor allem die Leistung ihren Lohn findet. Wir werden, zusammen mit unseren Freunden, das in unseren Kräften Stehende dazu beitragen, in den entwicklungsfähigen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse so zu verbessern, daß sich diese Länder ihre innere und äußere Freiheit erhalten können; unsere Hilfe soll ihnen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit sicher sein. Wir sehen eine junge Generation in Deutschland heranwachsen, die immer mehr erkennen wird, daß ihr nicht nur im eigenen Lande fast unbegrenzte Entfaltungsmöglichkeiten gegeben sind, sondern daß ihr wie keiner Generation vormed die ganze Welt zur Betätigung offensteht. Die von ihr bezugte Gesinnung wird einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Freiheit in der Welt ausmachen.

Die moderne Technik hat nicht nur dazu zu dienen, die Produktivität zu erhöhen, sondern auch dem Menschen am Arbeitsplatz zu helfen, eher als nur Träger von Arbeitskraft zu sein. Sie soll zusammen mit anderen Mitteln dazu beitragen, die Arbeit zu vermenschlichen. Es ist eine unserer großen Aufgaben, dafür zu sorgen, daß auch in der modernen Wirtschaftsentwicklung die kleineren und mittleren selbständigen Existenzen auf sicherer Grundlage arbeiten und gedeihen können.

Wir wollen jene bestärken, die vom Staat nicht nur fordern, sondern auch bereit sind, der Gemeinschaft zu geben. Wir wollen jene ermutigen, denen das Dienen, der Dienst am Nächsten, noch einen Wert bedeutet und die um die rechte Beziehung zwischen dem „Verdienen“ als Leistung und dem „Verdienen“ als Einkommen wissen.

Lassen Sie mich also zusammenfassend sagen, daß wir uns in unserer Politik immer bewußt bleiben wollen, woher wir kommen, und daß unser Tun im Letzten in christlicher Gesinnung und Gesittung wurzelt. (Beifall!)

Mögen die anderen Programme verkünden! Wir wollen durch Taten zeugen! (Beifall!)

So gehen wir mit Mut und Kraft und Zuversicht in den Bundestagswahlkampf 1961. Wohlan denn Freunde, ans Werk!

(Anhaltender und stürmischer Beifall!)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Der Parteitag hat Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Erhard, nicht nur dankbaren und herzlichen Beifall gespendet, er hat Ihnen eine Ovation bereitet. Dies gilt, wie ich glaube, Ihrer Rede, dem politischen Konzept, das Sie hier vorgetragen haben. Aber es gilt auch Ihnen selbst und damit Ihrer Haltung in den vergangenen 12 Jahren, die dieser Aussage ganz

besonderes Gewicht und besondere Glaubwürdigkeit gibt. Mit dem Namen des Bundeskanzlers und mit Ihrem Namen verbindet sich für immer der staatliche und wirtschaftliche Aufbau Deutschlands nach 1945 in den fünfziger Jahren. Unsere Gegner, die Sozialdemokraten, rufen jetzt im Jahre 1961 nach 12 Jahren christlich-demokratischer Regierung nach neuen Männern und neuen Ideen. Das kann nicht überzeugen, schon deshalb nicht, weil sie die falschen Personen herausstellen und als Partei der Ideologie vergangener Zeiten verhaftet bleiben.

Die Rede des Bundeskanzlers gestern und Ihre Rede, verehrter Professor Erhard, heute machen eines in dieser Auseinandersetzung ganz deutlich: die verantwortlichen Männer der fünfziger Jahre haben auch für die sechziger Jahre ein klares und überzeugendes Konzept. (Beifall!)

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir Älteren und Jüngeren dafür sorgen, daß die Union eine lebendige, moderne Partei und damit die bestimmende politische Kraft in unserem Vaterlande bleibt. (Beifall!)

Bevor wir im Programm fortfahren, darf ich bekanntgeben, daß die Redaktionskommission von Herrn Minister Dr. Schröder eingeladen wird zu einer Sitzung um 11.00 Uhr im Raume 1.

Wir wenden uns jetzt dem Thema „Solide Finanzen — gesunde Wirtschaft“ zu. Herr Bundesfinanzminister Etzel ist leider durch Krankheit verhindert, sein einleitendes Referat selbst vorzutragen. Ich bin sicher, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß wir ihn bald wieder gesund und in voller Schaffenskraft bei uns sehen können. (Lebhafter Beifall!)

Für ihn spricht der Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Brand, unser Brand!

Solide Finanzen – gesunde Wirtschaft

Referat des Bundesfinanzministers Etzel verlesen von

Bundestagsabgeordneter Brand:

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Herr Bundesfinanzminister, unser Freund Franz Etzel, hat mich gebeten, eine kurze Ausarbeitung von ihm vorzulesen. Er hätte sehr viel lieber persönlich zu Ihnen gesprochen, doch konnte ihm dies der Arzt noch nicht gestatten. Ich habe dem Wunsche unseres Freundes Etzel, diese bescheidene Aufgabe der Übermittlung seiner Worte zu übernehmen, gerne entsprochen und beginne mit der Verlesung.

Liebe Parteifreunde!

Mein Kollege Ludwig Erhard hat Ihnen in seinem Bericht einen weitgespannten Überblick über die tragenden Grundgedanken der Wirtschaftspolitik unserer Partei gegeben. Als Vorsitzender des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU und als Bundesfinanzminister möchte ich diesen Ausführungen nur wenig hinzufügen. Ich kann mich um so eher auf einige ergänzende Bemerkungen beschränken, weil zwischen meinem Kollegen Erhard und mir in allen wichtigen Grundfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik immer ein enges – ich darf sogar sagen – ein freundschaftliches Einvernehmen bestanden hat und besteht.

Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Steuerpolitik und Währungspolitik bilden eine natürliche und untrennbare Einheit. Sie müssen gemeinsamen Aufgaben dienen. Mögen ihre Wege und Mittel verschieden sein, in ihren Idealen und konkreten Zielen müssen sie übereinstimmen. Nur so ist eine breite und geschlossene Verwirklichung unserer unentwegten Bemühungen um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gesichert.

Präsident Dr. Stoltenberg:

Meine Damen und Herren! Ich bitte dringend um Ruhe! Ich bitte diejenigen, die das Bedürfnis haben, jetzt hier während der Rede zu sprechen, sofort den Saal zu verlassen, damit der Referent seine Ausführungen machen kann. (Starker Beifall!)

Bundestagsabgeordneter Brand:

Von dem großartigen politischen und wirtschaftlichen Aufbauwerk seit dem Zusammenbruch von 1945, das in der Geschichte unseres Volkes ohne Vorbild ist und in der Welt seinesgleichen sucht, will ich hier nicht sprechen, obwohl diese einmalige Leistung schon für sich allein das volle Vertrauen auch in unsere künftige Politik rechtfertigen würde. Sprechen will ich heute nur von den Grundsätzen, nach denen wir unsere künftigen Bemühungen um die Erhaltung und den Ausbau des Geschaffenen ausrichten wollen. Ziel unseres Handelns bleibt die soziale Marktwirtschaft. Sie ist die Grundlage jeder freiheitlichen Wirtschafts-

Gesellschaftsordnung. Wir nennen sie „sozial“, weil unser Staat – der Freiheit verpflichtet – überall dort in das Wirtschaftsgeschehen ausgleichend eingreifen darf und muß, wo diese Freiheit mißbraucht wird oder gefährdet ist. In diesem Sinne sind wir seit 1948 unentwegt am Werke, die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu sichern, weiter auszubauen und veränderten Bedürfnissen anzupassen – wie ein Gärtner, der den Wuchs der ihm anvertrauten Pflanzen fördert und Fehlentwicklungen wehrt. So soll das spannungsfreie weitere Wachstum des Sozialprodukts gesichert sein und jedem sein gerechter Anteil daran gewährleistet werden.

Wir sozialen Marktwirtschaftler sind hellwach und keineswegs müde geworden! Wir wollen natürlich nicht verkennen, daß die steigende wirtschaftliche Verflechtung unseres Landes mit den anderen Staaten Europas und der Welt uns Rücksichtnahmen auferlegt, die wir in den ersten Jahren des Aufbaus weniger zu üben brauchten. Die Problematik unserer gegenwärtigen Konjunktorentwicklung macht das deutlich. Der Entschluß der Bundesregierung, den Außenkurs der Deutschen Mark heraufzusetzen, war in erster Linie durch außenwirtschaftliche Notwendigkeiten begründet. Die Aufwertung war notwendig, um unsere Volkswirtschaft so weit wie möglich vor der Ansteckung aus einer importierten Inflation zu bewahren. Diese Gefahr ist aber durch die Aufwertung allein noch keineswegs gebannt. Unsere Wirtschaftspolitik, besonders aber auch die Lohn- und Preispolitik müssen jetzt dafür sorgen, daß die stabilisierenden Wirkungen der Aufwertung nicht verlorengehen.

Dazu gehört auch, daß die Wirtschaftsunternehmen in ihren Investitionsplanungen und Finanzdispositionen sich nicht bloß am größtmöglichen Gewinn auf kurze Sicht, sondern nach den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen in ihrem wahren Interesse auf längere Sicht orientieren. Notfalls muß eine Regierung das Gemeinwohl gegen unververtretbare Gruppenwünsche auch durch marktkonforme Eingriffe in den Wirtschaftsablauf wahren. Das ist der Sinn der „sozialen Marktwirtschaft“, durch den sie sich von einer „freien“ Marktwirtschaft im altliberalen Sinne unterscheidet. Das oberste Ziel aller Wirtschafts- und Finanzpolitik ist der Schutz der Währung, die Stabilität des Geldwertes bei Vollbeschäftigung und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Sinkender Geldwert bei steigenden Preisen würde alle unsere Bemühungen um eine neue Gesellschaftsordnung mit einer besseren Verteilung der Einkommen und Vermögen in Frage stellen. Es dient auch nicht einmal dem eigenen Interesse der Unternehmer und Gewerkschaften, Lohn- und Preispolitik zu Lasten der Sparer zu betreiben.

Ein gleichbleibendes und stabiles Wachstum des Sozialprodukts und des Volkseinkommens kann nach alter und neuer Weisheit nur durch Arbeiten und Sparen erreicht werden. Das Sparen ist in der modernen Wirtschaft wichtiger als je zuvor, denn nur dadurch wird jenes Investitionskapital gebildet, das – sinnvoll eingesetzt – zur Steigerung der Produktivität unserer Arbeit unentbehrlich ist. Nur ständige Verbesserung der Produktivität sichert ein gleichbleibendes Wirtschaftswachstum. Ohne Arbeiten und Sparen gibt es in dieser Welt keinen Wohlstand. (Beifall.)

Hüten wir uns vor dem schrecklichen Irrtum, daß eine Mehrung der Einkommen und ein sozialer Fortschritt uns ohne Fleiß und Sparen und ohne Mut zur Umstellung und Auslese in den Schoß fallen könnten. Mit einem gleichbleibenden Wachstum des Sozialprodukts, der Einkommen und der Vermögen in den Grenzen des Produktivitätszuwachses ist unserem Volk mehr gedient als mit hektischen Sprüngen der Nominaleinkommen einzelner Gruppen in einigen wenigen Jahren, die mit einer Einbuße am Wert des Erarbeiteten und Ersparten erkaufte werden. Wir sollten die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nach dem Glanz der Statistiken beurteilen, sondern danach, was uns an realer Mehrung des Wohlstandes über Jahre hinaus bleibt. Bei unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik haben wir nicht bloß an uns, sondern auch an unsere Kinder und Enkel zu denken, denen wir das Ererbte gesichert überantworten wollen.

Auch meine Arbeit als Finanzminister war immer von dem Ziel bestimmt, eine gestaltende Gesellschaftspolitik als eine zentrale Gesamtaufgabe zu fördern. Unsere Steuer- und Finanzpolitik ist von diesem Bemühen wie von einem roten Faden durchzogen gewesen. Unsere vielgestaltigen steuerpolitischen Maßnahmen haben den kleinen und mittleren Einkommensbeziehern eine größere und vor allem eine realere Chance zur Bildung von Eigentum und Vermögen gebracht. Es wird zu schnell vergessen, daß wir im Jahre 1958 die Einkommenssteuer im Durchschnitt um 15 v. H., für die Einkommen bis zu 1000 DM sogar bis zu 20 v. H. gesenkt haben, um damit die Vermögensbildung zu erleichtern. Die allgemeine Sparprämie, die ich im gleichen Jahr eingeführt habe, zeigt schon jetzt ihre segensreichen Auswirkungen, die sich in der Zukunft noch verstärken werden. Schon heute, nach knapp zwei Jahren, sind schätzungsweise 1½ Milliarden DM, vor allem von kleineren Sparern, prämienebegünstigt gespart worden.

Von welchem Erfolg unsere steuerliche Förderung des Wohnungsbaus gekrönt ist, zeigt ein Blick in jede Stadt und in jede Gemeinde. Eine wesentliche Förderung der Vermögensbildung wird auch das Steueränderungsgesetz 1961 mit seinen vielgestaltigen Einzelmaßnahmen bringen. Der Schwerpunkt liegt hier vor allem bei der ganz erheblichen Heraufsetzung der Freibeträge bei der Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuerpflicht bei einer Familie mit zwei Kindern, die heute bei 30 000 DM beginnt, soll künftig erst bei 80 000 DM einsetzen. Für den gewerblichen Mittelstand ist die wesentliche Heraufsetzung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer von 2400 DM auf 7200 DM nicht weniger bedeutsam. Der Gesetzentwurf enthält darüber hinaus eine Reihe von weiteren Einzelmaßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung, beispielsweise auch zur verbesserten Alterssicherung der freien Berufe und der sonstigen Selbständigen.

Auch in unserer Steuerpolitik geben wir uns mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden. Unsere Teilreformen bei der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer, der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer sind nur erste Schritte zu einer umfassenden Reform unseres Steuersystems im ganzen. Dazu gehört die Fortführung der von mir eingeleiteten Reform

unserer Umsatzsteuer, eine verbesserte Einheitsbewertung, eine systematische Überprüfung der Vermögensteuer, der Gewerbesteuer und der Erbschaftsteuer, die mir in einigen Punkten den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen und gesellschaftspolitischen Zielen – ich denke besonders an Fragen der Wirtschaftsstruktur und der Eigentumsbildung – nicht mehr zu entsprechen scheinen.

Der Schwerpunkt dieser weiteren Reformen am gesamten Steuersystem wird bei einer Neuordnung des gemeindlichen Steuersystems liegen. Hier wird die einseitige und übermäßige Belastung der Gewerbebetriebe, die im Durchschnitt heute über 70 v. H. der gemeindlichen Steuereinnahmen aufbringen, vermindert werden müssen. Die Lösung dieser Frage ist nicht einfach, denn die Finanzbedürfnisse der Gemeinden werden nicht geringer, sondern größer. Ohne Ersatz-einnahmen und ohne einen weit gespannten kommunalen Finanzausgleich ist das gemeindliche Steuersystem nicht zu reformieren.

In diesen Fragenkreis gehört dann schließlich noch die schwierigste aller Reformaufgaben, nämlich eine Reform unserer Finanzverfassung mit der Zuordnung der Steuerquellen und Steuererträge an Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände im Verhältnis ihrer unabweisbaren künftigen Aufgabenlast. Vor dem Deutschen Bundestag habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß die heutige Finanzverfassung, die auf eine grobe Einmischung der damaligen Besatzungsmächte in das deutsche Verfassungswerk zurückgeht, auf die Dauer den Bedürfnissen unseres Landes nicht genügt. Der Finanzbedarf wächst am stärksten beim Bund und dann bei den Gemeinden, während unsere bisherige Finanzverfassung die Mehr-Steuereinnahmen unverhältnismäßig stark den Ländern zufließen läßt, deren Ausgaben nicht im gleichen Maße wie beim Bund und den Gemeinden angewachsen sind und wachsen werden.

Es wäre unvertretbar, unserem Volk etwa nur deshalb eine Steuererhöhung zumuten zu müssen, weil eine überholte Finanzverfassung wegen des Widerspruchs der Länder nicht revidiert werden könnte. (Beifall.)

Sie sehen, an bedeutenden finanz- und steuerpolitischen Zukunftsaufgaben fehlt es uns nicht. Wir haben in der Vergangenheit gewußt, was wir wollten, wir werden auch in Zukunft wissen, was wir wollen und unseren Weg unbeirrt fortsetzen. (Beifall.)

Sorge macht mir das ständige Wachsen der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften. Naturgemäß steigen mit dem Sozialprodukt auch die öffentlichen Bedürfnisse. Solange die Mehreinnahmen bevorzugt öffentlichen Investitionen beim Schulbau, beim Krankenhausbau, beim Straßenbau, bei Wissenschaftseinrichtungen zugeführt werden, bei denen durchweg ein erheblicher Nachholbedarf vorliegt, ist dagegen vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Wir müssen aber vermeiden, daß die steigenden Steuereinnahmen zu einer übermäßigen Steigerung des laufenden Finanzbedarfs für alle möglichen Zwecke verwendet werden. Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sind und bleiben das oberste Gebot für die öffentliche Ausgabegebarung. Mir will auch scheinen, daß unsere sozialen Leistungen, die mit 40 Milliarden DM

etwa 40 v. H. des öffentlichen Finanzbedarfs beanspruchen, gemessen an der allgemeinen Wohlstandsmehrung, schon recht hoch sind. Je höher die öffentlichen Sozialleistungen werden, desto mehr müssen sie über die Steuern auch von denen mitaufgebracht werden, denen sie zufließen sollen.

Wir sprechen so viel von Sozialprodukt und Wohlstand. Der Mensch lebt aber nicht vom Brote allein. Die Sicherung und die innere Freiheit unseres Volkes beruhen nicht nur auf der materiellen Güterordnung. Machen wir aus den Zahlen des volkswirtschaftlichen Wachstums nicht einen neuen Götzen. Ein Denken nur in materiellen Werten fördert nicht den Wohlstand und den sozialen Frieden, sondern zerstört ihn von innen heraus. Wohlstand für alle und Eigentum für jeden sind kein Selbstzweck. Sie müssen von der Würde des Menschen und seinem Bekenntnis zur geistigen Persönlichkeit getragen und veredelt werden. (Beifall.)

Die Werte des Kulturellen sind gerade für uns als christlich-soziale Politiker von höherem und höchstem Rang. Nehmen wir von dort her auch die innere Kraft für unsere wirtschafts- und finanzpolitische Arbeit an unseren materiellen Tagesnöten. Die kommen und die gehen. Vor dem Richterstuhl der Geschichte wird nur bestehen, was wir über den Tag hinaus der späteren Welt an sittlichen und kulturellen Leistungen hinterlassen haben.

(Lebhafter Beifall.)

Aussprache

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf Ihnen für die Ausführungen vielmals danken.

Erster Diskussionsredner ist der Vorsitzende des Ausschusses für Steuern und Finanzen im Bundestag,

Dr. Neuburger, MdB:

Meine lieben Parteifreunde! Gesunde Finanzen, gesunde Wirtschaft! Das ist zweifellos eine Parole. Aber wie Sie, Herr Professor Erhard, vorhin gesagt haben, leben wir nicht von den Parolen, sondern von den Taten, und daher möchte ich nunmehr gerade diese Parole „Gesunde Finanzen“ einmal dem täglichen Alltag gegenüberstellen. Wir sind augenblicklich dabei und müssen praktisch in einem Eiltempo das Steueränderungsgesetz 1961 verabschieden, schon mit Rücksicht darauf, daß wir als Bundestag dafür nicht allein zuständig sind. Der Bundesrat muß mitsprechen, es kann der Vermittlungsausschuß angesprochen werden usw. Daher steht uns nur noch wenig Zeit zur Verfügung.

Wie steht es nun mit der Praxis dieses Grundsatzes „Gesunde Finanzen“ im Rahmen einer solchen Vorlage? Der Entwurf allein schon enthält eine Vielzahl von Bestimmungen zu den verschiedensten Gesetzen, und daneben liegen mindestens über 100 Abänderungsanträge der verschiedensten Arten vor.

Wenn man in der Zeit der Bearbeitung einer solchen Vielzahl von Dingen nicht ins Schwimmen kommen will, dann muß man bestimmte Grundsätze haben, nach denen man den einen bzw. den anderen Antrag anvisiert, begründet und dann darüber eine verantwortliche Entscheidung trifft. Um diese Grundsätze nochmals kurz herauszustellen, wie wir nun in der Tagesarbeit vom Programm zur Tat übergehen, das soll kurz der Gegenstand meiner Ausführungen sein. Haben Sie keine Angst, ich werde keine Steuerrdiskussion führen.

Zunächst steht der Grundsatz unserer Verantwortung für die Ausgeglichenheit des Haushalts unerschütterlich fest. Diesen Grundsatz haben wir nun zwölf Jahre lang durchgehalten. Wir sind nicht willens, davon abzugehen. Wir haben ihn durchgehalten, obwohl die Ausgaben gegenüber 1949 sich in der Zwischenzeit verdreifacht haben. Trotzdem konnten wir es schaffen, diesen Grundsatz zu verwirklichen.

Wenn wir uns hier die Anträge ansehen, die von seiten der Opposition kommen und nur einen Bruchteil bewilligen würden, dann müßte dieser Grundsatz über den Haufen geworfen werden, denn einzelne Anträge erreichen die Milliardenengrenze. Es ist nicht immer einfach, nein zu sagen, und jedermann, der in der Verantwortung steht, weiß – und wir stehen in der Verantwortung –, daß das Nein-Sagen immer schwerer ist und härter und immer mehr Einsicht und Voraussicht verlangt wie das billige Ja-Sagen. Sie können sich aber darauf verlassen, wir werden zu diesen Anträgen, die wir nicht verantworten können, nein sagen und werden das auch verantworten. (Beifall.)

Die Ausgeglichenheit des Haushaltes allein genügt im Blickpunkt auf die Währungspolitik nicht, um die Währung stabil zu halten. Auch dazu kurz ein Wort. Primär sind selbstverständlich die Parlamente für die Ausgeglichenheit des jeweiligen Haushalts auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene verantwortlich. Aber, das haben auch Sie, Herr Professor Erhard, vorhin betont, verantwortlich für unsere Währung, für die Stabilität dieser Währung und damit für die Stabilität unserer Preise ist jede Gruppe und jeder nach dem Maß seines Einflusses, den er in der Wirtschaft haben will. Je mehr also eine Gruppe nach Einfluß strebt, je mehr sie Einfluß verlangt, desto mehr ist sie auch unmittelbar für unsere Währungsstabilität verantwortlich. (Beifall.) Man kann niemandem diese Verantwortung abnehmen, und ich betrachte es als eine unserer ersten und primärsten Aufgaben, auf diesen Grundsatz hinzuweisen. Einfluß in der Wirtschaft bedeutet unmittelbare Verantwortung für unsere Währungsstabilität. Dem kann sich keiner entziehen, auch z. B. nicht der einzelne, wenn wir alle mit unserem Gelde herumwerfen, wenn wir es so ausgeben, als wenn es keinen Wert hätte, dann dürfen wir uns eines Tages nicht wundern, wenn es de facto dann keinen Wert mehr hat.

Nochmals zurück zu diesem Steueränderungsgesetz 1961. Es ist, wie gesagt, durch eine Vielfalt von Bestimmungen und eine beinahe nicht übersehbare Zahl von Interessenwünschen, die nach den verschiedensten Richtungen hin vorgetragen werden, gekennzeichnet. Wir können hier

nur durchsehen, wenn wir die Grundsätze, die immer für uns entscheidend und maßgebend waren, auch diesmal realisieren. Da ist zunächst der weitere Grundsatz, daß unsere steuerlichen Entscheidungen sozial und familiengerecht ausgerichtet sein müssen. Wir brauchen da keine neuen Weichen zu stellen. Wir haben das von Anfang an gemacht. Wir haben nicht nur im Jahre 1958 – wie wir vorhin gehört haben – die kleinen und mittleren sozialen Schichten steuerlich entlastet, wir haben das damals auch im Jahre 1954 schon in erheblichem Maße getan. Es ist also eine kontinuierliche Linie der Entlastung, die wir hier eingeführt haben. Dasselbe gilt auch für die Eigentumsbildung, dasselbe gilt für die Grundsätze der Vermögensbildung. Wir haben es hier nun mit Anträgen der Opposition zu tun, die es auf eine Nivellierung der Vermögensbildung abgesehen haben und die sogar auf eine kalte Enteignung hinarbeiten. Selbstverständlich könnte man das mit irgendwelchen steuerlichen Maßnahmen erreichen. Aber für uns – und das möchte ich allen denen sagen, die gegebenenfalls mit diesen Tendenzen sympathisieren – ist der Eigentumsbegriff nicht teilbar, er existiert schutzwürdig nicht bis zu einer bestimmten Höhe, während er darüber hinaus schutzlos ist und über Steuern abgeschöpft bzw. nivelliert oder einer kalten Enteignung unterzogen werden kann. Das würde den christlichen Grundsätzen und damit auch den Grundsätzen unserer Steuerpolitik diametral widersprechen.

Was die steuerliche Neutralität in bezug auf die Konjunkturpolitik angeht, kann man sagen: Wären unsere Steuern geringer, wäre das Steuervolumen geringer, dann könnten wir den legalen Grundsatz, daß Steuern in bezug auf die Konjunktur und auf den Wettbewerb neutral zu sein haben, durchführen. Nachdem aber unser Steuervolumen heute 25 % unseres Sozialproduktes ausmacht, ist eben nun einmal eine außerordentlich enge Verflechtung gegeben. Aber auch hier kann man eine Feststellung machen: Man kann mit Steuern die Konjunktur zweifellos anregen und hat diese Anregung dann mehr oder weniger, auch vielleicht im Tempo, in der Hand. Aber mit steuerlichen Mitteln die Konjunktur zu bremsen, ist beinahe unmöglich. Auch im Rahmen dieser Gesetzesvorlage werden solche Anträge gestellt. Wenn aber die Wettbewerbsregeln in irgendeiner Weise versagen, dann werden zusätzliche Steuern, die die Konjunktur angeblich bremsen sollen, einfach über die Preise abgewälzt. Meine Auffassung ist daher diese: Zum Anheizen der Konjunktur kann man steuerliche Mittel ohne weiteres einsetzen, zum Bremsen sind sie sehr problematisch.

Noch ein Wort zur Umsatzsteuerreform: Man macht uns den Vorwurf, daß wir in diesem Bundestag die Umsatzsteuerreform nicht durchgeführt haben. Meine Damen und Herren! Wir sind seinerzeit 1957 in den Wahlkampf gegangen mit der Parole „keine Experimente“. Die Umsatzsteuer macht ein Drittel des Bundeshaushalts aus. Mit anderen Worten also: Bei einer solchen Steuer nun eine grundlegende Reform vorzunehmen, grenzt schon an das Problem „Experiment“. Aber was notwendig ist, muß natürlich gemacht werden. Sie wissen jedoch alle, daß wir die politische Verzahnung und die wirtschaftliche Einheit des europäischen Raumes wollen. Dazu gehört auch die Harmonisierung der Steuer, insbeson-

dere einer so wesentlichen Steuer wie der Umsatzsteuer. Und daher werden Sie Verständnis dafür haben, wenn wir in diesem Bundestag gerade mit Rücksicht auf die EWG-Verflechtung dieses Problem nicht mit der Energie und Tatkraft angegriffen haben, weil eben das Zeitmoment dafür fehlt.

Ich möchte Sie nicht weiter aufhalten, ich will nur zum Ausdruck bringen: Im Rahmen dieses Steueränderungsgesetzes – dieser Novelle, die wir jetzt gestern, heute und morgen beschließen – zeigt sich, daß man in der Vielfalt dieser Bestimmungen nur durchkommt, wenn man sich von einheitlichen und gediegenen Grundsätzen leiten läßt. Und so gesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir kein neues Steuerprogramm. Wir haben unsere steuerpolitischen Grundsätze seit 12 Jahren exerziert, wir brauchen nicht abzuweichen, wir können sie nur fortsetzen. Wir brauchen auch keine Wahlversprechen und machen mit dieser Reform des Jahres 1961, mit diesem Jahressteuergesetz keine Wahlgeschenke. All die Bestimmungen, die wir hier in sozialer und familiengerechter Hinsicht schaffen, sind vielmehr nichts anderes als der Vollzug dieser steuerpolitischen Grundsätze.

(Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Herrn Neuburger und erteile als nächstem das Wort

Frau Rösch, MdB, Landesverband Süd-Württemberg:

Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Heute morgen ist mir – allerdings in ganz anderem Zusammenhang – das Wort begegnet: Wissen wir nicht, was wir wollen, oder wollen wir nicht, was wir wissen? Ich sage es Ihnen, trotzdem es in beiden Referaten ähnlich angeklungen ist, weil ich es ja nicht von dort als Plagiat übernehme, sondern mir dieser Gedanke schon vorher kam. Es sind meines Erachtens beides Fragen für uns. Die eine Frage können Sie in diesen Tagen der Presse des In- und Auslandes immer wieder entnehmen: Weiß die CDU wirklich, was sie will und was sie nicht will? Was wird sie auf dem Parteitag sagen? Und zur anderen Frage kann ich nur sagen: Die müssen wir uns selbst stellen! Wollen wir das, was wir wissen? Wir haben dem Herrn Bundeskanzler gestern und dem Herrn Bundesminister Erhard heute für ihre Ausführungen sehr lebhaft gedankt. Die Ausführungen des Herrn Bundesministers Erhard haben uns heute ganz deutlich gezeigt, was wir wollen und was wir tun sollen. Und nun ist die Frage an uns gestellt, ob wir das, was wir wissen, auch tun.

Der Deutsche Bundestag, von dem Kollege Neuburger vorhin schon gesprochen hat, und insbesondere auch der Haushaltsausschuß, dem ich angehören darf, haben seit eh und je mit dem Herrn Finanzminister und indirekt auch mit dem Herrn Bundeswirtschaftsminister zusammengearbeitet in dem Bemühen, ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Es ist nicht immer leicht für uns, das durchzu-

führen, nicht deshalb, weil man uns draußen so sehr oft den Vorwurf macht, daß wir sehr ausgabefreudig wären, o nein: Wir sind das nicht. Aber die anderen meinen immer, uns dazu machen zu können. Und darum ist es für uns gar nicht immer so einfach, den rechten Weg zu gehen, die richtigen Entscheidungen zu fällen. Ich freue mich außerordentlich – nicht nur aus dem sprachlichen Sinn, sondern auch aus dem inneren Sinn –, daß man im Deutschen Bundestag das Wort „Haushalt“ gebraucht für die große Rechnung des Bundes, die die 40-Milliarden-Grenze erreicht und überschritten hat. Das ist wirklich eine große Summe und doch bezeichnet mit dem ganz kleinen, einfachen und schlichten Wort „Haushalt“. Und, meine lieben Parteifreunde, stoßen Sie sich darum auch nie an den großen Summen. Wir verwalten im Parlament das Geld so bescheiden, so treu und so einfach, wie es jeder Mann und jede Frau in einem verantwortlich geführten Haushalt tun müßten. (Beifall.)

Wir stehen vor der Wahl. Man spricht von Wahlgeschenken, man deutet an, Wahlgeschenke zu machen. Diese Dinge geistern durch den Blätterwald und durch unsere Reihen. Ich möchte deshalb von Herzen bitten, uns, die wir verantwortlich sind für die Ordnung auf diesem Gebiet, nicht zuzumuten, daß wir Dinge tun, die wir nicht verantworten können. Wir haben diese Verantwortung auch für alle im Volk, insbesondere auch für die Familie. Sie werden in diesen Tagen vielleicht hören, daß das Steueränderungsgesetz nicht zuletzt für die deutsche Familie wieder wesentliche Erleichterungen bringt, und doch fallen mir dabei die Worte aus der Rede des Herrn Finanzministers ein, der sagte, wir würden uns außerordentlich täuschen, wenn wir glaubten, mehr Geld sei schon ein besseres Leben und eine Anwartschaft auf eine bessere Zukunft unserer Familie. Unsere Familien von heute haben mehr Geld, aber sie müssen, wenn ihnen diese neuen Erleichterungen gewährt werden, nicht nur denken, sie hätten jetzt mehr Geld, sondern ich glaube, wir als CDU haben die Verpflichtung, auch an einem solchen Parteitag einmal wieder zum Maßhalten aufzurufen, zum Maßhalten...

Präsident Dr. Stoltenberg (unterbrechend):

Meine Damen und Herren, darf ich bitten, Platz zu nehmen. Es ist nicht möglich, den Beratungen zu folgen, wenn hier vorn eine derartige Unruhe herrscht.

Frau Rösch (fortfahrend):

Ich wiederhole: wieder aufzurufen zum Maßhalten nicht nur im Gebiet der Großwirtschaft, sondern auch in dem kleinen Raum der Familie. Es ist mein Anliegen, daß wir nicht nur immer sehen, wieviel Geld man mehr hat, und dabei übersehen, wieviel Geld man mehr ausgibt, leichtsinnig, unbedacht, sondern daß wir bedenken, daß jeder von uns in seinem Haushalt dieselbe Verantwortung trägt wie der Deutsche Bundestag in dem seinen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg: Ich danke Frau Rösch für ihre Ausführungen. Als nächster spricht der Vorsitzende des Wirtschafts-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Herr Schmücker, L. V. Oldenburg (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Man hatte eine Zeitlang den Eindruck, die Politik in Deutschland würde nach der Überwindung der Nachkriegsnot über das notwendige Maß der Versachlichung hinaus zu einer reinen Verwaltungsfrage erstarren. Wer die temperamentvolle Auseinandersetzung liebt, der kann ein wenig wehmütig an die Zeit denken, *da wir uns wirklich in harter Diskussion gegenüber dem politischen Gegner durchsetzen mußten*. Das mag zum großen Teil daran liegen, daß sich die übrigen politischen Parteien darum bemühen, durch Umformulierungen ihrer Programme in unsere Nähe zu kommen, ja sogar uns zu überrunden versuchen. Man hat einmal gesagt, daß die SPD mit ihrem Godesberger Programm versuche, zu einer Art „Über-CDU“ zu werden; aber es liegt sicherlich auch zum Teil daran, daß viele glauben, daß wir mit allen unseren Grundsätzen bereits am Ziel sind. Ich glaube, das ist nicht richtig, denn die Aufgabe – wir sprechen über Wirtschaftspolitik – der sozialen Marktwirtschaft kann ja nicht enden, sie geht weiter. Wenn wir die heutige Aufgabe ansprechen wollen, so, meine ich, sollten wir sagen, daß wir uns um eine Vervollständigung, um eine Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft bemühen. Ich möchte es so ausdrücken. Nicht nur Wohlstand für alle, sondern Wettbewerb für alle.

Meine Damen und Herren, wissen Sie noch welch heißes Eisen es damals war, das wir mit der Propagierung des Wettbewerbs anpackten? – Sicherlich haben wir immer betont, daß wir den Wettbewerb fair ausgetragen sehen möchten und daß wir gleiche Bedingungen für alle wünschen. Wenn wir diesen Standpunkt heute aufrecht erhalten, meine Damen und Herren, so glaube ich, daß wir es bei der konkreten Aufgabe keineswegs mit einer erkalteten Sache zu tun haben, sondern daß im konkreten Einzelfalle die Aufgaben genau so heiß und so heiß umstritten sind, wie damals der Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir sagen: Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft, Wettbewerb für alle – so meinen wir damit nicht nur den Wettbewerb für die Unternehmer, sondern so meinen wir damit auch die Einbeziehung in den Wettbewerb für die öffentliche Hand, die Einbeziehung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der einzelnen Länder und Gemeinden in unser Konzept. Dort haben wir ein heißes Eisen; machen wir uns nichts vor. Wir sprechen hier davon, daß wir uns bemühen wollen, die Wirtschaftspolitik der freien Nationen zu koordinieren. Wenn wir das tun – und wir wollen das tun – dann müssen wir uns als CDU auch dazu bekennen, daß wir eine Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden wünschen.

Wir tagen hier nicht nur als Bundes-CDU, wir tagen hier als CDU, die Verantwortung trägt in den Ländern und in den Gemeinden, und es ist selbstverständlich, daß unsere Abgeordneten in diesen Gremien im Sinne der Wirtschaftspolitik der ganzen CDU arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Wenn es verfassungsrechtlich so schwierig ist, diese Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik in allen öffentlichen Ebenen durchzuführen, dann sollten wir als CDU, die sich geschlossen zu dieser Koordinierung bekennt, uns mit unseren Abgeordneten durch unsere Fraktionen in den einzelnen Gremien bemühen, diese Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen.

Herr Prof. Erhard hat dankenswerterweise davon gesprochen, daß wir die Marktwirtschaft fortsetzen müssen, und er hat ja einige Themen genannt. Er sprach von der Verbesserung des Kartellgesetzes. Das ist keine laue Verwaltungsaufgabe – „lau“ meine ich bezüglich des Temperaments –, sondern ich bin sicher, wenn wir im Einzelfall an die Dinge herangehen, handelt es sich hier um ein heißes Eisen, um eine Sache, über die wir uns werden temperamentvoll auseinandersetzen müssen. Denn war es damals schon schwierig – denjenigen, die sich auch gern in irgendwelchen „Schutzgebieten“ wirtschaftlich betätigen wollten, klar zu machen, daß der Vorteil des Ganzen, aber auch ihr eigener Vorteil davon abhängt, in welchem Ausmaße sie sich zum Wettbewerb bekennen, dann, meine Damen und Herren, müssen wir in der gleichen Deutlichkeit heute den Wirtschaftskreisen, die noch außerhalb des Wettbewerbs stehen – und ich behaupte, zu ihrem eigenen Nachteil außerhalb des Wettbewerbs stehen – klar machen, daß sie in diesen Wettbewerb mit hinein gehören. Dazu gehören die Verbesserungen im Kartellgesetz, dazu gehören die Reform des Aktienrechts und die Anpassung handels- und gewerberechtlicher Vorschriften im Sinne der wettbewerblichen Ausrichtung unserer Wirtschaft. Ich möchte einige konkrete Einzelfragen ganz bewußt deswegen anschnitten, damit es in unserer CDU deutlicher wird, daß wir es nicht mit einem akademisch vorbereiteten Ablauf gewisser Maßnahmen zu tun haben, sondern daß wir nach wie vor in einer Auseinandersetzung stehen, die zwar sachlich geführt werden muß, die aber das Schicksal einzelner Menschen angeht, die also auch mit der notwendigen politischen Leidenschaft geführt werden muß.

Was beispielsweise ergibt sich alles aus dem Problem der regionalen Entballung? Ich nehme an, Herr Minister Lücke wird nachher darüber sprechen. Darum möchte ich dieses Thema hier nur andeuten. Was ergibt sich alles aus dem Problem der weiteren Fortsetzung der Privatisierung des öffentlichen Besitzes, für die wir nachdrücklich eintreten? Wir wünschen ja darüber hinaus auch eine Privatisierung derjenigen Unternehmen, die mit allzu großen Bundesmitteln unter dem Zeichen der Gemeinnützigkeit ein Riesenvermögen angesammelt haben. (Sehr-richtig-Rufe.)

Auf die sozialpolitischen Fragen möchte ich hier noch nicht eingehen, weil ja Herr Minister Blank dazu zunächst sprechen muß. Ich darf aber die Ausführungen des Herrn Kollegen Neuburger zum Anlaß nehmen, noch einiges zu den steuerlichen Problemen zu sagen. Herr Neuburger hat mit Recht ausgeführt, daß wir in Ruhe und Sachlichkeit Schritt für Schritt vorangehen müssen und daß kein Bundestag in der Lage sein wird, auch nicht der nächste, mit einem großen Aufwand, mit einer großen Siegesmeldung zu verkünden, dieses oder jenes sei nun endgültig getan, sondern es muß hier in einer sehr, sehr schwierigen Kleinarbeit Schritt für Schritt vorangegangen werden.

Aber über dieser Kleinarbeit dürfen wir die Dringlichkeit des Anliegens nicht übersehen, und die Reform der Umsatzsteuer, meine Freunde, ist für den nächsten Bundestag fällig! Mehr Zeit werden wir nach meiner Meinung nicht haben; denn die Wettbewerbsverzerrungen haben ein Ausmaß angenommen, daß wir keine gleichen Chancen für alle haben, und dieses Fehlen der gleichen Chancen bedeutet für uns nicht nur, daß der eine oder andere benachteiligt oder bevorzugt wird, sondern bedeutet, daß wir den besten Effekt, den wir aus unserer Wirtschaft erzielen wollen, nicht erreichen können.

Darum darf ich im Auftrag meiner mittelständischen Freunde vor allen Dingen sagen, daß wir sehr großen Wert darauf legen, daß der nächste Bundestag die Umsatzsteuerreform zu einem guten Ende führt oder gut weiterführt – so möchte ich mich ausdrücken – im Sinne der Herstellung der Wettbewerbsneutralität. Aber damit ist es nicht getan. Wir haben festgestellt – festgestellt vor allen Dingen an den Auswirkungen der Vollbeschäftigung –, daß die herkömmlichen Begriffe „Einkommen“ und „Vermögen“ nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen, um es etwas verklausuliert zu sagen: Es ist heute nicht mehr so, daß jedes Vermögen über Einkommen gebildet wird, sondern es gibt schon einen großen Teil, dem es gelingt, am Einkommen vorbei zu Vermögen zu kommen.

Diese Tatbestände müssen von der Steuer her so erfaßt werden, daß wir die wirklichen Einkommen und daß wir die wirklichen Vermögen auch an den Gesamtlasten des Erfolges entsprechend beteiligen. Ich bezweifle nicht, daß diese Aufgabe unerhört schwierig ist. Ich will auch gar nicht sagen, daß es möglich sein wird, bereits im nächsten Bundestag hier alles zu erledigen; aber wenn wir das Problem erkannt haben und wenn wir den Mut haben, es offen anzusprechen, meine Damen und Herren, dann bin ich überzeugt, dann hat die Bevölkerung auch die Ansicht, daß wir willens sind, so wie wir bisher gegen den größten Widerstand – und darauf möchte ich hinweisen – den Wettbewerbsgedanken durchgesetzt haben, hier für die Gleichheit aller vor dem Gesetz und damit für die Durchführung eines fairen Wettbewerbs zu sorgen.

Man kann diese Fragen auch von der gesellschaftspolitischen Seite her ansprechen. Es ist für den Wirtschaftspolitiker immer erfreulich, wenn unsere gesellschaftspolitischen Vorstellungen sich mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, so wie wir sie nach unserer wirtschaftspolitischen Auffassung vertreten, voll und ganz decken, und das lassen Sie mich hier noch einmal ausdrücklich sagen, daß zwischen unserer gesellschaftspolitischen und unserer sozialpolitischen Auffassung kein Gegensatz ist, sondern daß beide wie in einem Guß zusammengehören.

Diese Klarheit müssen wir nach außen vertreten. Ich bin überzeugt, daß unser Volk dann auch entsprechend im Herzen reagieren wird. Die Soziale Marktwirtschaft, meine Freunde, hat ihre Bewährungsprobe bestanden; sie hat unser Volk aus der katastrophalen Not nach der Niederlage in eine Wirtschaft der Vollbeschäftigung geführt. Mit diesem

Erfolg aber sind die Aufgaben nicht geringer geworden. Es kommt nunmehr darauf an, die deutsche Wirtschaft zu konsolidieren. Auch für diese Arbeit gelten die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in unveränderter Stärke.

Es ist die Aufgabe der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden, den Wettbewerb in allen Bereichen der Wirtschaft zu verwirklichen und ihn in sozialer Gerechtigkeit unter das Gesetz gleicher Start- und Wettbewerbsbedingungen zu stellen. Nur so kann eine gesunde Gesellschaftsstruktur und damit die Freiheit und die Stabilität in unserem Wirtschaftsleben gesichert sein.

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke auch Herrn Schmücker und darf nun als nächsten Redner Herrn Dr. Dittmar das Wort geben, er ist übrigens das erste Nichtmitglied des Bundestages, das heute zu uns spricht.

Ich möchte darauf hinweisen, daß in der bisherigen Diskussion sehr wenig Wortmeldungen von Delegierten vorliegen, die nicht Abgeordnete des Bundestages sind.

Dr. Dittmar:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube die ganze Versammlung sollte dem Herrn Bundeswirtschaftsminister Erhard Dank wissen dafür – und ich möchte es stellvertretend für die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft insbesondere sagen –, daß er in seinen Ausführungen dem Neofeudalismus, der sich da und dort mit einigen Symptomen abzuzeichnen beginnt, den Kampf angesagt hat. Es ist in einer freiheitlichen Gesellschaft erforderlich, in einer Gesellschaft, die auf Leistung und Wettbewerb für alle basiert, daß verhindert wird, daß an irgendeiner Stelle zufolge neuen technischen und wirtschaftlichen Geschehens Feudalpositionen entstehen können. Wir sind auch dankbar dafür, daß er angesprochen hat, es sei unmöglich, daß wir eine Entwicklung zulassen, die zu einer Gesellschaft führen könnte, in der Klassenkampf und Neid noch Raum haben. Es ist unsere Aufgabe, in einem permanenten Prozeß dafür zu sorgen, daß diese Dinge überwunden werden. Die Entproletarisierung des Proletariats, die noch 1931 mit der Enzyklika Quadragesimo anno angesprochen worden ist, hat gewiß großartige Fortschritte gemacht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß in einer freien Gesellschaft, die vom technischen Fortschritt bestimmt wird, ständig neue Aufgaben in dieser Richtung entstehen. Die Überwindung solcher Gesellschafterscheinungen wird nicht dadurch erreicht, daß wir zunehmende Zahlen von Fernsehgeräten und Automobilen haben, sondern wir müssen uns darüber klar sein, daß Gesellschaftspolitik Strukturpolitik und eine permanente Aufgabe an alle ist, die eine Verantwortung aus christlich-sozialer Verpflichtung tragen.

In diesem Sinne sind wir auch dankbar, daß der Herr Minister erklärt hat, Eigentum beruhe nicht nur auf Sparen. Ich habe es begrüßt, daß auch Herr Schmücker eben in seinen Ausführungen darauf Bezug genommen hat, daß manches Eigentum und manche Vermögensbildung auch neben dem üblichen Sparprozeß einherlaufen. Da sind wir uns restlos einig. Ich meine, der Herr Minister hat das mit seinen Worten auch andeuten wollen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir die Aufgabe haben, ständig mehr Menschen in die Lage zu versetzen, sparen zu können, aber auch, daß wir gesellschaftspolitisch vor der Verpflichtung stehen, Eigentum in neuen Formen entstehen zu lassen.

Ich halte es für ein geradezu historisches Verdienst der Bundesregierung, daß sie einen Aktienrechtsreformentwurf vorgelegt hat, in dem zum Ausdruck kommt, daß es möglich sein soll, die Arbeitnehmer an der Eigentumsbildung in ihren Unternehmen zu beteiligen, auch ohne daß sie spezielle Sparleistungen dafür erbringen.

Ich würde es begrüßen, wenn der Gesetzentwurf der Bundesregierung, dieser 312-Mark-Gesetzentwurf, jetzt in Kürze praktische Wirklichkeit würde, damit wir einen ersten Schritt in dieser neuen Richtung tun, die uns als unsere sozialpolitische Verpflichtung aufgegeben ist. Ich danke Ihnen.

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Herrn Dr. Dittmar.

Ich gebe als nächstem das Wort Herrn Dr. Willeke aus Westfalen, Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses des Bundestages.

Dr. Willeke, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In den Ausführungen der verehrten Vorredner ist auch das Wort „Gemeinde“ hin und wieder aufgeklungen. Es wäre schade, wenn dieser große und bedeutsame Parteitag der Christlich Demokratischen Union nicht auch der Kommunen gedächte; sind wir doch, Gott sei Dank, diesmal in der glücklichen Lage, darauf hinweisen zu können, daß wir in den letzten Kommunalwahlen unsere Positionen wesentlich verbessert haben. (Lebhafter Beifall.)

Wir freuen uns darüber; insbesondere aber Dank all den Kommunalpolitikern, die heute hier so zahlreich versammelt sind. Wenn wir in diesen Kommunalwahlkämpfen unsere Auffassungen verbreitet haben, so haben unsere Ausführungen wesentlich gestanden unter dem Motto „Bund und Gemeinden“.

Wir haben den kausalen Zusammenhang aufgezeichnet zwischen der Bundespolitik und dem Wiederaufbau der Gemeinden. Und das mit Recht. Ich freue mich, daß das vor einigen Jahren von mir geprägte Schlagwort vom Koch und Kellner nicht nur freudigen Widerhall gefunden hat und auf Verständnis gestoßen ist, sondern daß darin auch eine tiefe Wahrheit liegt. Das mögen wir den Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Bundeswirtschaftsministers und auch den Ausführungen des Bundesfinanzministers entnehmen.

Ich möchte nun noch einige wenige Worte zu der Frage einer kommunalen Finanzreform sagen. Gerade, weil wir wissen, daß Bund, Länder und Gemeinden ihre besonderen Aufgaben haben, halten wir es auch für notwendig, daß hier entsprechend dieser Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eine Aufteilung der öffentlichen Finanzmasse erfolgt. Wir sind dankbar dafür, daß der Herr Bundeskanzler, der ja auch alter Kommunalpolitiker ist, bei dem Empfang der kommunalen Spitzenverbände in Godesberg in der Redoute klar und deutlich gefordert hat, daß ein besonderer Ausschuß der CDU sich um die Reform, das heißt um die Überprüfung der öffentlichen Finanzmasse und ihrer Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden, bemühen soll. Ich darf darauf hinweisen, daß seit dem Kieler Parteitag bereits dieser Ausschuß existent ist, möchte aber zum Ausdruck bringen, daß er im Laufe der Zeit – und das ist nicht so einfach – seine Zielsetzungen klar umrissen hat. Es ist notwendig, daß wir uns auch Gedanken machen – das tun wir – über die zunehmende Verschuldung der Gemeinden. Dabei folgen wir keineswegs der SPD mit ihrem Zweckpessimismus, die uns zeitweise glauben machen wollte, es bestehe eine Kollektivnot der Gemeinden.

Eine Kollektivnot der Gemeinden gibt es nicht. Wir in der CDU wissen, daß es sehr unterschiedliche Finanzkraft gibt in den 25 000 Gemeinden, die wir haben. Und weil es eine so starke unterschiedliche Finanz- und Steuerkraft der Gemeinden gibt, darum fordern wir, aufbauend auf den Erkenntnissen der letzten Jahre, eine kommunale Finanzreform. Wir fordern sie aber auch, weil unsere vielen Kommunalpolitiker jetzt dazu aufgerufen sind, in erhöhtem Maße Verantwortung in den Gemeinden, Landkreisen und Landschaftsverbänden zu tragen. Eine solche kommunale Finanzreform kann nicht daran vorbeigehen, daß einmal die Lasten in der Gemeinde gerechter als bisher verteilt werden müssen. (Beifall.)

Ich habe schon seit Jahren darauf hingewiesen, daß die Gewerbesteuer, die eine so eminente Bedeutung für die Einnahmen der Gemeinden hat – zum Beispiel bis zu 80 Prozent in Nordrhein-Westfalen –, nicht tabu ist, und daß auch die Gewerbesteuer einer Reform unterzogen werden muß. Wenn nun der Bundestag aus klarer Erkenntnis, daß die Freigrenze für die kleinen und mittleren Gewerbebetriebe zu niedrig ist, die Freigrenze erhöht, so tut er damit einen klaren, mutigen und notwendigen Schritt. Aber der gleiche Bundestag, vor allem dieselbe Christlich Demokratische Union, fordert und verlangt, daß den Gemeinden, die einen solchen gewaltigen Einnahmeausfall nicht ertragen können, ein wirksamer Ersatz geleistet wird. (Beifall!)

Dabei können wir nicht einfach mit einer kühlen Handbewegung darauf hinweisen, der kommunale Finanzausgleich bestehe ja in einigen Ländern, und damit hat sich die Sache. Nein, wir sind verpflichtet, zu untersuchen, welche Gemeinden – und das ist eine große Menge – diese Einbuße nicht ertragen können. Und diesen ist ein verbindlicher, reeller Ersatz zu leisten.

Wir sind weiter der Meinung, daß eine kommunale Finanzreform, die also eine direkte Verteilung der Lasten durchführen soll, eben nicht nur immer an der Gewerbesteuer und Grundsteuer hängen bleiben kann, sondern daß irgendwie auch eine Personalsteuer durchgeführt werden muß. Bekommen Sie keine Sorgen, daß der Willeke jetzt bei der Personalsteuer anfängt. Diese Angelegenheit ist noch nicht ausdiskutiert, aber daß irgendwie auch wieder an das Einkommen angeknüpft werden muß, damit alle, die in einer Gemeinde mit einem nennenswerten Einkommen verbunden sind, auch die Ehre und Freude haben können, zu den Gemeindelasten beizutragen, darüber dürfte ja auch heute ziemliche Einigkeit bestehen. Eine kommunale Finanzreform muß weiterhin dafür sorgen, daß eine Minderung der Steuerkraftunterschiede eintritt. Gemeinden, wie zum Beispiel eine mittelgroße Stadt wie Marl im Kreise Recklinghausen, haben den Ehrgeiz, das teuerste Rathaus zu bauen. Warum denn? Weil diese Gemeinden sich in einer Gewerbesteuerschwemme befinden und weil dort 400,- DM pro Kopf der Bevölkerung im Jahr in den Steuersäckel kommen. Andere Gemeinden müssen sich mit einem Betrag von 20,-, 30,- oder 100,- DM pro Kopf der Bevölkerung begnügen. Es gibt auch solche, die hierbei 600,- DM pro Kopf der Bevölkerung haben. Solche gewaltigen Steuerkraftunterschiede müssen durch eine Intensivierung des Finanzausgleichs, den wir durchaus nach dem zweiten verlorenen Weltkriege bejahen müssen, ausgeglichen und gemindert werden. (Beifall!)

Eine kommunale Finanzreform sollte auch nicht an dem Gedanken vorbeigehen, daß eine Stärkung der Autonomie der Selbstverwaltung geboten ist. Wer immer nur nach dem Finanzausgleich und danach ruft, der Bund müsse den Gemeinden von seinem Steueraufkommen abgeben, der vergißt so leicht, daß dadurch nicht die Verantwortung des Rates gestärkt und auch in keiner Weise einer echten finanziellen Selbstverantwortung der Gemeinden eine Stütze gegeben wird. Wie diese Quadratur des Kreises zu lösen ist, das sollte die Aufgabe eines Ausschusses der CDU sein, dem eine ganz besondere Verantwortung auf die Schultern gelegt ist. Die Experten sind bereits kräftig bei der Arbeit.

Nun ein vierter Gesichtspunkt zur kommunalen Finanzreform. Herr Bundesminister Lücke ist anwesend. Es tut mir leid, daß ich ihm etwas vorgehen muß, weil ich heute nachmittag verhindert bin, hier zu sein. Herr Bundeswohnungsbauminister Lücke hat in überzeugenden Worten in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß eine kommunale Finanz- und Steuerreform eine sinnvolle Raumordnung und eine vernünftige Planung unserer Gemeinden berücksichtigen muß. So wie sie heute ist, mit dieser Jagd nach den Gewerbesteuern, wird vielfach genau das Gegenteil von dem bewirkt, was wir fordern, nämlich eine Auflockerung der Ballungsräume.

Es war eine völlige Fehlleistung, daß man ein Zweigwerk des Volkswagenwerkes in eine große Stadt wie Hannover hineingelegt hat. Das Werk hätte genau so gut irgendwo anders hinkommen können, und zwar nach dem Prinzip der Auflockerung der Ballungsräume. So wie die Dinge

jetzt in den kommunalen Finanzen liegen – man kann nichts anderes sagen – dient dieses kommunale Finanzsystem vielfach der weiteren Fortsetzung der Ballung.

Damit bin ich bereits am Schluß meiner Ausführungen. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Bundestag im Augenblick in zweiter und dritter Lesung das Bundessozialhilfegesetz verabschieden wird, ein Gesetz, das vorbereitet und besprochen ist mit beiden christlichen Kirchen und mit den großen freien Wohlfahrtsverbänden. Wenn durch dieses Gesetz, das notwendig ist und das wir bejahen, auf die Gemeinden und die größeren Fürsorgeverbände neue Lasten zukommen sollten, so dürfen sie gewiß sein, daß wir alles getan haben, um diese Lasten nach Möglichkeit zu mindern. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß wir im Bundesfernstraßengesetz in ganz besonderer Weise den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung getragen haben.

Ich sprach vorhin von der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir dürfen nicht verkennen, daß es auch einen Aufgabenwandel gibt. Ein solcher Aufgabenwandel hat sich in der Unterhaltung der Straßen vollzogen. Der Herr Bundeskanzler hat damals bei dem Empfang der Spitzenverbände mit Recht darauf hingewiesen, daß die Einheit des Verkehrs uns zu der Überlegung zwingt, daß die Gemeinden mehr und mehr von der Straßenbaulast entlastet werden müssen, die sie nicht tragen können. Das ist in einer großzügigen Weise jetzt beim Bundesfernstraßengesetz erfolgt.

Wir können, glaube ich, auf diesem Parteitag auch zu diesen Fragen mit Recht sagen, daß die Christlich Demokratische Union eine Politik betrieben hat, die der Kritik standhält, und zwar nicht nur im Bund und in den Ländern, sondern auch für die Gemeinden und Gemeindeverbände.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Willecke, für Ihre Ausführungen. Ich darf nun das Wort erteilen

Frau Blohm, MdB, Hamburg:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an ein Wort von Herrn Professor Erhard anknüpfen, das er in seinem Referat gesagt hat:

„Trotz der Verdoppelung der materiellen Existenzbedingungen unseres Volkes wollen gerade wir Christlichen Demokraten nicht übersehen, daß die innere Zufriedenheit der Menschen damit nicht Schritt hielt.“

Als Kommentar dazu das Ergebnis der letzten Ennidumfrage: Als vor- dringlichsten Wunsch bezeichneten 19 Prozent der Bevölkerung die Wiedervereinigung und 17 Prozent niedrige Preise; was sie sich selber am meisten wünschen: 16 Prozent mehr Geld und 12 Prozent niedrige Preise. Das illustriert uns die innere Unzufriedenheit der Menschen und gibt uns den Auftrag, in unserer politischen Arbeit dieser Einstellung der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir müssen nun aber auch die andere Seite der Entwicklung zum Wohlstand betrachten. Diese andere Seite bedeutet: Verlockung des Käufers zu unwirtschaftlichen und unüberlegten Einkäufen, Verwirrung durch die Fülle des Angebotes, Ratlosigkeit den Werbeparolen gegenüber. Wenn wir die vom Bundeswirtschaftsminister vorgesteckten Ziele der Dämpfung der Konjunktur einerseits und des Maßhaltens im Konsum andererseits verwirklicht sehen wollen, dann müssen wir dem Verbraucher die notwendige Starthilfe geben, damit er sich, wie man es heute ausdrückt, „marktgerecht“ und „verbraucherbewußt“ verhält.

Die Bundesregierung hat durch den Bundeswirtschaftsminister und auch den Ernährungsminister vieles getan, um die Bevölkerung über die Fragen des Verbrauchs, der wirtschaftlichen Zusammenhänge aufzuklären. So wurden zum Beispiel durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln des Bundes und der Länder Verbraucherzentralen gegründet, die mit unendlicher Kleinarbeit versuchen, die Bevölkerung zu marktgerechtem Verhalten zu erziehen.

Hier aber hat die CDU versäumt, diese Informationsquellen für uns auszunutzen. Sie hat den Sozialdemokraten weitgehend die Verbraucherpolitik überlassen und ihr die Möglichkeit gegeben, mit unserer Wirtschaftspolitik für sich Propaganda zu machen. Wir sind in unserer politischen Arbeit viel zu wenig auf die Tatsache eingegangen, daß die Wirtschaftspolitik, die wir 12 Jahre unter Herrn Minister Erhard verfolgt haben, in unmittelbarer Abhängigkeit vom Verhalten des Verbrauchers steht.

Wo haben wir in genügender Weise in unseren Reden und Publikationen betont, daß im Wirtschaftsgefüge der sozialen Marktwirtschaft drei gleichberechtigte Partner gegenüberstehen? Das heißt, daß dem Verbraucher hier die gleichen Aufgaben und Verpflichtungen zukommen wie dem Erzeuger und dem Handel. Denn nur durch das verständige Verhalten – heute im Zeichen der Hochkonjunktur in erster Linie des Verbrauchers – können sich durch das freie Spiel der Kräfte Angebot und Nachfrage ausgleichen und damit weiter eine gute Wirtschaftspolitik gewährleisten.

Wir als politische Partei müssen diese Verbraucherpolitik zu einem Hauptbestandteil unserer Bemühungen machen. Wie sehr auch die soziale Marktwirtschaft bejaht wird, so wenig ist die Bevölkerung etwa über das Zustandekommen der Preise, die Regeln von Angebot und Nachfrage informiert. Wie sehr, meine Damen und Herren, wird immer mit dem Ausruf: „Zu hohe Preise – die CDU läßt die Preise steigen“ Polemik gegen die CDU gemacht. Und das im Wahljahr.

Dieser Unkenntnis gilt es Einhalt zu gebieten in allen unseren politischen Versammlungen. Es gilt aber auch, unsere Wähler zu überzeugen, daß es das Anliegen aller – jedes einzelnen Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen – ist, daß die wirtschaftlichen Interessen und finanziellen Wünsche unserer Wähler, unserer Verbraucherschaft im Bundestag vertreten werden, daß wir uns um einen echten Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher, der Wirtschaft und der Landwirtschaft bemühen.

Wir sollten den Ernst dieser Situation begreifen und wissen, daß wir mit einer umfassenden Verbraucherpolitik innerhalb der CDU die Bemühungen des Bundeswirtschaftsministers nicht nur unterstützen, sondern daß dadurch allein überhaupt nur gewährleistet werden kann, daß einerseits sowohl die notwendige Dämpfung der Konjunktur und andererseits der ebenso notwendige weitere Anstieg von Wohlstand und Besitz der Bevölkerung erreicht wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke auch für diesen Diskussionsbeitrag. Als nächster hat das Wort

Herr Krammig, MdB, Bremen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn man kurz vor einer Bundestagswahl einen Bundespartei-tag abhält, dann ist es durchaus angebracht, zum Thema „Solide Finanzen – gesunde Wirtschaft“ eine kurze Rückschau – und Vorschau zu halten.

Bei einer kurzen Rückschau darf man hier noch einmal herausstellen, daß bis zum Jahre 1957 einschließlich die Steuerentlastungen, die maßgeblich durch die Bundestagsfraktion der CDU/CSU veranlaßt worden sind, eine Gesamtsumme von 12 Milliarden DM betragen haben. 1958 haben wir durch die damalige Steuersenkung einen weiteren Betrag von 2,3 Milliarden DM hinzugefügt. Wir sind jetzt dabei, durch das Jahressteueränderungsgesetz 1961 den von der Regierung vorgeschlagenen Steuerentlastungsbetrag, der sich auf etwa 1 Milliarde DM beläuft, um weitere 500 Millionen DM anzuheben; wir werden also erneut eine Steuersenkung in einer Höhe von 1,5 Milliarden DM durchführen können. Die Steigerung dieses Betrages gegenüber der Regierungsvorlage ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Arbeitskreis Haushalt, Finanzen und Steuern unserer Fraktion gemeinsam mit dem Arbeitskreis Wirtschaft gestern, als Sie hier tagten, beschlossen hat, auch den Kinderfreibetrag für das erste Kind von 900 auf 1200 DM jährlich anzuheben.

In diesem Bundestag werden wir außerdem noch eine Umsatzsteuernovelle verabschieden, die eine weitere Entlastung von 400 Millionen bedeutet. Das ist eine Gesamtentlastung am Ende dieser Legislaturperiode seit 1949 an von mehr als 16,1 Milliarden DM. Bei diesen Steuersenkungsmaßnahmen haben wir uns von dem Grundsatz leiten lassen: So viel Steuern wie nötig, so wenig Steuern wie möglich, da niemand mit seinem Geld besser umzugehen versteht als der, der es sich mit seinen Händen oder seines Kopfes Arbeit schwer verdienen muß. (Beifall.)

Wir sind nun an der Grenze der Möglichkeiten angelangt, durch Verbesserungen im bestehenden System Erleichterungen herbeizuführen. Daher gestatten Sie mir, daß ich ganz kurz, nachdem schon Vorredner andeutungsweise davon sprachen, darauf eingehe, daß wesentliche Entlastungen im Sinne unserer gesellschaftspolitischen Zielsetzungen in Zukunft nur möglich sein werden, wenn wir im kommenden Bundestag – und damit komme ich zur Vorschau – uns dazu entschließen, eine

Finanzverfassungs- und eine Steuerreform an Haupt und Gliedern durchzuführen. Eine Finanzverfassungsreform, die sich zum Ziele setzen muß, daß der Steuerverbund von oben nach unten durchgeführt wird; eine Finanzverfassungsreform, die sich außerdem vornimmt, daß entsprechend den Aufgaben, die den Hoheitsträgern durch die Verfassung aufgebürdet sind, die Mittel zur Verfügung stehen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können, ein Steuersystem in Form einer organischen Steuerreform, damit auch dort versucht wird, die Steuerlasten so gering wie möglich zu halten, um trotzdem den größtmöglichen Nutzen bei der Bewältigung der Staatsaufgaben herbeizuführen.

Dabei darf, und da erinnere ich an das, was Kollege Dr. Willeke gesagt hat, nicht an den Gemeinden vorbeigegangen werden. Unsere jetzige Finanzverfassung leidet darunter, daß sie nur von Bund und Ländern spricht und die Gemeinden außer acht läßt. Wir werden uns also dazu aufraffen müssen, in dieser Hinsicht ein völlig neues Werk zu schaffen. Und da, meine Damen und Herren, setzt unsere Aufgabe ein, auch Ihre Aufgabe. Sie müssen in der Öffentlichkeit, dort, wo Sie stehen, dafür sorgen, daß diese Gedanken bekannt werden, daß sie Allgemeingut werden, damit von dem Druck der Öffentlichkeit her auch die Länder und die Gemeinden bereit sind, das ihrige zu tun, damit das Werk gelingt.

(Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf auch Herrn Krammig danken. Das Wort hat Herr Dr. Gerhard Fritz aus Ludwigshafen. Es liegen außerdem noch mehrere Wortmeldungen vor. Ich wäre dankbar, wenn wir die Diskussion so einrichten könnten, daß wir mit diesem Teil der Beratung um 12.30 Uhr zu Ende kommen.

Dr. Gerhard Fritz, MdB, Ludwigshafen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sowohl der Herr Vizekanzler als auch gestern der Bundesaußenminister haben auf das Problem der Entwicklungshilfe hingewiesen, auf unsere Verpflichtung, anderen Völkern, die in Notstand leben, Hilfe zu geben. Es ist wahrscheinlich müßig, darüber zu streiten, welchem politischen Bereich die Entwicklungshilfe einzuordnen ist. Sie berührt im besonders starken Maße unsere Außenpolitik, sie berührt aber auch die Wirtschaftspolitik, da uns die Aufgabe gestellt ist, mitzuhelfen, soziale und wirtschaftliche Strukturen in den Notstandsändern zu verbessern. Dazu gehört aber auch die Finanzpolitik, die Sozialpolitik, die Innenpolitik, das Informationswesen und nicht zuletzt die Kulturpolitik, weil die materielle Hilfe, ohne geistige Überzeugung gegeben, für uns wertlos ist.

Die Bundesregierung hat auch kürzlich in London auf einer Konferenz westlicher Geber-Länder und durch den Herrn Bundeskanzler in den Vereinigten Staaten versprochen, im Rahmen westlicher und partnerschaftlicher Hilfe ständig in den kommenden Jahren Beiträge zu leisten. Dies alles bedeutet aber, daß die Entwicklungshilfe immer mehr Funktion der deutschen Gesamtpolitik geworden ist, d. h., aus einer Entwicklungs-

hilfe wurde eine Entwicklungspolitik. Wenn wir sie aber als solche verstehen wollen, dann müssen wir uns hier auf dem Parteitag der CDU Gedanken darüber machen, wie wir im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden diese deutsche Entwicklungspolitik gemeinsam gestalten. Herr Kollege Schmücker sprach vorhin in seinem Diskussionsbeitrag von der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das gleiche Anliegen gilt für die Entwicklungspolitik. Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern bedarf auch hier einer sehr engen Koordination. Dabei scheint mir unumstritten zu sein, daß der Bund die Federführung innehaben muß. Es dürfte auch sinnvoll sein, daß die Länder vor allem dort Entwicklungshilfe leisten, wo ihre Zuständigkeit, ihre Hoheit liegt. Im Bereich der technischen Hilfe und der Bildungshilfe ist eine Betätigung der Länder, in sich koordiniert und koordiniert mit dem Bund und mit der internationalen westlichen Hilfe, zu begrüßen. Es wäre aber ein Widersinn, wirtschaftlich und politisch nicht zu verantworten, wenn wir auf internationalem Gebiet eine Zusammenfassung aller Hilfeleistungen anstreben, in der Bundesrepublik aber eine Vielzahl von Ländern ihre eigene Entwicklungspolitik durchführen würden. Wir alle, gleichgültig, ob wir im Bund oder in den Ländern verantwortlich sind, sollten deshalb mithelfen, ein Gegeneinander in der Entwicklungshilfe zu verhindern. Das ist ein Anliegen, welches wir als Partei unseren Regierungen im Bund und in den Ländern genauso zu sagen haben, wie unseren Parlamenten im Bund und in den Ländern.

Wir sollten allerdings, wenn wir das realisieren wollten, auf der einen Seite die Bundesregierung sehr konkret auffordern, eine ständige Unterrichtung der Länder zu gewährleisten und umgekehrt die Länder auffordern, auch den Bund ständig über ihre Maßnahmen und ihre Zielsetzungen zu informieren. Wir sollten in den CDU-Fraktionen des Bundes und der Länder die gegenseitige Information auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik verbessern, wir sollten die Länderregierungen auffordern, untereinander eine Abstimmung zu erreichen, so wie sie in einem kleinen Gremium der Ministerpräsidenten nunmehr angestrebt wird, dem von unserer Seite Herr Ministerpräsident von Hassel und Herr Ministerpräsident Kiesinger angehören. Weiterhin sollten wir gemeinsam als Partei einen Katalog aufstellen, über die Möglichkeiten, wie die Länder Entwicklungshilfe in Übereinstimmung mit dem Bund leisten können. Hier denke ich z. B. nur an den Bau von Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen in Übersee, an die heute oft noch recht mangelhafte Betreuung von Praktikanten und Studenten, die als Gäste aus Übersee bei uns weilen, an die Förderung von Forschung im Rahmen der Entwicklungshilfe an den Universitäten und Hochschulen, an die grundsätzliche Frage der Förderung des Fachschulstudiums, dessen Voraussetzung aber vor allem der Bau von Ingenieurschulen ist. Mehr ausländische Fachschulstudenten nach Deutschland zu bringen, ist eine der Grundforderungen der deutschen Entwicklungshilfe. Ich denke aber auch an den Austausch von Hochschullehrern, an die Entsendung von deutschen Hochschullehrern in die Entwicklungsländer. Es ist wenig, wenn wir heute nur sagen können, daß lediglich hundert deutsche Hochschullehrer in den zahlreichen Entwicklungsländern eine Lehrtätigkeit ausüben. Ich denke aber auch an die

soziale Sicherung aller derjenigen, die bereit sind, im Rahmen der Entwicklungshilfe draußen tätig zu sein. Dabei kann ich an die vorbildlichen Vorschläge erinnern, welche das Land Schleswig-Holstein für den Bereich des öffentlichen Dienstes gemacht hat .

Unserer Partei ist hier eine gemeinsame Aufgabe gestellt, von deren Bewältigung, auf lange Sicht gesehen, der Bestand unserer gesamten Politik abhängt. Dabei sollten wir uns aber auch nicht durch eine Kritik der Opposition an unserer Entwicklungshilfe-Politik beirren lassen.

Wenn wir die Entwicklungen unserer Leistungen in sehr wenigen Jahren betrachten, dann können wir heute feststellen, daß die Bundesrepublik, und damit aber auch die Bundesregierung, in der relativ kurzen Zeit der neuen Aufgabenstellung außerordentlich viel geleistet hat, ja eine neue Epoche unserer Politik eingeleitet hat. Schaffen wir gemeinsam die Voraussetzung im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden für die Bewältigung dieses Aufgabenbereiches.

(Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Herrn Dr. Fritz für seine Ausführungen. Als nächstes spricht

Frau Jacobi (Westfalen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben vom Herrn Bundeswirtschaftsminister Erhard das Wort „Eigentum für alle“ gehört, wir haben gehört, daß es keinen Klassenkampf mehr gibt und daß auch der Arbeitnehmer mit Auto und Waschautomat versehen sein kann. Wenn ich trotzdem hier etwas sage, dann deshalb, weil eine Kategorie hier nicht beachtet wird, die quer durch alle Berufsstände beim Wirtschaftswunder etwas zu kurz gekommen ist. Ich möchte hier für die kinderreichen Familien sprechen, die ihre Kinder in der Ausbildung haben.

Meine Damen und Herren von der CDU! Ich will die Vaterhand, die dem Sohn und der Tochter das Geld für die Ausbildung gibt und das Opfer der Mutter, die diese Ausbildung erleichtert, nicht ausgeschaltet wissen. Ich möchte aber doch, daß wir als Volk es den Familien nicht zu schwer machen sollten. Denn wenn Herr Etzel uns wissen ließ, daß vor dem Richterstuhl der Geschichte nur das Bestand haben wird, was wir an sittlichen und kulturellen Leistungen hinterlassen, dann wollen wir denen, die diese kulturellen und sittlichen Leistungen tragen, dafür auch etwas Hilfe bieten. Wir wollen feststellen, daß wir nicht immer fordern sollen, daß nur Höchstbegabungen unterstützt und gefördert werden. Man sollte sich einmal fragen: Begabt? Wofür? Denn auch Begabungen für mittlere Leistungen verdienen durchaus die Förderung. Und das Honnefer Modell sollte nicht an 20 Mark scheitern, die zuviel im Einkommen stehen. Ich meine, diese Dinge sollten nicht zu bürokratisch gehandhabt werden. Darüber hinaus sollte man sich wirklich überlegen, ob wir für die Generation und die Träger kultureller Leistungen, die schon in der dritten Generation zu Vermögens- und Eigentumbildung weiß Gott nicht kommen, weil sie für das Volk eine größere Aufgabe bewältigen – nämlich die Heranbildung und Erziehung ihrer Kinder – nicht etwas mehr tun sollten. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Ihnen für diesen Beitrag und darf als letztem Diskussionsredner zu diesem Punkt unserer Tagesordnung Herrn Dr. Hofmann vom Landesverband Rheinland das Wort geben.

Dr. Hofmann (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich mich zu Wort meldete schien es, als wenn im Chor dieser Stimmen die Stimme der Länder überhaupt fehlen sollte. Sie scheinen auf der Anklagebank zu sitzen. Trotzdem darf ich aber sagen, daß bei jedem Finanzausgleich die Aufgaben, die die Länder haben, nicht übersehen werden dürfen. Immermehr bilden sich Schwerpunkte heraus: Beim Wohnungsbau, bei der Strukturverbesserung, beim Bau der Krankenhäuser, zu denen der Bau von Pflege- und Altersheimen gehört, beim Straßenbau, wo es nicht allein um Bundesstraßen, sondern auch um Landstraßen erster und zweiter Ordnung, Kreisstraßen und Gemeindewege geht, vor allem aber – und darauf möchte ich ganz besonders hinweisen – auf die Aufgaben, die auf uns zukommen durch den Ausbau unseres Schulwesens in allen seinen Zweigen, auch in Wissenschaft und Forschung. Wir werden um einen Ausbau und um Neugründungen von Universitäten und Hochschulen, auch um einen Ausbau unserer höheren Fachschulen nicht herumkommen. Was nützen alle Investitionen auf wirtschaftlichem Gebiete, wenn sie nicht begleitet sind von Investitionen geistiger Art? Bildungspolitik wird immer mehr zu einem tragenden Pfeiler jeglicher Gesellschaftspolitik. So möchte ich darum bitten, daß die CDU ihre Bemühungen fortsetzt und zu einem guten Ende führt, auf dem Gebiet des Schulwesens, der Wissenschaft und Forschung zu einer Koordinierung der Aufgaben und der Ausgaben zu kommen.

(Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf auch Herrn Dr. Hofmann für seinen Beitrag danken. Ich glaube, wir begrüßen jetzt alle, daß durch seinen Beitrag diese Diskussion über Finanzfragen zum Schluß noch zu einem kurzen Dialog zwischen Bund und Ländern geworden ist. Wir sind uns darüber einig, daß dieser Dialog auch in unserer Partei fortgesetzt werden muß. Ich möchte allerdings der Hoffnung Ausdruck geben, daß es kein endloser Dialog wird, die Erfahrungen dieses Jahres haben uns, glaube ich, gezeigt, daß wir gerade in den Bereichen, in denen verfassungspolitisch unterschiedliche Aufgaben bestehen, als Partei Lösungen finden müssen, damit nicht die Justiz politische Fragen zu entscheiden hat. (Beifall.)

Wir kommen jetzt zum nächsten Themenkreis: „Der Bauer in Staat und Gesellschaft“. Ich darf zunächst ein herzliches Wort des Grußes an unseren Referenten, Herrn Minister Schwarz, richten. (Beifall.)

Sie leiten, lieber Herr Schwarz, seit Herbst 1959 dieses Ressort, das von der Sache her, wie wir alle wissen, gewiß nicht zu den einfachsten des Bundes gehört. Es ist Ihnen aber, glaube ich, in diesen jetzt fast zwei Jahren als Politiker und Landwirt gelungen, in der Tradition Ihres Vor-

gängers Heinrich Lübke mit Sachlichkeit und Klarheit beiden Aufgaben dieses Amtes gerecht zu werden: Einerseits Sprecher für die Sache der Landwirtschaft zu sein, aber andererseits die Belange des Ganzen zu sehen und zu betonen und als ehrlicher Makler für Bauern und städtische Konsumenten gleichermaßen zu wirken. (Beifall.)

Der Bauer in Staat und Gesellschaft

Bundesminister Schwarz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei Betrachtung der agrarpolitischen Situation in der Bundesrepublik konnte in letzter Zeit hier und da der Eindruck entstehen, zwischen dem Staat und der ihn tragenden Gesellschaftsordnung auf der einen Seite und der bäuerlichen Bevölkerung auf der anderen Seite tue sich ein tiefer Graben auf. Ich bin überzeugt, daß dieser Eindruck das wirkliche Verhältnis des Bauern zum Staat nicht widerspiegelt. Im Gegenteil! Der Bauer steht nach seinen Lebensbedürfnissen und seiner Wesensart grundsätzlich einer festen Staatsgewalt positiv gegenüber. Er braucht eine staatliche Ordnung. Er braucht auch den Schutz des Staates. Da er das weiß, ordnet er sich willig der staatlich gesetzten Ordnung ein und respektiert staatliche Autorität. Seine Vorstellungen von der Ordnung seines Hofes überträgt er auf die Gesellschaft und wird damit zu einem überzeugten Träger des Staates. Wenn der Bauer heute mit Nachdruck Forderungen stellt, so tut er das nicht, weil er einer anderweitigen Leistung ihren Lohn mißgönnt. Er verlangt vielmehr auch für seine Arbeit ein gerechtes Entgelt.

Wie ist es zu der gegenwärtigen Lage gekommen?

Noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts galt der Bauernstand nach Zahl und Wirtschaftspotential als die bedeutendste staatstragende und staatserhaltende Schicht des Volkes. Heute, in der Massengesellschaft unseres Industriestaates, ist der Bauer zu einer zahlenmäßig ständig absinkenden Minderheit geworden.

Der zahlenmäßige Rückgang der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen ist mit dem Übergang zum Industriestaat unvermeidlich. Sofern er sich nicht in revolutionärem Tempo vollzieht, kann und soll daher auch der Staat grundsätzlich die Tendenz dieser Entwicklung nicht aufhalten.

Bedenklich wird diese Entwicklung erst dann, wenn die Angehörigen des zur Minderheit gewordenen Berufsstandes gleichzeitig in ihrer materiellen Lage und in ihrer sozialen Stellung im Vergleich zur Volksmehrheit absinken, obwohl sie ihre Betriebe modernisiert und technisiert haben und obwohl sie gleichzeitig ihre Produktion und ihre Produktivität stärker erhöht haben, als es selbst phantasiebegabte Experten als möglich erwartet hatten. Darüber, was der Bauer in kurzer Zeit zur Betriebsrationalisierung und Strukturverbesserung getan hat, möchte ich Ihnen nur wenige Zahlen in Erinnerung rufen:

Nach dem Kriege haben sich rund 300 000 kleinste landwirtschaftliche Betriebseinheiten bis 5 ha aus eigenem Entschluß aufgelöst. Die freigewordenen Landflächen dienten zur Vergrößerung der verbliebenen bäuerlichen Familienbetriebe besonders in den Größenordnungen zwischen 10 und 20 ha.

Gleichzeitig hat die Landwirtschaft rund 1,5 Millionen arbeitende Berufszugehörige an die übrige Wirtschaft abgegeben. Trotzdem hat sie ihre Produktion gegenüber dem Vorkriegsstand von 1938 um rund 50 Prozent gesteigert. Dies war nur möglich durch ungewöhnlich hohe Kapitalinvestitionen. Allein die Bruttoinvestitionen für Maschinen betragen in den letzten fünf Jahren durchschnittlich etwa 1,8 Milliarden DM, die Zunahme der Traktoren von 70 000 Stück im Jahre 1948 auf heute 824 000 Stück ist besonders charakteristisch für das Tempo der Mechanisierung.

Diese bedeutenden Leistungen der Landwirtschaft führten zwar zu steigenden Einkommen, doch schon etwa 1953 wurde immer deutlicher, daß die Einkommenssteigerung in der Landwirtschaft stark hinter dem Einkommenszuwachs in der übrigen Volkswirtschaft zurückblieb. Dieses Zurückbleiben wurde schon damals als eine staatspolitisch wie auch sozialpolitisch bedenkliche Störung einer stabilen Wirtschafts- und Sozialordnung erkannt. Ähnlich wie in anderen europäischen Industriestaaten wurde daher der Regierung durch das Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 der Auftrag erteilt, mit allen geeigneten Mitteln die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, ihre Einkommen demjenigen der vergleichbaren übrigen Berufstätigen anzugleichen. Gleichzeitig wurden bedeutend erweiterte finanzielle Möglichkeiten zur Verwirklichung des Auftrages eröffnet.

Die Bundesregierung hat von diesen finanziellen Möglichkeiten in steigendem Maße in Gestalt der „Grünen Pläne“ Gebrauch gemacht. Mit Hilfe globaler und gezielter Maßnahmen konnte die Produktivität in der Landwirtschaft, insbesondere das Arbeitseinkommen, weiter erheblich gesteigert werden. Es stieg von 2019 DM je Arbeitskraft im Jahre 1954/55 auf 3869 DM im Jahre 1959/60.

Das mit dem Landwirtschaftsgesetz angestrebte Ziel des Wiederaufholens beziehungsweise der Angleichung an die Einkommensverhältnisse in der übrigen Wirtschaft ist jedoch trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen und Strukturverbesserungen nur in unzureichendem Ausmaße erreicht. Das liegt daran, daß die Einkommen in der übrigen Wirtschaft im Zeichen der Hochkonjunktur und der Überbeschäftigung der Landwirtschaft einfach davonliefen. Bestimmte Bereiche der Wirtschaft, vornehmlich der Export- und Investitionsgüterindustrie sowie die Bauwirtschaft wurden immer wieder zum Motor und Schrittmacher für Lohn- und Kostensteigerungen.

Mit Nachdruck möchte ich betonen, daß auch die bäuerliche Bevölkerung die Wohlstandsentwicklung in der Bundesrepublik begrüßt. Ich wiederhole, daß sie niemandem den gerechten Lohn für geleistete Arbeit mißgönnt. Sie weiß, daß ihre wirtschaftliche Lage mit der Gesamtentwicklung untrennbar verbunden ist. Sie weiß aber auch, daß die übrige Wirtschaft die stürmische, oft beängstigende Aufwärtsentwicklung nicht zuletzt der ihr ursprünglich als Starthilfe in den ersten Wiederaufbaujahren zugestanden und heute noch gewährten direkten und indirekten Begünstigungen vielgestaltiger Art verdankt. Die Landwirtschaft glaubt daher mit Recht erwarten zu dürfen, daß auch die ihr über die Grünen Pläne gewährten Mittel als notwendige Starthilfen anerkannt werden.

Dieser Tatbestand erfordert ein gründliches Neudurchdenken aller Wege und Möglichkeiten, die die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes besser zu erreichen versprechen. In Anbetracht der geschilderten fortschreitenden Umgestaltung der Landwirtschaft und der ebenfalls geschilderten Ursachen für das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Einkommen trotz ihrer absoluten Zunahme, werden wir unsere Hoffnungen künftig nicht mehr in der bisherigen Ausschließlichkeit oder Einseitigkeit auf die Grünen Pläne richten können.

Wie ich in meiner Bundestagsrede zum Grünen Bericht im Februar bereits andeutete, sind bei dieser Verfassung der Gesamtwirtschaft die Grenzen der Wirkungsmöglichkeiten mit den Haushaltsmitteln der Grünen Pläne bereits erkennbar. Gewiß läßt sich der Wirkungsgrad durch Umgruppierungen, Methodenverfeinerungen und Schwerpunktbildungen noch verbessern – in welcher Weise dies geschehen kann, habe ich ebenfalls in meiner Bundestagsrede näher ausgeführt. – Dies alles ändert aber nichts an der Erkenntnis, daß mit den Maßnahmen der Grünen Pläne allein, welcher Art sie auch sein würden, die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes nicht erreicht werden können, wenn die Ursachen der Unstabilität unserer Gesamtwirtschaft, wie sie als Folge der Konjunkturüberhitzung eingetreten ist, weiter bestehen bleiben.

Das Gesetz stellt auch keineswegs allein auf diese Möglichkeit ab. Es verlangt vielmehr in seinem § 1, daß die Landwirtschaft mit den Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik – insbesondere der Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik – in den Stand zu setzen ist, die für sie bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern. Dadurch soll ihr die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft gesichert werden.

Auch aus diesem Grunde müssen wir mit allem Nachdruck die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung unterstützen. Wir müssen alles tun, was geeignet ist, das weitere Davoneilen der nicht landwirtschaftlichen Wirtschaftsgruppen zu verhindern. Nur wenn uns das gelingt, werden wir das Vertrauen der Landbevölkerung, daß ihr geholfen werden soll, den Anschluß an die allgemeine Wohlstandsentwicklung in der Bundesrepublik zu gewinnen, nicht enttäuschen. Die Vorgänge vor und nach der Aufwertung der DM konnten den Eindruck erwecken, als ob in manchen Kreisen das Streben nach immer größerer und schnellerer Bereicherung keine Zeit ließ zur Besinnung auf das Gemeinwohl.

Die starken und entsprechend organisierten Wirtschaftsgruppen, insbesondere Industrie und Gewerkschaften, sind im Zeichen der Wohlstandsentwicklung schnell gewachsen und zu ungewöhnlicher wirtschaftlicher konzentrierter Macht gelangt. Wir müssen nunmehr Wege suchen und finden, die sie zu verständnisvoller Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Verbänden führen. In unserem hochentwickelten Industriestaat ist die Landwirtschaft in einer Minderheit gegenüber den mächtigen und einflußreichen, in guter Konjunktur stehenden anderen Wirtschaftsbereichen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß zwischen den

einzelnen Wirtschaftszweigen Spannungen bestehen. Diese dürfen auf keinen Fall zu unüberbrückbaren Gegensätzen führen. Alles, was das gegenseitige Verständnis zu fördern und Entspannung zu schaffen geeignet ist, muß daher unternommen werden.

Für die Landwirtschaft bestehen völlig andere Voraussetzungen wie für die gewerbliche Wirtschaft. Rationalisierungsmöglichkeiten, die die übrige Wirtschaft hat, sind nicht immer auf die Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes anwendbar. Der Grund liegt nicht allein darin, daß die Landwirtschaft von der Natur abhängig ist. Auch die Maschinen können in der gewerblichen Wirtschaft weit rationeller ausgenutzt werden als in der Landwirtschaft. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Maschinen kann nur wenige Wochen im Jahre eingesetzt werden. Die anderen Wirtschaftszweige müssen für diese besondere Situation der Landwirtschaft Verständnis aufbringen.

Ich freue mich, in diesem Zusammenhang feststellen zu können, daß die Industrie heute nicht mehr in gleichem Maße auf die Ausweitung des Exports angewiesen ist. Diese Exporte haben nämlich sehr oft den Import agrarischer Güter zur Folge. Das beunruhigt die Landwirtschaft. Die neue Entwicklung kann und wird, so hoffe ich zuversichtlich, zur Entspannung beitragen und das gegenseitige Verständnis fördern. (Lebhafte Beifall.)

Bei uns wie in den anderen Industriestaaten ist Agrarpolitik in erheblichem Umfang auch eine staatspolitisch notwendige Minderheitenpolitik. Der Minderheitenschutz im agrarpolitischen Sinne kann aber nicht von der Minderheit selbst, sondern muß von den den Industriestaat tragenden starken Mehrheitsschichten erfolgreich gestaltet werden. Das bedeutet, daß die starken Wirtschaftsgruppen in ihrem Verhalten in allen Bereichen auf die Lebensbedürfnisse der Minderheit Rücksicht nehmen müssen. Ich habe es deswegen als wohlthuend und ermutigend empfunden, daß die „Arbeitsgemeinschaft der Jungen Unternehmer“ auf ihrer Frühjahrstagung in Wiesbaden sich mit bemerkenswerter Eindringlichkeit zur Sorge um das allgemeine Wohl vor allen Sonderinteressen bekannt hat. Wenn diese Gesinnung Fortschritte macht, so wäre dies die glücklichste Abwehr bedenklicher Stimmen zur Sozialen Marktwirtschaft, die in letzter Zeit auch in landwirtschaftlichen Kreisen Gehör gefunden haben.

Wir müssen in Zukunft, mehr als es bisher möglich gewesen ist, darauf achten, daß der eigenen Landwirtschaft die Möglichkeiten erhalten bleiben, die in dem großen eigenen Verbrauchermarkt liegen. Auch in den Zeiten des heutigen Nahrungsüberflusses darf von niemandem übersehen werden, daß die Eigenerzeugung von Nahrungsgütern die notwendige Grundlage für eine stabile und gesunde Gesamtwirtschaft ist. (Beifall.) Ein gesundes Bauerntum bietet hierfür die verlässlichste Gewähr. Um nicht mißverstanden zu werden: Das hat nichts mit Autarkiebestrebungen zu tun! Im wohlverstandenen allgemeinen Interesse sollen wir vielmehr dem deutschen Bauern in ehrlichem Wettbewerb die Chancen geben, die der eigene Markt bietet.

Aber auch die Landwirtschaft selbst muß diese Chance wahrnehmen. Es ist interessant, zu wissen, daß der Preisanteil, den der Bauer am Verkaufspreis hat, verhältnismäßig gering ist. Zunehmende Be- und Verarbeitungskosten haben ihn in den letzten Jahren weiter vermindert. Diese Tatsache zwingt zu der Überlegung, daß die deutsche Landwirtschaft im Wege der Selbsthilfe Mittel und Wege finden muß, durch gemeinschaftlichen Absatz einen höheren Anteil an den Verkaufspreisen zu erhalten. Gelingt das, so dürfte es ein Beitrag zur Behebung der Schwierigkeiten sein.

Hier nun ein Wort zur EWG, die häufig von der deutschen Landwirtschaft wie ein Alpdruck empfunden wird. Es darf kein Zweifel darüber bestehen: Die Bundesrepublik hat den Vertrag zur Gründung der EWG unterschrieben und wird diesen Vertrag auch erfüllen. Wir müssen aber um Verständnis dafür bitten, daß wir im Hinblick auf die allseitig bekannten schweren Probleme, die die Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes der sechs Staaten mit sich bringt, die im Vertrag vorgesehene Übergangszeit benötigen. In der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik können dem deutschen Bauern keine Einkommensminderungen, z. B. durch Senkung der Getreidepreise, zugemutet werden. (Lebhafter Beifall.) Diese würden nämlich zwangsläufig eine Senkung der Preise auch für die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Gefolge haben. Die deutsche Landwirtschaft fürchtet die Konkurrenz mit den anderen Mitgliedsstaaten nicht .

Sie braucht sie auch nicht zu fürchten. Unerläßliche Voraussetzung ist aber, daß gleiche Startbedingungen geschaffen werden. Hierfür zu sorgen, muß eine unserer vordringlichsten Aufgaben sein. Die Waren können nur dann frei über die Grenzen hinweg, ohne Störungen zu verursachen, ausgetauscht werden, wenn auf den deutschen Markt keine Waren zu Preisen gelangen können, die nur ein Geringes mehr als die Transportkosten decken. Andernfalls kann es zur bedrohlichen Existenzgefährdung der deutschen Landwirtschaft führen.

Die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes, das seinerzeit vom Bundestag einstimmig verabschiedet worden ist, stimmen mit den Zielen des EWG-Vertrages überein. Die Verwirklichung der Vertragsziele darf daher für die deutsche Landwirtschaft nicht zu Preiseinbußen führen. Diese würden alle bisherigen Bemühungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, wie sie das Landwirtschaftsgesetz vorschreibt und wie sie mit den Mitteln der Grünen Pläne der vergangenen Jahre unternommen worden sind, wieder zunichte machen. Wir halten uns an das Landwirtschaftsgesetz gebunden!

Als Landwirt, Politiker und verantwortlicher Ernährungsminister möchte ich auch meinen Berufskollegen gegenüber betonen, daß wir trotz aller aufgetretenen Spannungen an unserer freien und in erster Linie auf Privateigentum, Privatinitiative und Wettbewerb beruhenden Wirtschaftsordnung festhalten und sie grundsätzlich auch für den Agrarsektor bejahen müssen. (Beifall.) Eine andere Alternative sehe ich nicht.



Der Bundeskanzler zwischen zwei Berlinern: Bürgermeister Amrehn (links) und Dr. Krone (rechts).

Dr. Adenauer begrüßt den aus sowjetzonialem Zuchthaus entlassenen Hermann Josef Flade, der der CDU beiträt.





Der 1. Vorsitzende und seine vier Stellvertreter (von links nach rechts): Bundesarbeitsminister Theodor Blank, Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Ministerpräsident Dr. Franz Meyers.

Gerade in jüngster Zeit haben wir erlebt, wie die Sowjetzone das freie Bauerntum zerschlagen hat. Wir haben gesehen, wohin das hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktion geführt hat. Wir wollen freie Bauern auf eigenem Grund und Boden in eigener Verantwortung bleiben! (Beifall.) Das bedeutet nicht, daß wir die freiwillige Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten ablehnen. Im Gegenteil! Wir fördern die Gemeinschaftsarbeit überall dort, wo sie von den Bauern freiwillig geleistet wird. Wir fördern die gemeinschaftliche Maschinennutzung, die Schaffung gemeinschaftlicher Lagereinrichtungen und die freiwillige Zusammenfassung eines größeren Angebots von hochwertigen Qualitätserzeugnissen, wie sie der Markt verlangt.

Wir bejahen diese freie Wirtschaftsordnung in unserer Situation als Industriestaat an der Grenze zwischen Ost und West als die allein mögliche aus Überzeugung. Gerade deshalb können wir aber um so offener darüber sprechen, wie wir dieses Wirtschaftssystem handhaben wollen, daß alle Volksteile, die Landwirtschaft eingeschlossen, trotz ihrer unterschiedlichen Situation gedeihen können.

Die deutschen Bauern beobachten zum Beispiel mit nicht geringer Sorge das Abwandern der Veredlung von den bäuerlichen Betrieben zu gewerblichen Veredlungsbetrieben. Mit steigendem Wohlstand wird die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Bodenproduktion geringer. Demgegenüber wächst der Verbrauch von Veredlungserzeugnissen. Hier liegt für die bäuerlichen Familienbetriebe eine echte Chance. Ihnen muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen Bodenerzeugnisse zu veredeln und zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Wir wollen nicht, daß der Bauer zu einem Arbeiter wird, der von gewerblichen Veredlungsgroßbetrieben oder anderen Industriezweigen abhängig ist. (Beifall.)

Wir dürfen auch nicht übersehen, daß mit der wirtschaftlichen Umschichtung der Vermögen und Einkommen auch ein Wandel der sozialen Gesellschaftsstruktur verbunden war. Aber auch die Stellung des Bauern in der Sozialordnung hat sich stark geändert. Er besitzt zwar in seinem Hof Heimat, Familienmittelpunkt und ein wertvolles Eigentum. Er ist aber – besonders der kleinere und mittlere Bauer – in seiner Funktion heute dem Arbeiter nähergerückt als früher.

In den rund 800 000 hauptberuflichen landwirtschaftlichen Betrieben werden heute nur noch wenig über 400 000 fremde Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Das bedeutet, daß die Masse der Bauern ihre frühere soziale Funktion als Arbeitgeber für Arbeitskräfte verschiedener Art wie Gesinde, Tagelöhner, Fremdarbeitskräfte und dergleichen heute zum überwiegenden Teil eingebüßt hat. Auf den meisten Höfen ist der Bauer selber heute die einzige ständige Vollarbeitskraft. Auf dem Felde wie im Stall steht er auf einem von den Gesetzen der Natur abhängigen Arbeitsplatz, der sich nicht, wie in anderen Wirtschaftszweigen, auf die 5-Tage-Woche umstellen läßt.

Dieser veränderten Lage des Bauern steht eine soziale Umschichtung in anderen Bereichen unseres Volkes gegenüber. Für die Wandlungen der sozialen Lage der breiten Masse der Verbraucher und unselbständigen Arbeitnehmer darf ich einige Zahlen nennen, die wir bei unserer Preis- und Konsumentenpolitik berücksichtigen sollten:

Das für Konsum und Sparen zur Verfügung stehende Einkommen der privaten Haushalte stieg von 1950 bis 1960 von 64 auf 173 Milliarden DM, das heißt um 169 Prozent. Die Nettolohnsumme der Unselbständigen stieg in der gleichen Zeit sogar um 180 Prozent, trotz der verkürzten Arbeitszeit der einzelnen Arbeitskraft. Da die Preise der Nahrungsmittel bei weitem nicht entsprechend stiegen, braucht der 4-Personen-Haushalt der mittleren Verbrauchergruppe trotz Arbeitszeitverkürzung und höherwertiger Nahrung von seinen monatlichen Nettoeinnahmen 1960 nur noch 36,7 Prozent für die Ernährung auszugeben, gegenüber 46,4 Prozent im Jahre 1950.

1949 war nur jeder zweihundertste Pkw im Besitz eines Arbeiters, heute – und darüber wollen wir glücklich sein – jeder vierte. Bei einer derartigen Einkommenssteigerung und Verbrauchswandlung haben Preisveränderungen bei einzelnen Grundnahrungsmitteln für den Lebensstandard des Normalverbrauchers einen statistisch nur noch schwer erfassbaren geringfügigen Einfluß. Der Verbraucher geht heute auf breiter Front von den früheren Grundnahrungsmitteln zum Verzehr teurerer Nahrungs- und Genußmittel über. Die Verbrauchszunahme betrug in den Jahren 1950 bis 1960 bei Schweinefleisch 80 Prozent, bei Eiern 137 Prozent und bei Südfrüchten sogar 240 Prozent. Die noch höhere Verbrauchssteigerung bei einigen Genußmitteln will ich gar nicht erst nennen.

Unbeeindruckt von diesem Erdbeben gehen die Motive und Ziele unserer sozialpolitischen Maßnahmen häufig noch von Einkommensverhältnissen und Konsumgewohnheiten längst vergangener Zeiten aus. Wir haben aber diese Wandlung in der Konsum- und Sozialsphäre noch nicht voll in unser Bewußtsein aufgenommen, deshalb pflegen wir uns zu wundern, wenn gutgemeinte Sozialmaßnahmen kaum in Anspruch genommen werden. Ich erinnere an die Erfahrungen vor mehreren Jahren mit dem billigen Konsumbrot.

Aus der Frühzeit der Entstehung unseres heutigen Sozialbegriffes stammt auch noch die Auffassung, daß der Brotpreis und der Preis einiger anderer Grundnahrungsmittel „sozial“ kalkuliert, das heißt niedrig gehalten sein müsse. Damals mußte Rücksicht auf die unzureichende Ernährung des ungenügend bezahlten Industriearbeiters genommen werden. Soziale Rücksichtnahme bei der Preispolitik ist auch heute geboten. Es fragt sich nur: Wer muß heute auf wen Rücksicht nehmen! Der Grüne Bericht und andere volkswirtschaftliche Untersuchungen lassen erkennen, wo heute unterdurchschnittlich entlohnte Bevölkerungsteile anzutreffen sind. Soziale Preiskalkulationen sollten daher auch heute bedeuten, daß bei der Preispolitik von den kaufkräftigen Schichten darauf Rücksicht genommen wird, daß auch der fleißige Bauer, ebenso die schwer mitarbeitende Bäuerin einen sozial gerechten Arbeitslohn erzielen kann. (Lebhafter Beifall!)

Wir alle kennen die schwierige oft verzweifelte Lage der Bäuerin: sie soll der Mittelpunkt der Familie sein. Sie arbeitet heute aber vielfach als einzige volle Arbeitskraft neben dem Bauern. Wir wollen ihr nach Kräften helfen, die Arbeit zu erleichtern, und haben aus diesem Grunde bei der Verabschiedung des letzten Grünen Planes einen Beitrag von 30 Millionen DM für diese Zwecke eingesetzt. Wir wollen diese Maßnahme in Zukunft erhalten und nach Möglichkeit verstärken. (Beifall!)

Ich habe versucht, mit wenigen Sätzen darzulegen, wie ich die Lage des Bauern im heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft sehe und welche Folgerungen nach meiner Ansicht daraus zu ziehen sind. Ich bin überzeugt, daß es für die zukünftige wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Bundesrepublik entscheidend darauf ankommen wird, den berechtigten Anliegen der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter gerechter Abwägung der Interessen aller übrigen Wirtschaftsgruppen und damit der sogenannten „Verbraucher“ Rechnung zu tragen. Nicht durch billige Argumente und aus durchsichtigen Gründen lautstark verkündete Forderungen derer, die in der Opposition stehen und Verantwortung nicht zu tragen haben, werden diese Probleme gelöst. Allein die in unserer Union vereinten gewaltigen Kräfte vermögen dies zu tun. (Beifall!)

Gelingt diese uns gesetzte Aufgabe – und es muß bei allseitig gutem Willen gelingen –, dann dürfen wir überzeugt sein, daß uns der Bauer und die Landbevölkerung schlechthin als zuverlässiges, dem geordneten Staat gegenüber stets positives Element erhalten bleiben.

(Starker Beifall!)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Meine Damen und Herren, Sie haben Herrn Minister Schwarz für seine Ausführungen mit herzlichem Beifall gedankt. Er hat ein sehr klares Bild der eindrucksvollen Leistungen einerseits, aber auch der ungelösten Probleme andererseits gegeben; er hat die aktuellen Fragen der Landwirtschaft und auch die tieferliegenden ökonomischen Strukturprobleme dargestellt. Dafür dürfen wir ihm herzlich danken.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Darf ich bitten, daß wir um 15 Uhr pünktlich und möglichst vollzählig besetzt die Diskussion über dieses Referat aufnehmen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 12.50 Uhr

4. Plenarsitzung

Beginn: 15.10 Uhr

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Darf ich die heutige Nachmittagssitzung eröffnen und einige wichtige Mitteilungen machen. Ich habe die Bitte, daß Sie diese Mitteilungen nachher an Ihre Nachbarn weitergeben. Wir treten dann in die Diskussion über die Agrarfragen ein. Und wenn die Zeit es erlaubt, wird auch noch das Referat von Herrn Minister Blank heute gehalten werden, die Diskussion aber erst morgen früh und ebenfalls der Vortrag von Herrn Bundesminister Lücke morgen früh. Gegen 17.30 Uhr wollen wir das Plenum beenden, da die Damen gewünscht haben, das Fußballspiel zu sehen. (Heiterkeit.) Im Messegelände werden Fernsehapparate aufgestellt, damit der Herr Bundeskanzler zum erstenmal einem Fußballspiel im Fernsehen beiwohnen kann.

Nun noch ein Hinweis für morgen nachmittag 16 Uhr. Ich bitte die Delegierten, an der Schlußkundgebung teilzunehmen, da es sich um eine ordentliche Plenarsitzung handeln wird. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Krone wird ein politisches Referat mit einem bemerkenswert wichtigen politischen Inhalt für den CDU-Wahlkampf halten. Der Herr Bundeskanzler wird morgen nur einige wichtige Mitteilungen zur außenpolitischen Lage machen. Ich darf Sie also alle recht herzlich einladen, morgen um 16 Uhr zu der Schlußplenarsitzung hierzubleiben.

Wir setzen nunmehr die Diskussion fort. Ich habe die Freude, das Wort zu geben an

Aussprache

Frau Dr. Pannhoff, MdB:

Herr Präsident, meine Herren und Damen!

In seinen Ausführungen von heute vormittag hat der Herr Bundesernährungsminister von einer Position im Etat des Bundes für das Haushaltsjahr 1961 gesprochen, die zum erstenmal erscheint. Unter dem Titel „Sondermaßnahmen für die bäuerlichen Familienbetriebe“ steht im Haushaltsplan 1961 eine Position von 30 Millionen DM für die „Bäuerliche Hauswirtschaft“. Denjenigen unter Ihnen, meine sehr geehrten Parteifreunde, die sich nur selten mit Agrarfragen befassen und die als Städter nicht übersehen, in welcher Situation sich in unserer Industriegesellschaft die Landwirtschaft und im besonderen die Bäuerin befindet, möchte ich in der heutigen Diskussion kurz einiges sagen.

Unter den landwirtschaftlichen Betrieben der Bundesrepublik umfassen 90 Prozent – das sind 800 000 Betriebe – sogenannte bäuerliche Familienwirtschaften. Das bedeutet: In diesen landwirtschaftlichen Betrieben wird die Hauptarbeitslast von der Bauernfamilie getragen, also den Eltern und ihren Kindern. Von den Eltern, das heißt, daß die Arbeit von dem Bauern und der Bäuerin gemeinsam geleistet wird. Bei einer Reise durch die Bundesrepublik sehen wir in den ländlichen Gegenden allüberall,

wie die Bäuerinnen auf den Feldern ihre schwere Arbeit verrichten. Wie sich diese körperlich schwere und zeitlich sehr lange Arbeit auf die Gesundheit der Bauernfrauen auswirkt, das wissen vor allem die Landärzte. In unserer ärztlichen Fachliteratur befassen wir uns sehr eingehend mit den Gesundheitsgefährdungen durch die Arbeitsüberlastung bei den Bäuerinnen. Wir suchen nach Wegen der Verhinderung dieser uns bekannten gesundheitlichen Schädigungen, die sich z. B. darin äußern, daß unter den heute lebenden Menschen die Bäuerin die im Durchschnitt kürzeste Lebenserwartung hat. Wir dürfen allesamt nicht länger zusehen, daß die Bäuerinnen unter dieser Arbeitsüberbürdung weiteren Schaden nehmen, sondern müssen ihnen helfen.

Die Forschungsanstalt für Hauswirtschaft in Hohenheim hat die Arbeit der Bäuerin wissenschaftlich analysiert. Es hat sich ergeben, daß die Bäuerinnen im Durchschnitt etwa die Hälfte ihrer Arbeitskraft im bäuerlichen Betriebe und die andere Hälfte in der bäuerlichen Hauswirtschaft und Familie einsetzen. Aus diesem Grunde sind alle vom Staat gewährten Erleichterungen, die dem bäuerlichen Betriebe zugute kommen, gleichzeitig auch Arbeitserleichterungen für die Landfrauen. Aber diese Hilfen reichen, so wichtig sie sind, für die Bäuerin nicht aus! Es muß mehr geschehen!

Wir müssen wissen, daß in unseren Tagen nicht nur Bauernsöhne vom Lande in die Industriebetriebe und Kontore der Städte abwandern, sondern daß auch in großer Zahl unsere Bauerntöchter die elterlichen Höfe verlassen, weil sie nicht das Schicksal ihrer Mütter als Bauernfrauen der kommenden Generation zu tragen gewillt sind. Aus einem an sich idealen Frauenberuf früherer Zeit ist ein Schreckbild geworden. Wir dürfen dieser Entwicklung nicht länger zusehen, sondern müssen aus gesundheitspolitischen und aus agrarpolitischen Gründen eine Änderung herbeiführen.

Zusätzlich zu den Maßnahmen der Bundesregierung, die zur Verbesserung der Agrarstruktur beitragen und die als indirekte Maßnahmen für die Arbeitserleichterung der Bäuerin zu bezeichnen sind, sind im Haushaltsplan des Jahres 1961 erstmalig Sondermaßnahmen für die bäuerliche Hauswirtschaft zu finden, d. h. erste Direktmaßnahmen, die der Bäuerin ganz persönlich an ihrem Arbeitsplatz innerhalb der Hauswirtschaft zuteil werden. Die Förderungsmaßnahmen sind geplant für die zentrale Versorgung mit fließendem kaltem und warmem Wasser und für die Anlage von zentralen Beheizungen. Dieser Gesamtbetrag von 30 Millionen DM ist in Anbetracht der zahlreichen Bauernfamilien nicht groß, aber ein verheißungsvoller Anfang. Wir hoffen, daß die Landwirtschaftsminister der Länder dem guten Beispiel des Bundes folgen werden und diese Position im Interesse der Gesunderhaltung unserer Bäuerinnen verstärken werden. Auf meinen Brief an den Herrn Landwirtschaftsminister von NRW, Gustav Niermann, habe ich bereits eine sehr erfreuliche Antwort erhalten. Er wird diese Etatposition für sein Land im Etat 1962 erheblich ausweiten. (Beifall.) Ich möchte wünschen, daß die Landwirtschaftsminister der übrigen Länder sich anschließen.

Zu diesem Thema „Direkthilfen für die Bäuerin“ muß aber noch etwas hinzugefügt werden. Modernisierung und Rationalisierung des Haushaltes ist notwendig und die Unterstützung durch die Bundesmaßnahmen sicher begrüßenswert. Aber die Bäuerinnen selber erklären, wenn man mit ihnen über diese Hilfsmaßnahmen spricht: „Das Notwendigste wären Hausgehilfinnen. Nur eine einzige Hilfskraft! Einen einzigen helfenden Menschen! Dann wäre uns geholfen!“ Diese einzige Hilfskraft ist in zahllosen Familien nicht vorhanden.

Um dem Mangel an Haushaltshelferinnen in der bäuerlichen Familie abzuhelpfen, ist der neue Frauenberuf der Dorfhelferin entstanden. Diese Institution ist neu und leidet an Kinderkrankheiten. Ich vertrete die Auffassung, daß wir auch hier helfen sollten. Auf eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten, in welcher Form die Bundesregierung den neuen sozialen Frauenberuf der Dorfhelferin zu stützen und zu fördern gedächte, erhielten wir kurz aber klar die Antwort, daß der Bund sich um diese Institution deshalb nicht kümmern könnte und dürfte, weil die Förderung dieser Dorfhelferinnen Angelegenheit der Länder wäre. An dieser Antwort ist sicher vieles richtig. Aber ich bin doch der Überzeugung, daß es Wege und Möglichkeiten gibt, wo neben den Ländern auch der Bund wirksam fördern könnte. Bei einem Besuch im Schwarzwald habe ich erfahren, daß von 12 jungen Dorfhelferinnen, die mit Erfolg einen Jahreskursus absolviert hatten und die in die Arbeit eingesetzt werden sollten, 4 Dorfhelferinnen deshalb in den Dörfern nicht untergebracht werden konnten, weil für jede die DM 3500,- für die Anschaffung des Inventars der kleinen Wohnung für die Dorfhelferin nicht aufzubringen war. Wenn es heute noch junge Mädchen gibt, die sich bereit erklären, die Bäuerin im Haushalt, in der Familie, im Weinberg und auf dem Acker voll zu vertreten, sie zu ersetzen während einer Erkrankung, dann sollten wir die Wege überlegen, wie wir die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für einen möglichst wirksamen Einsatz der Dorfhelferinnen regeln.

Wir stehen erst am Beginn der Direktmaßnahmen für die Entlastung der Bäuerin von ihrer zu schweren und zu langen Arbeit ohne Ersatzkraft, wenn sie infolge Krankheit oder Schwäche ausfällt. Hier liegt ein echter sozialer Notstand vor. Wir müssen alle gemeinsam helfen, wir Männer und Frauen in den Parlamenten von Bund und Ländern. Ich möchte alle hier anwesenden Kollegen und Kolleginnen aus den Länderparlamenten bitten, sich dafür einzusetzen, damit wir den überforderten Bäuerinnen wirksame Hilfe bringen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Frau Dr. Pannhoff für diesen Beitrag, der aus ihrer Arbeit im Agrarausschuß des Bundestages und der genauen Kenntnis dieser wichtigen Probleme gekommen ist.

Als nächster spricht

Herr Engelbrecht-Greve, MdB, Schleswig-Holstein:

Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Parteitagsvorsitzende sagte vorhin bei der Begrüßung unseres Bundesernährungsministers, daß dieser ein sehr schwieriges Amt hätte, und ich glaube, wir alle können das bestätigen. Es wird wohl immer so sein, meine Damen und Herren, daß in einer vorwiegend industrieorientierten Volkswirtschaft die Landwirtschaft als ein Teil dieser Volkswirtschaft immer wieder vor ungeheuer schwierige Aufgaben gestellt ist. Und doch muß immer wieder versucht werden, so formulierte es Minister Schwarz diesmal, die Maßnahmen im agrarpolitischen Raum mit den Maßnahmen, die in der allgemeinen Wirtschaftspolitik, in der Handelspolitik und in der Sozialpolitik getroffen werden, in Einklang zu bringen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese Aufgaben sicher auch in dem auf uns zukommenden gemeinsamen Agrarmarkt keineswegs leichter werden, als sie es heute sind. Unsere Landwirtschaft für diesen Zeitpunkt des freien Wettbewerbs in einem größeren gemeinsamen Europäischen Markt wettbewerbsfähig zu machen, ist, so meine ich, eine wesentliche Aufgabe unserer deutschen Agrarpolitik.

Ich bin überzeugt, daß unsere deutschen Bauern die Integration auf europäischer Ebene aus der politischen Einsicht heraus bejahen. Auf der anderen Seite fragen sie uns, fragen sie die CDU/CSU, die auch die Bundesregierung trägt, natürlich: Was tut ihr, damit wir in diesem europäischen Markt wirklich auch unsere Chancen haben? Nun, vorhin hat unser Ernährungsminister dazu in dankenswerter Weise einige klare Sätze gesagt. Aber ich bin der Meinung, daß mitunter die Bauern draußen nicht genügend wissen, was wir tun. Vielleicht fehlt es teilweise da noch an der Aufklärung. Ich kann nun in diesem Rahmen und in dieser kurzen Zeit nicht über den allgemeinen Stand der agrarpolitischen Verhandlungen im europäischen Raum, besonders im europäischen Parlament, im einzelnen berichten, obgleich die vielen Verhandlungen und das zähe Ringen um die richtige agrarpolitische Linie im europäischen Raum dazu verleiten könnten. Lassen Sie mich nur sagen: Die Wichtigkeit von Strukturmaßnahmen, unser Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes und die Notwendigkeit einer Marktordnung und der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen haben ihren Platz in den Vorschlägen für eine gemeinsame Agrarpolitik und das nicht zuletzt durch das Mitwirken der CDU/CSU-Abgeordneten. Ich möchte hier in diesem kurzen Diskussionsbeitrag nur zwei, aber wie mir scheint, doch zwei der wichtigsten Fragen ansprechen. Das ist einmal: Wollen wir auch im gemeinsamen europäischen Markt die eigene Bodenproduktion rentabel gestalten? Woraus dann die zweite Frage folgt: Wo soll das gemeinsame Preisniveau in diesem europäischen Markt liegen? Beide Fragen, meine Damen und Herren, sind für die deutsche Landwirtschaft nach meiner Auffassung von außerordentlicher Bedeutung.

Zunächst zur Bodenproduktion: Nach einer Veröffentlichung von Dr. Padberg in der „Agrarwirtschaft“ beträgt die Bodenproduktion im Durchschnitt in den letzten drei Jahren innerhalb der EWG etwa 170 Millionen Tonnen Getreidewerte und nur 8 bis 10 Millionen Tonnen werden jährlich eingeführt. Wir leben also – mit Ausnahme der Niederlande aller-

dings – im wesentlichen von der eigenen Bodenproduktion und ihrer Veredelung. Ich bin der Meinung, daß in unserer so bewegten Zeit eine sichere Ernährungsbasis im eigenen Land – und das trifft auch später im größeren europäischen Rahmen zu – durch diese Bodenproduktion gesichert bleiben muß. Daraus folgert dann aber auch, daß ohne eine Absage an notwendige Handelsverpflichtungen diese eigene Bodenproduktion weiterhin rentabel gestaltet werden muß, das heißt eine Ordnung des Marktes und ein Preisniveau, das eine möglichst stetige Bodenproduktion gewährleistet.

Eng damit zusammen hängt der heißumstrittene Getreidepreis, überhaupt das gemeinsame Preisniveau im europäischen Agrarmarkt. Auch da hat Herr Minister Schwarz vorhin sehr klar gesprochen. Er hat gesagt, das deutsche Agrarpreisniveau müsse erhalten bleiben. Nach harten Auseinandersetzungen, meine Damen und Herren, hat sich das Europäische Parlament mit Mehrheit – und ich möchte ausdrücklich betonen: gegen die Sozialisten und bei Enthaltung der deutschen FDP – für ein Getreidepreisniveau eingesetzt, das sich nach dem Preisniveau des Landes ausrichtet, das die meisten Agareinfuhren hat; also für das deutsche Preisniveau.

Ich möchte noch einmal betonen, daß alle CDU/CSU-Freunde, die im Europäischen Parlament sind, dafür gestimmt haben. Ich meine, das soll auch unser deutscher Bauer einmal wissen. Leider – Herr Minister, ich darf Sie in dieser Spezialfrage ansprechen – ist davon der Futtergetreidepreis im Parlament ausgenommen worden, und ich könnte mir vorstellen, daß darüber eine sehr schwere Auseinandersetzung im Ministerrat kommen wird.

Ich persönlich sehe in einer wesentlichen Senkung des Futtergetreidepreises eine mögliche Überproduktion von Veredelungsprodukten und die Verlagerung der Veredelung in den gewerblichen Sektor. Die dann folgenden Preisherabsetzungen würden allerdings nicht mehr unsere Familienbetriebe fördern, sondern könnten sie am Lebensnerv treffen. Gerade aber das ist es doch, was wir von der CDU/CSU uns vorgenommen haben, die Veredelungsproduktion im wesentlichen in die Hand der bäuerlichen Familienbetriebe zu bringen.

Nur zu diesen beiden Fragen wollte ich hier Stellung nehmen. Im übrigen darf ich noch hinzufügen, daß gerade die CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament hier eng mit dem Diskussionskreis Landwirtschaft in der Fraktion zusammenarbeiten.

Nun ein Schlußwort noch: Ich bin persönlich überzeugt, daß bei gleichen Startbedingungen, die allerdings durch unsere deutsche Agrarpolitik im wesentlichen beeinflußt werden müssen, unser deutscher Bauer auch im gemeinsamen Markt absolut konkurrenzfähig sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke Herrn Engelbrecht-Greve. Als nächster hat das Wort

Herr Westermacher, MdB, (Hessen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf an das anschließen, was der Herr Bundesminister heute morgen als einen wichtigen Punkt unserer Agrarpolitik herausgestellt hat, an die Frage der Veredelungswirtschaft. Wer die wirtschaftliche Situation in der Landwirtschaft in letzter Zeit verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß wir verstärkte Einnahmen über die Veredelung zu verzeichnen haben und daß sich dieser Zug wahrscheinlich auch für die Zukunft in verstärktem Maße abzeichnen wird. Wer den Verbrauch unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse verfolgt, wird festgestellt haben, daß ein verstärkter Verbrauch der hochwertigen Nahrungsgüter zu verzeichnen ist. Diese Feststellung läßt die Schlußfolgerung zu, daß wir in besonderem Maße in Zukunft auf eine gute Veredelungswirtschaft bedacht sein müssen. Diese gesunde Veredelungswirtschaft kommt in erster Linie unseren bäuerlichen Familienbetrieben zugute. Allein die Existenzgrundlage dieser bäuerlichen Familienbetriebe wird von einer gesunden Veredelungswirtschaft abhängen. Wir wissen das in der Landwirtschaft. Hierzu – und das möchte ich herausstellen – sind einige Punkte hervorzuheben, die nötig sind und die diese sichere Grundlage der Veredelungswirtschaft garantieren. Ich darf herausstellen, daß Freund Engelbrecht-Greve dankenswerterweise eben bereits die Frage des Getreidepreinsniveaus aus europäischer Sicht angeschnitten hat, und ich darf aus der Sicht der Bundesrepublik, aus der unserer Berufsfreunde hier in der Bundesrepublik, sagen, daß für unsere bäuerlichen Familienbetriebe diese Frage des Getreidepreises entscheidend voransteht. Eine Senkung des Getreidepreises würde eine echte Einkommensminderung für unsere bäuerlichen Berufsfreunde bedeuten. Deshalb die Forderung nach Haltung des derzeitigen deutschen Getreidepreinsniveaus in der EWG.

Zweitens scheint mir die Frage der Preisrelation von Brotgetreide zu Futtergetreide von entscheidender Bedeutung zu sein, weil ich der Meinung bin, daß wir hiermit unseren bäuerlichen Familienbetrieben in den von Boden und Klima benachteiligten Gebieten einen besonderen Dienst erweisen. Hier spielt ja die Frage der Verwertung des Roggens, der wahrscheinlich in Zukunft nur über die Veredelung in größerem Maße abzusetzen ist, und die Frage der engen Preisrelation zwischen Brot- und Futtergetreide eine entscheidende Rolle.

Als dritten Punkt darf ich das unterstreichen, worauf der Herr Bundesminister heute morgen bereits eingehend hingewiesen hat: Es gilt auch in Zukunft zu verhindern, daß die Möglichkeiten der Einnahmenverbesserung für unsere bäuerlichen Familienbetriebe durch die Veredelung in gewerbliche Zweige abwandern. (Lebhafter Beifall.) Es muß gewährleistet sein, daß diese Einnahmen unseren bäuerlichen Familienbetrieben zugute kommen.

Und noch ein letzter Punkt: Wir möchten gewährleisten wissen, daß durch eine vernünftige Einfuhrpolitik nicht die Entwicklungsmöglichkeiten der eigenen Veredelungswirtschaft irgendwie eingedämmt werden.

Und noch ein Wort zum Schluß: Ich glaube nicht, daß es allein aus agrarpolitischer Sicht, sondern auch aus volkspolitischer Sicht notwendig ist, unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten, damit nicht eine Entvölkerung des Landes und eine Zusammenballung in den Räumen der Industriezentren entsteht. Wir wollen und müssen einen freien Bauern auf einer freien Scholle erhalten! (Lebhafter Beifall.) weil nach meiner Meinung diese bäuerlichen Familienbetriebe, gefreu unserem Grundsatz: „Eigentum in aller Hand“, auch ihren bäuerlichen Familienbetrieb als Eigentum erhalten müssen. Denn die bäuerlichen Familienbetriebe werden in letzter Konsequenz einen entscheidenden Faktor in der geistigen Auseinandersetzung der freien Welt mit dem Kommunismus darstellen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke auch für diesen Beitrag und übergebe nun das Wort an

Frau Bertram (Köln):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus eigener Erfahrung und aus der Arbeit mit vielen Landfrauen, auch mit heimatvertriebenen Landfrauen, kurz folgendes sagen:

Wenn auch der bäuerliche Familienbetrieb mehrmals angesprochen worden ist, so möchte ich auch von uns Landfrauen aus sagen: Trotz der durch viele Gründe bedingten Arbeitsüberlastung der Bäuerin geht es auch uns um die Erhaltung des gesunden bäuerlichen Familienbetriebes, mit dem wir sehr konkrete Vorstellungen verbinden. Er ist für uns auch heute noch eine fortschrittliche Lebens- und Betriebsform, in der persönliche Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit gewährleistet sind, der eine ausreichende Existenz sichert und eine gute Ausbildung auch der nicht auf dem Lande verbleibenden Kinder gewährleistet. Das ist für uns auch keine romantische Vorstellung, sondern eine Realität im Gegensatz zu der Arbeit der Bauern und Bäuerinnen in der LPG.

2. Lassen Sie mich nur noch ein kurzes Wort sagen zu der Dorfhelferin, einem Beruf, der aus der Initiative von Frauen, aus dem Willen zur Selbsthilfe und der Bereitschaft der Jugend zum Dienst an den Menschen des Landes, insbesondere der Landfrau, entstanden ist. Aus diesem Grunde möchten wir an das Verständnis appellieren für eine Aufgabe, die nicht dem Wunschbild einseitig materiellen Denkens entspricht. (Sehr gut! – Beifall.)

3. Lassen Sie mich weiter zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch folgendes sagen: Wir wissen, daß es über unsere eigenen Sorgen, über die Frage nach Lohn und Preis für unsere Arbeit eine politische Notwendigkeit gibt, und nicht nur deshalb bejahen wir Europa. Aber wir möchten auch dieser Realität gewachsen und für den „frischen Wind“ der EWG gerüstet sein. Wir wissen, daß wir dabei viel aufzuholen und zu lernen haben, und wir sind dankbar für alle Hilfen durch Ausbildung und Beratung und die Unterstützung unserer Landfrauenarbeit. Wenn Wissen und Können, wie es im Grünen Plan heißt, heute entscheidend

sind für einen Erfolg und für die sinnvolle Anwendung der von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen, so kommt dieser Bildungsarbeit draußen im Land bei Erwachsenen und bei der Jugend eine zunehmende Bedeutung zu.

4. Die fortschrittliche Bäuerin bejaht die Technik und begrüßt alle Hilfen zur Arbeitserleichterung, vor allem, wenn sie es ermöglichen, Zeit zu haben für die Familie und die Erziehung der Kinder. Hier hat sie die Aufgabe, Maßstäbe zu legen und die rechte Wertordnung in bester bäuerlicher Lebensauffassung zu vermitteln. Unsere Bäuerinnen haben aber eine Sorge, und das ist eine Verschuldung, unter der die Frau vielleicht seelisch mehr leidet als der Mann. (Beifall.) Sie möchte keine Technisierung und Anschaffung zu aufwendiger Maschinen, wenn sie auf Kosten der Bäuerin gehen, weil der Bauer oder die Jugend diese Raten abzahlen müssen und eine vermehrte Last auf den Schultern der Bäuerin liegt.

Daher begrüßen wir auch die Unterstützung von genossenschaftlichen Einrichtungen, sei es in der Form der Maschinenbank oder anderer Formen, die Kreditbewilligung, die Förderung von Absatzregelung und Qualitätsverbesserung. Wir wissen, daß die „moderne Bäuerin“ selbst erfinderisch sein und Eigeninitiative entwickeln muß, um ihre Chancen in einer veränderten Welt wahrzunehmen.

Herr Minister Schwarz hat in seinen Ausführungen zum Grünen Plan gesagt: Die Bäuerin muß mündig, die Verbraucher müssen einsichtig sein, damit bei gegenseitigem Verständnis und gutem Willen das Ziel erreicht wird: die Erhaltung eines gesunden Bauerntums. Wir bitten um dieses Verständnis für unsere Arbeit und unsere Sorgen. Wir sind angewiesen auf die Überwindung von Spannungen zwischen Stadt und Land, die wir uns nicht leisten können, und wir haben uns deshalb besonders gefreut über die Worte von Herrn Minister Erhard.

Wir danken für jede Hilfe und Unterstützung, aber auch für die Anerkennung unserer Arbeit, die einen erfreulichen und hoffentlich bald spürbaren Ausdruck gefunden hat in der Bewilligung von 30 Millionen DM zur Arbeitserleichterung für die Bäuerinnen, erfreulich besonders, weil sie zur Verbesserung und Rationalisierung innerhalb der ländlichen Hauswirtschaft dienen, also im eigenen Haushalt als dem wesentlichsten und wichtigsten Lebensraum der Familie.

Wir sind aber auch bereit, die notwendigen und verantwortbaren Opfer zu bringen zur Erhaltung freier bäuerlicher Familien. Wir tun dies aus einer sozialen Verantwortung und einer christlichen Verpflichtung auch in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern für ein befriedetes Europa.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind für diesen Beitrag, der die Sorgen und Probleme der Bäuerinnen schilderte, besonders dankbar. Ich darf als letzten Diskussionsredner zu diesem Thema das Wort geben

Herr Meyer (Rheinland-Pfalz):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister Schwarz sprach heute vormittag von ungelösten Problemen in der Landwirtschaft. Ich glaube, eines dieser ungelösten Probleme betrifft die Frage der Verbesserung der Agrarstruktur, die hauptsächlich die vorhin schon zitierten bäuerlichen Familienbetriebe betrifft. Denn gerade in den ehemaligen Realteilungsgebieten, in denen unsere kleinbäuerlichen Betriebe zu Hause sind, ist diese Frage nach wie vor vorrangig.

Die Flurbereinigung, die in den letzten Jahren – das erkennen wir dankbar an – mit wesentlicher finanzieller Unterstützung des Bundes und der Länder durchgeführt wurde, hat auf der Grundlage dieser finanziellen Unterstützung sehr gute Flächenleistungen erbracht, sowohl in der Flurbereinigung als auch in der beschleunigten Zusammenlegung. Sie kann allerdings die Schäden, die in der Agrarstruktur bestehen, und – ich möchte auch sagen – die Fehler und Versäumnisse von Jahrhunderten nicht in wenigen Jahren wettmachen und gutmachen. Hier werden noch sehr große Anstrengungen für die nächsten Jahre und noch sehr wesentliche staatliche Hilfen notwendig sein, um gerade für die bäuerlichen Familienbetriebe einmal die Hauptschwierigkeit in der Bewirtschaftung und in der Existenzgrundlage, nämlich diese Flurzersplitterung, zu beseitigen. Andererseits aber ist gerade durch die Flurbereinigung die Existenzgrundlage gestärkt worden. Dadurch ausgelöst sind auch alle anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur erst möglich geworden, wie zum Beispiel die Aufstockung kleinbäuerlicher Betriebe.

Wir dürfen hier feststellen, daß es uns in erster Linie darum geht, möglichst viele kleinbäuerliche Betriebe auf den Stand einer Existenzgrundlage zu bringen, möglichst viele kleinbäuerliche Betriebe für die Zukunft zu erhalten und sie als bäuerliche Familienbetriebe auch im Rahmen der EWG existenzfähig zu machen. Das wird in der beengten Ortslage nicht immer möglich sein. Deshalb auch die guten Ansätze, die wir haben in der Aussiedlung aus der geschlossenen Ortslage. In sehr vielen Betrieben läßt das Einkommen sich wesentlich dadurch steigern, daß nun nach der Aussiedlung überhaupt die Möglichkeit geschaffen wird, in stärkerem Maße die Veredelungswirtschaft zu betreiben, und die Grundlage des Einkommens in den bäuerlichen Familienbetrieben wird auch für die Zukunft die Veredelungswirtschaft sein. Ich weiß dabei, daß sich gerade unsere bäuerlichen Familienbetriebe in erster Linie in noch stärkerem Maße auch zu Absatzorganisationen zusammenschließen müssen; denn wenn man sieht, wie auf der einen Seite die Einkaufsorganisationen geballt und zusammengeschlossen einem verzettelten Angebot einer Vielzahl von bäuerlichen Kleinbetrieben gegenüberstehen, so glaube ich, daß hier noch eine Möglichkeit liegt, wesentliche Vergünstigungen für das Einkommen der bäuerlichen Familienbetriebe zu erzielen.

Eines möchte ich dabei noch ansprechen: In diesem Jahr ist zum erstenmal durch die bereitgestellten Bundesmittel die Althofsanierung zum Tragen gekommen. Ich glaube, daß wir diese Maßnahme in Zukunft verstärkt fortsetzen müssen. (Vereinzelt Beifall.) Das gilt wohl nicht nur für die bäuerlichen Familienbetriebe, das gilt für die Landwirtschaft insgesamt.

Die Hauptarbeitslast liegt nun einmal in der Innenwirtschaft, und all das, was vorhin schon hier anklang, was an Arbeiterleichterung für die Bäuerin angestrebt wird, ist letzten Endes dadurch zu erreichen, daß die Innenwirtschaft rationeller gestaltet werden kann. Deshalb geht unsere Bitte dahin, in Zukunft verstärkt auf diesem Gebiet Mittel bereitzustellen.

Eines aber möchte ich hier in diesem Zusammenhang noch ansprechen: Wenn wir uns bemühen, gesunde bäuerliche Familienbetriebe zu schaffen, dann, glaube ich, dürfen wir eines nicht vergessen, nämlich: den Menschen, den Betriebsleiter entsprechend auszubilden und zu schulen und zu beraten, damit er in der Lage ist, einen solchen Betrieb entsprechend bewirtschaften zu können.

Wir werden für die Zukunft gerade den Fragen der Ausbildung unserer zukünftigen Betriebsleiter in den landwirtschaftlichen Betrieben unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir werden darüber hinaus unsere besondere Aufmerksamkeit auch dem Beratungswesen widmen müssen, wobei ich selbst der Ansicht bin, daß unser landwirtschaftliches Beratungswesen so wie ich es von meinem Lande her kenne, dringend einer Koordinierung bedarf. Das, glaube ich, sind Probleme, die wir für die Zukunft sehen sollten und die mit die Grundlage dafür bilden, daß bäuerliche Familienbetriebe auch in der Zukunft bestehen können und daß wir die Strukturprobleme in der Zukunft – das wird noch einige Jahre dauern – lösen können.

So geschaffene bäuerliche Familienbetriebe und so geschulte Betriebsleiter in landwirtschaftlichen Betrieben werden auch für die Zukunft mit ein tragendes Element unserer demokratischen Staatsordnung sein.

(Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich danke auch Herrn Meyer für seinen Beitrag. Wir sind damit an den Schluß der Diskussion zu diesem Punkt der Tagesordnung gekommen. Wir können feststellen, daß diese Diskussion nicht nur von Sachkenntnis, sondern auch von bemerkenswerter Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen bestimmt war. (Beifall!)

Bevor wir uns dem nächsten Thema zuwenden, darf ich den Präsidenten der Christlich-Sozialen Volkspartei der Schweiz, Herrn Nationalrat Dr. Tenchio, begrüßen. Wir werden jetzt von ihm ein Grußwort hören.

Begrüßung

Nationalrat Dr. Tenchio:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen meiner Schweizer Freunde herzlichen Gruß und Glückwunsch zum Ausdruck zu bringen. (Beifall!)

Die Konservative Christlich-Soziale Volkspartei der Schweiz verfolgt mit Sympathie und Aufmerksamkeit die geistige Arbeit und die organisatorische Tätigkeit unserer deutschen Freunde. Sie verfolgt aber auch mit Bewunderung ihre politisch vielversprechenden Erfolge. (Beifall!)

Meine Freunde! Es gibt keine wahre Demokratie ohne Freiheit, ohne soziale Gerechtigkeit, ohne sozialen Fortschritt. Die Schweiz als kleines, Ihnen benachbartes und befreundetes Land hat das in ihrer Geschichte und in ihrer Gegenwart erfahren. Wir freuen uns, an Ihren Parteitagen diese Kraftidee als Leitmotiv immer wieder zu treffen. Wir können damit feststellen, daß wir bei Ihnen an der Quelle wahrer Demokratie und an der Quelle christlicher Energien stehen.

Ich möchte aber auch als Bürger eines neutralen Landes dem Herrn Bundeskanzler und seiner Regierung die tiefe Dankbarkeit des freien und christlichen Abendlandes zum Ausdruck bringen für die gradlinige und kraftvolle Haltung, welche für die Freiheit der Welt so heilbringend, für die Sache des Friedens so entscheidend und für das internationale Ansehen der Bundesrepublik so maßgebend war, ist und sein wird. (Lebhafter Beifall!)

Ich habe gesehen und gehört, daß sich Ihr Parteitag mit sehr schwierigen Problemen auseinandersetzt. Darum wage ich nicht an diesem Ort, alle Wünsche der Freunde zum Ausdruck zu bringen. Ansonsten hätte ich mir gestattet, Ihnen ans Herz zu legen, das Möglichste zu tun, um den Brückenschlag zwischen EWG und EFTA nach Möglichkeit zu fördern. Es liegt mir nur daran, festzustellen, daß es im Interesse Europas und von uns allen liegt, den bestehenden Zoll- und Handelskrieg möglichst bald zu beseitigen und eine konstruktive Verständigung und Versöhnung zwischen den freien Staaten Europas gemeinsam zu suchen und gemeinsam zu finden.

Meine Freunde! In klarer Erkenntnis um das Wesentliche, im Kampfe um die Freiheit in der Welt und um eine bessere Zukunft der Menschenfamilie, in den Anstrengungen um die Hilfe für die Entwicklungsländer gibt es eine Solidarität, gibt es eine gemeinsame Verpflichtung, die uns alle ideell und brüderlich verbinden in der Lösung dieses größten Problems der heutigen Zivilisation. Der römische Dichter hat einmal gesprochen „Honor praeium virtutis“ – die Ehre ist der Preis der Tugend. Der Erfolg ist der Preis der Arbeit und der Taten. Ich weiß, daß der Parteitag der CDU keine Aufmunterung braucht, weil ich bereits festgestellt habe, wie begeisterungsfähig er ist. Darum möchte ich nun in aller Bescheidenheit, aber um so herzlicher Ihnen den Wunsch zum Ausdruck bringen: Möge Ihnen Erfolg und kraftvolle Behauptung beschieden sein im Glauben an die sieghafte Kraft der christlich-demokratischen Idee.

(Lebhafter Beifall!)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Sie haben, Herr Dr. Tenchio, an dem Beifall gespürt, wie sehr Ihre Ausführungen die Zustimmung unseres Parteitages gefunden haben. Ich darf Ihnen dafür herzlich danken. Die Freundschaft zwischen unseren Parteien ist lang und erprobt. Sie hat ihren Anfang genommen in der düsteren

Zeit nach dem Zusammenbruch, nach dem Kriege, in denen uns die Freundschaft und der Rat unserer befreundeten christlich-demokratischen Parteien besonders wertvoll waren.

Wir kommen jetzt zum nächsten Thema. Es spricht dazu die Vorsitzende der Frauenvereinigung in der CDU/CSU, die Bundestagsabgeordnete Frau Brauksiepe.

Die Frau in Familie und Volkswirtschaft

Frau Brauksiepe, MdB

Vorsitzende der Frauenvereinigung in der CDU/CSU:

(Mit lebhaftem Beifall begrüßt!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesen Tagen, als der Herr Bundeskanzler die für uns alle und für die Arbeit der kommenden Jahre so außerordentlich entscheidende Reise in die Vereinigten Staaten angetreten hatte, fiel mir unter den vielen Berichten der Korrespondenten, die etwas über den Verlauf der Reise aussagten, ein Artikel auf, und zwar scheint mir persönlich der Inhalt dieses einen Artikels wegweisend und aufschlußreich für das zu sein, was ich heute versuchen möchte, in aller Kürze darzulegen. Der Korrespondent sagte, daß der Herr Bundeskanzler bei dem ersten Gespräch im Weißen Haus mit der ganzen Behutsamkeit und mit der ganzen Reserve, die in einer ersten so schweren Begegnung liegt, in die Frage, in die Antwort gegangen sei, und daß kaum der Ernst, die Konzentration und die Anspannung von dieser ersten Begegnung weggenommen wurden, bis auf einmal – so heißt es in diesem Bericht – der Bundeskanzler sich nach der jungen Familie erkundigt habe. Dann sei er heraufgeführt worden und habe die kleine Tochter und den kleinen Sohn der Präsidentenfamilie kennengelernt, und – so schloß dieser kleine Beobachtungsbericht – dann lachte der Bundeskanzler. Von diesem Augenblick an löste sich die Atmosphäre, verstand man sich schneller, begriff man sich und kam zu einer Herzlichkeit, von der wir ja am Ende einen Eindruck mitbekommen haben. (Beifall!)

Es kann durchaus sein, daß dies eine ganz persönliche Beobachtung gewesen ist, die uns darlegen wollte, wie schwer es ist, den Zugang zu finden in einer so schweren Stunde. Was mich persönlich aber in dieser Situation und in dieser Berichterstattung interessiert hat, ist eigentlich dieses, daß hier ein Journalist versucht, von der verwandelnden Kraft, von dem formenden Einfluß der Frau einen ganz kurzen Einblick zu geben, die weittragende Bedeutung sichtbar zu machen, die in dem nicht meßbaren, nicht faßbaren Einfluß der Frau auf das Geschehen, auf die Umwelt liegt.

Diese Begebenheit, die sich tausendfach im Alltage in ganz schlichten Momenten wiederholt, erscheint mir einen ganz winzigen Zugang zu meiner Frage zu bringen, ob die Frau mit ihrer Andersartigkeit, mit ihrer Arbeit, mit ihrem Vorhandensein einen Beitrag in großen und kleinen Stunden unserer Geschichte leistet.

In dieser Stunde unseres CDU-Parteitages gehe ich noch einen Schritt weiter und sage folgendes: Wenn wir Vorschau und Rückschau halten, müssen wir feststellen, daß nicht ein Ressort da ist und es nicht einen Minister gibt, der sich seit Jahren mühevoller Arbeit unterzieht, der nicht geradezu auffallend von der inneren Bereitschaft der Frau – sei es der berufstätigen Frau im wirtschaftlichen Leben, sei es der Frau in der

Familie – abhängig ist. Ich könnte mir überhaupt nicht vorstellen – um ein einziges Beispiel zu geben –, daß unser Wohnungsbauminister Lücke auch nur ein einziges seiner vielen Siedlungshäuser fertiggestellt hätte, wenn nicht dahinter die ständige Sparbereitschaft und große Opferbereitschaft vieler einfacher Frauen gestanden hätte. (Beifall.)

Heute morgen haben wir gehört, wie Ernährungsminister Schwarz anerkannt hat, welche Bedeutung die tragende Kraft der Landfrau bei den ständig schwindenden Hilfskräften zukommt, da sie, wenn die eigenen Kinder den Hof verlassen, bis zuletzt ein Vielfaches der Arbeit auf sich nimmt.

Alle unsere Planungen für die entwicklungsfähigen Länder und alle die Milliarden, die wir dorthin geben wollen, erscheinen mir als eine völlige Fehlinvestition, wenn wir nicht von vornherein mit einkalkulieren, was bei der Begegnung mit den Menschen dieser Länder der Einfluß, die Mitarbeit, der rasche Blick für die Not, das Einfühlungsvermögen und die großräumige Empfindlichkeit der Seele der Frau bedeuten.

Von daher gesehen möchte ich zusammenfassend folgendes sagen: In all diesen Bereichen, in all diesen politischen Bereichen spielt die Frau eine große Rolle, ist die Frau eine formende, tragende Kraft in Staat, Volk und Gesellschaft, ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung, vor allem im Wahljahr. Wenn man weiß, daß in diesem Bundestagswahljahr 3 Millionen mehr Frauen an die Urne treten als Männer, dann stellt man sich eigentlich die Frage, warum nicht jeder politisch tätige Mann sich der inneren Bereitschaft und der Zusage der Frau versichert. Das scheint mir eine der wichtigsten Voraussetzungen, wenn wir heute in dieser schweren Zeit unserem Ziel näherkommen wollen. (Beifall.) Derjenige Politiker, der sich die Mitarbeit der Frau sichert, hat eine wichtige Voraussetzung für seinen mühsamen Weg zum Erfolg gesichert.

Ich darf in diesem Augenblick an ein Wort von Lenin erinnern, das sinngemäß so lautet: Willst du eine Idee unter das Volk bringen, so gib' diese Idee der Frau; ist die Frau von ihr durchdrungen, dann hat die Jugend diese Idee, und wer Frau und Jugend in einem Volk hat, erreicht das, was er mit dieser großen Idee erreichen muß. (Beifall.)

Wenn wir davon ausgehen, daß die Stellung der Frau heute und auch in Zukunft für die Öffentlichkeit von so großer entscheidender Bedeutung ist, dann verstehen wir sicher richtig, was heute morgen Herr Professor Erhard gesagt hat. Allerdings entschuldigen Sie, Herr Professor Erhard, wenn ich dazu etwas bemerke: Sie haben das wunderbare Wort von den Sternen in der Finsternis gebraucht. Als Sie das ausgesprochen, fiel mir der alte Vers ein: Die Sterne, die begehrt man nicht, man freut sich ihrer Pracht. (Heiterkeit und Beifall.) Ich hoffe aber sehr, daß wir, durch die praktische Arbeit belehrt, die Sterne nicht als Dekoration ansehen, sondern daß wir, wie Sie es heute mit großem Ernst dargelegt haben, das Licht, das von der Mitarbeit der Frau auf den dunklen Weg geworfen wird, als eine Wegweisung betrachten.

Ich möchte also in unser Bewußtsein heben, daß diese große verwandelnde Kraft der Frau, die große heimschaffende Kraft der Frau und die große Schutzkraft der Frau drei Elemente sind, die in diesem unserem schweren Ringen, wo es um Leben und Freiheit geht, heute einfach nicht mehr auszuklammern sind. Auf die Frau zu verzichten, das hält die beste Partei nicht aus. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Nun haben wir in der Ausstellung, die für die Delegierten in der Wandelhalle des Parteitaggebäudes vorbereitet wurde einige Parolen des Irrweges der SPD gesehen. Ich habe mir in diesen Tagen einige abgeschrieben, weil ich glaube, daß sie mir im Wahlkampf sehr zugute kommen. Eine dieser kleinen Parolen heißt: „Muttermilch durch Sozialismus – wähle SPD!“ Wir müssen außerordentlich dankbar sein, daß wir vor Jahren nicht mit so billigen Parolen begonnen haben, die Arbeit für die Familie in unserem Volk darzutun. Wir haben die Stellung der Frau im Leben des Volkes, ihre ökonomische und soziologische Bedeutung, die – wie Herr Professor Erhard sagte – überhaupt nicht meßbar und in Zahlen auszudrücken ist, nicht mit so einfachen Parolen und auf so simple Weise dargestellt. Wir haben auch nicht auf diesen Aufruf der SPD geantwortet, etwa mit einem Slogan, sondern gehandelt.

Bei uns leistet nämlich seit Jahren ein Familienminister seine Arbeit. Er mußte sich oft schmähen lassen, er wurde verrissen, seine Arbeit wurde immer und immer wieder abgelehnt, sein Etat wurde abgelehnt. An dieser Stelle, auf diesem Parteitag der CDU, möchte ich ihm im Namen sehr vieler Frauen, im Namen sehr vieler Familien sagen, daß seine Arbeit in der Öffentlichkeit einen ganz anderen Durchbruch gehabt hat als manchmal in Bonn. (Lebhafter Beifall.) Er hat sich mit so großem Ernst und mit einer ständigen Bereitschaft für die Frau in der Familie, für die Großfamilie eingesetzt. Diese Arbeit können wir in dieser Stunde gar nicht hoch genug veranschlagen. Denn wenn im Herbst in der Tat eine große Zahl von Wählern spontan und mitreißend mit einem Ja uns für den weiteren Weg beauftragen, dann hat sicher die Arbeit unseres Familienministers einen großen Anteil an diesem Ergebnis. (Beifall.)

Nun aber zu einem anderen Punkt. Wie kommt man zu der Unsicherheit gegenüber dem Erscheinungsbild der Frau von heute? Lassen Sie mich einmal ganz kurz in unser Gedächtnis rufen, was für widersprechende Aussagen eigentlich über die Stellung der Frau, über ihre Aufgaben, über ihre veränderte Stellung in der Gesellschaft gemacht werden. Wenn ich nur einige von diesen Äußerungen, die im Volksmund üblich sind, hier vor Ihnen ausbreiten darf, so tue ich das, damit wir selbst in dieser Stunde dieses immer noch unsichere Erscheinungsbild der Frau einmal in einem anderen Licht sehen. Draußen im Lande sagt man zum Beispiel: Das junge Mädchen soll heute wie der Junge einen Beruf lernen, denn man weiß ja nicht, ob es heiraten wird. Man sagt: Das Mädchen braucht keine lange Ausbildung, es heiratet ja doch. Oder: Die Frauen sind für leitende Posten nicht geeignet. Darf ich hier in Klammern dahinter sagen, daß Töchter sehr oft ihren Vätern gleichen. (Große Heiterkeit.)

Herr Professor Erhard hat es heute morgen unterstrichen, wir haben Bücher darüber, wir kennen die Schlagzeilen. Man sagt in der Öffentlichkeit: Ohne die Frau ist die Wirtschaft nicht mehr denkbar. Man geht

weiter und sagt: Die verheiratete Frau gehört ins Haus, nicht in den Beruf. Im Volksmund heißt es: die Frau ist die Reservistin der Wirtschaft. Demgegenüber sagt man wieder: Die Berufstätigkeit der Ehefrau und Mutter ist die Ursache für die Ehescheidung, die Jugendkriminalität und sollte ganz einfach verboten werden. Man lobt unter anderem: Die Berufstätigkeit der Ehefrau und Mutter bedeutet eine innere Bereicherung für das gegenseitige Verständnis der Familie. Oder: Die Berufstätigkeit der jungen Ehefrau sichert das wirtschaftliche Fundament der aufzubauenden Familie. Und so geht es weiter: Durch die Berufstätigkeit der jungen Ehefrau wird, und das ist ein großer Nachteil, die Geburt hinausgezögert. Und dann kommt man zu einem Thema, da heißt es: Die verheiratete Lehrerin ist eine schreckliche Last für die Schule. Demgegenüber hören die Leute: Wie gut, daß eine verheiratete Pädagogin dabei ist. Bei ihr ist unendliches Verständnis. Man hört in der Industrie: Der Arbeitsschutz muß für die Frau erweitert werden. Und andererseits: Der Arbeitsschutz für die Frau ist eine Gefahr, weil sie dann schneller entlassen wird.

Diese Widersprüche sind es, die die gesamte Arbeit außerordentlich erschweren. Aber wie kann man, und das sei einmal an unsere Frauen selbst gerichtet, zu einem klaren Erscheinungsbild der Frau kommen, das feste Konturen hat, wenn ein überraschendes Ergebnis der UNESCO-Befragung folgendes deutlich gemacht hat: Man hat eine Umfrage bei verheirateten Frauen gehalten und gefragt: Sind Sie zufrieden, und 81 v. H. haben gesagt: Nein! Diese monotone Hausarbeit ist schrecklich, und alle Berufstätigen haben ein großartiges Leben. Die gleiche Frage hat man nun den berufstätigen Frauen gestellt: Sind Sie zufrieden? Und da hat ein fast ebenso hoher Prozentsatz gesagt: Zufrieden? Glücklicherweise? Nein, wenn ich ab morgen für einen Gefährten und die eigene Familie sorgen dürfte, würde ich sofort meine Arbeit verlassen. Man kann nicht alles haben. Wenn dieses eigentümliche Ergebnis uns zu denken gibt, so rufe ich das nur uns Frauen ins Gedächtnis, weil ich damit sagen will, eine so einfache Art gibt es nicht. Es ist eine simple Weisheit: Man kann nicht alles haben, und die Frau kann nicht immer das wünschen, was sie gerade nicht hat. Wir Frauen sollten es ruhig eingestehen, daß solche widersprechenden Äußerungen nicht geeignet sind, den uns zugewiesenen Platz in den Augen der Umwelt richtig zu sehen.

Wenn überhaupt noch ein Zweifel daran herrschen sollte, wie stark in der Christlich Demokratischen Union die Auffassung der Familie und wie tief unsere Begründung für diese Besorgtheit um die Familie im heutigen Wirtschaftsprozeß ist, dann lassen Sie mich an dieser Stelle einmal ein Wort in unser aller Gedächtnis rufen, das Herr Ulbricht auf der 33. Vollversammlung des SED-Kontrollrats gesagt hat. Er führte aus: „Der Sieg des Sozialismus über ganz Deutschland ist eine Schlacht, die wir an der pädagogischen Front schlagen und gewinnen müssen.“ Wenn das wahr ist, wenn das aus dem Osten auf uns zukommt, und wenn man sich dort im Kreml und bei den ferngesteuerten Agenten des Kreml ausgedacht hat, daß an der pädagogischen Front der Einbruch vollzogen werden kann, dann können wir nur als Union, die wir Wache über die Heimat halten, Wache halten über die Geborgenheit der Familie dieses Volkes,

dann können wir in dieser Frage nur sagen: Wo immer noch geborgene Familien sind, wo immer noch Gemeinschaften sind, die unversehrt unter Verzicht und Opfer zusammenstehen, da müssen wir diese pädagogische Front tief ernst nehmen. Von daher allein schon dürfen wir an keiner Stelle einen Einbruch zulassen, und das bedeutet für mich als Konsequenz: Haltet Wache, damit die verheirateten Frauen sich zur rechten Zeit überprüfen, wann sie gehen dürfen, wann sie eine Arbeit aufnehmen und wie lange sie zu Hause um der Erziehung der Kinder willen bleiben müssen.

Ich fasse zusammen: Es bedarf einer geradezu gesellschaftlichen Bewegung, um Augen und Herzen der Menschen für den Wert der Familie aufzuschließen und ihr die durch nichts zu erschütternde und nichts auflösende Familienliebe und Treue einzupflegen. Wenn wir das nicht tun, wird sich die geballte Kraft von Herrn Ulbrichts Angriff auf diese unsere Familien richten, nicht allein unsere Verpflichtung aus Artikel 6 des Grundgesetzes, dessen Bedeutung wir an jedem Parteitag überprüft haben, verpflichtet uns, sondern die Größe der Gefahr, wie sie in diesen Tagen ja mit dem nötigen Ernst von dem Herrn Innenminister aufgezeigt wurde.

Noch etwas zu dem, was heute morgen gesagt wurde mit Ihrem Wort, Herr Professor Erhard – ich glaube, daß ich es sinngemäß so in Erinnerung habe –, daß wir aufgerufen sind, diese Umwelt aus Verantwortung vor Gott und den Menschen bewußt zu gestalten und denen den Kampf anzusagen, die in einer Gesellschaftspolitik nur die Aufgabe erblicken, die materiellen Güter zu bewältigen. Mit diesem Satz, Herr Professor, haben Sie ganz tief unsere innerste Unruhe wachgerufen und es deutlich gemacht, und darum war Ihre ganze Arbeit Jahre hindurch faszinierend, speziell für die Frau, haben Sie uns deutlich gemacht, welch ein großer sittlicher Appell hinter Ihrer ganzen Wirtschaftsphilosophie steht. Es steht dahinter immer aufs Neue der Anruf an den einzelnen, an die innere Reife des einzelnen, mit dieser großen Wirtschaftsblüte fertig zu werden. Daß wir sehen müssen: „Wohlstand als Hilfe zur Freiheit und Selbstverantwortung“, daß es irrig ist und irreführend, Ihre große Arbeit immer als das Gefährliche für die Familie und die Jugend, für das gesamte Volk drohend hinzustellen. Mir scheint, Sie haben erneut deutlich gemacht, daß alles daran liegt, wie weit wir als Männer und Frauen tatsächlich innerlich reif sind für den bestürzend schnellen Aufstieg. In diesem Zusammenhang dankten Sie der Frau, daß sie in Notzeiten dabei war und beim Aufstieg ihren Anteil gab. Nun, so lassen Sie die Frau auch heute weiterhin dabei sein, wenn es gilt, irriige Interpretation ihres Wollens richtigzustellen, Not zu teilen, wie einst, und Güter zu verteilen, die wir heute in Fülle haben.

Herr Dr. Schröder sagte gestern in seinem Referat etwas von dem Geist und Ungeist unserer Zeit. Lassen Sie mich das abwandeln und sagen: Gefahr und Chance zugleich ist uns gegeben. Und wenn die Frau mit ihrer Schutzkraft, von der ich eingangs sprach, überhaupt einen Auftrag in dieser Stunde hat, dann möchte ich glauben, daß sie Gefahr und Chance deutlich sehen muß, um nicht in der anonymen Dynamik des unseren Lebensstil und unsere tägliche Arbeit und unser Wirtschaftsgefüge revolutionär umgestaltenden modernen Zeitalters unterzugehen. Die Frau hat heute alle Chancen: Zugang zu den Arbeitsplätzen, Mitarbeit und

Mitsprache. Aber es steckt darin die ganze Gefahr, in der Maßlosigkeit, die möglich ist, umzukommen. Wir haben in Deutschland geradezu ein Talent, uns auf allen möglichen Gebieten durch Schaffen, Wühlen und Überarbeiten mit Rekordzahlen an die Spitze zu arbeiten. Ich weiß nicht, wie oft ich am Schluß sorgfältiger Zahlentafeln und Statistiken den abschließenden Satz fand: „Und somit steht die Bundesrepublik an der Spitze aller europäischen Länder.“ Erst in diesen Tagen wurde dieses z. B. wieder nachgewiesen, als es um den Vergleich der Prozentsätze der Frauenbeschäftigung in Europa ging und die weiblichen Erwerbspersonen vergleichend zu den Gesamterwerbstätigen in den EWG-Staaten bei uns hier mit 37 v. H. die Spitze halten. Mich beschleicht dann ein inneres Unbehagen, warum wir stets an oberster Stelle vermerkt werden. Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit, Familienväter und -mütter sollten doch einmal ihre gesammelte Kraft und ihren Ideenreichtum dafür aufbringen, daß wir es durch Maßhalten, Klugheit, religiöse Gesinnung einmal zu der Statistik brächten, in der es heißt: In der Amtszeit der Christlich Demokratischen Union zeigt die Bilanz: ... somit steht durch die Wachsamkeit, Zucht, diese Selbstzucht statt Selbstsucht, die Bundesrepublik an oberster Stelle mit ihren intakten Familien und mutigen freimütigen Männern und Frauen. . . . (Lebhafter Beifall.)

Meine Zeit erlaubt mir nicht, hier Weisheiten, bekannte Dinge oder Zahlen anzubieten (und ich weiß, daß sich viele Weisheiten, zu oft verkündet, abgreifen). Lassen Sie mich aber trotzdem in dem Zusammenhang nochmals betonen: Die Maßlosigkeit ist nicht ein Fehler dieser Wirtschaftspolitik, sie ist nur der Fehler des einzelnen, der nicht mit der hohen sittlichen Forderung an die Selbstzucht fertig wurde. (Beifall.) Wenn wir in diesem Punkte des Maßhaltens nicht aufpassen, dann verwirtschaften wir das deutsche Wunder und bauen unseren Wohlstand ab. Es gibt diese ganz einfache und schlichte Weisheit, daß die Sparsamkeit die Mutter der Freiheit ist. Ich fürchte sehr, daß ein Teil unseres Volkes ein Stück seiner Freiheit auf diese Weise schon verspielt hat, weil es nicht sparsam genug mit den schnell erworbenen Gütern umging.

Lassen Sie mich noch ein anderes darzulegen versuchen: Im Rahmen einer knapp orientierenden Darstellung des mir gestellten Themas muß ich rasch auf einige wesentliche Punkte kommen. In der nachfolgenden Aufzählung möchte ich deshalb auch nur andeuten, wie umspannend heute die Tätigkeit der Frau in den Alltag hineinreicht. Ich möchte damit bestätigen, daß es kein hohles Gerede und kein pathetischer Satz ist: Die Frau ist der unsichtbare Pfeiler in der Geschichte eines Volkes. Im Privat- und Berufsleben erweist sich vornehmlich die Bedeutung der Frau in allen Gebieten, in denen ihr geradezu bestürzende Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht zukommt. Als haushaltführende Frau und Mutter mit ihrer Sorge um die Erhaltung der Arbeitskraft des Ehemannes und Ernährers sowie der übrigen Familienmitglieder; als mithelfende Familienangehörige, die im Beruf oder Geschäft des Mannes tatkräftig, oft entscheidend mitwirkt – vor allem im Mittelstand.

Und noch an einer anderen Stelle Ihrer Darlegungen, Herr Prof. Erhard, haben Sie die Wachsamkeit der Frau getroffen, als Sie meinten: „Die moderne Technik soll – zusammen mit anderen Mitteln – dazu beitragen,

die Arbeit zu vermenschlichen. Es ist eine unserer großen Aufgaben.“ sagten Sie, „in der modernen Wirtschaftsentwicklung die kleinen, mittleren, selbständigen Existenzen so zu stützen, daß sie auf sicherer Grundlage gedeihen können“. In der kleinen und mittleren selbständigen Existenz aber, da steht die mitarbeitende Frau mit ihrem nie in Zahlen auszudrückenden Beitrag, Arbeitseifer und ihrer Hingabe. Es wird weiterhin von ihrer maßvollen Einstellung abhängen, die mittlere Existenz zu erhalten. Sie erwähnten heute Ihre Absicht, gerade diesen mittleren Kreisen Ihre gesamte Aufmerksamkeit zu schenken. Das bedeutet erneut: – weil in diesen Kreisen die Frau so tatkräftig mithilft – daß Ihre Sorgfalt auch hier der mithelfenden Frau gilt.

Wir kennen heute die Frau als Unternehmerin im selbständigen Beruf, wir kennen die verantwortungsbewußte Arbeitgeberin, wir kennen sie als Arbeiterin und Angestellte im nicht-selbständigen Beruf, wo sie heute unentbehrlich ist, als Beamtin, Erzieherin im Lehrberuf, die die ihr Anvertrauten auf das Leben vorbereitet und sie ausrüstet für die Chancen und Gefahren dieses Wirtschaftssystems, wir bewundern sie im Sozialberuf, wir sehen die jugendlichen weiblichen Lehrlinge. Wir wissen um die ganze Abhängigkeit des zukünftig gestalteten Wirtschaftslebens von der Einstellung der Frau, und ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß sich einmal ein Nürnberger Professor ausgerechnet hat – um nur eine Zahl hier zu sagen –, daß ja praktisch in der Ernährungsindustrie, die heute 40 Milliarden umsetzt, diese Milliardensumme ihren Ursprung in der Küche hat, die früher einmal Mittelpunkt des Hauses war. 17 Millionen Haushalte haben wir in der Bundesrepublik, in denen täglich drei Stunden gekocht wird – sagt der Professor –, und das bedeutet 37 Milliarden Lohn, falls man das auszahlen müßte.

Sehen Sie, man kann das alles versuchsweise in Zahlen umwandeln. Aber die verborgene Kraft dahinter, die nicht meßbare Kraft, das, was ständig von der Frau angeboten und immer bereit gehalten wird, die Beeinflussung des ganzen Wirtschaftslebens durch die Frau ist das, was wir bei diesem 10. Parteitag stärker als bisher in den Vordergrund gestellt haben. Ihre Warenkunde, ihre Sachkunde, ihre Konsum-Orientiertheit, ihre Planung beim Einkauf, die Belehrung des Kindes, ihre Sparfähigkeit, ihre Einstellung zu Verderb und Vergeudung, zur Unfallverhütung – es gibt nichts, was die Frau im Haushalt nicht im Kleinen lernt, das sie dann eines Tages im Großen anwenden kann. Ich bin nicht hierher gekommen, um zu sagen, wieviel wir noch zu tun haben, und ich möchte nicht bekannte Wahrheiten aufzählen. Eines lassen Sie mich aber doch hinzufügen: Die Situation der heutigen Frau überprüfend, komme ich mehr und mehr zu der Überzeugung, daß die Wirtschaftspolitik – aber auch die übrigen Gebiete unseres politischen Mühens – der dargelegten Bedeutung der Frauenleistung mehr Rechnung tragen muß, nicht nur in der Bilanz der Parteitage, sondern in der politischen Praxis der kommenden Jahre. (Beifall.)

Das gilt für die Leistung der ganz jungen Bürgerin, der Familienmutter und der Unverheirateten sowie der alternden Frau innerhalb unserer Gesellschaft.

Die Frau unserer Zeit lebt eigentlich ihr Leben in drei Phasen. Wir kennen das junge Mädchen, das eine gute, solide Ausbildung bekommt. Es heiratet heute früher. Nach kurzer Bewährung im Beruf wird eine junge Familie gegründet. Und dann kommt, nachdem die Frau diese schwere Verantwortung 20 oder 25 Jahre getragen hat, eine Zeit, in der eine Mittfünfzigerin wieder freier wird und plötzlich ihren bisherigen Wirkungskreis schrumpfen sieht. Und da sehe ich – wenn ich das hier nur ganz kurz andeuten darf – das, was Herr Dr. Schröder gestern ebenfalls in seinem Referat erwähnte: noch eine ganz große Reserve und eine ganz große Möglichkeit, wenn es uns durch eine überzeugende Kampagne, durch eine überzeugende Bewegung in der Öffentlichkeit gelingen würde, diese freigewordene, noch längst nicht alte Frau, diese geistige und durch ihre Lebenserfahrung innerlich gereifte Frau für große Aufgaben, die vor uns liegen, mit aufzunehmen, wenn sie freiwillig bereit ist.

Herr Dr. Schröder sprach von der Selbstverständlichkeit eines Ehrendienstes. Man sagt immer wieder: Die Alten in unserer Zeit sind nicht betreut. Wir kennen die ganze Problematik. Aber hier liegt eine Möglichkeit, ganz reiche Kräfte wieder für uns lebendig zu machen, die sonst vertrocknen wie die Schnecken in der Sonne.

In diese Darlegungen gehört die großartige Beteiligung der unverheirateten Frau im Arbeitsprozeß. Auch hier, ihr gegenüber gibt es eine unverzeihliche Verallgemeinerung im öffentlichen Leben, daß man sagt: Die unverheiratete Frau kann ihr Gehalt für sich verbrauchen, die verheiratete nicht. (Beifall.)

Es ist doch heute so, daß Millionen unverheirateter Frauen mit ihrem Einkommen Verwandte, Geschwisterkinder, geflüchtete Familienmitglieder durchziehen oder zum Studium bringen. Wir müssen auf einem Parteitag der Union, der sich der Kraft und der Mitarbeit der Frau vergewissern muß, aus Gründen der Ehrlichkeit sagen, wie groß die Opferbereitschaft vieler Berufstätiger ist. Darum sollte die Union sich stärker als bisher dieser Millionengruppe der Frauen in unserer Bevölkerung annehmen, damit nicht die Gegenseite und die wesentlich kleineren Parteien von sich behaupten, sie wären der Hort für die arbeitende Frau und bei uns wäre das nicht so. (Lebhafter Beifall.)

Es ist unsere eigene Kurzsichtigkeit und Dummheit, wenn heute so manches, das von uns geleistet wurde, von der politischen Gegenseite als ihr Verdienst ausgegeben wird – wenn das Pfund, das unsere Regierung den Frauen gab, von SPD und FDP in Schillinge verwandelt und gewechselt und verteilt wird. Denn es war doch unser System der sozialen Marktwirtschaft, das von Anbeginn seiner Durchführung den wirtschaftlichen Interessen der Frauen und Hausfrauen endlich Rechnung getragen und ihr Leben erleichtert hat! (Beifall.)

Die Frauen haben es – wir müssen das zugeben – selbst in der Hand, daß sich die Erfolge der Marktwirtschaft ständig vergrößern können. Das Ziel „Alle sollen besser leben“ wurde allerdings durch die soziale Marktwirtschaft in so hohem Maße erreicht, daß das Gegenwarts-

problem nicht mehr heißt „wie lebe ich besser“, sondern eher „wie lebe ich vernünftiger?“ Mit dieser Frage – so scheint mir – sind die Anliegen der Wirtschaftspolitik ihrerseits an die Frauen weitergegeben!

Eine kleine Anregung möchte ich mir noch erlauben, wengleich ich weiß, in wie hohem Maße unser Arbeitsminister, unser Familienminister und alle Betroffenen sich schon in dieser Hinsicht bemüht haben. Bei dem erdrückenden Problem der verheirateten berufstätigen Frauen – zwei Millionen und mehr Frauen, verheiratete mit Kindern im Beruf – müssen wir alle zusammen, nicht nur wir Frauen, die politisch tätig sind und Ordnung schaffen, überlegen, wie wir in der Tat zu einer Änderung des Zustandes für jene, die dieser Doppelbelastung nicht gewachsen sind, kommen können. Ich wage nur behutsam anzudeuten, ob wir nicht in allen Wirtschaftszweigen neu überprüfen sollten, ob und wo eine Teilzeitarbeit für solche Frauen zu erwägen ist. Da ist schon viel getan. Ich kenne auch die Schattenseiten solcher Vorschläge, aber es gibt noch viele mittlere Betriebe, in denen man eine Frau stundenweise beschäftigen könnte, um sie dann aus dieser ganzen Not der Doppelbezogenheit herauszulassen und sie nachmittags, statt abends, nach Hause zu schicken. Ich weiß, in Holland hat man 11 v. H., in England 8 v. H. Teilzeitarbeit. In Deutschland ist man qua Teilzeitarbeit sehr zurückhaltend, weil man darin eher eine Gefahr als eine Chance sieht. Prof. Erhard hat sie selbst aufgezeigt. Trotzdem bitte ich alle Beteiligten, sich erneut zu befragen, ob wir nicht in einer gründlichen Überprüfung hier einmal die Vorurteile abbauen und neue Wege suchen und gehen sollten, damit dieser Gruppe von Frauen geholfen wird. Hilft man ihnen, hilft man den Kindern! Unserer Wirtschaftspolitik ist nur gedient, wenn aus gesunden, intakten Familien gesunde, gründlich ausgebildete Jungen und Mädchen in die Wirtschaft gehen und nicht jene jungen Menschen, die, verkrampft und ungelöst, ungeborgen, vorzeitig aus einer Schule weggehen, um in die Wirtschaft hineingenommen zu werden, seelisch nicht ausgerüstet wie jene, bei denen kluge, sparsame Mütter, wachsame, sparsame Jugendliche auf das Wirtschaftsleben vorbereiteten; unsere Wirtschaft braucht m. E. gesunden Nachwuchs, aus gesunden Familien, ausgewogen, nicht früh verbraucht und seelisch bereits müde, bevor sie erwachsen sind, ohne gesunde Begriffe von Wert und Unwert.

Der Grundsatz: daß die Kinder zuerst kommen, gilt unverrückbar, auch für die heutige Gesellschaft. Wir Frauen selbst aber sollten uns fragen, wie weit es immer lohnt und wie hoch der Preis ist, den wir bei manchen Doppelberufen einsetzen. Wenn zum Beispiel von zwei Familien im gleichen Hause, bei denen die Männer gleiches Einkommen haben, in der einen Familie die Frau zu Hause bleibt mit dem Einzel-Einkommen und die andere mitarbeitet und 400 bis 500 DM verdient, dann frage ich mich und frage uns alle: Überlegen wir doch einmal bei den Kosten, die heute eine Hausangestellte verursacht, bei dem Verschleiß und Verderb, der nachweislich ist, wenn die Frau nicht selbst zu Hause ist, bei den zusätzlichen Unkosten, wenn man nicht selbst haushaltet, was von diesen 400 bis 500 DM in bar übrigbleibt? (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich dann die beiden Familien vergleiche, die Familienmutter, die freiwillig „Ja“ sagte zum Einzeleinkommen, und die andere Frau, die glaubte, durch 400 DM mehr zu verdienen, dann möchte ich meinen, daß sehr große Werte in der einen Familie unversehrt blieben, daß sie Kinder in die Wirtschaft entläßt, die sehr viel mehr leisten können als die, die durch 150 DM in bar am Ende vieles, vieles an Werten dahingehen ließen, was unwiderbringlich ist! Ich möchte gewiß nicht verallgemeinern. Ich kenne viele Gründe für und wider, aber dennoch müssen wir Frauen aus Gründen der Ehrlichkeit dieses einmal überprüfen.

Ich komme daher zusammenfassend zu dem Schluß: Es ist völlig verkehrt, wenn wir heute unser Unbehagen darüber, daß wir mit dem bestürzenden Aufstieg nicht fertig werden und statt Chancen, die für uns gegeben waren, nur die Gefahren sehen, das Unbehagen auf den Staat werfen und ihm die Verantwortung übertragen. Vergessen wir nicht, daß wir zunächst in unseren eigenen Reihen ernstlich überprüfen müssen, was wir von uns aus tun können, um den Gefahren zu begegnen. Offenbar hat die ständige Jagd nach dem zeitgemäßen Lebensstil zeitlich und finanziell so manche Frau erdrückt, daß wir unsere Fähigkeit vergaßen, durch Maß und Selbstzucht diese verhängnisvolle Freiheit in Selbstsucht zu überwinden. Unsere Zeit und die zur Zeit sichtbar gewordene Maßlosigkeit mancher Bürger ist ein Verderben für unser Volk und ein Verlust unseres Ansehens in der Welt. An diesem Punkt „Maßhalten“ fällt uns Frauen in Familie und Beruf, den verheirateten und unverheirateten, gleichermaßen eine der größten Gegenwartsaufgaben zu, und seien Sie nachsichtig mit mir, aber ich muß es aussprechen, wenn man es jahrelang besorgt beobachtet: statt Gastereien und Parties und öder gleichförmiger Geselligkeit sollten wir doch einmal zurückfinden zu der echten Gastlichkeit mit weniger Prahlucht, weniger Luxus und mehr innerer Fülle. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Während wir uns in Besorgnis der Überschätzung des materiellen Lebensstandards wehren, während wir heute schon das Wort „wie lebe ich besser“ abändern in „wie lebe ich vernünftiger“, . . . verspricht in diesen Tagen die SPD die Verdoppelung unseres Lebensstandards! Da drängt sich in mir in steigender Unruhe die Frage auf: wie bleibe ich am Leben?!

Alle Institutionen, alle Organisationen und alle Bildungsstätten, die uns die Großzügigkeit unserer Regierung im Laufe dieser Jahre geschaffen hat, alles, was man für die Ausbildung, für die Orientierung der Frau, alles, was man für die Unterrichtung beizeiten getan hat, alles das sind doch inhaltlose Geschenke, falls wir uns der Täuschung hingeben, daß ihr Vorhandensein schon genügt, um unsere großen Probleme in der Familie, in der Hauswirtschaft, in der Pädagogik, im staatsbürgerlichen Verhalten zu überwinden.

Die besten Eheberatungsstellen sind nicht so gut, wie die Lehre, die ein junger Mensch in einem Elternhaus erfährt. Eine sparsame, tüchtige, vielseitige Mutter leistet durch ihr Beispiel der Volkswirtschaft einen weit besseren Dienst als die beste hauswirtschaftliche Beratungsstelle. Die Familiengemeinschaft, in der einer um des anderen willen verzichten

lernt und sich einordnet, freimütig seinen Standpunkt vertritt und des anderen Standpunkt entgegennimmt, ist immer noch die allerbeste und kostenfreie Bildungsstätte und Ausbildungsstätte für staatsbürgerliche Schulung.

Jahr für Jahr, Parteitag für Parteitag sehe ich, wie die Wunschzettel vieler Gruppen aus unseren eigenen Reihen heraufgegeben werden an die Regierung, auf denen Forderungen und Wünsche unserer Bürger in erschreckendem Maße wachsen. Ohne daß ich die Bedeutung wegweisender Resolutionen oder überzeugender Entschlüsse unterschätzen will: Mir wäre leichter ums Herz, wenn dieser 10. Parteitag der CDU den Willen zur Eigenverantwortlichkeit wachriefe und gemeinsam überprüfte, an welcher Stelle wir selbst etwas tun können. Nicht der Finanzminister allein muß sparen, die Bürger müssen es lernen; nicht der Innenminister sollte bestürmt werden, uns vor der kommunistischen Infiltration zu schützen. Wir haben zu überprüfen, was wir von uns aus, von den Frauen, von den Familien her, selbst in dieser Beziehung als Wall, als Bollwerk aufwerfen können. (Beifall.)

Wir sollten nicht immer, wenn etwas nicht klappt, wenn eine Gruppe noch nicht bedacht ist, beim Minister vorstellig werden und in Mark und Pfennig und Prozentsätzen ihm vorrechnen, wieviel der Staat zu geben hat. Wir können von unserem Parteitag aus durch die ganze Bundesrepublik landauf landab diese große Bewegung wirklich selbst hervorrufen, indem wir sagen, „solange Du es selbst kannst, tue es selbst“, laß das Nörgeln, laß die Kritisiersucht, rufe nicht immer nach dem Staat. Wir haben so viele Chancen und Geschenke gehabt, wir können einiges noch selbst tun. (Lebhafter Beifall.)

Wir leben in einer Zeit der großen wirtschaftlichen, technischen Fortschritte. Unser Wirtschaftsminister, unser Arbeits- und Sozialminister, der Familienminister – sie alle haben uns klar gemacht, daß diese große Arbeit geleistet wurde, uns unsere Freiheit zu garantieren. Es ist uns aufgegeben, in dieser Zeit zu leben und diese, unsere Zeit zu meistern. Der bestürzend schnelle und einen jeden von uns einbeziehende Fortschritt, sagte ich, ist Gefahr und Chance zugleich, die Gefahr nämlich, Staatsgeschenke zu machen und innere Werte zu verschütten, und die Chance, unser Dasein zu erhöhen und die Freiheit für alle zu festigen! Die Gefahr geht bis an unser Fundament. Wenn sich diese Erkenntnis nicht in das Bewußtsein eines jeden eingriffelt, ist das Bollwerk und das Bemühen des Kanzlers und aller Mitarbeiter vergeblich gewesen!

Faszinierend und beinahe geblendet steht nicht nur die Bundesrepublik, sondern eigentlich die ganze Welt, die freie und die unfreie Welt, in diesen Tagen auf dem Gipfel der Technik, und fasziniert verfolgt die gesamte Welt den Flug des Menschen um die Erde.

Lassen Sie mich als Frau in dieser Stunde der Besinnung vor diesen Freunden hier, die alle aus der gleichen inneren letzten tiefen Kraftquelle zu der schweren Arbeit sich zusammenfanden, lassen Sie mich doch einmal, auch wenn es nicht ganz mehr salonfähig erscheinen will oder auf einem Parteitag ein fremder Ton sein sollte, in diesen Stunden

sagen: „Immer wenn wir auf dem Gipfel stehen, stehen wir unter dem Kreuz“. Wenn alle fasziniert als technische Gipfelleistung diesen Flug des Menschen von der Erde weg bewundern, wenn wir es bestaunen, daß die Gesetze der Schwerkraft durchbrochen sind, möchte ich mich und alle Freunde daran erinnern, daß vor 2000 Jahren schon einmal einer als Mensch auf diese Erde hinunter kam, und er mit dieser Ankunft und seinem Hiersein uns, die wir Ihm folgen und festgelegt sind auf Seinem Weg, die Gesetze und die Wegrichtung angegeben hat, die noch unverrückbar in dieser Zeit stehen. Ich erinnere Sie und mich daran aus dem einfachen Grunde, weil wir Gefahr laufen, die Perspektiven zu verschieben.

Wir wollen aber – und das sei der Frau erlaubt, da die Frau immer noch mehr als der Mann die religiösen Werte im Volke zu hüten beauftragt ist –, daß wir uns in dieser Stunde des großen Treffens der Christlichen Union, in einem Schicksalsjahr dieses Volkes, an diese unabänderlichen göttlichen Gesetze erinnern sollten, wenn wir daran gehen, menschliche Gesetze zur Ordnung der Umwelt zu schaffen.

Diesen Hinweis möchte ich uns allen an dieser Stelle tief in das Herz schreiben zur Mahnung und zum Trost; zur Mahnung, daß die Güter in der Welt einer höheren Idee der Freiheit und Verantwortung unterzuordnen sind, und als Trost für all die führenden Persönlichkeiten, die immer in diesem schweren Alltag uneigennützig ans Werk gingen, um unser Volk für andere, denen mitzuwirken versagt ist, die Freiheit zu garantieren.

Daran wollte ich erinnern, meine Freunde, nichts mehr, aber auch nichts weniger.

(Starker langanhaltender Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Verehrte und liebe Frau Brauksiepe! Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des 10. Bundestages haben Ihnen reichlich Beifall gespendet, und das mit Recht. Ich füge nochmals sehr herzlichen Dank hinzu. Der Dank gebührt Ihnen einmal dafür, daß Sie sich als Rednerin zur Verfügung stellten, dann aber insbesondere für die Ausführungen, die Sie heute gemacht haben, wie immer, Frau Brauksiepe, voller Einsatz auf der einen Seite und viel Herzlichkeit auf der anderen Seite; ein absolutes Hineinfühlen und ein Verstehen der Lebensverhältnisse um die Frau. Sie haben manches Wort ausgesprochen und Feststellungen getroffen, Sie haben Worte gefunden, die wir ins Gedächtnis nehmen sollen, und die es wert sind, weiter beachtet zu werden.

Lassen Sie mich persönlich etwas hinzufügen: Ich, die ich Kölnerin bin, wir hörten 1949 Frau Brauksiepe, und wir wählten sie mit großer Stimmenanzahl zur Bundestagsabgeordneten. 1953 und 1957 eroberte sie sich wiederum ihren Wahlkreis. Sie ist wiederum als Kandidatin für die Bundestagswahlen 1961 aufgestellt. (Starker Beifall.) Wir haben sie 1949 geholt, weil in Köln der Wunsch bestand, einmal eine junge Frau als Kandidatin zu haben. Das war 1949; wir konnten dienen. Aber heute dürfen wir sagen, wir haben sie sehr gerne wiedergewählt, weil sie sich in der Arbeit bewährt hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte nur noch eines hinzufügen und diese Gelegenheit dazu benutzen. Frau Brauksiepe ist, ich glaube, es ist vor zwei Jahren gewesen, gewählt worden als Vorsitzende der Bundesvereinigung, und seit dieser Zeit hat sie im ganzen Bundesgebiet gewirkt und ist tätig gewesen. Wir sind stolz darauf, daß die Bundesvorsitzende aus Köln kommt, das heißt aus einem der drei Kölner Bundestagswahlkreise; aber auch das war für sie das Beste und das Richtige.

Wir haben es heute erfahren, wie sehr sie im Politischen und insbesondere in den mit der Politik zusammenhängenden Lebensweisen der Frau drinsteht. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, eben auch für die Arbeit, die Sie als Vorsitzende der Bundesvereinigung leisten, recht herzlichen Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Darf ich noch kurz hinzufügen – das darf man einmal auf einem solchen Parteitag sagen –: Die Arbeit der Frau in der CDU ist nicht nur organisatorisch gewachsen, sondern sie darf heute – ich möchte sagen – beweisführend sich behaupten. Sie ist wirklich vorhanden, nicht nur dadurch, daß heute die Positionen der Frau, ob in Verwaltung, ob bei den Ministerien oder insbesondere im direkten politischen Leben an Zahl gewachsen sind, aber auch an absoluter Leistungsfähigkeit. Auf die Frau zu verzichten, das kann sich auch die beste Partei nicht erlauben. Das hat sie gesagt. (Lebhafter Beifall.)

Bevor wir nun in die Diskussion eintreten, will Herr Präsident Johnen – er hat darum gebeten – Ihnen noch einiges mitteilen.

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Darf ich zur Geschäftsordnung folgendes sagen:

(Zurufe: Lauter! Rednermikrofon funktioniert nicht!)

Fräulein Hartmann hat mich abgeschaltet. (Große Heiterkeit.)

Es geht bei den Frauen nur mit der Technik. (Erneute Heiterkeit. – Starker Beifall.)

Zum Ablauf des Parteitages noch etwas: Es haben sich, glaube ich, sechs Damen zum Wort gemeldet. Da ich weiß, daß die Damen sehr kurz reden, (Heiterkeit. – Lebhafter Beifall.) werden wir bis 17.30 Uhr fertig sein. Um 17.30 Uhr ist ein Fernsehgerät in der Vorhalle und im Hauptrestaurant aufgestellt, damit die Damen, das war ihr Wunsch, das Fußballspiel sehen können. (Große Heiterkeit.) Die Herren werden wohl oder übel folgen.

In Abweichung des gedruckten Programms darf ich, wenn Sie damit einverstanden sind, vorschlagen, daß wir morgen früh nicht um 10.00 Uhr, sondern um 9.30 Uhr beginnen. (Zurufe: Um 9.00 Uhr!) Es wird 9.00 Uhr vorgeschlagen. Ich darf diejenigen bitten, die für 9.00 Uhr sind, eine Hand zu erheben. – Ich werde morgen früh nachzählen! (Heiterkeit!)

Wir beginnen also um 9.00 Uhr. Wenn ich das sage, dann hat das folgenden Grund. Wir werden morgen früh um 9.00 Uhr den Herrn Bundesminister Blank hören und im Anschluß daran den Herrn Bundesminister Lücke. Wir werden dann die Diskussion etwas konzentriert gestalten, und zwar bis 12.30 Uhr. Um 16.00 Uhr ist die normale Schlußplenarsitzung, zu der wir Gäste geladen haben. Ich darf die Delegierten, die nicht unbedingt aus wichtigen Gründen wegfahren müssen, bitten, um 16.00 Uhr hier zu sein, weil der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Krone dann ein sehr wesentliches politisches Referat hält, das grundlegend für die Bundestagswahl sein wird. Außerdem wird der Herr Bundeskanzler einige außenpolitische Erklärungen wichtiger Art abgeben.

Präsidentin Frau Hartmann:

Bevor wir die Diskussion zum Vortrag von Frau Brauksiepe eröffnen, darf ich darauf hinweisen, daß wir einen weiteren ehrenden Besuch erhalten haben, nämlich den einer indischen Delegation. (Starker Beifall!)

Aussprache

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein. Bis jetzt haben sich Redner gemeldet. Die erste Diskussionsrednerin ist

Frau Fera (Hamburg):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich den guten Ruf der Frau nicht durch Redezeitübertretung schädige. Ich möchte aus dem umfangreichen Referat von Frau Brauksiepe ein Teilgebiet herausgreifen, das im Schatten der großen Tagesfragen nicht immer das Interesse findet, das ihm nach seiner Bedeutung zukommt. Ich meine, daß an der Vernachlässigung dieses Teilgebietes leider auch die christlichen Demokraten nicht unschuldig sind.

(Lebhafte Unruhe, Glocke der Präsidentin.)

Ich möchte sprechen zu dem Gebiet der „Hauswirtschaft, Haushalt, Familie als Begriff des Familienhaushaltes“.

Während die überragende Bedeutung der Familie für die gesamte gesellschaftliche und staatliche Ordnung von allen anerkannt wird – Frau Brauksiepe hat das in sehr beredten Worten getan, auch Herr Minister Professor Erhard hat sehr schöne Worte dafür gefunden –, stellen wir heute fest, daß die Hauswirtschaft und der Haushalt, die beide die Grundlage jedes gesunden Familienlebens bilden müssen, zunehmend an Interesse und Bedeutung in der öffentlichen Meinung verlieren. Alle sozialen Werte, alle geistigen, sittlichen und religiösen Energien, die unserem Volke aus dem Familienleben kommen, können nur wachsen in einem gesunden, geordneten und zufriedenen Familienhaushalt.

Es geht in diesem Zusammenhang bei dem Begriff Haushalt nicht so sehr um Kochtopf, Eisschrank und Fernsehtruhe. Der Haushalt ist mehr als nur die Stätte des Konsums; im Gegenteil, seine Bedeutung liegt unter Umständen sehr viel stärker im Konsumverzicht, also im Sparen,

im Maßhalten, als im Konsum. In jedem Haushalt werden der Hausfrau und der Familie geistig-sittliche Entscheidungen abverlangt. Der Haushalt gehört heute zu den wenigen Stätten, in denen menschliche Begegnungen noch möglich sind. Es ist der Ort für die Urerlebnisse Geburt und Tod, wie einmal Frau Dr. Landgrebe gesagt hat. Der Haushalt ist nicht nur ein ökonomischer Vorgang, sondern er ist mehr, wie schon das Wort sagt, der „Halt“, der etwas zusammenhält, Halt gibt und Haltung erwartet.

(Sehr starke Unruhe – Glocke der Präsidentin.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Darf ich einmal kurz unterbrechen! Es ist zwar der dritte Tag, an dem wir hier zusammensitzen, aber ich möchte trotzdem bitten, spazieren wir weniger durch den Saal und hören wir besser zu. Es ist ja eine furchtbare Unruhe hier! (Beifall.)

Frau Fera:

Der Haushalt ist der Gegenpol zur Automation. Darum sollte die alle Sinne des Menschen bildende Hauswirtschaft mit dem umfassenden Verantwortungsbereich endlich anerkannt und in die Erziehungspläne einbezogen werden. Je eher dies geschieht, desto besser wird der Mensch den verschiedenartigen Anforderungen des Lebens gewachsen sein.

Ich möchte weiter feststellen, daß die produktivste Leistung des Haushalts und der Familie in der Schaffung und Pflege menschlicher Arbeitskraft liegt, die sie wieder der Erwerbswirtschaft zur Verfügung stellen und darüber hinaus in der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit.

Wenn heute der wirtschaftliche Wert der Hausarbeit im Haushalt durch ein sich dauernd steigerndes Angebot relativ billiger, genußreicher Güter ständig im Sinken begriffen ist, so steigt ihr ethischer Wert im gleichen Maße, wie die Doppelbelastung der mitarbeitenden Hausfrau und Mutter, die Reizüberflutung des technisierten Lebens, die ständig wachsenden Ansprüche einer hochzivilisierten Welt den stärkeren Zusammenhalt der Familie fordern.

Die patriarchalische Ordnung der Familie ist in Mißkredit gekommen. Die Ausnahme der bäuerlichen Familienbetriebe ist uns heute schon mehrfach vor Augen geführt worden. Warum ist sie in Mißkredit gekommen? Ganz einfach, weil sie aus unserer heutigen Zeit heraus nicht mehr verstanden werden kann. Die Trennung der Wohnstätte von der Arbeitsstätte hat die innere Struktur des Familienhaushaltes tiefgreifend verwandelt, aber der Haushalt ist deswegen nicht aufgelöst worden. Dies geschieht erst in den radikal auf das Individuum abgestellten kommunistischen Volkskommunen. Jedoch stehen wir in der Mitte des 20. Jahrhunderts vor der Aufgabe, der Familie, dem Sozialgefüge Familie, wie Professor Neundörfer erst kürzlich auf der Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen in Essen formulierte, die ihr im Aufbau der Gesellschaft zukommende Stellung zu sichern. Auf dieser Tagung wurde dafür das gute Wort gefunden: Familie – Mitte des Volkes.

Mir geht es heute an dieser Stelle darum, deutlich zu machen, wie dringend eine Aufwertung des Ansehens der Hauswirtschaft und des Familienhaushaltes gefordert werden muß; denn ohne eine geordnete Hauswirtschaft und ohne eine gesunde und zufriedene Familie wird auf die Dauer auch die Wirtschaftspolitik unseres Wirtschaftsministers empfindlich gefährdet sein. Ebensovienig wie die Bedeutung der Familie umstritten ist, kann geleugnet werden, daß Haushalt und Familie unserer Zeit schweren materiellen, aber noch mehr geistig-sittlichen Krisen ausgesetzt sind und daß sie der Hilfe und Förderung bedürfen.

Hierfür – das möchte ich noch einmal feststellen – ist in der zwölfjährigen Regierungszeit der CDU sehr viel geschehen. Ich brauche die einzelnen Maßnahmen nicht aufzuzählen. Diese einzelnen Maßnahmen allein genügen aber nach meiner Auffassung nicht, solange mit ihnen nicht eine ideelle Gesamtaufwertung der Begriffe Haushalt und Familie erreicht wird.

Diese Hilfe muß weit über die rein äußerlichen Maßnahmen, auch über die pragmatische Unterweisung am Kochtopf und beim Einkauf hinausgehen und alle Familienfragen wie Mütter- und Eheberatung, Erziehungsfragen usw. umfassen, denn unter den Hausfrauen macht sich im steigenden Maße eine große Unsicherheit bemerkbar.

Mit großer Sorge erfüllt uns – Frau Brauksiepe hat das schon erwähnt – die mangelhafte Vorbereitung der jungen Mädchen auf ihre künftige Stellung als Hausfrau und Mutter und Ehefrau. Die Frauen müssen mehr als je zuvor ruhender und ausgleichender Pol und Mittelpunkt eines immer mehr auseinanderstrebenden Familienlebens sein. Wir möchten, daß gerade auf diesem Gebiet wesentlich größere Anstrengungen auch von uns aus unternommen werden und daß dieser Aufgabe große Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Sozialen Werkdienst hinweisen, der im Hedwig-Dransfeld-Haus in Bendorf bei halbjähriger Ausbildung der jungen Mädchen zur sozialen Verantwortung im Liebesdienst an der Gemeinschaft und in der Hauswirtschaft nicht nur großartige Erfolge erzielt hat, sondern – das ist vielleicht noch wesentlicher – zu dem sich eine große Anzahl junger Mädchen freiwillig gemeldet haben. Die Frauenvereinigung regt an, daß nach dem Vorbild dieses Sozialen Werkdienstes ein Mutternotdienst errichtet wird, der dann, so hoffen wir, die gleiche Unterstützung und Förderung des Familienministers finden möge.

Aus der Sorge um die Krise der Familie ergibt sich für uns die Notwendigkeit einer stärkeren Stützung und Förderung der Familie, die jedoch unter keinen Umständen unter dem Gesichtswinkel des Verbrauchs gesehen werden darf. Hauswirtschaft im weiteren Sinne des Wortes „Haushalt“ und „Familie“ ist eine eigenständige Aufgabe und muß von der Verbraucheraufklärung schärfstens getrennt werden. Aus der freien privaten Initiative unseres Volkes haben sich eine Reihe von Verbänden und Gruppen gebildet, die sich die Förderung und Unterstützung der Familie zur Aufgabe gemacht haben. Ich erwähne hier insbesondere

die Frauenverbände, konfessioneller und anderer Art, die sich mit großer Aktivität dieser geforderten Betreuung angenommen haben. Ich meine, es wäre an dieser Stelle nur recht, diesen Familienverbänden und Frauengruppen unsere Anerkennung und unseren Dank auszusprechen für die aufopferungsvolle Arbeit, die sie geleistet haben. Diese Verbände und Gruppen in ihrer Arbeit mehr als bisher zu unterstützen und ihnen die für diese Arbeit so notwendigen finanziellen Mittel zu verschaffen, ist auch die politische Pflicht unserer Partei und eine Forderung der Vereinigung der Frauen an die CDU. Die Bundesfrauenvereinigung behält sich vor, in den kommenden Wochen hierüber Gespräche mit den zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen zu führen.

(Starker Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Ich danke auch für diesen Diskussionsbeitrag und erteile nun das Wort

Frau Paffrath:

Mit dem Thema „Die Frau in Familie und Volkswirtschaft“ ist die gegenwärtige problematische Stellung der Frau in der Gesellschaft angedeutet. Die Anforderungen der Gesellschaft an die Frau sind in zweifacher Weise einander widersprechend. Die Notwendigkeit der Gesellschaft, sich zu erhalten und wieder zu erneuern, legt den Frauen einen relativ größeren Anteil an der Verantwortung auf als den Männern. Sie stellt Anforderungen an die Frau, die wiederum mit anderen Anforderungen der Gesellschaft kollidieren, etwa dem Erfordernis nach ökonomischem Fortschritt. Die Weiterentwicklung im ökonomischen Sinne ist zu einem recht oft unterschätzten Teil durch Frauen bewältigt worden. Auch heute sind die Familie, der Haushalt, die Pflege und Erziehung der Kinder in erster Linie Sache der Frauen. Die Frauen haben sozusagen ihren natürlichen Beruf in der Familie und in der Gesellschaft.

Die Gesellschaft verlangt heute jedoch mehr. Sie braucht den Beitrag der Frauen sowohl im Produktionsprozeß als auch bei der Gestaltung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. In der hier ein wenig schematisch formulierten Gegenüberstellung dieser beiden Anforderungen wird deutlich, daß es uns noch nicht gelungen ist, in unserer industrialisierten technisierten Gesellschaft Lebensformen zu entwickeln, die eine sozusagen integrierte Rolle der Frau in ihr als normal und selbstverständlich erkennen lassen. Viele Frauen sind durch die Doppelaufgabe von Haushalt und Beruf überfordert, weil der Rhythmus des Arbeitslebens allein den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt ist. Es ergibt sich die berechtigte Forderung, daß sich die Wirtschaft den in ihr tätigen Menschen – in diesem besonderen Falle den Frauen – anpassen hat, zum Beispiel durch die Gestaltung des Arbeitsplatzes, durch Rücksichtnahme auf bestimmte Begabungen und Neigungen, durch Freizeitbeschäftigung, durch Beachtung der personalen Andersartigkeit der Frau.

Die Berufstätigkeit der Frau ist aus volkswirtschaftlichen Gründen ein gesellschaftliches Erfordernis. In einem Bericht des „Osservatore Romano“ vom Dezember 1960 über einen italienischen Frauenkongreß



Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger, Stuttgart.

Prof. Dr. Burgbacher, MdB, Köln, Bundesschatzmeister der CDU.





Direktor Gösta Bohmann überbringt die Grüße der Högerpart
Schwedens. 27 offizielle Vertreter der befreundeten Parteien Euopas war
erschienen.

Gäste aus Ind



wurde die Arbeit heute als eine neue Realität unserer Zeit bezeichnet. Wenn in der gegenwärtigen Situation für viele Frauen dadurch ernsthafte Probleme entstehen, ist die Lösung dieser Probleme nicht in erster Linie in der Richtung auf Abschaffung und Diskriminierung der Frauenarbeitstätigkeit zu suchen, sondern in einer besseren Anpassung der Arbeitsmöglichkeiten an die Erfordernisse der Frauen. (Beifall.) Und ganz besonders in einer besseren Vorbereitung der Mädchen auf die Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft. Hierhin gehört auch die Entwicklung eines guten politischen Bewußtseins, eines weltweiten Horizonts und des sich Lösens von einem Bild der Frau, das der Denkweise von gestern entspricht, ganz abgesehen davon, daß es das Bild der Frau, ein ewig gültiges Bild der Frau, überhaupt nicht gibt, sondern selbst eine wandelbare geschichtliche Funktion darstellt. Hier und heute läßt sich die Problematik nur anreißen.

Frau Brauksiepe hat der alleinstehenden Berufstätigen auch Erwähnung getan; um diese existiert noch eine ganz besondere Problematik. Daß das Thema um die Frau auf unserem Parteitag einen so weiten Raum einnimmt, ist verheißungsvoll, meine Damen. Wir werden darüber in unseren Frauenkreisen und in den gemeinsamen Gremien mit Ihnen, meine Herren, weiterzusprechen haben. Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann: Auch Ihnen herzlichen Dank, Frau Paffrath.

Es spricht jetzt

Dr. Franz-Josef Wuermeling, Bundesminister für Familien- und Jugendfragen:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Verzeihen Sie bitte, wenn ich es wage, den Reigen unserer Frauen hier durch ein männliches Auftreten zu unterbrechen. Aber das liegt daran, daß ich mich in den Reihen der Frauen immer besonders wohl gefühlt habe.

Wir behandeln zur Zeit im Bundestag den Regierungsentwurf eines Gesetzes, auf das Frau Kollegin Brauksiepe nicht mehr eingehen konnte, eines Gesetzes, das nicht zuletzt das Ziel hat, die Rechte der Familie, insbesondere der Eltern, im Sinne unserer Grundauffassung zu sichern und zu stärken und vor allem die Eigenverantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder zu schützen und auch das Verhältnis von freier und behördlicher Jugendhilfe in diesem Sinne richtig zu regeln. Ich meine, wie Sie vermuten werden, die Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Sie werden in der letzten Zeit mehrfach in der Presse Polemiken von SPD- und FDP-Seite gegen diese Novelle gelesen haben, die es erforderlich machen, hierzu etwas zu sagen. Angesichts einer hier einsetzenden systematischen Irreführung der öffentlichen Meinung ist es unbedingt notwendig, den wirklichen Inhalt und die wahre Absicht des neuen Gesetzes, vor allem das Verhältnis zwischen freier und behördlicher Jugendhilfe, in einigen wenigen Sätzen hier auf dem Parteitag herauszustellen.

Was wollen wir? Was wollen die Gegner? Was sind die Hintergründe? Wir wollen zunächst auch in der Jugendhilfe, meine Freunde, die Beachtung des überall gesunden Grundsatzes sichern, daß die öffentliche Hand ihren Aufgabenbereich nicht ohne Not auf Kosten des staatsbürgerlichen Freiheitsraumes ausdehnt. (Beifall.)

Das gilt auch für Kindergärten, Jugendheime und sonstige Einrichtungen der freien Jugendhilfe. Die Behörden sollen die im freien gesellschaftlichen Raum wirkenden kirchlichen und nichtkirchlichen Kräfte weder an die Wand drücken noch überrollen, sondern respektieren und schützen und als gleichberechtigte Partner fördern. (Beifall.)

Die Erfahrungen, die wir hier seit Jahren in von der SPD beherrschten Rathäusern machen mußten, erfordern verbindlich klare, gesetzliche Schutzvorschriften, durch die das Wirken der Jugendhilfe im bürgerlichen Freiheitsraum gegen die behördliche Überrollung geschützt wird. In den bisherigen Erörterungen hat sich immer wieder gezeigt, daß gerade auch unsere evangelischen Freunde, die in Hessen, Hamburg, Bremen oder Nürnberg unter SPD-Mehrheiten zu leiden haben, unseren Entwurf am aller nachdrücklichsten unterstützen. Bei dieser Sachlage ist es geradezu grotesk, zu behaupten, hier sollten irgendwelche spezifisch kirchlichen Auffassungen allen Staatsbürgern aufgezwungen werden. Meine Freunde, wir machen in der CDU keine katholische Politik, wir machen in der CDU keine evangelische Politik, sondern wir machen eine Politik, auf den Gott sei Dank sehr breiten Fundamenten, die den Christen beider Konfessionen zur Gestaltung einer auf der Würde und Freiheit des Menschen beruhenden Ordnung in Staat und Gesellschaft geschenkt sind. (Lebhafter Beifall.)

Darüber hinaus machen wir als Demokraten, als echte Demokraten, eine Politik absoluter Toleranz und Gleichberechtigung für diejenigen, die anderer Auffassung sind als wir. SPD und FDP wollen solche Schutzvorschriften nicht, weil sie den kommunalen Vertretungen schrankenlose Expansion der behördlichen Tätigkeit auf Kosten der freien Jugendhilfe, insbesondere der kirchlichen Jugendarbeit beider Konfessionen, ermöglichen wollen. Wenn dem nicht so wäre, wäre der Widerstand gegen unsere neuen Formulierungen, die jedem weltanschaulichen Bereich gleiche Rechte sichern, völlig unverständlich.

Formulierung und Ziel der neuen Vorschriften stehen in voller Übereinstimmung mit den Absichten, die das alte Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 ausweislich des eindeutigen Wortlauts seiner Begründung verfolgte. Der damalige, übrigens der Demokratischen Partei angehörige Reichsminister führte in der Begründung des damaligen Gesetzentwurfes wörtlich aus, und ich bitte, diesen einen Satz hier einmal zitieren zu dürfen, weil er so grundlegend ist: „Das Jugendamt hat dafür zu sorgen“, so heißt es in der alten Begründung, „daß auf den einzelnen Gebieten der Jugendhilfe die erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen getroffen werden, indem es (also das Jugendamt) Nichtvorhandenes durch seine Anregungen ins Leben zu rufen sucht, Vorhandenes fördert, und zwar tunlichst auch durch Unterstützung

mit Geldmitteln, und erst angesichts der Unmöglichkeit, daß ohne sein eigenes Eingreifen das Erforderliche ins Leben gerufen wird, selbst die nötigen Einrichtungen und Veranstaltungen schafft“.

So der damalige demokratische Reichsinnenminister. Genau das und nichts anderes haben wir jetzt als Gesetzestext klar formuliert, und unseren Gegnern ist es nicht gelungen, auch nur einen einzigen Gegenbeweis dafür zu erbringen, daß dies nicht die Absicht des damaligen Gesetzgebers gewesen wäre. Da die heutige Praxis in manchen Rathäusern der Zielsetzung schon des alten Gesetzes widerspricht, müssen wir die damalige Zielsetzung jetzt durch klare Formulierung des Gesetzestextes sichern.

Die unwahrhaftige Hetze gegen unseren Gesetzentwurf, wie sie in den letzten Tagen in der Presse zutage getreten ist, hat ja bei den Liberalen wie Sozialisten tiefere Gründe, die zunächst getarnt wurden, aber jetzt unter dem verlogenen Schlagwort „Konfessionalisierung“ offen zugegeben werden. Man will, meine Freunde, nicht gehindert sein, einer religiös fundamentierten Jugendbetreuung systematisch den Boden abzugraben, indem die Einrichtungen der Jugendhilfe immer mehr in den weltanschaulich neutralen und damit indifferenten behördlichen Raum verlagert werden. Wir widersetzen uns dem dort nicht, wo die Eltern solche Erziehung wünschen, da wir im Gegensatz zu unseren Gegnern das Elternrecht auch dann respektieren, wenn seine Handhabung nicht in unserer Linie liegt.

Der Gesetzentwurf sichert der weltanschaulich liberalen und sozialistischen Gruppe genau den gleichen freien Raum wie den kirchlichen Gruppen. Er ist also nicht nur absolut tolerant, sondern gibt gleiches Recht nach allen Seiten. (Beifall.)

Wir verwahren uns aber, meine lieben Freunde, dagegen, daß linke Rathausmehrheiten durch den Mißbrauch ihrer Macht das Recht der Eltern vergewaltigen, die eine religiös klar fundierte Erziehung für die zuverlässigste Abwehrkraft – und das ist sie – gegen kommunistische Infiltration halten. (Beifall.) Wir lassen es vor allem nicht zu, daß da, wo die Eltern diese religiöse Grundrichtung der Erziehung wünschen, der weltanschauliche Indifferentismus durch kommunale Mehrheitsentscheidungen gewissermaßen zur Staatsreligion hochgemogelt wird, wie es praktisch der Fall ist. (Beifall.)

Liberalen und Sozialisten tun immer so, als seien Indifferentismus und Toleranz dasselbe. Indifferentismus und Toleranz sind aber nicht dasselbe. Und wenn ein weltanschaulicher Indifferentismus mit roten Mehrheitsbeschlüssen den kirchlichen Wirkungsbereich der Jugendbetreuung zu erobern sucht, dann ist das nicht Toleranz, sondern ausgesprochene Intoleranz und Unterdrückung gegenüber anderen weltanschaulichen Überzeugungen und Erziehungsgrundsätzen. Solcher Intoleranz wollen wir im Sinne der Demokratie um der Toleranz willen gesetzlich begegnen, und jeder Versuch, dieses Wollen als spezifisch katholisch abzustempeln, muß scheitern, zumal die Formulierungen dieses Gesetzes gerade in dieser Frage in vollem Einvernehmen mit den zuständigen

Stellen beider christlichen Kirchen formuliert worden sind und werden. Und deshalb ist es doch völlig sinnlos, zu versuchen, die CDU durch konfessionelle Giftpfeile auch nur zu berühren. (Beifall.)

Wir wollen und werden deshalb unseren Gesetzentwurf mit unserer Fraktion noch in diesem Bundestag durchsetzen, weil es unsere Pflicht ist, die Freiheit zu schützen und die Toleranz nach allen Seiten hin zu gewährleisten.

(Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Herr Minister, Ihnen recht herzlichen Dank für die wertvolle Ergänzung. Aber ich möchte auch hinzufügen: Wir wissen nicht nur, daß die Reform des Gesetzes kommt und haben die Vorarbeit nicht nur dem Bundesministerium und dem zuständigen Ausschuß überlassen, wir diskutieren draußen sehr deutlich und wir haben auch schon entsprechende Stellungnahmen weitergeleitet.

Jetzt hat das Wort

Frau Dr. Erika Vogt (Rheinland):

Liebe Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Darf ich mich jetzt wieder der politischen und berufstätigen Frau zuwenden.

Bei der letzten Bundestagswahl haben 60 v. H. der Frauen, ja in manchen Großstädten sogar 70 v. H., die CDU gewählt. Diese Bejahung der Politik der Bundesregierung verpflichtet einerseits zur stetigen Fortsetzung unserer Politik, erlaubt uns aber andererseits nicht, zu übersehen, daß wir der Mitwirkung der Frau an der politischen Willensbildung stärkere Aufmerksamkeit schenken müssen. Wir können nicht nur den Vorteil, den das aktive Wahlrecht der Frau der CDU bisher gebracht hat, selbstverständlich annehmen, wir müssen auch anerkennen, daß das Wahlrecht durch die Pflicht zur wirklichen und umfassenden Mitarbeit ergänzt wird. Wir hören zwar vor den Wahlen von den führenden Männern unserer Partei anerkennende Worte, und sie geben uns auch Zusicherungen für die Zukunft. Wir sind sehr dankbar dafür. Wir möchten jetzt aber davon ausgehen, daß trotz mancher Enttäuschungen in den vergangenen Jahren die Einsicht und das Verständnis bei allen zuständigen Gremien und Organen wächst. Nur wenn es gelingt, mehr Frauen für die politische Arbeit und auch für die verantwortliche Tätigkeit in den Verwaltungen zu gewinnen, werden wir noch mehr Frauen als bisher zu den Wahlen führen und sicherlich nicht zum Nachteil der CDU.

Lassen Sie mich noch andeuten, welche Folgen es hat, wenn wir hier keinen Erfolg haben. Was aber können wir tun, um mehr Frauen zu finden, die bereit sind, politisch mitzuarbeiten? Wie können wir ihnen helfen, Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, ihnen Mut und Zutrauen zu ihrer Leistungsfähigkeit zu geben? Erlauben Sie mir bitte drei kurze Hinweise: Zunächst möchte ich mich an die Frauen selbst wenden mit der Bitte, in ihren Verbänden, Vereinen, im vorparlamentarischen Raum und vor allem in unseren Frauenvereinigungen die Auseinandersetzung mit allen politischen Themen frühzeitiger, und ich möchte sagen rechtzeitig,

in Angriff zu nehmen. Ich weiß, daß das jetzt schon geschieht. Vielleicht könnte das aber systematischer und intensiver geschehen und sich vor allen Dingen auf Gebiete erstrecken, auf die die Frau sich bisher sehr wenig gewagt hat. Ich meine hier insbesondere die Steuer- und Wirtschaftspolitik. Ich darf Sie an den guten Erfolg erinnern, den die Initiative der Frauen im Bundestag mit dem Lebensmittelgesetz hatte.

Wenn die Industrie auch anfangs glaubte, ihr wurde zuviel zugemutet, so haben wir es schließlich dieser Initiative zu danken, daß nun bessere und gesündere Lebensmittel angeboten werden. Ebenso legitimiert wären unsere Vereinigungen, sich mit anderen wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. Welch angenehmer und neuer Ton wäre es, in der Fülle der Stellungnahmen einmal das Votum eines Frauenverbandes in einer so wichtigen Frage wie der Preisbindung der zweiten Hand zu hören, eine wichtige Aufgabe z. B. für Verbraucherverbände. Eine solche Stellungnahme wäre geeignet, die starren Fronten des Für und Wider aufzulockern.

Welche praktischen Anregungen könnten zu dem Problem der Vorrats- haltung in privaten Haushalten gegeben werden. Wie wichtig wäre es auch, wenn im Interesse der berufstätigen Frau die Frage der Einkommens- und Lohnsteuer geprüft würde. Die Beschäftigung mit diesen Fragen brächte mehrere Vorteile gleichzeitig. Eine breitere Befassung der Frauen mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik würde das allgemeine Verständnis für den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens vertiefen, und der Bundesregierung könnten dadurch neue Bundesgenossen für das Verständnis ihrer konjunkturellen Maßnahmen zuwachsen. Den Frauen, denen Beständigkeit und Sicherheit wesensgemäß sind, wird es dann auch nicht schwerfallen, das Bemühen der Bundesregierung um eine stabile Währung mit besonderem Verständnis zu unterstützen. Weiter könnten wir viele politisch Interessierte für uns gewinnen und vielleicht neue Talente heranbilden. Den Parteigremien ständen dann weit mehr tüchtige Frauen aus allen Lebensbereichen für die Entscheidung in den Bundestag, in die Landtage, in die Gemeinden, in die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Beiräte aller Art zur Verfügung.

Sodann sollte die CDU sich stärker als bisher um das Schicksal des großen Heeres der berufstätigen und dort vor allen Dingen der allein- stehenden Frauen kümmern. Nicht nur die Hausfrau, sondern auch die Berufstätige – was gar nicht so gewiß ist – sollte sich in der CDU geborgen fühlen. Auch hier muß sich die Gesetzgebung mit diesen Fragen befassen. Ein kleiner Anfang ist schon gemacht worden mit der Berufs- ordnung der medizinisch technischen Assistentin und der Krankengym- nastin, obgleich ich der Berufsforschung keineswegs das Wort reden möchte. Es könnte aber noch weit mehr in der allgemeinen Gesetz- gebung geschehen. Wie anders hätten z. B. die Ladenschlußzeiten gere- gelt werden können, wenn man das Interesse der Berufstätigen stärker berücksichtigt hätte. (Beifall.) Vielleicht wäre auch das Gesetz gegen den Betriebs- und Belegschaftshandel unter diesem Gesichtspunkt anders zu beurteilen. Manche gewerberechtliche und arbeitsrechtliche Vorschrift wäre zu überprüfen. Vielleicht könnte auch die Steuergesetzgebung den besonderen Belastungen der alleinstehenden Frau mehr Rechnung tragen.

Wir wollen hier keine Privilegien, auch nicht zu unserer Unterstützung auf die Steuerkraft der Frau und die Tatsache hinweisen, daß sie gut ein Drittel der Sozialbeiträge aufbringt. Unsere Gesetzgebung hat aber vielfach den Besonderheiten bestimmter Lebensbereiche Rechnung getragen. Ich darf nur an die Landwirtschaft, an den Mittelstand erinnern, und insoweit wäre es angebracht, auch zu prüfen, was von seiten des Gesetzgebers zur Erleichterung dieser großen Gruppe in unserer Gesellschaft geschehen könnte.

Schließlich möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst bei den Bundesverwaltungen lenken. Das Bundesministerium des Inneren gibt hier seit Bestehen der Bundesrepublik jährlich eine statistische Übersicht heraus, die leider seit vielen Jahren nicht mehr veröffentlicht wird. Hiernach ergibt sich für das Jahr 1960, daß von den Beamten und Angestellten der gesamten Bundesverwaltung im höheren Dienst 2,4 v. H. aller Beschäftigten Frauen sind, im gehobenen Dienst 3 v. H., im mittleren Dienst, dem breitesten Bereich der Sekretärinnen, 26,6 v. H. und im einfachen Dienst 6 v. H. Von allen Beschäftigten beträgt der Anteil der Frauen 16,1 v. H.

Vergleicht man diese Zahlen mit denen der zurückliegenden Jahre, so stellt man fest, daß sich das Bild wenig verändert hat. Diese Beharrung und diese Starrheit in den einzelnen Gruppen muß uns nachdenklich machen. Ich möchte es mir aus Höflichkeit ersparen, Ihnen diejenigen Ministerien zu nennen, die überhaupt auf die Mitarbeit der Frauen im höheren Dienst bisher verzichtet haben. Dieses für uns nicht erfreuliche Ergebnis dürfen wir aber nicht mit der bequemen Entschuldigung abtun, es liege nur bei den Männern. Eine solche Klage wäre nur dann berechtigt, wenn wir nachweisen können – und wir können es in der Regel nicht –, daß geeignete weibliche Kräfte ihren Fähigkeiten entsprechend nicht untergebracht werden können. Wir Frauen selbst müssen vielmehr in erster Linie dieses Problem angehen und sollten dann mit der Unterstützung der Männer rechnen. Es ist wahrscheinlich eher eine Frage der Erziehung, der Vorbereitung zu verantwortungsvolleren Berufen und auch ein Hinweis der Frauen, die es einmal „geschafft haben“, an die nachkommenden Generationen, daß es sich lohnt. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte aber doch an alle leitenden Herren in den Verwaltungen appellieren, noch stärker als bisher den Frauen im höheren Dienst eine Chance zu geben. Diese Herren wissen seit Jahrzehnten, daß eine zuverlässig arbeitende Verwaltung zufriedene Staatsbürger, aber auch zufriedene Staatsbürgerinnen schafft und damit eine befriedigte Gesellschaft. Da sie das wissen, werden sie auch einsehen, daß sie an der Mitarbeit der Frau nicht vorbeigehen können, insbesondere – das darf ich wohl sagen – da in fast allen Ministerien keine schlechten Erfahrungen mit ihnen gemacht wurden.

Lassen Sie mich mit dem Wunsch schließen, den ich, glaube ich, im Namen vieler Frauen aussprechen darf: Wir würden uns freuen, wenn die Zeit nicht mehr allzu fern wäre, in der wir nicht mehr auf die berechtigten Belange der Frauen hinweisen müßten, sondern es bei den Stellungnahmen zu Sachproblemen bewenden lassen könnten. Vergessen wir aber nicht, und werden wir deshalb nicht ungeduldig, wie lange es be-

durfte, bis wir das Wahlrecht für die Frauen durchgesetzt hatten, von dem wir Frauen jetzt einen so guten Gebrauch machen. Nicht anders wird es, so hoffe ich, in der Zukunft sein, wenn wir wie damals der Macht des Faktischen vertrauen und uns auf die Einsicht aller verständigen und modern denkenden Männer verlassen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Herzlichen Dank Frau Dr. Vogt! Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Wilms, Köln. Ich stelle fest, daß die noch im Saal Anwesenden die Damen und Herren sind, die am Fußball nicht interessiert sind; sie sind mir sympathisch. (Lebhafte Heiterkeit.)

Frau Dr. Wilms (Köln):

Herr Bundeskanzler! Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ergänzend zu den Ausführungen von Frau Brauksiepe möchte ich noch einige Worte zur Situation und Bedeutung der erwerbstätigen Frau in der gewerblichen Wirtschaft sagen. Wir leben heute in Zeiten einer ständig fortschreitenden technisch-industriellen Entwicklung. In der gewerblichen Wirtschaft gehen infolge Mechanisierung, Rationalisierung und Automatisierung große Strukturveränderungen vorstatten. Fertigungs- und Bürobetriebe stehen in einem Prozeß der technischen und organisatorischen Wandlung. Neben der Nachfrage nach ungelernten und angelernten Arbeitskräften wächst heute der Bedarf der Betriebe an gut vorgebildeten und qualifizierten Fachkräften. Fachwissen und Verantwortungsbereitschaft werden ebenso wie die Fähigkeit zu einer jederzeit möglichen Umstellung auf neue Tätigkeiten verlangt. Nur wer heute in der Lage ist, sich elastisch auf neue Arbeitsinhalte und -techniken umzustellen, hat in einem dynamischen Betrieb die Chance, beruflich aufzusteigen. Das setzt aber eine breite Grundausbildung voraus. Die Frage ist nun: Wollen und können die geeigneten und strebsamen unter den fast sieben Millionen, heute meist noch in untergeordneter Stellung tätigen Frauen mit diesen Umstrukturierungsprozeß der technisch-industriellen Arbeit hineinwachsen und aus eigener Kraft am beruflichen und damit auch sozialen Aufstieg teilhaben? – Ich glaube, die gegenwärtige Entwicklung bietet die seltene Chance, vielen Frauen den Weg aus der Masse der ungelernten in die Gruppe der qualifizierten Arbeitskräfte zu ebnen. Die technisch-organisatorischen Umwandlungen in den Betrieben bieten gute Möglichkeiten, in gelernte und anerkannte Berufe hineinzuwachsen. Die Erfahrung zeigt, wie die Zahl der weiblichen Lehrlinge zum Beispiel in verschiedenen industriellen Berufen anwächst: technische Zeichnerin, Chemielaborantin, Industriekaufmann und viele andere. Denn die heutigen Arbeitsanforderungen verlangen weniger körperliche als geistige, fachliche und charakterliche Fähigkeiten, die die Frauen, glaube ich, erwiesenermaßen ebenso aufweisen wie die Männer.

Ein solches berufliches Aufsteigen liegt im Interesse der Frauen, und es entspricht wohl auch der Realisierung der Gleichberechtigung im Beruf, die uns ja als Verfassungsnorm seit 1949 gegeben ist. Wir sollten uns allerdings sehr vorsehen – und das möchte ich hier ausdrücklich be-

tonen -, nicht in eine falsche oder mißverständene formale Auffassung von der Gleichberechtigung zu verfallen, wie sie etwa in den kommunistisch regierten Staaten üblich ist, wo die Frauen schwerste körperliche Arbeiten, zum Beispiel im Straßenbau oder als Hochöfnerin, verrichten „dürfen“. Dort wird die Gleichberechtigung in einer Weise verwirklicht, die den Frauen, den Familien und der Gesellschaft zum Schaden gereicht. Eine christliche Partei wie die CDU muß sich von einer solchen Auffassung auf das schärfste distanzieren. (Lobhafter Beifall.)

Die gewerbliche Wirtschaft wird im Zuge der technischen Entwicklung und der Arbeitskräfteverknappung künftig immer mehr auf die qualifizierte weibliche Arbeitskraft zurückgreifen müssen. Das bedeutet aber, daß den Frauen noch mehr als bisher die Berufe, die Ausbildungsmöglichkeiten und die Aufstiegsmöglichkeiten auch tatsächlich geöffnet werden müssen, die ihrer physischen und psychischen Konstitution entsprechen. Es könnten künftig auch noch stärker als bisher die modernen Erkenntnisse der Arbeitsphysiologie und -psychologie bei der Gestaltung der Arbeitsanforderungen und Arbeitsbedingungen für die beschäftigten Frauen berücksichtigt werden.

Die Lösung dieser Probleme scheint auf den ersten Blick eine Aufgabe der Betriebe, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu sein. Hier harren aber auch der CDU noch vielfältige Aufgaben. Sie sollte sich in ihren dafür zuständigen Gremien mehr als bisher der angesprochenen Fragen annehmen, damit die Frauen in den Betrieben wissen, daß auch in unserer Partei ihre Sorgen und wohlverstandenen Forderungen erkannt werden. Die CDU kann auch in den Parlamenten, in der Bundesregierung und in den Landesregierungen ebenso wie in den Gruppen und Organisationen des vorparlamentarischen Raumes ihren Einfluß geltend machen, damit den Anliegen der erwerbstätigen Frauen Rechnung getragen wird. Dazu bedarf es nicht nur der Schaffung geeigneter sachlicher Voraussetzungen, wie etwa mehr Ausbildungsmöglichkeiten, sondern ebenso des Abbaues vieler traditioneller Vorstellungen und Vorurteile, die zum Teil noch einem Gesellschaftsbild der Vergangenheit entsprechen, das durch die Entwicklung zur modernen industriellen Gesellschaft überholt ist.

Die Erwerbstätigkeit der Frau ist auch in der gewerblichen Wirtschaft keine Übergangserscheinung mehr, sondern ein Faktum der modernen Industriegesellschaft.

Und ein letztes lassen Sie mich sagen: Wir brauchen in der hochtechnisierten Wirtschaft heute nicht mehr nur reine „Techniker“, wie sie die kommunistischen Staaten mit Vorliebe heranzüchten, sondern Menschen mit Verantwortungsbewußtsein, allgemeiner und politischer Bildung, eben den Staatsbürger.

Wir müssen uns daher auch mehr als bisher um die allgemeine und politische Bildung der berufstätigen Frauen kümmern. Berufliche und politische Verantwortung lassen sich in einem christlichen und demokratischen Staat wie in einer modernen Wirtschaft nicht trennen. Ich glaube, nur die allseitig gebildete und sich ihrer Verantwortung bewußte

Frau wird bei der immer größer werdenden Komplizierung und Undurchsichtigkeit des Lebens in der modernen Gesellschaft, im Betrieb, im politischen Leben und in der Familie ihre Aufgabe als Frau erfüllen können.

(Starker Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Auch Ihnen, Frau Dr. Wilms, herzlichen Dank für Ihren Beitrag über die berufs- und erwerbstätige Frau.

Als nächste Rednerin folgt

Frau Pitz-Savelsberg, MdB:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Bilde der Frau unserer Zeit in allen ihren Lebensbezügen, das uns Frau Brauksiepe eben in kräftigen Strichen gezeichnet hat, kann man wirklich nicht viel hinzufügen. Ich glaube, wir sollten den Sinn dieser Tagung mehr in einer Art Rechenschaft sehen, die wir uns geben. Die Familienpolitik ist angesprochen worden.

Dieser Tage überraschte mich die SPD mit einem eigenen familienpolitischen Programm. Ich bekam ein umfangreiches Skriptum. Ich habe mich darin vertieft, und ich stieß dabei zunächst auf lauter bekannte Begriffe. Erst dann habe ich mir den Absender genau angesehen. Das waren aber nicht wir, es war nicht ein Rechenschaftsbericht der CDU, es war nicht eine Deutung der Familienpolitik der CDU, sondern es war ein Plan für die Zukunft, den die SPD entwirft.

Wenn ich eben von Rechenschaft gesprochen habe, so glaube ich, können wir sagen, daß es der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik ist, daß eine Partei, die uns zwölf Jahre eisern in dieser Politik entgegenstanden hat, nun auf den Boden unserer Familienpolitik tritt, vielleicht, weil sie erkannt hat, wie publikumswirksam diese Sache ist.

Ich glaube, wir dürfen das als besten Beweis der Richtigkeit unseres Weges werten. Ich glaube aber der SPD solange den Willen zu dieser Familienpolitik nicht, solange sie einem Gesetz wie dem eben von Herrn Minister Wuermeling erläuterten Jugendhilfegesetz entgegensteht und da wiederum die Prinzipien bekämpft, die sie in ihrem Familienplan auf den Schild hebt. (Sehr gut!)

Wir haben von der Frau im Rahmen der Familie gesprochen. Wir werden oft von unseren Freunden angegriffen, und man sagt uns, wir hätten nicht genug getan. Wir werden nie genug tun. Bitte, betrachten Sie das, was wir tun und was wir getan haben als ein Optimum des Möglichen. Politik ist immer eine Frage der Erreichung des Möglichen. Es kommt hier entscheidend auf den Weg und den Ausgangspunkt an, den wir in dieser unserer Politik nehmen.

Herr Minister Wuermeling hat geschildert, in welchem harten Kampfe wir stehen um das Jugendhilfegesetz, bei dem es sich darum handelt, die eigene Initiative zu unterstützen und das Elternrecht gegen eine Ausweitung des Raumes der öffentlichen Betreuung zu schützen. Wir sind

einmal leidenschaftlich für das Elternrecht eingetreten. Das war zu einer Zeit, als wir das Elternrecht im Grundgesetz und in den Verfassungen der Länder niedergelegt haben. Heute müssen wir zu diesen Prinzipien stehen. Es handelt sich nicht nur um dieses eine Gesetz. Wir begegnen auch bei den Beratungen des Familienrechtsänderungsgesetzes dem Streben, immer mehr den Bereich des Staates auszuweiten und immer mehr der Familie an Verantwortung abzunehmen und sie in ihrer souveränen Entscheidung einzuschränken. Das sind viele kleine Steinchen; aber viele kleine Steinchen geben ein Mosaik.

Ich sagte eben, daß wir angegriffen werden, auch von unseren Freunden, weil wir auf der Ebene der materiellen Hilfe für die Familie nicht genug tun. Bitte, sehen Sie die Familienpolitik nicht nur unter dem Aspekt der materiellen Hilfe; es kommt wesentlich darauf an, die innere Kraft der Familie zu erhalten. Das, was uns entgegensteht, ist dieses Mosaik, in dem jedes einzelne Steinchen zu einem Zentralisierungsbestreben und zu einer Ausweitung der Eingriffsmöglichkeit des Staates in die Familie führt. Das ist die große Gefahr, die wir erkennen müssen. Sie bedeutet die Abhängigkeit der Familie in ihren Entscheidungen vom Staat, eine falsche Rangstellung des elterlichen Rechts gegenüber dem Staat und damit die Schwächung der inneren Kraft der Familie. (Sehr gut!)

Der Herr Altbundespräsident Heuss hat einmal ein wunderbares Wort geprägt, eine reine Wortmalerei. Er hat gesprochen von dem Trend unserer Zeit zur Verameisung des Menschen. Nicht mehr die freie Persönlichkeit, sondern der Mitläufer in der Masse, das ist das Resultat, das in Zukunft erreicht wird, wenn nicht die Familie frei gehalten wird von den Mächten, die von außen her nach einer Lenkung in den internen Bereich der Familie hineinstreben.

Wir dürfen auch das Bild der Familie in der Öffentlichkeit nicht verfälschen lassen. Es kommt sehr auf unser Beobachtungsvermögen, auf unsere Aufmerksamkeit an und darauf, daß wir im rechten Augenblick falsche Vorstellungen und Irreführungen zurückweisen.

Wenn wir von allen, die Sie gewählt und in ihre Pflicht gerufen haben, fordern, bei den Gesetzesberatungen darauf zu achten, daß das Elternrecht geschützt wird und daß es im rechten Range zum Staate steht, dann stärken wir mit der inneren Kraft der Familie auch die des Staates.

Bitte, sehen Sie das im Zusammenhang mit den vielleicht noch unzureichenden materiellen Maßnahmen. Aber die Ausgangsstellung ist wichtig.

(Starker Beifall.)

Präsidentin Frau Hartmann:

Vielen herzlichen Dank, Frau Pitz. Ich kann Ihnen nun mitteilen, daß die letzte Diskussionsrednerin, Frau Dr. Bleyler, ihre Wortmeldung zurückgezogen hat. Frau Dr. Bleyler hofft, morgen nach dem Referat von Herrn Bundesminister Blank sprechen zu können.

Wir sind am Schlusse angekommen. Lassen Sie mich einen Gedanken nur ganz kurz aussprechen. Mit diesem Gedanken wende ich mich an den Herrn Bundeskanzler.

Herr Bundeskanzler! Sie werden in diesem Jahre, das heißt nach bestandener Bundestagswahl – und jetzt füge ich hinzu – so Gott will – als Kölnerin möchte ich zum Kölner Bundeskanzler sagen – Su Gott well, werden wieder Sie nach siegreich bestandener Bundestagswahl die neue Bundesregierung bilden. Das veranlaßt mich, Sie an das Jahr 1949 zu erinnern. Sie machten 1949 einen kleinen guten Anfang. Mit dem Anfang waren wir zufrieden, es hat sich allerhand aus dem Anfang entwickelt. Die Frauen der CDU haben besondere Wünsche, nämlich dann zu erreichen, daß in die neue Bundesregierung eine Frau aufgenommen wird.

Das hat insbesondere in der Diskussion Frau Dr. Vogt ausgesprochen. Daß der Anfang aber noch besser werde, das wünschen wir uns, und das dürfen wir Frauen aussprechen, weil wir zuversichtlich sind, daß sich das Schwergewicht, das die Frauen nun einmal bei den Wahlen, insbesondere bei den Bundestagswahlen, bewiesen haben, wieder zeigen wird. In diesem Sinne schließe ich die Plenarsitzung des dritten Tages unseres 10. Bundesparteitages.

Schluß: 17.51 Uhr

4. Tag, Donnerstag, 27. April 1961

5. Plenarsitzung

Beginn: 9.09 Uhr

Präsident Lemmer:

Meine Freunde, ich eröffne die heutige Sitzung des Parteitages. Das Wort hat unser Freund

Theodor Blank:

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

(Lebhafter Beifall.)

Eigentum und Tüchtigkeit - Pfeiler der sozialen Ordnung

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ordnung jeder menschlichen Gesellschaft wird entscheidend bestimmt durch das Menschenbild, das ihr zugrunde liegt. Das unsrige ist geprägt aus unserem Glauben. Es ist das Bild der von GOTT geschaffenen, von Ihm mit Würde und Freiheit, mit Geist und Seele, mit Vernunft und Erkenntniskraft ausgestattet, zur freien sittlichen Entscheidung aufgerufenen Person, die von Natur aus auf die Gemeinschaft hin angelegt ist, da sie nur in der Gemeinschaft die volle Entfaltung und sittliche Bewährung finden kann. Deshalb, meine Freunde, lehnen wir den liberalistischen Individualismus ebenso wie den Kollektivismus als Ordnungsprinzipien ab.

Wir wollen eine gesellschaftliche Ordnung, in der der Mensch in persönlicher Freiheit sich entfalten kann, in der er durch seine persönliche Tüchtigkeit dem Wohle der Gemeinschaft nützt, und in der er die Unterstützung der Gemeinschaft findet, sofern er dieser Hilfe bedarf. Dieses Erkenntnis scheint inzwischen auch dem Kanzleraspiranten der SPD gekommen zu sein. Denn ich stelle mit Erstaunen fest, daß er folgendes in Hannover gesagt hat: „Was wir nicht wollen, ist ein schläfriger Versorgungsstaat, der den Menschen kurzerhand von der Eigenverantwortung und von der eigenen Initiative befreien möchte.“

Das war für das deutsche Bürgertum gedacht. Da aber zugleich etwas für die alten Genossen geboten werden mußte, hat Herr Willy Brandt gleichzeitig die staatlich garantierte Mindestrente, die sogenannte „Volks-pension“, versprochen. Aber sein Freund Otto Brenner, vielleicht erschreckt durch das mannhafte Wort gegen den Versorgungsstaat, mehr aber sicher aus der inneren Überzeugung, daß die Fackel des Sozialismus in seinem Genossen Brandt nicht so brenne, wie er, Brenner, es für notwendig hält, (Beifall) hat ihm einen Reporter auf den Hals geschickt. Und der Reporter von der Verbandszeitung der IG-Metall – nicht irgend-

ein Bürgerlicher – hat Herrn Willy Brandt im Auftrag seines Bosses gefragt, wie es denn nun um diese garantierte Mindestrente bestellt sei. Ich habe Verständnis dafür, daß die altgedienten Genossen wissen wollen, wo der Versorgungsstaat anfängt und welche sozialen Leistungen noch erbracht werden sollen. Und Herr Willy Brandt hat darauf mit einer geradezu erstaunlichen Klarheit geantwortet: Selbstverständlich könne man eine so umfassende Aufgabe, wie die einer garantierten Mindestrente, nur im Rahmen eines wirtschaftlich und finanziell ausgewogenen Programms verwirklichen. Und es liege auf der Hand, daß es dazu umfassender Vorarbeiten bedürfe, und er hielte es nicht für sinnvoll, schon jetzt Einzelheiten aus diesem Programm herauszugreifen und zu diskutieren.

Das übersetze ich schlicht und einfach so: Nix genaues weiß man nicht! (Beifall.) Das nenne ich außerdem noch Gimpelfang. Was nämlich darunter zu verstehen ist, das hat sein Parteifreund, der Sozialexperte der Sozialdemokratie, Herr Schellenberg, in Godesberg ganz klar gesagt: „Es muß eine Grundrente sein, die wie eine allgemeine und ausreichende Pension gestaltet werden soll und die einen Lebensunterhalt sichert, der dem entspricht, den sich der Empfänger im Leben erworben hat.“

Wenn die Sozialdemokratie jedem Menschen eine Pension verspricht, die so groß ist, daß sein Lebensunterhalt wie zuvor in gleichem Maße gesichert ist, dann ist das eine Utopie, und ich habe sogar Verständnis für den armen Herrn Brandt, der auf die peinliche Frage der IG-Metall, wie so etwas aussehen soll, antworten mußte: Nix genaues weiß man nicht! Wir aber, meine Damen und Herren, wir wissen ganz genau, was wir auf diesem Gebiete wollen, und deshalb wiederhole ich den Satz, den ich eben sprach: Wir wollen eine gesellschaftliche Ordnung, in der der Mensch in persönlicher Freiheit sich entfalten kann, in der er durch seine persönliche Tüchtigkeit dem Wohle der Gemeinschaft nützt, und in der er die Unterstützung der Gemeinschaft findet, sofern er dieser Hilfe bedarf. Aus dieser Vorstellung ist das großartige System der sozialen Sicherung entstanden, das in seinem Anfang und in seinen entscheidenden zeitlichen Fortschritten in der Hauptsache vom Wollen christlich-sozialer Männer und Frauen gefördert wurde. Es ist und bleibt Aufgabe der sozialen Sicherung, die große Masse der Arbeitnehmer gegen die Risiken zu schützen, denen sie aus eigener Kraft nicht gewachsen sind.

Es bleibt daher die Aufgabe der Sozialpolitik, die soziale Sicherheit auch weiter zu vervollkommen und auszubauen, wo sie noch Mängel und Lücken aufweist. Ja, es ist auch ihre Aufgabe, andere Bevölkerungsgruppen als nur die Arbeitnehmer, sofern dies erforderlich ist, in ihren Geltungsbereich einzubeziehen, so wie das unsere Freunde im Bundestag getan haben durch die abgeschlossene Reform der Handwerkerversicherung, durch die Altershilfe für Landwirte und den neuerdings von mir vorgelegten Gesetzentwurf über die Alterssicherung für die freien Berufe.

Dies ist schon deshalb notwendig, weil das Leben der Gesellschaft ständigen Veränderungen unterworfen ist. Ich möchte aber genauso deutlich sagen, daß es nicht Aufgabe der Sozialpolitik ist, nur Erhöhungen der Sozialleistungen anzustreben, denn jede Steigerung der Sozialleistungen belastet die gesamte Bevölkerung. Jeder, ob Arbeitnehmer oder Rentner,

muß zu den sozialen Leistungen beitragen, und den größten Teil der Aufwendungen erbringen die Masseneinkommensbezieher selbst. So hat im Jahre 1959 jeder Erwerbstätige im Durchschnitt 1500 DM zu den öffentlichen Sozialleistungen beitragen müssen.

Nachdem ich die Aufgaben der Sozialpolitik klar dargelegt und ebenso klar betont habe, daß wir unsere Verpflichtung, am Werk der sozialen Sicherung weiterzubauen, erfüllen werden, darf ich auch hier einmal mit der nötigen Klarheit die Frage der Mittelaufbringung erörtern.

Zunächst möchte ich Ihnen ein interessantes Rechenexempel aufmachen. Im November 1960 – ich greife diesen Monat heraus, weil ich aus dieser Zeit gerade die genauesten Unterlagen zur Verfügung habe – betrug der Durchschnittsverdienst eines Industriearbeiters 610,- DM. Dieser Verdienst von 610,- DM ist deshalb sozialpolitisch so interessant, weil bei ihm der Empfänger noch in allen Sparten der Sozialversicherung pflichtversichert ist. Und nun folgende Zahlen:

Gegenwärtig zahlen wir in der Bundesrepublik im Durchschnitt 8,5 % Beitrag für die Krankenkasse, 2 % für die Arbeitslosenversicherung, 14 % für die Rentenversicherung, 2 % für die Unfallversicherung und 1 % fürs Kindergeld, das macht zusammen 27,5 %. Da diese Beiträge – mit Ausnahme von Unfallversicherung und Beiträge für das Kindergeld – zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hälftig geteilt werden, ergibt sich folgende Belastung: Der Arbeitnehmer, der hier in Frage steht, verdient also 610,- DM. Von diesen 610,- DM werden ihm 74,72 DM abgezogen, d. h. also nur 535,28 DM ausgezahlt. Auf der anderen Seite muß der Arbeitgeber über diese 610,- DM hinaus 93,02 DM aufbringen. Und so ergibt sich der Tatbestand, den keine Diskussion aus der Welt schaffen kann, daß 703,02 DM gesamt aufgewendet werden und davon nur 535,28 DM in die Hand des Arbeitnehmers gelangen, d. h. 167,74 DM fließen als Beiträge in die verschiedensten Sparten der sozialen Sicherung.

Hier stelle ich die Frage, ob es im Interesse der Arbeitnehmer liegt, wenn der Staat in noch größerem Umfange als bisher über ihr Einkommen verfügt. Nach dem Zahlenbeispiel, das ich gegeben habe, läßt sich das bezweifeln. Ich betone noch einmal, daß ich nicht der Auffassung bin, Beiträge und Abgaben seien zu einem System sozialer Sicherheit nicht notwendig. Ich bin aber der Meinung, daß Abgaben in diesem Umfang eine Größenordnung angenommen haben, wo es mich drängt zu sagen: Hier beginnt die kalte Sozialisierung des Lohnes! (Beifall.)

Das, meine Damen und Herren, haben wir sehr ernst zu nehmen. Wir bemühen uns – und ich komme gleich darauf zurück – um die Eigentumsbildung. Was nützt uns aber das Bemühen um die Eigentumsbildung, wenn wir zuvor in einem unvertretbaren Ausmaß die Empfänger von Einkommen um die Möglichkeiten eigener Vermögensbildung bringen? Die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft hat sich gegenüber früher erheblich verändert. Sein Einkommen ist gewachsen, sein Lebensstandard hat sich erhöht, sein Selbstbewußtsein zugenommen, und so meine ich, bedarf der Arbeiter von heute nicht mehr der Bevormundung durch den Staat. Er ist herausgewachsen aus der Rolle, nur Objekt der Sozialpolitik

zu sein. Damit ergibt sich eine neue Aufgabenstellung für die Sozialpolitik. Sie hat heute dem Arbeitnehmer einen neuen Freiheitsraum für den Aufstieg aus persönlicher Tatkraft und Tüchtigkeit zu erschließen. Sozialpolitisch fortschrittlich handeln wir, wenn wir das System unserer sozialen Sicherheit krönen durch die Vermögensbildung der Arbeitnehmer.

Nun stellen ganz gewiß die sozialen Sicherungsansprüche des einzelnen auch Vermögen dar, aber das ist nicht das Vermögen, das zusätzliche Freiheit für die Arbeitnehmer bringt. Was wir wollen, ist Vermögen, das die persönliche Initiative und die Selbstverantwortung stärkt und dem einzelnen mit seiner Familie zusätzliche wirtschaftliche Sicherheit und Bewegungsfreiheit gibt. Nur solches Eigentum sichert den Menschen einen weiteren Bereich persönlicher Freiheit und menschlicher Würde und ist mithin eine der Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung. Daraus folgt: Eigentum für jeden – ich belone ausdrücklich: nicht Eigentum für alle, sondern Eigentum für jeden, damit hier nicht der verschwommene Gedanke vom Kollektiveigentum auftritt –, Eigentum in breiter Streuung ist die Forderung einer gerechten Sozialordnung. (Beifall.)

Wir wissen nun alle, daß die Vermögensbildung in den zurückliegenden Jahren von den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in unserem Lande bestimmt war. Die Sparfähigkeit weitester Kreise der Bevölkerung war gering, der Kapitalbedarf der Wirtschaft groß. Der Wiederaufbau wurde daher zunächst in erster Linie von den Unternehmen selbst finanziert, und die breiten Schichten der Bevölkerung waren an der bisherigen Vermögensbildung nur im begrenzten Umfang beteiligt. In den letzten Jahren haben wir nun eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, durch die die Vermögensbildung in breiten Schichten gefördert wurde.

Auch hierfür gibt es hochinteressante Feststellungen aus jüngster Zeit. So zeigt sich, daß das Sparkonto noch immer eine der populärsten Formen der Geldanlage ist. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß drei Viertel der privaten Sparkonten bei den Sparkassen Haushalten von Arbeitnehmern und von Rentnern gehören und daß sich auf ihnen zwei Drittel aller privaten Sparguthaben konzentrieren. Am erstaunlichsten ist dabei, daß die Rentner 16 % aller Konten und 21 % der bei den Sparkassen liegenden Spargelder haben. (Lebhafter Beifall.) Das zeigt, daß alles Unken am Anfang unserer Rentenreform unbegründet war und beweist auch, daß die Bundesregierung richtig gehandelt hat, wenn sie Jahr für Jahr seit Erlaß der Rentenreformgesetze die Rentner nicht enttäuscht, sondern die Anpassung der Renten jeweils an die wirtschaftliche Entwicklung vorgenommen hat. (Lebhafter Beifall.) Die Rentner haben einen volkswirtschaftlich sinnvollen Gebrauch von diesen Renten gemacht, und für die Christlich Demokratische Union bleibt die Verpflichtung, diese über 7½ Millionen alten Menschen auch in Zukunft nicht zu enttäuschen, sondern ihnen ihre Renten so zu gewähren, wie es die wirtschaftliche Entwicklung zuläßt. (Anhaltender Beifall.) Deshalb wehre ich mich gegen die Staatspension; ich will vielmehr, daß meine Freunde aus der Arbeitnehmerschaft am Ende ihres Berufslebens empfangen, was sie sich zuvor als Leistung an die gesamte Volkswirtschaft in ihrem Leben erworben haben. (Starker Beifall.)

Ich sagte, wir hätten eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die auch zu Ergebnissen geführt hätten; aber wir wollen auch nicht übersehen, daß es noch in einigen Schichten der Bevölkerung nicht so ist, wie wir es gerne hätten. Ich las heute in einer Zeitung, dieser Parteitag der CDU sei von einer Selbstgefälligkeit sondergleichen. Ich habe ja volles Verständnis dafür, daß die SPD, bei der es noch um die Zerreißprobe geht zwischen der Bourgeoisie -- um eine alte Vokabel zu gebrauchen --, die Herr Willy Brandt gewinnen möchte, und den wackeren Genossen in der Ballonmütze, die am 1. Mai wieder singen werden: Wacht auf, Verdammte dieser Erde!, ihre Schwierigkeiten hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe, wie gesagt, Verständnis für diese Schwierigkeiten. Wir haben es etwas einfacher. Wir konnten in diesen Tagen hier die große Geschlossenheit unserer Partei demonstrieren, aber von Selbstgefälligkeit ist keine Rede, und wir geben freimütig zu, wo es nach unserer Auffassung noch Dinge zu verbessern gibt. Ich bin der Meinung, daß es noch Teile der deutschen Bevölkerung gibt, deren Sparsfähigkeit nicht so groß ist, wie wir es gerne hätten. Darum sind bei aller Befürwortung des traditionellen Sparens auch Maßnahmen notwendig, die es den Arbeitnehmern ermöglichen, Eigentum oder -- genauer gesagt -- Vermögen zu erwerben und zu bilden. Ich scheue mich nicht, hier zu sagen, daß auch die industriellen Großvermögen in den letzten Jahren sich selten aus persönlichem Konsumverzicht gebildet haben. Wenn wir unser eigentumpolitisches Ziel ernst nehmen, müssen wir daher vermögenswirksame Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis fordern, die neben den Konsumlohn treuen und zu bilden. Deshalb habe ich das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer dem Deutschen Bundestag vorgelegt, und ich muß an dieser Stelle einmal sagen: Ich habe einmal mit einigen Freunden aus der Arbeiterschaft in entscheidenden Stunden zu Ludwig Erhard und seinem neuen wirtschaftspolitischen Willen gestanden, und ich habe mit großer Freude festgestellt, daß dann, als wir Arbeitnehmer den ersten Schritt zur Bildung von Vermögen in Arbeitnehmerhand tun wollten, Ludwig Erhard und auch Franz Eitel an meiner Seite gestanden und mir und meinen Freunden geholfen haben. (Lebhafter Beifall.)

Natürlich war es die erste Aufgabe nach dem ungeheuren Zusammenbruch, die Wirtschaft aufzubauen, sie wieder ertragsfähig zu machen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, auch wieder industrielles Vermögen zu bilden, die Unternehmen neu auszustatten, in riesigem Umfang zu investieren. Das alles wissen die Arbeitnehmer, aber sie wissen auch, daß die Christlich Demokratische Union den Arbeitnehmern für ihre Mitarbeit nicht einen Wechsel auf den St. Nimmerleinstag ausgestellt hat, sondern jetzt und heute im Begriffe ist, den zweiten entscheidenden Schritt zu tun, nämlich die Arbeitnehmerschaft in breitem Umfang an diesem großen Erfolg Anteil haben zu lassen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Wir sind uns darüber klar, denn wir sind Realpolitiker, daß das angestrebte Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, daß wir vielmehr Schritt für Schritt vorgehen müssen, um am Ende unsere gesellschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen. Sie bleibt ja immer die gleiche -- nämlich die volle Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft.

Eigentum – das gestehe ich für meine Freunde und mich – schafft nur dann einen neuen Freiheitsraum, wenn es von einer echten Eigentums-gesinnung getragen ist. Eigentum muß erworben werden, und auch Eigen-tum, das aus dem Arbeitsverhältnis, aus vermögenswirksamer Zuwend-ung des Arbeitgebers hervorgegangen ist, beruht auf der persönlichen Leistung des Arbeitnehmers. Letztlich bewährt sich das private Eigentum also erst, wenn der einzelne seine Tüchtigkeit einsetzt, um es zu erhalten und in der rechten Weise zu nutzen. Es genügt daher nicht, nur Mög-lichkeiten der Vermögensbildung zu schaffen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß das traditionelle Gefühl der Besitzlosigkeit schwindet und einem neuen Eigentumsbewußtsein Platz macht. Mit dieser eigentums-politischen Zielsetzung geht unsere Sozialpolitik über das rein Materielle weit hinaus. Sie will eine Veränderung des Lebensgefühls breiter Schich-ten. Sie will Mut und Selbstvertrauen geben, sich in einer Welt, in der nichts so beständig ist wie die Veränderung, dennoch aus eigener Kraft würdig zu behaupten.

Nun verdient noch eine andere Seite der gesellschaftlichen Entwicklung größere Beachtung als früher. Karl Marx war der Auffassung – und bei vielen Sozialdemokraten ist das heute noch nicht überwunden –, daß die Maschine alle höheren Qualifikationen der Arbeiter unnötig mache und diese zu einer einheitlichen Masse degradiere. Zu den erstaunlichsten Voraussagen dieses „Propheten“ gehört nämlich die darin liegende Be-hauptung, daß man im Laufe der technischen Entwicklung mit einem Heer von Deppen die Wirtschaft in Gang halten könne. Heute wissen wir, und erleben wir, daß nur eine stetig wachsende Zahl von Menschen mit sehr hohem Bildungsstand gerade in der Welt der industriellen und gewerblichen Arbeit für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine unabdingbare Voraussetzung ist.

Man darf formulieren: Die Gesellschaft muß Bildungsgesellschaft sein, wenn der soziale Fortschritt andauern soll. Sie kann ihre volle Leistung nur entfalten, wenn jeder eine Ausbildung erhält, die bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten führt. Es ist sicherlich schon vieles auf diesem Geb-iet geschehen. Wir geben jährlich über 500 Millionen DM als Ausbil-dungsbeihilfen nach verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen aus. Es ist nicht zuletzt durch diese Ausbildungsbeihilfen, auch durch das Hon-nefer Modell, erreicht worden, daß sich an den wissenschaftlichen Bil-dungsanstalten – Freund Stoltenberg hat neulich darauf hingewiesen – die Zahl der Studenten aus Arbeiterfamilien in den letzten zehn Jahren vervierfacht hat. Das ist sehr erfreulich. Aber wir haben heute mehr ins Auge zu fassen als die Förderung der Spitzenbegabung und ihre Hin-führung zur Hochschule. Was mir vorschwebt, ist allerdings nicht eine planende Verwaltung des Begabtenpotentials nach den Bedürfnissen der Gesamtheit, sondern eine berufliche Fortbildung für jedermann. Diese Aufgabe könnte gemeistert werden, wenn alle, die es angeht, mitwirken: die Sozialpartner, die Wirtschaft und die öffentliche Hand. Ich bin über-zeugt, daß wir einen ungeahnten Aufstiegswillen in weiten Kreisen un-serer Bevölkerung vorfinden. Dieses Streben, im erwählten Beruf vor-wärtszukommen und sich durch eigene Anstrengung im Betriebe empor-zuarbeiten, müssen wir mit allen Mitteln unterstützen. Gelegentlich hält

man mir vor, ich hätte keine Konzeption in der Sozialpolitik. Ich muß, meine Damen und Herren, freimütig zugeben, wenn diese Konzeption eine sozialistische sein soll, dann müßte ich allerdings zugeben, daß ich keine habe. Wenn ich aber feststelle, daß nach der Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 21. April der Bildungsbeauftragte, der Kulturbeflissene und Kulturförderer der SPD, Herr Waldemar von Knoeringen, jetzt bei einer Veranstaltung der SPD, zu der einige hundert Angestellte geladen waren, gefordert hat, gesetzliche Voraussetzungen für einen Bildungsurlaub zu schaffen, der unabhängig vom normalen Urlaub bewilligt werden soll, dann muß ich Herrn v. Knoeringen darauf hinweisen, daß der konzeptionslose Bundesarbeitsminister am 12. September 1959 einen Vortrag auf dem 6. Deutschen Technikertag der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Dortmund gehalten hat; und aus Seite 9 dieses gedruckten Vortrags geht hervor, wer der Vater des Gedankens des Bildungsurlaubes ist. Dennoch bin ich Herrn v. Knoeringen dankbar, daß er nun auch darauf gekommen ist. (Lebhafter Beifall.)

Herr v. Knoeringen hat weiter gesagt, daß man natürlich auch Bildungsinstitutionen schaffen müsse, die es zum Beispiel den Angestellten ermöglichen sollten, beruflich weiterzukommen. Ich weise in aller Bescheidenheit darauf hin, indem ich nur ein einziges solcher Institute ins Auge fasse, um Sie mit mehr Zahlen nicht zu behelligen, daß die Bundesregierung aus ihrem Spezialfonds, den sie auf mein Betreiben in den Haushalt des Bundesarbeitsministers eingestellt hat, in den Rechnungsjahren 1959 und 1960 einem einzigen solcher Bildungsinstitute von allerdings großem Erfolg für die Angestellten 698 000 DM Darlehen und eine Million DM Zuschüsse gewährt hat. Auch hier, Herr v. Knoeringen, kommen Sie zwar, aber Sie kommen leider zu spät. (Lebhafter Beifall.) Ich sehe in der beruflichen Förderung weiter Volkskreise vorrangig ein menschliches Problem unserer Sozialordnung.

Lassen Sie mich auch einmal etwas sagen, was in die Zuständigkeit meines Freundes Wuermeling fällt, lassen Sie mich ein Wort zur deutschen Jugend sagen. Manchmal werden Stimmen laut, die die deutsche Jugend etwas leichthin verurteilen. Es wird vieles beklagt; aber wir haben uns doch die Frage zu stellen, ob wir in unserem Wohlstand, den geschaffen zu haben wir stolz sind, ob wir denn unserer Jugend auch etwas abzufordern heute die Kraft und die sittliche Fähigkeit haben.

(Starker Beifall.)

Als ich einmal mit meinem Sohn und einigen seiner Alterskameraden diskutierte, hielten mir die jungen Männer entgegen, daß wir nicht den Mut hätten, etwas von dieser Jugend zu fordern. Nun glaube ich nicht, daß ich in der Lage bin, ein Patentrezept für alle Probleme der Jugend zu bieten. Aber es wäre ein Ansatzpunkt, wenn wir mit unseren Bestrebungen, die berufliche Förderung in weiteste Volkskreise zu tragen, die Jugend aufriefen, ihr ein Ziel vor Augen stellten und ihr etwas abverlangten; denn ich glaube, wenn man ihr etwas abverlangte, sie würde sich nicht nur rufen lassen, sie würde kommen und sie würde auch vieles leisten. (Starker Beifall.)

Mit der herkömmlichen Berufsausbildung allein ist es nicht getan. Ich bin der letzte, der etwa zum Beispiel die herkömmliche Berufsausbildung im Handwerk beim Handwerksmeister gering achtet, und ich weise gegenüber dem deutschen Handwerk darauf hin, daß ich mich immer leidenschaftlich dagegen gewehrt habe, im Lehrverhältnis nur ein arbeitsrechtliches Verhältnis zu sehen, (Lebhafter Beifall.) daß ich immer Wert darauf gelegt habe, daß das Lehrverhältnis ursprünglich und in seinem Ziel, auf das es angelegt ist, Ausbildungs- und Erziehungsverhältnis (Beifall.) und erst in zweiter Linie Arbeitsverhältnis ist.

Dennoch müssen wir anerkennen, daß es mit der herkömmlichen Berufsausbildung allein nicht getan ist. Ich könnte viele überzeugende Beispiele aus der Wirtschaft, aus dem Handwerk, aus Handel und Gewerbe bieten, daß die Sozialpartner und die Wirtschaft viele Einrichtungen für Zwecke der beruflichen Fortbildung geschaffen haben, die man ergänzen und weiter ausbauen sollte. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß hier auch eine zusätzliche staatliche Förderung am Platze ist. Und wir weichen damit kein Jota von unserer gesellschaftspolitischen Aufgabe und Zielsetzung ab. Denn wir halten nur daran fest, daß der Staat als die höchste, alle anderen integrierenden Gemeinschaften die Aufgaben anzufassen hat, zumindest unterstützend, die die anderen Gemeinschaften im vollen erforderlichen Umfange nicht mehr bewältigen können. Die Einrichtungen, die wir dazu schaffen müssen, sollten jedem offenstehen, der befähigt und gewillt ist, sich zusätzliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, und sie könnten auch dazu dienen, solchen Männern und Frauen zum Aufstieg im Beruf zu verhelfen, die, auf dem Lande oder in der Kleinstadt wohnend, in ihrer Jugend keinen Zugang zu geeigneten Ausbildungsstätten finden konnten, oder die wegen einer Spätentwicklung mit einer weniger qualifizierten Ausbildung vorliebnehmen mußten. Allen diesen bildungswilligen Arbeitnehmern muß der Weg in die mittlere oder höhere Führungsschicht der Betriebe freigemacht werden. Ich hatte mit voller Absicht den heute auch bei der Sozialdemokratie zweifelhaft gewordenen „Propheten“ Karl Marx zitiert, weil ja der Augenschein und die Entwicklung uns lehren, daß wir in Zukunft in der Welt, wenn wir mit an der Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stehen wollen, nicht bestehen können mit einem Riesenheer von Ungelernten, sondern daß wir unsere Aufgabe, die wir gegenüber den Völkern, die der Hilfe bedürfen, übernommen haben, nur erfüllen können, wenn es uns gelingt, die deutsche Arbeitnehmerschaft, insbesondere die in den Beruf hineinwachsende Jugend, mit der besten beruflichen und allgemeinbildenden Ausbildung zu versehen. Ich bleibe dabei, daß unser weiterer wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt weniger von der Kapitalseite als vielmehr davon abhängt, ob es uns gelingt, aus unserer großen Arbeitergesellschaft eine Bildungsgesellschaft zu machen, in der das Können und die sittliche Fundierung ganz vorn stehen. (Beifall.) Vor allem halte ich eine großangelegte Popularisierung des Gedankens der beruflichen Fortbildung für notwendig. Auch der Arbeiter soll wissen, daß es für ihn, ebenso wie für den Angestellten, Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs gibt.

Ich sehe hier eine ganz große sozialpolitische Aufgabe. Im Hinblick auf die Persönlichkeitsentfaltung ist sie durchaus der Eigentumsbildung gleichzusetzen. Wer sich einer solchen beruflichen Fortbildung zuwendet – und wir wollen ja, daß das möglichst viele Männer und Frauen tun –, der sieht in seinem Beruf nicht nur eine Quelle des Gelderwerbs. Und das verdient höchste Anerkennung. Es liegt bei uns, diese Haltung zu stärken, indem wir die Verwirklichung des Entschlusses zur beruflichen Fortbildung wirtschaftlich möglich machen. Wir müssen daher finanzielle Hilfen gewähren für Lehrgangskosten und den Lebensunterhalt sowohl des Lehrgangsteilnehmers wie der Personen, die von ihm unterhalten werden. Das heißt, daß ein Familienvater mit Kindern – auch das gehört zur Familienpolitik, die ja nicht nur aus Kindergeldgewährung bestehen kann – aus materiellen Gründen nicht gehindert sein sollte, noch einen weiteren beruflichen Fortschritt sich zu erringen, wenn er dazu nur geistig und sittlich befähigt ist. Das Materielle haben wir zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Wer willig und bereit ist zum beruflichen Aufstieg, den dürfen keine wirtschaftlichen Schranken davon zurückhalten. Ich bin überzeugt, daß diese Forderungen sowohl mit unserem Bekenntnis zur Selbstverantwortung der freien Persönlichkeit wie mit den Pflichten eines modernen Sozialstaates in Einklang stehen. Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, Eigentumsstreuung und berufliche Fortbildung sind einanderergänzende Bestandteile einer Sozialpolitik für freie Menschen in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die persönliche Tüchtigkeit soll jedem den Weg öffnen, den Platz in der Gesellschaft einzunehmen, der seinen Fähigkeiten entspricht.

Das ist der Weg, auf dem allein eine Sozialpolitik zu einer Ordnung der Gesellschaft aus einer rechten Vorstellung vom Menschen hinführt. Das, meine Damen und Herren, ist so kurz, wie man das in einem Vortrag mit beschränkter Redezeit sagen kann, die Konzeption des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, und ich bin gewiß, sie findet Ihren Beifall.

(Langanhaltender, starker Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Meine Freunde! Das Präsidium sieht sich zu der Feststellung veranlaßt, daß wir glücklich gewesen wären, wenn – freundlich ausgedrückt – die Hälfte derjenigen, die gestern nachmittag für den Beginn um 9.00 Uhr heute früh ihre Hand erhoben haben, auch tatsächlich heute morgen zum Beginn der Sitzung und des Referates unseres Freundes Theo Blank anwesend gewesen wären. (Lebhafter Beifall.)

Es scheint so, daß das tertiäre Konsumgut „Fußball“ doch seine Wirkungen bis in den Morgen hinein nicht hat unterdrücken können. Dafür hätte ich noch Verständnis gehabt, wenn der Parteitag in Hamburg stattgefunden hätte. Da aber noch nicht einmal ein Sieg errungen wurde – das darf ich als Hamburger sagen –, hätten wir alle Veranlassung gehabt, pünktlich hier zu sein, um uns mit der Politik zu beschäftigen.

Ich möchte namens des Präsidiums und für Sie alle den Dank aussprechen unserem Freunde Theo Blank für sein Referat, und zwar insbesondere deswegen, lieber Freund Theo Blank, weil wir uns erinnern, daß Sie einer unserer führenden Politiker sind, der immer einen großen Mut bewiesen hat nicht nur im Anpacken der Probleme, sondern auch in der Übernahme der Verantwortung, vor allen Dingen aber in der Entschlossenheit, die Forderungen unserer Partei in gesellschaftspolitischer und sozialer Hinsicht durchzusetzen. (Beifall.) Und das, meine Freunde, obwohl es keineswegs immer populär gewesen ist für Theo Blank, so zu streiten. Wir wünschen ihm und uns, daß er in Zukunft weiter immer ein streitbarer, mutiger, entschlossener Minister für Arbeit und Sozialordnung sein wird. (Beifall.)

Ich darf noch etwas anderes sagen. Theo Blank hat seine Zeit etwas überschritten. Er hätte das gar nicht nötig gehabt, denn er wird heute nachmittag noch einmal – wie ich annehme: vor vollem Hause – sprechen können. Ich darf dabei gleich darauf hinweisen, daß heute nachmittag in der feierlichen Schlußsitzung unser Parteifreund und stellvertretender Bundesvorsitzender und Wahlkampfleiter der Christlich Demokratischen Union, Kai-Uwe von Hassel, in einem großangelegten Referat zu uns sprechen wird; außerdem wird, wie gestern schon angekündigt, Herr Dr. Krone sprechen.

Wir sind jetzt in der Zeit etwas bedrängt. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Ich möchte die Damen und Herren, die sich für die Aussprache über das Referat Blank gemeldet haben, bitten, sich kurz zu fassen. Wer sich noch nicht zur Diskussion gemeldet hat, der möge das jetzt sofort tun, denn das Präsidium sieht sich nicht in der Lage, weitere Wortmeldungen nach Verstreichen von 3 Minuten entgegenzunehmen, weil wir anderenfalls in der Tagesordnung nicht richtig fort-schreiten können.

Ich rufe nunmehr als ersten Diskussionsredner unseren Freund, den Bundestagsobgeordneten Josef Arndgen.

Aussprache

Herr Arndgen, MdB:

Meine sehr verehrten Parteifreunde! Wegen der Kürze der Zeit, die den Diskussionsrednern zur Verfügung steht, möchte ich nur ganz kurz zwei Themen ansprechen, die augenblicklich im Bundestag beraten werden und an denen unser Freund Blank als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in einem gerüttelten Maß beteiligt ist.

Gestern ist im zuständigen Ausschuß des Bundestages die Einzelberatung des Gesetzentwurfes zur Förderung von Vermögen in Arbeitnehmerhand beendet worden; das hat zur Folge, daß das Gesetz in ganz kurzer Zeit im Bundestag endgültig beschlossen wird. Ich wäre dem Bundesparteitag dankbar, wenn er einen Appell an die Fraktion der CDU/CSU richtete, daß dieses Gesetz von der gesamten Bundestagsfraktion getragen werden möge. (Beifall.)

Seitdem Eigentum für jeden, wie der Herr Bundesarbeitsminister hier ausführte, ein wesentlicher Punkt des Programms unserer Partei ist, sind eine Reihe von Maßnahmen Gesetz geworden, durch die die Vermögensbildung in breiter Streuung gefördert worden ist. Ich erinnere — um nur einige zu nennen — an das Sparprämiengesetz und an alle die Privatisierungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren und Monaten durchgeführt worden sind. Die Erfolge dieser Maßnahmen hat Herr Minister Blank schon einmal dargelegt. Es sind dadurch Sparvermögen in großer Anzahl auch bei den Arbeitnehmern gebildet worden. Zum anderen ist der Aktienbesitz nicht mehr ein Privileg der oberen Zehntausend. Ich habe mir von dem Herrn Bundesschatzminister sagen lassen, daß wir vor der Privatisierung von Preußag rund 500 000 Aktionäre im Bundesgebiet hatten. Heute hat sich die Zahl vervierfacht; wir haben über 2 Millionen Aktienbesitzer. Das ist eine Entwicklung, die wir nur als erfreulich bezeichnen können, zumal wir damit rechnen können, daß über ein Drittel der Besitzer von Aktien der Preußag und des Volkswagenwerks den Schichten der sogenannten minderen Einkommen angehört.

In einer Diskussion, die ich in der vergangenen Woche in Bonn mitführen konnte, ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind, doch im wesentlichen nur diejenigen begünstigt haben, die irgendwie sparfähig waren. In der Diskussion wurde weiter darauf verwiesen, daß es trotz des Wirtschaftswunders in unserer Bundesrepublik noch weite Kreise gibt, bei denen diese Sparfähigkeit nicht vorhanden ist, obwohl sie den Willen zum Sparen haben; darunter befinden sich sehr viele Familienväter. Da, wo diese Sparfähigkeit fehlt, soll nun das Gesetz zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eine Lücke schließen. Der Weg, zu Vermögen zu kommen, soll jetzt nicht mehr an die Sparfähigkeit gebunden werden; vielmehr wird nun auch die Mitarbeit im Betrieb eine Rolle spielen. Das Gesetz zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand stellt also einen ganz gewaltigen Durchbruch zu Entwicklungen dar, die bedeutsam sein werden. Daher danken wir unserem Freund Blank für diesen Gesetzesentwurf, der in seinem Ministerium erarbeitet und von ihm als Bundesarbeitsminister eingebracht worden ist; dieser Gesetzesentwurf ermöglicht einen Durchbruch gesellschaftlicher Art. Ein Dankeswort möchte ich auch an unseren Freund Scheppmann richten, der der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit im Bundestag ist. Unter seinem Vorsitz wurde dort die Einzelberatung dieses Gesetzesentwurfes durchgeführt.

Ich möchte noch ein zweites Thema ansprechen, an dem unser Bundesarbeitsminister ebenfalls sehr stark beteiligt gewesen ist. Ich meine hier die Einbringung des Kindergeldgesetzes, in dem ein Kindergeld für das zweite Kind vorgesehen ist. Ich spreche dieses Gesetz deswegen an, weil es nicht von seiten der Opposition, sondern auch in anderen Kreisen gewissen Bedenken begegnet.

Wenn man von Familienpolitik spricht, sieht man oft allzu stark nur auf das Kindergeld. Man verweist dabei auf Systeme des Kindergeldes, die im Ausland vorhanden sind. Dabei wird aber vielfach vergessen und nicht gesehen, daß diese Systeme sehr unterschiedlich sind und daß

wir in der Bundesrepublik ein System der Familienpolitik haben, das sich von dem unserer Nachbarländer unterscheidet, bei dem aber den Familien Beträge zufließen, die doch ganz beträchtlich sind. Mein Freund, der Abgeordnete Winkelheide, konnte neulich im Bundestag unwidersprochen darlegen, daß durch die Einrichtungen des Systems unserer Familienpolitik den Familien jährlich rund 4 Milliarden DM zusätzlich zukommen. Ich denke hier an die Maßnahmen der gesamten Steuerpolitik, die familiengerecht ausgerichtet sind, und an alle Sozialeinrichtungen, die ebenfalls sehr stark familienpolitisch ausgestattet sind.

Ich will nur ein Beispiel nennen: Wir haben auch im Ausland keine Einrichtungen, die, wie unsere Krankenversicherung, familienpolitisch ausgerichtet ist. Obwohl wir in der Krankenversicherung nur 25 Millionen Beitragspflichtige kennen, haben wir hier, eben weil die gesamten Familienangehörigen angeschlossen sind, 42 Millionen Leistungsberechtigte. Ich glaube, dies beweist, daß unser ganzes System in einer Reihe von Gesetzen, wie wir sie kennen, doch sehr stark familienpolitisch ausgestattet ist. Und wenn nun zu diesen Einrichtungen, die wir besitzen, noch das Gesetz zur Leistung von Kindergeld an das zweite Kind hinzukommt, dann glaube ich, haben wir auch auf dem Gebiete der Familienpolitik Einrichtungen geschaffen, die im Blick auf die Nachbarländer als vorbildlich angesehen werden können. Weil ich die Dinge so sehe und im Hinblick auf diese Beispiele, bin ich der Meinung, und das möchte ich an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß das, was unser Freund Blank, der Minister für Arbeit und Sozialordnung, sagte, gilt und daß wir ihm dafür danken.

(Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Bevor ich den nächsten Diskussionsredner aufrufe, darf ich bitten, daß unsere Aussprachefreunde in der Aussprache nicht mit dem Satz beginnen, daß sie sich kurzfassen wollen, sondern daß sie sich kurz fassen. (Beifall.)

Ich rufe nun auf

Professor Dr. Burgbacher, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des Arbeitskreises Eigentum der CDU/CSU-Fraktion empfinde ich die Pflicht, etwas über dessen Arbeit hier auf dem Parteitag zu berichten. Dieser Diskussionsbeitrag hätte ebensogut gestern nach dem Referat unseres Freundes Erhard gehalten werden können, wie heute nach dem Referat unseres Freundes Blank. Warum? Weil wir der Meinung sind, daß Wirtschaftspolitik und Gesellschafts- bzw. Sozialpolitik nur Worte für eine Sache sind: weil wir der Meinung sind, daß wirtschaftspolitisch nur geschehen kann, was sozialpolitisch richtig, und daß sozialpolitisch nur geschehen kann, was wirtschaftspolitisch ebenso richtig ist. (Beifall.)

Wir sind der Auffassung, daß Eigentum nur aus dem freiwilligen persönlichen Entschluß des Bürgers erwachsen kann, wenn es seinen Wert für das Sicherheitsgefühl und das Selbstbewußtsein des Menschen haben soll. Dieser Entschluß ist, wirtschaftswissenschaftlich gesehen, stets ein

Entschluß des Konsumverzichtes. Eigentum kann nur werden, was nicht verbraucht wird. Das gilt in gleicher Weise für das, was der Unternehmer in seinem Unternehmen investiv beläßt, wie für das kleinste Sparbuch. Daraus ergibt sich, daß letztlich die Eigentumspolitik von der inneren Einstellung der Bürger eines Volkes abhängt und durch Gesetze nicht erzwungen, sondern nur angeregt und gefördert werden kann.

Daß dabei nicht nur die Frage der Sparwilligkeit, sondern auch die der Sparfähigkeit eine Rolle spielt, liegt auf der Hand. Es unterliegt auch wieder dem Entschluß der Einzelpersonlichkeit, wo die Sparfähigkeit beginnt. Die Einkommensgrenze, bei der die Sparfähigkeit beginnt, wird bestimmt von der Auffassung, was der Einkommensempfänger glaubt, für ein menschenwürdiges Dasein ausgeben zu müssen oder anders formuliert, worauf er im Interesse der Eigentumbildung im Konsum verzichten zu können glaubt.

Es ist eine Binsenwahrheit, auf die eben unser Freund Blank hingewiesen hat, daß das, was man für irgendwelche Sozialversicherungsbeiträge ausgibt oder ausgeben muß oder soll, natürlich nicht noch einmal gespart werden kann. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Altersvorsorgemaßnahmen, die eine Eigentumbildung mit dem Rechtsanspruch auf Altersvorsorge beinhalten, und den reinen Versicherungsmaßnahmen, wie etwa Unfall- und Krankenversicherung. Wir können aber nicht die Alternative aufstellen, entweder Altersvorsorgepolitik oder Eigentumspolitik, es muß beides zusammenkommen. Deshalb war es auch folgerichtig, zunächst die Altersvorsorge soweit wie möglich zu ordnen. Es ist nicht nötig, im Rahmen eines Diskussionsbeitrages auf den eigentlich notwendig erkennbaren Zusammenhang zwischen den Investitionen und dem Sparprozeß hinzuweisen. Es steht aber fest, daß die Eigentumbildung unserer Bürger nicht nur einen gesellschaftspolitischen Aspekt hat, sondern mit dem gleichen Gewicht einen wirtschaftspolitischen Aspekt, der, kurz gesagt, darin besteht: Je mehr Eigentum sich bildet, um so mehr Kapital steht für Investitionen zur Verfügung, und um so weniger ist die Wirtschaft auf den Weg der Selbstfinanzierung über die Preise angewiesen, so daß ein klarer Zusammenhang zwischen unserer Eigentumspolitik und der Stabilität der Währung und der Preise im positiven Sinne besteht. (Beifall.)

Erlauben Sie mir, Ihnen noch einige Zahlen zu nennen. Was wurde bisher erreicht?

1. Durch die verschiedenen Steuerreformen sind 11 Millionen Berufstätige in der Bundesrepublik, das sind 50 v. H., von jeder direkten Steuer freigestellt worden, und es ist klar erkennbar, daß seitdem die Kurve der Eigentumbildung in Personenhand steigt.
2. Auf 30 Millionen Sparbüchern sind 50 Milliarden DM Spareinlagen.
3. In 3 Millionen Bausparverträgen sind 10 Milliarden DM eingezahlt mit einer Bausparsumme von 50 Milliarden DM.
4. Im Investmentsparen wurden auf 26 Millionen Stück 3½ Milliarden D-Mark eingezahlt.

5. In der Lebensversicherung sind bei 40 Millionen Verträgen 15 Milliarden DM eingezahlt mit einer Lebensversicherungssumme von 50 Milliarden DM.
6. Es bestehen 1,4 Millionen Eigenheime in der Bundesrepublik mit einem eingezahlten Eigenkapital von rund 20 Milliarden DM. Das sind 10 % der Haushalte der Bundesrepublik.
7. Von der Preußag-Privatisierung befinden sich ungefähr 85 % der Aktien auch heute noch trotz Kurssteigerung in der Hand des ersten, sozialbegünstigten Zeichners, und von den VW-Aktien ist der Abgang sehr gering. Einige Kreise haben sich über die Frage des Kurses erregt und zum Ausdruck gebracht, daß hier etwas verschenkt worden sei, oder daß hier ein Spekulationsgewinn möglich ist. Zunächst einmal möchte ich mir die Bemerkung erlauben – ich kann sie nicht unterdrücken –, daß es sich sehr oft um die Kreise handelt, die in den letzten Jahren an der Börse Milliarden DM verdient haben.

(Der Redner wird durch das Erscheinen des Herrn Bundeskanzlers unterbrochen, der von der Plenarsitzung mit anhaltendem Beifall empfangen wird.)

Präsident Blumenfeld:

Darf ich den Redner bitten, nun fortzufahren.

Professor Dr. Burgbacher, MdB (fortfahrend):

Die VW-Privatisierung haben wir selbstverständlich nicht gemacht, um damit der Spekulation den Weg freizumachen. Deshalb stellen wir auch mit Befriedigung fest, daß die Erstzeichner offensichtlich entschlossen sind, die Papiere zu behalten. Das unterscheidet unsere Eigentumspolitik von der der FDP und SPD. Die FDP wünscht eine Eigentumspolitik, die mehr oder weniger der Eigentumsbildung des klassischen Liberalismus entspricht. Die SPD aber hat die schwersten Bedenken dagegen, daß wir die Förderungsmaßnahmen steuerlicher, finanzpolitischer, prämiemäßiger Art, die wir in den letzten zehn Jahren mit hervorragendem Erfolg und vollem Recht zum Aufbau der Wirtschaft zur Herbeiführung der Vollbeschäftigung durchgeführt haben, nunmehr auch als Anregungs- und Förderungsmaßnahmen für die Eigentumsbildung in Personenhand einsetzen und auch fortführen.

Wir aber sind der Meinung, daß das, was nun im ersten Abschnitt unserer Aufbaupolitik für den Aufbau der Wirtschaft und für die Herbeiführung der Vollbeschäftigung berechtigt war, uns nun auch verpflichtet, in der zweiten Etappe der Eigentumsbildung in Personenhand die gleichen Mittel und Förderungsmaßnahmen einzusetzen, da uns die Eigentumsbildung kein geringerwertiges Anliegen ist als der Aufbau der Wirtschaft. (Beifall.)

Die SPD dagegen hat – wie das nun ihr neuer Stil bedeutet – sich auch zu dem Begriff des Eigentums als abstraktem Begriff durchgerungen. Die Eigentumspläne der SPD sind – wie alles, was sie jetzt sagt – ein ungenießbarer Cocktail zwischen saurem Essig – das ist der SPD-Plan – und einem guten Rheinwein – das sind unsere Vorstellungen –, und der ist bekanntlich ungenießbar. (Beifall.) Der saure Essig ist das kollektive

Denken. Es soll eine Art Abgabe aller in einen Topf für alle gegeben werden, dazu bekommt jeder ein Papierchen, auf dem steht, daß er Eigentümer von etwas ist, das er nicht kennt: er ist Eigentümer am Volkvermögen. Wir dagegen sagen: Es gibt nur das Eigentum in Personenhand, das der einzelne Bürger sich selbst aussucht und das personen- und sachbezogen und nicht kollektiv ist. (Beifall.)

Wir wollen dem einzelnen Bürger das Nachdenken und den eigenen Entschluß über die Form des Eigentums nicht ersparen. Wir wollen ganz im Gegenteil, daß er diese Verantwortung seiner Entscheidung hat, daß er weiß, daß jeder Chance im Eigentum ein Risiko entspricht. Es entbehrt nicht der Tragikomik, als bei der Debatte im Bundestag über die Volkswagenprivatisierung die SPD bittere Tränen darüber weinte, daß wir nun dem kleinen Mann das unabsehbare Risiko einer Aktie zumuten. Welch eine Wendung durch Gottes Fügung! Fünfzig Jahre lang war die Aktie in der Sprache der Sozialdemokratie das Symbol des Ausbeuterpapiers, das Symbol der arbeitslosen Rente, das Symbol des Couponschneidens, war das Symbol des satten, faulen Bürgers. Jetzt auf einmal ist dieses Symbol zu einem riesenhaften Papier geworden. Und warum? Nun, weil die SPD sehr wohl begreift, daß die Menschen in dem Maße, in dem sie Eigentum erwerben – wenn sie es nicht schon vorher getan haben –, endgültig von allen politischen Experimenten abweichen und von allen kollektiven Eigentumsbegriffen Abschied nehmen, weil sie wissen, daß sie etwas zu verteidigen haben, weil sie etwas besitzen. (Beifall.)

Die Stellungnahme des DGB zum Begriff des Eigentums ist mir noch nicht restlos klar. Man kann es so oder anders lesen. Trotzdem möchten wir mit einer starken Befriedigung feststellen, daß auch der DGB bei der Volkswagenaktienzeichnung die guten Dienste der ihm nahestehenden Bank für Gemeinwirtschaft für Aktionäre des Volkswagenwerkes schriftlich angeboten hat.

Wir haben noch viel vor: Die Aufstockung bei der Preußag, weitere Privatisierungen von Bundesunternehmen, Gesetz zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Wir hoffen, daß auch die private Wirtschaft das System der sogenannten Volksaktie einführt.

Die Glocke des Präsidenten mahnt, daher komme ich zum Schluß. Zu der natürlichen Arbeitsleistung unseres fleißigen Volkes und seiner Bürger gehört für die nächste Zeit genauso natürlich die zweite Leistung für sich selbst und sein Volk: die Eigentumsbildung, die kein Wunder über Nacht, sondern ein organischer, lange Zeit währender Prozeß ist. Ich danke Ihnen.

(Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Ich möchte die folgenden Diskussionsredner darauf aufmerksam machen, daß der Präsident die Glocke nunmehr etwas rigoroser nach fünf Minuten wird handhaben müssen. Ich möchte damit die folgenden Damen und Herren bitten, sich an fünf Minuten zu halten, da wir sonst nicht in der Tagesordnung fortfahren und sie zeitgemäß zu Ende bringen können.

Bevor ich nun unserem Freund, Herrn Kühn, das Wort gebe, möchte ich dem Parteitag mitteilen, daß wir Gäste aus Japan hier bei uns begrüßen können, (Beifall.) und zwar handelt es sich um eine Delegation aus Tokio aus dem Landwirtschaftsministerium unter Führung von Minister a. D. Kono und einer Reihe von Parlamentariern, (Beifall.) die hier zu Verhandlungen mit Minister Schwarz und unserem Ministerium nach Bonn gekommen sind und eine Unterbrechung ihrer Verhandlungen zu einem Besuch unseres Parteitages benutzt haben. Wir heißen Sie, meine Herren aus Japan, sehr herzlich willkommen und freuen uns, daß Sie zu uns gekommen sind. Wir hoffen, daß Sie recht lange an unseren Verhandlungen heute früh über Sozialpolitik und Eigentumbildung teilnehmen können. (Beifall.)

Das Wort hat

Herr Kühn:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einmal mehr hat der Herr Bundesarbeitsminister heute morgen uns die große Entscheidung, vor der wir gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch stehen und in der wir eigentlich seit Jahren begriffen sind, vorgestellt, die Entscheidung, die für uns eine der wichtigsten Entscheidungen überhaupt ist, die Entscheidung, ob wir dem Menschenbild folgen wollen, das wir als Richtschnur für alle unsere politische Arbeit gestellt haben, das Bild des verantwortlichen, des personal zu gestaltenden Menschen und seiner Lebensführung, oder ob wir uns dazu verleiten lassen wollen, immer mehr in ein Denken kollektiver Sicherungen abgleiten zu wollen. Ich glaube, es ist deswegen so wichtig, diese Entscheidung immer neu herauszustellen, weil etwas, was in einer jahrzehntelangen Gewöhnung sich in die Vorstellungswelt der Bürger eingestriet hat, nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: „Es braucht fünfzig Jahre, um falsche Vorstellungen wieder zu beseitigen.“ Nun, wenn ich mich an das erinnere, was wir bei der Diskussion einer Reihe von sozialpolitischen Gesetzen auch in den vergangenen Jahren erlebt haben, dann muß ich das bis in unsere eigenen Reihen hinein ebenfalls als richtig anerkennen. Ich glaube, wir haben die Verpflichtung, uns einmal sehr deutlich klarzumachen, daß es bei diesen Fragen primär nicht um materielle Fragen, sondern um Fragen einer geistigen Auseinandersetzung geht und daß wir diese geistige Auseinandersetzung auch da, wo es uns zunächst schwerfallen mag, völlig klar ziehen, weil wir nur so zu einer wirklichen neugestalteten und richtig gestalteten Sozialpolitik kommen. Hier liegt für uns alle und nicht nur für die Parlamentarier, eine ausgesprochene Verpflichtung. Denn es ist ja unsere Verantwortung, dieses neue Denken, dieses Leitbild in die Bevölkerung hineinzutragen und dort lebendig zu machen. Wir sind zugleich die Bürger und die Mitglieder in den verschiedenen Organisationen und Verbänden, von denen aus vielfach heute noch der Gegensatz zu unserer Auffassung im sozialpolitischen Raum getragen und getrieben wird.

Lassen Sie mich kurz zu der Stellung der Verbände in dieser unserer Gesellschaft ein Wort sagen: Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie sich diese Verbände verhalten, ob sie sich etwa schon als Selbstzweck betrachten oder ob sie wirklich als echte – und das ist ihre legitime Aufgabe – Interessen-

vertreter ihrer Mitglieder auftreten. Wenn sie das tun und wenn sie dabei das Maß ihrer Forderungen nach dem Maß des allgemeinen Erfordernisses richten, dann ist ihre Aufgabe richtig gesehen, und dann haben sie ihre Berechtigung. Wenn sie aber etwa dazu übergehen – und das geschieht ja nun in sehr einfältiger Weise –, ihre Interessen allein gültig darzustellen und allein zu fordern, dann ist es unsere Verpflichtung, ihnen die Grenze klarzumachen, die sie auch haben, weil sie sonst wieder in der Gefahr stehen, das zu tun, zu dessen Beseitigung sie ursprünglich einmal vorgegeben haben, anzutreten, nämlich, die Person und ihre Freiheit zu vergewaltigen.

Es scheint mir höchst bedenklich, wenn es heute Organisationen gibt, die sich sehr eindeutig und aus einem sehr kurzschlüssigen Denken damit befassen und sich damit abgeben, uns nur einige wenige Grundvorstellungen immer wieder vorzuhalten. Das ist sehr primitiv. Dabei wird oft auf Leitbilder abgestellt, die aus bestimmten nordischen Staaten gewonnen werden. Es wird uns oft vorgeworfen – und es wird vor allem dem Herrn Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung, Theodor Blank, vorgeworfen –, unsere Sozialpolitik ziele darauf ab, erworbene Rechte abzubauen. Nein, meine Damen und Herren, diese Sozialpolitik zielt darauf ab, die erworbenen Rechte zu sichern, denn dort, wo etwa die Entwicklung über das Maß hinausginge, muß man um der Sicherung willen auch in das Versicherungswesen – sehen Sie sich bitte einmal in den Ländern um, wo das der Fall ist; da werden Sie die Beweise haben – wieder Fürsorgedanken einbauen, etwas, was wir glaubten, längst überwunden zu haben. Ich glaube also – und nur das will ich mit dieser Bemerkung sagen –, daß wir, wenn wir in der geistigen Auseinandersetzung so hart und so entschieden sein müssen, wenn wir hier viel lebendiger werden müssen, wenn wir hier nicht in der Defensive verbleiben dürfen, sondern zum Angriff übergehen müssen, damit zugleich auch sehr konkrete materielle Forderungen unserer Arbeitnehmerschaft entscheiden.

Ich bin daher der Auffassung, daß wir hier nach keiner Seite hin irgendwelche Vorwürfe erheben sollten. Wir sollten uns vielmehr selbst berufen fühlen, dazu beizutragen, neues Verständnis zu wecken, neues Verständnis für die notwendigen Maßnahmen nach unserem Menschenbild in die Reihen unserer Bürger hineinzutragen und damit den wichtigsten Beitrag dafür zu leisten, daß wir wirklich einmal zu einer echten gesellschaftspolitischen und sozialpolitischen Ordnung kommen, die unserer Vorstellung entspricht.

(Langanhaltender Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Ich danke sehr, Herr Kühn. Als nächsten Redner rufe ich unseren Freund, Herrn Stoltenberg, Landesverband Schleswig-Holstein, anschließend unseren Freund, Herrn Häußler, aus Nordwürttemberg.

Herr Dr. Stoltenberg, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Referat des Herrn Bundesarbeitsministers ist die Frage der Nachwuchsförderung und der Leistungssteigerung in kurzen, aber sehr prägnanten Formulierungen

behandelt worden. Die Diskussion über dieses Thema rückt deutlich mehr und mehr in den Vordergrund der innenpolitischen Debatten überhaupt. Ich glaube, dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe: Der eine Grund ist die sachliche Notwendigkeit, die Regelungen der Nachkriegszeit, die von den Kriegsfolgen in den verschiedensten Bereichen unseres Lebens, in den verschiedensten Gruppen unseres Volkes ausgingen, allmählich zu überprüfen und durch allgemeine Maßnahmen abzulösen oder zu ergänzen.

Der zweite Grund – er ist im Wahljahr 1961 ein sehr aktueller Grund – ist das schon länger erkennbare propagandistische Bemühen der Sozialdemokratie, die junge Generation zu gewinnen, gerade ihr gegenüber als moderne Partei zu erscheinen, die der Jugend in Politik und Gesellschaft bessere Chancen bietet.

Beide Ursachen, beide Motive machen es notwendig, daß wir uns mit dieser Frage ernsthaft auseinandersetzen. Es wird von der Opposition auch hier wie auf vielen anderen Gebieten der Vorwurf erhoben, die Regierung und die Mehrheitspartei hätten versagt. Es wird von angeblich großen unausgeschöpften Begabungsreserven gesprochen. Es wird davon geredet, daß es die soziale Not vielen unmöglich mache, einen ihren Fähigkeiten und Chancen entsprechenden Berufsweg einzuschlagen.

Nun, hier in diesem Bereich ist, glaube ich, im Gegensatz zur Außenpolitik eine Bestandsaufnahme am Anfang einer solchen Diskussion notwendig, das heißt eine Bilanz des Geleisteten. Sie ist nützlich, und sie ist eindrucksvoll.

Heute werden in der Bundesrepublik allein aus Mitteln des Bundes fast 350 000 junge Menschen mit mehr als 320 Millionen DM im Jahr individuell in ihrer Ausbildung gefördert.

Dazu kommen in der bundesstaatlichen Ordnung – ist die Kompetenz auch hier nicht einheitlich – beträchtliche Leistungen der Länder und der Kommunen, vor allem aber der Wirtschaft selbst und der verschiedenen Organisationen der Gesellschaft.

Diese Leistungen der Bundesrepublik – das müssen wir sehr deutlich gegenüber der sozialistischen Kritik betonen – können sich voll und ganz schon heute neben dem behaupten, was andere, auch sozialdemokratisch regierte Länder der freien Welt tun. Wodurch aber – und das ist die Grundsatzfrage – unterscheiden wir uns von der Sozialdemokratie in dieser Debatte? – Ich glaube, das kann man kurz am besten anhand eines Zitates von Prof. Carlo Schmid verdeutlichen. Er hat vor etwa einem Jahr im Bundestag gesagt, es gehe darum, durch staatliche Maßnahmen den jungen Menschen von jeder Abhängigkeit freizumachen, auch von der Abhängigkeit durch den Geldbeutel seines Vaters.

Nun, ich möchte sehr deutlich sagen, auch wenn manchem Studenten im vierten oder sechsten Semester diese Äußerung sympathisch sein mag: Hier denken wir völlig anders. Wir gehen auch hier, auf diesem Gebiet, von dem Gedanken der Eigenverantwortung der Familie und des einzelnen aus und wollen die Hilfe des Staates da, wo sie notwendig ist. (Beifall.)

Entscheidend scheint mir zu sein: Wir müssen zu einer gleichwertigen Forderung kommen, die für die verschiedenen Ausbildungs- und Berufswege gleiche Chancen bietet. Wenn wir die Diskussion der letzten Jahre betrachten, ist es aus verschiedenen Gründen verständlich, daß die Förderung der akademischen Berufe zunächst im Vordergrund der Debatten stand. Wir haben gerade hier in den letzten Monaten erneut die Initiative im Bundestag ergriffen und geeignete Maßnahmen beschlossen, um einmal die Hilfen zu verbessern, aber zugleich auch deutlich allen versorgungsstaatlichen Tendenzen zu begegnen. Unser Appell muß jetzt den Ländern gelten, an den höheren Fachschulen, an den Fachschulen, den Berufsfachschulen für eine wirklich gleichwertige qualifizierte Hilfe zu sorgen. Wir dürfen nicht durch eine unterschiedliche Forderung im Bereich der Universitäten etwa und der Fachschulen einen ohnehin problematischen Drang zur Akademisierung noch weiter verstärken. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich aber stehen wir im Verlauf der nächsten Jahre doch vor einer Neuordnung der Förderung in den gewerblichen Berufen durch Arbeitsverwaltung und Sozialhilfe nach modernen zeitgerechten Gesichtspunkten. Ich glaube, wir können diese Debatte am besten von einer sehr deutlichen Grundsatzposition aus bestehen. Wir müssen immer wieder betonen, daß die eigentlichen Chancen für den Nachwuchs bei uns in einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen. Was nützen alle staatlichen Maßnahmen – und seien sie noch so perfektionistisch –, wenn die Wirtschaft und die Gesellschaft selbst durch eine falsche Politik dem jungen Menschen keine Chancen bietet. Ich glaube, daß diese Politik der letzten zehn Jahre, die uns eine gesicherte Hochkonjunktur und Wohlstand in allen Schichten gebracht hat, heute, wie uns unser Arbeitsmarkt manchmal schon in sehr bedrohlichen Erscheinungen zeigt, dem jungen Menschen in Beruf und Ausbildung Möglichkeiten bietet, wie sie keine Generation zuvor in unserem Volke jemals gekannt hat. Das ist aber die Leistung der Christlich Demokratischen Union: das Fundament für eine sorgfältig abgewogene Ordnung in den verschiedenen Bereichen des Ausbildungswesens, ein Fundament, von dem aus, wie ich glaube, wir jede sachliche Auseinandersetzung mit der SPD bestehen können.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Ich danke Herrn Dr. Stoltonberg.

Als nächster Redner spricht zu uns

Herr Häußler, MdB (L. V. Nord-Württemberg):

Liebe Parteifreunde! Ich bin mir klar darüber, daß jede wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption vom arbeitenden Menschen selbst bejaht werden muß. Er wird aber nur dazu willens und fähig sein können, wenn der Gesetzgeber und die politischen Willensträger bis jetzt verschlossene Türen öffnen und der Arbeitnehmer aus der Rolle des negativ zu vielen Vorgängen in der Wirtschaft Eingestellten herausgerissen werden kann. Deshalb, glaube ich, muß auch dieser Parteitag

die Forderung nach weiteren strukturfördernden Maßnahmen für die Arbeitnehmerschaft erheben. Wir gehen dabei davon aus, daß es zwei Kennzeichen sind, die den Status des Arbeitnehmers immer noch markieren. Das ist erstens einmal die abhängige, nach fremder Weisung geleistete Arbeit und zum zweiten die Tatsache, daß das Kapital für seinen Arbeitsplatz von anderen bereitgestellt wird. Das erste Kennzeichen wird bleiben, da die Industriegesellschaft arbeitsteilig ist und das Zeitalter der Automation selbständige Existenzen nur in einem beschränkten Umfange zuläßt.

Das zweite Kennzeichen der Arbeitnehmereigenschaft kann weithin durch die Mitträgerschaft der Arbeitnehmer abgelöst werden, vor allem auch in einem Zeitalter, in dem der Kapitalbedarf der Wirtschaft erheblich ansteigt. Dies macht es klar, daß das Gesamteinkommen des Arbeitnehmers sich künftig zusammensetzen soll, einmal aus seinem Arbeitslohn und zum anderen aber auch aus dem Ertrag des von ihm in der Wirtschaft investierten Kapitals. Unter dem Schlagwort Eigentumsbildung haben wir dies herausgestellt. So steht auch diesem Parteitag als Ideal der kleine Mann als Besitzer einer gewissen Kapitaleinheit und einer eigenen Wohnung vor Augen. Keiner soll in der Bundesrepublik ungewollt Mietling bleiben.

Zum Erreichen dieses Zieles, glaube ich, müssen alle Partner zusammenarbeiten: Der Arbeitnehmer selbst, die Wirtschaft, der Staat und die Wissenschaft. Wir gehen davon aus, daß die Eigenleistung des Arbeitnehmers auf alle Fälle die Voraussetzung bildet, damit überhaupt ein Eigentumsbewußtsein ermöglicht wird. Aber ich möchte mit aller Deutlichkeit betonen und sagen, Eigenleistung dürfen wir nicht in engem Sinne als bloße Sparleistung auslegen, sondern ich möchte den erweiterten Begriff der Lebensleistung prägen. Zu dieser gehört der Familienstand, die Einkommenshöhe, und gehört das Lebensalter und auch die Betriebstreue. Das sind zusätzliche und reale Faktoren, die ich als Lebensleistung bezeichnen möchte. Hier bleiben als Möglichkeiten der Kapitalansammlung der Investivlohn, die investive Lohnverwendung, allgemeine Sparleistungen und die vermögenswirksame Ergebnisbeteiligung. Ich stelle dazu die Frage, die vielleicht etwas kühn klingen mag, ob es nicht vernünftiger wäre, die Arbeitslosenversicherungsbeträge steuerbegünstigt umzuschreiben auf das persönliche Konto des Arbeitnehmers, anstatt die Beiträge ganz auszusetzen.

Dann die Leistung der Wirtschaft: Diese soll betrieblich und außerbetrieblich vorstehende Leistungen guthießen und mit ermöglichen. Ich glaube, daß gemeinsam die Möglichkeit ergriffen werden soll, durch Bejahen und Anwenden des Investivlohnplanes die Entwicklung der Lohn- und Preisspirale zu hemmen.

Das gleiche gilt auch für die Leistung des Staates. Die Mitwirkung des Staates wird sowohl durch die künftige Gesetzgebung als auch durch Förderungsmaßnahmen geschehen. Letztere fließen aus dem Haushalt und aus der Vermögenssubstanz des Bundes. Ich sehe es als notwendig an, ein Gesamtprivatisierungsgesetz zu entwerfen. Ferner sind notwendige Rahmenbestimmungen zu treffen über die bargeldlose monatliche

Lohnzahlung und über den Investivlohn, ohne einen Zwang herbeizuführen. Dazu tritt die Leistung der Wissenschaft, von der wir wünschen, daß sie künftig in verstärktem Maße solche politischen Maßnahmen vorbereitet und unterbaut.

Die rote Lampe zeigt leider den Schluß meiner Redezeit an, so daß ich zusammenfassen muß. So wie wir im Zeitalter der ersten Sozialepoche die Reichsversicherungsordnung hatten, so sollte im Zeitalter der zweiten Sozialepoche ein Dreipunkteprogramm für den Arbeitnehmer herausgestellt werden.

1. Die Kapitalgüterausrüstung der Wirtschaft muß auf möglichst viele Schultern verlagert werden.
2. Die Mitverantwortung auf persönlicher, nicht kollektiver Grundlage im Bereich der Volkswirtschaft ist sinn- und zweckentsprechend auszubauen. Hierbei kommt eine Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes in Frage. Die Probleme um die Arbeiterkammern sind zu überprüfen und das Gesellschaftsrecht an die moderne Zeit anzupassen.
3. Ist das heute vom Bundesarbeitsminister genannte Berufs- und Bildungsförderungswerk raschestens in die Wege zu leiten.

(Glockenzeichen.)

Über das technische Berufsförderungs-Programm hinaus muß auch eine geistige Weiterbildung des Arbeitnehmers ermöglicht werden. Beide müßten zusammenwirken, die berufliche, aber auch die geistige Weiterbildung, damit die Berufsqualifikation verbunden werden kann mit einer Allgemeinbildung höherer Stufe. Nur so kann unsere Wirtschaft maximale Ertragskraft entfalten und zugleich den arbeitenden Menschen Freiheit und Lebenskultur erhalten. Erst dann haben wir die Kennzeichen der zweiten Sozialepoche erfüllt, daß der Arbeitnehmer zwar nicht arbeitsmäßig, aber wirtschaftlich und menschlich unabhängig wirken kann und der Klassenkampfgedanke ersetzt wird durch eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, die den Arbeitnehmer als handelnden Partner mit einschließt.

Ich danke Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Meine Freunde! Wir gehen nun in den Süden unseres Vaterlandes, nach Südbaden. Ich rufe

Frau Dr. Bleyler, MdB:

Darf ich wenigstens in Kürze und schlagwortartig die Ausbildung zu den sozialen Berufen ansprechen, zu dem Wirken von Mensch zu Mensch, zu den Berufen, von deren Bedeutung, Wichtigkeit und Notwendigkeit wir alle wissen, Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen.

Reichsminister a. D.
von Keudell.



Ernst Lücke,
der Bundesminister
für Wohnungsbau.





Bundesminister a. D. Kraft,
MdB.



Hans Krüger, MdB,
Präsident des Bundes
der Vertriebenen.

Sie wissen, daß das schwierigste Problem in der Hinführung zu diesen Berufen darin besteht, daß eine zeitliche Lücke klappt zwischen Schulentlassung und der eigentlichen Berufsausbildung, die im allgemeinen erst mit 17, 18 Jahren oder noch später beginnt. Diese Lücke zu füllen, darauf kommt es an; denn die Berufswünsche unserer Schulentlassenen tendieren schon ganz stark nach den sozialen Berufen, aber sie fallen oft ins Leere. Es sind viele ausgezeichnete Ansätze da zur Überbrückung dieser Zwischenzeit; die behördlich geschützten Pflegevorschulen, wie hier in NRW, oder die Grundausbildungslehrgänge, wie sie vor allem Bayern eingerichtet hat, auch die häusliche Lehre – aber das reicht nicht aus. Nicht überall sind die Möglichkeiten dazu eingerichtet oder die Mittel ausreichend vorhanden. Meist ist eine Internatsunterbringung dazu nötig, die Geld kostet. Sie soll ja auch der Volksschülerin eine vertiefte und erweiterte Ausbildungsgrundlage für die Fachausbildung vermitteln. Hier soll geholfen werden durch ideelle und praktische Förderung und finanzielle Mittel.

Diese vorbereitende Ausbildung gibt zunächst noch keine Berechtigung, ist noch keine ordnungsgemäße Berufsausbildung und findet daher u. U. keine ausreichende Berücksichtigung bei Steuer und Kindergeld. Auch das müßte aufgeklärt werden.

Wir bedauern, daß die Arbeitszeitbestimmungen des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes diesen Aufgaben, die unsere Heime an der weiblichen Jugend übernehmen, in keiner Weise gerecht werden. Unsere karitativen Heime sind in großer Sorge und betrachten es als eine große Erschwerung, daß bei ihnen eine andere Arbeitszeit gelten soll als bei praktischer Ausbildung im Familienhaushalt (nur 40 Stunden in der Woche für unter 16 J.) Auch hier muß eine Änderung angestrebt werden. Wir wollen auch an die „Umsteiger“ denken, die in späteren Jahren aus innerer Haltung heraus aus ihrem bisherigen Beruf sich umstellen wollen auf einen sozialen Beruf. Meist sind es besonders wertvolle Kräfte, die unter Verzicht auf ihr bisheriges Einkommen nun auch noch die Ausbildungskosten tragen sollen. Auch hier hoffen wir eine bessere Möglichkeit der Förderung zu finden.

Es wäre auch zu überlegen, ob es nicht neben der Begünstigung des Heiratssparens auch eine solche des Ausbildungssparens geben sollte. Herr Minister B l a n k hat zu meiner großen Freude dieses Gemeinschaftswerk angesprochen, ein „Gemeinschaftswerk für die Unterstützung des beruflichen Aufstiegs und die Förderung der Begabung und Tüchtigkeit in breiten Kreisen des Volkes.“

Wir hoffen, daß in diesem Gemeinschaftswerk nicht nur die sozialen Berufe im engeren Sinne, sondern darüber hinaus auch die soziale Ausbildung im weitesten Sinne des Wortes eine Förderung finden wird. Wir hoffen, daß dadurch viele Frauen und Mädchen zur sozialen Tat angeregt werden, daß ihre Fähigkeit des Umhens und des Umsorgens des Mitmenschen entwickelt und weitergebildet wird, so wie wir es in beiden Kirchen schon als erfolgversprechende Anfänge haben im Diakonischen Jahr, in den sozialen Gemeinschaftswerken, im Jahr für die Kirche und ähnlichen Einrichtungen.

Der Idealismus und die Bereitschaft der Jugend sind vorhanden. Helfen wir alle mit, sie zu nutzen zu einer guten sozialen Ausbildung unserer Jugend zum Segen des ganzen Volkes.

(Beifall)

Präsident Blumenfeld:

Das Wort hat unser Freund

Herr Orgass, Hamburg:

Herr Präsident! Meine verehrten Parteifreunde! Mit Genugtuung und Stolz haben wir aus der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft den Dank erfahren auf diesem Parteitag, der insbesondere durch den Herrn Bundeswirtschaftsminister Erhard, vor allem aber auch durch unseren Freund, Bundesarbeitsminister Theo Blank, ausgesprochen wurde, und zwar im Anschluß an das, was der Herr Bundeskanzler auf der neunten Bundestagung der Sozialausschüsse in Königswinter der Arbeitnehmerschaft gesagt hat. Wir spüren und empfinden, daß dieses mehr ist als eine Höflichkeitsfloskel.

Wir sind stolz darauf. Ich möchte es deshalb nicht versäumen als Arbeiter, auch den Dank abzustatten. Wir stehen als christlich-demokratische Arbeitnehmer bewußt in der CDU. Wir wissen auch, daß wir als Arbeitnehmerschaft wohl mit den härtesten Ackerboden zu arbeiten haben, nämlich in die Welt der Betriebe hineinzustoßen. Wir wissen, daß es darauf ankommt, auch in Zukunft eine Volkspartei zu bleiben. Es kommt darauf an, vor allem geeignete Arbeitnehmerpersönlichkeiten herauszustellen. Die Arbeiter werden am besten angesprochen durch die Arbeitnehmer selbst. Wir müssen also milieubezogen wirken. Wir müssen vor allen Dingen darauf achten, daß insbesondere junge Menschen aus der Arbeiterschaft nicht nur für den Beruf, sondern auch für die Politik besser und großzügiger als bisher gefördert werden. Auch die Arbeitnehmerschaft muß mitverantwortlich in den Parlamenten wirken. Wir müssen die Welt der Arbeit ernst nehmen; denn die Welt der Arbeit ist das, wo am meisten Meinung gebildet wird. Hier wird unsere Aufgabe liegen. Die junge Generation der Arbeitnehmerschaft muß gerade von der CDU großzügig gefördert werden. Dann wird es möglich sein, eine erfolgreiche Politik aus christlich-sozialem Geist hinüberzutragen in die kommende Generation. Aber nur dann!

(Beifall!)

Präsident Blumenfeld:

Ich darf nunmehr bitten, das Wort zu nehmen

Frau Gerig, Köln:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Sehr verehrte Parteifreunde! Sehr aufmerksam haben wir Frauen das Bekenntnis des Bundesarbeitsministers entgegengenommen. In der Tat ist das Kindergeld ein Weg, um zu helfen und zu fördern, aber es ist nicht der einzige. Ausbaufähig ist der Weg der Bildungsförderung in der gesunden Konzeption

und Koordinierung: Eigenleistung des einzelnen Menschen und der Trägerschaft durch Organisationen, Gewerkschaften und Verbände und zwar mit der gezielten zweckgebundenen Forderung durch Bund und Länder.

Der Bundesarbeitsminister hat wörtlich gesagt: Ein Familienvater soll aus materiellen Gründen nicht daran gehindert sein, einen weiteren beruflichen Fortschritt durch bessere Ausbildung zu machen, wenn er dazu fähig ist. – Das ist ein Grundsatz, der geradezu epochemachend ist. Als Vertreterin einer Organisation, der DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft), die das größte und sehr erfolgreiche Bildungswerk für die Angestelltenschaft im Bundesgebiet, die Angestelltenakademie, betreibt, begrüße ich die diesbezüglichen Darlegungen des Bundesarbeitsministers von ganzem Herzen. Nicht vergessen sollen dabei sein die wertvollen und immer noch ausbaufähigen Schulungs- und Umschulungseinrichtungen der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung. Wer eigene Opfer bringt für seine weitere berufliche Ausbildung, darf ethische und materielle Förderung erwarten, wie sie auf anderen Gebieten in den verschiedenen Wirtschafts- und Berufszweigen durch Subventionen usw. erfolgt und in der Zukunft noch erfolgen wird. Auch der Auffassung bin ich, daß unsere Jugend, in der rechten Weise angesprochen, die heute in so reichem Maße die zur Verfügung stehenden Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten auswerten wird, zum eigenen Besten und zum Besten des Volkes.

Zuletzt ein Wort zu der beinahe vergessenen Rentenreform, dem grandiossten Werk auf sozialpolitischem Gebiet der letzten Jahrzehnte. Fast vergessen ist es heute bereits. Es ist eine würdige Dokumentierung eines vorbildlich geordneten Rechtsstaates sozialer, christlicher Ordnung.

Das schließt sich würdig an an die Leistungen und Zielsetzungen hervorragender christlicher Sozialpolitiker früherer Zeiten, vor allem auch des alten Zentrums, der Vorgängerin der CDU/CSU. Dazu kann man von ganzem Herzen Glückwünsche aussprechen. Hier liegt ein wesentlicher Erfolg unserer CDU/CSU vor.

(Beifall)

Präsident Blumenfeld:

Vielen Dank, Frau Gerig. Ich rufe nunmehr unseren Freund Stehle aus Nord-Württemberg.

Herr Stehle, Nord-Württemberg:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Freude und Genugtuung konnten wir feststellen, daß die erste große Aktion der Bundesregierung, Produktionsmittelkapital breit zu streuen und dadurch Vermögen in den breiten Schichten sich bilden zu lassen – die Privatisierung des Volkswagenwerkes – ein solch durchschlagender Erfolg geworden ist. Ich möchte an dieser Stelle der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages herzlich danken, daß sie diesen Gedanken aufgegriffen hat und damit in der verhältnismäßig kurzen Zeit von fünf Jahren einen Auftrag erfüllt hat, den ihr 1956 der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart gegeben hat.

Damals befand sich der Gedanke einer sozialen Privatisierung noch in einem embryonalen Zustand. Nur in wenigen Sätzen ist er damals im Protokoll des Bundesparteitages genannt worden. Dieser Parteitag von 1956 hat erstmalig die Kriterien einer sozialen Privatisierung herausgestellt.

Es sind das die drei Dinge, die den sozialen Charakter der Privatisierung des Volkswagenwerkes ausmachen: die Erwerbsbeschränkung auf die breiten Schichten mit einem Einkommen bis zu 15 000 DM, die Stimmrechtsbeschränkung und der Sozial-Rabatt. Dazu kamen kleine Stückelung und Raten-Zahlungsweise für diejenigen, denen der volle Erwerb sonst nicht möglich wäre.

Ich darf an dieser Stelle einfügen, daß der Stuttgarter Bundesparteitag von 1956 auf Vorarbeiten aufgebaut hat, die einer meiner Vorredner, der Herr Bundestagsabgeordnete Häussler aus Stuttgart, schon Jahre vorher hierfür geleistet hatte. Ich halte es für richtig und notwendig, ihm hier dafür zu danken. (Beifall.) Damit sollen aber die Verdienste anderer an der Weiterbildung und Verwirklichung dieses Gedankens nicht etwa geschmälert werden.

Allein deswegen bin ich jedoch nicht hier heraufgestiegen. Ich möchte vielmehr sagen, daß es damit noch nicht getan ist. Nach dieser ersten „Raketenstufe“ – will ich einmal sagen –, nämlich der Volkswagenwerk-Privatisierung, müssen jetzt in rascher Folge die weiteren „Stufen“ gezündet werden. Wir haben gesehen, wie viele interessierte Menschen diesmal bei dieser Privatisierung nicht zum Zuge kommen konnten. Ich möchte deshalb anregen und vorschlagen, daß jetzt in rascher Folge die weiteren Bundeskonzerne – VIAG, VEBA und Salzgitterwerke – zur Privatisierung herangezogen werden, damit allen denjenigen, die den Wunsch haben, Eigentum am Produktionskapital zu erwerben, die Möglichkeit dazu gegeben wird.

Noch ein paar Gedanken zur Eigentumbildung: Wir haben ein Sparprämiengesetz, das sich – auch für den Erwerb von Produktionsmittelkapital – sehr gut bewährt hat. Es hat aber den Fehler, daß es noch nicht in vollem Umfange den Erfordernissen der Familie gerecht wird, daß es nicht familiengerecht gestaffelt ist. Ich möchte sagen: Je niedriger die Sparfähigkeit, desto höher müssen sinnvollerweise die Prozentsätze der Sparprämien sein. (Beifall.)

Ein weiterer Punkt: Das Gesetz über die vermögenswirksame Ergebnisbeteiligung sollte jetzt möglichst rasch kommen, damit Erfahrungen damit gesammelt werden können. Wir sind uns doch darüber klar, daß dieses Gesetz einmal anlaufen muß, damit man von hier aus weiterbauen kann. Ich meine, daß der Steuerfreibetrag von 312 DM etwas zu niedrig angesetzt ist. Auch sollte man den Freibetrag in dynamischer Weise fortlaufend der Einkommensentwicklung anpassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einem vielgeäußerten Wunsch Ausdruck geben. Die Bediensteten des öffentlichen Dienstes können bei einer nur betriebsbezogenen Ergebnisbeteiligung an den Auswirkungen

dieses Gesetzes nicht teilnehmen. Diese Menschen dürfen wir aber nicht zurückstellen, denn auch der im öffentlichen Dienst Beschäftigte trägt durch die Qualität seiner Arbeit mit dazu bei, daß in der privaten Wirtschaft Leistungssteigerungen möglich sind.

Zum Schluß möchte ich eine Anregung aufgreifen, die im Zusammenhang mit dem Gedanken, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auszusetzen, schon angeklungen ist. Man sollte die Beiträge, die hier frei werden, für die private Eigentumbildung des Arbeitnehmers „umlenken“. Das sollte man so lange tun, wie das nach der Arbeitsmarktlage möglich ist.

Noch ein Gedanke zur Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf des Volkswagenwerks. Sie alle haben in diesen Tagen das Bild von der Übergabe des großen Schecks in der Zeitung gesehen. Ich meine, dieser Erlös aus dem Verkauf des Volkswagenwerkes könnte vielleicht auch für das herangezogen werden, was heute der Bundesarbeitsminister erwähnt hat, nämlich für die berufliche Weiterbildung der breiten Schichten der Arbeitnehmer. Ich glaube, dazu wären diese Mittel richtig angelegt. (Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Meine Freunde, damit ist die Diskussion über das Referat „Eigentum und Tüchtigkeit – Pfeiler der sozialen Ordnung“ beendet. Die Fülle der Gedanken und Anregungen hat uns gezeigt, daß hier auch in Zukunft ein weites Feld der fruchtbaren politischen Arbeit für unsere Union liegt.

Wir kommen nunmehr zum letzten Referat des heutigen Morgens, dem Referat unseres Ministers Paul Lücke

„Modernes Bauen – gesundes Wohnen“.

Wir heißen unseren Minister Paul Lücke herzlich willkommen.

(Beifall.)

Modernes Bauen — gesundes Wohnen

Bundesminister Lücke:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! In diesem Jahr wird in der Bundesrepublik Deutschland die 6-millionste Wohnung seit der Währungsreform fertiggestellt. Das bedeutet, daß jeder dritte Bürger in unserem Vaterland heute in einer neuen Wohnung lebt. 13 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge wurden ebenso mit Wohnraum versorgt wie die Familien im Bundesgebiet, die durch die Zerbombung von 2,3 Millionen Wohnungen ihr Heim verloren. Die Bundesrepublik ist eine einzige Baustelle. Auch in diesem Jahr werden wieder etwa 550 000 Wohnungen fertiggestellt. Das Ende der Wohnungsnot ist abzusehen.

In diesem Jahre wird aber auch das 1,5-millionste Familienheim fertiggestellt. Eine Zahl von großer sozialer und staatspolitischer Bedeutung. Seit 12 Jahren fordert die Christlich Demokratische Union, daß die erste Funktion, die der Wohnungsbau in der sozialen Ordnung unserer Zeit auszuüben hat, die Schaffung neuen Einzeleigentums ist. Persönliche Freiheit und privates Eigentum sind die Grundlagen unserer Kultur. Eines ist ohne das andere kaum denkbar, wie uns die Geschichte gelehrt hat. Nur gemeinsam garantieren sie die Bildung echter Persönlichkeitswerte, die allein der Vermassung Einhalt gebieten können, die uns aus dem Osten, die uns aber auch aus der Entwicklung der modernen Gesellschaft droht. Trotz erbitterten Widerstandes der Gegner unserer Politik, vor allem der Sozialdemokratie, setzte die CDU/CSU mit ständig steigendem Erfolg diese Grundsätze in der Wohnungsbaupolitik durch.

Während der Kreml und seine Statthalter in Mitteldeutschland persönliches Eigentum auslöschen, um die totale Sklaverei aufzurichten, haben wir in der Bundesrepublik buchstäblich Stein auf Stein gefügt und Eigentum an Haus und Boden in der Hand des Bürgers, vornehmlich in Arbeiterhand, gebildet. Wie sehr diese Politik den Beifall breiter Bevölkerungskreise gefunden hat, beweist der Abschluß von allein 3,5 Millionen Bausparverträgen mit einer Bausparsumme von über 55 Milliarden DM. Mit unserer Wohnungsbaupolitik konnten wir nicht nur 6 Millionen Familien eine neue Wohnung geben, sondern gleichzeitig einem Bevölkerungsanteil — größer als die Einwohnerzahl Österreichs — damit zugleich Eigentum an Haus und Boden vermitteln. Auf diese Weise, meine Freunde, haben wir in vollem Sinngehalt des Wortes an der inneren Sicherheit unseres Volkes gebaut. So leistete der Wohnungsbau den größten Beitrag zur Erfüllung der Grundforderung der CDU: „Eigentum für alle“. Diese Politik werden wir in den nächsten Jahren fortsetzen.

Über 100 Milliarden, davon allein 33 Milliarden Steuergelder des Bundes, der Länder, der Gemeinden, des Lastenausgleichs, waren notwendig, um diese Leistung aufzubringen. Der Bund brachte allein einschließlich Lastenausgleich davon fast zwei Drittel dieser 33 Milliarden auf. Meine Freunde! 3,5 dieser 6 Millionen Wohnungen wurden für ein-

kommensschwache Bevölkerungskreise gebaut, also Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues. Zahlen, die eindringlicher als lange Ausführungen deutlich machen, daß es uns ernst ist mit der Forderung nach einem sozialen Rechtsstaat.

An dieser Stelle darf ich vor allem auch den Männern vom Bau ein Dankeswort sagen. (Lebhafter Beifall.) Ohne die Millionen Arbeiter und Handwerker wäre diese Wohnungsbauleistung unmöglich gewesen. Ich darf aber auch an dieser Stelle allen jenen danken, die in manueller Selbsthilfe dazu beigetragen haben, ihr Heim oder ihre Siedlerstelle zu schaffen.

Unter Führung der CDU/CSU hat unser Volk diese beispielhafte Gemeinschaftsleistung vollbracht. Sie hat dazu beigetragen, daß man in der Welt von einem Wunder spricht. Es war kein Wunder; es war harte Arbeit des ganzen deutschen Volkes. In steigendem Maße haben die Wähler uns das Vertrauen geschenkt. Die Menschen unserer Zeit, vor allem die jungen Wähler, beurteilen die Politiker und die Parteien nach ihren Taten. Die Wohnungsbauleistung ist auch deshalb so eindrucksvoll, weil sie nicht nur optisch im Bild unserer Landschaft so sehr ins Auge fällt, sondern weil Millionen von Familien von ihr positiv betroffen wurden.

Aber, meine Freunde, noch ist das Ende der Wohnungsnot nicht erreicht, noch fehlen etwa eine Million Wohnungen. Es muß also weitergebaut werden, bis die letzte Familie, bis auch der letzte alleinstehende Mensch eine ausreichende Wohnung oder, wo immer es möglich ist, ein eigenes Haus besitzt. Es wird also weitergebaut. (Beifall.) Das geschieht bis zur Grenze der Baukapazität, ja, die Diskussion in den letzten Wochen über geeignete Maßnahmen zur Dämpfung der Baukonjunktur hat gezeigt, daß diese Grenzen vielfach überschritten wurden mit all den Gefahren für die Sicherung der Baupreise. Eins vorweg: Weder Kollege Erhard noch ich haben an einen Baustopp gedacht. Vielleicht könnte dieses falsche Schlagwort heute einmal begraben werden. Allzu sehr war man bestrebt, Verwirrung in unser Bemühen hineinzutragen, Ordnung in die Baupreisentwicklung zu bringen. Die Entwicklung auf dem gesamten Baumarkt hat bedrohliche Formen angenommen. Es fehlen über 150 000 Bauarbeiter. Im Wettbewerb von kostspieligen Verwaltungsbauten und Industriebauten droht der Wohnungsbau, insbesondere der soziale Wohnungsbau und auch der Eigenheimbau, unter die Räder zu kommen. Über 50 000 Wohnungen konnten im letzten Jahre nicht fertiggestellt werden, weil die Arbeiter und auch die Baufirmen sich lohnenderen Projekten zuwandten. Um diese Entwicklung zu steuern, hat die Bundesregierung Vorschläge erarbeitet, die auf eine zeitliche Streckung des Bauvolumens abzielen, um während dieser Zeit notwendige weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Ländern zur Dämpfung der Baukonjunktur fassen zu können. Das Ziel dieser notwendigen Maßnahmen ist es, die Kaufkraft stabil zu halten und dem Wohnungsbau den notwendigen Vorrang solange zu sichern, bis die Wohnungsnot behoben ist. (Beifall.)

Um schnell wirksam werden zu können, bedurften diese Vorschläge der Zustimmung aller politischen Parteien. Sie kennen die Gespräche und den Beschluß des Bundeskabinetts, die Gespräche, die Kollege Erhard und ich zweimal mit den Regierungschefs der Länder führten. Die Opposition sagte „Nein“ zu den von der Bundesregierung gemachten Vorschlägen. Damit waren die Vorschläge undurchführbar, weil durch die parlamentarischen Einreden der erwünschte Erfolg versagt geblieben wäre. Hier wäre aber wirklich Gelegenheit gewesen, gemeinsam eine Aufgabe zu lösen, die vor allem die Millionen Sparer angeht.

(Beifall.)

Die Opposition hat bis zur Stunde keine besseren Vorschläge gemacht – ebenso wenig wie die sonstigen Kritiker. Sie hat aber durch ihr Nein die Lösung dieser Frage, wie sie die Bundesregierung vorgeschlagen hat, verbaut. So war es immer und so wird es wahrscheinlich immer bleiben, wenn es um echte Schicksalsfragen des Volkes geht. Da sagt die Opposition außenpolitisch wie innenpolitisch Nein! (Beifall.)

Die Bundesregierung prüft auf Grund der entstandenen Lage neue Maßnahmen zur Dämpfung der Baukonjunktur. Sie wird alles tun, um die Kaufkraft stabil zu halten. Diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen unterordnen. Ich bin überzeugt, daß die Bundesregierung der Zustimmung aller sicher sein kann, wenn sie deutlich macht, daß es ihr um die Stabilität der Kaufkraft geht und nicht um billige Wahlschlager.

(Beifall.)

Die dritte Bundesregierung stellte die Forderung auf, die Wohnungszwangswirtschaft zu beseitigen und gleichzeitig ein soziales Miet- und Wohnungsrecht einzuführen und ein Bundesbaugesetz zu verabschieden. In trockenen Worten ein großes Programm, von dem unsere Gegner prophezeiten, daß diese Gesetze nicht kommen würden.

Nach härtesten politischen Kämpfen gegen die SPD und ihre Hilstruppen konnten die Gesetze im Parlament, aber auch in der öffentlichen Meinung durchgesetzt werden. In ausgezeichneter Zusammenarbeit verhinderten unsere Freunde in den Ländern die Absicht der Gegner, diese Gesetze in den Vermittlungsausschuß zu bringen. Die Gefahr, die aus der zeitlichen Verzögerung durch die Einschaltung des Vermittlungsausschusses zwangsläufig entstanden wäre, war außerordentlich groß. Ohne Anrufung des Vermittlungsausschusses konnten beide Gesetze verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Meine Freunde: Alle Spekulationen der Opposition, das Abbaugesetz zu benutzen, um Unruhe in der Bevölkerung zu stiften, schlugen fehl. Die angedrohte Kündigungswelle fand ebensowenig statt wie die vielfach beschworene Lohnerhöhung. Keine Familie ist unter die Räder gekommen. Wieder einmal hat unsere Bevölkerung gezeigt, daß sie für notwendige Maßnahmen Verständnis hat.

Eine vierzigjährige Zwangswirtschaft auf dem heißen Gebiete des Wohnungswesens abzubauen und dabei gleichzeitig auch die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Bodenrechts zu beseitigen, war – das werden mir meine Freunde in den Fachausschüssen, die die Hauptarbeit jahrelang getragen haben, vor allem unser Freund Dr. Hesberg, bestätigen – eine politische Steinbrucharbeit.

Ich möchte an dieser Stelle allen Freunden der Union in Stadt und Land dafür danken, daß sie durchgehalten haben. Der Erfolg der letzten Wahlen, vor allem auch der Kommunalwahlen, hat die Richtigkeit dieser Politik bestätigt. Mit diesen Gesetzen wurde gleichzeitig das soziale Miet- und Wohnrecht verabschiedet, ein Recht, das jeder Familie in der Bundesrepublik Deutschland künftig angemessenen Wohnraum und Eigentum an Haus und Boden rechtlich und wirtschaftlich sichert. Gerade dieses Gesetz und seine von der Familie her orientierten Maßnahmen werden in steigendem Maße in der Zukunft deutlich machen, daß wir um unserer Familien willen diese politische Arbeit tun. Mit diesen Gesetzeswerken, meine Freunde, wurde aber auch die Basis für die Aufgaben der Zukunft geschaffen, über die ich hier zu Ihnen sprechen darf.

Die Aufgabe der nächsten Jahre lautet: „Vom Wohnungsbau zum Städtebau – zur Dorferneuerung“. Die vielfältigen städtebaulichen Aufgaben, die Aufgaben der Dorferneuerung, die bisher gar nicht oder nur zum Teil angefaßt werden konnten, harren der Lösung. So stehen wir in Wahrheit an der Wende der Wohnungsbaupolitik. Es gilt, die seit 12 Jahren so erfolgreiche Wohnungsbaupolitik im Rahmen einer wirksamen Raumordnung zu einer zukunftsweisenden Städtebaupolitik zu erweitern. Hier steht vor uns eine Aufgabe, die ihrer Größe nach nicht hinter der zurücksteht, die wir auf dem Gebiet des Wohnungswesens bisher lösen konnten.

Schauen wir uns einen Augenblick die Gegebenheiten an, so wie sie sich heute darstellen: Die Menschen unserer Tage leiden unter den Auswirkungen der sich überstürzenden volkswirtschaftlichen Entwicklung als Folge der sich permanent fortsetzenden technischen Revolution. Diese Folgen sind vergleichbar mit Erscheinungen der Gründerzeit, deren Schattenseiten in den städtebaulichen Entartungen heute noch fortleben. Ich brauche nur an den Berliner Wedding zu erinnern. Die Umwelt, in der unsere Menschen, vor allem die Arbeiter, heute leben müssen, entspricht weithin nicht mehr den Grundsätzen unserer gesellschaftlichen Wertordnung, einer Wertordnung, die auf der Freiheit und der Würde des einzelnen Menschen und dem unersetzlichen sittlichen Wert der Familien beruht.

Lassen Sie mich noch einige der charakteristischen Merkmale der heutigen Situation hervorheben: eine übersteigerte Bebauungsdichte infolge sehr hoher Ausnutzung der Baugrundstücke und damit untragbare Beschäftigungszahlen in den Ballungsgebieten sowie viel zu große Einwohnerdichten in weiten Teilen der innerstädtischen Wohngebiete. Ein planloses Anwachsen der Städte weiter in das Umland hinaus, die psychischen Schäden infolge des regellosen Durcheinanders von Wohngebieten und Arbeitsstätten, die vor allem in den innerstädtischen Baugebieten entstehen. Die Zerstörung unserer Städte und Dörfer durch die revolutionäre Entwicklung des Verkehrs, vor allem durch die ständig zunehmende Zahl der Personenkraftwagen. Die Länge der Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte auf verstopften Straßen oder in überfüllten Massenverkehrsmitteln, die sich für viele Menschen ergeben. Die Schwierigkeit, in zumutbarer Nähe preisgünstiges Bauland für familien-

gerechte Wohnungen, insbesondere für Familienheime, zu finden. Die Struktur der arbeitenden Bevölkerung hat sich grundlegend verändert. Während die Industrie weniger Arbeiter benötigt, steigt die Zahl der Angestellten, die in Verwaltung und Handel tätig sind. Die fortschreitende Automatisierung bringt grundlegende Umwälzungen im Produktionsprozeß der Industrie. Ein wesentlich größerer Flächenbedarf für die gleiche industrielle Produktion ergibt die Notwendigkeit einer Verlagerung in neue Gebiete. Das Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeiten wird so weiter gestört. Der wachsende Lebensstandard führt auch zu einem höheren Wohnungsstandard, der sich in einem ständig steigenden Flächenbedarf für das Wohnen niederschlägt. Zu diesem wachsenden Lebensstandard kommt die verlängerte Freizeit. Meine Freunde, eine Fülle von Gegebenheiten, Problemen und Aufgaben!

Diese Situation ist nicht unabänderlich, sie kann und wird gemeistert werden. Jeder von uns weiß um die prägende Kraft der Umwelt für den Menschen und die Familie. Auch wenn man nicht so weit geht wie der amerikanische Architekt Wright, der meinte, daß die hohen Wohndichten in unseren Städten zu nichts anderem als Faschismus, Kommunismus oder Staatssozialismus taugen, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß Städtebau angewandte Politik ist. Wir wissen, daß Glück und Wohlbefinden der arbeitenden Menschen nicht nur von der Höhe des Lohnes oder von kurzer Arbeitszeit abhängig sind. Sie sind zumindest ebensosehr von außerwirtschaftlichen Lebensbedingungen und von der Umwelt, also von familiengerechten Wohnungs- und Siedlungsformen abhängig. Auf dem Gebiete des Städtebaues muß viel aufgeholt werden, um auch unsere gesellschaftspolitischen Grundforderungen erfüllen zu können. Es müssen Ballungsräume aufgelockert, neue Städte gebaut, vorhandene Städte saniert, neu geformt, gegliedert und aufgelockert werden. Wir müssen auch unsere Dörfer erneuern. (Beifall.)

Aufgaben, die nur Schritt für Schritt gelöst werden können, Aufgaben aber, die sorgfältiger Vorarbeit und Planung bedürfen. Wir sind auf die Lösung dieser in jeder Hinsicht schwierigen Probleme nicht unvorbereitet. Seit Jahren werden vom Bund Demonstrativ-Bauvorhaben gefördert und betreut, deren Ziel die Gestaltung und der Bau mustergültiger Großsiedlungen, Stadterweiterungen, Dorferneuerungen usw. sind. Hier in Köln wird in den nächsten Jahren eine neue Stadt gebaut, die für etwa 80 000 Menschen geplant ist, in der diese Grundsätze verwirklicht werden; ebenso in Nürnberg, in München und in anderen großen Räumen. Hier ist es nur deshalb leichter, weil der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln, unser verehrter Herr Bundeskanzler, damals schon die künftigen städtebaulichen Aufgaben erkannte und dafür gesorgt hat, daß Köln eine Stadt im Grünen werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Eine Regierung, die eine langfristige Politik betreibt, kann daher auf den Städtebau als Mittel der Gesellschaftspolitik nicht verzichten. (Zurufe: Sehr gut!) Das Mittel des staatlichen Wohnungsbaus reicht hier allein nicht aus, denn es geht nicht allein um Wohnungen, sondern um gesunde Lebensbedingungen für die Menschen in Stadt und Dorf überhaupt, also neben der Wohnung auch um den Arbeitsplatz, um den Verkehr

und um die Erholungsmöglichkeiten. Ohne eine Aktivierung der Raumordnung können diese angestrebten Ziele nicht erreicht werden. Nur gleichzeitig mit der Entlastung der Ballungsgebiete und einer Hebung der Wirtschaftskraft der schwach strukturierten Gebietsteile der Bundesrepublik kann Städtebau- und Wohnungsbaupolitik erfolgreich betrieben werden. Die Erarbeitung eines Bundesentwicklungsprogramms ist ebenso dringlich wie ein Raumordnungsgesetz. Unser Land Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Wochen hier beispielhaft vorgegangen. Die Einflußnahme auf die Industrie-Standortwahl und Ablenkung der Industrie in Räume abseits der Ballungsgebiete mit marktconformen Mitteln, Auflockerung und Ausgleich struktureller Unterschiede, Entwicklung bestimmter zentraler Orte als Ausbaustädte und, wo es nötig und möglich ist, die Gründung neuer Städte, sind einige Ziele der Raumordnung. Diese Aufgaben, Städtebau und Dorferneuerungen im Rahmen einer wirksamen Raumordnung, sind nur in guter Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden und allen beteiligten Kreisen zu lösen. Das gilt auch für die Aufbringung der nicht unerheblichen Mittel, die dafür erforderlich sind. Die letzten zwölf Jahre haben gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, diese Zusammenarbeit auch künftig zwischen Bund, Ländern und Gemeinden fortzuführen. Das macht allerdings die Verabschiedung der längst fälligen kommunalen Steuer- und Finanzreform ebenso erforderlich wie die Neufestsetzung der Einheitswerte. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein anerkennendes Wort an die kommunale Selbstverwaltung richten: Ehe Bund und Länder mit ihrer Arbeit beginnen konnten, gingen unsere Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände an die Lösung der großen Nachkriegsprobleme heran. Ohne die Arbeit der Gemeinden wäre die Beseitigung der Wohnungsnot ebensowenig möglich gewesen wie der Aufbau unserer zerstörten Städte und Dörfer. Die gastgebende Stadt Köln ist dafür ein anschaulicher Beweis.

Die kommunale Selbstverwaltung ist aber mehr. Sie ist die Schule unserer Demokratie schlechthin. Hunderttausende Gemeindevertreter praktizieren in den kommunalen Parlamenten echte Selbstverwaltung. Hier liegen die Kräfte, die uns befähigen, diese Zukunftsaufgaben in den nächsten Jahren durchzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Wer die Aufgabe sieht, muß das Bild kennen, nach dem gestaltet werden muß. Ordnungsbild auch dieser großen, für die innere Sicherheit unseres Volkes entscheidenden Aufgabe ist wiederum die Familie. Was geplant ist, was gestaltet werden soll muß ihr gerecht werden. Das Leitbild der Dorferneuerung und des Städtebaues von morgen muß sich daher an dem Menschen und der Familie unserer Zeit orientieren.

Im Rahmen der gesamten Bautätigkeit hat der Wohnungsbau ein entscheidendes Gewicht. In den nächsten Jahren verbleibt der Bauwirtschaft im Bereich des Wohnungsbaues in erster Linie die Aufgabe, den laufenden Wohnungsbedarf zu decken, der durch den ständigen Zugang an neuen Haushalten durch Eheschließungen und durch das Einstromen der Flüchtlinge entsteht. Dieser laufende Bedarf beträgt jährlich etwa 150 000 bis 200 000 Wohnungen.

Ein Ansteigen des Flüchtlingsstromes müßte natürlich auch zu größeren Wohnungsbauleistungen führen. Außerdem müssen laufend aus verschiedenen Gründen Wohnungen durch Neubauten ersetzt werden. Sicher dürfen auch die Anregungen für den Wohnungsbau nicht unterschätzt werden, die von den wachsenden Wohnansprüchen, vor allem auch durch den verstärkten Eigenheimbau, ausgehen. Aber auch wenn man alles dies in Rechnung stellt, wird nach Beseitigung der gegenwärtig noch vorhandenen Unterversorgung der Wohnungsbau in der Bundesrepublik erheblich unter den hohen Leistungen der vergangenen Jahre bleiben.

Dieser Auftragschwund von seiten des Wohnungsbaues kann nicht aus anderen Gebieten des Hochbaues ausgeglichen werden, ebenfalls nicht auf dem Gebiete des Tiefbaues, der außerdem seiner Natur nach für einen solchen Ausgleich nur beschränkt in Betracht kommt. Vielmehr muß eine angemessene und auf die Gesamtkonjunktur abgestimmte Wohnbautätigkeit auf lange Sicht gewährleistet werden.

Die Aufgabe, rechtzeitig für eine weitere sinnvolle Auslastung der vorhandenen Baukapazität Sorge zu tragen, ist um so wichtiger, als mit der fortschreitenden Rationalisierung des Bauens die Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft ständig steigt.

Ein stärkerer Beschäftigungsrückgang schon allein im Bausektor würde mit einer nachhaltigen Störung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes verbunden sein, vor allem in den ländlichen Räumen. Es muß gesichert werden, daß auch dann, wenn die Wohnungsbauleistung absinkt, in den ländlichen Räumen Arbeit für die Handwerker und Bauarbeiter verbleibt. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem in wenigen Jahren die drückende Wohnungsnot beseitigt sein wird, können wir der Bauwirtschaft ihre Rolle als Stütze der Gesamtkonjunktur wieder zuweisen. Das bedarf sorgfältiger Vorbereitungen. Eine möglichst vollbeschäftigte Bauwirtschaft bleibt das Ziel. Der Gefahr einer verstärkten Landflucht muß durch rechtzeitige Bereitstellung von Bauaufträgen in ländlichen Räumen entgegengewirkt werden. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Diese großen Aufgaben werden uns in den kommenden Jahren beschäftigen. Sie können in der nächsten Legislaturperiode nur vorbereitet und eingeleitet werden. Die Weichen werden allerdings jetzt gestellt. Die Richtung, in der der Zug fahren wird, wird von uns bestimmt. Alle Voraussetzungen sind gegeben, diesen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit unseres Volkes erfolgreich zu leisten. Die Flucht unserer Brüder und Schwestern aus Mitteldeutschland – jede zweite bis dritte Minute ein Flüchtling – sei uns Mahnung und Warnung zugleich: Mahnung, daß die Auseinandersetzung mit der Welt des Kroml von uns ganze Lösungen erfordert und nicht Halbheiten. Warnung, daß der Osten auf die Vermassung setzt, um sein Ziel zu erreichen. Wir setzen dem gegenüber die Hoffnung, daß die freie Persönlichkeit, auf Eigentum gegründet, den politischen Kampf gegen die Vermassung erfolgreich bestehen wird. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Die Fundamente unseres Daseins, an dem wir weiterbauen werden, sind fest gegründet. In diesem Bau sind Menschenwürde, Friede und Freiheit beheimatet. Dieses Haus nach innen, dieses Haus nach außen gegen alle Feinde der Freiheit zu sichern, ist die große Aufgabe der CDU in den nächsten Jahren.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Der Parteitag dankt unserem Freund Paul Lücke nicht nur für sein Referat, sondern – wie ich wohl hervorheben darf – für die neue, vom sozialen Gewissen her geschärfte Gesinnung, mit der er sein Amt übernommen hat. (Lebhafter Beifall.) Ohne seinen verdienstvollen Vorgängern Abbruch zu tun, darf mit wirklichem Dank festgestellt werden, daß Paul Lücke den Mut gehabt hat, neue Wege zu gehen. (Lebhafter Beifall.) Ich darf bemerken, daß seine Haltung, seine Konzeption sogar auch nach Westberlin hinübergeweht sind. (Beifall.)

Meine Freunde, wir stehen jetzt vor einem wahren Dilemma: Es ist jetzt 11.40 Uhr. Um 12.30 etwa muß der Parteitag zu Ende geführt sein. Wir haben zehn Wortmeldungen hier vorliegen. Ich bitte alle Redner inständig – und ich bitte, mich notfalls zu unterstützen – sich so kurz zu fassen, daß in würdiger Form die Entschliebung, die den Abschluß der Arbeitstagung bildet, hier verabschiedet werden kann. Ich erteile als nächstem das Wort unserem Freunde

Aussprache

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Meine Freunde! Die Gedanken unseres Unionfreundes Lücke haben besondere Bedeutung für ein Land wie Nordrhein-Westfalen, das nahezu 16 Millionen Einwohner zählt, von denen rund 25 %, also ein Viertel, Flüchtlinge und Vertriebene sind. Während im Durchschnitt Europas in den dichtbesiedelten Gebieten 200 bis 300 Menschen auf dem Quadratkilometer wohnen, ist der Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen über 460 Menschen und im Ruhrgebiet sind es sogar mehrere tausend Menschen, die auf einem Quadratkilometer leben. Es ist klar, daß hier wichtige Fragen unseres Landes angesprochen sind. Wenn die Landesregierung in ihrem Schwerpunktprogramm vor allem den Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern vorgesehen hat, dann sehen Sie daraus, daß wir hier zusammen mit Paul Lücke arbeiten. Aber wir sind auch der Ansicht – ich habe das gerade vor einigen Tagen im Landtag ausgeführt –, daß wir nun an einer Wende stehen, daß wir nun die Entwicklung in andere Bahnen lenken müssen. Wir haben zunächst den Auftrag der CDU versucht zu erfüllen. Im letzten Jahr sind über 50 v. H. der Wohnungsbaumittel für Eigentumsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen ausgegeben worden. (Lebhafter Beifall.)

Damit sind fast 50 v. H. der Wohnungen als Eigentumsmaßnahmen gebaut worden. Wir müssen nunmehr – und dafür haben wir ein Strukturprogramm für unser Land erarbeitet – darangehen, die großen Ballungsgebiete zu entballen. Das ist leichter gesagt als getan. Ihre Anziehungskraft ist so groß, daß jetzt auch das Umland, das in der Ge-

gend der Ballungsgebiete liegende Gelände, wie etwa hier der Vorraum von Bonn, das früher noch Ackerland und grüne Wiese war, mittlerweile in diese große Industrielandschaft, die sich nunmehr von Bonn bis nach Hamm erstreckt, hineinbezogen ist. Am Rande unseres Landes haben wir zurückgebliebene Gebiete. Hier ist das Gefälle zwischen Stadt und Dorf zu überbrücken. Wir müssen sehen, daß diese Gebiete, die immer mehr Menschen in die Ballungsgebiete abgeben, nicht entvölkert werden. Im Augenblick wird die Entwicklung noch dadurch überdeckt, daß diese Gebiete noch Gebiete des Bevölkerungsüberschusses sind, was für die Großstädte ja schon längst nicht mehr gilt. Ich glaube, Popitz hat einmal gesagt, der kanalisierte Bürger sei teurer. Nun, der kanalisierte, motorisierte und vollautomatisierte Bürger ist noch teurer. Wir werden die Mittel für eine bessere Gesamtstruktur des Landes im gemeinsamen Zusammenwirken schaffen müssen; denn diese Politik – vergessen wir das nicht – ist ein konstruktiver Beitrag der CDU zur Mittelstandspolitik. (Beifall.) Strukturverbesserung ist Gesellschaftspolitik, ist Mittelstandspolitik, und sie kommt uns damit wiederum zugute.

Wir haben deshalb aus den Gegebenheiten und Aufgaben in meinem Lande die Folgerungen gezogen und haben ein Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten gebildet. Dieses Ministerium soll sich dieser Fragen widmen.

Wir müssen auch sehen, daß wir in dieses ganze Programm – das klang eben schon an – auch das Dorf einbeziehen, und wir müssen sehen, daß wir dort insbesondere der völlig überlasteten Bäuerin helfen. Dafür wird gerade bei uns ein Programm erarbeitet.

(Beifall.)

Auf dem Parteitag in Karlsruhe habe ich einigen Problemen der Gesundheitspolitik eine Rede gewidmet. Damals ist mir gesagt worden, das Thema liege völlig am Rande des Parteitags. Meine Damen und Herren! Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es ein zentrales Problem unserer Innenpolitik ist.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn sich 65 v. H. unserer Bevölkerung krank fühlen, dann ist es gleichgültig, ob sie krank sind, dann hat eine Regierung etwas dagegen zu tun, daß sie sich krank fühlen, und wenn sie krank sind, dafür zu sorgen, daß sie gesunden. (Lebhafter Beifall.)

Das alles sind für die Zukunft große Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes; sie lassen sich nicht einzeln erledigen, und sie sind auch nicht auf unser Land beschränkt. Als Nation stehen wir heute vor der Möglichkeit – und das ist zugleich unsere Aufgabe –, unsere Großstädte zu erneuern, die Städte- und Raumplanung zu verbessern und für alle Bevölkerungsschichten Wohnungen zu schaffen. Man könnte glauben, das sei ein Teil der Rede unseres Freundes Paul Lücke. In Wirklichkeit ist das der Beginn, der Anfang der Botschaft des amerikanischen Präsidenten Kennedy an den Senat über Wohnungspolitik und Baupolitik; und wenn er dann Ziele aufzeigt, wie die staatliche Wohnungs- und Städtebaupolitik, erstens die Erneuerung der Großstädte und die Schaffung der Voraussetzungen für ein gesundes Wachstum bei der

raschen Ausdehnung von Stadtgebieten, und zweitens die Schaffung angemessener Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten, dann sehen Sie, daß dieses Problem weit über die Bundesrepublik, weit über Europa hinausragt als ein Problem der zivilisierten Menschheit.

Das Problem ist so vielfältig, daß man es nicht in einer Diskussion, die zudem in der Zeit beschränkt ist, lösen kann. Das einzige, was wir feststellen können, das ist: das Problem ist erkannt, das Problem ist in Angriff genommen, das Problem wird gelöst werden in einer gemeinsamen Arbeit von Gemeinden, Ländern und dem Bund. (Lebhafter Beifall.) Und da kann noch so viel bei unseren politischen Gegnern gelächelt werden, und da kann noch so gehofft werden, man brächte uns auseinander: Wir lassen uns nicht auseinanderbringen, lieber Paul Lücke, sondern wir sagen, und wenn sie platzen: Bund und Land Hand in Hand!

(Starker Beifall.)

Präsident Lemmer:

Das Wort hat nun unser Freund

Dr. Hesberg, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der Rede unseres Herrn Wohnungsbauministers und unseres Parteifreundes Paul Lücke verdienen zwei Tatsachen besonders herausgestellt zu werden, und hierzu wären einige Bemerkungen anzuknüpfen.

Zunächst hat Herr Minister Lücke hervorgehoben, daß es gelungen ist, auf Grund des Wohnungsbaugesetzes in den letzten Jahren das Wohnungsbaudefizit so zu mindern, daß es jetzt weniger als eine Million beträgt.

Wir haben allen Anlaß, diese Tatsache besonders zu unterstreichen und auch die sonstigen hiermit in Zusammenhang stehenden Leistungen zu würdigen, weil sich die Opposition immer und immer wieder bemüht, diese Leistungen herabzusetzen und daran Kritik zu üben. Wie Ihnen bekannt, war in verschiedenen Bundestagsdebatten wiederum der Wohnungsbau Gegenstand der Kritik, wie zuvor oft die Rede gewesen ist vom Totengeläute des sozialen Wohnungsbaus. Gerade die Leistungen auf diesem Gebiete sollten heute, weil es sich hier um den Wohnungsbau für die breiten Schichten der Bevölkerung handelt, ganz besonders hervorgehoben werden. Sind es doch zwei Drittel aller erbauten Wohnungen, die für die Einkommensschwachen des sozialen Wohnungsbaus erstellt worden sind. Die CDU/CSU hat es nie daran fehlen lassen, den zeitbedingten Veränderungen in der Entwicklung der Preise durch die Gestaltung des Wohnungsbaugesetzes Rechnung zu tragen.

Ich darf hier in diesem Zusammenhang vielleicht einmal hervorheben, daß wir soeben in Dritter Lesung im Wohnungsbau-Ausschuß des Bundestags eine Regelung im Wohnungsbaugesetz getroffen haben, die in Fortführung unserer Gesamtkonzeption eine gerechte Abwägung zwischen Eigenverantwortung und sozialer Verpflichtung bringt. Sie hat eine Auswertung der Mietbeihilfenregelung zum Ziel und damit die individuelle Ausrichtung der Belastung des einzelnen, eine Mietbeihilfe-

regelung, die die bisherigen Maßnahmen im Bereiche des Wohnungsbaugesetzes für die Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen auf die übrigen Berechtigten ausweitet und dadurch praktisch die Leistungen verbessert. Das verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Nun ein Zweites! Wir haben auch der Tatsache Rechnung getragen, daß sich die Klagen über die Erhebung verlorener Baukostenzuschüsse mehren. Was hier grundsätzlich zu sagen ist, hat der Herr Bundeswohnungsminister vor einiger Zeit in einem Presseinterview deutlich ausgeführt. Wir haben jetzt in diesen Tagen eine Regelung gestaltet, die der Bundestag in der nächsten Woche verabschieden wird. Sie bedeutet einen Bestandsschutz derjenigen, die verlorene Baukostenzuschüsse geleistet haben, ein gewisses ausgewogenes Gleichgewicht dieser Leistungen und der Vertragsdauer. Diese Regelung knüpft an die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes an und bedeutet eine Fortentwicklung – einen Schutz für diejenigen, die verlorene Baukostenzuschüsse geben bzw. gegeben haben.

Ein Drittes verdient hervorgehoben zu werden, nämlich die Feststellung des Ministers über den Vertragsbestand bei den Bausparkassen, der in Höhe von 55 Milliarden Bausparsumme bedeutet, daß hier eine Wohnungsbauleistung in den nächsten Jahren von etwa 2½ Millionen Wohnungen zu erwarten ist. Diese Bausparsummen werden ganz überwiegend von den Schichten der Arbeitnehmer aufgebracht, vornehmlich der Arbeiterschaft. Sie sind Ausdruck des Willens zur Eigentumsbildung, der selbstverantwortlichen Lösung der Wohnungsfrage und nicht zuletzt auch Ausdruck des Sparwillens unserer Bevölkerung. Und wenn hier nun über diese Entwicklung Genugtuung ausgesprochen werden kann, dann ist auf der anderen Seite doch auch anzumerken, daß uns gewisse Sorge erfüllt wegen der Erfüllung der Wünsche, die mit diesen Vertragsabschlüssen letzten Endes verbunden sind. Es ist die Sorge um die Baupreise, die hier vom Herrn Minister angeschnitten worden ist. Es ist Tatsache, daß die Baukapazität nicht mehr im Einklang steht mit den Bauaufträgen und daß in den letzten Jahren eine Verlagerung der Gewichte eingetreten ist zum Nachteil des Wohnungsbaues. Deswegen darf ich recht nachdrücklich für unsere Freunde, die auf diesem Gebiete im Bundestag und in den Parlamenten arbeiten, die Forderung unterstreichen, daß dem Wohnungsbau durch die Maßnahmen, die die Bundesregierung ergreifen will, der Vorrang gesichert wird, der ihm zukommt für die Dauer der Zeit, wo das Wohnungsdefizit noch nicht beseitigt ist.

Man hat uns entgegengehalten, daß diese Baupreissteigerungen aufgefangen werden könnten durch höhere Mietbeihilfen und ähnliche Maßnahmen. Doch sollten wir diesen Weg nicht gehen, um unsere Bausparer nicht zu enttäuschen. Es ist weiter zu bemerken, daß neben der Eigentumsbildung, die wir fördern wollen, auch die Eigentumserhaltung für uns eine wichtige Frage ist. Es ist bereits auf die Abbaugesetze des vergangenen Jahres hingewiesen worden, die unter dem Namen Lücke-Plan bekannt sind. Wir haben diese Gesetze nicht nur verabschiedet, um die Rentabilität zu verbessern, sondern auch, um dem Wunsche der Bevölkerung Rech-

nung zu tragen, den Wohnungsstandard zu heben. Wir wollen die Instandsetzung dieses Altwohnraumbestandes gewährleisten, vor allen Dingen aber seine Modernisierung. Wissen wir doch aus den Erhebungen der Wohnungsstatistik, wie sehr dieser Wohnungsbestand in seiner Ausstattung weit hinter dem sozialen Wohnungsbau, dem steuerbegünstigten und freifinanzierten Wohnungsbau zurückbleibt. Die Entwicklung des Wohnungsbaues läßt erkennen, wie sehr die Bevölkerung den Wunsch nach einer modernen Wohnung hat. Er kann auch erfüllt werden in den erhaltungswürdigen Wohnungen des alten Wohnungsbestandes. Auch hier ist die Frage der Baupreise für die Zukunft von außerordentlicher Bedeutung.

Noch ein letztes Wort zu dem Thema der Ballung und der Raumordnung. Wir können nur nachträglich der Forderung beitreten, daß, nachdem die Notzeiten im wesentlichen überwunden sind, jetzt die Wohnungsbaupolitik ihre Ergänzung findet durch eine entsprechend koordinierte Landesplanung und Raumordnung von seiten des Bundes; denn wir können bei der Ballung in manchen Städten die Schwierigkeit nicht mehr allein lösen durch örtliche Planung, um im ausreichenden Maße zusätzliches Bauland zu gewinnen, sondern wir müssen über die Grenze der Gemeinde hinausgreifen, wie der Minister vorgeschlagen hat, durch Planungsgemeinschaften und dergleichen mehr. Wir leiden ja darunter, daß man in manchen Gemeinden die Bevölkerung zusammengezogen hat in einem Ausmaß, das den Gebietsflächen der Kommunen nicht mehr entspricht. Wenn man in einem Schafstall nur eine bestimmte Anzahl von Schafen zusammenpferchen kann, so geht das genau so auch in den Gemeinden, wenn man dort nicht Hochhäuser in rauhen Mengen bauen will. Das entspricht nicht der Vorstellung von einem Wohnen in der Neuzeit, das den gesellschaftspolitischen Zielen der CDU gerecht wird.

Aus diesen Gründen ist aber auch die Koordinierung der Landesplanung und Raumordnungsmaßnahmen dringend notwendig, und zwar im Hinblick auf die Entwicklung der Baupreise, weil gerade der Antrieß von dieser Baupreissteigerung vornehmlich von Ballungszentren ausgeht.

So dürfen wir dem Minister, dem wir zu danken haben für seine Bemühungen um die Erhaltung des Wohnungsbauvolumens im sozialen Wohnungsbau, auch für diese neue Initiative danken, da sie dazu beitragen wird, daß wir das Wohnungsproblem so lösen, wie es den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der CDU entspricht.

(Beifall.)

Präsident Lemmer:

Das Wort hat unser Freund

Ministerpräsident Kiesinger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zu diesem Thema auch gern ein paar Worte sagen. Seitdem ich Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg bin, habe ich kaum ein faszinierendes Problem gefunden als das der Landesplanung und der Raumordnung. (Beifall.) Das ist ja auch aus den Worten meines Freundes Meyers her-

ausgeklungen. Ich finde, dieses Problem haben wir alle zusammen noch nicht genügend durchdacht. Es ist ungeheuer kompliziert und reichhaltig. Wir haben hier die Sünden des 19. Jahrhunderts gutzumachen, das unsere Landschaften mit einem Schorf von Häßlichkeit überzogen hat. Wir von der Jugendbewegung sind nach dem ersten Weltkriege hinausgezogen und sangen, daß wir heraus wollten „aus grauer Städte Mauern“. – Nun geht es darum, die grauen Städte zu schönen Heimstätten für ihre Bewohner zu machen. Das ist eine großartige Aufgabe. Wir sprechen von Entballung, wenn wir daran denken, diese riesigen Ansammlungen aufzulockern, die gar nicht mehr den Namen „Städte“ verdienen, welche oft nur Anhäufungen von Fabriken und Wohnhäusern sind.

Aber Entballung allein genügt nicht. Die kleine Stadt darf eben nicht nur eine kleine Siedlung sein, in die der Wälder- und Wiesenduft hineinweht, sondern sie muß ein kleines Kulturzentrum sein. (Beifall.) Hier heißt es aufpassen. Man muß darum kämpfen, daß die Institute, Schulen, vielfältigen Behörden auch in die kleinen Städte kommen. Man darf nicht zulassen, daß z. B. neue Schulen – etwa Ingenieurschulen, bei Neuplanungen auch Hochschulen – immer nur in große Städte kommen. (Beifall.) Ich kämpfe in meinem Land um jede kleine Lateinschule in den kleinen Städten. (Erneuter Beifall.)

Gewiß kommen hier natürlich die Beamten und sagen: Das ist nicht rationell, nicht ökonomisch. Dasselbe wird für die ländliche Zentralschule angeführt. Aber wenn in einem kleinen Dorf, wo es schon keinen Pfarrer mehr gibt, auch noch der einzige Lehrer, der zugleich Organist und Leiter des Gesangvereins ist, die Türen zumacht und die Koffer packt, dann ist dieses Dörfchen eben gottverlassen. (Beifall.) Ich habe in meinem Lande versucht, dieses ganze Anliegen in ein Wort zu fassen – es ist vielleicht kein ganz gutes Wort: Entprovinzialisierung. Wir würden gut daran tun, wenn wir aus Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden uns bald zusammensetzten und sähen, was wir da gemeinsam tun könnten.

Darf ich den Blick noch einen Augenblick auf das Dorf lenken. Dorferneuerung! Ohne jeden Zweifel eine ganz wichtige Aufgabe! (Beifall.) Ich kann nicht einsehen, daß der strotzende rauchende Misthaufen vor jedem Bauernhaus zur Schönheit unserer deutschen Landschaft Erhebliches beiträgt. Unsere Freunde von der Grünen Front sollten das mit uns einsehen. Aber es geht natürlich dabei um vieles mehr. Wir erleben den großen Prozeß der Aussiedlung, eine Revolutionierung der deutschen Landschaft. Eine kleine bescheidene Bitte! Ich weiß, daß der moderne Bauernhof sehr rationell eingerichtet und betrieben werden muß. Ich sperre mich dagegen nicht. Aber ich glaube, daß der Stil der neuen Aussiedlungshöfe von Nord bis Süd sich ein bißchen – auch bei aller Modernität – an die gute alte Tradition der deutschen Bauernhöfe anschließen sollte. (Beifall.) Wir sollten nicht einfach mit der Vergangenheit brechen.

Noch ein Gedanke zur Raumwirtschaft, den unsere Landesplaner besonders lieben. Ich glaube, es ist ein sehr guter Gedanke, in Zukunft so zu planen, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben können und verwurzeln, daß die nachgeborenen Bauernkinder nicht in die Ballungsräume abwandern

müssen – wie es geschehen ist –, sondern daß sie in der Landschaft, in der nächsten kleinen oder mittleren Stadt entweder ein Handwerk oder ein Geschäft beginnen oder auch in die Fabrik gehen können. Dadurch können wir der Vermassung, die doch mit der Fluktuation, dem Treibsand der modernen Zeit, verbunden ist, entgegenwirken.

Das alles ist dann letzten Endes wieder ausgerichtet auf das große gemeinsame Ziel, dem jeder Teil unserer Politik – von der Außenpolitik bis zur nüchternsten Finanzpolitik – dient: dem Menschen in dieser modernen Massenwelt jene Bedingungen zu schaffen, daß er das sein kann, was er nach dem Willen Gottes sein soll. (Beifall.)

Präsident Lemmer:

Das Wort hat Frau Grabowski, Stadträtin für Bau- und Wohnungswesen in Berlin-Schöneberg. (Beifall.)

Frau Grabowski (Berlin):

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Nach dieser charmanten Rede des Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger ist es kaum möglich, noch Besseres und Schöneres zu der Raumordnung und Landesplanung zu sagen.

Ich möchte besonders betonen, wie gut und schön es für uns ist, daß praktisch – Verzeihung! – der Laie auf diesem Gebiet nun erkannt hat, was eigentlich Raumordnung und Landesplanung ist. Wir freuen uns ganz besonders – dies sei mit besonderem Dank unserem Minister Lücke gesagt –, daß er, nachdem er die Hauptwohnraumnot aufgefangen hat, es fertiggebracht hat, mit Souveränität umzuschalten und zu sagen: Wir müssen der Raumnot an sich steuern, wir müssen lenken, ordnen und ein Gebiet in Angriff nehmen, das heißt: Städtebau – Raumordnung – Landesplanung.

Wir haben die Deutsche Akademie für Städtebau und die Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover, die sich mit diesen Gebieten beschäftigen. Ich selber hatte die Freude, durch Vermittlung unseres Freundes Dr. Czaja, 1954, glaube ich, war es, in der Akademie Rottenburg über dieses Thema zu sprechen. Damals habe ich darzulegen versucht, wie richtig es wäre, daß wir nicht ein Wohnungsbauministerium, sondern ein Gesamtbauministerium hätten. Diesen Vorschlag möchte ich heute wiederholen. (Beifall.) Wir wollen nicht mehr einen Wohnungsbauminister Lücke, wir wollen einen Gesamtbauminister Lücke. (Heiterkeit und Beifall.) Ich glaube, es ist ganz besonders wichtig, daß diese Gesamtraumordnung endlich einmal von uns angefaßt wird.

Wenn wir durch die deutschen Lande fahren, dann können wir doch die großen Erfolge sehen. Ich kann nur allen vorschlagen, mal von den Autobahnen wieder runterzugehen und die Landstraße zu benutzen. Ich sage immer, wenn ich durch die deutschen Städte fahre – auch wieder auf dem Wege nach hier –: da stehen wieder die vielen kleinen „Lückes“; ich meine die Gartenstädte, die wir draußen sehen. Manchmal sind sie noch etwas ungeordnet. Aber entscheidend ist hier der Wille, der da vorhanden ist.

1953 – die Zeit war es wohl – hatte sich der damalige Bundestagsabgeordnete Lücke gegen Angriffe der SPD zu wehren. Man warf ihm vor, seine Eigenheimplanung sei in diesem Ausmaß gar nicht möglich; es seien doch noch 4 Millionen Familien unterzubringen. Woher wolle man denn den Raum nehmen. Er hat damals eine Berechnung angestellt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß man, wenn man die 4 Millionen Familien unterbringen wollte, eine Fläche brauchte, die etwa 12 v. H. von Schleswig-Holstein oder 1 v. H. des gesamten Bundesgebietes ausmache. Diese Berechnung stellte natürlich, wie das so üblich ist, in etwa eine Milchmädchenrechnung dar. Aber sie hat doch gezeigt, daß es möglich ist, eine Vielzahl von Eigenheimen zu bauen, ohne in Raumnot zu geraten. Die SPD hat damals unrecht gehabt, denn heute zeigt sich, daß sich die Eigenheimbewegung in Deutschland bereits durchgesetzt hat.

Ich möchte hier noch etwas anschnneiden, was bisher nicht erwähnt wurde. Wir müssen nicht nur die Preisstabilität wahren, sondern wir müssen auch die Qualität des Bauens wieder heben; das ist sehr wesentlich. (Beifall.) Wir müssen nicht nur Eigentum schaffen, sondern wir müssen das Eigentum so schaffen, daß es solide ist und denen erhalten werden kann, für die es gebaut ist: den Kindern. Sie sollen es später einmal haben, und sie sollen nicht gezwungen sein, es gleich wieder instandsetzen zu müssen. (Beifall.)

Wir haben hier eine Möglichkeit, dem gewerblichen Mittelstand im Bauhauptgewerbe und im Baunebengewerbe eine Sicherung zu geben. In dem mittelständischen Baugewerbe ist der echte Handwerkergedanke und die Gesinnung des guten alten deutschen Bauhandwerkers durchaus noch vorhanden. Dieses mittelständische Baugewerbe müssen wir erhalten. (Beifall.) Wir müssen versuchen, das mittelständische Baugewerbe so zu gestalten, daß die Handwerker und Arbeiter dieses Gewerbes über das Land hin verstreut leben können und nicht die Flucht in die Städte antreten müssen, weil sie es dort bequemer haben.

Lieber Freund Lücke, lassen Sie mich Ihnen auch für das Dank sagen, was Sie für Berlin getan haben. Das sollte man auf diesem Parteitag wirklich einmal tun. Herr Minister Lücke hat vorhin Berlin-Wedding angesprochen. Er hat sich den Bezirk sehr genau angesehen. Wir haben viele Teile, die der Sanierung bedürfen. Wir warten alle auf das Sanierungsgesetz. Aber nur durch das, was die Bundesregierung unter Konrad Adenauer und Minister Lücke für Berlin getan hat, war es möglich, daß in diesem Jahr in Berlin die 200 000. Wohnung bezogen werden kann. Für diese Ihre Arbeit, Herr Minister Lücke, wollen wir Ihnen immer wieder danken. Wir wissen, was diese Leistung bedeutet.

Es grenzt schon an Zynismus, wenn die SPD in Berlin behauptet, der Minister Lücke wolle in unverständlicher Weise – wie es neulich gesagt wurde – einen Baustopp bewirken. Darum bin ich eben dafür dankbar, daß er heute diese Mär ausgeräumt hat. Aber es würde ihm später einmal mit Recht zum Vorwurf gemacht werden, wenn wir von einem Jahr zum anderen plötzlich mit dem Bau von Wohnungen heruntergehen

würden. Minister Lücke macht es doch gerade in ganz konsequenter Folgerichtigkeit, daß er es fertig bringt, ihn langsam abflauen zu lassen. Und diesen Zynismus, den wollen wir der SPD schwer anrechnen, wenn sie sagt: Wir bauen weiter wie bisher – alles mit den Geldern des Bundes! Aber wir bauen weiter wie bisher, und zwar mit der CDU.

(Beifall.)

Präsident Johnen:

Das Wort hat

Herr Dr. Wilhelm Reinermann (Düsseldorf):

Das Wort von Ministerpräsident Kiesinger über die Entprovinzialisierung des Dorfes gibt mir eine willkommene Anknüpfung für ein Anliegen, dem wir uns mehr als bisher widmen müssen. Es handelt sich um eine Lücke, nicht eine solche im Lückeplan, sondern im ganzen bisherigen Wiederaufbau. Mehr als 6 Millionen neue Wohnungen sind gebaut; ein riesig vermehrtes, helles und modernes Siedlungsbild umgibt uns. Aber es fehlen darin die Werkstätten und Läden der Handwerker und Kaufleute. Wenn überhaupt vorgesorgt ist, dann überwiegt in all den neuen Stadtvierteln, Wohnblocks, Großsiedlungen, Randsiedlungen usw. die kollektive Versorgungsform durch Großfilialen, Brotfabriken, Werksgesellschaften, Konsumvereine usw.

Jetzt sollen in den nächsten Jahren nochmals 2,5 Millionen neue Wohnungen in geschlossener Form, bis hin zu kompletten Trabantenstädten, errichtet werden. Hier müßte man nun anders vorgehen. Selbständige Existenzen gehören in die neuen Quartiere. Angenommen, daß etwa 6–7 Millionen Menschen ein neues Heim erhalten, oder auch ein besseres als das bisherige, so könnte man vielleicht 60 000–70 000 selbständige Existenzen des gewerblichen und freiberuflichen Mittelstandes ansetzen. Das hier angewendete Verhältnis von 1:1000 bedeutet schon eine starke Reduktion. Vor 20 Jahren kamen noch 25 solche selbständigen Berufsausübungen auf 10 000 Einwohner, heute sind es also nur noch 10 an der Zahl. Wenn es wenigstens in der künftigen Neubautätigkeit dazu käme! Hier steht nicht nur die Mittelstandspolitik auf dem Spiel. Vielmehr ein Stück sozialer Verfassung! Wir sollten uns von der einseitigen Modellvorstellung einer reinen Wohnstadt freimachen. Dieses Idol der Schlafstädte ist von drüben gekommen. Wir Deutschen dachten bis jetzt anders. Das hygienische und familienfreundliche Wohnen tut es nicht allein. Das tätige Werk sollte hinzutreten. Arbeit schafft Heimat. Die radikale Trennung von Beruf und Heim ist nicht der Weisheit letzter Schluß. Das Pendlerdasein ist kein unentrinnbares Schicksal (Zwischenruf Kiesinger: Das habe ich ja gerade gemeint). Ja, gewiß: Wir stimmen ganz überein. Ich möchte noch auf eine besondere Konsequenz aufmerksam machen: Von 100 Handwerkslehrlingen können heute noch 60 im Elternhaus verbleiben. Sie finden eine Lehrlingsausbildung an Ort und Stelle. Weitere 25 fahren in die nächste Kreisstadt usw., kommen jedoch wieder heim. Die restlichen 15 müssen sich schon in jungen, entwicklungswichtigen Jahren von Vater und Mutter trennen und am fernen Ort lernen; in Wohnheimen usw. finden sie Aufnahme.

Wenn aber nun die neuen Wohngebiete und Städte so wenig Gewerbebetriebe aufweisen und wenn die Zahl der selbständigen gewerblichen Existenzen auf dem Land und in den kleineren Gemeinden weiter zurückgeht, dann schrumpfen auch die örtlichen Ausbildungsmöglichkeiten. Viel mehr junge Menschen als jetzt sind dann genötigt, schon im frühen Jugendalter das Elternhaus zu verlassen, wenn sie einen Vollberuf erlernen wollen. Unser Anliegen hat daher auch einen gewichtigen familienpolitischen Aspekt.

Darum sollte jetzt einiges geschehen. Man kann die Dinge nicht mehr sich selbst überlassen. Das Ergebnis ist bekannt und nicht mehr revidierbar. Was einmal gebaut ist, bleibt 50 und 100 Jahre stehen. Der Schlüssel für eine gedeihlichere Entwicklung auf diesem weiten Feld liegt bei den Gemeinden. Die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen müssen diese Aufgabe sehen. Gottlob ist ein Bundesgenosse für unser Verlangen entstanden: Die Wohnbevölkerung in diesen Wohn- und Schlafstädten beklagt sich über die Vernachlässigung ihrer täglichen und sonstigen Versorgungsbedürfnisse. Vor allem hat sie keine freie Käuferwahl, es sei denn, daß man in die Innenstadt oder in den nächstgelegenen alten Vorort fährt, wo noch genügend Läden und Werkstätten verblieben sind.

Ein zweiter Bundesgenosse hat sich hinzugesellt. Das ist die mangelnde Lebensfähigkeit reiner Wohngemeinden. Es fehlt ein nennenswertes Aufkommen an Gewerbesteuer. Der Fall steht nicht mehr so ungünstig. Unsere Kommunalpolitiker sollten sich also aufraffen. Die Leit- und Durchführungspläne werden ohnehin ständig geändert. Zumindest gehören Betriebe für den Nahbedarf – also nicht nur Verkaufsstellen von Großfilialisten – in die Ortssatzungen hinein. Es gibt eine Reihe guter Beispiele, so in Münster, Reutlingen, Sennstadt oder im Aachener Bergwerksrevier u. a. m.

Die vorhandenen Förderungshilfen müssen ausgebaut werden. Am meisten haben bis jetzt noch die Bausparkassen für die Finanzierung sog. gemischt-genutzter Bauvorhaben getan. Dort sind Arbeitsstätte und Wohnsitz wieder vereint. – Aber es bedarf einer neuen, einer gesammelten Anstrengung auf allen Ebenen von der Gemeinde bis zum Bund. Auf dreifachem Weg: erstens Einplanung mittelständischer Betriebsstätten, zweitens entsprechende Auflagen bei der Bewilligung öffentlicher Wohnbaumittel, drittens geeignete langfristige Kredithilfen. Auch die Berufsvertretungen müssen sich hier ganz anders anstrengen als bisher. Die ganze Nachwuchspflege des gewerblichen Mittelstandes könnte sonst ins Leere stoßen. Ich möchte dieses Versäumnis hier nicht verschweigen. Soviel Selbstkritik müssen wir seitens der Interessengruppen schon aufbringen.

Kurz und gut, eine große und schöne Aufgabe ist uns gestellt. Packen wir sie an! Dann wird auch die Resignation im gewerblichen Nachwuchs weichen. Auch werden wir der Landflucht nicht Herr, wenn wir nicht zugleich auch die Gewerbeflucht bekämpfen. Das ist ein Weg zum Strukturgleich, zur Entprovinzialisierung! Helfen Sie mit!

(Beifall.)

Präsident Johnen:

Es spricht

Frau Minister Ohnesorge (Schleswig-Holstein):

Meine Damen und Herren! Das sehr weitgespannte Referat von Herrn Bundesminister Lücke und die weitreichenden Ziele, die er aufgezeigt hat, sind durch die vorhergegangenen Diskussionsredner in jeder Form vertieft und zum Teil sogar ergänzt worden. Darum will ich hier als Ressortminister eines Landes nur noch ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Herrn Ministers Lücke sagen. Wir Länderminister fühlen ja vielleicht noch unmittelbarer sowohl, was geschehen ist, aber auch, was noch zu tun bleibt.

Wir empfinden, daß gerade die Wohnungsuchenden, die heute noch vor den Toren der Wohnungsämter – wie man das so gemeinhin ausdrückt – Schlange stehen, ein ganz besonderes Problem für uns darstellen. Und zwar deshalb, weil sie am schwierigsten den Wohnraum finden, den sie für sich und ihre Familie brauchen, sei es, daß ihre Anfangsmittel beschränkt sind, sei es, daß sie Rentner oder Großfamilien sind, die eben ohnehin über ein relativ kleines Einkommen verfügen. Die Lösung dieser Aufgaben, die trotz der großen und sichtbaren Erfolge der Wohnungsbaupolitik des Bundes – vertreten von Herrn Wohnungsbauminister Lücke – und die trotz Anstrengung der Länder auch heute noch auf uns wartet, hat doch eines zur Voraussetzung: nämlich die Stabilität der Baupreise. Es wird uns unmöglich gemacht, diesen Personenkreis angemessen mit Wohnraum zu versorgen, wenn wir das Ansteigen der Baupreise, auch das Ansteigen der Bodenpreise, der Erschließungspreise und summa summarum der Mieten in so bedrohlicher Form feststellen müssen. Und, Herr Bundesbauminister, ich bedaure es zutiefst, daß die von Ihnen geplante Lösung – wie Sie sagen – „verbaut“ worden ist. Ich hoffe, daß dieses Wort „verbaut“ doch auch noch irgendeinen Hoffnungsschimmer in sich verbirgt; denn was verbaut ist, kann man ja eventuell auch wieder beseitigen. Hindernisse – und an denen sind Sie ja noch nie gescheitert – sind ja schließlich auch zu überwinden. Und wenn die Opposition – das ist ja völlig unverständlich – nicht einsieht, daß diese Aufgabe der wohnraummäßigen Versorgung breiter Kreise – und zwar gerade sozial schwacher Kreise – unseres Volkes noch teilweise ungelöst vor uns steht, und wenn gewisse Interessengruppen, die Sie ja auch erwähnten, sich ebenfalls einer vorgeschlagenen Lösung entgegengestellt haben, so wollen wir darum doch hoffen, daß auch einmal die Vernunft zum Siege kommt. (Beifall.)

Der Baugenehmigungsstopp, den Sie geplant haben, hätte bestimmt für den sozialen Wohnungsbau – und nur für den habe ich hier zu sprechen – Erfolge gezeitigt. Dafür sehe ich jetzt im Moment aber keine andere Lösung und alle, die sich Ihrem Plan entgegengestellt haben, haben ja bisher nichts Besseres vorzuschlagen gewußt. Ich darf einmal ein böses Wort zitieren, das einer der volkstümlichsten Berliner gesagt hat: „Man kann den Menschen mit seiner Wohnung erschlagen wie mit einer Axt.“ Das gilt auch für die Familie. Und es ist ja unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Zeiten endgültig vorüber sind. Darum dürfen

aber unsere Bemühungen nicht erlahmen, die Baupreise schon im Interesse der Familie zu halten. Wir haben ja von den wirtschaftspolitischen, den arbeitspolitischen, den planerischen und den Raumordnungsproblemen gehört. Die Wohnraumversorgung aber ist und bleibt die Grundlage für eine gesunde Familienpolitik, wie wir sie wollen, und alle anderen Interessen und politischen Gesichtspunkte haben gegebenenfalls hinter ihr zurückzutreten.

(Beifall.)

Präsident Blumenfeld:

Wir haben noch drei Redner, die ich bitten möchte, sich genauso kurz zu fassen wie alle Vorredner. Das Wort hat unser Freund Mick. Es folgt dann unser Freund Czaja.

Herr Mick, MdB:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Wir haben trotz der großen Erfolge, die wir in der Bauwirtschaft erzielt haben, an sich noch nie einen wolkenlosen Himmel gehabt, und es ist nicht erst heute, daß die Bauwirtschaft uns einige Sorgen macht. Lassen Sie mich dem aber gleich hinzufügen, daß diesen Entwicklungen, denen wir zur Stunde gegenüberstehen, der Bundeswohnungsminister weiß Gott sehr mutig entgegengetreten ist. So wie ich ihn kenne, wird er das auch weiter tun; denn er kommt nicht umsonst aus dem Bergischen Land, von dem wir an den luftigeren Gefilden des Rheines sagen, daß es dort Leute mit ganz besonders dicken Köpfen gibt. (Heiterkeit.)

Bauarbeiter kennen eine Regel: Wenn der Beton gemischt ist, muß er auch geschüttet werden, sonst bindet er an der falschen Stelle ab. Ich verhehle nicht meine Sorge darüber, daß der Beton zwar gemischt, bisher aber von uns noch nichts geschüttet worden ist, um der Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft Einhalt zu gebieten. Die Bauwirtschaft – das betrifft sowohl Bauunternehmer als auch Bauarbeiter – sollte das geringste Interesse daran haben, ihre Arbeit unter dem Vorzeichen von Goldgräbern zu sehen, wobei den Bauherren empfohlen wird, mit ihren oft allzu leicht erworbenen Nuggets nicht allzu laut in den Taschen zu klimpern, so etwas macht begerlich. In den Taschen klimpern, meine lieben Freunde, kann am wenigsten der Wohnungsbau und überhaupt nicht der soziale Wohnungsbau. Hier aber haben wir es nicht mit einer Expansion der Wirtschaft zu tun, sondern hier haben wir es zunächst mit der Deckung lebenswichtigen Bedarfs zu tun. Und alle diese klugen Leute, die uns heute sagen, daß die Expansion der Wirtschaft ungehemmt fortgehen müsse, daß man hier nicht einfach eingreifen dürfe usw., die müßten dann auch gültigerweise hinzufügen, daß es sie dann nicht stört, wenn dabei andere – vor allen Dingen die, die heute noch keine Wohnung haben – unter den Schlitten kommen. Wohnungswirtschaft ist nicht nur eine Frage des Wohnungsbaues, sondern gerade im gegenwärtigen Augenblick doch eine Frage unserer Wirtschaftskonjunktur überhaupt, und ich möchte – ich spreche das in aller Offenheit aus – lieber die Millionenheere deutscher Sparer hinter uns und von ihrem Beifall unserer Politik begleitet sehen. Dann kümmert mich nicht das Geheul kleiner Interessenhaufen. (Beifall.)

Kein Bauunternehmer, kein Hausbesitzer und kein Mieter, aber auch kein Verbraucher von Wirtschaftsgütern anderer expansiver Wirtschaftszweige und erst recht nicht der Bürger von Bund, Ländern und Gemeinden können ein Interesse daran haben, daß die Bauwirtschaft, die auch heute noch Schlüsselwirtschaft ist, die Gesamtwirtschaft unter hektische Vorzeichen stellt. Was wir mit der Förderung des Winterbaues, den freiwilligen Vereinbarungen der Tarifpartner erreicht haben – eine kontinuierliche Beschäftigung der Bauwirtschaft –, dürfen wir auf keinen Fall gefährden. Der Trend vom Land zur Stadt, vom Wohnungsbau zum Wirtschafts- und Behördenbau ist in dem Umfang, wie er sich heute vollzieht – kein guter Start für das, was wir unter dem Kapitel Raumordnung wollen. Es wird eine der größten Aufgaben des kommenden Bundestages sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Expansion der Wirtschaft sich da vollzieht, wo gleichzeitig auch der Bau von Wohnungen, Schulen und allem, was zu einem Gemeinwesen gehört, gewährleistet ist, weil hier und nur hier auch die notwendigen Voraussetzungen, vor allem in bezug auf Grund und Boden und damit für einen entscheidenden Teil unserer Eigentumspolitik gegeben sind. Wirtschaft, soweit sie nicht standortbedingt ist, muß sich da vollziehen, wo auch der Lebensraum für die Menschen vorhanden ist. Die Wirtschaft ist nun einmal für den Menschen da, nicht umgekehrt.

Lassen Sie mich ein spezielles Kapitel der Wohnungswirtschaft kurz anreißen, nur um nachzuweisen, daß es gesehen wird, denn im Rahmen dieses Diskussionsbeitrages können ja ohnehin nur einige Punkte sichtbar gemacht werden. Sie wissen, daß wir gerade in der jetzt bald der Vergangenheit angehörenden Legislaturperiode des Bundestages lebhafte und von großem Erfolg begleitete Anstrengungen (Glocke des Präsidenten.) für eine breite Eigentumsstreuung unternommen haben.

An dieser Politik mitzuhelfen, ist nicht zuletzt auch eine Aufgabe der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. (Glocke des Präsidenten.) Hierzu muß ich ein Wort sagen: Wo Licht ist, ist auch Schatten, und wir haben uns mit Entschiedenheit dagegen zu wehren, daß die gemeinnützige Wohnungswirtschaft zu einem Satelliten der SPD degradiert wird, (Lebhafter Beifall.) weil der Verbandsdirektor dieser leitenden Wohnungswirtschaft seine Stellung nicht mehr von der eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu unterscheiden vermag. (Sehr-richtig-Rufe.)

Vor allem gilt es, das hohe ethische Prinzip des Genossenschaftswesens, auch der Wohnungsbaugenossenschaften, aus diesem Sodom und Gomorrha der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft herauszulösen, damit Genossenschaft wieder das sein kann, was sie war, daß sie nach dem Gesetz weiter marschieren kann, nach dem sie angetreten ist.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Das Wort hat unser Freund Dr. Czaja, dann als letzter unser Freund Fritz Baier.

Herr Dr. Czaja, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Partei kann, glaube ich, stolz darauf sein, daß sie nach den Zerstörungen des Krieges viele Jahre vor der SPD die Eigentumsbildung durch Wohnungsbau für breiteste

Schichten der Bevölkerung in ihr Programm geschrieben hat. Auch darin zeigte sich die CDU als junge, die Aufgaben der Zeit erfassende und konstruktive Ideen vertretende Partei. Die offiziellen SPD-Experten zeigten auf diesem Gebiete, daß sie mit reichlicher Verspätung ihr Programm von der CDU abzuschreiben versuchen, ohne es innerlich zu bejahen. Jetzt im Wahljahr will nämlich in Bonn nach außen hin niemand ein Gegner des Familienheims sein. Wer aber in diesen Jahren um die Verwirklichung dieser Idee gekämpft hat, der weiß, welche Knüppel uns an allen Stellen von der Opposition aus in den Weg geworfen wurden.

Das Gerede von der Lückeschen Romantik ist bei den SPD-Experten verstimmt, und zaghafter sind ihre verklausulierten Anträge gegen den Vorrang der Eigenheimförderung. Die Wirklichkeit und die Sehnsucht vieler Wähler scheinen die SPD zu zwingen, auch hier in die Linie der CDU einzuschwenken. (Sehr-richtig-Rufe.) Freilich ist auch hier noch vieles Tarnung. Funktionäre, die zu eng mit jenen großen Wohnungsbau-GmbH verbunden sind, die 80 000, 100 000 und mehr Wohnungen besitzen, können wohl das Godesberger Scheinprogramm nicht wörtlich nehmen im Kapitel „Eigentum und Macht“, sonst müßten sie diesen Unternehmen den Kampf ansagen (Lebhafter Beifall.), und sie müßten mit Minister Lücke Wege im Gemeinnützigkeitsrecht suchen, um einen Teil dieser Wohnungen zu privatisieren, ohne die verfassungsmäßige Garantie des Eigentums zu verletzen. (Lebhafter Beifall.)

Im Kapitel „Eigentum und Macht“ des Godesberger Scheinprogramms heißt es so sinnig:

„Die Großorganisationen der Wirtschaft,“ – und dazu gehören wohl auch die Mammut GmbH – „wollen die Herrschaft nicht nur über die Wirtschaft, sondern über den Menschen“.

Was dann weiter darin steht, gilt ja, Herr Minister Lücke, wohl für die Wohnungswirtschaft:

„Solche Mammutunternehmen“ – so heißt es also im Godesberger Scheinprogramm, „greifen nach der politischen Macht und usurpieren die Staatsgewalt.“

Dann heißt es weiter, und diese Forderung ist bei der SPD noch unerfüllt:

„Die Bändigung der Macht großwirtschaftlicher Unternehmen“ –

und ich füge hinzu: der Mammut-GmbH in der Wohnungswirtschaft – „ist darum eine zentrale Aufgabe freiheitlicher Wirtschaftspolitik“

Viele von uns haben sich jahrelang darum verzehrt. 1,5 Millionen Familienheime von sechs Millionen Wohnungen, das Ergebnis läßt sich sehen! Aber der Anteil der Eigentumbildung muß in den nächsten Jahren noch weiterhin gesteigert werden, (Beifall.) denn infolge der Not des Krieges und der Nachkriegszeit sind heute weniger Familien als vor dem Kriege Eigentümer der von ihnen bewohnten Wohnungen. Die Förderung der Eigentumbildung durch Wohnungsbau in der jeweils sinnvollsten Form als gesellschaftspolitische Aufgabe wird uns noch viele Jahre hindurch beschäftigen. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb sind wir als Familienheim-Freunde ganz besonders für das, was an einem denkwürdigen Tag unserer Gesellschaftspolitik am 17. Februar geschehen ist, als nämlich der für die Richtlinien der Bundespolitik verantwortliche und auch im nächsten Jahr verantwortliche Bundeskanzler grünes Licht für den Schritt von der Wohnungsbau- zur Städtebaupolitik nach reiflichen Vorbereitungen des Wohnungsbauministeriums gegeben hat. (Beifall.)

Sie werden mir entgegen: Eigenheimbildung und das Bauland! Wir gehen an heißen Eisen nicht vorbei: Baulandpreise kann man in normalen Zeiten nicht mit Zwangsmaßnahmen halten, sondern nur durch den Versuch, Angebot und Nachfrage auszubalancieren und die Nachfrage mit marktgerechten Mitteln dorthin zu locken, wo unter Schonung landwirtschaftlich wertvollen Geländes noch nicht die Preise der Ballungkerne mit beschränktem Angebot gelten.

Deshalb sind wir dankbar, daß in erreichbarer und erschließbarer Entfernung von den Ballungskernen Wohnungs-, Siedlungs- und Städtebau, natürlich aber auch der Bau von Arbeitsstätten, vorwärts getrieben werden soll. Bei den Herren der Verwaltung war hier häufig davon die Rede. Ich darf aber darum bitten, daß hierbei kein öffentlicher Dirigismus in den Vordergrund tritt. Wohnungswirtschaft, Industrie, kommunale Arbeitsgemeinschaften, Länder und Bund wollen wir hier Hand in Hand beisammen stehen. (Glocke des Präsidenten.)

Die schweren Folgen des vorläufigen Verlustes eines erheblichen Teils unseres Siedlungslandes und der Vertreibung und Flucht von 13 Millionen Menschen zeigen sich jetzt in vollem Ausmaß. Nachdem zunächst die Erstunterbringung gemeistert wurde, gilt es nunmehr, die krank gewordene Siedlungsstruktur gesund zu machen. Dazu wünschen wir in der nächsten Legislaturperiode Taten. Mit einer wirksamen Raumordnung und Entballung steht und fällt der verstärkte Familienheimbau. Herr Minister, ich möchte Ihnen wünschen, daß Ihnen dieses Stück der Reform gesellschaftspolitischer Zustände gelingen möge, daß Sie auf allen Ebenen – in den Gemeinden, in den Ländern sowie auch in unserer Fraktion und weit darüber hinaus bei den Genossenschaften, die Kollege Mick angesprochen hat – dafür Unterstützung finden, daß dieses Programm schrittweise, wie es in dieser Welt üblich ist, verwirklicht wird. Auch Eigentumsbildung durch Wohnungsbau steht und fällt mit einer wirksamen Raumordnung und Entballung!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Als letztem erteile ich das Wort unserem Freunde Fritz Baier.

Herr Fritz Baier, MdB:

Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich die Diskussion auf das Referat unseres Parteifreundes Minister Lücke zurückführen. Die Aufgabe der nächsten Jahre lautet: Vom Wohnungs- und Städtebau zur Dorferneuerung! Alle, die hier versammelt sind, werden diese Ihre Aufgabenstellung begrüßen, vor allem auch, Herr Minister, die Delegierten, die vom flachen

Land draußen, vom Dorf, kommen. Wenn in den letzten Jahren immer von der Notwendigkeit der Stadisanierung gesprochen wurde, so sahen wir das ein, aber wir dachten auch an unsere Dörfer. (Beifall.) Wer die Wohn- und Lebensverhältnisse dort kennt, der weiß, daß mit ein Grund für die Abwanderung in die Ballungszentren neben den fehlenden Arbeitsplätzen, neben den unzureichenden Ausrüstungen in kultureller Hinsicht vielfach die durch den überholten Baubestand schlechten Wohnverhältnisse waren.

Herr Minister! Sie wollen das Problem der Dorferneuerung mit anpacken. Darüber sind wir sehr erfreut; denn, ich glaube, Raumordnung, Städtebau und die Dorferneuerung gehören zusammen. Mit dieser Dorferneuerung stellt sich ein sehr wesentliches Problem; denn hier müssen neben den agrarpolitischen Gesichtspunkten allgemeine Überlegungen einer Neuordnung der Dörfer berücksichtigt werden. Manches wurde bereits im Rahmen des Grünen Planes getan; aber ich glaube, es genügt nicht, weil es zu einseitig ist. Das würde dazu führen, daß der neuerstellte Bauernhof neben dem alten, dem Verfall nahen Wohnhaus des Feierabendbauern, der seine Existenz in einem industriellen Arbeitsplatz gesucht hat oder neben dem des Nichtlandwirts stehen würde.

So sind wir im badischen Land in der Gemeinde Stebbach zur Zeit dabei, ein solches Musterbeispiel zu demonstrieren. Auch hier begann es mit der Flurbereinigung und mit der Aussiedlung einiger Höfe. Es zeigte sich sehr bald, daß es nur eine halbe Sache geworden wäre; denn es galt, neben den landwirtschaftlichen Interessen die der Nichtlandwirte auch zu berücksichtigen, die immerhin die Hälfte dieses Dorfes einnahmen. So hat sich der Bundesminister für Wohnungsbau eingeschaltet, und man ist zu einer Gesamtvereinigung des Dorfkernes gekommen. Es kam noch etwas hinzu: Durch dieses Dorf führt eine schmale kurvenreiche Bundesstraße, die nach dem Straßenverkehrsplan erst in vier Jahren umgelegt worden wäre. Es war nun möglich, daß auch der Bundesverkehrsminister hier mitmachte und daß nun, gemeinsam koordiniert, dieses Beispiel einer echten Dorferneuerung durchgeführt wird.

Durch diese gemeinsam koordinierte Maßnahme, durch die Einbeziehung des gesamten Ortskernes hoffen wir, ein Modell einer Dorferneuerung beispielgebend für viele andere Fälle in der Bundesrepublik zu schaffen.

Wenn ich Ihnen das, meine lieben Parteifreunde, hier auf dem Bundesparteitage sage, dann einmal, weil wir an verschiedenen Modellen Erfahrungen auf dem Neuland der Dorferneuerung sammeln müssen. Ich darf Ihnen sagen: Viele Schwierigkeiten und Hindernisse ergeben sich dabei. Ich will es aber auch sagen, weil wir vor allem über die Ressorts hinweg eine gemeinsame Lösung finden müssen, und deshalb wird die Koordination durch ein Ministerium notwendig werden.

Der Herr Bundesminister Lücke erklärte heute in seinem Referat, die Aufgabe Städtebau und Dorferneuerung im Rahmen einer wirksamen Raumordnung seien in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Ge-

meinden zu lösen. Es gilt daher, hier gemeinsam Hand anzulegen, damit diese große Zukunftsaufgabe, meine Freunde, nicht in Ressort- und Kompetenzschwierigkeiten versandet. (Beifall.)

Wir brauchen in der Union auf den verschiedenen politischen Ebenen für diese Aufgabe tatkräftige Männer und Frauen. Es wäre deshalb ein Vorschlag an diesen Bundesparteitag, daß wir in unserer Partei auf Bundes- und Landesebene Fachausschüsse für Wohnungsbau- und Raumordnungsfragen bilden, die sich um diese gemeinsame Arbeit bemühen und die Kräfte mobilisieren und die auch die verschiedenen Standpunkte, die wir auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene oft einnehmen, abklären. (Glockenzeichen.)

Wir brauchen in Zukunft dafür ein zuständiges Ressort im Bund, (Lebhafter Beifall.) welches sich dieser großen Zukunftsaufgabe von Wohnungsbau, Städtebau und Dorferneuerung, und damit der Raumordnung, widmet. (Lebhafter Beifall.)

Wir, die christlichen Demokraten, sollten daher vollinhaltlich diesen Plänen unseres Freundes und Bundesministers Paul Lücke zustimmen. Ich glaube, wir müssen zustimmen, weil wir gewillt sind, den Menschen und den Familien als Fundament unserer freiheitlichen Ordnung zu dienen. Danke schön.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Meine Freunde! Damit darf ich auch diesen letzten Punkt unserer Tagesordnung, was die Referate betrifft, für erledigt erklären. Ich darf vor allem dafür danken, daß sich alle Sprecher so vorbildlich kurz gefaßt haben.

Ich rufe nunmehr als letzten Punkt unserer Tagesordnung auf die

Entschliefungen

die vom Redaktions-Ausschuß durchgearbeitet worden sind und die uns heute, nun jetzt, bekanntgegeben werden.

Bevor ich unserem Freund Dr. Gerhard Schröder, als dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, das Wort erteile, darf ich zunächst – das ist eine notwendige Formalität – dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, unserem Freund Erik Blumenfeld, das Wort geben.

Erik Blumenfeld:

Meine Freunde! Ich darf diesen Bericht wohl von hier aus erstatten: Die Mandatsprüfungskommission hat sich in viertägiger Arbeit ihrer Aufgabe entledigt, und ich darf Ihnen mitteilen, daß von 535 stimmberechtigten Delegierten 491 anwesend sind oder anwesend sein sollten, wie ich feststellen darf.

Die Mandatsprüfungskommission hat ihre Aufgabe sehr genau vollzogen; sämtliche Unterschriften sind von den Landesvorsitzenden oder den Landesgeschäftsführern in den vergangenen Tagen erfolgt. Ich darf damit feststellen, daß wir stimmberechtigt sind und daß alle stimmberechtigten Delegierten ebenfalls abstimmen dürfen.

Präsident Lemmer:

Recht schönen Dank.

Das Wort hat unser Freund

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Redaktionskommission möchte Ihnen einen ganz klaren Vorschlag machen, den ich kurz begründen will. Wir sind dem Verlauf der Vorträge und Diskussionen sehr sorgfältig gefolgt und eigentlich zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht richtig sei, eine Fülle von Einzelentschießungen zu verabschieden, sondern nur einer einzigen Entschließung einen gewissen Vorrang zu geben und im übrigen die Aussage dieses Parteitages in einer Art Manifest zusammenzufassen.

Ich darf zunächst die Entschließung zur Hand nehmen, die wir als einzige zur Verabschiedung empfehlen möchten. Es ist eine Entschließung über einen sehr wichtigen Punkt und, wie Sie sehen werden, über eine sehr große Summe. Ich darf Ihnen die Entschließung vorlesen:

Entschließung

Der Parteitag fordert Bundestag und Bundesregierung auf,
den Betrag von 500 Millionen DM

aus dem Privatisierungserlös des Volkswagenwerkes für Ausbildungs- und Leistungsförderung bereitzustellen. Diese Bundeshilfe soll zusätzlich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen gegeben werden.

Aus der Bundeshilfe für Ausbildungs- und Leistungsförderung sind vornehmlich zu unterstützen:

1. die Talentförderung und Fortbildung der bereits im Beruf stehenden Menschen,
2. die sozial-pädagogische Ausbildung,
3. der Neubau und die Einrichtung von wissenschaftlichen Hochschulen, von Fachschulen, höheren Fachschulen und von Studentenheimen.

Dies ist die einzige Entschließung, die wir zur Abstimmung empfehlen möchten. Wenn darüber verfügt worden ist, Herr Präsident, darf ich mich dem Kölner Manifest zuwenden.

Präsident Lemmer:

Sie haben die Entschließung zur Kenntnis genommen. Nach § 34 unserer Geschäftsordnung kann eine namentliche Abstimmung von $\frac{1}{4}$ der anwesenden Delegierten beantragt werden. Geschieht das? –

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann darf ich nunmehr bitten, durch Handzeichen Ihre Zustimmung für die eben verlesene Entschließung zum Ausdruck zu bringen. – Danke sehr! Ich darf fragen, wer dagegen ist. – Niemand! Enthaltungen? – Auch niemand! Ich darf nunmehr unseren Freund Dr. Schröder bitten, das Manifest zu verlesen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Herr Präsident! Ich darf dann das Kölner Manifest 1961 verlesen. Wir sind dabei von dem Gedanken geleitet worden, das, was hier auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommen ist, in einer möglichst kurzen und prägnanten Form zusammenzufassen.

Das

Kölner Manifest 1961

lautet folgendermaßen:

Deutschland, nach dem 2. Weltkrieg verachtet und verlassen, hat in der Bundesrepublik unter Führung der Union Achtung und Freundschaft in der freien Welt erworben und Sicherheit vor dem sowjetischen Imperialismus gewonnen.

Noch aber leben siebzehn Millionen Deutsche in der Zone unter täglich neuen Bedrückungen eines fremden Gewaltregimes. Ihnen bleiben wir mit unserer ganzen politischen Arbeit leidenschaftlich verbunden.

Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassenkämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet.

Die Union stellt sich in Zuversicht dem Urteil des deutschen Volkes bei der Wahl zum Bundestag am 17. September 1961.

Dem guten Recht eines jeden, aber keinem einseitigen Interesse verpflichtet, werden wir auch in Zukunft in Verantwortung vor Gott und den Menschen unsere politischen Entscheidungen treffen.

Die Christlich Demokratische Union will

*die Freiheit aller Deutschen,
den Frieden der Welt,
die Einheit des Vaterlandes,
die Einigung Europas,
die Atlantische Gemeinschaft.*

Sie fordert deshalb

1. die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen;
2. das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit;
3. die Einigung Europas und den Ausbau des atlantischen Bündnisses;
4. die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen;
5. die gemeinsame Hilfe der freien Welt für die Entwicklungsländer.

Die Christlich Demokratische Union will

die Freiheit des Bürgers,
die Förderung der Familie,
die freie Entfaltung der Gesellschaft,
Eigentum für jeden und Wohlstand für alle,
soziale Ordnung in Stadt und Land.

Sie fordert deshalb

1. die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum, Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämiensparens und der Volksaktie;
2. solide Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität, Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte Förderung aller Begabten von der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen durch Stipendien und Darlehen, für jeden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung;
3. Stärkung der Familie, Ausbau des Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung des Eigenheims und der Eigentumswohnung, familiennahe Kindergärten und Spielplätze;
4. Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem „Goldenen Plan“, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten;
5. umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser.



Dr. Johann B. Gradl, MdB, Berlin.

Prof. Dr. Hans Furler, Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates.





Dr. Fritz Hellwig, MdB, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion.

Freiherr zu Guttenberg, MdB.



**DIE ERFOLGE UNSERES VOLKES UNTER DER FUHRUNG DER UNION
SIND JEDEM SICHTBAR.**

WER DAS ERREICHTE NICHT AUFS SPIEL SETZEN, WER UNSERE ZUKUNFT SICHERN UND WER DEN WEG NACH OBEN WEITERGEHEN WILL, WÄHLT DIE CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS!

Präsident Lemmer:

Meine Freunde! Ich darf zunächst dem Vorsitzenden des Redaktionskomitees, Dr. Gerhard Schröder, und seinen Mitarbeitern für die Ausarbeitung des Manifestes danken, über dessen Verabschiedung als Plattform für den Wahlkampf 1961 Sie nunmehr zu entscheiden haben. Wird eine namentliche Abstimmung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich darf Sie bitten, durch Handzeichen Ihrer Zustimmung Ausdruck zu geben. –

Gegenprobe! – Enthaltungen! – Ich stelle die einstimmige Annahme unseres Wahlmanifests fest.

(Stürmischer Beifall!)

Meine Freunde! Lassen Sie mich als zur Zeit amtierender Präsident eine ganz kurze Anmerkung zum Abschluß der Arbeitssitzungen unseres Parteitagcs 1961 machen.

Sie werden Verständnis haben, daß ich dem Wortlaut des Wahlmanifests mit besonderer Befriedigung entnommen habe, daß sich die Christlich Demokratische Union in der Bundesrepublik zu Berlin als der Hauptstadt aller Deutschen ausdrücklich bekennt.

(Lebhafter Beifall.)

Mit dieser Freude verbinde ich als Berliner einen besonderen Dank für die Stadt Bonn, die in dieser schweren Zeit stellvertretend für Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik die verantwortliche Regierung – die einzige mit demokratischer Legitimation – in ihren Mauern aufgenommen hat. Ich weiß von dem früheren Oberbürgermeister und von dem jetzigen Oberbürgermeister unserer Bundeshauptstadt, daß sie sich mit uns auf den Tag freuen, wo sie nach Berlin fahren können, um dort der Freude Ausdruck zu geben, daß Berlin seine Funktion als Hauptstadt unseres Volkes wiedergewonnen hat.

(Beifall.)

Eine zweite Bemerkung! Wir haben von unseren 17 Millionen Landsleuten in der Zone gesprochen. Sowohl in den Referaten des Parteitages als auch in der Diskussion ist vielfach an sie gedacht worden. Ich möchte in diesem Augenblick der Verabschiedung des Manifests mit Ihrer Zustimmung noch einmal einen herzlichen Gruß all den Deutschen entbieten, die nicht den Vorzug haben, mit uns in freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit zusammenleben zu können.

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

In diesen Stunden begeht das Volk in der früheren afrikanischen Kronkolonie Großbritanniens die Feier seiner Unabhängigkeitswerdung. Die Klugheit britischer Politik hat den Übergang zu dieser Eigenstaatlichkeit so stilvoll und so weise durchgeführt, daß wir uns wohl berechtigt fühlen dürfen, dem Volke des nunmehr 28. Staates des afrikanischen Kontinents unsere besten Grüße von diesem Parteitag aus zu übermitteln.

(Beifall.)

Ich kann das allerdings nicht ohne ein Gefühl der Bedrückung tun. Das, was diesem Volk zuteil geworden ist – worüber wir uns freuen –, wird uns Deutschen von einer Weltmacht auch nach 16 Jahren immer noch verweigert, nämlich die Gestaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Einheit selber zu bestimmen.

(Beifall.)

Eine letzte Bemerkung! Wir werden in den nächsten Tagen in der Presse manches über den Ablauf dieses Parteitages lesen. Gewiß wird es auch kritische Randbemerkungen geben. Warum nicht? Wir haben die Freiheit der Presse, wir leben in der Demokratie. Man wird vielleicht meinen, es sei allzuviel Übereinstimmung auf diesem Parteitag in Erscheinung getreten.

Ich möchte dazu folgendes sagen: die Ausführungen aller Referenten und aller Diskussionsredner haben gezeigt, daß jeder aus seiner Persönlichkeit heraus das gesagt hat, was er zum Ausdruck bringen wollte. Wenn wir uns in Übereinstimmung befunden haben, dann zeigt das, daß wir eine Partei innerer und äußerer Geschlossenheit sind.

(Beifall.)

Es ist nicht nötig gewesen – weil es auch sachlich nicht bedingt war –, auf diesem Parteitag vor den vierten Bundestagswahlen irgendwelche inneren Auseinandersetzungen auszutragen. Diesen Gefallen konnten wir unseren Gegnern beim besten Willen nicht tun.

(Beifall.)

Ich denke, meine Freunde, daß in der um 16 Uhr beginnenden Schlußkundgebung dieser Wille der Entschlossenheit, der Verantwortungsfreudigkeit und der inneren Einmütigkeit noch einmal zusammengefaßt zu Wort kommen wird.

Ich darf noch mitteilen, daß ich meine früheren Kollegen, die Damen und Herren von der Presse, bitte, jetzt anschließend sich zu einer Pressekonferenz in das Hauptrestaurant des Messehofes zu begeben.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 13.05 Uhr

Schlußsitzung

6. Plenarsitzung des 10. Bundesparteitages der CDU in Köln

Beginn: 16.04 Uhr

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf die Schlußkundgebung hiermit eröffnen, indem ich unseren Ersten Parteivorsitzenden, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, stellvertretend für alle anderen Prominenten, herzlich begrüße.

(Anhaltender Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Ehre seines Wortes schenkt uns

Herr Dr. Heinrich Krone, MdB:

(Von starkem Beifall empfangen.)

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß mit einer Antwort an die SPD beginnen. Das tut mir leid, aber es geht nicht anders. Gestern stand im SPD-Pressedienst eine Notiz über unsere Tagung, und es hieß dort, wir hätten hier in Köln über die Wiedervereinigungspolitik überhaupt nicht gesprochen; wir hätten diese Frage mit Phrasen übertönt. Der Weg zur deutschen Einheit wäre von uns nicht aufgezeigt worden. Und dann hieß es weiter – ich zitiere nach dpa wörtlich –: „Die CDU hat in Köln praktisch eine Verzichtserklärung für die deutsche Wiedervereinigungspolitik abgegeben.“ (Lebhafte Pfui-Rufe.)

Es ist meine Pflicht, mich hier mit aller Entschiedenheit gegen diese infame Unterstellung zu wenden, und ich will noch ein Wort mehr sagen. Ist das, was hier vor sich geht, vielleicht der Anfang einer Rückbesinnung auf die alten Kampfmethoden der Sozialdemokraten? Zur selben Zeit, wo sie meint, sie müsse unseren politischen Weg nachahmen, will sie uns attestieren, eine Politik von gestern zu treiben. Ich glaube, hier melden sich diejenigen wieder an, die mit dem neuen Kurs der Sozialdemokraten nicht zufrieden sind.

Meine Damen und Herren! Kritik ist notwendig, Kritik ist gut. Wer an der Straße baut, muß sich Kritik gefallen lassen. Wir haben hier in Köln an der Straße gebaut. (Beifall.) Aber, meine Damen und Herren, was hier von den Sozialdemokraten gesagt worden ist, ist falsch, unwahr, das ist frivol und national tief beschämend. (Lebhafter Beifall.) Ich antworte hart. Es ist das Echo auf die Sprache der Sozialdemokraten. Von denen, die noch vor einem Jahr meinten, wir sollten uns mit Herrn Ulbricht an einen Tisch setzen, von denen lassen wir uns das Rezept der deutschen Wiedervereinigung nicht vorschreiben. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Wir wissen es, der Weg zur deutschen Einheit ist hart und schwer. Vor wenigen Wochen tagte in Braunschweig unsere Exil-CDU. Es sind jene Freunde aus der Zone, die vor Jahren Ämter in den Landtagen, in den Kommunen, in der Partei übernommen hatten, die vertrieben wurden und die in ihren politischen Organisationen hier im Westen die Organisation ihrer Heimat aufrechterhalten. In Braunschweig hat unser Freund Gradl die Frage nach der Wiedervereinigung gestellt; er hat gefragt, ob sie Illusion sei oder Hoffnung. Und Gradl hat in wohlüberlegten Äußerungen gesagt: Die Wiedervereinigung ist für uns begründete Hoffnung! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Kanzler kam von Washington zurück und hat uns hier auf dem Parteitag insbesondere auf jenen Teil des Kommuniqués verwiesen, in dem von Berlin die Rede ist, von der Wiedervereinigung, vom Selbstbestimmungsrecht und von Berlin als der Hauptstadt eines geeinten Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Wenn nach einer Zeit, wo man von Berlin-Lösungen sprach, der deutsche Regierungschef nach dem Gespräch mit Kennedy erklärt: Der Westen bleibe in Berlin, es bleibt bei dem Recht dieser Mächte auf Berlin, dann können wir nur sagen: Wir sind für diese Erklärung dankbar; sie ist die Bestätigung einer Politik, die allein unseren Freunden in der Zone Hoffnung auf Wiedervereinigung gibt.

Meine Damen und Herren! Ich füge dem hinzu: Wir wollen mit der Sowjetunion in ein gutes Verhältnis kommen. Die Sowjetunion würde der Entspannung und dem Frieden in der Welt einen großen Dienst erweisen, wenn sie den Weg zur Selbstbestimmung in der Zone freigäbe. Wir sagen das ehrlich. Wir wiederholen es immer und immer wieder und wissen dabei, daß dieser Weg Opfer kostet. Doch nie und nimmer werden wir das von uns gewünschte Verhältnis zum Osten mit der Preisgabe der 17 Millionen bezahlen. Die 17 Millionen Menschen drüben gehören zu uns und wir zu ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Auch in dieser Stunde sind unsere Gedanken bei unseren Landsleuten in der Zone. Wir wissen, unter welchem Druck und Zwang sie dort leben müssen. Wir denken an die Bauern, denen ihre Höfe genommen worden sind. Wir denken an die Arbeiter, die durch ein sogenanntes Arbeitsgesetzbuch neuer Ausbeutung preisgegeben werden. Wir denken an die Millionen Väter und Mütter, die zusehen müssen, wie ihren Kindern das Gift der Gottlosigkeit mit allen Mitteln eines totalitären Regimes eingepfropft wird. Wir denken an die Sehnsucht aller in der Zone – von den Funktionären abgesehen –, die keinen größeren Wunsch haben als den, demokratische Grundrechte und Grundfreiheiten zu erhalten, die sie schon seit mehr als 30 Jahren nicht haben. Wir sagen es ihnen auf diesem Parteitag der größten Partei in Deutschland: Wir werden weiterhin alles tun, um das Schicksal unserer Brüder und Schwestern in der Zone zum Besseren zu wenden. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Parteitag geht seinem Ende zu. Nach vier Tagen der Beratungen, der Reden, der Diskussionen und des Zusammenkommens auch in Nebenräumen – heute war sogar ein eigener kleiner rheinischer Parteitag – werden wir von Köln wieder fortgehen und unsere

Arbeit in der Partei weiterführen. Der Parteitag bot das Bild innerer Geschlossenheit und begründeter Zuversicht. Jetzt hat die Kritik das Wort; jetzt hat vor allen Dingen der Wähler das Wort.

Wir haben hier in Köln dem Wähler gesagt, was unsere Politik in den letzten Jahren nach dem Zusammenbruch gewesen ist, was wir geleistet haben. Wir haben dem Wähler gesagt, daß wir diese Politik entschlossen fortführen wollen. Jetzt rufen wir dem Wähler zu: Prüfe! prüft und entscheidet Euch! Wir können dem Wähler noch ein Stück weiter entgegenkommen und ihm anempfehlen: Setzt mit uns diese Politik fort. Vor allem setzt nichts aufs Spiel! (Beifall.) Ich will nicht prophezeihen; doch ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, wegen der Wahl im September besorgt zu sein brauchen wir nach diesem Parteitag bestimmt nicht.

(Beifall.)

Wir haben bei den Kommunalwahlen in Hessen und in Rheinland-Pfalz gewonnen. Wir haben die gleichen Wahlen in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen gewonnen. Es hieß bisher immer: Ja, im Bund gewinnt die CDU, in den Ländern, in vielen jedenfalls auch noch, aber in den Kommunen, da sind die Sozialdemokraten zu Hause. Nun, auch das stimmt nicht mehr. Das Monopol der Sozialdemokraten auf die Ratshäuser ist gebrochen. In den Ratsstuben haben vielerorts neue, andere Bürgermeister die Arbeit übernommen, und die rote Fahne – das darf man doch wohl noch sagen – wurde eingezogen.

(Beifall.)

Hier in Köln haben wir echte Bestandsaufnahme gemacht. Wir haben die Konten aufgerechnet, aber nicht erst vom vorigen Jahr an, sondern vom Jahre 1949 an. (Beifall.) Wir haben das Konto der Opposition und unser Konto aufgerechnet. Die Bestandsaufnahme ergab ein erhebliches Plus zu unseren Gunsten. Das wurde 1953 vom Volke schon einmal anerkannt, ebenso 1957. Wir zweifeln nicht daran, daß es 1961 genauso sein wird. Wir werden bis zum Herbst unseren Kontenstand auch noch erheblich verbessern.

Ich bin dem Parteitag ein Wort für die Fraktion schuldig. Während wir hier tagten, hat die Fraktion in Bonn weiterarbeiten müssen. Das war nun einmal notwendig, das war Beschluß. Ich habe gute Nachrichten über die Arbeit der Fraktion. Einen Ausschuß will ich besonders erwähnen, der gestern getagt hat. Im Innenausschuß ging es um das Bundesleistungsgesetz. Unsere Fraktion war vollzählig vertreten, von der SPD waren zwei Mitglieder, von den Freien Demokraten war ein Mitglied da. Als es dann nach einigem Hin und Her zur Abstimmung kam, waren wir allein im Saal. Die anderen waren verschwunden. Und das bei einem Gesetz, das für die Stunde der Not geschaffen werden muß. Das verdient festgehalten zu werden.

Ich muß hier ein Wort zu den anderen Parteien sagen, eigentlich nur zur FDP und zur Sozialdemokratischen Partei. Nur am Rande zur Deutschen Partei. Sie ist in völliger Auflösung begriffen, in Niedersachsen wie in Hessen. Übertritte zu uns werden in diesen Tagen mitgeteilt werden können. In der Mathematik gilt: Zwei und zwei ist vier, in der Politik gilt

das nicht immer so genau. Da ist manchmal zwei und zwei nicht vier, sondern – wie in diesem Falle – drei. Und das fehlt dann an den 5 % am Tage der Wahl. Das scheint mir das Ergebnis der neuen Ehe zu sein.

Die Freien Demokraten hatten ihren Wahlparteitag in Frankfurt. Es war ein in vielen Farben schillerndes Bild, das sich da darbot. In den Wochen darauf ist dieses Bild durch Erklärungen namhafter Vertreter der Freien Demokraten nur noch bunter geworden. Was da Achenbach, Rademacher und Thomas Dehler sowie der liberale Studentenbund über unsere Politik, über unsere militärische Sicherheit, über einen Koalitionskurs, über die Wiedervereinigung gesagt haben, das war so bunt koloriert, daß man mit dem, der das alles zusammenhalten soll, nur Mitleid haben kann. (Zuruf: Sehr richtig!)

In einem einzigen Punkt scheinen sich die Freien Demokraten jedoch absolut einig zu sein: Sie bekämpfen die Alleinherrschaft einer Partei. Aber nur die Alleinherrschaft einer anderen Partei. Dr. Dehler jedenfalls war der Meinung, daß, wenn der deutsche Wähler vernünftig wäre, die FDP die absolute Mehrheit im Bundestag bekommen würde. (Heiterkeit.) Dann hätten die Freien Demokraten gegen die Alleinherrschaft dieser Partei wirklich nichts einzuwenden. Aber unsere absolute Mehrheit ist ihnen ein Dorn im Auge, eine nationale Gefahr.

Nun, meine Damen und Herren, die Freien Demokraten müssen sich schon damit abfinden, wir haben die absolute Mehrheit 1953 bekommen, wir haben sie 1957 erhalten, und ich bin sicher, oder ich hoffe, nein, ich bin sicher, daß wir sie um Deutschlands willen auch weiterhin behalten werden. (Lebhafter Beifall.)

Unsere absolute Mehrheit war in den vergangenen vier Jahren wirklich keine Gefahr. Sie wird es auch nicht in den nächsten vier Jahren sein. Wir sind keine zentral gesteuerte Funktionärspartei und keine Partei einseitiger Interessen. Unsere absolute Mehrheit kann keine Gefahr für die Demokratie sein, weil wir eine durch und durch demokratische Partei sind und das bewußt sind. Wir tun uns damit manchmal auch in der Fraktion schwer, wenn wir Entscheidungen treffen müssen. Weil die CDU eine Volkspartei ist, umfaßt sie alle Schichten, alle Berufsstände. Hier kommen auch diejenigen zu Wort, die sonst durch Macht oder Organisationen an die Wand gedrückt wären. Wenn wir uns der Interessen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten annehmen, dann meinen wir wirklich den Arbeiter, den Angestellten, den Beamten, den Menschen selbst, nicht deren Organisation. Und wie käme der Bauer politisch überhaupt zum Zuge, wenn nicht durch uns? (Lebhafter Beifall.)

Dies ist unsere schwere, in der Öffentlichkeit oft nicht verstandene Aufgabe; aber die CDU hat es bewiesen, daß sie dieser Aufgabe, Volkspartei, echte Volkspartei zu sein, gewachsen ist und daß sie mit der absoluten Mehrheit im Sinne des Ganzen, des Gemeinwohls, richtig arbeitet. Wir schließen niemanden, auch keine andere Partei von der politischen Arbeit aus, sei es durch Koalition, sei es durch ein besonderes Zusammenspiel von Regierung und Opposition. Es wäre aber, wie ich glaube, ein Verhängnis für unser Volk gewesen, hätte uns in den ver-

gangenen Jahren eine kleinere Partei ständig unter Druck halten können, weil wir auf ihre Mitarbeit angewiesen gewesen wären. (Lebhafter Beifall.)

Was die Freien Demokraten mit dem Kampf gegen die absolute Mehrheit erreichen wollen, das ist doch die Herrschaft der Minderheit. Wer das Zünglein an der Waage spielen möchte, will den Wählerwillen glatt auf den Kopf stellen. Dazu darf es nicht kommen. Wir brauchen erneut die klare Entscheidung des Wählers gegen solche Machtansprüche. Die Mehrheit, nicht die Minderheit soll regieren.

Diese Sache ist deshalb so ernst, weil die Freien Demokraten den Wählern nicht einmal sagen wollen, wohin die Reise denn eigentlich gehen soll. (Sehr-richtig-Rufe.) Die Freien Demokraten mögen dem Wähler allerhand zumuten, das ist ihre Sache. Wir drängen sie nicht. Doch ich glaube, daß sich die Freien Demokraten täuschen, wenn sie meinen, der deutsche Wähler würde die Katze im Sack kaufen. (Lebhafter Beifall.)

Vielleicht können die Freien Demokraten im Augenblick – trotz Erich Mende – gar nicht anders, als alles im Unklaren zu lassen. In Frankfurt hat man, wie in einer Korrespondenz ein kluger Journalist schrieb, an außenpolitischen Vorstellungen das wieder hervorgeholt, was sogar die Sozialdemokraten inzwischen auf den Scheiterhaufen geworfen hatten. Leipziger Allerlei ist kein Rezept für die deutsche Außenpolitik. (Lebhafter Beifall.)

Wir bedauern das und warten ab, ob diese vielen Dissonanzen sich nicht doch noch zu einer Harmonie auflösen.

Die Freien Demokraten schlagen einen Koalitions-Ausschuß vor, einen Ausschuß von in der Koalition vertretenen Parteien. Nun, meine Damen und Herren, wir haben aus Weimar gelernt und ein anderes Grundgesetz gebaut. Hypotheken wie die der Bildung eines Koalitions-Ausschusses der Parteien übernehmen wir nicht. (Lebhafter Beifall.) Die Forderung der FDP nach einem Koalitions-Ausschuß ruft Schattenseiten von Weimar wach. Sie wirft uns in unserer staatlichen Entwicklung wieder zurück. Sie widerspricht dem Grundgesetz, weil sie die Funktion der Regierung und insbesondere des Bundeskanzlers durch einen Ausschuß ersetzen will. Noch einmal: Wir haben aus Weimar gelernt.

Die Sozialdemokraten hatten gleich zwei Parteitage, den einen in Godesberg, den anderen in Hannover, und morgen wollen sie uns in Bonn auf Köln antworten. Darf ich da gleich eine Bitte äußern: Man möge doch aufhören, immer wieder nur zu sagen: Vertragen wir uns doch, seien wir nett zueinander! Das genügt nicht. Der Berliner würde sagen: Na, und? Das sind Selbstverständlichkeiten, daß wir uns die Köpfe nicht einschlagen. Aber immerhin wollen wir wissen, will das deutsche Volk wissen, was für ein Rezept die Sozialdemokraten, die neuen Herren aus der SPD, uns und dem Volke denn nun empfehlen. (Langanhaltender Beifall.) Das wollen wir wissen.

Die Politik ist in den letzten 12 Jahren von der Union geprägt und getragen worden. Die Deutsche Sozialdemokratie hat nicht nur abseits, sie hat gegen uns gestanden. Sie hat unsere Politik, eine weiß Gott doch

erfolgreiche Politik, mit allen Mitteln, sogar mit Prozessen in Karlsruhe, bekämpft und auch versucht, die Straße gegen diese Politik zu mobilisieren. Soll das denn einfach vergessen sein? – Meine Damen und Herren, das ist aber nicht vergessen, und der Wähler will wissen, wohin der Wagen fahren soll.

Die SPD fürchtet die Wahl zum vierten Male zu verlieren. Nun, wir sagen auch heute wieder, was wir schon öfter gesagt haben: Der deutschen Sache wäre nichts dienlicher, als wenn in der Fundamentalfrage des deutschen Volkes, in der Frage gesicherter Freiheit für unser Volk, möglichst alle einig wären, wenn die Sozialdemokraten anerkennen würden, daß ihre außen- und wehrpolitischen Vorstellungen in den letzten Jahren falsch waren. Wir wären die letzten, die das nicht begrüßten. Wer also muß sich ändern? – Der Wähler, der, indem er der CDU die Stimme gab, die richtige Politik ermöglichte, oder die SPD? Ich meine, es ist eine groteske Zumutung für den Wähler, daß er sich ändern soll.

Nirgendwo sind Unsicherheit und Schwanken so gefährlich wie in der Außenpolitik. Welche Garantien aber bietet die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht? Spielt sie nicht immer noch mit den Gedanken an ein Disengagement, an „Deutschland-Pläne“. Wir wissen uns vor der Aufgabe, unser Volk konsequent auf dem Wege weiterzuführen, der beschritten worden ist, und wir wissen auch, daß das Opfer kostet. Da genügt es nicht, daß man volksväterlich-staatsmännisch erklärt, wir seien doch alle eine Familie. Da muß Farbe bekannt werden. Es kommt nicht nur auf das Ziel einer Politik an, es kommt auch auf den Weg zu diesem Ziel an. Wir wissen, wie dieser Weg verläuft; wir wissen aber nicht, ob nicht doch – wie es Wehner in seiner Apologie des neuen Kurses in Godesberg selber zugab – der Deutschlandplan der SPD für später Elemente enthalten könnte, die dann wieder „brauchbar“ wären.

Auf dem Parteitag in Godesberg hat sich Herbert Wehner die Freiheit des Handelns für den Tag der gewonnenen Macht ausdrücklich vorbehalten. Das ist der Sinn seines Satzes vom Riegel, der die Tür zur Vergangenheit wieder öffnen kann. Wir möchten wissen, wie es um diese Fragen steht, wir möchten wissen, wer Herr im Hause der Sozialdemokraten ist und was der will. Wir nehmen es der Sozialdemokratie nicht ab, wenn sie mit der blauen Welle der Sympathie der Antwort ausweicht. Auf die Dauer genügen Starrevuen auch im Zeitalter des Fernsehens nicht.

Wer aber der Kanzler ist, wer Erhard ist und wer die Minister im Kabinett und die führenden Männer und Frauen in den Ländern sind, das weiß unser Volk. Das deutsche Volk weiß auch, was die Regierung Adenauer an Leistungen aufzuweisen hat. Das alles ist evident; das Testat darüber liegt vor.

Muß ich nun hier wirklich noch einmal die Erklärung des Bundeskanzlers und des Fraktionsvorsitzenden erwähnen, als man, namentlich von außen her, uns unterschieben wollte, wir führten den Wahlkampf mit dem Argument, wer unter Hitler draußen gewesen sei, der sei verdächtig.

Ich wiederhole, was ich im Bundestag sagte:

„Wer immer gegen das Regime Hitler kämpfte, wer sich für den freiheitlichen Rechtsstaat einsetzte, hier oder draußen, der verdient unseren Respekt.“

(Lebhafter Beifall.)

Man unterlasse es deshalb, Mahnungen an uns zu richten (Beifall.) und nenne nicht diesen und jenen und lasse dabei andere aus. (Beifall.)

Wenn wir das also sagen, soll es uns dann noch nicht einmal erlaubt sein, zu fragen, wer der andere ist! Fast scheint es so. Da ist man dann empfindsam und schreit auf. Wenn es aber um Männer aus unseren Reihen geht, und ich brauche keine Namen hier zu nennen, dann wird man sehr empfindlich, dann meint man, es sei eine Pflicht der Demokratie, gegen diese Männer anzukämpfen, und das dann einträchtig mit Herrn Ulbricht in Pankow. Wir verwahren uns dagegen. (Starker Beifall.)

Wir kennen Konrad Adenauer, seine Leistung, sein Verdienst vor der deutschen Geschichte und unserem Volke. Nun bietet uns die Opposition einen Kandidaten aus ihren Reihen an. Aus welchem Holze Konrad Adenauer geschnitzt ist, das ist bekannt, das ist international bekannt. Soll es uns verwehrt sein, zu fragen, ob der Kandidat der Opposition aus dem gleichen Holz geschnitzt ist? (Starker Beifall.) Ich meine, diese Frage sollten wir doch wohl noch stellen dürfen, und wir stellen sie.

In Kreuznach hat vor einigen Tagen der mächtigste Mann in der Sozialdemokratie eine Rede gehalten; er hat von der neuen Koalition in Belgien gesprochen. Was in Kreuznach Wehner gesagt hat, sei kein Koalitionsangebot an uns gewesen, hieß es dann am Tag darauf; es war immerhin die Ankündigung einer Koalitionsbereitschaft. Herr Mende war eifertig genug, uns auch seinerseits diese Frage vorzulegen. Was hier zu sagen ist, hat der Kanzler bereits gesagt. Die Antwort lautet: „Nein, das kommt nicht in Frage“, und das ist eine Absage. Ich kann diese Antwort nur wiederholen und hinzufügen, man unterlasse auch alle Spekulationen; sie führen zu nichts. (Lebhafter Beifall.) Solche Überlegungen verraten nur, daß man an den eigenen Sieg nicht mehr recht glaubt, aber unter allen Umständen aus der Opposition heraus will.

Meine Damen und Herren! In Gelsenkirchen tagte im vergangenen November der Kulturkongreß der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union. Beide Parteien, wie immer seit 1949 so auch hier, in guter Gemeinschaft. Ich kann unsere Freunde Dr. Hofmann aus Aachen, Kultusminister Osterloh und Dr. Heck von der Bundestagsfraktion nur bitten, sich wie bisher dieser großen wichtigen Aufgabe auch weiterhin anzunehmen. Dem ersten Kongreß in Gelsenkirchen muß im nächsten Jahre der zweite folgen.

Dreierlei war es, was dieser Tagung den Stempel gab: Das eine: die Unionsparteien stellen sich aufgeschlossen den kulturellen, insbesondere den pädagogischen Fragen, wie sie Volksschulen, Höhere Schulen und Hochschulen uns auferlegen; nicht minder aber auch der Berufsaus-

bildung in der Industriegesellschaft, der Erwachsenenbildung und ebenso den Aufgaben, die der freien Welt durch die Entwicklungsländer und damit auch uns gestellt sind.

Das Zweite, das diese Tagung kennzeichnete, sei durch den Satz wiedergegeben, den Kultusminister Schütz am Anfang seines Referates aussprach. Er sagte:

„Das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens.“

Das sei das – so sagt Schütz –, was Grundgesetz und die meisten Landesverfassungen festlegen. Er fährt dann fort:

„Die Anerkennung des Elternrechts entspricht den unveräußerlichen schulpolitischen Grundsätzen der CDU/CSU.“

Das ist unsere Meinung. Ich halte es für wichtig, das hier wieder auszusprechen.

Und das Dritte, das Gelsenkirchen zeigte, kam in den Referaten der beiden ersten Redner zum Ausdruck. Diese waren Eugen Gerstenmaier und Bernhard Hansler, beide bekannte Vertreter ihrer Kirchen, der eine Protestant, der andere Katholik.

Wenn ich gerade von diesen beiden Referaten auch hier in Köln spreche, so deshalb, weil hier Grundlegendes zur Frage christlicher Verantwortung in der Politik für Deutschland ausgesprochen worden ist.

Wir haben uns hier in Köln mit Fragen des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Außenpolitik beschäftigt. Dem Parteitag fehlte ein Wichtiges, wenn nicht gesagt würde, daß dem allen das christliche Bild vom Menschen, von seiner Bestimmung, von seiner letzten Bestimmung, vom Menschen in Familie, Staat und Gesellschaft zugrunde liegt – das Bild vom Menschen, dem wir uns in unserer ganzen Politik verpflichtet fühlen.

Wir sind Partei, wir sind nicht Kirche, auch keine kirchliche Hilfsorganisation. Wir sind eine politische Partei wie andere auch. Wir haben politische Aufgaben zu erfüllen. Bei dieser Arbeit wollen wir – ich formuliere es gleich wie Eugen Gerstenmaier – unser Programm, unser Ziel und unsere Praxis vor dem Gebot und der Ordnung Gottes verantworten. (Starker Beifall.) Das ist Inhalt und Sinn unserer Politik.

Meine Freunde! Wer kann und wer darf uns das verwehren? Wer hätte das Recht, uns deshalb überheblich zu schelten? Wir tun es in der Freiheit, die das Grundgesetz in Anerkennung unserer heutigen Gesellschaft allen Kräften gewährt, die im Rahmen von Recht und Ordnung wirken wollen. So sehr wir das in großer Liberalität sagen, so sehr verwahren wir uns dagegen, uns das streitig zu machen, was wir anderen zugestehen.

Ich habe auch deshalb von dieser Grundlegung unserer Politik gesprochen, weil neuerdings wieder Kräfte am Werk sind, denen unsere Union ein Dorn im Auge ist.

Die Freien Demokraten sollten aufhören, ihren Liberalismus mit Verdächtigungen gegen uns neu zu restaurieren. (Lebhafter Beifall.) Auch hier sollte man nichts vom Scherbenhaufen vergangener Kulturkämpfe wieder herbeiholen. Ich glaube, die Deutschen sind liberal genug, um auf diese Methoden nicht mehr hereinzufallen.

Der Kölner Parteitag unserer CDU war von der Überzeugung getragen, daß wir gute Arbeit für unser Volk nach seinem Sturz in den Abgrund geleistet haben. Es gibt ein Gesetz, daß derjenige, der die Verantwortung trägt, sich abnützt. Wir bekennen stolz: Dieses Gesetz trifft nicht auf uns zu. (Beifall.) Wir sind nach jedem Kampf nur noch stärker geworden. Das erfreut uns, das macht uns aber nicht übermütig. Lauter Jubel ist nicht unsere Sache. Das Ja des Volkes zu unserer Politik stärkt uns in unserer Verpflichtung und ermutigt uns, zuversichtlich unseren Weg weiterzugehen.

Muß ich noch einmal betonen, was ich auf früheren Parteitagen schon mehrere Male gesagt habe? Das nämlich, daß wir Föderalisten sind, allerdings andere als die Sozialdemokraten, die früher Zentralisten waren und heute Partikularisten sind, (Beifall.) daß wir Föderalisten sind, weil wir Bund und Länder sehen, Länder und Bund, so wie das Grundgesetz es befiehlt.

Wenn ich das betont sage, dann nehme ich aber auch das Wort unseres bayerischen Freundes Strauß auf und schließe mich dem an, was er sagte: Niemals darf der Föderalismus, als neue Spielart des Kampfes gegen die Bundesregierung gebraucht, mißbraucht werden! (Beifall.)

Ich habe immer ein klares Bild vom Bund und den Ländern gehabt. Das war das Bild vom Ganzen und seinen Teilen, wie es in der Staatsphilosophie von Aristoteles an in den großen christlichen Denkern des Mittelalters seine hohe Blüte erlebte und bis auf unsere Tage Lehre und lebendige Überzeugung blieb.

Ich bin der Meinung, wir haben gar keine Veranlassung, dieses Bild vom Ganzen und den Teilen preiszugeben. Auch das Grundgesetz gibt uns dazu keine Veranlassung. Und jetzt zitiere ich noch einmal Strauß: Die Bundesrepublik ist ein Bundesstaat und kein Länderbund. – (Beifall.) Meine Freunde! Wenn die Demokratie den zentralistisch geführten Kampf des Kommunismus gegen die freie Welt bestehen will, dann muß sie erkennen, daß dieser Kampf in Freiheit und Selbstverantwortung fest zusammengeschlossene Staaten verlangt. Wir leben an der Grenze zum Osten. Ich hoffe, man versteht mich, wenn ich vor kurzem schrieb: Der Bund muß stark sein. – Ich habe von dieser meiner Meinung nichts zurückzunehmen. (Beifall.)

Wir sind ein gespaltenes Volk, als Volk wie im Glauben. Das ist tiefe Tragik. Reichen wir uns in allem, wo es nur geht, in Zuversicht, in Anerkennung, in echter Gemeinsamkeit die Hand und lassen wir nicht zu, daß uns einer auseinanderreißt. Die Union ist in unserem erneuerten Deutschland die neue, große tragende politische Kraft! Sie hat die parteipolitische Zersplitterung überwunden und eine lebensfähige parlamentarische Demokratie möglich gemacht. In dieser unserer Union,

meine Freunde, ist immer das ganze Deutschland lebendig. Niemals werden wir uns mit der unseligen Spaltung unseres Vaterlandes abfinden. In der Union lebt jene freiheitliche Gesinnung, in der sich das deutsche Volk eins weiß mit allen freien Völkern, und das bedeutet in einer harten, gefährvollen Welt Hoffnung und Zuversicht für uns alle.

(Starker Beifall.)

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Ich darf in Ihrem Auftrage Herrn Dr. Krone für seine Ausführungen herzlichen Dank sagen. Wir wollen ihm danken für all die stille, sehr harte Arbeit, die er als Vorsitzender einer so großen Fraktion täglich tun muß.

(Starker Beifall.)

Herr Dr. Krone! Dieser Dank kommt deshalb aus einem ehrlichen Herzen, weil ich acht Jahre lang eine viel kleinere Fraktion führen mußte, wie Sie das täglich tun müssen.

Und nun darf ich das Wort geben unserem Parteifreund

Herrn Ministerpräsident von Hassel:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben bei diesem Parteitag einen klar umrissenen Überblick gegeben über unsere Leistungen. Wir haben unsere Schwäche nicht verborgen. Wir haben deutlich gesagt, wo unsere Aufgaben für die Zukunft sind. Aber wir haben vor allem unsere geschlossene Kraft, unseren ungebrochenen Willen, unsere starke Zuversicht jedermann sichtbar gemacht. Der Parteitag lief in aller Offenheit und vor aller Öffentlichkeit ab. Es wurde nichts verschwiegen, nichts verheimlicht. Die Presse hat an diesem zehnten Bundesparteitag der CDU lebhaften Anteil genommen. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen haben die deutsche und die internationale Öffentlichkeit über unsere Arbeit unterrichtet. Sie haben umfassend dargestellt, beleuchtet, Kritik geübt, gewürdigt.

Die öffentliche Meinung hat, so will mir scheinen, begrüßt, daß wir in einer Fülle von Fragen eindeutige Klarheit geschaffen haben. Eine Ausnahme: Das Senatspresseamt von Berlin veröffentlichte am Dienstag mittag, zwei Stunden nach der Rede des Bundeskanzlers, eine Erklärung Brandts. Diese Veröffentlichung lautet:

„Die bisher vorliegenden Berichte zeigen ein Hauptreferat des Bundesvorsitzenden, das unkonstruktiv und ohne Blick in die Zukunft ist.“

Meine Freunde! Man bescheinigt dem Kanzler und uns unerschütterliches Selbstbewußtsein. Und wenn uns nachgesagt wird, daß wir das Instrument der öffentlichen Meinung auch ganz gut zu spielen verstünden, so verschweigen die Kommentare in der überwiegenden Mehrheit auch nicht, daß wir keinen Grund haben, schüchtern zu sein.

Der Erfolg der Politik, die sich mit dem Namen der Union verbindet und sich in Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und der Mannschaft personifiziert, kann bei aller Einsicht in noch vorhandene Mängel nicht durch

hämische Zwischenrufe in Zweifel gezogen und schon gar nicht bestritten werden. Was eine sozialdemokratische Zeitung dem Kanzler bescheinigt, daß er selbstsicher und von keinem Zweifel geplagt und nicht eine Spur müde sei, das gilt auch für uns, die Christlich Demokratische Union. (Beifall.)

Wir wissen, daß das Vertrauen unseres Volkes uns zu unermüdlischen Anstrengungen verpflichtet und daß wir unsere Leistungsfähigkeit nicht nur im Wahlkampf unter Beweis zu stellen haben. Bei einem Rückblick auf die vergangenen Jahre dürfen wir daher stolz sein! Denn in fast allen Bundesländern ist es uns gelungen, bei fast allen Wahlen seit 1957 den größeren Anteil an Stimmen zu gewinnen, die insgesamt für die Berufung der Länderparlamente und der kommunalen Vertretungskörperschaften abgegeben wurden.

Wir gehen aus diesem Parteitag äußerlich geschlossen und innerlich gestärkt in den bevorstehenden Wahlkampf. Wir wissen aber, daß wir die Wahl noch nicht gewonnen haben und daß wir nicht übermütig werden dürfen. (Beifall.) Wir treten wiederum an, um den Wähler erneut um sein Vertrauen zu bitten.

Meine Freunde, mir ist das Amt des Wahlkampfleiters unserer Union übertragen worden. Meine Mitarbeiter und ich haben den Blick nach vorne gerichtet und unsere Nase in den Wind gesteckt. Was haben wir vorzuweisen? Der Parteitag zeigt es: Nach innen neue Grundlagen für den alten Menschen, den Versehrten, den Kranken, den Menschen in Not. Wir gaben ihnen soziale Sicherheit in einem Rechtsstaat. Die großen Rentenreformen sind ein Werk dieses Jahrhunderts, kaum vergleichbar in der Welt.

Was taten wir? Wir gaben fast jedem – wir haben es heute morgen gehört – eine Wohnung; in jeder Minute wird eine fertiggestellt.

Was schufen wir? Für jeden einen sicheren Arbeitsplatz. 6,8 Millionen Plätze mehr als 1949!

Was erreichten wir? Wir gliederten Vertriebene und Flüchtlinge – Vertriebene deren 10 Millionen, Flüchtlinge deren 3 Millionen – in unser Volk ein. Wir fanden für jeden verdrängten Staatsdiener wieder einen Platz im neuen Staate oder gaben ihm seine Versorgungsrechte. Wir gaben jedem Jungen und jedem Mädchel die Schulbildung, die sie wünschten und die ihnen gemäß ist und ihren Anlagen entspricht, ohne zu fragen, ob ihr Vater sie bezahlen kann.

Das Ergebnis, die soziale Leistung seit 1949, ist meßbar. Sie beläuft sich auf die Summe von über 310 Milliarden DM. Diese soziale Leistung ist unvorstellbar, und wir fragen den Wähler, ob er sie aufs Spiel setzen will.

Die kulturelle Leistung, das, was wir für den weiten Bereich von Schule und der allgemeinen weiten deutschen Kultur taten – 1960 oder 1961 jeweils 10 Milliarden, um es in Mark und Pfennig auszudrücken –, die kulturelle Leistung ist unvorstellbar! Wir fragen den Wähler, ob er sie aufs Spiel setzen will.

Die wirtschaftliche Leistung, dargestellt im Sozialprodukt dieses Jahres, geht über die 300-Milliarden-Grenze. Sie ist, scheint mir, unvorstellbar. Wollen wir sie aufs Spiel setzen? (Beifall.)

Die menschlich-politische Leistung, die Verwirklichung der Union, von der eben unser Freund Krone gesprochen hat – und diesen Faden nehme ich als evangelischer Christ auf –, die menschlich-politische Leistung, die Verwirklichung der Union, das Zusammenstehen evangelischer und katholischer Christen, der gemeinsame Weg von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Bauern und Gewerbetreibenden, Vertriebenen, Flüchtlingen und Einheimischen, von Frauen und Männern aus allen Schichten unseres Volkes, von Dienern und Trägern dieses Staates –, die menschlich-politische Leistung ist unvorstellbar! (Lebhafter Beifall.) Wollen wir diesen Gedanken der Union aufs Spiel setzen? Wir werden den Wähler darum fragen! (Erneuter Beifall.)

Was haben wir nach außen vorzuweisen? Aus dem bestgehaßten Volk der Erde wurde ein gleichberechtigter angesehener Partner. Die freien Völker der Erde stehen hinter uns in der Verteidigung der Freiheit auch Deutschlands, in der Forderung auf Selbstbestimmung in Freiheit auch für uns, in dem Gedanken, daß der Friede nicht gedeihen kann, wenn im Herzen Europas ein Land geteilt, zerrissen bleibt, ihm seine Wiedervereinigung vorenthalten wird. In der freien Welt stehen hinter uns die Völker in der Abwehr jeden Angriffes auf die Freiheit unserer geteilten bedrohten Reichshauptstadt Berlin. Meine Freunde, die Grußworte aller ausländischen Gäste dieses Parteitages haben diese Haltung ihrer freien Völker bekundet. (Beifall.)

Meine Freunde, die Politik der CDU und der CSU ist die Grundlage von Freiheit und Sicherheit, und Freiheit und Sicherheit sind die Voraussetzungen für unseren Wohlstand. Das haben die Reden und Rechenschaftsberichte gezeigt.

Die ausgedehnte Diskussion – mit vielen Sprechern auch aus den Reihen unserer jüngeren Freunde – hat den Blick nach vorne gelenkt. Das ist es, was wir diesem Parteitag verdanken, wir glauben: zum Segen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen. Wir verdanken diesem Parteitag den Blick nach vorne, den Blick auf die neuen Aufgaben, die vor dem unverrückbaren Ziel unserer Einheit als freies Volk im geteilten Land aufgebaut sind und die wir, das ganze Volk, gemeinsam erfüllen müssen. (Beifall.)

Unser Weg ist klar: das ist die Sicherheit, die von Köln ausstrahlt ins ganze deutsche Land. Wir brauchen diese Klarheit und diese Gewißheit, denn auch morgen wollen wir in Frieden leben, auch morgen wollen wir in Freiheit leben, auch morgen wollen wir in Sicherheit leben, auch morgen wollen wir in Wohlstand leben. Ich meine: auch morgen keine Experimente! (Lebhafter Beifall.)

Mit wem haben wir es zu tun? Dr. Krone sprach davon, daß morgen die Sozialdemokratische Partei in Bonn ihren Wahlkongreß halten wird. Sie begnügt sich mit einem Tag zur Proklamation ihres Wahlprogrammes oder zur Deklamation – ganz wie man es nennen will. Man erwartet auch – das sagte Krone sicherlich zu Recht –, daß die Sozialdemokraten

hoffen, mit der Wahl des 28. April für diesen ihren Kongreß das letzte Wort des CDU-Parteitages zu sprechen. Mir scheint überhaupt, daß es mit der Originalität der sozialdemokratischen Programmatik nicht allzuweit her ist im Jahre 1961. (Beifall.)

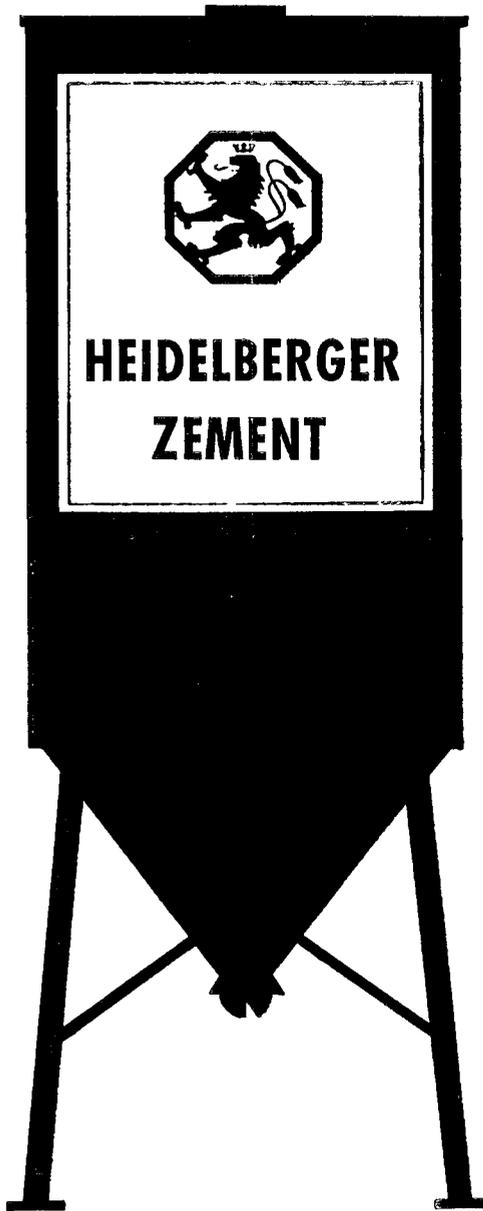
Auch dem distanzierten Betrachter ist das Bemühen der Sozialdemokraten, so zu tun, als treibe unsere Bundesregierung im Grunde genommen sozialdemokratische Politik, nicht verborgen geblieben. Wir fragen uns, was morgen in Bonn verkündet werden soll. Wir haben die sozialdemokratischen Parteitage sehr sorgfältig verfolgt: Stuttgart im Mai 1958, Godesberg November 1959, Hannover November 1960. Wir haben die sozialdemokratischen Kongresse – Jugend und Macht, Kulturfragen und Verkehrspolitik – verfolgt. Wir haben versucht, zu analysieren, was denn an Neuem entwickelt wurde. Wir haben versucht, zu klären, ob es tiefgreifende neue Grundlagen der sozialdemokratischen Politik sind oder ob es nur auf die Wahl, auf die Gewinnung neuer Wähler hin formulierte Plakattexte geworden sind.

Wer sorgfältig die Unterlagen der sozialdemokratischen Reden, die Diskussionsbeiträge zusammensucht, der findet, der Kurs der SPD ist völlig unklar. Wo ein neues Konzept ist, ist fragwürdig, ob es wahltaktisch oder tiefgreifende neue Überlegungen sind, nirgends aber ist ein Riegel gegen links vorgeschoben.

Wer die Mannschaft der SPD in seine Betrachtung mit hineinbezieht, fragt sich, was es eigentlich mit einem neuen Programm, das alte Männer machen und verwirklichen sollen: nur ein einziger Mann in dieser Mannschaft, Willy Brandt, ist neu, alle anderen sind dieselben. Es ist keine neue Generation im Vorstand der SPD, kein Machtwechsel in der Regierungsmannschaft, kein neues Gesicht außer Willy Brandt. Es mutet einen wie ein Treppenwitz an, daß die Sozialdemokraten, dargestellt durch die gleichen Personen, die 12 Jahre hindurch nichts weiter als nein gesagt haben, und zwar aus ihrer marxistischen Grundeinstellung heraus, jetzt plötzlich den Eindruck erwecken wollen, als ob sie das gleiche Programm wie die CDU verfolgten. Das kann doch kein vernünftiger Mensch glauben, das ist grobe Irreführung des Volkes, dessen Urteilskraft einfach unterschätzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Das deutsche Volk dürfte, gewarnt durch geschichtliche Erfahrungen, nüchtern und klar genug sein, um diese vordergründigen Manöver zu durchschauen. Ich wiederhole und behaupte: Der Kurs der SPD, das Konzept ist völlig unklar.

Lassen Sie mich das durch einige Streiflichter hier noch erhärten. Anfang dieses Monats hat Brandt seine Meinung im „Vorwärts“, dem sozialdemokratischen Parteiorgan, kundgetan. Er meint, der große Unterschied zur Situation vor den Bundestagswahlen 1957 liege darin, daß die SPD jedem Experimentieren abgesagt habe. Das ist ein bemerkenswertes Eingeständnis. Die SPD hat also 1957, wie wir es behaupteten, experimentieren wollen. Die damalige Warnung der CDU vor sozialistischen Experimenten war also richtig, sie war wohl begründet, Brandt gibt es zu.



**aus 10 Werken in
Süddeutschland**

Blaubeuren

Burglengenfeld

Haßmersheim

Kiefersfelden

Leimen

Lengfurt

Nürtingen

Rosenberg

Schelkingen

Weisenau

PORTLAND-ZEMENTWERKE HEIDELBERG AKTIENGESELLSCHAFT

Und Herr Brandt meint weiter, unsere Angriffe, die Angriffe der CDU, gingen ins Leere, weil die SPD-Konzeption einer deutschen Außenpolitik nicht angreifbar sei, es sei denn, die CDU wolle ihre eigenen Grundlagen erschüttern. Darin liegt das zweite bemerkenswerte Eingeständnis. Hier wird offen bekannt, daß die SPD bisher die falsche Politik betrieben hat, und daß die CDU und die Bundesregierung auf dem rechten Kurse liegen. Wir sagten, der Kurs ist unklar. Wer wundert sich darüber, daß bei einer sorgfältigen Meinungsbefragung 50 v. H. der SPD-Anhänger den Parteitag von Hannover schlankweg übersehen haben. Das sind diejenigen, denen die neue Parteilinie der SPD überhaupt noch nicht bewußt geworden ist. 55 v. H. der SPD-Anhänger halten den neuen Kurs, wie er in Hannover in allzu gewandten Wendungen, mit um so bemerkenswerter Einmütigkeit applaudiert wurde, für aufrichtig. 7 v. H. der SPD trösten sich über Hannover mit der Hoffnung, daß ja das alles nur Wahltaktik sei.

Drei Monate nach dem Farbenwechsel von Hannover waren 68 v. H. der SPD-Anhänger davon überzeugt, daß ihre Partei, getreu den Parolen in der Aktion gegen den Atomtod, gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr eintrete. Kein Wunder, die Unterschriften von Brauer und Ollenhauer, von dem DGB-Vorsitzenden Richter oder etwa von Dr. Heinemann unter dem Gründungsaufruf für diese Aktion sind ja nicht einfach wegzuwischen, auch nicht dadurch zu leugnen, daß immerhin 15 v. H. der Mitglieder der SPD Ende Januar glaubten, daß die SPD sich zur atomaren Verteidigung bekennt.

Meine Damen und Herren! Das muß gesagt werden und das hat Strauß vorgestern ausgesprochen, daß wir den Zwang zur modernen Ausrüstung unserer Soldaten keineswegs lieben. Aber es ist wohl wahr, daß eine Atomgranate, die den Krieg verhindert, in der Wirkung moralischer ist als ein konventionelles Geschöß, das einen Menschen umbringt. Immerhin wäre es für das deutsche Volk ganz wichtig, wenn Herr Brandt, der die Richtlinien der Politik in einer SPD-Bundesregierung zu bestimmen hätte, nun einmal ganz deutlich – ohne Wenn und Aber und für jedermann unmißverständlich – aussagen wollte, wie er selbst in dieser Frage stimmt. Er sollte auch die Unsicherheit bei seinen eigenen Parteifreunden beseitigen, denn ein Drittel meint, Brandt sei für eine Aufrüstung der Bundeswehr mit Waffen, die Atomgranaten tragen können, während ein gutes Drittel meint, Brandt sei strikt dagegen, und ein kleineres Drittel der SPD-Anhänger hat sich über Brandts Meinung in dieser entscheidenden Frage noch keine Gedanken gemacht. Die SPD sollte endlich einmal eine Haltung einnehmen, so oder so oder wenigstens eine Haltung, die es den Rednern wie Niemöller aus Hessen verbietet, zu behaupten, daß die SPD und der DGB nur darum vor den sogenannten Ostermärschen der sogenannten Atomtodgegner der Bundesrepublik gewarnt hätten, weil das zu dieser Zeit und in unserer Gefährdung aus wahltaktischen Gründen opportun sei.

Meine Freunde! In diesem Zusammenhang muß uns die Frage nach dem Standort der IG Metall und dem Sozialdemokraten Brenner an der Spitze dieser großen Industriegewerkschaft interessieren. Trifft es zu, daß das Vorstandsmitglied der IG Metall Kuno Brandel gerade deswegen von

seinen Aufgaben brüsk entbunden wurde, weil er seit Jahren als entschiedener Verfechter einer wirksamen deutschen Verteidigung gewirkt hat? Die Sozialdemokraten werden es nicht leicht haben, gerade bei der engen Verflechtung mit der IG Metall nachzuweisen, daß Brandel nicht darum gegangen wurde, weil er die neuen Thesen der SPD in ihrem Godesberger Programm allzu verbindlich empfand. Wir haben Anlaß zu der Auffassung, daß der Fall Brandel nur als ein neuer Beweis dafür verstanden werden kann, daß dieses Godesberger Programm nicht Reform, nicht Grundlage für eine neue SPD bedeutet, sondern Formulierung für den 17. September und bis zum 17. September 1961. (Beifall.)

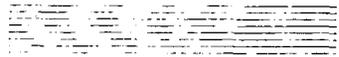
Wir dürfen nicht vergessen, daß der Mann, der aus dem Hintergrund das SPD-Parteiorchester dirigiert, nämlich Herbert Wehner, in Godesberg erklärte, er würde sich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder sogar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Wenn sie die Macht haben – und in Hannover ging es allein um die technische Frage, wie man von der Basis des jede Deutung gestattenden Godesberger Programms her an die Macht gelangen könnte.

Vielleicht interessieren hier noch einige Zitate, die untermauern, daß wir uns verpflichtet fühlen, auf unsere ständigen Zweifel in der SPD hinzuweisen. Brandt erklärte am 23. März, also vor vier Wochen, bei uns in Schleswig-Holstein, in der Stadt Rendsburg: „Ich habe Kennedy erklärt, daß eine sozialdemokratische Regierung treu zu den Bündnissen und Verträgen stehen würde.“ Gegen Ende seiner Rede aber sagte er: „Wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin Chef einer Bundesregierung werden sollte, wird sich alles ändern.“ (Heiterkeit.)

Carlo Schmid in Rom, eine knappe Woche zuvor, am 18. März: „Wenn die Sozialdemokraten bei der kommenden Wahl gewinnen sollten, werde sich die politische, soziale und wirtschaftliche Realität in der Bundesrepublik radikal ändern.“

Und für den Nachhauseweg, meine Freunde, darf ich Ihnen noch zum Nachdenken ein Zitat aus der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ in Kiel vom 25. März 1961 mitgeben, ein Zitat aus einer sozialdemokratischen Zeitung. Brandt formulierte bei dieser Rede in Rendsburg: „So wahr es sein mag, daß es in Europa nicht wieder so werden wird, wie es war, so wahr ist es, daß es bestimmt nicht so bleibt, wie es heute ist.“ (Heiterkeit.)

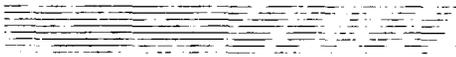
Meine Freunde! Wir setzen uns mit dem Programm der Sozialdemokraten und mit den Männern der SPD auseinander. Wir setzen uns damit auseinander, was sie tun, aber auch was sie taten. Dieser Parteitag hat die großen Stationen der deutschen und europäischen Politik aufgezeigt, und wir haben dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokraten nein sagten zu Europa und zur Verteidigung, nein zum Petersberg, nein zu Straßburg, nein zur Montanunion, nein zur EWG, nein zu den Pariser



FR
WELTRUF

Markenerzeugnisse von Weltruf

FICHEL & SACHS AG
SCHWEINFURT



bilden das sichere Fundament
der Fichtel & Sachs AG:

TORPEDO-Freilaufnaben
TORPEDO-Mehrgangnaben

SACHS-Bremsnaben

SACHS-Fahrzeugmotoren

SACHS-Stationäre Motoren

F & S-Stoßdämpfer

F & S-Kupplungen und

SAXOMAT,

die automatische Kupplung,

sind ein Begriff für

Qualität und Zuverlässigkeit.

Verträgen, nein zum Saarstatut, nein zur Westeuropäischen Union, nein zum Deutschlandvertrag, nein zur NATO, nein zum Berufsheer, nein zur Wehrpflicht, nein zu normalen Waffen, nein zu atomaren Waffen. Und bei diesem ewigen Nein! Nein! Nein! hat immer Willy Brandt im Gleichschritt mit seinen Sozialdemokraten im Bundestag gemeinsam gestimmt. (Lebhafter Beifall.)

Es gibt weithin eine Meinung: eine Partei, die sich 12 Jahre geirrt hat und die nun um der Wahl willen ihre Auffassung – und das nur äußerlich – ändert, erscheint nicht regierungsfähig. (Lebhafter Beifall.) Sehen Sie sich die Haltung der SPD im Bundestag zum Verteidigungshaushalt an. Ich betone nachdrücklich, daß ich bereits in meinem Beitrag zu unserer Parteitagsschrift niedergeschrieben habe, die SPD hätte ihre Abneigung gegenüber der Bundesregierung bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltes jetzt, anno 1961, in jeder Frage, bei jedem Einzelplan deutlich machen können, bei einem Einzelplane durfte sie es nicht: Bei dem des Verteidigungsministeriums. Die Verteidigungskonzeption der Bundesrepublik – so schrieb ich – ist zu neun Zehntel bestimmt durch die Konzeption der NATO. Das Nein zu diesem Einzelplan ist der Nachweis für die Unwägbarkeit sozialdemokratischer Politik. (Zurufe: Sehr richtig!)

Meine Freunde! Heinrich Krone hat vorhin das Wort von Herbert Wehner aufgegriffen, das dieser in Bad Kreuznach gesagt hatte und in welchem er Andeutungen machte, daß die Sozialdemokraten zu einer großen Koalition bereit seien. Und Wehner begleitet das mit einem Hinweis auf Belgien. Für uns ist das höchst interessant. Denn dort in Belgien ist in der neuen großen Koalition Belgiens Außenminister geworden der leidenschaftliche Politiker für die Freiheit und Sicherheit Europas, der Sozialist Paul Henri Spaak. (Beifall.)

Ich erinnere mich eines Gespräches mit Spaak im Mai 1958 in Paris zur Zeit des Stuttgarter Antiatomparteitages der SPD. Damals sagte Spaak, wenn die Bundesregierung der Konzeption der SPD – keine Atomwaffen – folge, dann höre Deutschland am gleichen Tage auf, ein großes Volk zu sein, es sei dann nicht mehr verteidigungsfähig. (Zurufe: Hört! Hört!) Meine Freunde! Wir haben bisher nicht erlebt, daß der von uns so hoch geachtete Paul Henri Spaak bei den Sozialdemokraten Deutschlands zu einem Vortrag über Außen- und Sicherheitspolitik eingeladen worden wäre. (Heiterkeit.) Bisher ist die SPD seinen beschwörenden Bemühungen um die Stärkung der NATO nicht gefolgt. Heute verweist sie ausgerechnet auf dieses Beispiel einer großen Koalition, in der Außenminister der bisherige politische Generalsekretär der NATO geworden ist. Die Ausrede, daß den Sozialdemokraten unser Verteidigungsminister Franz Josef Strauß nicht sympathisch sei, ist zu dumm, um das Nein der SPD zum Verteidigungshaushalt zu rechtfertigen. Wir haben – lassen Sie mich nur noch das Stichwort über die Notstandsregelung hinzufügen – allen Anlaß, an der Grundhaltung der Sozialdemokratie in dieser Frage allen Ernstes zu zweifeln. Wir fragen nach den unbestreitbaren, eindeutigen Auffassungen der SPD, wir fragen nicht danach, wie dieser oder jener Sozialdemokrat Deklamationen gerade für den Haus-



In aller Welt ist NORDMENDE ein Begriff für fortschrittliche Entwicklung und technische Höchstleistung. Rundfunkgeräte und Stereo-Konzertschränke dieses Fabrikates sind berühmt für ihre Empfangs- und Klangqualitäten, NORDMENDE-Fernseher gelten als unübertrefflich in der Schärfe, Plastik und Tiefe des Bildes. NORDMENDE-Transistorkoffer haben sich durch ihre überragende Leistung und Klanggüte einen weltweiten Markt erobert. Man weiß: NORDMENDE verkörpert Präzision und Fortschritt, es ist der Ausdruck eines ausgeprägten Qualitätsbewußtseins.

NORDMENDE

VOLLENDET IN TECHNIK, FORM UND KLANG

gebrauch auslegt. Mit Formulierungen „wir sind doch eine Familie“ sagt man gar nichts, man übertüncht, man tarnt, man lenkt ab, man erspart sich klare Aussagen. Im „Vorwärts“ vom 10. März verlangt Brandt Einigkeit aller Demokraten, er verlangt diese Einigkeit in der innenpolitischen Atmosphäre, und er wendet sich gegen Haß, gegen Mißtrauen und gegen Verleumdung.

Lassen Sie mich auf einige Beiträge der Sozialdemokraten zu diesem ... „wir sind eine Familie“ aufmerksam machen. Denken Sie an unseren Freund Lücke, den wir heute morgen hörten, der den Bundeskanzler als einen wahrhaft großen deutschen Städtebauer bezeichnete. Wir stimmen Paul Lücke ganz uneingeschränkt zu. Die Stadt Köln ist der lebendige Beweis. Der SPD-Pressedienst aber wagt es, diese Aussagen mit dem Hinweis auf Hitler zu kommentieren, den man als den größten Bauherrn aller Zeiten bezeichnet habe, bis alles in Schutt und Asche lag. (Zurufe: Pfui!) Im Fernsehstreit verstieg sich der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Heinemann zu der Unterstellung, Dr. Adenauer habe einen schlimmeren Staatsfunk schaffen wollen, als jener Staatsfunk der Naziherrschaft es gewesen sei. (Zurufe: Pfui!)

Das deutsche Volk steht seit Monaten in besonderer Weise unter der Last seiner Vergangenheit. Wir alle wissen, daß der Eichmann-Prozeß von uns eine eindeutige klare innere Haltung erfordert. Der sozialdemokratische Kronjurist Dr. Arndt aber glaubte sich leisten zu können, einen gerade in dieser Frage nun rundherum unverdächtigen führenden Politiker der CDU, den Bundesinnenminister Dr. Schröder, des Antisemitismus verdächtigen zu können. Und der „Vorwärts“ veröffentlichte eine Zeichnung, in der führende Politiker der CDU/CSU als Schüler des Lehrers Hitler dargestellt werden.

Der Bundesvorsitzende hat vorgestern unüberhörbar erklärt – und Krone hat es für die Fraktion aufgenommen –, es gibt keine große Koalition. Lassen Sie mich das noch einmal gleichsam für das Parteivolk unterstreichen. Diejenigen, die vielleicht einmal mit einem solchen Gedanken geliebäugelt hätten, fallen unter die 5-Prozent-Klausel. Wir bekennen uns zu einer starken Regierungsgrundlage und zu einer kräftigen Opposition. Aus staatspolitischen Gründen ist dieses Spiel nötig: Hier Regierung, dort Opposition. Wenn diese Grundsätze verwischen, wenn es nur noch eine Familie gibt, dann entsteht ein Einheitsbrei ohne Profil, dann wird jede eindeutige Politik unmöglich und beginnt nach meinem Dafürhalten die Demokratie im Kern korrumpiert zu werden.

Meine Damen und Herren! Der Wahlkampf ist Auseinandersetzung. Auseinandersetzung schafft Klarheit, sie schafft jene Abgrenzung, die der SPD so unangenehm ist. Seien wir uns darüber klar: Alles, was nach Verschweigen, nach Überdecken, nach Vertuschen aussieht, stößt insbesondere unsere Jugend ab, die es sowieso schwer hat zu begreifen, daß wir Älteren, die wir heute die Verantwortung tragen, trotz tausend-

fältiger Zweifel in Millionen Herzen auch nur dulden konnten, daß das geschah, was uns heute als unbewältigte Vergangenheit – um dieses Schlagwort zu gebrauchen – bedrückt. Wer – wie ich es seit vielen Jahren tue – in aufrichtigen Gesprächen und offenen Diskussionen unmittelbaren Kontakt mit Schülern, mit Studenten, mit Lehrern, mit jungen Soldaten und wer immer es sein mag, sucht, der kennt die große Belastung, unter der viele Menschen in unserem Volke noch stehen. Denn sie haben Väter und Lehrer, denen sie sich eng verbunden wissen und denen sie nicht zutrauen mögen, daß sie einmal auch nur schweigende Mitläufer eines Regimes waren, das den Unrechtstaat begründete. Es bedarf also schon unserer Selbstachtung der ständigen Auseinandersetzung mit den Dingen um uns herum und vor allen Dingen mit den Problemen der Politik, mit den Problemen unseres Zusammenlebens im Staat und mit der Frage nach der Stellung dieses Staates in der Welt. So hat besonders unsere Jugend mit ihrer wachsenden Bereitschaft zur Verantwortung, mit ihrer eindeutigen Ablehnung jedes „Ohne-Mich-Standpunkts“, mit ihrer gesunden Skepsis den Anspruch auf absolute Klarheit. Denn vor allem die Unentschiedenen, die Unentschlossenen sind in der Gefahr, den Verführungen der Demagogie zu erliegen. Wir wollen daher Klarheit: Hier diese – dort jene; hier CDU – dort SPD. Alles andere ist nebenrangig. (Lang anhaltender Beifall.)

Die klare Absage an die SPD besagt nichts über eine Koalitionsbereitschaft mit der FDP. Wir beobachten aufmerksam, wir verfolgen was sie sagen, wir messen sie an ihren Taten. Bislang ist unsere tiefe Skepsis nicht ausgeräumt. (Lebhafter Beifall.) Düsseldorf, meine Freunde aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf mit dem Sturz Karl Arnolds ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen nicht vergessen. (Sehr richtig-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Und noch ein zweites: Unlängst wurde aus dem Gesamtdeutschen Block BHE und der Deutschen Partei die Gesamtdeutsche Partei gegründet. Sie erklärt, sie sei die Partei der Wiedervereinigung. Ich möchte dazu



Seit 1858

BAD NEUENAHR

Das schöne Heilbad im Ahrtal

Zucker-, Magen-, Darm-, Gallen-, Leber-, Nierenleiden sowie Herz- und Kreislaufkrankungen

Ganzjährige Trink- und Badekur mit alkalisch-erdigen Thermen (36° Celsius)

Ganzjähriger Kurbetrieb

Haustrinkkuren mit „Bad Neuenahrer Sprudel“

Prospekte durch Kurverwaltung Bad Neuenahr, Ruf 291-295

folgendes erklären: Die Vorläuferin der Gesamtdeutschen Partei, der Gesamtdeutsche Block BHE, hat jahrelang erklärt, die einzige Partei, die für die Wiedervereinigung sei, sei der BHE. Sie sprach von der Verzichtspolitik und den Verzichtspolitikern der CDU oder der SPD. Diese Vorwürfe in Reden, in Versammlungen, in Druckschriften, in Plakaten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, die die andere Seite, der Osten, zu einer Dokumentation zusammentragen kann, um in der Welt dort und drüben zu zeigen, daß wir angeblich die Wiedervereinigung nicht wollten – diese Argumentationen sind falsch. (Langanhaltender Beifall.)

Wir sind der Meinung, daß wir nicht einen Wahlkampf führen dürfen, bei dem sich die eine Partei besser dünkt denn jene. Alle Argumentationen dieser Art sind nicht geeignet, unser brennendes Anliegen so zu vertreten, daß uns die Welt draußen ernst nimmt, und wir wollen ernst genommen werden mit unserer Feststellung, daß wir nie auf etwas verzichtet haben, auf das wir einen Rechtsanspruch haben, daß wir nicht verzichtet haben auf die Gebiete Deutschlands in den Grenzen von 1937. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

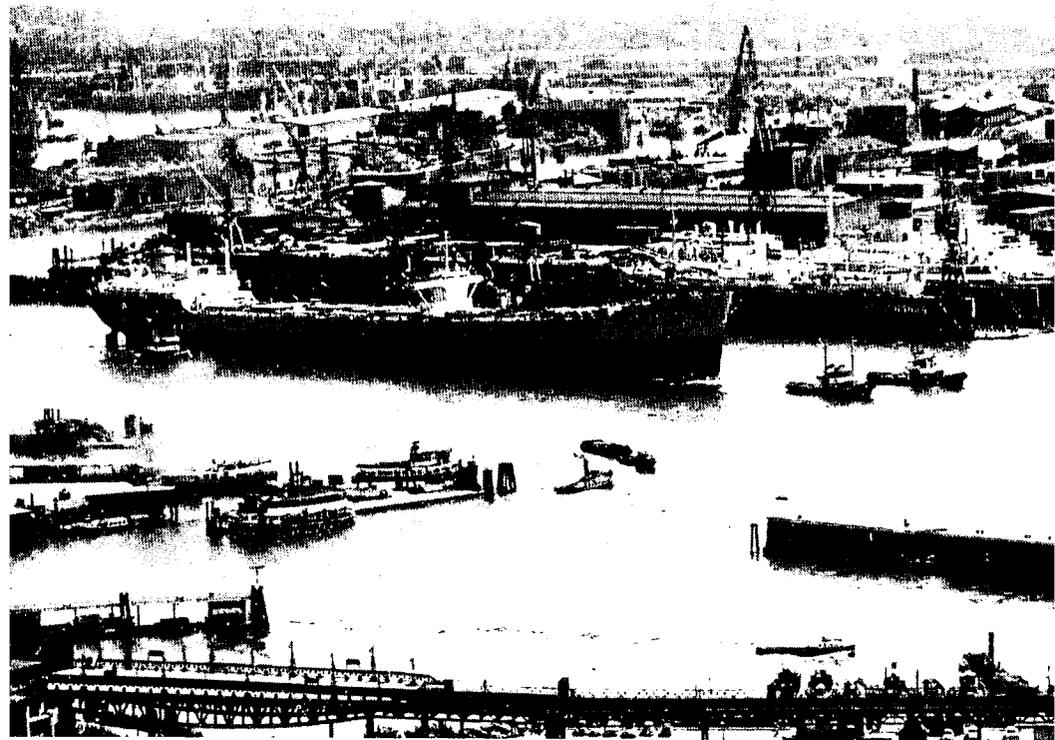
Lassen Sie mich schließen: Was wir erreicht haben, haben wir gesagt; wo wir stehen, ist in Köln sichtbar geworden. Was zu tun bleibt, haben wir hier diskutiert. Was wir wollen, meine Freunde: an die Arbeit gehen! Den Wahlsieg haben wir nicht in der Tasche; (Zustimmung.) er fällt uns nicht wie eine reife Frucht zu. (Sehr-richtig-Rufe.)

Diejenigen, die ein bißchen nachdenken können, mögen vielleicht bis zur neunzigsten Minute das gestrige Fußballspiel in Hamburg verfolgt haben. Ein anderer bemerkte heute, dieser Parteitag war großartig, bis auf das eine Tor. (Heiterkeit.)

Meine Freunde, uns fällt das nicht als reife Frucht zu. Wir haben die Chance, den Wahlsieg zu erringen. Sie zu nutzen, setzt voraus, Arbeit und nochmals Arbeit, setzt voraus ein Bekenntnis, ein offenes Bekenntnis, nicht nur Mitläufer, sondern ein offenes Bekenntnis zur CDU. (Langanhaltender Beifall.)

Muß man eigentlich verschweigen, daß man zur CDU gehört; zu Adenauer, Erhard und der Mannschaft? – Meine Freunde, der Wahlsieg setzt voraus, daß wir wie bisher miteinander geschlossen als Christen beider Konfessionen zusammenstehen.

Denkt daran: Unsere Brüder in der Zone, jenseits Oder und Neiße, sehen auf uns und vertrauen uns. Am Vorabend der gescheiterten Gipfelkonferenz von Paris, als in den großen deutschen Städten Hunderttausende zusammenkamen, um den Großen dieser Welt für Paris unsere Wünsche mit auf den Weg zu geben, habe ich in Kiel gesagt und es am 17. Juni in Berlin wiederholt: Wie mag einem Bauern zumute sein, der seinen Hof, von seinen Eltern ererbt, durch Generationen erarbeitet,



Der STERN „spielt“
alles: Wort und Bild,
Ernst und Humor sind
harmonisch aufeinander
abgestimmt – jede
Woche das rechte
Programm für Sie!

wie mag ihm als Bauer zumute sein, wenn er ihn verlassen muß, wenn er abends noch einmal sein Vieh füttert, einen Koffer nimmt, sein Haus abschließt, weggeht und sich nach Hause nicht mehr umdreht, um seinen beschwerlichen Weg in die Freiheit anzutreten?

Uns wurde die Freiheit geschenkt. Wir haben sie uns zu erhalten durch eine harte und klare Politik. Denken wir daran, sie uns zu bewahren und für die Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges eines Tages zu gewinnen. Das, scheint uns, ist der Aufruf zum 17. September des Jahres 1961.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Ich darf unserem Parteifreund, Herrn von Hassel, herzlich danken. Sie haben das durch Ihren Applaus bereits getan. Lassen Sie mich die Gelegenheit benutzen, diesen Dank weiter auszudehnen auf alle Mitglieder der Bundesregierung, die für ihre harte Arbeit auch den Dank eines Parteitages verdient haben.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Darf ich den Dank auch ausdehnen auf alle CDU-Ministerpräsidenten und Landesregierungen, die die CDU stellt? Sie arbeiten im Kleinen, aber genauso erfolgreich.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Ich darf nunmehr Herrn Bundesminister Theodor Blank bitten, in seiner berühmten Kürze zu uns zu sprechen.

(Bundesminister Theodor Blank wird von der Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Bundesminister Theodor Blank:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn eine Partei wie die Christlich Demokratische Union zwölf Jahre die politische Verantwortung im Bund getragen hat, dann hat sie erstens die Pflicht, das Geleistete zu überprüfen. Das haben wir auf diesem Parteitag in vier Tagen ernster Arbeit in freier Diskussion getan.

Aber sie hat auch das Recht, auf das Geleistete hinzuweisen. Auch das haben wir getan, wenngleich ich sagen muß, daß dabei für meinen Geschmack die uns angeborene christliche Bescheidenheit (Heiterkeit.) den sicherlich zulässigen Stolz auf das Geleistete wieder etwas überwogen hat. Und wenn eine Partei zwölf Jahre die politische Verantwortung getragen hat, dann hat sie die Aufgabe, dem deutschen Volke zu zeigen, wie der weitere Weg sein soll.

Das ist in diesen Tagen hier erarbeitet worden. Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Ihnen in aller Kürze, wie der Herr Präsident es wünscht, und ich werde mich seinem Wunsche fügen, das Erarbeitete hier vorzutragen:

3 Millionen Versicherte

unter dem Schutz der

HAMBURG-MANNHEIMER

*

Allein 1960

280 000 neue Mitglieder

mit

642 Millionen DM

Versicherungssumme

3,3 Milliarden DM

schützen unsere Mitglieder

Bringen auch Sie Ihre Zukunft unter Dach
und Fach mit der



Hamburg 36 · Alsterufer 1

Filialen an allen wichtigen Plätzen im Bundesgebiet

Kölner Manifest 1961

„Deutschland“,

– so lautet das „Kölner Manifest“ –

nach dem 2. Weltkrieg verachtet und verlassen, hat in der Bundesrepublik unter Führung der Union Achtung und Freundschaft in der freien Welt erworben und Sicherheit vor dem sowjetischen Imperialismus gewonnen.

Noch aber leben siebzehn Millionen Deutsche in der Zone unter täglich neuen Bedrückungen eines fremden Gewaltregimes. Ihnen bleiben wir mit unserer ganzen politischen Arbeit leidenschaftlich verbunden. (Lobhafter Beifall.)

Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassenkämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet.

Die Union stellt sich in Zuversicht dem Urteil des deutschen Volkes bei der Wahl zum Bundestag am 17. September 1961.

Dem guten Recht eines jeden, aber keinem einseitigen Interesse verpflichtet, werden wir auch in Zukunft, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, unsere politischen Entscheidungen treffen.

Die Christlich Demokratische Union will

die Freiheit aller Deutschen,
den Frieden der Welt,
die Einheit des Vaterlandes,
die Einigung Europas,
die Atlantische Gemeinschaft.

Sie fordert deshalb

1. die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen;
2. das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit;
(Starker Beifall.)
3. die Einigung Europas und den Ausbau des atlantischen Bündnisses;
4. die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen;
5. die gemeinsame Hilfe der freien Welt für die Entwicklungsländer.

Die Christlich Demokratische Union will

die Freiheit des Bürgers,
die Förderung der Familie,
die freie Entfaltung der Gesellschaft,
Eigentum für jeden und Wohlstand für alle,
soziale Ordnung in Stadt und Land.

Sie fordert daher:

1. die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum, Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämiensparens und der Volksaktie;
2. solide Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität, Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte Förderung aller Begabten von der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen durch Stipendien und Darlehen, für jeden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung;
3. Stärkung der Familie, Ausbau des Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung des Eigenheims und der Eigentumswohnung, familiennahe Kindergärten und Spielplätze;
4. Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem „Goldenen Plan“, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten;



INERTOL

PASSIVOL

ICOSIT

TOPOL

571 B 63

KORROSIONSSCHUTZ - BAUWERKSSCHUTZ

In unseren Anstrichstoffen steckt die Erfahrung vieler Jahrzehnte.

Das ist auch für Ihre Arbeit die Grundlage der Sicherheit und des Erfolgs.

Verschenken Sie diesen Vorteil nicht; es lohnt sich immer, Markenerzeugnisse höchster Qualität zu verwenden.

Bitte fragen Sie an - wir werden Sie ausführlich beraten.

LECHLER
BAUTENSCHUTZCHEMIE

LECHLER BAUTENSCHUTZCHEMIE

STUTTART UND GELSENKIRCHEN-BÜER

5. *umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser.*

Die Erfolge unseres Volkes unter der Führung der Union sind jedem sichtbar.

Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern und wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

(Lebhafter Beifall.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich sagte, daß wir die Pflicht hätten, das Geleistete zu überprüfen und das Recht, auf das Geleistete hinzuweisen und die Aufgabe, dem Volke den weiteren Weg zu zeigen, dann bleibt uns entscheidend noch eine weitere Aufgabe, die ich ganz kurz ansprechen will: die Aufgabe, Kraft, Glauben und Vertrauen in das deutsche Volk zu tragen.

(Lebhafter Beifall.)

Wer aber Kraft, Glauben und Vertrauen in das Volk tragen will, der muß noch mehr, als nur ein gutes Programm besitzen, der muß über das verfügen, worüber die Christlich Demokratische Union verfügt, nämlich über Männer und Frauen, die erprobt in der politischen Arbeit dem deutschen Volke in den vergangenen Jahren selbstlos und mit Erfolg gedient haben, so wie an der Spitze unser Vorsitzender, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, der das deutsche Volk aus Not, Elend und Verachtung zu seiner jetzigen Stellung in der Welt geführt hat.

In seine Hände können wir vertrauensvoll und mit Stolz auf das Erreichte und im Fordern auf weiteres Vertrauen auch weiterhin das Schicksal unseres Volkes legen. Er wird jetzt zu uns sprechen.

(Starker Beifall.)

Präsident Johnen:

Meine Damen und Herren! Ich darf Herrn Bundesminister Theodor Blank herzlich danken. Er kommt von B und geht zu A. Wir bleiben bei A. (Heiterkeit.)

Ehe ich aber dem Herrn Bundeskanzler das Wort gebe, darf ich aus vollem Herzen der Bundesgeschäftsstelle, Herrn Dr. Kraske und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, für die Durchführung des Parteitages herzlichen Dank sagen. (Starker Beifall.)

Da der Bundeskanzler immer das letzte Wort hat, habe ich das vorletzte. Ich darf in Ihrem Auftrag für alles das, was „der Adenauer“ für uns tut und getan hat, herzlichen Dank sagen.

(Starker Beifall!)

Er spricht nunmehr zu Ihnen

Parteivorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer:

(Mit stürmischem Beifall begrüßt!)

Meine lieben Parteifreunde! Ich habe zunächst auch Worte des Dankes zu sprechen: dem Herrn Präsidenten Johnen und den Damen und Herren seiner Umgebung sowie allen Helfern und Helferinnen, dem Landesverband Rheinland und dem Kreisverband Köln, der Messe-GmbH, der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen, vor allem aber auch, meine verehrten Freunde, den Teilnehmern am Bundesparteitag. Ihnen danke ich von Herzen.

Ich hoffe, daß Sie von hier weggehen in dem Gefühl, sicherlich schwere Tage hinter sich gebracht zu haben, aber auch in dem Bewußtsein, manches gehört zu haben, was Ihnen bisher noch nicht so in dieser Klarheit vor Augen stand. Sie bekommen noch, meine lieben Teilnehmer am Parteitag, eine schwere Aufgabe mit auf den Weg, nämlich zu arbeiten bis zum letzten Tage vor der Wahl und am Wahltag auch.

(Beifall!)

Als wir den Parteitag begannen, waren wir als europäische Nation bedrückt wegen der Vorgänge in Frankreich. Lassen Sie mich – ich weiß, daß ich damit Ihnen allen aus dem Herzen spreche – sagen, wie sehr wir uns darüber freuen, daß es dem Staatspräsidenten de Gaulle gelungen ist, die Ordnung in Frankreich und in Algerien wiederherzustellen.

(Sehr starker Beifall!)

Es ist der zehnte Parteitag, den ich mitmache, ich habe aber eigentlich noch auf keinem Parteitage bisher eine solche Geschlossenheit und eine solche Entschlossenheit gesehen wie hier bei diesem Parteitag, die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen.

(Starker Beifall!)

Meine Freunde! Unter uns ist man über diese oder jene Frage auch öfters verschiedener Anschauung – und ich bin manchenmal davon Zeuge gewesen –, aber schließlich stellen wir uns alle doch auf denselben Boden. Das kommt daher, weil wir die gleiche Grundanschauung haben, die sich aufbaut auf dem christlich-humanistischen Fundament.

Vor kurzem waren die Kommunalwahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Ich habe veranlaßt, daß man, so gut das möglich war, – und es war Gott sei Dank in ziemlich weitem Maße möglich – einmal feststellen sollte, was die neuen Wähler, diejenigen, die jetzt zum erstenmal vor eine solche Entscheidung gestellt waren, gewählt haben. Ich habe das deswegen getan, weil natürlich jede Partei daran denken muß: Was wird aus deiner von dir so heiß geliebten Partei werden, wenn einer nach dem anderen weggeht? Ist der Nachwuchs da?

Meine Freunde! Zu meiner und – davon bin ich überzeugt – auch Ihrer großen Freude ist festgestellt worden, daß die Mehrheit der jungen Wähler unsere Partei gewählt hat.

(Lebhafter Beifall!)

Damit, meine Freunde, ist die Sorge, die man mit Recht vor einer Anzahl von Jahren noch haben konnte, was wird aus der CDU werden, wenn die Eindrücke aus der nationalsozialistischen Zeit mehr oder weniger verschwunden sind, beseitigt. Wir brauchen diese Furcht nicht mehr zu haben. Wir haben Nachwuchs. Diese Partei, die aus dem Abscheu gegenüber der nationalsozialistischen Zeit und der damaligen Erfahrungen entstanden ist, hat sich – und dieses Problem habe ich immer sehr ernst und gewissenhaft verfolgt – in den vergangenen 12 Jahren eine gute Tradition geschaffen. (Lebhafter Beifall!)

Diese Tradition ist es, die wir pflegen wollen und pflegen müssen. Es hat sich gezeigt, daß der größere Teil des deutschen Volkes eine Politik haben will, wie wir sie in all den Jahren geführt haben.

(Starker Beifall!)

Wie ist das gekommen? Das ist vor allem dadurch gekommen, daß wir erstens in unserer eigenen Partei immer einen Ausgleich bei den wichtigsten Problemen gesucht und gefunden haben, und zweitens, weil wir stetig, ruhig und intensiv für das allgemeine Wohl und das allgemeine Beste gearbeitet haben. (Beifall!)

Wir haben sicher viele Erfolge. Wir haben vor allem einen Erfolg: Wir haben Sicherheit geschaffen, Sicherheit im Inneren und Sicherheit gegen außen. Gerade wir in unserer geographischen Lage wissen – Herr Dr. Krone hat mehrfach darauf hingewiesen –, was Sicherheit bedeutet. Wenn man von der Gefahr täglich und stündlich bedroht ist, dann weiß man, welch wertvolles Gut die Sicherheit ist. Und darum wiederhole ich noch einmal, was ich schon vor einigen Tagen gesagt habe: Die Sicherheit, die wir dem deutschen Volke geschaffen haben, muß erhalten bleiben. Sie darf nicht dadurch genommen werden, daß man nun das Wohl und das Wehe des deutschen Volkes einer Partei anvertraut, die 12 Jahre lang versagt hat.

(Beifall!)

Das gilt auch für die innere Sicherheit, das gilt auch für die Arbeit, das gilt auch für den Wohlstand. Auch da ist Sicherheit. Lesen Sie nur einmal nach, was die Sozialdemokratie für düstere Prophezeiungen über die soziale Marktwirtschaft von sich gegeben hat. Da gilt dasselbe: die Steuer muß auch im Inneren von derselben Partei weitergeführt werden, die es bisher geführt hat. Es darf dem deutschen Volk nicht zugemutet werden, daß das wieder aufs Spiel gesetzt wird, was es sich in 12 Jahren harter Arbeit mit Ausdauer und Hoffnungen wieder erarbeitet hat.

Die Presse hat uns im allgemeinen gut kommentiert. In einem uns nahestehenden Blatt fand sich die Überschrift, der Parteitag sei von Optimismus getragen gewesen. Meine Freunde, das ist ein falscher Zungenschlag. Optimismus? – Nein! Optimismus? – Nein! Aber vom Bewußtsein der Kraft unserer Partei ist dieser Parteitag getragen gewesen.

(Beifall.)

Nun, meine Freunde, demoskopische Untersuchungen! Im allgemeinen geben sie gut an, was kommen wird. Aber sie sind mir diesmal etwas zu gut.

(Heiterkeit.)



Bundesratsabgeordneter Dr. Pfeilmeier, Köln, im Gespräch mit den
Bundestagungsmitgliedern Dr. von Brentano und Dr. Schröder.

Die Bundesminister (von links nach rechts) Dr. Wilhelmi (für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes), Dr. Wuermeling (für Familien- und Jugendfragen) und Dr. Seebohm (für Verkehr).



– Ja, das ist nicht richtig, meine Damen und Herren, wenn so frühzeitig und so gut prophezeit wird. (Sehr richtig!)

Man soll die guten Prophezeiungen dankbar lesen; sie sind natürlich sicher viel wertvoller als schlechte. (Heiterkeit.) – Das ist ganz richtig; fragen Sie nur einmal einen Sozialdemokraten danach!

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Aber, meine Damen und Herren: Arbeiten, arbeiten bis zum letzten Tag, das ist jetzt unsere Pflicht! Wir alle gehen jetzt von hier nach Hause mit einem gehobenen Gefühl; ich leugne das nicht. Aber das müssen wir jetzt weitergeben und es überallhin verbreiten. Wir müssen arbeiten. Ich kann mir gar nicht vorstellen, was wir Moskau für ein Vergnügen machen würden, wenn unsere Partei nicht mehr die Mehrheit hätte. (Heiterkeit.)

Die Mehrheit, Koalitionsgespräche usw. usw.! Ich glaube, wir sollten doch sehr ernst versuchen – dann wird der Erfolg nicht ausbleiben –, daß wir wieder die absolute Mehrheit bekommen. (Beifall.) Ich erinnere mich einer Szene im Bundestag. Ich sprach, und Herr Ollenhauer oder Herr Wehner rief mir dazwischen: Wollen Sie denn schon wieder die absolute Mehrheit haben? Ich habe ihm geantwortet: wollen Sie das denn nicht?

(Heiterkeit.)

Düsen zur Flüssigkeitszerstäubung

finden vielseitige Einsatzmöglichkeiten in den verschiedensten Industriegebieten wie:

Chemische Industrie

Walzwerke

Kokereien, Hütten- und Gaswerke

Bergbau

Lufttechnische- und Textil-Industrie

Papierindustrie

Brandbekämpfung

und vorbeugender

Brandschutz

**durch Regenwand-
anlagen**



Garage
mit Regenwand



LECHLER APPARATEBAU KG STUTTGART

So ist es doch auch, meine Freunde, die wollen doch auch die absolute Mehrheit haben. Wir haben sie, wir wollen sie behalten. (Beifall.) Und wir werden sie behalten, wenn wir wollen, und wir wollen, und wir werden sie behalten, und dann wird sich alles Weitere finden.

(Beifall und Heiterkeit.)

Ich hätte so gerne noch einmal gesprochen von unserem Slogan von damals: Keine Experimente. Der ist ausgezeichnet. (Heiterkeit.) Das versteht jeder sofort. (Erneute Heiterkeit.)

Man braucht gar keinen lange zu überzeugen; das ist gar nicht nötig. Bleiben wir dabei: Keine Experimente! Und alles andere – ich wiederhole es – wird sich dann finden. Glauben Sie: das ist dann zum Segen für das deutsche Volk, für Europa und für die atlantische Welt.

(Beifall.)

Glauben Sie nicht, daß die Gefahren schon vorüber sind. Denken Sie immer daran, wie es auf der Welt aussieht. Denken Sie doch daran, daß in Rotchina über 600 Millionen Menschen leben, daß jedes Jahr 12 Millionen hinzukommen. Denken Sie an Sowjetrußland mit seinen 200 Millionen Menschen. Denken Sie an diesen kommunistischen Block, der fest geschmiedet ist und der uns und alle freien Völker unterjochen und der Freiheit berauben will. Das ist die Welt, in der wir leben! Machen wir uns das immer und immer wieder klar, daß die Gefahr weiterbesteht, bis wir durch unsere Kraft, durch unsere Geschlossenheit und durch unsere Einigkeit dem kommunistischen Block bewiesen haben, daß der Block der freien Völker stärker ist. Dann wird auch der Augenblick der Abrüstung und der Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes gekommen sein.

(Beifall.)

Herr Kollege Krone hat mit sehr treffenden Worten auf die Behauptungen geantwortet, die Frage der Einheit Deutschlands spiele bei uns keine Rolle. Ich brauche dazu gar nichts zu sagen. Aber eines möchte ich doch noch anführen. Wenn wir nicht unsere Politik gegen die ständigen Angriffe und den Widerstand, den erbitterten Widerstand der Opposition geführt hätten, dann wäre die Bundesrepublik kein freies Land mehr, (Beifall.) dann gäbe es keine Freiheit und keinen Wohlstand; alles das gäbe es nicht, und dann würde auch die sozialdemokratische Opposition nicht so reden dürfen, wie sie jetzt redet. (Heiterkeit.)

Das ist zunächst der ganz große Gewinn dieser drei Bundestagssessionen, in denen wir führend waren. Und ein weiterer: wenn wir nicht frei geblieben wären, würde niemals die Einheit des deutschen Volkes in Freiheit in Frage kommen.

(Beifall.)

Wenn wir nun die feste Aussicht haben, daß es eines Tages doch dazu kommt, daß in Freiheit Deutschland, das ganze Deutschland, wieder hergestellt wird, dann ist die notwendige Arbeit, die zunächst geleistet werden mußte – die Bewahrung und Rettung unserer gefährdeten Freiheit –, das Verdienst der CDU und nicht der SPD.

WARUM KRAFTWAGEN- GÜTERFERNVERKEHR?

Vorteile,

die Ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern:

Individuelle Bedienung

Haus-Haus-Verkehr ohne Umladung

Verpackungersparnis

Schonung der Güter

Geringe Lagerhaltung

Volle Deckung bei Güterschäden

Erleichtertes Zollverfahren im Europaverkehr

Spezialfahrzeuge aller Art

Der Fernlastzug

bringt Ihre Güter schnell und sicher

im In- und Ausland ans Ziel

Meine Freunde! Ich glaube, daß uns niemand nachsagen kann, daß wir nicht den Frieden wollen. Wir wollen den Frieden aus heißem Herzen, und wir wollen für den Frieden arbeiten mit ganzer Kraft. Wir wollen aber auch die Freiheit bewahren, denn es gibt keinen Frieden ohne Freiheit, meine Freunde.

(Beifall.)

Frieden ist ja nicht nur der Frieden nach außen, Frieden muß auch im Innern des Menschen sein, wenn er wirklich ein menschenwürdiges Leben führen soll, und den Frieden im Innern, meine Freunde, den hat der Mensch nicht, wenn er nicht frei ist, weil die Freiheit dem Menschen angeboren ist.

(Beifall.)

Darum werden wir in Frieden und durch die Freiheit auch wieder kommen zur Einheit unseres Vaterlandes.

(Lebhafter Beifall.)

Und was wir für den Frieden tun, was wir für die Freiheit tun, das ist gleichzeitig getan für die Einheit unseres Volkes, für die Einheit unseres Vaterlandes.

(Anhaltender stürmischer Beifall.)

(Der Parteitag singt stehend die dritte Strophe des Deutschlandliedes: Einigkeit und Recht und Freiheit!)

Präsident Johnen:

Meine lieben Parteifreunde! Darf ich den Parteitag damit beschließen mit denselben Worten, wie damals, als wir in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen gewonnen haben. Ich habe in Hagen gesagt: Könnte ich Ihnen, meine Damen und Herren, etwas vermitteln von dem Glauben an die CDU, wir würden nicht Berge versetzen, sondern die Wahl gewinnen. – So am 17. September!

(Lebhafter Beifall.)

Schluß: 18.03

KARLSRUHE



DIE GROSSTADT ZWISCHEN
SCHWARZWALD UND RHEIN
EINE STADT VOLL
LEBENDIGER GEGENWART



DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK

(Actien-Gesellschaft)

HANNOVER

Georgsplatz

Hypotheken-Pfandbriefe · Kommunal-Obligationen
Hypotheken-Darlehen · Kommunal-Darlehen

Ausländische Gäste

Frau Evelyn Emmet, **Konservative Partei Großbritanniens**, Vorsitzende des Übersee-Büros

Herr Ridsdale, Stellv. Vorsitzender des Übersee-Büros

Dir. Gösta Bohmann

Abg. Frhr. Adolf Hamilton, **Högerpartei Schwedens**

Abg. Gottschalck-Hansen, Abg. Jörgen Hatting, **Dänische konservative Volkspartei**

Abg. Maenen, Abg. Fiévez, **Katholische Volkspartei Hollands**

Generalsekretär Dr. van der Sluis, Abg. Smaltenboek, **Antirevolutionäre Partei Hollands**

Abg. Dr. Kraayeveldt, **Christlich Historische Union Hollands**

Senator Viktor Lemanns (zugleich Vertreter der **Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments**) und

Generalsekretär Tindemanns, **Christliche Volkspartei Belgiens**

Vizepräsident Margue und Generalsekretär Mosar, **Christlich Soziale Volkspartei Luxemburgs**

Präsident Dr. Tenchio und Generalsekretär Dr. Rosenberg, **Christlich Soziale Volkspartei der Schweiz**

Minister a. D. Mattarella und Abg. Passoni, **Demokrazia Cristiana Italiens**

Generalsekretär Dr. Withalm, Nationalrat Harwalik, Kommerzialrat Moser, **Österreichische Volkspartei**

Generalsekretär Sieniewicz und Chefredakteur Bunza, **Christlich Demokratische Union Zentraleuropas**

Generalsekretär Seitlinger, (**auch für Mouvement Républicain Populaire (MRP) Frankreichs**). Herr Ferragni, Herr Dr. Hahn, **Internationale Union Christlicher Demokraten (NEI)**

J. Gollnow u. Sohn Karlsruhe



Stahlhoch- und Brückenbau
Behälterbau
Kranbau · Filigran-Stahlleichtbau
Eisengroßhandel

KARLSRUHE-RHEINHAFEN

SATOR^{*†*}**H****F****I****L****M**
GMBH

Erfahrene Fachleute beraten Sie bei der Herstellung von Werbefilmen,
Industrie-, Dokumentar- und Fernsehfilmen,
die wir in den leistungsfähigen, modernen Hamburger
Ateliers nach Ihren Wünschen produzieren

HAMBURG 1 · GROSSE ALLEE 10 · RUF 249455

PRODUKTIONSBURO:

REALFILM-STUDIO · HAMBURG-WANDSBEK · TONNDORFER HAUPTSTR. 90

KAUTEX



Hohlkörper aus Kunststoffen

von 1 ccm - 200 Liter

Flaschen	Kanister
Flakons	Ballons
Tuben	Fässer
Ampullen	Elmer
Techn. Hohlkörper	Schläuche
Schrumpfschlauch	Schrumpfhüllen DBP

Voll- u. halbautomatische Blasmuschinen

für Hohlkörper aus Kunststoffen

bis 300 Liter - ein- und zweifarbig

Zubehörmaschinen: SIEBDRUCKAUTOMATEN
BEFLAMMUNGSMASCHINEN
GRANULIERANLAGEN
MISCHER

KAUTEX-WERKE
REINOLD HAGEN
HANGELAR 3.50-B /RG
TEL. BONN 51-Nr. 43341

KAUTEX führend durch jahrzehntelange Kunststoff-Erfahrung

INHALT

<i>Erster Tag</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses	5
	Eröffnungssitzung	
	Eröffnung des 10. Bundesparteitages durch Bundeskanzler Dr. Adenauer und Präsident Johnen	6
	Begrüßungsansprachen	
	Ministerpräsident Dr. Meyers	11
	Oberbürgermeister Burauen	13
	Bundesminister Dr. Strauß für CSU .	14
<i>Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier:</i>	16
 <i>Zweiter Tag</i>	 Erste Plenarsitzung	
	Grußworte ausländischer Gäste ...	27— 30
<i>Bundeskanzler Dr. Adenauer:</i>	Der Weg der CDU/CSU	31— 37
<i>Bundesaußenminister Dr. von Brentano:</i>	Deutschland — Teil der freien Welt	38— 46
	Grußworte	47— 50
	Aussprache	
	Präsident Furler	51— 53
	Majonica, MdB	53— 55
	Dr. Gradl, MdB	55— 56
	von Guttenberg, MdB	57— 58
	Bürgermeister Amrehn	59— 61
	Dr. Hellwig, MdB	62— 63
	Krüger, MdB	64— 65
	Dr. Abelein	65— 66
	Prof. Dr. Burgbacher, MdB	66— 68
	Prof. Dr. Görgen, MdB	68— 69

*Bundesverteidigungs-
minister Dr. Strauß:*

Verteidigung der Freiheit 71-- 87

Zweite Plenarsitzung

Aussprache

Dr. Schwarz von Liebermann 88 · 91

Dr. Kliesing, MdB 92-- 94

Dr. Marx 94-- 96

Dr. Klepsch 97-- 98

Josten, MdB. 98

Frau Ackermann, MdB 99

*Bundesminister
Dr. Schröder:*

Sicherheit für Bürger und Staat 100--107

Aussprache

Dr. Barzel, MdB 108 --111

Grußworte 112--115

Aussprache

Dr. Werber, MdB 116

Dr. Even, MdB 117--119

Müller-Hermann, MdB 120--121

Hernmarck 121--123

Frau Griesinger 123--124

Minister Dr. Filbinger 124--125

*Bundesminister
Dr. von Merkatz:*

Vertriebene und Flüchtlinge in der
Gemeinschaft des Volkes 127--132

Aussprache

Kraft, MdB 133

Eichelbaum, MdB 133-- 135

Krüger, MdB 135 --136

Frau Klee 136

von Keudell 136--137

Ministerpräsident von Hassel 137--139

Dritter Tag

Dritte Plenarsitzung

	Grüßworte	141—143
<i>Bundesminister Prof. Dr. Erhard:</i>	Soziale Ordnung bringt Wohlstand und Sicherheit	144—162
<i>Bundesminister Franz Etzel:</i>	Solide Finanzen — gesunde Wirtschaft	164—168
	Aussprache	
	Neuburger, MdB	168—171
	Frau Rösch, MdB	171—172
	Schmücker, MdB	173—176
	Dr. Dittmar	176—177
	Dr. Willeke, MdB	177—180
	Frau Blohm, MdB	180—182
	Krammig, MdB	182—183
	Dr. Fritz, MdB	183—185
	Frau Jacobi	185
	Dr. Hofmann	186
<i>Bundesminister Werner Schwarz:</i>	Der Bauer in Staat und Gesellschaft	188—195

Vierte Plenarsitzung

Aussprache

	Frau Dr. Pannhoff, MdB	196—198
	Engelbrecht-Greve, MdB	199—200
	Westermacher	201—202
	Frau Bertram	202—203
	Meyer	204
	Grüßworte	205—206
<i>Frau Brauksiepe:</i>	Die Frau in Familie und Volkswirtschaft	208—219

Aussprache

	Frau Fera	221—224
	Frau Paffrath	224—225
	Bundesminister Dr. Wuermeling ...	225—228
	Frau Dr. Vogt	228—231
	Frau Dr. Wilms	231—233
	Frau Pitz-Savelsberg, MdB	233—234

Vierter Tag

Bundesminister
Theodor Blank:

Fünfte Plenarsitzung

Eigentum und Tüchtigkeit —
Pfeiler der sozialen Ordnung 236— 244

Aussprache

Arndgen, MdB 245
Prof. Dr. Burgbacher 247— 250
Kühn 251— 252
Dr. Stoltenberg, MdB 252—254
Häußler, MdB 254—256
Frau Dr. Bleyler 256—258
Orgass 258
Frau Gerig 258—259
Stehle 259—261

Bundesminister
Paul Lücke:

Modernes Bauen —
gesundes Wohnen 262—269

Aussprache

Ministerpräsident Dr. Meyers 269—271
Dr. Hesberg, MdB 271—273
Ministerpräsident Kiesinger 273—275
Frau Grabowski 275—277
Dr. Reiner mann 277—278
Frau Minister Ohnesorge 279—280
Mick, MdB 280—281
Dr. Czaja, MdB 281—283
Baier, MdB 283—285
Entschließungen 285—287
Kölner Manifest 287—290

Sechste Plenarsitzung (Schlußsitzung)

Dr. Heinrich Krone 291—300
Ministerpräsident von Hassel 300—314
Bundesminister Blank 314—318
Bundeskanzler Dr. Adenauer 319—324
Ausländische Gäste 328

SATOR WERBE-VERLAG



Spezialverlag
für Werbebrochüren
Kataloge
Festschriften · Monografien
Werkzeitschriften
Public Relations-Drucke
Anzeigenvertreter
In allen Bundesländern

HAMBURG 1

Große Allee 10 · Ruf 249455



Mechanische Strickwarenfabrik
Burladingen

B. Fauler K.G., Burladingen/Hohenzollern

»Mit der Mode auf Du und Du«

in gestrickter Oberbekleidung für
Damen, Herren und Kinder



Vom Werbe-Pfennig zur Umsatz-Mark

Wie man mit dem Werbe-Pfennig die Initialzündung zur Umsatz-Mark erreicht, das haben wir unseren Kunden unter Beweis gestellt. Es lohnt sich für Sie, ein Gespräch mit uns über Ihre Marketing-Probleme zu führen. Wir sind eine Mannschaft erfahrener Fachleute, für deren Absatz- und Werbekonzeption Sie kein Lehrgeld zahlen müssen. Für Ihre Werbeabteilung sind wir anregende Partner mit den vielen Möglichkeiten, die unser Voll-Service bietet. Wann dürfen wir Ihnen unsere Arbeiten unverbindlich vorlegen?



SATOR WERBE-AGENTUR

HAMBURG 1 · GROSSE ALLEE 10 · SAMMEL-NR. 249455

